

**DAS ENGLISCHE  
EINKOMMENSTEU  
ER-GESETZ VOM  
22 JUNI 1842 AUS  
DEM...**

---

England, Fr. A. v L.





54

5/ 3

Das

# englische Einkommensteuer-Gesetz

vom 22. Juni 1842

aus dem Original-Texte übersezt

und

mit einer Sammlung der seit dem Jahre 1848 in den deutschen Bundesstaaten  
erschiedenen Einkommensteuer-Gesetze

herausgegeben

von

Fr. A. v. L.



München, 1853.  
Gebruckt bei Georg Franz.





## Inhalts-Verzeichniß.

	Pagina
Vorleitung . . . . .	I — XV
Das englische Einkommensteuer-Gesetz vom 29. Juni 1842 . . . . .	1 — 126
Das englische Einkommensteuer-Gesetz vom 29. Juni 1842 . . . . .	127 — 129

Baden Leopold, Grand Duke

Gesetz die Einführung eines wachsenden Einkommensteuers  
in Baden betreffend Lee Great Britain and Ireland.

Victoria, Queen.

Das Englische Einkommensteuer-Gesetz vom Juni 1842 etc.  
1853. fol.



## Inhalts-Verzeichniß.

	Pagina
Einleitung . . . . .	I — XV
Das englische Einkommensteuer-Gesetz vom 22. Juni 1842 . . . . .	1 — 126
Geſetz vom 13. April 1848 über die Verhängung dieſer Steuer . . . . .	127 — 129
Systematiſche Ueberſicht der älteren, unter Pitt in England eingeführten Einkommensteuer mit deren weſentlichſten ſpäteren Modifikationen, nach Fr. v. Kammmer . . . . .	131 — 143
Geſetz vom 4. Juni 1848, die Einkommensteuer in Bayern betreffend . . . . .	145 — 150
Geſetz vom 28. Juli 1848, die Einführung einer wachſenden Einkommensteuer in Baden betreffend . . . . .	151 — 155
Geſetz vom 12. Auguſt 1848, die Einführung einer außerordentlichen Einkommensteuer in Heſſen: Darmſtadt betreffend . . . . .	157 — 160
Verordnung vom 12. Auguſt 1848, die Erhebung von Einkommensteuer, ſowohl von Grund-, Gewerbe- und Perſonalsteuer im Königreich Sachſen betreffend . . . . .	161 — 164
Verordnung vom 27. April 1848, die Schätzung für eine außerordentliche Einkommensteuer im Königreich Sachſen betreffend . . . . .	165 — 167
Verordnung vom 27. April 1848, die Ausföhrung einer allgemeinen Schätzung des Einkommens im Königreich Sachſen betreffend . . . . .	168 — 182
Geſetz vom 20. Oktober 1849 über die Einkommensteuer in Deſterreich . . . . .	183 — 189
Geſetz vom 11. Juli 1850, die Kapitalrenten- und Einkommensteuer in Bayern betreffend . . . . .	191 — 198
Geſetz vom 1. Mai 1851, betreffend die Einführung einer Klotſen- und Klotſifirten Einkommen- Steuer in Preußen . . . . .	199 — 214
Nachtrag: Thiere, über die Vertheilung der Steuern . . . . .	215 — 219



## Inhalts-Verzeichniß.

	Seite
Vorwort	1 - XV
Das englische Einkommensteuergesetz vom 22. Juni 1842	1 - 126
Die Einkommensteuer in England	127 - 150

Baden Leopold, Grand Duke

Gesetz die Einführung einer wachsenden Einkommensteuer  
in Baden betreffend Lee Great Britain und Irland.

Nictoria, Rucca.

Das Englische Einkommensteuer-Gesetz vom Juni 1842 ca.  
1853. fol.



## Inhalts-Verzeichniß.

	Pagina
Einleitung . . . . .	I — XV
Das englische Einkommensteuergesetz vom 29. Juni 1842 . . . . .	1 — 126
Das baden'sche Einkommensteuergesetz vom 29. Juni 1842 . . . . .	127 — 129

Baden    Leopold, Grand Duke

Gesetz die Einführung einer wachsenden Einkommensteuer  
in Baden betreffend See Great Britain and Ireland.

Victoria, Queen.

Das Englische Einkommensteuer-Gesetz vom Juni 1842 etc  
1853. fol.





Baden Leopold, Grand Duke

Gesetz die Einführung einer wachsenden Einkommensteuer  
in Baden betreffend See Great Britain and Ireland.

Victoria, Queen.

Das Englische Einkommensteuer-Gesetz vom Juni 1842 ca  
1853. fol.

Y

19/10/1905



## Inhalts-Verzeichniß.

	Pagina
Einleitung . . . . .	I — XV
Das englische Einkommensteuer-Gesetz vom 29. Juni 1842 . . . . .	1 — 126
Geiz vom 13. April 1848 über die Verlängerung dieser Steuer . . . . .	127 — 129
Historische Uebersicht der älteren, unter Pitt in England eingeführten Einkommensteuer mit deren verschiedlichen späteren Modifikationen, nach Dr. v. Raumer . . . . .	131 — 143
Geiz vom 4. Juni 1848, die Einkommensteuer in Bayern betreffend . . . . .	145 — 150
Geiz vom 28. Juli 1848, die Einführung einer wachsenden Einkommensteuer in Baden betreffend . . . . .	151 — 155
Geiz vom 12. August 1848, die Einführung einer außerordentlichen Einkommensteuer in Hessen- Darmstadt betreffend . . . . .	157 — 160
Verordnung vom 12. August 1848, die Erhebung von Einkommensteuer, ingleichen von Grund-, Gewerbe- und Personalsteuer im Königreich Sachsen betreffend . . . . .	161 — 164
Verordnung vom 27. April 1848, die Schätzung für eine außerordentliche Einkommensteuer im Königreich Sachsen betreffend . . . . .	165 — 167
Verordnung vom 27. April 1848, die Ausföhrung einer allgemeinen Schätzung des Einkommens im Königreich Sachsen betreffend . . . . .	168 — 182
Geiz vom 29. Oktober 1849 über die Einkommensteuer in Preussen . . . . .	183 — 189
Geiz vom 11. Juli 1850, die Kapitalertrags- und Einkommensteuer in Bayern betreffend . . . . .	191 — 198
Geiz vom 1. Mai 1851, betreffend die Einführung einer Klassen- und Klassifizierten Einkommen- Steuer in Preussen . . . . .	199 — 214
Abhang: Thiers, über die Vertheilung der Steuern . . . . .	215 — 219

BRITISH MUSEUM



## Inhalts-Verzeichniß.

	Pagina
Einleitung . . . . .	I — XV
Das englische Einkommensteuer-Gesetz vom 23. Juni 1842 . . . . .	1 — 126
Gesetz vom 12. April 1848 über die Verlängerung dieser Steuer . . . . .	127 — 129
Systematische Uebersicht der älteren, unter Pitt in England eingeführten Einkommensteuer mit deren wesentlichsten späteren Modifikationen, nach Fr. v. Hammer . . . . .	131 — 143
Gesetz vom 4. Juni 1848, die Einkommensteuer in Bayern betreffend . . . . .	145 — 150
Gesetz vom 28. Juli 1848, die Einführung einer wachsenden Einkommensteuer in Baden betreffend . . . . .	151 — 155
Gesetz vom 12. August 1848, die Einführung einer außerordentlichen Einkommensteuer in Hessen; Darnach be treffend . . . . .	157 — 160
Verordnung vom 12. August 1848, die Erhebung von Einkommensteuer, (ngleichen von Grund-, Gewerbe- und Personalsteuer im Königreich Sachsen betreffend . . . . .	161 — 164
Verordnung vom 27. April 1848, die Schätzung für eine außerordentliche Einkommensteuer im Königreiche Sachsen betreffend . . . . .	165 — 167
Verordnung vom 27. April 1848, die Ausföhrung einer allgemeinen Schätzung des Einkommens im Königreiche Sachsen betreffend . . . . .	168 — 183
Gesetz vom 20. Oktober 1849 über die Einkommensteuer in Oesterreich . . . . .	183 — 199
Gesetz vom 11. Juli 1850, die Kapitalrenten- und Einkommensteuer in Bayern betreffend . . . . .	191 — 198
Gesetz vom 1. Mai 1851, betreffend die Einführung einer Klassen- und Klassenfixten Einkommen- Steuer in Preußen . . . . .	199 — 214
Anhang: Thiers, über die Vertheilung der Steuern . . . . .	215 — 219

193450

## **Einleitung.**

### **I.**

Die Einkommensteuer hat in neuerer Zeit durch ihre immer häufigere Anwendung in den meisten deutschen Staaten und die daran sich knüpfenden vielfachen Erörterungen und Verhandlungen allenthalben so großes Interesse erregt, daß es mir nicht unnütz und zwecklos zu seyn schien, durch Veranstaltung einer Uebersetzung auf das englische Einkommensteuergesetz vom Jahre 1842 als das Muster einer praktisch durchgeführten Einkommensteuer aufmerksam zu machen und dasselbe den gesetzgebenden Körpern zur Beachtung zu empfehlen.

Wenn die Steuern überhaupt als eine auf dem Gesamteinkommen eines Volkes ruhende Last betrachtet werden müssen, so ergibt sich die Einkommensteuer, welche das gesamte Einkommen aller Staatsbürger, aus welchem der beiden Einkommensquellen, Kapital oder persönlicher Erwerbsthätigkeit, es immer fließen mag, direct und proportional treffen soll, als eine einfache Folgerung: Diese Steuer empfiehlt sich zugleich durch den gerechten Maßstab der Steuervertheilung, eignet sich je nach dem Bedürfniß des Staatshaushaltes am besten zu Erhöhungen und Herabsetzungen, läßt sich nicht so leicht abwälzen, als andere Steuern, nimmt dem Unbemittelten weniger, als die drückenden Verbrauchssteuern, und verursacht im Verhältniß zu letzteren nur geringe Erhebungsstellen. Gleichwohl ist deren Einführung mit ungewöhnlichen Schwierigkeiten verknüpft.

Eine Hauptschwierigkeit bietet schon die Ermittlung des Einkommens an und für sich. Soll die Steuer wirklich Jedem nach Verhältniß seiner Steuerfähigkeit treffen, so kann natürlich nicht das rohe, sondern nur das reine Einkommen des Steuerpflichtigen mit dieser Steuer belegt werden. Ist nun schon in der Theorie der Begriff des reinen Einkommens sehr bestritten, so ist dessen Ausscheidung in der praktischen Durchführung meist noch weit schwieriger. Dazu kommt, daß vieles Einkommen zu schwankend und ungewiß ist, um eine genaue Schätzung zuzulassen. Vor allem aber hält es schwer, Einkommen, das nicht wie das aus Besoldungen jederzeit leicht constatirt werden kann, oder wie das aus Grund und Boden doch offener zu Tage liegt, sondern sich wie das aus Handels- und Fabrikunternehmungen u. s. w. der allgemeinen Wahrnehmung mehr verbirgt, auszumitteln und zur Steuer heranzuziehen. Gar vieles kann hier der Besteuerung entzogen werden. Die Maßregeln, um dasselbe zu erforschen und zu schätzen, führen meist entweder als ungenügend nicht zum Ziele, oder werden durch die damit verbundenen Verzationen dem Pflichtigen unerträglich und dienen häufig dazu, die Steuer überhaupt verhaßt zu machen.

Ueberläßt man die Schätzung der Selbstangabe der Pflichtigen, so ist der Gewisshaste im offenbaren Nachtheile gegen den Unredlichen, der sich nicht scheut den Staat durch Verheimlichung zu betrügen.

Will man dagegen das Einkommen durch besondere, aus der Mitte der steuerpflichtigen Bürger selbst zusammengesetzte Commissionen einschätzen oder auch nur die Selbstangabe der Pflichtigen durch solche controliren lassen, so wird auch diese Einrichtung ihren Zweck nicht vollständig erreichen, wenn man nicht auf die drückendste und störendste Weise in alle Geschäfts- und Familienverhältnisse einbringen will. Die wenigsten Verhältnisse werden den Mitbürgern des Betheiligten genau bekannt sein, das Einkommen daher bald zu hoch, bald zu gering angeschlagen werden. Richtig, freilich im Nachtheile gegen Andere, bei denen diese Möglichkeit der Controle nicht gegeben ist, werden meist nur jene besteuert werden, welche ein bestimmtes festes Einkommen beziehen, dessen Größe jederzeit leicht ermittelt werden kann.

Ueberlasse man endlich das Geschäft der Schätzung oder Prüfung ausschließlich Beamten, so würde zu dem oben gerügten Fehler, daß das Einkommen häufig mehr nach willkürlicher Annahme, als nach seiner wirklichen Größe bemessen wird, noch das weitere Uebel fisciälicher Härte hinzutreten, zumal wenn etwa auch die Einkünfte des die Schätzung leitenden Beamten mit der Größe der Summe, die er in die Staatskasse liefert, steigen und fallen sollten, wie dies in einigen Gesetzen der Fall ist.

Eine weitere Schwierigkeit für die Durchführung der Einkommensteuer liegt darin, einen richtigen Maßstab der Besteuerung zu finden. Zwischen den verschiedenen Einkommensquellen besteht in Bezug auf ihre Dauer und Nachhaltigkeit, auf die persönliche Nützigung zum Erwerbe und die Möglichkeit freier Verwendung des schon Erworbenen ein sehr großer Unterschied, der vom Gesichtspunkte einer gleichmäßigen Besteuerung besondere Beachtung verdient. Einkommen, das aus bloßer persönlicher Thätigkeit und nur auf die Dauer derselben liegt, also der Lohnerwerb im weiteren Sinne, darf wegen seiner Unsicherheit billigerweise nicht in derselben Weise besteuert werden, als der Reinertrag eines Kapitals, der dem Nutznießer ständig und ohne alle Anstrengung zugeht. Um diesen Unterschied auszugleichen und den Arbeitsertrag auf dieselbe freie Verwendbarkeit wie den Kapitalertrag zurückzuführen, müßte man, streng genommen, allgemein eine gewisse, für den absoluten Lebensbedarf nothwendige Summe ganz steuerfrei lassen, und den Lohn für Arbeitsleistungen oder den Arbeitsertrag, welcher die Natur einer Rente hat, auf seinen, der durchschnittlichen Lebensdauer des Arbeiters entsprechenden kahlen Kapitalwerth reduciren und nur den Zins aus letzterem besteuern. Da aber eine solche Berechnung mit vielen Umständlichkeiten verknüpft und daher schwer durchführbar ist, so sollte man wenigstens, ähnlich wie dies der preussische Entwurf einer Einkommensteuer vom Jahre 1847 beabsichtigte, das Einkommen nach seiner Gattung, je nachdem es von Vermögen oder bloß aus persönlichem Erwerbe herrührt, aufscheiden und darnach mit verschiedenen Prozenten besteuern\*).

Dagegen spricht kein triftiger Grund dafür, das Einkommen ohne Rücksicht auf den Ursprung, bloß nach seiner Größe allein progressiv mit einer relativ höheren Steuer zu belegen. Allerdings soll Jeder zu dem Schutze, den ihm der Staat angedeihen läßt, im Verhältnisse der beschützten Güter beitragen. Wer zehnmal

\*) In den englischen Parlaments-Verhandlungen finden sich zahlreiche Debatten über die Nothwendigkeit geringerer Besteuerung der Arbeit im Verhältnisse zum Kapitale.



mehr besitzt als ein Anderer, wird also auch zehnmal mehr dafür Steuer zahlen müssen. Willkür dagegen wäre es, von dem, der mehr bezieht, diesen Schutz zwei oder dreimal so theuer bezahlen zu lassen, als von dem kleineren Besitzer.

Eine solche Maaßregel wäre eine Strafe für höhere Befähigung, eine Strafe des Besitzes, und daher ein Hemmnis für Gewerbleiß und redlichen Unternehmungsgeist. Das Eigenthum kann damit geradezu schutzlos gestellt werden, und es läßt sich nicht absehen, warum nicht aus dem gleichen Motive, der jenem Prinzipie zu Grunde liegt, nämlich dem, man müsse jenem, der zuviel zu seinem Lebensunterhalte bezieht, davon abberechnen, — auch consequent gleich zu einer gewaltsamen Vertheilung aller Güter geschritten werden sollte?\*)

Soll übrigens durch eine Einkommensteuer wirklich der Zweck erreicht werden, um dessentwillen man dieselbe besonders empfiehlt, — die Besteuerung eines Jeden nach seiner Steuerfähigkeit, so dürfte man sie nicht bloß als eine sogenannte Ergänzungsteuer einführen wollen, sondern dieselbe müßte vielmehr alsdann die einzige Steuer seyn, durch welche fortan die Bedürfnisse des Staates befriedigt werden. Die Verbrauchssteuern müßten damit entfallen, die bisher bestandenen direkten Steuern aber, welche eincnt aus dem Vermögen des Erstbesteuernten in den Besitz des Staates übergegangenen Vermögensentgang zu ver-

\*) Ich kann mich nicht enthalten, (a. d. stenogr. R.-B.) hier dasjenige anzuführen, was der l. bayer. Ministerialrath Dr. v. Hermann, der mit Recht allgemein als der erste Lehrer der Staatswirtschaft in Deutschland anerkannt wird, gelegentlich der Berathung über den Gesetzentwurf, die Kapitalrenten- und Einkommensteuer betr., in der bayer. Kammer der Abgeordneten über die Progressiv-Scala geäußert hat. „Damals“, bemerkt derselbe in einer höchst scharfsinnigen Rede am 29. April 1850, „damals als die Einkommensteuer das erste mal aufgelegt wurde (i. J. 1848), wehte ein ganz eigener Wind von Westen her, dem nicht ganz Widerstand geleistet werden konnte. Ich gestehe es, man mußte der damaligen Verwirrung der Begriffe einiges zugeben, und so will ich es nicht tadeln, daß bei dem ersten Versuche einer Einkommensteuer die steigende Scala ist angenommen worden; aber es hat mich mit tiefer Betrübnis erfüllt, daß jetzt, nachdem sich die Zustände wieder beruhigt haben, nachdem man zum klaren Denken und zur Ueberlegung wieder zurückgelehrt ist, daß man auch jetzt wieder dieselbe steigende Scala uns vorführt! Meine Herren! und wenn die steigende Scala an sich noch so gut wirkt und wenn sie in sich selber sich noch so gut verteidigen ließe, — gegenüber von dem Zufusse, welchen sie bezüglich der Verbreitung communisistischer Ansichten in das Preßgesetz aufgenommen haben, dürfen Sie dieselbe nicht annehmen; Sie wären die Ersten, die sich gegen jenen Zufuss verstellten.

Denn das werden Sie mir wohl zugestehen, ein wenig Communismus oder viel ist einerlei. Es ist freilich nur ganz wenig, das uns hier zugemuthet wird, man geht nur mit ganz kleinen Prozenten in die Höhe, und man versichert, das sei Alles noch sehr billig, — aber meine Herren! wir wollen nicht Billigkeit, wir wollen Consequenz und Gerechtigkeit! Schon desswegen also, weil die steigende Scala ununterbrochen als der Mittelpunkt aller gerechten Besteuerung von communisistischer Seite empfohlen wird, bin ich auf das Entschiedenste dagegen, und ich mag auch nicht einmal mit Achtein steigen.

Meine Herren! es ist gewiß ebenso auffallend als bedenklich, wie einem die Lust kömmt, wenn man einmal mit der Steigerung angefangen, darin weiter zu gehen. Wenn Sie die Auschußverhandlungen durchgehen, so ist an der ganzen Scala nichts ausgelegt worden, aber ein kleines Amentement hat sich angehängt: wer über 20,000 fl. Einkommen hat, bei dem solle die Steuer mit  $\frac{1}{2}$  Prozent gesteigert werden, — aber ich wüßte nicht, warum wir uns zurückhalten sollten, warum wir bloß Achtel, warum wir nicht ein ganzes, warum wir nicht ein paar Prozente nehmen sollten? Oder könnte man nicht noch kürzer annehmen, was von Schriftstellern in Frankreich vorgeschlagen wurde, „man fixe ein Maximum des Einkommens und nehme einem Jeden den Rest!“ — Sie sehen, ich bin praktisch genug, was ich bitte sie bloß, setzen Sie nicht bloß ein wenig communisist, sondern greifen Sie thätig zu, dann steht es doch!“ —

gleiches sind, dürften nicht weiter erhöht noch vermindert werden. Nur dann, wenn nur eine Steuer besteht, die sich genau nach eines Jeden Einkommen richtet, wird folgerichtig der Steuerpflichtige auch diesem entsprechend besteuert werden.

Nur unter dieser Voraussetzung kann sich die Einkommensteuer je nach den Bedürfnissen des Staates zu proportionalen Erhöhungen und Verminderungen eignen, und nur so wäre es möglich zu verhüten, daß keine Einkommensquelle mit verschiedenen Abgaben belegt und aller Gerechtigkeit zuwider doppelt besteuert werde. Allein die Durchführung einer solchen Maßregel in einem größeren Gemeinwesen dürfte als ein sehr gewagter Versuch erscheinen.

Will man die Steuer bloß im Allgemeinen nach Bezirken und Gemeinden ausschlagen, so wird schon die Frage, welche Antheile die einzelnen Bezirke und Gemeinden tragen sollen, einen allgemeinen Streit hervorrufen. Zieht man es aber vor, bloß die Quoten oder Prozente zu bestimmen, welche vom Einkommen des einzelnen Pflichtigen erhoben werden sollen, so ist ein verläßlicher Vorausschlag über das Staatseinkommen nicht möglich, und bei der ersten Einführung für eine ausreichende Befriedigung keine Sicherheit geboten. Auch würde dieselbe jedenfalls weit härter empfunden werden, als die längere Zeit schon bestehenden alten Steuern, die sich den Lebensverhältnissen bereits angepaßt haben. Endlich dürfte es keine Schwierigkeiten haben, diese Steuer wegen der damit nothwendig verbundenen terminweisen Erhebung über eine gewisse Höhe hinaus auszudehnen, wenn sie nicht für den minder Bemittelten, der wenig oder gar nichts zurückerlegen kann, äußerst drückend werden soll.

Ob aber selbst dann, wenn die Einkommensteuer als einzige Steuer bestünde, wirklich Jeder nur nach Maßgabe seines Einkommens von derselben getroffen werde, läßt sich nicht wohl von vornherein bestimmen. Beamte und andere Personen, die ein fixes Einkommen beziehen, müssen dieselbe freilich unter allen Umständen tragen. Produzenten von Rohprodukten, Handels- und Gewerbesteuer dagegen haben sie zunächst zwar auch zu entrichten. Ob aber sie dieselbe wirklich tragen, oder die Consumenten im Preise der Waaren und Leistungen, das wird sich erst im Verlaufe entscheiden. —

Etwas übertrieben sind übrigens gewiß die Hoffnungen auf Erleichterung der arbeitenden Klassen, die man sich von Einführung der Einkommensteuer an Stelle der Verbrauchssteuern macht. Der Arbeiter trägt ohnedies wohl nicht das ganze Gewicht der Consumptionssteuern allein, sondern der Abnehmer der Waare oder Leistung wird, da sich der Lohn gewöhnlich nach dem Preise der Lebensmittel richtet, dieselbe im Preise der Arbeit mittragen. Eine Aufhebung jener Steuern von diesem Gesichtspunkte allein wird daher nicht immer so dringend geboten erscheinen.

Auch trägt der Arbeiter, was wohl zu berücksichtigen ist, indirekte Steuern, wenn sie gleich im Ganzen höher sind, wegen der allmäligen Entrichtung in unbedeutenden Beträgen doch leichter als eine direkte Steuer, welche auf einmal eine größere Summe von ihm verlangt, und wird die letztere um so drückender empfunden, je weniger er in der Lage ist, über größere Geldmittel zu verfügen und solche für die Steuertermine zurückzulegen. —

Nicht ohne Grund hat man endlich auch bemerkt, daß das Schätzungsverfahren, wenn nur summarisch gehalten, allerdings wenig kostet, dann aber auch nur einen geringen Ertrag für die Staatskassa in Aussicht stellt, dagegen ein, bessere finanzielle Ergebnisse sicherndes Verfahren ohne ein spezielles Einbringen in den Privathaushalt und eine ständige Controle nicht wohl möglich ist, eben dadurch aber kostspieliger wird, ganz abgesehen von den lästigen

Bequationen und den vielen Nachtheilen, die daraus für den Credit des Einzelnen hervorgehen mögen. Doch werden sich die Perceptionskosten im Vergleiche zu den indirekten Steuern immer noch niedrig stellen.

Ungeachtet dieser Mängel und abgesehen von den Schwierigkeiten ihrer Durchführung, wird die Einkommensteuer gleichwohl immerhin als die gerechteste und natürlichste Steuer zu betrachten seyn.

## II.

Die Einkommensteuer hat indeß erst in neuerer Zeit Bedeutung erlangt, namentlich in Folge eines allgemeineren und besseren Studiums der Finanzwissenschaft und der politischen Oekonomie. — Dem Alterthume war dieselbe, etwa mit Ausnahme von Athen, fremd, in den Zeiten des Mittelalters und lange darnach war sie nur in einzelnen Stadtgemeinden bekannt. Eine bedeutendere Ausdehnung und Anwendung auf ein größeres Gemeinwesen, wenn auch zunächst nur in der Eigenschaft einer vorübergehenden Kriegsteuer, fand dieselbe erst zu Ausgang des vorigen Jahrhunderts, und zwar in dem Lande, das sich durch zweckmäßige nationalökonomische und finanzielle Einrichtungen von jeher auszeichnet hat — in England.

Der große Staatsmann William Pitt\*) war es, der dort unter der Regierung Georg III, zur Deckung der großen Mehrausgaben, welche die Kriegsrüstungen gegen die französische Republik dem Staate verursachten, an Stelle der bisherigen wenig einträglichen direkten Lagen (assessed taxes) dem Parlamente eine direkte Steuer auf alles Einkommen vorschlug. Nach seinem Vorschlage sollte jeder Bürger, dessen jährliches Einkommen 60  $\text{L. St.}$  (720  $\text{fl.}$ ) nicht erreiche, steuerfrei, das Einkommen zwischen 60 und 200  $\text{L.}$  nach einer gewissen Scala, und von 200  $\text{L.}$  (2400  $\text{fl.}$ ) an aufwärts mit 10 Prozent besteuert werden. Die Schätzung sollte mit- theil Selbstangabe des Pflichtigen geschehen, diese aber der Controle von Steuer-Inspektoren und, im Falle einer Beanstandung, der Prüfung von Commissionen unterworfen seyn. Das darnach zu versteuernde Nationaleinkommen berechnete Pitt auf 102,000,000  $\text{L. St.}$ , von welchem eine Steuer von 10 Prozent einen jährlichen Ertrag von 10,000,000  $\text{L.}$  in Aussicht stellte.

Gegen diesen Vorschlag erhoben sich viele und heftige Einwürfe. Er wurde als revolutionär angegriffen, weil er von dem Grundsatz ausgehe, daß alles Einkommen dem Staate gehöre, und wegen der Veröffentlichung des Vermögens als dem Credit, zumal der Handelsleute, gefährlich bezeichnet. Es wurde ferner geltend gemacht, der Staat solle die Ansammlung von Reichthum und Kapitalien begünstigen, und deshalb so viel möglich seine Ausgaben von dem Theil des Nationalvermögens bestreiten, das zur Verzehrung diene, nicht von dem, das zum Ansammeln bestimmt sei. Endlich wendete man ein, es müßten die Quellen des Einkommens bei Ausweisung der Steuer in Betracht gezogen werden. Leute, die nur von persönlichem Erwerbe lebten und damit ihre Familien zu unterhalten hätten, dürften nicht nach demselben Maaße zur Steuer herangezogen werden wie Grundbesitzer und Kapitalisten, die bereits gegen Mangel gesichert seien.

Der Minister entgegnete auf letzteren Einwurf: Ueber diese angebliche Ungleichheit sich beschweren, heiße die Verfassung der Gesellschaft anklagen und sich über die Vertheilung des Vermögens beschweren. Die Folge dieser Steuer werde für Alle dieselbe seyn; wer ein Zehntel

\*) Vergl. The History of England. by Hume and Smollet. continued from the death of George II. to the present time, by the Rev. T. S. Hughes. Paris 1835.

seines Einkommens als Steuer entrichte, könne eben ein Zehntel weniger ausgeben, sparen oder zurückerlegen.

Das Haus war getheilter Meinung. Nach mehrfachen Mobilisationen wurde jedoch die Bill am 18. März 1799 zum Gesetze erhoben. Die Bedürfnisse des Staates waren zu dringend, und der scheinbare Wohlstand des Landes, gehoben durch den Umlauf des Papiergeldes und die Zunahme des Handels, ließen die Last weniger fühlen. Vor Allem tröstete man sich mit dem Gedanken, es sei nur eine vorübergehende Kriegsteuer.

Im Jahre 1803 unter der Verwaltung Addington wurde die Steuer verlängert, doch mit einigen Aenderungen. Sie sollte nur mehr 3 Prozent betragen und sich auf alles Einkommen von 150 £. (1800 fl.) an aufwärts erstrecken. Einkünfte zwischen 50 und 150 £. waren einer mäßigeren Steuer unterworfen. Dagegen wurde außerdem auf Grund und Boden eine Steuer in der Art gelegt, daß der Grundeigentümer 1 s. (36 fr.), der Pächter 9 d. (27 fr.) von £. (12 fl.) zu bezahlen hatte.

Eine weitere Verlängerung, obwohl erst nach heftigem Widerstande im Parlamente und mit einigen Mobilisationen, fand nach Pitt's Tode im Jahre 1806 unter dem Ministerium Fox und Grenville statt. Darnach wurde die Einkommensteuer wieder auf 10 % erhöht, und so blieb dieselbe bis nach dem Ende des großen Napoleonischen Krieges, wo sie im Jahre 1816 als allgemein verhaßt wegen ihrer Eingriffe in die dem Briten so theuere Selbstständigkeit des Privatlebens aufgehoben wurde.

Ein Vierteljahrhundert später jedoch gab eine Finanzverlegenheit dem großen Finanzmanne Sir Robert Peel Anlaß zu ihrer abermaligen Einführung in England.

Seit mehreren Jahren hatten sich bedeutende Ausfälle in den Staatseinnahmen ergeben, so daß mit Ende des Finanzjahres 1841/42 sich ein Deficit von nicht weniger als 2,570,000 £. St. herausstellte. Dazu waren gesteigerte Ausgaben unvermeidlich, die Kosten des Krieges mit China allein waren für das Jahr 1842/43 auf 1 ½ Mill. veranschlagt, die „üble Lage der Dinge in den Ländern jenseits des Indus“ — ich erinnere an den Afghaniischen Krieg — machte bei dem zerrütteten Zustande der indischen Finanzen bedeutende Verstärkungen des Heeres von Seite der Regierung nothwendig, und stellte eine weitere beträchtliche Vermehrung des Kriegsbudgets in Aussicht. Wie diesen gesteigerten Anforderungen genügen? Die direkten Abgaben beliefen sich bereits auf 4 ½ Mill. £. St., die Zölle auf 20,500,000 £., die Stempelgebühren auf 9,100,000 £. St. Die Consumtionssteuern, die bereits 13,450,000 £. betrugten, hatten ihre äußerste Grenze erreicht. Als zu sehr auf die minder bemittelten Klassen drückend, konnte und wollte die Regierung keine neuen Verbrauchssteuern vorschlagen. Ein Aufschlag auf die Zölle oder eine Abgabe von Eisenbahnen erschien ebenso wenig rathlich. Unter diesen Umständen griff daher die Regierung zu der Einkommensteuer gleichsam als zu einem äußersten Nothmittel, benutzte dieselbe aber, was wohl zu beachten ist, zugleich um eine großartige Reform in dem bisherigen Zollsysteme durchzuführen. — Doch wir wollen Peel in seiner Entwicklung der neuen ministeriellen Finanz- und Handelspolitik, wie er sie dem Unterhause am 11. März 1842 in einer meisterhaften Rede darlegte, selbst folgen. — Nachdem er den mißlichen Finanzzustand ausführlich erörtert, bemerkte er:

„Er halte es für seine Pflicht, einen ernstlichen Aufruf an die Besitzenden ergehen zu lassen. Sein Vorschlag sei, auf eine beschränkte Zeit das Einkommen des Landes mit einer gewissen Summe zum Zwecke der Abhilfe gegen die überhandnehmenden Uebelstände in Anspruch zu nehmen. Er beantrage daher eine Einkommensteuer, welche 7 d. von jedem £. jähr-

lichen Einkommens, oder 2 £. 18 s. von 100 £., also nicht ganz 3 Prozent betragen solle. Vermitteltst dieser Steuer werde nicht blos der Ausfall im Staatseinkommen gedeckt, sondern es werde auch möglich, große Handelsreformen vorzunehmen, welche die gegründete Hoffnung gewährten, Englands Handel neu zu beleben und in seinem Fabrikwesen einen solchen Aufschwung hervorzurufen, daß hiedurch zugleich auf alle übrigen Interessen im Lande eine günstige Rückwirkung entstehe. Zugleich würden auch in pekuniärer Hinsicht die verminderten Preise der Lebensmittel als Entschädigung für die neue Steuer dienen, welche ohnehin schon durch die Beseitigung des finanziellen Nothstandes mehr als genügenden Ersatz gewähre. — Vermögenssteuern seien in England nichts Neues. Schon 1798, zu einer Zeit, wo der politische Himmel des Landes sehr unthürstet gewesen, habe ein Minister den Muth gehabt, eine Einkommensteuer vorzuschlagen, und der Patriotismus der Nation habe sie willig hingenommen.“ — Hierauf zu einer näheren Entwicklung seines Planes übergehend, fuhr er fort: „Das zu besteuende Einkommen zerfalle in 5 Schedules oder Abtheilungen. Sched. A. umfasse das Einkommen von Grundeigenthum, Zehnten, Bergwerken, Kanälen u. s. w.; Sched. B. von Bodenungung (Landpacht); Sched. C. von Staatspapieren und Unterpfändern; Sched. D. von Handel und Gewerbe; Sched. E. aus Besoldungen von Staatsämtern. Den Gesamtertrag dieser Steuer veranschlage er, von Sched. A. auf 1,600,000, B. 154,000, C. 646,000, D. 1,220,000, E. 185,000 £., also im Ganzen auf 3,775,000 £. St. Auf Irland — vorausgesetzt, daß kein großer europäischer Krieg ausbreche — solle diese Steuer nicht ausgedehnt, dagegen zwei andere Maaßregeln ergriffen werden, welche ungefähr einen der Vermögenssteuer, träge sie Irland mit, entsprechenden Ertrag liefern würden. Der Aufschlag auf irische Brauntweine solle um 1 s., also auf 3 s. 8 d. von der Gallone erhöht, und in Bezug auf den größten Theil der betreffenden Geseßesfälle die Stempelgebühren für Irland mit den in England bestehenden gleichgestellt werden. Beide Maaßregeln dürften zusammen 410,000 £. abwerfen. Die von Irland abwesenden Grundherren, die Absentees, sollten indeß zur Einkommensteuer beigezogen werden, so lange sie sich außer Landes befänden (gleich den aus England abwesenden Grundherren); kehrten sie in ihre Heimath zurück, so sollten sie von der Steuer frei seyn. Ferner solle auf auszuführende Steinkohlen ein Zoll von 4 s. (2 fl. 24 fr.) für die Tonne gelegt werden. Die neuen Tazen hätten vom 5. April des laufenden Jahres an (1842) ins Leben zu treten, und dürften zusammen einen Ertrag von 4,380,000 £. abwerfen. Nach Abzug des Deficits von 2,570,000 £. verbleibe sohin ein Ueberschuß von 1,810,000 £. Es entstehe nun die Frage, wie solle mit diesem auf eine, das allgemeine Beste des Landes fördernde Weise verfahren werden? Er beantrage eine vollständige Revision des Zolltarifs, Aufhebung oder Milderung aller Prohibitivzölle und Ermäßigung der Zölle von Rohstoffen, die in großer Ausdehnung in den Fabriken zur Anwendung kämen. In keinem Falle solle der Zoll für solche Rohstoffe über 5 % betragen. Der Zoll von Artikeln, welche theilweise als Manufakturartikel zu betrachten seien, solle mit Ausnahme gewisser Artikel nicht über 12 % betragen. Unter den 1200 Artikeln des Zolltarifs sollten die Säge für 720 vermindert werden, darunter die für Kasse und Bauholz. Alle diese Zoll-Aufhebungen und Ermäßigungen würden dem Handel und den Fabriken wohl zu Statten kommen, und der hiedurch gegebene Impuls das dem Staate daraus erwachsende Opfer von 270,000 £. allmählich mehr als ausgleichen. Nach allen diesen Reductionen verbleibe im Staatsfische noch ein Ueberschuß von 520,000 £., mit welchem die vermehrten

Ausgaben für den chinesischen Krieg gedeckt und weitere Ermäßigungen von Zöllen, die etwa aus den obstehenden Negotiationen über Handelsverträge erwachsen möchten, bewirkt werden könnten.“

Mit einem Vergleiche zwischen den letzten 25 Kriegsjahren und den darauf gefolgten 25 Friedensjahren und einer Aufforderung an das Haus, sie möchten nicht ihrer Vorfahren unwürdig handeln, sondern sich erinnern, daß ein energischer Sinn, festes Beharren in Treue und Glauben die Hauptmittel seien, durch welche England in den Stand gesetzt werde, feindliche Angriffe zurückzuweisen und seine weitausgedehnte Herrschaft zu behaupten, schloß Peel seine vierthalbsündige Rede unter allgemeiner Bewunderung und vielfachem Beifall.

Man sieht, die Einkommensteuer nimmt hier durch die damit verbundene große Handelsreform einen ganz besonderen Charakter an. Letztere mußte die von ersterer getroffenen wohlhabenden Klassen wieder ausöhnen, ihnen gleichsam als Kaufpreis für die dem Gewerbsfleiß, den Fabrik- und Handels-Unternehmungen gemachten Zugeständnisse erscheinen.

Anfangs schwebte Alles, stumm vor Bewunderung über diesen großartigen Plan. Allmählig jedoch regte sich die Opposition, besonders nachdem Peel auch die Grundzüge des zur Ermittlung und Schätzung des Einkommens beabsichtigten Verfahrens angedeutet hatte. In dieser Beziehung stellte er das durch die Parlamentsakte vom Jahre 1806 angenommene, aber wenig beliebte System als Muster auf. Das Oberamt für Stempel- und Steuerzölle (*Head Office for Stamps and Taxes in England and Scotland*) solle die Oberaufsicht über die Einkommenssammlung der Steuer führen; unter ihm würden durch die Grundsteuerkommissäre in jeder Grafschaft örtliche Commissionsassistenten und Steuernebenbeamte (*assessors*) ernannt. Die Erträgnisse von Handel und Gewerbe sollten nach dem durchschnittlichen Ertrage der letzten 3 Jahre, die Einkünfte von geistigen Berufsarbeiten nach dem Ergebnisse des letztverflossenen Jahres berechnet werden. Halte sich Jemand für zu hoch angesetzt und wolle er dagegen remonstriren, ohne den Local-Commissären eine nähere Einsicht in seinen Vermögensstand zu gewähren, so stehe es ihm frei, vom Stempel- und Steueramte eine Specialcommission von Männern zu verlangen, die seiner Nachbarschaft fremd und zur Verschwiegenheit eidlich verpflichtet wären, gegen deren Entscheid dagegen keine weitere Berufung stattfinden dürfe. Auch könne der Steuerpflichtige, wenn er seine Vermögensumstände vor seiner Nachbarschaft geheim halten wolle, die Steuer unmittelbar an die englische Bank bezahlen.

Die Gegner der Steuer bekämpften vor Allem das mit jener Methode verbundene inquisitorische Verfahren und die Anwendung des Eides zur Vermögensermittelung. Sie drückten ferner die Besorgniß aus, wegen der Besteuerung der Fonds, möchte eine andere europäische Hauptstadt an der Stelle von London den großen Geldmarkt an sich ziehen, und bezeichnen die Steuer als ungleichmäßig und ungerecht, weil kein Unterschied gemacht werde zwischen Einkommen aus Kapital und dem von persönlichem Erwerbe. — Es sei ein großer Unterschied zwischen der bleibenden Rente von Grundeigenthum und den unsicheren Erträgnissen der Gewerbe und anderer bloß persönlicher Erwerbsthätigkeit, sowie zwischen einer zeitlichen Jahresrente und dem Besitze des Kapitals. Selbst Annuitäten von einer und derselben Summe repräsentirten ganz verschiedene Kapitale wegen der verschiedenen Preise, um die sie je nach ihrer Dauer gekauft werden könnten<sup>\*)</sup>. Es sei daher ungerecht, alles dieses verschiedenartige Einkommen gleich hoch besteuern zu wollen.

<sup>\*)</sup> Ich erinnere an die in England so häufig vorkommenden Rentenläufe, bei welchen der Preis der Rente ein für allemal durch ein Kapital bezahlt wird. (Französisch: *placement à fonds perdu*.)

Die whiggische Presse — voran der Examiner — unterstellte der Regierung bei dieser Steuer die Tendenz, die verhältnißmäßig wenig besteuerten höheren und die ganz steuerfreien untersten Volksklassen zu begünstigen, und die ganze Steuerlast auf die Handel und Gewerbe und geistige Berufsarbeiten treibende Mittellasse zu werfen. So wollte man die beiden Extreme der bürgerlichen Gesellschaft gewinnen, die reichen Grundeigentümer und die dürftigen Handarbeiter, die mächtigen Wenigen und die furchtbaren Vielen. Für die zahlende Mittellasse werde die Steuer die Folge haben, daß sie sich in ihren Comforts und Lebensgenüssen einschränken müsse, den ärmeren Klassen aber werde sie mittelbar durch Verminderung ihrer Arbeit die Lebensbedürfnisse entziehen. Unter den von dieser Steuer Befreiten seien zwar nicht bloß kleine Gewerbsleute und Handwerker, sondern auch kleine Rentiers, Pfarrerswitwen, resignirte Offiziere und überhaupt Personen in beschränkten Umständen, die bisher durch sorgsame Sparsamkeit im Stande gewesen seien, ihre Respektabilität in den Augen ihrer Nachbarn aufrecht zu erhalten. Diese würden aber jetzt, was in England nichts Geringes sei, durch die Exemption von der Steuer mit dem Brandmale der Armuth gestempelt\*).

Das frühere Whigministerium — Lord John Russell, Baring, Labouchère — behauptete, eine Besteuerung des Einkommens sei nicht gerechtfertigt, da diese Steuer immer nur als eine Kriegsteuer angesehen worden. Der Ausfall in den Staaterevenüen lasse sich durch Herabsetzung der Zölle von Zucker und Getreide, Bauholz und Kaffee und die von einer solchen Maaßregel zu erwartende Vermehrung der Eingangsgeldbühren allmählig decken, ohne der Anlage einer neuen Steuer und der mit dieser verbundenen inquisitorischen Wege zu bedürfen. — Am schärfsten wurde sie vom berechneten Spiel im Unterhause angegriffen: „Die Steuer möge für die Regierung am bequemsten seyn, für das Volk sei sie die lästigste. Sie sei nicht notwendig, verführe zu Unredlichkeit und Meineid . . . Ungerecht sei es, die geistige Arbeit eines Mannes zu besteuern wie Korn- und Hopfenäcker . . . Die Last falle mit gleichem Drucke auf die sicheren Hilfsquellen ererbter Besitzthümer, wie auf die unsicheren Subsidienmittel der vergleichsweise Armen . . . Sie sei von der fluchwürdigsten Inquisition — der religiösen — begleitet, mache Eide gemein, mißbrauche das Evangelium zu einem Finanzhebel, setze dem Meinen eine Prämie und der Wahrhaftigkeit eine Strafe aus; sie spanne ein Netz aus, welchem Redlichkeit und Ehre nicht entgingen, worin aber Betrug und Falschheit nicht gefangen würden.“

Aber alle diese Einwürfe konnten vor der ruhigen, sachkundigen Darstellung der Verhältnisse und der umfassenden staatswirtschaftlichen Kenntniß, mit der Peel seine Sache verfecht, nicht bestehen. „Mit unerschüttertem Vertrauen in die Nothwendigkeit und Nützlichkeit der von ihm gemachten Vorschläge“, sprach er in einer längeren Rede zur Verteidigung seines Planes am 8. April 1842 im Unterhause, „rufe er das Haus auf, einen energischen Schritt zu thun, um das Land der Trübsal und Schmach einer fortgesetzten Gleichgiltigkeit und Lässigkeit hinsichtlich der Finanzschwierigkeiten zu entreißen. Seine Gegner bekämpften die Maaßregel als nicht notwendig oder riefen doch einen anderen Ausweg zu ergreifen, wenn die Lage des Landes ein kräftiges Heilmittel erheische. Er könne nur den Stand der Finanzen wiederholt darlegen. Die Whigs hätten 1835 unter Melbourne einen Ueberschuß von 3 Millionen für England und Indien im Staatsschatze vorgefunden, und den Tories für diese beiden Länder ein Deficit von 5 Millionen vermachte. Das Deficit scheine keineswegs vorübergehender Art

\*) Eine ächt englische Auffassungsweise der Armuth!

zu seyn; ob man, wenn man zu keiner direkten Besteuerung greifen wolle, bereit sei, sich eine unabsehbare indirekte Besteuerung als Ersatz dafür gefallen zu lassen? Eine Einkommensteuer sei auf jede außerordentliche Krise des Staates gleich anwendbar. Der Entsatz der in Afghanistan zurückgebliebenen Truppen, die Erhaltung des moralischen Ansehens Englands in Indien erfordere nachdrückliche durchgreifende Maßnahmen. Seine Gegner hätten vornehmlich zwei Maßregeln empfohlen, einen größeren Nachlaß in den Getreidezöllen und eine Erbschaftsteuer von liegenden Gründen, und zudem Erhöhung der direkten Steuern. Aber seine landwirtschaftlichen Freunde würden nicht vergessen, welcher Natur diese Vorschläge seien. Der jenseits empfohlene fixe Getreidezoll sei eine sehr unsichere Einnahmequelle und durch das Durchgehen der Korn-einfuhrbill ohnehin erledigt. Die bestehenden direkten Steuern, (von den Whigs) bereits um 10 Prozent erhöht, ließen sich nicht noch weiter erhöhen, ohne den Auswanderungstrieb der Reichen zu vermehren. Er mit seiner Taxe dagegen erreiche das Grundeigenthum im Grundzins und das Kapital im Abzuge an den Fonds. Bei diesem Plane sei es nicht nur seine Absicht, den Druck der Steuern für die Industrie möglichst zu erleichtern, sondern er hoffe zugleich durch die damit verbundenen Minderungs-vorschläge in Bezug auf den Handelsarif auch dem produktiven Gewerbsfleiß neue und mächtige Impulse zu geben, den Handel und die Wohlfahrt des Landes zu heben. Ob etwa eine Erhöhung der Haus- oder Fenstersteuer den Mann, der sich und seine Familie mit geistiger Arbeit nähre, nicht auch treffen werde? Durch die von ihm vorgeschlagene Maßregel werde einem Einkommen von 300 £ zwar ein jährlicher Abzug von etwa 8 £ zugemuthet, dagegen durch die Tarifänderungen der Lebensunterhalt um 8, vielleicht 10 £ wohlfeiler gemacht. So dürften seine Maßnahmen immer noch besser seyn, als die jenseits beliebten, welche dem reichen Manne erlankten, durch Ueberschiffung des Kanales der Steuer zu entflüpfen, während die zurückbleibenden ärmeren oder milder bemittelten Klassen das ganze Gewicht der Taxe zu tragen hätten. Daß die Erhebung einer Einkommensteuer von Unannehmlichkeiten begleitet sei, gebe er zu, aber sie ließen sich mildern, und ein ehrlicher Mann brauche die Offenlegung seiner Umstände nicht zu fürchten. . . Wenn man im Hinblick auf den günstigen Stand der Fonds\*) eine neue Anleihe empfehle, so möge man nur eine solche machen und sehen, wie die Fonds dazu stünden. Ja, der Staatscredit stehe hoch! Aber die Fonds stünden nur darnu so hoch, weil das Parlament die Neigung gezeigt habe, zu keinem Anlehenssystem in Friedenszeiten zu greifen. Ehrenwerthe Männer ihm gegenüber hätten ihn geneckt, weil er gesagt, der Entscheid dieses Hauses über seine Maßregel werde auch das Schicksal seiner Administration entscheiden. Das sei nicht zu viel gesagt gewesen. Seines Erachtens sei es besser, daß Minister, wenn sie in Fragen, wie die gegenwärtige, unterliegen, als bald zurücktreten, als Jahre lang ein elendes Dasein hinzuschleppen. Spreche das Haus durch sein Votum aus, daß seine Maßregel als ungerecht und unheilvoll nicht angenommen werden solle, so möge es sein Vertrauen einer neuen Regierung zuwenden, welche vielleicht andere, den Erfordernissen der Gegenwart und den Wünschen des Parlaments und der Nation entsprechende Maßregeln anzupfehlen wissen werde."

Diese bestimmte Erklärung Peels, mit seinem Finanzplane stehen oder fallen zu wollen, die allgemeine Ueberzeugung, daß zur Wiederherstellung der englischen Kriegskasse in Afghanistan und zur Hebung der drückenden Finanznoth ein Opfer nothwendig sei, endlich vor Allem die

\*) Die Consols waren auf die Ankündigung des Peel'schen Finanz- und Handelsplanes um 1 Prozent, von 90 auf 91 gestiegen.



durch die gleichzeitige Tarifänderung gegebene Aussicht eines großartigen Impulses für Handel und Gewerbe und eines billigeren Lebensunterhaltes für alle Stände verschafften dem Peel'schen Plane einen überwiegend günstigen Eingang, und so wurde die Bill denn am 31. Mai 1842 im Unterhause zum drittenmale gelesen und angenommen.

Die Steuer wurde zunächst nur auf drei Jahre bewilligt, aber seitdem, wenn auch von gewichtigen Autoritäten wie Mac Culloch bekämpft, öfter verlängert und die Erträgnisse derselben nach Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Finanzhaushalte zur Aufhebung lästiger Rechtsgattungen, Ermäßigung vieler Zölle und somit vornämlich zur Erleichterung der arbeitenden Klassen benutzt \*).

Die Erträgnisse dieser Steuer übertrafen den mit weiser Berechnung niedrig gehaltenen Vorausschlag Peels bei weitem. Peel hatte, wie bereits erwähnt, die mutmaßliche Einnahme nur auf 3,775,000 £. veranschlagt, was einem steuerbaren Einkommen von etwas über 126 Mill. entspricht. Der wirkliche Reinertrag belief sich aber nach McCulloch schon im ersten Finanzjahre vom 5. April 1842 bis dahin 1843 auf 5,384,125 £., was ein steuerbares Einkommen von 171 Mill. £. St. entziffert (weil die Steueranlage beinahe zu 3 Prozent ist). Nach dem Companion to the Almanack ertrug dieselbe an reiner Einnahme im Jahre 1843/44 = 5,387,455 £.; 1844/45 = 5,329,600 £.; 1845/46 = 5,026,570 £.; 1846/47 = 5,438,453 £.; 1847/48 = 5,385,498 £. Im letzteren Verwaltungsjahre vertheilten sich die Einnahmen nach einer guten französischen Quelle nach den verschiedenen Schemata folgendermaßen auf England und Schottland:

	Schätzung des best. Einkommens.	Ertrag der Steuer.
<b>I. Klasse (Grundeigenthum)</b>		
England . . . .	2,586,000,000 fr.	58,417,150 fr.
Schottland . . . .	229,450,000	6,700,150
	<hr/> 2,815,450,000	<hr/> 65,117,300
<b>II. Klasse (Gewinn aus der Ver- nuthung).</b>		
England . . . .	515,800,000	7,530,725
Schottland . . . .	56,000,000	582,700
	<hr/> 571,800,000	<hr/> 8,113,425

\*) Eben jetzt (Frühjahr 1853) schlägt die Regierung vor, die Einkommensteuer vom April 1853 an zu dem gegenwärtigen Betrage von 7 Pence (21 fr.) vom Pfund Sterling (12 fl.) auf weitere zwei Jahre zu erstrecken, dagegen vom April 1855 an für die nächsten zwei Jahre nur mehr 6 Pence (18 fr.) vom Pfund, und vom April 1857 an für 3 Jahre 5 Pence (15 fr.) vom Pfund zu erheben, so daß die Steuer mit dem 5. April 1860 zu Ende gehe.

Dabei sollen jene Personen, deren jährliches Einkommen zwischen 100 und 150 £. beträgt, da sie bereits aus der bisherigen Steuerbefreiung alles Einkommens unter 150 £. großen Nutzen gezogen, während der eben bemerkten Dauer dieser Steuer jährlich 5 Pence von jedem Pfund jenes Einkommens bezahlen.

Ebenso soll Irland, das durch die Veränderungen im britischen Finanzsystem große Vortheile erlangt hat, zur Einkommensteuer herangezogen werden, da verschiedene Abgaben, in deren Verfallsfristung es bisher von derselben befreit geblieben war, inzwischen aufgehört haben.

III. Klasse (Staatsrenten)	Schätzung des best. Einkommens. Ertrag der Steuer	
	632,650,000 fr.	18,473,750 fr.
IV. Klasse (Handel und Gewerbe u.)		
England . . . .	1,363,363,000	39,810,525
Schottland . . . .	142,750,000	4,168,100
	1,506,113,000	43,978,625
V. Klasse (Befoldungen der Beamten u.)		
England . . . .	276,210,000	8,065,350
Schottland . . . .	10,749,000	311,775
	286,959,000	8,377,125
Gesamtsumma für England und Schottland:	5,812,972,000	144,060,225

Die Einkünfte über 150 £. St. (3750 fr.) machen darauf in Schottland und England einen Gesamtbetrag von 5 Milliarden 813 Millionen fr. aus.

Wenn man aber erwägt, daß die 10 Prozent betragende ältere Einkommensteuer bei Steuerfreiheit des Einkommens unter 50 £. und bei entsprechenden Abzügen von dem Einkommen zwischen 50 und 150 £. i. J. 18<sup>14</sup>/<sub>13</sub> einen Reinertrag von 15,298,992 £. abwarf, was einem steuerbaren Einkommen von 178<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen gleichkommt, die neue Steuer dagegen i. J. 18<sup>42</sup>/<sub>43</sub> bei einer Steuer von nicht ganz 3 Prozent auf alles Einkommen von und über 150 £. einen Ertrag von etwa 5<sup>1</sup>/<sub>3</sub> Millionen £. abwarf, der einem steuerpflichtigen Einkommen von nur 171 Millionen entspricht, während nach allen statistischen Berechnungen das National-Vermögen in Großbritannien inzwischen einen ungeheuren Aufschwung genommen hat, so dürfte nicht mit Unrecht angenommen werden, daß sich trotz des strengen Schätzungsverfahrens noch viel Vermögen der Steuer entzogen habe. Wie schwankend und unsicher die Ermittlung des Einkommens immer noch bleibt, geht auch daraus hervor, daß nach offiziellen Angaben bis zum 20. Mai 1844 nicht weniger als 82,854 Reklamationen wegen zu hoher Schätzung und angeblich nicht beachteter Steuerfreiheit eingingen, wovon ungefähr 6000 Schätzungen als mangelfast zur Verbesserung zurückgegeben wurden. Auf 75,500 davon fanden Steuervergütungen von 69,101 £. statt, und auf 49,370 wurde Befreiung von der Steuer beschloffen.

Von der ältern (Pitt'schen) Einkommensteuer\*) unterscheidet sich dieß neuere Gesetz hauptsächlich in folgenden Punkten:

Die Einkommensteuer von 1798 ließ alles Einkommen unter 60 £. jährlich unbesteuert. Von 60 £. wurde nur <sup>1</sup>/<sub>2</sub> Prozent genommen, und dann mit der Steuer verhältnismäßig von 5 zu 5 £. gestiegen bis zu 200 £. jährlichen Einkommens, von welchem Beträge an aufwärts alles Einkommen mit 10 Prozent versteuert werden mußte. Nach einer im Jahre 1803 vorgenommenen Modifikation wurde die Steuer auf 5 Prozent herabgesetzt, gewerliches Einkommen unter 50 £. für steuerfrei erklärt, und für Einkommen zwischen 50 und 150 £. eine Ermäßigung in der Art zugelassen, daß von jedem Pfund, welches an einem jährlichen Einkommen

\*) S. die systematische Uebersicht derselben p. 131—143, welche (mit einigen Abänderungen) dem Schriftchen Hr. v. Kaumer's „das britische Besteuerungssystem, insbesondere die Einkommensteuer mit Hinsicht auf die, in der preuß. Monarchie zu treffenden Einrichtungen, Berlin 1810“ entnommen, zum Vergleiche mit dem neueren Gesetze beigegeben wurde. —

von 150 £. fehlte, 1 s. von der Steuer abgezogen werden durfte. Einkommen unter 50 £. aus Kapital und Grundeigenthum zahlte auch 10 Prozent. Im Jahre 1805 wurde die Steuer auf 6 1/4 Prozent, und 1806 auf 10 Prozent erhöht. — Die Peel'sche Einkommensteuer dagegen läßt alles Einkommen unter 150 £. ganz steuerfrei. Einkommen aus Grundeigenthum, Anmütäten, Handel, Gewerbe, Aemtern, künstlerischen und wissenschaftlichen Berufsweisen wird mit 7 d. (21 fr.) für je 20 s. (12 fl.), d. i. mit 2 1/2 oder 2,92 Prozent versteuert. Die bloße Benutzung von Grund und Boden, also vornehmlich die Landpacht, wird in England mit 3 1/2 d. (10 1/2 fr.) vom £. oder 1,46 Prozent, in Schottland mit 2 1/2 d. (7 1/2 fr.) oder 1,04 Prozent besteuert. Hierbei geht das Gesetz von der Ansicht aus, daß der Pächter nach Abzug des Pachtzinses in England halb, und in Schottland etwas über ein Drittel so viel rein für sich erübrige, als er Pächterrente bezahlt. Das Pitt'sche Gesetz hatte den durchschnittlichen reinen Gewinn des Pächters zu 3/4 des von ihm an den Grundherren entrichteten Pachtzinses angeschlagen, was offenbar zu hoch war.

Im älteren Gesetze waren die von Ausländern in den brittischen Stocks angelegten Kapitalien steuerfrei, was nach dem neueren Gesetze nicht der Fall ist. Ebenso wenig findet sich hier die Vergünstigung wieder, zufolge der dort Jeder, der mehr als zwei eheliche unterförgte Kinder hatte, je nach der GröÙe seines Einkommens gewisse Abzüge am vollen Betrage der Steuer machen durfte. Nach dem älteren Gesetze konnte der Pflichtige, um sein Vermögen vor der Nachbarschaft geheim zu halten, mit Umgangnahme der Angabe vor den Steuerbeamten und Commisären, daselbste durch gewählte Schiedsmänner (referees) abschätzen lassen. Nicht so nach dem neueren Gesetze. Dagegen ist hier eine Declaration und Prüfung derselben mit Umgangnahme der General- und Hilfscommisäre auf Verlangen vor den, von der Schatzkammer ernannten und besoldeten Spezialcommisären gestattet. Diesen sind außerdem noch besondere Befugnisse für spezielle Zwecke eingeräumt, welche im §. 23. des Gesetzes näher angeführt erscheinen. Die Steuernebenbeamten (assessors) verrichten ihr Amt nicht mehr wie früher gratis, sondern beziehen Lantienien. Erhöht sind im neuen Gesetze die Strafen für Verschweigung und Verheimlichung steuerbarer Objekte. Früher war bei derlei Uebertretungen nur das Doppelte, nach dem gegenwärtigen Gesetze ist das Dreifache der Steuer, welche dem verschwiegenen Einkommen entspricht, als Strafe zu bezahlen. Ebenso wurden die andern Bußen für Verschulden gegen das Gesetz erhöht. Einzelne Aenderungen wurden endlich auch bezüglich der in gewissen Fällen den Pflichtigen verstatteten Abzüge von der Steuer vorgenommen.

### III.

Nach dem Vergange Englands hat die Einkommensteuer in neuerer Zeit, namentlich in Folge der Stürme des Jahres 1848 und der dadurch nothwendig gewordenen Mehrausgaben im Staatshaushalte, dann des vielfach erhobenen Verlangens nach gerechterer Steuertheilung, nach vorzugsweiser Beiziehung der wohlhabenden Klassen zu den Staatslasten, auch in den meisten deutschen Ländern Eingang und Anwendung gefunden, wenn gleich in ziemlich verschiedener, mitunter bloß transitorischer\*) Weise, und nur in der Eigenschaft einer sogenannten Ergänzungsteuer.

\*) So in Baden, Hefendarmstadt und im Königreiche Sachsen.

Dem englischen gegenüber kommen diese deutschen Einkommensteuergesetze sämmtlich darin überein, daß, während jenes das Einkommen nach seinen möglichen Bestandtheilen zerlegt und die genauesten Details gibt, wie dasselbe nach seinen verschiedenen Arten ermittelt, geschätzt und berechnet werden soll, diese meistens bloß die Besteuerung „alles Einkommens“ im Prinzipie aussprechen, ohne sich in speziellen Vorschriften über jene Punkte zu verbreiten. Letztere bleiben hier gewöhnlich als sogenannte Vollzugsvorschriften der Anordnung der Regierung vorbehalten, was eine sehr ungleiche, oft willkürliche Anwendung der Gesetze zuläßt.

Dann geht das englische Gesetz, um Verheimlichungen und Defraudationen möglichst zu verhindern, überall von dem Grundsatz aus, das Einkommen gleich da, wo es entsteht, zur Steuer heranzuziehen. So muß z. B. der Schuldner die Steuer, die den Gläubiger von seinen Kapitalzinsen trifft, entrichten, darf sie dagegen dem Letztern abziehen. So wird die Steuer von Besoldungen, Zinsen der Staatspapiere, Leibrenten u. s. w. jedesmal gleich an der Kassa, die dieselben auszahlt, abgezogen. So zahlt der Pächter die Steuer für die Grundrente, und bringt sie dem Grundherrn in Abzug. So wird ferner bei Banken und dergleichen gemeinschaftlichen Erwerbsunternehmungen die Steuer vom Ertrage des ganzen Gesellschaftsvermögens, nicht von dem Antheile, der dem einzelnen Theilhaber darans zu geht, erhoben.

Nach den deutschen Gesetzen dagegen wird mit wenig einzelnen Ausnahmen, wie z. B. in Oesterreich bezüglich der Handels- und Erwerbsgesellschaften, der Besoldungen u. s. w., die Steuer erst bei dem Pflichtigen, bei dem sich das Einkommen aus seinen verschiedenen Quellen gesammelt hat, angezogen und erhoben.

Alle diese Gesetze huldigen, was den Steuermaßstab betrifft, im Gegensatz zum englischen, dem irrigen Prinzipie der Progression, dessen unhaltbare Basis ich schon im ersten Abschnitte berührt habe. Die Annahme dieses Prinzips hat, abgesehen von der Ungerechtigkeit des Steuermaßstabes, nach welchem das Einkommen je nach seiner Größe in zunehmendem Maße besteuert wird, auch noch den weiteren großen Nachtheil, daß sich alle jene praktischen, höchst vereinfachenden Abzüge der Steuer an der Quelle der Entstehung des Einkommens nicht vornehmen lassen. Denn wie soll man bei dem Einkommen des Grundherrn, bei den Einnahmen des Beamten, bei den Renten des Besitzers von Staatspapieren die Steuer schon an der Grundrente, der Besoldung, den Coupons abziehen, wenn noch vorher ermittelt werden muß, nach welchem der verschiedenen Steuermaße die Empfänger dieser verschiedenen Einkommensquellen zur Steuer gezogen werden sollen? Es entsteht darans ferner eine große Vermehrung der Perceptionskosten. Denn was der Staat mit einer Hand hinauszahlte, muß er mit der andern oft erst auf großen Umwegen wieder in seine Kassen zurückführen. Diese mühsame Perception der Einkommensteuer konnte, ich gestehe es, mir in den, mit der Durchführung einer praktischen Finanzgesetzgebung weniger vertrauten Ländern Eingang finden.

Endlich wird die Ermittlung des Einkommens und die Anlage der Steuer in den deutschen Ländern mehr oder weniger von Beamten besorgt, während in England vornämlich vermögliche Privatpersonen damit betraut sind, welchen jedoch in Bezug auf die Ermittlung des Einkommens weit größere Befugnisse zustehen, als erstere. Uebrigens gibt es in den englischen Steueraussschüssen keine fisciellen Anklagen, welche nach der Größe des verfolgten, angeblich verheimlichten Einkommens dem Staatsbeamten mehr oder weniger Gewinn

abwerfen, oder gar eine Vereinigung von Ankläger und Richter in Einer Person, sondern dem Vertreter des Fiscus steht nur eine Controle zu, während die Prüfung und Entscheidung der Steuerpflicht im Allgemeinen vom Mitbürger über den Mitbürger geübt wird. Von dem Ausspruche der Commissäre findet daselbst, hierin abweichend von den meisten deutschen Gesetzen, in vielen Fällen keine eigentliche Berufung an eine höhere Instanz statt, sondern es ist nur eine wiederholte Prüfung oder Revision der Sache durch dieselben zulässig. Diese Einrichtung ist jedoch nur dann gerechtfertigt, wenn die Ausschüsse, welche die Einkommenssaffion zu prüfen haben, ähnlich den englischen, von den vermöglicheren, unabhängigeren, redlichsten Mitgliedern der Gemeinde gebildet, und nicht durch fiscalische Interessen zu oft ungerechter Besteuerung verleitet werden.

Ich begnüge mich übrigens mit diesen kurzen Bemerkungen über einige der Hauptprinzipien, um die es sich handelt, und schließe mit dem Wunsche und der Hoffnung, zur Anbahnung einer zweckmäßigeren Gesetzgebung in der Einkommensteuerfrage keinen unnützen Beitrag geliefert zu haben!

**Der Herausgeber.**

19.11.59

ANNO QUINTO ET SEXTO

# VICTORIAE REGINAE.

Capitel XXXV.

## Gesetz,

wodurch Ihrer Majestät (der Königin) bis zum 6. April 1845 die Erhebung von Steuern auf den Ertrag des Vermögens, künstlerischer und wissenschaftlicher Berufsgeschäfte \*) (professions), Ämter, Handel und Gewerbe (trades) bewilligt wird.

(22. Juni 1842.)

## Allernädigste Herrscherin!

Wir, Euer Majestät, treueste und gehorsamste, im Parlamente versammelte Unterthanen, die Gemeinen des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, haben uns zur Erhebung der für die Bestreitung der Staatsausgaben Euer Majestät, und für die Vermehrung der Staatseinkünfte notwendigen Beiträge, freiwillig und ohne Zwang entschlossen, Euer Majestät, die hierin später erwähnten, verschiedenen Abgaben und Steuern zu bewilligen; und wir ersuchen deshalb Euer Majestät ehrenbittig, es möge festgesetzt werden, von Euer erhabenen Majestät, durch und mit dem Rathe und der Einwilligung der geistlichen und weltlichen Pärs (Lords) und der Gemeinen, die in diesem Parlamente versammelt sind, und mit der Autorität desselben:

„Daß von dem 5. April 1842 und nach demselben während der später hierin bestimmten Zeit für Ihre Majestät und für deren Erben und Nachfolger angelegt, erhoben, angerechnet und bezahlt werden sollen die verschiedenen Abgaben und Steuern, welche in den verschiedenen Schemulis \*\*, die dieses Gesetz enthält, erwähnt und respektive mit (A), (B), (C), (D) und (E) bezeichnet sind.“

\*) Im Original professions, das heißt: die wissenschaftlichen und höhern künstlerischen Arbeiten im Gegensatz zu trades, den Gewerben und Handeschäften.

\*\*) Das Wort Schemula kommt von dem lateinischen Wort Schedula, eine kleine Rolle oder Blatt oder wegen Papier, und das lateinische Wort Schedula kommt von dem griechischen Wort *Exod*, welches dasselbe bedeutet. Im Englischen bedeutet es eine Rolle von Papier oder Pergament, welche einem Testament, Vertrag oder andern Dokumenten beigesügt ist, und ein Verzeichniß von Sachen enthält, die in dem Inhalt des Haupt-Dokumentes nicht erwähnt worden sind.

Sie heißen:

### Schedula A.

(A)  
Siehe die Ver-  
einerungsregulativ.  
G.

Das Eigenthum aller Ländereien, Grundstücke, Erbgüter und Erbgründe in Großbritannien \*) soll jährlich mit der Summe von 7 Pence (21 fr.) je für 20 Schillinge (12 fl.) besteuert werden.

### Schedula B.

(B)  
Siehe die Ver-  
einerungsregulativ.  
G.

Die Innehabung (occupation) \*\* aller Ländereien, Grundstücke und Erbgüter in England soll jährlich mit der Summe von 3 1/2 Pence (10 1/2 fr.) je für 20 Schillinge (12 fl.) belastet werden.

Die Innehabung aller Ländereien, Grundstücke und Erbgüter in Schottland, soll jährlich mit der Summe von 2 1/2 Pence (7 1/2 fr.) je für 20 Schillinge (12 fl.) belastet werden.

### Schedula C.

(C)  
Siehe die Ver-  
einerungsregulativ.  
G.

Alle Erträgnisse, welche von Leibrenten, Dividenden und Anttheilen an Leibrenten herrühren und einer Person, einer politischen Körperschaft oder einer Gemeinde, einer Gesellschaft oder einem Vereine, ob Corporation oder nicht Corporation, aus irgend einem öffentlichen Einkommen (Public Revenue) bezahlt werden, sollen jährlich mit der Steuer von 7 Pence (21 fr.) ohne Abzug, je für 20 Schillinge (12 fl.) des jährlichen Ertrages besteuert werden.

### Schedula D.

(D)  
Siehe die Ver-  
einerungsregulativ.  
G.

Jeder jährliche Ertrag oder Gewinn, der einer in Großbritannien wohnenden Person von einem Besitztume, mag dasselbe in Großbritannien liegen oder nicht, zukommt, soll mit der jährlichen Steuer von 7 Pence (21 fr.) je für 20 Schillinge (12 fl.) von dem Betrage des Ertrages oder Gewinnes belegt werden, und der jährliche Ertrag oder Gewinn, der einer in Großbritannien wohnhaften Person, von künstlerischen oder wissenschaftlichen Berufsgeheimnissen, einem Gewerbe oder Amte erwächst, gleichviel ob in Großbritannien oder wo anders ausgeübt, soll mit der Summe von 7 Pence (21 fr.) je für 20 Schillinge (12 fl.) des jährlichen Betrages dieser Einnahme oder des Verdienstes besteuert werden.

Auf den jährlichen Ertrag oder Gewinn, der einer Person, ob Unterthan Ihrer Majestät oder nicht, wenn auch nicht in Großbritannien wohnhaft, von irgend einem Besitztume in Großbritannien zugeht, oder von einem in Großbritannien ausgeübten Fache, Gewerbe, Amte oder Berufe für sie erwächst, soll eine jährliche Steuer von 7 Pence (21 fr.) je für 20 Schillinge (12 fl.) von dem Betrage des Gewinnes oder Ertrages gelegt werden.

### Schedula E.

(E)  
Siehe die Ver-  
einerungsregulativ.  
G.

Auf jedes öffentliche Amt oder auf jede ertragbringende Anstellung und auf jede Leibrente, Pension, wie auf jeden Gnadengehalt, so von Ihrer Majestät oder aus dem öffentlichen Einkommen des vereinigten Königreichs bezahlt wird, mit Ausnahme der Leibrenten, die schon in Schedules (C) besteuert werden sind, soll jährlich eine Steuer von 7 Pence (21 fr.) je für 20 Schillinge (12 fl.) des jährlichen Betrages gelegt werden.

\*) Unter Großbritannien sind stets England und Schottland, nicht aber auch Irland gemeint, wesshalb, wie aus dem Schluß hervorgeht, die Einkommensteuer nicht gilt.

\*\*) Das Wort Besitz ist hier, weil aus dem römischen Rechte hervorgegangen, abkürzlich vermieden worden.



II. Auch wird hiedurch festgesetzt, daß auf jeden Bruchtheil von 20 Schillingen (12 fl.) des jährlichen Ertrags oder Gewinnes die gleiche verhältnismäßige Steuer in der vorherbeschriebenen Weise gelegt werde, vorausgesetzt, daß der Betrag einer Rate oder Abgabe nicht weniger als einen Penny (3 kr.) beträgt.

III. Ferner wird hiedurch festgesetzt, daß die durch dieses Gesetz bewilligten Steuern unter die Leitung der jeweiligen Stempel- und Steuer-Kommissäre gestellt werden sollen, die hiemit bevollmächtigt werden, alle jene Beamten oder andern Personen anzustellen, und alles zu thun oder vorzunehmen, was als nothwendig oder rathlich gefunden wird zu der Erhebung, Einsammlung, Einkassirung und Verrechnung der erwähnten Steuern und zum Vollzug dieses Gesetzes, in einer ebenso vollständigen und umfassenden Art, wie in Bezug auf alle andern Steuern, die unter ihrer Leitung stehen; und daß die erwähnten, hiermit bewilligten, in England zu erhebenden Abgaben angerechnet, erhoben und eingesammelt werden sollen nach den Regulativen eines Gesetzes, welches in dem dreiundvierzigsten Jahre der Regierung König Georgs III. erlassen und folgender Weise beistelt wurde: „Gesetz zur Befestigung und Verbesserung gewisser „Verordnungen, die in den Gesetzen enthalten sind, welche sich auf die unter der „Leitung der Kommissäre für Steuerangelegenheiten stehenden Abgaben beziehen,“ und nach den andern Gesetzen, die sich hierauf oder auf die Erläuterung, Abänderung oder Verbesserung derselben beziehen; und die erwähnten in Schottland zu erhebenden Abgaben sollen angelegt, erhoben und percipirt werden nach den Regulativen des Gesetzes, welches in derselben Parlements-Sitzung gegeben wurde unter dem Titel: „Gesetz zur Befestigung gewisser Verordnungen, welche in den Gesetzen bezüglich der „unter Leitung der Steuerkommissäre stehenden Abgaben enthalten sind, sowie zur „Verbesserung der erwähnten Gesetze, insofern sie sich auf jenen Theil Großbritanniens, „Schottland genannt, beziehen,“ und nach den Regulativen anderer Gesetze, die hierauf oder auf die Erläuterung, Abänderung oder Verbesserung derselben Bezug haben; und alle Befugnisse, Bewilligungen, Verfahungsarten, Regeln, Anweisungen, Bußen, Klauseln und Dinge, die jetzt in Gültigkeit, enthalten oder verordnet sind in den frühern oder in andern Gesetzen, die sich auf den Ertrag der direkten Steuern beziehen, sowie auch alle Befugnisse, Bewilligungen, Regeln, Regulative, Anweisungen, Bußen und Gegenstände, welche enthalten oder angeordnet sind in zwei Gesetzen, welche in dem achtundvierzigsten und resp. fünfzigsten Regierungsjahre König Georgs III. unter den folgenden respectiven Titeln erlassen wurden: „Gesetz zur Verbesserung der Gesetze „über den Ertrag der direkten Steuern und der Steuer auf den Ertrag von Eigenthum, „wissenschaftlichen und künstlerischen Berufsgeheimnissen, Gewerben und Aemtern und zur „Regulirung der Festsetzung und Perception derselben,“ dann „Gesetz zur Regulirung „der Art und Weise der Festsetzung der Strafen, wegen nicht gehöriger Entrichtung der „direkten Steuern und der Steuern auf die Erträgnisse von Eigenthum, künstlerischen und „wissenschaftlichen Fächern, Gewerben und Aemtern und zur Verbesserung der Gesetze, „welche die erwähnten Steuern betreffen,“ — die lehterwähnten Befugnisse, Bewilligungen, Regeln, Regulative, Anweisungen, Bußen, Klauseln und Gegenstände mögen zu der Zeit, in der dieses Gesetz gegeben wird, in Gültigkeit seyn oder nicht, und wenn auch dieselben oder ein Theil davon erloschen oder abgeschafft wäre, sollen hiemit in volle Gültigkeit und Wirksamkeit, bezüglich der hiemit bewilligten Steuern, gesetzt seyn und

Abgaben auf Bruchtheile.

Die Steuern sollen unter der Leitung der Kommissäre für Stempel u. Steuern stehen, und nach den Regulativen der Gesetze, die für die direkten Steuern bestehen, festgesetzt und erhoben werden.

Befugnisse und Verordnungen auf angeführten oder andern Gesetzen, die in Betreff der hiererwähnten Steuern angewendet werden sollen.

werden, und sollen genau beobachtet, angewendet und ausgeübt werden. Sie sollen in Anwendung gebracht werden in den verschiedenen Theilen Großbritanniens, in Bezug auf Erhebung, Festsetzung, Perception, Eintassrung, Rechnungablegung und Sicherung der erwähnten hier bewilligten Steuern, und rücksichtlich der Untersuchung der hierüber abzulegenden Rechnungen und alles sonst darauf Bezüglichen, insofern dieselben nicht aufgehoben sind durch die ausdrücklichen Bestimmungen dieses Gesetzes und mit demselben übereinstimmen, so vollständig und genau, in jeder Rücksicht und Hinsicht, als wenn dieselben Befugnisse, Vervollziehungen, Verfahrensgarten, Regeln, Anweisungen, Bußen, Klauseln und Gegenstände besonders wiederholt und verordnet worden wären in dem Texte dieses Gesetzes in Bezug auf die hiermit bewilligten Steuern und deren Erhebung in den besagten Theilen Großbritanniens; und alle und jede Bestimmung jener Gesetze (mit der vorhererwähnten Ausnahme) soll angewendet, beobachtet und als auf dieses Gesetz und die darin bewilligten Steuern bezüglich angesehen werden und zwar gerade so, als wenn sie darin verordnet worden wäre.

Die Kommissäre für die Grundsteuer haben in Distriktskommissären Kommissäre für den Gesamtsteuerbezirk des Gesetzes zu ernennen.

IV. Und da es zweckdienlich ist für den allgemeinen Zweck dieses Gesetzes, Kommissäre aus den Personen anzustellen, welche zur Verrichtung eines Gesetzes angestellt sind, das in dem achthunddreißigsten Regierungsjahre König Georgs III. gegeben wurde unter dem Titel: „Gesetz zur Bewilligung eines außerordentlichen „Zuschusses für Seine Majestät, durch eine Grundsteuer, die in Großbritannien erhoben „werden soll für das Jahr 1798,“ — oder aus den Personen, welche als Kommissäre zur Verrichtung des erwähnten Gesetzes angestellt sind durch irgend ein neues Gesetz, es mag schon gegeben seyn oder erst gegeben werden, um den Vollzug des Gesetzes zu betheiligen, mit Rücksicht auf die Befugnisse, die jenen Kommissären hiemit eingeräumt werden: wird hiemit festgesetzt, daß die verschiedenen Kommissäre, welche angestellt sind oder werden zur Verrichtung des erwähnten Grundsteuergesetzes in den verschiedenen Theilen Großbritanniens, wenn sie geeignet sind zu Grundsteuer-Kommissären, zusammen kommen sollen innerhalb der Grafschaft, Riding, \*) Herrschaft oder Vogtei, oder innerhalb jedes Bezirkes, Distriktes, jedes Hauses und jeder Vogtei der Grafschaft, Riding, Herrschaft oder Vogtei, für welche sie als Kommissäre des besagten Grundsteuergesetzes angestellt sind oder werden, oder innerhalb solcher anderer Bezirke der erwähnten Grafschaften, Herrschaften und Vogteien, welche die Stempel- und Steuer-Kommissäre bezeichnen werden, und auch innerhalb jeder city, \*\*) jedes Hlendes, jedem der cinque Ports, jeder Freitung, Freistadt, jeder Stadt und jedes Plazes, wofür besondere Kommissäre ernannt sind, um mit ausschließlicher Befugniß innerhalb derselben das erwähnte Grundsteuergesetz in Vollzug zu setzen. Jene Zusammenkünfte sollen von Zeit zu Zeit von den Stempel- und Steuer-Kommissären, wenn sie es für nothwendig halten, angeordnet werden durch Anzeigen in dem Londoner- und Einburger-Amtsblatt für England und Schottland, und sie sollen zu der in der Anzeige bestimmten Zeit und an dem darin erwähnten Orte gehalten werden; und bei jeder solchen Zusammenkunft sollen die Grundsteuer-Kommissäre oder der größere dort anwesende Theil derselben wählen und niederschreiben die Namen jener der vorher erwähnten angestellten Kommissäre, welche die nachstehenden erforderlichen Eigenschaften haben, und welche tauglich und geeignet seyn sollen zu

\*) Riding bezeichnet einen Bezirk und nimmt dieser Name jetzt nur mehr in der Grafschaft York vor.

\*\*) City, eine Stadt, welche zugleich ein Bischofssitz ist.

Kommissären für die Gesamtwende dieses Gesetzes in den vorerwähnten Grafschaften, Ridings, Provinzen, Herrschaften oder Vogteien und in jedem Distrikte, innerhalb einer jeden Centena, jedes Bezirkes, Distriktes, oder einer andern Abtheilung, oder innerhalb einer jeden city, eines jeden Fleckens, jedem der cinque Ports, jeder Freieung, Freisstadt, Stadt oder jeden Blases und welche beim Vollzuge dieses Gesetzes diejenigen Gränzen zu beobachten haben, welche festgesetzt sind oder festgesetzt werden mögen für die verschiedenen Distrikte nach den Gesetzen, welche sich auf die Erhebung der directen Steuern beziehen. Und die Namen der Personen, die so gewählt worden sind, sollen in der Ordnung nieders- geschrieben werden, nach welcher der größere Theil der anwesenden Kommissäre sie für tauglich hält zu Kommissären für die betreffenden Distrikte; und sieben, oder eine geringere Zahl als sieben, auf keinen Fall aber weniger als drei, der auf diese Art bezeichneten Personen, sollen nach der auf der Liste stehenden Ordnung, Kommissäre werden für die Gesamtwende dieses Gesetzes und der vorher erwähnten Steuern, und werden diese hiemit aufgefordert, den Vollzug dieses Gesetzes und die Erhebung der erwähnten Steuern als General-Kommissäre auf sich zu nehmen; und sieben oder eine geringere Zahl, auf keinen Fall aber weniger als drei der darauf in der Namen-Liste folgenden Personen sollen Kommissäre werden im Falle der Erledigung erlgenannter Stellen, da diese auf die weiter unten erwähnte Weise erledigt werden können. Bemerk wird hiebei, daß, wenn bei einer der besagten Zusammenkünfte die vorhergenannten Kommissäre unter den zum Vollzuge des Grundsteuergesetzes in der oben besagten Weise angestellten Kommissären nicht sieben Kommissäre und sieben Stellvertreter finden sollten, es ihnen gestattet seyn soll, irgend eine in einem solchen Distrikte wohnende Person zu ernennen, welche die später erwähnten erforderlichen Eigenschaften haben und die nach ihrem Urtheile geeignet und tauglich seyn muß zu einem General-Kommissär, bis die Zahl sieben in jeder Liste vollständig ist, wenn gleich solche Personen nicht als Kommissäre zur Vollziehung des erwähnten Grundsteuergesetzes angestellt seyn sollten. Vorausgesetzt wird ferner: daß, wenn die Kommissäre bei einer solchen Zusammenkunft nicht finden und niederschreiben würden vierzehn Personen, die der erwähnten Anforderung entsprechen, um Kommissäre oder Stellvertreter in dem betreffenden Distrikte zu werden, es ihnen gestattet seyn soll, für dieselben die nöthige Anzahl aus den Personen zu wählen, die als Kommissäre die Durchführung des erwähnten Grund-Steuergesetzes in irgend einem anstoßenden oder benachbarten Distrikte derselben Grafschaft, Riding, Abtheilung, Herrschaft, Vogtei, city, Stadt, oder desselben Blases leiten, damit sich kein Mangel in der Durchführung dieses Gesetzes ergebe. Die Namen jener Personen, die auf die schon erwähnte Weise gewählt worden sind, sollen dem Hauptamte für Stempel und Steuern in England und Schottland in der Ordnung, in welcher sie in solche Listen eingeschrieben worden sind, eingesendet werden: Allgemein gilt hiebei, daß, wo sieben Personen, welche die weiter unten erwähnten Eigenschaften haben, zu Kommissären für irgend einen Distrikt in der erwähnten Weise erwählt werden, keine andere Person sich als Kommissäre in die Durchführung dieses Gesetzes einmischen soll, so lang als diese sieben Personen ihre Functionen ausüben, ausgenommen in den hier nachher erwähnten Fällen.

Erledigung erledigter Stellen.

In Ermangelung der Grundsteuerkommissäre können andere taugliche Personen ernannt werden, welche in denselben Distrikte wohnen.

oder von benachbarten Distrikten.

Wo sieben Personen erwählt sind, sollen keine andere Personen ernannt werden.

V. Und es wird hiedurch festgesetzt, daß es in nachstehenden Cities und Städten, nämlich: London, Bristol, Exeter, Kingston-upon-Hull, Newcastle-upon-Tyne,

In gewissen Städten und Cities können andere Kommissäre

gewählt werden, um mit den von den Grundsteuer-Kommissionen gewählten gemeinen zu handeln.

Norwich, Birmingham, Liverpool, Leeds, Manchester, King's Lynn und Great Yarmouth, und für jede derselben den unten erwähnten Personen verstatte seyn soll, Kommissäre zu erwählen und Personen, welche die erledigten Kommissärstellen zu besetzen haben, um sich mit jenen Personen in's Benehmen zu setzen, die nach den früher erwähnten Bestimmungen gewählt oder angestellt worden; und daß in der Stadt London und für dieselbe zwei Kommissäre und zwei Stellvertreter für jene durch den Bürgermeister und durch die Aldermänner von London aus acht Personen erwählt werden sollen, von welchen vier Aldermänner seyn müssen, die durch den Stadtrath vorgeschlagen worden sind. Zwei andere Kommissäre und zwei Stellvertreter derselben sind durch den Gouverneur und die Direktoren der Bank von England, ein anderer Kommissär und dessen Stellvertreter ist durch jede der nachbenannten Gesellschaften zu ernennen, nämlich: die Direktoren der Ostindischen Gesellschaft, den Gouverneur und die Direktoren der Südsee Gesellschaft, den Gouverneur und die Direktoren der Assurance-Gesellschaft der königlichen Börse, den Gouverneur und die Direktoren der Londoner Assurance-Gesellschaft, die Direktoren für die Führung und Leitung der Angelegenheiten der ost- und westindischen Dock-Gesellschaft, dann die Direktoren zur Führung und Leitung der Londoner Dock-Gesellschaft und der St. Katharinen-Dock-Gesellschaft, welche gerade zur Zeit als solche functioniren. Ebenso soll es den Polizeibehörden und Friedensrichtern der Stadt Norwich verstatte seyn, acht Personen zu Kommissären zu wählen, und acht Personen zu deren Stellvertretern, wobei die Hälfte der erwähnten acht Kommissäre und acht Stellvertreter aus den erwähnten Polizeibehörden und Friedensrichtern genommen, die übrigen vier Kommissäre und die vier Stellvertreter aus den Einwohnern der genannten City gewählt werden sollen. Und in jeder der früher erwähnten Cities und Städte soll es den Polizeibehörden und Friedensrichtern gestatet seyn, die in den erwähnten Städten functioniren, gemeinschaftlich mit den Friedensrichtern, die in der Grafschaft, dem Bezirk (Hiding), oder dem Distrikte, worin dieselben gelegen sind, functioniren, acht Personen als Kommissäre zu erwählen, und acht Personen, welche deren Stelle zu ersetzen haben, wie es hier erwähnt ist. Und die Personen, die so von den Grundsteuer-Kommissären, wie schon erwähnt, gewählt werden sollen, mit den andern Personen, die nach dem hier bestimmten besondern Notus zu wählen sind, sollen Kommissäre zur Durchführung dieses Gesetzes seyn, und resp. Stellvertreter, wenn erstere Stellen erledigt werden, und zwar für die und in den Distrikten, in welchen diese Städte und Cities gelegen sind, oder welche von jenen Städten und Cities gebildet werden, und für jene anderen Plätze, die gewöhnlich in demselben Distrikte mit solchen Städten und Cities zur Besitzsteuer mit der Grundsteuer belegt worden sind. Und die Namen von allen Personen, die auf letztgenannte Weise gewählt werden, sollen der Stempel und Steuer-Kommission zugesandt werden.

Wo hinreichende Kommissäre, Städte und Cities nicht gewählt sind, können die Kommissäre für die Grafschaft gewählt werden.

VI. Auch wird stets vorbehalten und festgesetzt, daß im Falle eine hinreichende Anzahl von Kommissären für die schon erwähnten allgemeinen Zwecke oder für die erledigten Stellen nicht gewählt oder bestimmt worden ist, oder die schon gewählten unfähig sind zu functioniren, aus Mangel an den Eigenschaften, welche durch dieses Gesetz für irgend eine City, einen Flecken, eine Stadt oder einen Platz gefordert werden, dann, und in jedem solchen Falle, jede Person, welche die erforderlichen Eigenschaften besitzt für die ganze Grafschaft, den ganzen Bezirk, den ganzen Kreis oder die ganze

Bogtei zu functioniren, in oder zunächst welcher eine solche City, ein solcher Bleden, eine solche Stadt oder ein solcher Platz liegt, als Kommissäre für eine solche City, einen solchen Bleden, eine solche Stadt oder einen solchen Platz gewählt werden kann. Vorbehalten wird ferner, daß jede Person, welche in irgend einer Grafschaft, einem Bezirke, einem Distrikte, einem Kreise, einer Bogtei, einer Stadt, einer City oder einem Plage wohnt, wo es an einem Kommissäre fehlt, und welche sowohl die nachher erwähnten Eigenschaften hat, als auch willens ist, als General-Kommissär für den schon erwähnten Zweck, in irgend einem Distrikte zu functioniren, wo es an einem Kommissär fehlt, als Kommissär auf die früher erwähnte Weise gewählt werden kann, wenn gleich eine solche Person bei Durchführung des erwähnten Grundsteuer-Gesetzes zu einer Function nicht bestimmt worden ist, und ohngeachtet dessen, was Gegentheiliges früher hierin bestimmt worden ist.

Vermögens, sonst geeignete Personen zu wählen, wenn diese auch nicht Grundsteuer-Kommissäre sind.

VII. Auch wird festgesetzt, daß, wenn einer der für diesen Zweck ernannten General-Kommissäre sterben, die Annahme dieser Function verweigern, oder nachdem er angefangen zu functioniren, verweigern sollte darin fortzufahren, die übrigen Kommissäre eine oder mehrere Personen, die auf der Liste der Stellvertreter stehen, zu wählen haben, die anstatt desjenigen Kommissärs, der gestorben ist, oder der seine Function verweigert oder ausschlägt, angestellt werden sollen; vorausgesetzt, daß die zum Stellvertreter in dieser Art ernannte Person auf dieselbe Weise gewählt sey, wie diejenige Person, die gestorben ist, oder die diese Functionen ausgeschlagen oder verweigert hat. Die verschiedenen Grundsteuer-Kommissäre sollen in ihren auf die erwähnte Weise angeordneten Zusammenkünften, und die verschiedenen Personen, welche bevollmächtigt sind, Kommissäre für die verschiedenen vorhererwähnten Cities und Städte anzustellen, sollen nach Anzeige von dem Sekretär an die für diese Cities und Städte functionirenden Kommissäre, so oft als es nur nothwendig ist, neue Namen wählen und dieselben den Personen hinzufügen, welche früher als Stellvertreter gewählt worden sind, und die General-Kommissäre werden sollen, wenn eine solche Stelle erledigt wird. Verordnet wird ferner, daß, wenn die Liste der Stellvertreter, die auf die angegebene Art angelegt und erneuert werden soll, zu irgend einer Zeit unvollständig werden sollte, so, daß die erforderliche Zahl Kommissäre nicht daraus genommen werden kann, dieselbe von Zeit zu Zeit durch die General-Kommissäre, welche in jenen Distrikten functioniren, wo der Ausfall sich ergibt, ausgefüllt und erneuert werden muß.

Die erledigte bezügliche Kommissäre Stellen besetzt werden sollen.

VIII. Und es wird hiermit festgesetzt, es soll, wenn in einem Distrikte eine Vernachlässigung bezüglich der hiermit verordneten Anstellung von General-Kommissären stattfinden sollte, oder wenn die so angestellten Kommissäre die Function vernachlässigen oder ausschlagen würden, oder wenn sie, nachdem sie solche begonnen, verweigern sollten hierin fortzufahren, den Kommissären, die zum Vollzuge des erwähnten Grundsteuer-Gesetzes angestellt sind, im Fall sie die nöthigen Eigenschaften haben, die in diesem Gesetze vorgeschrieben sind, welche Kommissäre in keinem Falle aber mehr als sieben seyn dürfen, verstatet seyn und werden sie und jeder von ihnen, bei der Anzeige einer solchen Vernachlässigung und eines solchen Mangels in der Anstellung, welche ihrem Sekretäre von irgend einem der von den Steuer- und Stempel-Kommissären hiezu bevollmächtigten Inspektoren oder Steueranfseher gemacht worden ist, hiermit beordert und aufgefordert, für den Vollzug dieses Gesetzes aufgepäunt zu sorgen, und alles das

Die Grundsteuer-Kommissäre haben das Recht in Ermangelung der Anstellung Anderer oder im Falle der Vernachlässigung der zu Folge dieses Gesetzes ernannten Kommissäre zu vollstrecken

und die Kommissäre für die Spezialzwecke in Ermangelung der Grundsteuer-Kommissäre.

zu thun und vorzunehmen, was die in Folge dieses Gesetzes gewählten Kommissäre zu thun auffordert und bevollmächtigt sind. Wenn in irgend einem Distrikte ein Mangel an lehterwähnten Kommissären seyn sollte, so müssen die Kommissäre eines benachbarten Distrikts derselben Grafschaft, Riding, Abtheilung oder Vogtel, welche die in diesem Gesetze erwähnten Eigenschaften haben, auf die vorerwähnte Anzeile hin, dieses Gesetz als solche Kommissäre vollziehen, entweder allein oder in Uebereinstimmung mit solchen Personen, die willens sind, als Kommissäre für den Distrikt zu functioniren, wo es notwendig seyn wird, dieses Gesetz zu vollstrecken. Wenn die erwähnten Personen, an welche eine solche Aufforderung ergangen ist, innerhalb zehn Tagen von dem Empfange derselben an, die Vollziehung dieses Gesetzes nicht auf sich nehmen, oder hiebei nicht mit dem nöthigen Eifer handeln würden, dann soll es in diesem und in jedem ähnlichen Falle den, kraft dieses Gesetzes für Spezialzwecke angestellten Kommissären gestattet seyn, dieses Gesetz in einem solchen Distrikte in allen Dingen zu vollstrecken, welche die General-Kommissäre hiemit vorzunehmen beordert sind. Vorbehalten wird immer, daß wo Kommissäre, welche geeignet sind in einem Distrikte zu functioniren, nicht dem Hauptamt für Stempel- und Steuer-Angelegenheiten in England und Schottland, wie vorerwähnt, benannt worden sind, es gestattet seyn soll, daß, in diesen und ähnlichen Fällen, die erwähnten Steuer- und Stempel-Kommissäre an zwei oder mehrere der Personen die besagten Anzeilen machen, auf welche dann das Recht, dieses Gesetz zu vollziehen, in Folge der darin gegebenen Anweisungen übergeben soll.

Die Kommissäre können einen Sekretär und Gehülfe ernennen.

IX. Und es sei festgesetzt, daß die angestellten General-Kommissäre auf die erwähnte Weise einen Sekretär oder, wenn es notwendig ist, auch einen Gehülfe desselben anstellen sollen, behufs der Steuererhebung in jedem Distrikte. Diese sollen ihr Amt nach den Regulativen verwalten, die in diesem und beziehungsweise in den hier angeführten Gesetzen erwähnt oder angezogen sind. Jeder solche Sekretär und Gehülfe soll als solcher functioniren, sowohl in allen jenen Sachen und Dingen, die von, unter und vor den verschiedenen General-Kommissären, als auch in allen jenen, welche von, unter und vor den später zu erwähnenden Hülfskommissären in den verschiedenen Distrikten vorzunehmen sind, vorbehaltlich, daß nicht mehr als ein einziger Hülfssekretär für irgend einen Distrikt ohne die Bewilligung der Kommissäre für Stempel und Steuern angestellt werde. An diese soll von den General-Kommissären jedesmal Bericht erstattet werden, worin die Nothwendigkeit der Ernennung eines solchen wegen der Ausdehnung oder starken Bevölkerung des Distriktes dargestellt ist. Wenn irgend ein Sekretär oder Sekretariatsgehülfe, der kraft dieses Gesetzes angestellt ist, und der den darin vorgeschriebenen Eid geleistet hat, willkürlich die Vollziehung dieses Gesetzes behindern oder verzögern, oder wenn er sich nachlässig oder absichtlich schlecht beim Vollzug dieses Gesetzes betragen würde, so soll er der Summe von 100 Pfund (1200 fl.) verlustig, von dem Amte entlassen, und unfähig werden, je wieder als Sekretär oder Gehülfe beim Vollzug dieses oder irgend eines andern Gesetzes, das auf die unter der Leitung der Kommissäre für Steuern und Stempel stehenden Abgaben Bezug hat, verwendet zu werden.

Vertrauensvoller Sekretär und Gehülfe wegen künftigen Verlangens.

Eigenschaften, welche die Kommissäre für Schätze oder Grafschafts-Bezirke oder gewisse größere oder Bezirke einer ganzen Grafschaft — die Grafschaft Monmouth und die Herrschaft

X. Es sei festgesetzt, daß zu Folge des hier verlangten Vermögens keine Person als General-Kommissär für den Vollzug dieses Gesetzes in irgend einem Distrikte

Wales ausgenommen — oder in einem Bezirke (Riding) der Grafschaft York oder in der Grafschaft oder in den Bezirken von Lincoln, oder in den Städten: London, Westminster, Bristol, Exeter, Kingston-upon-Hull, Newcastle-upon-Tyne, Norwich, Birmingham, Liverpool, Leeds, Manchester, King's Lynn und Great-Yarmouth angestellt werden darf, wenn sie nicht Ländereien, Grundstücke oder Erbgüter in Großbritannien im Werthe von 200 Pfund jährlichen Ertrags (2400 fl.) selbstständig besitzt, seien jene nun frei eigen, oder erbsig, oder bloß Pachtgut, wofür die noch übrige Pachtzeit wenigstens noch sieben Jahre beträgt, und zwar nach Abzug aller darauf ruhenden Grundrenten, Hypotheken und sonstigen Leistungen, oder, wenn eine solche Person nicht wenigstens ein bewegliches Vermögen im Werthe zu 5000 Pfund (60,000 fl.) oder ein bewegliches Vermögen besitzt, oder einen Antheil daran hat, so ein jährliches Einkommen von 200 Pfund (2400 fl.) abwirft, oder welche Ländereien, Grundstücke, Erbgüter und bewegliches Vermögen, oder einen Antheil daran hat, aus dem zusammen sie ein Einkommen von jährlich 200 Pfund (2400 fl.) bezieht, wobei in jedem solchen Falle einhundert Pfund (1200 fl.) bewegliches Vermögen vier Pfunden jährlicher Rente gleichgelten sollen, und ein Jahreszins von 4 % beweglichem Vermögen gleichsetzen soll einem beweglichem Vermögen von einhundert Pfund, oder, wenn eine solche Person nicht der älteste Sohn einer Person ist, welche ein deraartiges Vermögen im dreifachen Werthe dessen besitzt, welches an selbstständigem Vermögen zur Befähigung als Kommissär für eine ganze Grafschaft, Riding, einen Distrikt oder eine Stadt erforderlich ist.

XI. Und es sei festgesetzt, daß in Rücksicht auf sein Vermögen Niemand befähigt seyn soll, als General-Kommissär zur Durchführung dieses Gesetzes in einem Distrikt oder Bezirk der Grafschaft Monmouth, oder in einer Grafschaft in Wales, oder in einer city, in einem Flecken, in den cinque Ports, in einer Freieung, Freistadt, Stadt oder in einem Plage in England oder Wales ernannt zu werden (die erwähnten Städte ausgenommen), der nicht Eigenthümer oder Besitzer eines Vermögens ist von gleicher Beschaffenheit und von vier Fünftheilen des Werthes, so für einen Kommissär erforderlich ist, der für einen Distrikt oder einen Bezirk einer ganzen Grafschaft in England functioniren soll; oder der nicht der älteste Sohn einer Person ist, welche Eigenthümer oder Besitzer eines Vermögens ist, das den dreifachen Werth von dem hat, was zur Befähigung als Kommissär an eigenem Vermögen für dieselbe Grafschaft, city, gleichen Flecken, denselben der cinque Ports, gleiche Freieung, Freistadt, Stadt oder für denselben Platz erforderlich ist.

XII. Und festgesetzt sei, daß in Rücksicht auf sein Vermögen Niemand als Kommissär zum Vollzuge dieses Gesetzes für eine Grafschaft (Shire) oder Herrschaft in Schottland befähigt seyn soll, der nicht als Inhaber einer Lehenherrschaft oder eines Lehengutes, Eigenthums oder Leihgebings (Life-Renter), von Ländereien in Schottland eine Jahresrente im Betrage von hundert und fünfzig Pfund schottisch bezieht, oder der nicht ein bewegliches Vermögen hat im Werthe von 5000 Pfund (60,000 fl.), oder der nicht ein bewegliches Vermögen oder einen Antheil an solchem hat, welches ein jährliches Einkommen von zweihundert Pfund Sterling abwirft, oder der nicht, wie oben gesagt, Ländereien und persönliches Vermögen oder einen Antheil an solchem eigenthümlich hat, resp. zu Lehen besitzt, welche zusammen einen jährlichen Werth von

und kleinere Städte Englands haben solten.

Eigenthum, die für die Grafschaft Monmouth, die Besitzungen in Wales und die eben nicht benannten Städte u. Plätze erforderlich sind.

Qualifikation für die Bezirke um Herrschaften Schottlands.

zweihundert Pfund Sterling geben, wobei in jedem solchen Falle Einhundert Pfund an Kapital gleichstehen sollen einer Jahresrente von vier Pfund, und ein Interesse aus persönlichem Vermögen zu vier Pfund jährlich einem Kapitale von hundert Pfund gleichstehen soll; oder der nicht der älteste Sohn einer Person ist, welche Eigenthümer oder Besitzer gleichen Vermögens von dem zweifachen Werth dessen ist, was zur Befähigung eines Kommissärs an eigenem Vermögen für solch eine Grafschaft oder Herrschaft erforderlich ist.

Der Gültre und  
Helden in Schott-  
land.

XIII. Und festgesetzt sei ferner, daß in Rücksicht auf ihr Vermögen keine Person befähigt seyn soll, als General-Kommissär bei Durchführung dieses Gesetzes in irgend einer Stadt oder in einem Helden Schottlands zu functioniren, wenn sie nicht ein Vermögen von gleicher Beschaffenheit und im Werthe von drei Hünthellen dessen besitzt, das für einen Kommissär erfordert wird, der in irgend einer Grafschaft oder Herrschaft in Schottland zu functioniren hat, oder wenn sie nicht der älteste Sohn einer Person ist, welche an Lehen oder sonstigem Besitze ein Vermögen von dreifachem Werthe dessen hat, was zur Befähigung als Kommissär an eigenem Vermögen für dieselbe Stadt oder denselben Helden erfordert wird.

Wesig an Länd-  
ereien in denselben  
Grafschaft ist nicht  
notwendig.

XIV. Allgemein wird hiebei festgesetzt, daß das Vermögen an Ländereien oder Grundstücken, welches zu der Befähigung als Kommissär erforderlich, nicht in der Grafschaft, in dem Ribing, der Herrschaft oder Vogtei, für welche Jemand Kommissär seyn soll, gelegen zu seyn braucht; auch wird verordnet, daß, wo ein Nachweis der Befähigung einer Person zum Vollzuge dieses Gesetzes notwendig erscheint, dieser von derselben in der Weise geliefert werden soll, wie es das Gesetz in Bezug auf die Kommissäre vorschreibt, die zur Durchführung des besagten Grundsteuer-Gesetzes berufen sind.

Nachweis der Qua-  
lifikation.

Eine besondere Qua-  
lifikation wird nicht  
gefordert von gewis-  
sen Beamten, welche  
als Kommissäre tan-  
giren, und auch nicht  
von Special-Kom-  
missären.

XV. Ebenso wird vorgehen und festgesetzt, daß hierin nicht begriffen seyn soll, irgend eine besondere Befähigung zum Dienste als Kommissär in den Distrikten der Paläste Whitehall und Saint James von irgend einem Beamten zu fordern, welcher als Kommissär bei Durchführung des besagten Grundsteuer-Gesetzes in den besagten Distrikten vormalo gewirkt hat oder künftig functioniren wird, ausgenommen die, daß er im Besitze dieses Amtes ist, noch in irgend einer Grafschaft oder Herrschaft Schottlands von einem Oberschäzer (Provost), Amtmanne, Gildvorsteher, Schatzmeister, Vorsteher der Handelsinnung, oder Gehülfsen des Junksmeisters, der dieß Amt zur Zeit in einem königlichen Helden in Schottland bekleidet, noch von einem Amtmanne, der zur Zeit in einem königlichen Helden oder in einer Baronie Schottlands ist, noch von den jedesmaligen Factors der verfallenen Besitzungen, welche mit der Krone verbunden wurden durch ein Gesetz, erlassen im fünfundzwanzigsten Jahre der Regierung König Georgs II., wenn diese als Kommissäre zum Vollzuge des erwähnten Grundsteuer-Gesetzes in einer Grafschaft oder Herrschaft Schottlands ernannt werden. Auch soll eine solche nicht von einem Special-Kommissär gefordert werden, der bei Durchführung dieses Gesetzes nach dessen Vollmacht oder Bestimmung mitwirkt.

Kannwohl d. Hülfs-  
Kommissäre.

XVI. Auch soll festgesetzt seyn, daß, wenn die General-Kommissäre es für zweckmäßig erachten, daß gewisse hierin bestimmte Geschäfte durch andere Kommissäre vorgenommen werden, als die auf die erwähnte Weise gewählt oder angestellten Personen, oder daß diesen eine Aushülfe gewährt werde, diese Hülfs-Kommissäre von



jenen General-Kommissären gewählt werden sollen, welche in demselben Distrikte fungiren. Zu diesem Ende sollen die besagten Kommissäre, welche die gehörigen in diesem Gesetze erforderlichen Eigenschaften besäßen, mit Zustimmung der Mehrheit derselben, welche zu diesem Zwecke zu einer Versammlung berufen werden sollen, in der Weise die Wahl vornehmen, daß die Namen solcher Personen, die in ihren betreffenden Distrikten wohnen, und die nach der Meinung dieser Kommissäre als geeignet zu solchen Hülfskommissären erscheinen, in Listen eingeschrieben werden. Diese Listen sollen so viele Namen enthalten, als die besagten Kommissäre nach ihrer Ueberzeugung und in Betracht der Größe eines jeden Distrikts und der Zahl der Personen, die darin zu besteuern sind, zur gehörigen Durchführung dieses Gesetzes für nothwendig erachten. Diese Listen, welche von diesen Kommissären zu unterzeichnen sind, sollen eine genügende Autorisation für einen solchen Hülfskommissär bilden, wenn er sonst die genügenden Erfordernisse besitzt, wie weiter unten bestimmt werden werden; und sollen diese befugt seyn, selbstständig alle die verschiedenen Geschäfte in so weit vorzunehmen, als es mit den befalligen Anweisungen in Einklang steht. Vorausgesetzt wird dabei immer, daß die Personen, welche bei Vacaturen in einem Distrikte eintreten sollen, so lange als Hülfskommissäre fungiren können, bis ihre Dienste als General-Kommissäre erfordert werden; und es wird ebenso vorausgesetzt, daß Niemand befähigt seyn soll, als ein solcher Hülfskommissär zu functioniren, der nicht, fideleigen oder belehnt, Besitzer eines Vermögens von der selben Beschaffenheit und von der Hälfte des Werthes ist, welches für einen General-Kommissär in demselben Bezirke erforderlich ist. Ebenso wird vorausgesetzt, daß, wo kein Hülfskommissär in einem Distrikte ernannt und bestellt wurde, die General-Kommissäre dieses Gesetz in diesem Distrikte in allen Gegenständen und Dingen, welche die Hülfskommissäre zu vollziehen haben, hiedurch zu vollziehen autorisirt seyn sollen.

Erfordernisse für solche.

Bei Mangel an Hülfskommissären.

XVII. Vorausgesetzt wird stets und wird hiemit festgesetzt, daß, wenn in einer city, einem Flecken, in den cinque Ports, einer Freieung, Freistadt, Stadt oder an irgend einem Plage, für welche besondere Kommissäre zur Durchführung des erwähnten Grundsteuer-Gesetzes ernannt sind, sich eine genügende Anzahl von Personen nicht vorfindet, welche nach Vorschrift dieses Gesetzes befähigt und geeignet sind, als General-Kommissäre oder als Auschülfskommissäre zu fungiren, es gestattet seyn soll, zu solchen Kommissären oder Auschülfskommissären jede Person zu verwenden, welche in dieser city, in diesem Flecken, in einem dieser cinque Ports, in dieser Freieung, Freistadt, Stadt oder in einem dieser Plätze wohnt und so besteuert ist, daß sie unter jene gerechnet werden kann, welche nach Vorschrift dieses Gesetzes eine jährliche Einnahme irgend welcher Art im Betrage von 200 Pfund oder darüber zu versteuern haben.

Bestimmung der Kommissäre an solchen Orten, welche dazu befähigte Personen nicht haben.

XVIII. Und festgesetzt sei, daß wenn immer eine neue Bestellung von Kommissären stattfindet, dieselben dieses Gesetz durchführen sollen sowohl bezüglich der Steuern, welche in irgend einem früheren Jahre hätten festgesetzt werden sollen, aber nicht festgesetzt wurden, und bezüglich der Rückstände an Steuern, welche in einem früheren Jahre nach diesem Gesetze festgesetzt wurden, als auch bezüglich der Schätzung, die in dem Jahre gemacht werden soll, in welchem sie ernannt wurden; und sie sollen die gleiche Befugniß haben, solche Steuern und Rückstände anzusehen und zu erheben, wie sie die von ihnen festgesetzten Steuern erheben dürfen. Zu allen diesen Akten soll

Sie ernannte Kommissäre diesen Steuern anlegen und erheben auch für frühere Jahre.

ihr Amt als genügende Autorisation dienen, vorausgesetzt, daß sie den Regulativen dieses Gesetzes entsprechend sind.

Nachricht, welche  
den Aushülfs-Kom-  
missären zu geben ist,  
damit sie für sich  
selbst dieser Gesetz  
vollziehen.

XIX. Und es sei festgesetzt, daß, wenn die erwähnten General-Kommissäre solche Aushülfs-Kommissäre, wie vorhin gesagt, ernannt haben, sie ihnen hievon schriftliche Nachricht geben sollen, welche von zweien oder mehreren von ihnen zu unterzeichnen ist, und den besagten Aushülfs-Kommissären durch die Steuerbeamten des betreffenden Kirchspiels oder Ortes, in welchem sie sich aufhalten, unter Angabe des Orts und des Tags, welcher durch die General-Kommissäre für die erste Zusammenkunft der Aushülfs-Kommissäre bestimmt werden, zugestellt werden soll. Eine solche Zusammenkunft soll nicht später gehalten werden, als zehn Tage nach Ertheilung jener Nachricht, und die erwähnten Steuerbeamten sollen ohne Verzug die betreffenden Personen durch schriftliche Zufertigung, welche sie ihnen persönlich zu übergeben oder an ihrem Aufenthaltsorte abzugeben haben, auffordern, sich in dem in der Zuschrift bestimmten Orte und zu der in derselben festgesetzten Zeit einzufinden, und zwar zu dem Zwecke, damit sie selbst sich in den Stand setzen, die Befugnisse geltend zu machen, welche ihnen in diesem Gesetze eingeräumt sind.

Ob, der ihnen ab-  
genommen werden  
soll.

Und die besagten General-Kommissäre sollen den Aushülfs-Kommissären den Eid abnehmen, der ihnen durch dieses Gesetz auferlegt ist, und ihnen den Tag bestimmen, an welchem sie ihre Besteuerungs-Certificate nach der hier vorgeschriebenen Weise beizubringen haben. Der Sekretär der Kommissäre eines jeden Bezirkes, oder sein Gehülfe, soll auch den für denselben Distrikt bestimmten Aushülfs-Kommissären als solcher beigegeben werden, und soll in dieser Eigenschaft den Aushülfs-Kommissären bei ihren Zusammenkünften dienen.

Sekretär.

Verteilung der  
Aushülfs-Kommissäre  
in Comité.

XX. Es sei festgesetzt, daß die General-Kommissäre gesetzlich berechtigt seyn sollen, wenn sie es nach ihrem Urtheile für nothwendig halten, solche Aushülfs-Kommissäre in Distrikts-Comités einzutheilen, und jedem Distrikts-Comité bestimmte Kirchspiele, Bezirke und Plätze zuzutheilen, in welchen dasselbe für sich für die Vollziehung dieses Gesetzes wirken soll; jedoch sollen solche Zusammenkünfte zu einer solchen Zeit abgehalten werden, daß der Sekretär dieser Kommissäre bei jeder Zusammenkunft gegenwärtig seyn kann. Hierbei wird immer vorausgesetzt, daß nicht mehr als sieben Personen als Aushülfs-Kommissäre in denselben Bezirke fungiren sollen, wenn diese nicht in verschiedene Theile, wie vorhin gesagt, getheilt sind, und es soll auch nicht eine größere Anzahl in denselben Comité zusammen seyn. Und wo mehr als sieben Personen bei einer solchen Zusammenkunft als Aushülfs-Kommissäre sich efinden sollten, entweder für einen ganzen Distrikt, oder für einen Theil desselben, da sollen vor Allem die anwesenden ersten sieben Personen nach der Ordnung, wie sie auf der von den General-Kommissären unterzeichneten Liste bestimmt ist, fungiren, und der übrige Theil soll die Versammlung verlassen. Ebenso sey festgesetzt, daß nicht weniger als zwei Aushülfs-Kommissäre eine Zusammenkunft zu halten befugt seyn sollen, sei es für einen Distrikt, sei es für einen Theil desselben, und daß auch nur zwei derselben oder die Mehrheit der jedesmal anwesenden competent seyn soll, jeden Akt vorzunehmen, zu welchem dieses Gesetz autorisirt.

Zahl der Aushülfs-  
Kommissäre in jedem  
Comité oder Dis-  
trikte.

Benennung einer  
größeren Zahl von  
General-Kommissären.

XXI. Auch wird stets vorausgesetzt und sei hiemit festgesetzt, daß, wenn es den General-Kommissären, sie mögen auf die erwähnte Weise gewählt worden seyn,

oder in Kraft ihrer Anstellung als Grundsteuer-Kommissäre handeln, zweckdienlich erscheinen sollte, daß eine größere Anzahl als sieben Personen, welche die Befähigung für solche General-Kommissäre besitzen, in einem Distrikte verwendet werden, anstatt Kommissäre zu ernennen, welche bloß die für Aushülfs-Kommissäre erforderliche Befähigung besitzen — dieselben gesetzlich befugt seyn sollen, eine größere Zahl anzustellen. Diese dürfen jedoch in keinem Falle die Zahl von sieben überschreiten, und es soll auch hier bei deren Anstellung dieselbe Ordnung, wie bei der ersten Anstellung von General-Kommissären beobachtet, aber keine solche Personen beigelegt werden, welche Vacaturen zu besetzen haben.

Und in jedem Falle, wo auf diese Art eine größere Anzahl von General-Kommissären ernannt wurde, sollen dieselben befugt und verpflichtet seyn, bei ihrer ersten Zusammenkunft nach ihrer Anstellung unparteilich und durch das Loos eine gewisse Anzahl aus ihnen selbst, doch nicht weniger als zwei und nicht mehr als sieben, zu bestimmen, um die Dienste zu verrichten, welche den Aushülfs-Kommissären durch dieses Gesetz übertragen sind, und die so erwählten Personen sollen Aushülfs-Kommissäre zum Vollzuge dieses Gesetzes und hiedurch mit der Befugniß der Aushülfs-Kommissäre betheilt seyn, und werden hiedurch aufgefordert, dieses Gesetz demgemäß zu vollziehen. Die übrigen Kommissäre, welche das Loos nicht getroffen hat, sollen die Befugnisse ausüben, womit die General-Kommissäre betheilt sind. Bestimmt wird ferner, daß, wo solche Aushülfs-Kommissäre nicht speziell angestellt worden sind, um die diesen Aushülfs-Kommissären übertragenen Befugnisse auszuüben, alsdann die Kommissäre, welche den Vollzug dieses Gesetzes besorgen, sie mögen, wie erwähnt, gewählt seyn oder nicht, sich selbst in der Weise theilen sollen, daß wenigstens zwei Kommissäre verwendet werden, um die Befugnisse der Aushülfs-Kommissäre auszuüben, womit sie dieses Gesetz betheilt. Wenn in einem solchen Falle nicht wenigstens zwei Personen sollten übrig bleiben, welche zu General-Kommissären in einem solchen Distrikte befähigt sind, dann sollen Personen, die geeignet sind zum Vollzuge dieses Gesetzes als General-Kommissäre, aus einem andern angrenzenden Bezirke derselben Grafschaft, desselben Kreises, Riding, derselben Herrschaft oder Abtheilung, oder die erforderliche Anzahl derselben, dieses Gesetz mit allen Befugnissen vollziehen, womit die General-Kommissäre in und für jenen erstgenannten Distrikt betheilt sind.

XXII. Und es sei festgesetzt, daß die General-Kommissäre dieses Gesetz in allen Materien und Gegenständen zu vollziehen haben, welche auf die in den Schemata A und B dieses Gesetzes erwähnten Steuern Bezug haben, ausgenommen jedoch solche Abrechnungen, bezüglich welcher in Nr. IV der Schemata A angeordnet ist, daß sie durch Spezial-Kommissäre besorgt werden sollen, wie weiter unten angeführt werden wird. Ebenso sollen sie alle Materien und Gegenstände vollziehen, welche die Steuern in Schemata D dieses Gesetzes betreffen, den Fall ausgenommen, wo solche Materien und Dinge nach demselben durch besagte Spezial-Kommissäre, oder durch Aushülfs-Kommissäre, oder durch Personen, welche als solche handeln, behandelt werden sollen. Die erwähnten General-Kommissäre sollen dieses Gesetz auch in allen Materien und Gegenständen vollziehen, welche die Steuern in Schemata E betreffen, und die nicht durch die betreffenden Kommissäre vollzogen worden sind, welche für diese Steuern angestellt wurden. Es wird hiebei immer vorausgesetzt, daß nichts was hier enthalten

ren. hat der Aus-  
hülfs-Kommissäre.

Zwei von ihnen  
sollen die Dienste von  
Aushülfs-Kommissären  
verrichten.

Wenn keine solche  
angestellt sind, dann  
sollen General-Kommissäre  
als solche  
fungieren.

Wenn für nicht aus-  
reichend, dann sollen  
Andere aus anstehen-  
den Bezirken derselben  
werden.

Die General-Kommissäre haben alle  
Gegenstände, welche  
die in den Schemata  
A und B dieses Gesetzes  
erwähnten Steuern  
betreffen, vorzunehmen,  
ausgenommen  
es wäre angeordnet,  
daß solche durch Spezial-  
oder andere Kommissäre  
vergenommen werden sollen.

ist, dahin gedeutet werden könne, daß irgend eine Person, welche als General-Kommissär aufgestellt ist, als solche zu handeln ausgeschlossen seyn soll, weil sie gegenwärtig oder früher als Aushülf-Kommissär handelt oder gehandelt hat, ausgenommen was die Vernehmung und Entscheidung von Berufungen betrifft, gegen oder bezüglich solcher Steuern, welche sie als Aushülf-Kommissär angelegt hat.

Kommissäre für spezielle Zwecke.

XXIII. Und es sei festgesetzt, daß die gegenwärtigen Stempel- und Steuer-Kommissäre gemeinschaftlich mit den Personen, welche, wie alsbald angeführt werden wird, als Spezial-Kommissäre angestellt werden sollen, Kommissäre für spezielle Zwecke dieses Gesetzes seyn sollen, und den Schatzkammer-Kommissären Ihrer Majestät in den vereinigten Königreichen von Großbritannien und Irland soll es gesetzlich gestattet seyn, mittels schriftlicher, von ihnen unterschriebener und besiegelter Vollmacht, von Zeit zu Zeit so viele Personen als Spezial-Kommissäre anzustellen, als ihnen nothwendig bedünkt.

Funktionen der Spezial-Kommissäre.

Diese Kommissäre für Stempel und Steuern, und die auf die soeben erwähnte Weise angestellten Kommissäre haben keine andere Befähigung nothwendig, als den Besitz ihres Amtes, und sie sollen die volle Befugniß haben, die verschiedenen Funktionen auszuüben, welche durch dieses Gesetz den Spezial-Kommissären gegeben sind, sowohl bezüglich der Abrechnungen, welche unter Art. IV Schedules A dieses Gesetzes specificirt sind, als in Bezug auf die speziellen Steuer-Exemptionen, bewilligt und angeführt in Schedule C dieses Gesetzes, als in Betreff der Belastung und Besteuerung des Ertrages von Annuitäten, Dividenden und Antheilen an Annuitäten, die in Großbritannien aus den Revenüen eines fremden Staates in der hierin bestimmten Weise ausbezahlt werden. Ebenso haben sie die Befugniß, die Bücher und Rechnungen über Dividenden, die den Kommissären für Stempel und Zaren kraft dieses Gesetzes auszuhandigen sind, zu prüfen, revidiren, liquidiren und auszugleichen, und sie sollen volle Macht haben, jeden andern Akt, jede Handlung und Sache, bezüglich welcher hiedurch bestimmt oder erfordert wird, daß sie durch Spezial-Kommissäre geschehe, vorzunehmen.

Alle Befugnisse, Vorkehrungen, Klauseln, Materien und Dinge, welche in diesem Gesetze vorgeschrieben sind, um sich über den Betrag einer Steuer, einer Exemption oder einer in diesem Gesetze erwähnten Vergünstigung zu vergewissern, sollen von ihnen ausgeübt, angewendet und durch die besagten Spezial-Kommissäre in Vollzug gesetzt werden, um sich Gewißheit über den Betrag einer Steuer, einer Exemption oder Vergünstigung zu verschaffen, welche ihrer Cognition oder Amtsgewalt unterstellt ist.

Vorlesen mit öffentlicher Prüfung.

Vorausgesetzt wird hierbei immer, daß es den besagten Spezial-Kommissären nicht gestattet ist (ausgenommen wenn sie bei Vollzug dieses Gesetzes an der Stelle von Kommissären für allgemeine Zwecke handeln, oder wenn es sich um eine Berufung handelt, in einem Falle, wo solche durch dieses Gesetz für zulässig erklärt wird), eine Person vorzuladen, um sie zu vernehmen, sondern es sollen alle Fragen von oder vor den besagten Spezial-Kommissären (ausgenommen in den vorerwähnten Fällen) durch eidliche Erklärung beantwortet werden, welche vor einem General-Kommissäre im betreffenden Bezirke abzugeben ist.

Solche Kommissäre für spezielle Zwecke sollen die Befugniß haben, alle die Bestimmungen dieses Gesetzes so wirksam zu vollziehen, anzuwenden und zu gebrauchen, wie andere Kommissäre hiedurch autorisirt sind, sie zu vollziehen, zu gebrauchen und

anzuwenden, in so weit als sich jene Bestimmungen auf die Amtsgewalt beziehen, welche den besagten Special-Kommissären übertragen ist.'

Und den besagten Special-Kommissären soll und darf für ihre Bemühung und Sorge ein Gehalt und ein Ersatz für zufällige Kosten bewilligt werden, wie diesen die erwähnten Schatzkammer-Kommissäre Ihrer Majestät bestimmen werden. Es wird jedoch hiebei vorausgesetzt, daß die besagten Kommissäre des Schatzes Ihrer Majestät dafür Sorge tragen, daß Berichte über alle Anstellungen von Special-Kommissären und deren Gehalt jedem Hause des Parlaments innerhalb zwanzig Tagen nach deren Anstellung vorgelegt werden, wenn das Parlament gerade versammelt ist. Ist aber das Parlament zur Zeit nicht versammelt, dann soll es zwanzig Tage nach Eröffnung des nächsten Parlaments geschehen.

XXIV. Und es sei festgesetzt, daß der Gouverneur und die Directoren der englischen Bank Kommissäre für den Vollzug dieses Gesetzes zu dem Zwecke seyn sollen, daß sie die Steuern, welche hiermit auf alle Annuitäten gelegt werden, die an die besagte Gesellschaft vom 1. Januar zu entrichten sind, und auf die Erträge, welche daraus herrühren und die unter die verschiedenen Theilhaber vertheilt werden, dann in Bezug auf alle Annuitäten, Dividenden und Annuitäten-Anteile, zahlbar aus den Revenuen des vereinigten Königreichs an irgend eine Person, Corporation oder Gesellschaft, und anvertraut dem besagten Director und der Gesellschaft für solche Bezahlung, festsetzen und anlegen. Ebenso in Rücksicht auf alle andere Annuitäten, Dividenden und Anteile von Annuitäten, welche dem besagten Director und der Gesellschaft zur erwähnten Bezahlung anvertraut sind, ebenso rücksichtlich jedes Einkommens oder Gewinns der besagten Gesellschaft, welcher nach Schedule D dieses Gesetzes zu besteuern ist, und aller anderen Dividenden, Annuitäten, Pensionen, Gehalte u. s. w., zahlbar durch die Bank, und alles anderen Einkommens, das nach diesem Gesetze mit Steuer zu belegen ist und in irgend einem Amte oder Geschäftskreise, der unter Aufsicht oder Controle des besagten Directors und der Gesellschaft steht, sich ergibt. Und die besagten Kommissäre sollen die Befugniß haben, all' die Bestimmungen dieses Gesetzes so vollkommen und wirksam anzuwenden, wie die General-Kommissäre sie anzuwenden, ausüben und zu gebrauchen autorisirt sind, und zwar insofern, als das Gesammte Bezug hat auf die besagten Steuern, welche festgesetzt und erhoben werden sollen durch die erwähnten Directoren und den Gouverneur, und es sollen diese ihre Ansätze der besagten Steuern in und unter Bezug auf die Regeln, Regulative und Exemptionen machen, welche in den verschiedenen Schedules dieses Gesetzes enthalten sind, nach welchen solche mit Steuern zu belassen sind.

XXV. Und es sei festgesetzt, daß der Gouverneur und die Directoren der Bank von Irland Kommissäre seyn sollen für den Vollzug dieses Gesetzes, und zwar mit denselben Befugniß, deren so eben erwähnt worden, zu dem Zwecke, die Steuern festzusetzen und anzulegen, welche hiedurch auf alle Annuitäten, Dividenden und Anteile an Annuitäten gelegt werden, welche zahlbar sind vom Director und der Compagnie der Bank von Irland, aus dem Staatseinkommen des vereinigten Königreichs, zum Nutzen oder Vortheile irgend einer Person, die nicht in Irland wohnt.

Die eben erwähnten Kommissäre sollen die besagten Steuern unter Zugrunde-

Die Anstellungen der besagten Special-Kommissäre sind dem Parlamente vorzulegen.

Der Gouverneur und die Directoren der Bank von England sollen Kommissäre für die Bestimmung der Annuitäten, Pensionen, Gehalte, u. s. w., die durch die Bank bezahlt werden, und dem Gewinne derselben.

Der Gouverneur u. s. w. der Bank von Irland sollen Kommissäre für die Bestimmung der Steuern auf Annuitäten oder Dividenden solcher Personen, die nicht in Irland wohnen.

legung der Regeln, Regulative und Exemptionen ansehn, welche in *Schedula C* dieses Gesetzes enthalten sind.

Die Gouverneur u. f. w. der Südssee-Kompagnie seyn Kommissäre für die Festsetzung der Steuern bezüglich aller Annuitäten, Dividenden, Pensionen, Gehälter u. f. w., welche bei ihr zahlbar sind.

XXIV. Und es sei festgesetzt, daß die Gouverneure und Directoren der Südssee-Kompagnie Kommissäre seyn sollen für den Vollzug dieses Gesetzes mit derselben Befugniß, deren so eben erwähnt worden, und zu dem Zwecke, daß sie die hienit ausgesprochenen Steuern festsetzen und anlegen auf alle Annuitäten, die an die besagte Kompagnie vom k. Zahlante (*Receipt of the Exchequer*) zu zahlen sind, auf den Gewinn aus denselben, welcher den verschiedenen Theilnehmern gehört, und bezüglich aller Annuitäten, Dividenden und Antheile an Annuitäten, zahlbar aus den Einkünften des vereinigten Königreichs an irgend eine Person, Corporation oder Gesellschaft, welche der besagten Kompagnie zur Bezahlung überwiesen wurden. Ebenso rücksichtlich aller andern Dividenden, Annuitäten, Pensionen und Gehälter, welche durch die besagte Kompagnie zu bezahlen sind, und dergleichen bezüglich alles andern, nach diesem Gesetze zu besteuern den Einkommens, welches aus irgend einem Amte oder Geschäftszweige, der unter Aufsicht und Controle des besagten Gouverneurs und der erwähnten Kompagnie steht, herfließt. Die besagten Kommissäre sollen diese Steuer-Ansätze unter Zugrundelegung der Regeln, Regulative und Exemptionen machen, die in den verschiedenen *Scheduln* dieses Gesetzes enthalten sind, nach welchen diese Steuern angelegt werden.

Die Directoren der ostindischen Kompagnie Kommissäre für die Festsetzung der Steuern auf Zinsen, Dividenden, Annuitäten, Pensionen, Gehälter u. f. w., zahlbar durch die Kompagnie.

XXVII. Und es sei festgesetzt, daß die Directoren der ostindischen Kompagnie Kommissäre für den Vollzug dieses Gesetzes seyn sollen, mit derselben Befugniß, welche soeben angeführt wurde, und zu dem Ende, daß sie die hienit bewilligten Steuern rücksichtlich der nach dem Bond der besagten Kompagnie zu bezahlenden Zinsen, und rücksichtlich der Dividenden, Annuitäten, Pensionen und Gehälter, zahlbar durch die erwähnte Kompagnie, und ebenso rücksichtlich des Einkommens und der Gewinne, welche nach diesem Gesetze mit einer Steuer zu belegen sind und aus irgend einem Amte oder Geschäftszweige, der unter Leitung und Aufsicht der besagten Kompagnie steht, fließen, festsetzen und anlegen. Dieser Festsetzung sollen zur Grundlage die Regeln, Regulative und Exemptionen dienen, welche in den verschiedenen *Scheduln* enthalten sind, nach welchen die Steuer festzusetzen ist.

Die Kommissäre für die Verminderung der Nationalschuld Kommissäre zum Vollzuge dieses Gesetzes mit der mehr besagten Vollmacht und zu dem Zwecke seyn sollen, die hiermit bewilligten Steuern rücksichtlich aller Annuitäten festzusetzen und anzulegen, die durch sie aus den Revenuen des vereinigten Königreichs zu bezahlen sind, und bezüglich aller Pensionen und Gehälter, welche bei einem Amte oder Geschäftszweige, der unter ihrer Leitung oder Controle steht, gezahlt werden müssen. Die bezeichneten Kommissäre sollen die Ansätze der erwähnten Steuern nach den Regeln, Regulativen und Exemptionen machen, die in den verschiedenen *Scheduln* enthalten sind, nach welchen diese Steuer anzulegen ist.

Kommissäre zur Besteuerung ausländischer Dividenden.

XXVIII. Und es sei festgesetzt, daß die Kommissäre für Verminderung der Nationalschuld Kommissäre zum Vollzuge dieses Gesetzes mit der mehr besagten Vollmacht und zu dem Zwecke seyn sollen, die hiermit bewilligten Steuern rücksichtlich aller Annuitäten festzusetzen und anzulegen, die durch sie aus den Revenuen des vereinigten Königreichs zu bezahlen sind, und bezüglich aller Pensionen und Gehälter, welche bei einem Amte oder Geschäftszweige, der unter ihrer Leitung oder Controle steht, gezahlt werden müssen. Die bezeichneten Kommissäre sollen die Ansätze der erwähnten Steuern nach den Regeln, Regulativen und Exemptionen machen, die in den verschiedenen *Scheduln* enthalten sind, nach welchen diese Steuer anzulegen ist.

XXIX. Und es sei festgesetzt, daß die Kommissäre für specielle Zwecke auch Kommissäre nach den Regulativen dieses Gesetzes mit der eben besagten Befugniß so wie zu dem Ende seyn sollen, die hiedurch bestimmten Steuern festsetzen und anzulegen auf alle Dividenden und Annuitäten-Antheile, welche aus den Einkünften eines auswärtigen Staats irgend einer Person oder Corporation, Kompagnie oder Societät in Großbritannien, welcher Art sie sei, zu bezahlen sind, und zu solcher Bezahlung

iegend einer Person, Corporation, Compagnie oder Gesellschaft in Großbritannien, welcher Art sie immer seyn mag, angewiesen wurden oder werden, abgesehen von den verschiedenen vorbezeichneten Gesellschaften. Diese Bestimmung soll unter Berücksichtigung der in Schedule C dieses Gesetzes enthaltenen Regeln, Regulative und Exemptionen geschehen.

XXX. Und für die Bestimmung, Erhebung, Flüssigmachung und Bezahlung der besagten Steuerbeträge, welche hiemit auf die Aemter und besoldeten Anstellungen gelegt werden, sei festgesetzt, daß der Lord Groß-Kanzler, die Richter, der Oberbeamte oder die Oberbeamten eines jeden Gerichtshofes oder öffentlichen Geschäftszweiges im Dienste Ihrer Majestät durch ganz Großbritannien, es mögen dieselben Civil-, Gerichts-, Criminal- oder geistliche Behörden oder Kommissäre, zur Land- oder Seemacht gehörig seyn — die Vollmacht haben sollen, Kommissäre aufzustellen aus und unter den Beamten jedes Gerichtshofes oder des betreffenden öffentlichen Amtes. Und die so aufgestellten Personen, oder je drei derselben oder mehr, in keinem Falle aber mehr als sieben, sollen Kommissäre für den Vollzug dieses Gesetzes bei jedem Gerichtshofe und öffentlichen Amte seyn.

Es wird hierbei jedoch stets vorausgesetzt, daß bezüglich jeden Dienstzweiges, welcher nicht zu den Gerichtshöfen Ihrer Majestät gehört, sei dieser ein Zivilgericht, Revisionshof, Criminal-, geistlicher oder Kommissions-Hof, die Kommissäre für den Schatz Ihrer Majestät, wenn sie es für rathlich finden, festsetzen und bestimmen sollen, in welchen besonderen Geschäftszweigen Kommissäre nicht zu ernennen sind, und in solchem Fall sollen sie festsetzen und entscheiden, in welchem andern Geschäftszweig die Beamten des Geschäftszweiges, in welchem Kommissäre nicht bestimmt sind, besteuert werden sollen. Auch wenn ein Beamter der Beamten irgend eines Geschäftszweiges oder irgend eines Gerichtshofes, wie früher erwähnt, in der Ernennung der Kommissäre obwalten sollte, sollen die erwähnten Schatzkammer-Kommissäre Ihrer Majestät innerhalb der hierin erwähnten Zeit passende und geeignete Kommissäre zum Vollzuge dieses Gesetzes in den verschiedenen Höfen oder Geschäftszweigen, wozu sie ernannt werden sollen, von und unter den Beamten der verschiedenen Geschäftszweige ernennen. Diese sollen für den Zweck dieses Gesetzes, in Fällen die dasselbe erfordert, zwei oder mehr Aemter unter dieselben Kommissäre stellen, ohngeachtet dessen aber mit verschiedenen Beamten von jedem der so vereinigten Aemter besetzen, um die Steuer festzusetzen und zu percipiren, wie es in diesem Gesetz festgesetzt ist; und wenn irgend ein Streit hinsichtlich des Geschäftszweiges entstehen sollte, zu welchem irgend ein Dienst gehört, so sollen die erwähnten Kommissäre der Schatzkammer Ihrer Majestät denselben entscheiden. Festgesetzt wird auch, daß, wo die Kommissäre eines Geschäftszweiges dieses Gesetz in Bezug auf einen andern Geschäftszweig vollstrecken sollen, die Steuer-Beamten und Steuer-Einnnehmer für solchen Geschäftszweig aus den Beamten des andern ernannt werden sollen, mit allen Vollmachten und Vorrechten, welche solchen Ernennungen zugehören. Es wird auch vorbehalten, daß, wo keine Kommissäre vor dem Verlaufe der durch dieses Gesetz festgesetzten Zeit ernannt seyn sollten, die Kommissäre, welche für die Vollstreckung dieses Gesetzes bezüglich der Steuer auf Gründe und Ländereien zu sorgen haben, nach einer auf die schon erwähnte Weise gemachten Anzeige, bezüglich der Steuer auf die in ihren verschiedenen Distrikten ausgeübten Aemter und gewinn-

Ausstellung v. Kommissären für die Percipirung der Steuern in den Gerichtshöfen oder öffentlichen Aemtern.

Bestimmung, welche die Schatzkammer hinsichtlich der Bestimmung öffentlicher Geschäftszweige vorbehalten ist.

bringenden Beschäftigungen dieses Gesetz vollstrecken sollen, und die Ernennung solcher Kommissäre für Aemter und gewinnbringende Beschäftigungen soll den Kommissären für Stempel und Steuern angezeigt werden; und die Ermanglung einer solchen Anzeige innerhalb der gehörigen Zeit soll als Beweis eines Verschens in Ernennung derselben angesehen werden.

*Kommissäre für die Steuer auf Aemter in den Parlamentshäusern, Platzgerichten, unteren Gerichten und geistlichen Körperlichkeiten.*

XXXI. Und es sei festgesetzt, daß der Präsident und der erste Sekretär in beiden Parlamentshäusern, die ersten oder andere Beamten in den verschiedenen Pfalzgraffschaften und in dem Herzogthume Cornwall, oder in irgend einem geistlichen Gerichtshof, oder in irgend einem untergeordneten Gerichtshof, mag daselbst nach Gesetz oder nach Billigkeit entschieden werden (Court of Justice, whether of Law or Equity) er ein Kriminal- oder Revisions-Hof, oder der irgend einer geistlichen Körperschaft oder Corporation, ob vereint oder allein, seyn, durch ganz Großbritannien, Kommissäre von und unter den Personen wählen sollen, welche Aemter in einem der Parlamentshäuser oder in ihren respectiven Departements bekleiden; und die so angestellten Personen, oder je drei oder mehr von ihnen, aber in keinem Falle mehr als sieben, sollen Kommissäre seyn, um dieses Gesetz zu vollziehen, hinsichtlich der Plätze, Aemter, und gewinnbringenden Beschäftigungen in jedem Parlamentshaus und in jedem der betreffenden Departements. Nachdem diese Anstellungen vorgenommen worden, sollen die Namen der Kommissäre den Kommissären für Stempel und Steuern in der festgesetzten Zeit übersendet, oder in Ermanglung dessen, sollen solche Anstellungen durch die Schatzkammer-Kommissäre vorgenommen werden. Vorgehalten wird dabei immer, daß wo keine solche, wie die letzt erwähnte, Anstellung vor dem Ende der durch dieses Gesetz festgesetzten Zeit gemacht worden seyn sollte, die Kommissäre, welche dieses Gesetz in Bezug auf die Steuer von Gründen und Ländereien zu vollziehen haben, in ihren verschiedenen Districten, nach gehöriger, auf die schon erwähnte Weise gemachter Anzeige eines solchen Mangels, dieses Gesetz auch bezüglich der Steuer auf solche Aemter oder gewinnbringende Beschäftigungen, die in denselben Districten ausgeübt werden, vollstrecken sollen; und der Mangel einer Meldung solcher Anstellung an die Stempel- und Steuer-Kommissäre, soll als voller Beweis des Fehlens einer solchen Anstellung angesehen werden.

*Kommissäre für die Steuer auf Wollen in Städten u. Flecken und alle andere Aemter, die nicht von der Krone verliehen werden, in Grafschaften, Ridings &c.*

XXXII. Und es sei festgesetzt, daß der Bürgermeister, die Aldermänner und der Stadtrath, oder die Oberbeamten oder Mitglieder, welchen Namen sie immer führen mögen, von jeder Stabgemelde, jeder Burg, jedem Flecken, jedem Plage und von jedem der cinque Ports, in Großbritannien, oder drei oder mehrere von ihnen, aber in keinem Fall mehr als sieben, Kommissäre seyn sollen zum Vollzug dieses Gesetzes und der hierin enthaltenen Vollmachten, in Bezug auf die öffentlichen Aemter oder gewinnbringenden Beschäftigungen in einer solchen Stadt, Corporation oder cinque Ports, und in jeder Zunft, Bruderschaft (fraternity), Gesellschaft oder in jedem Verein, ob Corporation oder nicht, innerhalb einer solchen Stadt, Körperschaft oder cinque Ports, und daß für alle Aemter oder gewinnbringende Beschäftigungen (die nicht Staatsämter, oder gewinnbringende Beschäftigungen, welche Ihre Majestät verleiht), in irgend einer Grafschaft, einem Riding, einem Kreise, einer Vogtei, einer city, einem Flecken, einer Freieung, einer Freistadt, einer Stadt oder einem Plage, ob derselben vom Statthalter, Gustos Roturum, von Richtern oder Polizeibehörden, den Kommissären für Zuschüsse und Steuern, oder vom Sheriff einer solchen Grafschaft, eines solchen



Ridinge, Kreise, einer solchen Vogtei, city, eines Hledens, einer Freiheit, Freistadt, Stadt oder eines Plages, oder vom Versieher oder Curator irgend einer Pflugschaft oder eines Stifts innerhalb einer solchen Grafschaft, eines solchen Ridinge, Kreises, einer solchen Vogtei, eines solchen Hledens, einer solchen Stadt oder eines solchen Plages, ferner für alle Gemeindeämter (Parochial offices) innerhalb solcher Grafschaft, solchen Ridinge, solchen Kreises, solcher Vogtei, solchen Hledens, solcher Stadt oder solchen Plages, (ausgenommen Gemeindeämter in Städten, privilegierten Hleden, Burgen oder Pläzen, oder Aemtern in den cinque Ports, wie früher erwähnt), die Kommissäre, welche dieß Gesetz bezüglich der Steuer auf Gründe und Ländereien in den verschiedenen Distrikten zu vollziehen haben, dasselbe auch vollstrecken sollen bezüglich der erwähnten Steuer auf Aemter in einer solchen Grafschaft, einem solchen Riding, Kreise, einer solchen Vogtei, einer solchen city, solchem Hleden, einer solchen Freistadt, Stadt oder einem solchen Plage; und solche Kommissäre müssen und können alle Vollmachten ausüben, die in diesem Gesetze enthalten sind, in Bezug auf die hierin erwähnten Steuern; sie müssen genaue Berichte in ihren respectiven Amtskreisen von den verschiedenen Beamten erstatten lassen und die Steuerbeamten anhalten, ihre Schätzungen zu machen, und Berichte darüber einzusenden, und für gehörige Perception und Berechnung der Steuer sorgen. Sie können darin in jeder Hinsicht so vollgiltig und wirksam handeln, wie alle andere Kommissäre bevollmächtigt sind, in Bezug auf diese Steuer zu handeln, vorausgesetzt, daß die Gelder, welche von den erwähnten Steuern eingehehen, durch die Kommissäre, die solche Aemter in Stadtgemeinden, Burgen, Hleden, oder vorbelegten Pläzen, oder in den cinque Ports, oder in den verschiedenen Grafschaften, Ridinge, Abtheilungen, Kreisen, Vogteien, cities, Hleden, Freiungen, Freistädten, Städten und Pläzen ausüben, an den betreffenden Steuereinnahmer der Grafschaft, des Ridinge, Kreises oder der Vogtei bezahlt werden, und nicht anders, und daß die Duplicate von den erwähnten Steuern eingekendet werden, wie in andern Fällen, wo diese auf dieselbe Weise bezahlt werden.

XXXIII. Und es sei festgesetzt, daß die Anstellung der Kommissäre, welche dieses Gesetz bezüglich der erwähnten Steuern auf Aemter und gewinnbringende Beschäftigungen zu vollziehen haben, den Kommissären für Stempel und Steuern innerhalb eines Monats nach Verkündigung dieses Gesetzes bezüglich der erstmaligen Anlegung dieser Steuer, und innerhalb eines Monats nach dem fünften April in jedem künftigen Jahre bekannt gemacht werde, und in Ermangelung dessen soll die Ernennung von solchen Kommissären den Kommissären der Schatzkammer Ihrer Majestät und den vorher erwähnten Kommissären des Distrikts nach der Reihe zufallen. Vorausgesetzt bleibt immer, daß eine solche Ernennung durch die Kommissäre der Schatzkammer Ihrer Majestät stattfinden soll innerhalb eines Monats nach dem Kundwerden solcher erwähnter Vernachlässigung von Seite der Kommissäre für Stempel und Steuern. Und im Falle, daß die schon erwähnte Ernennung der Kommissären für Stempel und Steuern nicht bekannt gemacht worden ist, soll der Vollzug dieses Gesetzes den bezüglich der Steuer von Ländereien, Grundstücken und Erbgütern für den Distrikt bestimmten Kommissären zufallen; und jede solche Anstellung soll so lange dauern, bis andere Kommissäre gewählt sind, und sie kann jährlich an oder vor dem 5. April in jedem Jahre, so lange dieses Gesetz besteht, erneuert werden. Vorbehalten bleibt immer, daß die so

Die Anstellung von Kommissären soll d. Stempel- u. Steueramt bekannt gemacht werden; in Ermangelung einer solchen Resolution soll die Anstellung an die Schatzkammer devolviren, und die Kommissäre des Distrikts d. Gesetz vollstrecken.

Angestellte Kommissäre können in ihren Functionen fortsetzen.

Kommissäre für die Steuern auf Pensionen und Gnabengehalte, die von Ihrer Majestät bezeugt werden.

Die Kommissäre sind berechtigt zu verurtheilen, die sie von Kirchspiel- und Gerichtsbäumen und von Verordnungen als Geschworene befragen.

Ernennung d. Steuerbeamten und Einnehmer.

Die Beamten, welche die Grundsteuer und die direkten Steuern einzusammeln haben, und die Inspektoren und Aufseher über die direkten Steuern sel-

angestellten Kommissäre, von Jahr zu Jahr, so lang als sie Willens sind, ohne eine neue Ernennung, ihrer Functionen fortsetzen können, wenn es nicht kraft dieses Gesetzes für räthlich gefunden wird, daß irgend ein Departement, wofür Kommissäre gewählt worden sind, durch die Kommissäre eines andern Departements mit Steuer belegt werden.

XXXIV. Und es sei festgesetzt, daß zum Befirn Vollzug dieses Gesetzes, insofern sich dasselbe auf die hiermit bewilligten Steuern auf Pensionen und Gnabengehalte bezieht, die von Ihrer Majestät oder von der Staatskasse bezahlt werden, wie in Scherula E erwähnt worden, und zur Ordnung und Hebung, Anrechnung und Bezahlung der hiermit daraufgelegten Steuern, in den in diesem Gesetze nicht anders vorgesehenen Fällen, die Zahlmeister im Civildienste, und solche andere Personen, welche die Kommissäre des Schatzes Ihrer Majestät dazu bestimmen werden, Vollzugs-Kommissäre bezüglich dieses Gesetzes und aller hierin enthaltenen Befugnisse seyn sollen, die Bezug auf die letzt erwähnten Steuern haben, oder sie sollen Kommissäre von und unter den Beamten der betreffenden Amtszweige zu diesem Zwecke aufstellen.

XXXV. Und es sei festgesetzt, daß jede als Vollzugs-Kommissär für dieses Gesetz handelnde Person ein Certificat hierüber, ausgefüllt von der Hand der Kommissäre für Stempel und Steuern, zu verlangen berechtigt seyn soll, welches Certificat aber nur so lange gültig bleiben soll, als solche Person fortfährt als Kommissär zu handeln, und durch die Kommissäre der Schatzkammer Ihrer Majestät mittels einer von ihnen unterzeichneten Urkunde dann zurückgenommen werden soll, wenn es ihnen vorkommt, daß eine solche Person ihre Dienstverrichtungen als Kommissär vernachlässigt hat. Die Person, welcher ein solches Certificat ertheilt worden ist, soll, so lange es in Kraft bleibt, von allen Kirchspiel- und Gerichtsbäumen in dem Kirchspiel oder in dem Bezirk, wo solche Person wohnt, und von der Verpflichtung zum Geschworenendienste in der Grafschaft, wo solche Person wohnt, befreit werden. Das erwähnte Certificat soll durch den Friedensgerichtsschreiber der Grafschaft oder der Stadt, in welcher dasselbe ertheilt worden ist, eingetragen werden, und für diese Eintragung soll der Gerichtsaktuar als Gebühr die Summe von einem Schilling und nicht mehr erhalten; und der erwähnte Gerichtsaktuar soll jedes auf die vorerwähnte Weise widerzuziehende Certificat aus dem Register entfernen lassen, nachdem er eine Anzeige davon von der Stempel- und Steuer-Kommission empfangen hat.

XXXVI. Und es sei festgesetzt, daß in England die General-Kommissäre Steuerbeamte und Einnehmer für die durch dieses Gesetz bewilligten Steuern ernennen können, ebenso wie Steuerbeamte und Einnehmer nach den Gesetzen über die direkten Steuern ernannt werden können. In Schottland können die erwähnten General-Kommissäre auf gleiche Weise Steuerbeamte für die hiezu bewilligte Steuer ernennen; und dieselben Personen, welche jetzt als Einnehmer oder Beamte ernannt sind oder noch ernannt werden können, um die Grundsteuer und die direkten Steuern in Schottland kraft des zu diesem Zwecke erlassenen Gesetzes zu erheben und zu percipiren, und Niemand anderes soll die durch dieses Gesetz bewilligte Steuer erheben und percipiren.

XXXVII. Und es sei festgesetzt, daß die zur Perception der Grundsteuer und der direkten Steuern bestimmten Beamten, die durch die Kommissäre der Schatzkammer Ihrer Majestät oder durch die Kommissäre für Stempel und Steuern ernannt sind oder noch ernannt werden sollen, und die Inspektoren und Aufseher, welche auf gleiche

Weise behufs Erhebung der directen Steuern ernannt sind oder noch ernannt werden sollen, Einnnehmer, Inspektoren und Aufseher bezüglich der durch dieses Gesetz bewilligten Steuern seyn sollen; und die erwähnten General-Kommissäre, dann die erwähnten Hülfsk-Kommissäre, welche in Vollzug dieses Gesetzes handeln, die Steuerbeamten und Kassiere, welche auf die hierin besagte Weise angestellt werden sollen, und besagte Einnnehmer, Inspektoren und Aufseher sollen hiermit bevollmächtigt und beauftragt seyn, alles vorzunehmen, was zum Vollzuge dieses Gesetzes bezüglich der erwähnten hierdurch bewilligten Steuern erforderlich ist, in gleicher und ebenso vollständiger Weise wie die Kommissäre, Steuerbeamten, Kassiere, Einnnehmer, Aufseher oder Inspektoren bevollmächtigt zu thun sind, sowohl die erwähnten Gesetze, welche sich auf die Ertragnisse der directen Steuern oder auf irgend eine andere darin enthaltene Materie beziehen, als auch jene in Vollzug zu setzen, die auf die Gesetze, Sachen und Dinge Bezug haben, die gethan werden sollen von oder vor den Hülfsk-Kommissären, oder von und vor den General-Kommissären in ihren verschiedenen Distrikten und Geschäftskreisen, sowie von und vor den besagten Special-Kommissären.

XXXVIII. Und es sei festgesetzt, daß alle Personen, welche als Kommissäre für Gesamt- oder für Specialzwecke, als Hülfsk-Kommissäre, Steuerbeamte, Sekretäre oder Hülfsk-Sekretäre der besagten Kommissäre angestellt werden, und jeder Inspektor, Aufseher und Einnnehmer, ehe sie zum Vollzuge dieses Gesetzes ihre Function antreten, insofern sich dasselbe auf die in Schedule D enthaltenen Steuern bezieht, den Eid leisten sollen, der in diesem Gesetze vorgeschrieben, und in Schedule A als für solche Beamte erforderlich bezeichnet ist. Und jede der Personen, welche als General- oder als Special- oder als Hülfsk-Kommissär angestellt ist, ist hiermit bevollmächtigt, diesen Eid abzunehmen (ausgenommen, daß jeder solcher Eid, welchen irgend ein General- oder Special- oder ein Hülfsk-Kommissär zu leisten hat, von einem der General- oder Special-Kommissäre und von keinem andern abgenommen werden soll), und der auf diese Weise abgelegte Eid muß von dem Theile, der den Eid geleistet hat, unterschrieben werden; und wenn irgend eine Person als Kommissär in Bezug auf die in Schedule D erwähnten Steuern — abgesehen von einer Eidesabnahme, oder als Sekretär oder Hülfsk-Sekretär, Steuerbeamte, Kassier, Inspektor, Aufseher oder als Einnnehmer bezüglich der in Schedule D enthaltenen Steuern, handeln und functioniren sollte, ohne daß er vorher den von diesem Beamten geforderten Eid geleistet hat, so soll er der Summe von 100 Pfund (1200 fl.) verlustig werden.

XXXIX. Und es sei festgesetzt, daß wenn irgend ein Unterthan Ihrer Majestät, dessen gewöhnlicher Aufenthalt in Großbritannien ist, Großbritannien verlassen hat und in irgend ein Land jenseits der See, um sich dort bloß zeitweise aufzuhalten, zur Zeit der Vollstreckung dieses Gesetzes gegangen ist, derselbe trotz der temporären Abwesenheit als eine Person betrachtet werden soll, die zur Entrichtung der in diesem Gesetz bewilligten Steuern ebenso verpflichtet ist, wie eine wirklich in Großbritannien wohnhafte Person. Derselbe soll nach dem vollen Betrage seines Vermögens oder Einkommens in der hier nachfolgenden Weise versteuert und belegt werden, möge dasselbe von einem in Großbritannien oder irgend wo anders befindlichen Eigenthume herkommen, oder möge es herrühren von einem Gehalte, einer Leibrente oder einem Gnaden-gehalte (mit der hierin erwähnten Ausnahme) oder einem künstlichen oder wissen-

len zum Vollzuge dieses Gesetzes verwendet werden und solchen Befugnissen haben, wie bezüglich der directen Steuern.

Kommissäre und andere Beamte sollen den in Schedule F erwähnten Eid leisten.

Zeitweilig abwesende Personen hat ebenso zu bestimmen wie häufig weohnhafte.

Kemander sich auf  
holender Personen  
den nur nach einem  
Beizustalt von sechs  
Monaten befreit  
werden.

schaftlichen Fache, einer Beschäftigung, einem Gewerbe oder Berufe ausserhalb oder in Großbritannien. Vorbehalten wird, daß keine Person, welche nach und zur Zeit der Erlassung dieses Gesetzes in Großbritannien für eine unbestimmte Zeit und nicht mit der Absicht, ihren Aufenthalt dauernd daselbst zu nehmen, sich aufhält, und welche, zu einer oder zu verschiedenen Zeiten, in keinem Jahre zusammen für die Dauer von sechs Monaten in Großbritannien anwesend war, mit den in Schedule D erwähnten Steuern belegt werden soll, wie eine wirklich in Großbritannien wohnhafte Person, in Betreff der Ertragnisse und Einnahmen, die sie von irgend einem Besitztume in Irland oder von irgend einem andern Gebietstheile Ihrer Majestät, von fremden Besitzungen, von irdischen Creditbriefen, oder von Creditbriefen irgend eines andern Gebietes Ihrer

Personen, die, nach-  
dem sie Befreiung  
von Steuern in An-  
spruch genommen ha-  
ben, abgereicht, oder  
innerhalb eines Jah-  
res wieder zurückge-  
kehrt sind, sollen be-  
steuert werden.

Majestät, oder fremder Länder bezieht. Es soll jedoch eine Person nach einem Auf- enthalte in Großbritannien, welcher während der erwähnten Zeit gedauert hat, die am vorhergehenden 6. April für das Jahr anfangenden Steuern zu entrichten verpflichtet seyn; vorausgesetzt wird auch, daß jede Person, welche nach Inanspruchnahme einer solchen Befreiung, Großbritannien verlassen hat, und an oder vor dem nächsten 6. April nach Erhebung des gemachten Anspruches, nach Großbritannien zurückkehrt, zu den Steuern verpflichtet sey, wie eine während des ganzen Jahres, in welchem jener Anspruch gemacht worden, in Großbritannien wohnende Person.

Corporationen und  
Gesellschaften sollen  
besteuert werden, und  
ihre Beamten sollen  
alle zu dieser Ver-  
steuerung erforderli-  
chen Verhandlungen  
vornehmen.

XI. Und es sei hiermit festgesetzt, daß alle politischen Körperschaften, Gemeinden, Stiftungen, Vereine, Bruderschaften oder Genossenschaften, sie mögen Corporationen oder nicht Corporationen seyn, zu solchen und gleichen Steuern verpflichtet seyn sollen, mit welchen irgend eine andere Person kraft dieses Gesetzes besteuert ist, und daß der Rämmerer oder der zur Zeit fungierende Schatzmeister, Controleur oder Kassirer jeder solchen Corporation, Gesellschaft, Bruderschaft, Genossenschaft und jedes solchen Vereines dafür verantwortlich seyn soll, daß alle Dinge und Sachen gethan werden, welche kraft dieses Gesetzes zur Anlegung der in diesem Gesetze bewilligten Steuern auf solche Corporationen, Gemeinden, Bruderschaften, Vereine und Genossenschaften und zur Bezahlung derselben erforderlich sind.

Vermögens-Ver-  
mögen und Einkünfte  
unmündiger  
Personen sollen auch  
besteuert werden.

XII. Und es sei festgesetzt, daß der Pfleger, Vormund, Administrator, Kurator oder Vertreter einer unmündigen Person, einer verheiratheten Frau, eines Verrückten, Blöds oder Wahnsinnigen, wenn er die Leitung, Verwaltung oder Oberaufsicht hat über die Vermögens-Angelegenheiten des Unmündigen, der verheiratheten Frau, des Verrückten, Verrückten oder Wahnsinnigen, möge solcher Unmündige, solche verheirathete Frau, solcher Verrückte oder Wahnsinnige in Großbritannien oder irgendwo anders wohnen, zur Entrichtung der besagten Steuern auf dieselbe Weise und zu demselben Belaufe verpflichtet seyn soll, als angedrechnet werden würde, wenn ein solcher Unmündige volljährig, eine verheirathete Frau selbstständig oder solche blödsinnige, verrückte und wahnsinnige Personen im Stande wären, für sich selbst zu handeln.

Ämterbesitzer sollen  
auf Namen ihrer  
Agenten und Ge-  
schäftsüberbringer be-  
steuert werden.

Und jede Person, welche nicht in Großbritannien wohnhaft ist, sie sei nun Untertan Ihrer Majestät oder nicht, soll besteuert werden auf den Namen eines solchen Pflegers, Vormundes, Administrators, Kurators oder Vertreters, oder auf den Namen des Geschäftsführers, Agenten oder Kassiers, welcher die mehr erwähnten Ertragnisse oder Gewinne einnimmt, die auf die hierin erwähnte Art entstanden sind und einer solchen Person gehören, und zwar auf dieselbe Weise und zu demselben

vollen Belaufe, als wenn eine solche Person in England wohnhaft wäre und sie selbst in Empfang nehmen würde.

Und jeder solche Pfleger, Vormund, Administrator, Kurator, Vertreter, Agent oder Kassier soll für die Vornahme aller der Handlungen, Sachen und Dinge verantwortlich seyn, welche kraft dieses Gesetzes zur Befreiung solcher Personen mit den in diesem Gesetze erwähnten Abgaben und zur Bezahlung derselben erfordert werden.

LXII. Vorbehalten bleibt immer und sei festgesetzt, daß kein Pfleger, welcher die dazu berechnigte Person oder deren Agenten autorisirt hat, die Geträgnisse des anvertrauten Gutes in Empfang zu nehmen, wenn diese Person diese Geträgnisse unter einer solchen Autorität empfängt, — daß auch kein Agent oder Kassier einer in Großbritannien wohnenden volljährigen Person (wenn solche nicht eine verheirathete Frau, verrückt, blöds oder wahnsinnig ist), welcher eine in nachstehender Weise zu fertigende Visé, enthaltend den Namen und Aufenthaltsort einer solchen Person, übergeben hat, zu dem Zweck der Besteuerung dieser Partei verpflichtet seyn soll, irgend eine andere Handlung vorzunehmen, wenn nicht die Kommissäre, welche dieses Gesetz in Bezug auf die Besteuerung solcher Personen zu vollziehen haben, das Zeugniß eines solchen Pflegers, Agenten oder Kassiers, zu Folge der in diesem Gesetze ihnen eingeräumten Vollmachten und Befugnisse verlangen sollten.

Pfleger und Agenten von in Großbritannien wohnenden volljährigen Personen haben nur Visés über Namen u. Aufenthaltsort solcher Person, einzuliefern.

XLIII. Und es sei festgesetzt, daß der von dem Gerichtshofe der Chancery oder von einem andern Gerichtshofe in Großbritannien aufgestellte Cinnnehmer, der die Leitung und Verwaltung eines Besitzthums hat, welches mit einer in diesem Gesetze bestimmten Steuer zu belegen ist, mag das Recht auf ein solches Besitzthum gewiß oder ungewiß, irgend einem Wechselfalle ausgesetzt oder zweifelhaft oder unbestimmt seyn wegen eines Streites oder wegen anderer Umstände, in gleicher Weise und in dem gleichen Betrage die betreffende Steuer zu entrichten haben soll, als wenn die darauf sich beziehenden Ansprüche nicht zweifelhaft und keinem Wechsel unterworfen wären, und dieses Besitzthum nicht unter der Leitung und Verwaltung eines solchen Gerichtshofs stünde. Und jeder solche Cinnnehmer soll dafür verantwortlich seyn, daß alle solche Dinge und Sachen gethan werden, welche kraft dieses Gesetzes zur Besteuerung mit den in diesem Gesetze bewilligten Abgaben und deren Entrichtung erforderlich sind.

Cinnnehmer, welche für Verfügungen von dem Kanzlergerichtshof oder von einem andern Gerichtshof angestellt sind, sollen besteuert werden.

XLIV. Und es sei festgesetzt, daß wenn irgend eine Person, welche Pfleger, Agent, Faktor, oder Kassier, Vormund, Administrator, Kurator, oder Vertreter irgend einer Person ist, kraft dieses Gesetzes für eine solche Person besteuert wird, oder wenn ein Kämmerer, Kassaführer, Sekretär oder irgend ein anderer Beamte einer der erwähnten Corporationen, Gesellschaften, Bruderschaften oder Vereine auf diese Weise besteuert wird für eine solche Corporation, Gesellschaft, Bruderschaft und einen solchen Verein, es jeder so besteuerten Person erlaubt seyn soll, aus den Geldern, welche sie als solcher Pfleger, Agent, Faktor, Administrator, Kassier, Vormund, Vertreter, Kurator, oder als solcher Kämmerer, Kassaführer, Sekretär oder Beamter in ihre Hände bekommt, soviel und einen solchen Theil davon von Zeit zu Zeit zurückzubehalten, als zur Bezahlung dieser Steuer erforderlich ist. Und jeder solche Pfleger, Agent, Faktor, Kassier, Vormund, Administrator, Vertreter, Kurator, Kämmerer, Kassaführer, Sekretär oder andere Beamte soll schadlos gehalten werden von jeder Person, Corporation, Gesellschaft,

Pfleger, Agenten, Kassiere u. Beamte dürfen die Steuerbeträge, welche sie zu entrichten haben, aus den ihnen anvertrauten Geldern zurückbehalten.

Bruderschaft und jedem Vereine für alle Zahlungen, welche er zu Folge und kraft dieses Gesetzes zu leisten haben wird.

Wie verheirathete Steuern, welche ein selbstständiges Einkommen oder sonstigen Vermögensgegenständen, besteuert werden sollen.

XLV. Und es sei festgesetzt, daß jede verheirathete Frau, welche selbstständig ein Handelsgeschäft dem Fortkommen irgend einer Stadt oder irgend eines Ortes zu Folge oder sonst wie ausübt, oder welche Ansprüche auf irgend ein Besitztum oder Einkommen zu ihrem alleinigen oder ausschließlichen Gebrauche hat, zur Entrichtung solcher und ähnlicher Steuern, auf die gleiche Weise, mit den hierin erwähnten Ausnahmen verpflichtet seyn soll, als wenn sie wirklich allein und unverheirathet wäre. Vorbehalten bleibt immer, daß die Einkünfte einer verheiratheten Frau, welche mit ihrem Manne lebt, als die Einkünfte ihres Mannes angesehen und auf den Namen ihres Mannes und nicht auf den ihrigen oder den ihres Kurators besteuert werden sollen; ferner bleibt vorbehalten, daß jede verheirathete Frau, welche in Großbritannien von ihrem Manne getrennt lebt, möge ihren Mann zeitweise oder für immer von ihr oder von Großbritannien abwesend seyn, und welche Gelder oder ein Einkommen von einem Besitztum außerhalb Großbritannien bezieht, als eine unabhängige Frau, wenn sie ein eignes Recht darauf hat, besteuert, und als Agent ihres Mannes besteuert werden soll, wenn sie dieses durch ihn, von seinem Eigenthum oder auf seinen Credit erhält.

Kommissäre sollen die Steuer-Beamteten vor sich rufen lassen.

XLVI. Und es sei festgesetzt, daß zur Ordnung, Erhaltung und Anrechnung der besagten Steuern, die General-Kommissäre in ihrer ersten in Folge dieses Gesetzes zu haltenden Zusammenkunft, oder in einer besonders zu diesem Zwecke angeordneten, ihre Befehle denjenigen Personen zuschicken sollen, die als Steuerbeamte zum Vollzuge dieses Gesetzes angestellt sind; oder im Falle keine solche angestellt wurden, müssen die Befehle den Grundsteuer-Beamten oder jenen, die für die directen Steuern angestellt sind, in den betreffenden Distrikten zugesandt werden, und dieselben sollen darin aufgefodert werden, vor den genannten Kommissären zu der von ihnen bestimmten Zeit und an dem von ihnen bezeichneten Orte zu erscheinen. Wenn solche Steuerbeamten erscheinen, sollen die erwähnten Kommissäre sie den Eid leisten lassen, der kraft dieses Gesetzes von ihnen gefordert wird, und ihnen die von solchen Kommissären unterzeichneten Anstellungs-Dekrete als Steuerbeamten zum Vollzuge dieses Gesetzes, mit solchen ausführlichen Instruktionen übergeben, wie sie zum Vollzuge dieses Gesetzes notwendig sind. Und die erwähnten Steuerbeamten sollen an die Kirchspiele oder Orte, für welche sie angestellt sind, sowohl jene Anzeigen, welche sie, wie folgt, besonders aufgefodert sind zu überliefern, als auch alle andern Anzeigen und Befehle, von wem immer sie unterzeichnet seyn mögen, die kraft dieses Gesetzes gegeben und erlassen werden, gehörig befördern und überliefern. Und die besagten Steuerbeamten sollen die Uebersendung aller solchen Anzeigen und Befehle gehörig befähigen.

Man soll sie den Eid leisten lassen, und ihnen Instruktionen mittheilen.

Die Steuerbeamten sollen die allgemeinen Anzeigen, worin Befehlen aufgefodert werden, ihre Sitten zu überliefern, an die Kirchenthüren anheften lassen.

XLVII. Und es sei festgesetzt, daß die zum Vollzuge dieses Gesetzes ernannten Steuerbeamten innerhalb der von den General-Kommissären bestimmten Zeit und auf die von ihnen in der Vorschrift angegebene Weise allgemeine Anzeigen anheften lassen sollen an die Kirchen- oder Kapellenthüren, das Lagerhaus oder Marktkreuz der Stadt, des Fleckens, der Pfarrei oder des Ortes, für welchen ein Steuerbeamte ernannt worden ist; und wenn eine solche Stadt, ein solcher Flecken, eine solche Pfarrei oder ein solcher Ort keine Kapelle oder Kirche, kein Lagerhaus oder Marktkreuz haben sollte, dann

sollen sie an die Kirchen und Kapellen angeheftet werden, welche sich zunächst einer solchen Stadt, eines solchen Fleckens, einer solchen Pfarrei und eines solchen Ortes befinden. Und alle Personen, welche kraft dieses Befehles beordert sind, irgend eine Liste, Angabe, oder eine Erklärung auszufertigen und abzuliefern, sollen darin aufgefordert werden, alle Listen, Angaben und Berichte auszufertigen und einzuschicken an die betreffenden Steuerbeamten, Kommissäre oder an ihren Sekretär in die in einer solchen Anzeige bezeichneten Bureaus, innerhalb einer in der Vorschrift bestimmten Frist, welche auf keinen Fall länger als einundzwanzig Tage vom Datum jenes Mandates an dauern soll. Und diese allgemeinen Anzeigen, wenn sie auf die erwähnte Weise angeheftet sind, sollen als hinreichende Notification gelten für alle in jener Stadt, Pfarrei, jenem Flecken oder in einem solchen Orte wohnenden Personen, und die Anheftung derselben soll als gehörige Uebersieferung des Befehles angesehen werden. Die erwähnten Steuerbeamten sollen auch die besagten Ansätze von Zeit zu Zeit, wenn notwendig, zehn Tage lang vor der Zeit, in welcher die Ausfertigung und Ablieferung solcher Listen, Angaben und Berichte gefordert wird, erneuern lassen. Und Jeder, der abthätlich eine solche angeheftete Anzeige zerreisst, verdirbt oder auslöscht, soll mit einer willkürlichen Geldstrafe, die aber nicht über 20 Pfund (20 £.) gehen darf, belegt werden.

XLVIII. Vorausgesetzt bleibt immer und sei festgesetzt, daß die besagten Steuerbeamten innerhalb der durch die Verordnung der erwähnten Kommissäre bestimmten Zeiten Jedermann Nachricht erteilen sollen, welcher der besagten Steuer in Bezug auf Eigenthum oder Gewinn, das innerhalb des besagten Ortes gelegen ist, resp. der sich in selbstem ergibt, wo jene Steuerbeamten fungiren, unterworfen ist; oder daß sie eine solche Anzeige in seinem Wohnhause oder seinem Wohnorte oder in den innerhalb jener Grenzen bestehenden Gebäuden hinterlassen sollen. Diese Anzeigen sollen Jedermann auffordern, in der in diesem Befehle vorgeschriebenen Weise, alle Listen, Erklärungen und Uebersichten in der durch jenes Mandat vorgeschriebenen Zeit anzufertigen und abzugeben, wie sie durch dieses Befehl aufgefordert sind zu thun. Und wenn irgend eine Person, welche in irgend einem Kirchspiele oder Orte zu der Zeit wohnt, wo eine solche erwähnte allgemeine Anzeige gegeben, oder welcher eine solche Anzeige persönlich übergeben, oder ihr in der Wohnung oder an ihrem Wohnsitze hinterlassen wurde, oder wenn irgend eine Person, welche innerhalb jener Grenzen irgend ein Eigenthum besitzt oder irgend ein Geschäft treibt, wenn ihr eine solche Anzeige übergeben, oder für welche eine solche Anzeige in den zu besteuern den Gebäuden zurückgelassen worden ist, nach erhaltener Nachricht hiervon, verweigern oder vernachlässigen sollte, solche Listen, Declarationen und Vermögensübersichten, wie sie für eine solche Person gehören, und für einen solchen Fall gefordert werden, anzufertigen und das Ganze in der durch dieses Befehl angeordneten Weise zu überliefern und zwar innerhalb der in einer solchen Benachrichtigung bestimmten Zeit, so sollen die Kommissäre sogleich eigenhändig eine Vorladung an die Person, die auf eben besagte Weise gelehrt hat, erlassen, damit die Geldstrafe für solche Verweigerung oder Vernachlässigung gehörig erhoben werde. Und die besagten Kommissäre sollen nichts desto weniger fortfahren, jede Person in der hier bestimmten Weise zu besteuern oder besteuern zu lassen, welche eine solche Nachlässigkeit sich hat zu Schulden kommen lassen.

*Die Steuerbeamten haben Nachsicht in die Häuser der Personen zu liefern, welche Uebersichten zu übergeben haben.*

Wie die Listen und Vermögens- u. Ueber- sichten abzugeben sind.

XLIX. Und es sei festgesetzt, daß jede solche Liste, Declaration oder Uebersicht des Vermögens, welches wie erwähnt zu besteuern ist, dem Steuerbeamten desselben Kirchspiels oder Places übergeben werden soll, mit Ausnahme derjenigen Uebersichten, welche jenen Betrag von Einkünften enthalten, die nach Schedul D dieses Gesetzes zu besteuern sind. In einem solchen Falle sollen die für ein solches Kirchspiel oder für einen solchen Ort fungirenden Kommissäre der Notifikation beifügen lassen, daß ein Amt eröffnet sei, um die Uebersichten über das Einkommen in Empfang zu nehmen, und eine eigene Person bestimmt, um dieselben zu empfangen, sowie auch Zeit und Ort der Anwesenheit derselben. In diesem Falle soll die Uebersieferung solcher Uebersichten von Vermögen, welches nach besagter Schedul D zu besteuern ist, bei dieser Stelle und an die zur Empfangnahme bestimmte Person geschehen. Vorausgesetzt wird dabei immer, daß in dem Falle, wo nach der besagten Schedul D zu steuernde Personen ihren Wunsch ausdrücken, für die besagten Abgaben von den Special-Kommissären mit der Steuer belegt zu werden, die Uebersichten über das nach der besagten Schedul D zu steuernde Einkommen dem erwähnten Steuerbeamten überliefert werden sollen, damit sie durch ihn dem Inspektor oder Aufseher des Bezirke sammt jener Anzeige übersendet werden.

Personen, welche Namen u. Verzeichnisse der Anwohner, Miethleute und anderer Ansässigen anfertigen haben.

L. Und es sei festgesetzt, daß jede Person, welche durch eine in Gemäßheit dieses Gesetzes erlassene Notifikation dazu aufgefodert wird, in dem Zeitraum, welcher in jener Notifikation bestimmt ist, für den Steuerbeamten des Kirchspiels oder Ortes, in welchem diese Person wohnt, eine geschriebene Liste anfertigen und ihm überreichen soll, in welcher nach ihrem besten Wissen der Eigenname eines jeden Bewohners oder Miethmanns in ihrem Hause, und jeder anderen, hauptsächlich in ihrem Dienste verwendeten Person, es mag diese in dem Hause wohnen oder nicht, angegeben seyn muß, ebenso die Wohnung der letztern, die nicht in demselben Hause wohnen, und auch die jedes Inwohners oder Miethmanns, welcher für gewöhnlich einen andern Wohnsitz hat, an welchem er in Gemäßheit der Regulative dieses Gesetzes besteuert zu werden verlangen kann, und welcher in dem Orte, wo er seinen gewöhnlichen Wohnsitz hat, besteuert zu werden wünscht. Diese Listen sollen von den betreffenden Personen unterzeichnet, und namentlich in der Form gefertigt werden, wie sie zufolge dieses Gesetzes bestimmt ist.

Anfertigung v. Personen, welche nicht im Hause wohnen, wird, wenn diese von dieser Steuer befreit sind, nicht mit Strafe belegt.

Vorausgesetzt wird hiebei immer, daß Niemand, welcher durch dieses Gesetz zur Anfertigung eines Verzeichnisses der Anwohner, Miethleute oder anderer vorherbesagter Personen verpflichtet ist, den nachbenannten Strafen unterworfen seyn soll, falls er den Namen oder die Wohnung irgend einer Person, die in seinem Dienste steht oder von ihm beschäftigt wird, aber nicht in seinem Hause wohnt, ausläßt, wenn die Vollzugs-Kommissäre in Folge angestellter Nachforschung der Ansicht sind, daß eine solche Person auf Befreiung von aller und jeder der hierin festgesetzten Steuern Anspruch hat.

Personen, welche für andere ihr Einkommen, Einkünfte oder Erträge bezieht, welche aus einer der in diesem Gesetze benannten Quellen herfließen, in welcher Eigenschaft auch dieselben empfangen werden mögen, und für welche diese andere Person nach den Regulativen dieses Gesetzes zu besteuern ist oder besteuert werden würde, wenn sie in Großbritannien wohnie — innerhalb der nämlichen Zeit und in besagter Weise ein schriftliches Verzeichniß in der

LI. Und es sei festgesetzt, daß jede Person, welche für eine andere einen Gehalt



Form anfertigen und übergeben soll, wie sie dieses Gesetz vorschreibt; dieses ist von ihr zu unterzeichnen und muß eine wahrhafte und genaue Angabe jedes solchen Gehaltes und Einkommens, aller Einkünfte und Erträgnisse, dann den Namen und Wohnort jeder Person, welcher solche gehören, sowie eine Erklärung darüber enthalten, ob diese Person volljährig, ob eine verheirathete Frau, welche mit ihrem Ehemanne lebt, oder eine Ehefrau sei, für welche ihr Ehemann die jener hiedurch auferlegte Steuer zu bezahlen durch dieses Gesetz nicht verpflichtet ist, ob sie in Großbritannien wohne, ob noch unmündig, ob verrückt, blind oder wahnsinnig sei — Alles zu dem Zwecke, daß eine solche Person, auf eine nach hier besagter Weise zu liefernde Uebersicht, entweder auf den Namen der die Liste übergebenden Person besteuert werde, wenn das Ganze so zu besteuern ist, oder auf den Namen der Person, welche Eigenthümerin ist, vorausgesetzt, daß sie volljährig, in Großbritannien wohnhaft, und nach diesem Gesetze in dieser Art zu besteuern ist. Und Jedermann, welcher in dieser Eigenschaft gemeinsam mit einem Andern eine andere Person vertritt, soll eine Liste über Namen und Wohnort jeder Person übergeben, welche zur Zeit der Uebergabe derselben mit ihr (zu diesem Gesetze) vereinigt ist, und zwar derselben Person, welcher jene übergeben werden soll.

LII. Und es sei festgesetzt, daß jede nach diesem Gesetze zu bestuernde Person, wenn es entweder vermöge einer allgemeinen oder besondern in Folge dieses Gesetzes erlassenen Aufforderung gefordert wird, in dem hierin bestimmten Zeitraume der Person, welche zur Empfangnahme derselben ausgesucht und welcher diese zu überliefern ist, eine wahrhafte und richtige, in der durch dieses Gesetz vorgeschriebenen Form schriftlich abgefaßte und von der übergebenden Person unterzeichnete Uebersicht anfertigen und übergeben soll, welche den jährlichen Betrag aller Ländereien und Grundstücke, die sich in ihrem Besitze finden, enthalten soll, dieselben mögen in einem oder in mehreren Kirchspielen liegen, ferner den Betrag der Einkünfte oder des Gewinnes, welcher dieser Person aus allen und jeder der Quellen zufließt, die nach diesem Gesetze und entsprechend den betreffenden Scheduln desselben zu besteuern sind. Dieser Betrag soll für den (betreffenden) Zeitraum und in Uebereinstimmung mit den betreffenden Vorschriften, welche in den bezüglichen Scheduln dieses Gesetzes enthalten sind, angegeben werden, und dieser Uebersicht soll eine Declaration beigelegt seyn, daß derselbe nach allen Quellen geschöpft ist, wie sie in den besagten verschiedenen Scheduln enthalten sind, und sie soll alle beschreiben, und dagegen ansetzen oder abziehen von solchen Einkünften oder Gewinnen solche Summen und keine anderen, als wie es dieses Gesetz erlaubt; und jede solche Uebersicht soll ausschließlich der Einkünfte oder Gewinne angefertigt werden, welche von Zinsen oder andern jährlichen Zahlungen herrühren, die aus dem Eigenthum irgend einer andern Person zufließen, und wofür diese kraft dieses Gesetzes besteuert werden muß.

LIII. Und es sei festgesetzt, daß jede Person, welche in einer der vorerwähnten Eigenschaften eine andere vertritt, die in Folge irgend eines vorerwähnten Unfähigkeitsgroundes oder weil sie nicht in Großbritannien wohnt, nicht in Person in Gemäßheit dieses Gesetzes besteuert werden kann — in dem nämlichen Zeitraume der zur Empfangnahme durch dieses Gesetz bestimmten Person, an welche die Uebersicht auch geschehen muß, und in demselben Districte, in welchem die Person, welche diese Liste überreichen muß, selbst, für ihre Person, besteuert werden müßte, eine wahrhafte und

Es sollen Uebersichten über das jährliche Erträgnis von Grundbesitz u. den Betrag andern Einkommens übergeben werden.

Es sollen die Vermögen und Steuern von Kuranten oder in Großbritannien nicht wohnenden Personen besteuert werden.

genaue, schriftlich abgefaßte, von ihr unterzeichnete und in der Form gefertigte Uebersicht, wie sie in diesem Gesetz vorgeschrieben ist, über den Betrag des Einkommens und Gewinnes, für welchen sie auf Rechnung dieser andern Person besteuert werden soll, überreichen muß. Dieses Einkommen muß auf die Dauer der Periode und nach den Vorschriften geschätzt werden, welche in den erwähnten betreffenden Scheduln enthalten sind, und zugleich mit einer Declaration über die Art der Schätzung desselben in der vorbezeichneten Weise versehen seyn. Vorausgesetzt wird dabei immer, daß, wo zwei oder mehr Personen verpflichtet seyn sollten, sich für dieselbe Person besteuern zu lassen, bloß ein Verzeichniß angefertigt zu werden braucht, und dieses soll von ihnen gemeinschaftlich verfaßt werden, oder durch Einen oder Mehrere aus ihnen für sich resp. sie und für die übrigen hiezu verpflichteten. Und es soll ihnen verfaßt seyn, schriftlich den Kommissären Nachricht zu geben, welche in dem Districte fungiren, wo sie zu solcher Angabe aufgefordert wurden, in welchem, resp. welchen Kirchspielen oder Orten sie nach diesem Gesetze für ihre eigene Person zu besteuern seien und in welchem der besagten Kirchspiele oder Orte sie verlangen für solch andere Person besteuert zu werden, für welche sie in irgend einer vorbezeichneten Eigenschaft handeln. Sie sollen demgemäß mit einer Steuer in jenem Kirchspiele oder Orte angelegt werden, vorausgesetzt, daß irgend einer von ihnen für seine Person in diesem Kirchspiele oder Orte zu besteuern ist. Und wenn für eine oder mehrere solche Personen mehr als eine Steuer angelegt worden seyn sollte auf denselben Betrag, so soll gegen eine solche doppelte Besteuerung auf eine den Kommissären gemachte Vorstellung, wie solche in anderen Fällen in diesem Gesetze gestattet ist, Abhilfe gewährt werden.

Die Vertreter von Corporationen haben Uebersichten über die zu besteuernden Einkünfte und Gewinne derselben anzufertigen, welche nach dem jährl. Betrage vor Abzug der Dividenden zu schätzen sind.

LIV. Und es sei festgesetzt, daß jeder der vorerwähnten Vertreter einer Corporation, Bruderschaft, Genossenschaft, Societät oder Kompagnie in demselben Zeitraum, in derselben Form und Weise, eine wahrhafte und genaue Uebersicht der Einkünfte und Gewinne solcher Corporation, Bruderschaft, Genossenschaft, Societät oder Kompagnie, welche besteuert werden soll, anzufertigen und zu übergeben hat. Dieselbe muß nach den Directiven dieses Gesetzes berechnet und mit einer Declaration über die Art der Schätzung derselben in der erwähnten Weise versehen seyn. Diese Schätzung soll nach dem Betrage der jährlichen Einkünfte und Gewinne einer solchen Corporation, Bruderschaft, Genossenschaft, Societät oder Kompagnie geschehen, bevor eine Dividende hiervon für irgend eine andere Person, Corporation oder Kompagnie in Ausführung gebracht wird, welche irgend einen Antheil, Titel oder Recht zu oder auf solches Einkommen oder Erträgnis hat. Und allen diesen andern Personen, Corporationen oder Kompagnien darf von solcher Dividende verhältnismäßiger Abzug wegen der darauf gelegten Steuer gemacht werden. Vorausgesetzt bleibt dabei immer, daß nichts, was hiein enthalten, soll dahin gedeutet werden, als würde von einer solchen Uebersicht verlangt, daß sie Besoldung, Dienstlohn oder Einkommen irgend eines Bediensteten solcher Corporation, Bruderschaft, Genossenschaft, Kompagnie oder Societät, welche ohnehin nach diesem Gesetze zu besteuern sind, in sich schließe, und ebenso wird vorausgesetzt, daß jener Ueberschlag bei den verschiedenen ostindischen und Südsee-Kompagnien nach Abzug der Dividenden und der damit verbundenen Gewinne gemacht werden soll, welche unter die Actionäre jener Kompagnien zu vertheilen sind.

Uebersicht bezüglich jener Uebersichten für die ostindischen und Südsee-Kompagnien.

Steuern der Personen, welche sie Uebersichten.

LV. Und es sei festgesetzt, daß, wenn irgend eine Person, welche kraft dieses

Gefes gehalten ist eine Liste, Declaration oder Uebersicht, wie vorhin erwähnt, zu übergeben, dieses innerhalb der, in der angeführten Notification festgesetzten Zeit zu thun sich weigern oder vernachlässigen, oder unter irgend einem Vorwande willkürlich die Uebergabe derselben verzögern sollte, wenn Anzeige davon gemacht und die Verhandlung hierüber vor den mehrerwähnten Vollzugs-Kommissären geführt wurde — jede solche Person mit einer Geldstrafe belegt werden soll, welche aber die Summe von 20 Pfund und das dreifache der ihr obliegenden Steuer nicht überschreiten darf, welche Strafe beigetrieben werden soll, wie jede andere in diesem Gesez bestimmte Strafe beigetrieben ist, und die erhöhte Steuerquote ist der (ursprünglichen) Besteuerung beizufügen, aber dessen ungeachtet ist mit Verfolgung derselben oder einer andern Proedur inne zu halten, wenn eine nachträgliche Einlieferung einer solchen Liste, Declaration oder Uebersicht in folgenden Fällen stattfindet, nämlich: Wenn ein Vormund, Agent, Einnehmer, oder irgend eine andere zur Ueberlieferung einer solchen Liste, Declaration oder Uebersicht für eine andere verpflichtete Person eine unvollständige Liste, Declaration oder Uebersicht übergeben und erklären sollte, nicht im Stande zu seyn, eine vollständige Liste, Declaration oder Uebersicht anzufertigen, und dafür Gründe anführt, welche von den besagten Kommissären als genügend erachtet werden, dann soll ein solcher Vormund, Agent, Einnehmer, oder solche anderweitige Person dieser Strafe nicht unterworfen werden, wenn die Kommissäre für die Einlieferung einen weiteren Termin bewilligen. Und ein solcher Vormund, Agent, Einnehmer oder andere Person soll innerhalb der so bewilligten Zeit eine so vollständige Liste, Declaration oder Schedul einliefern, als die Beschaffenheit des Falls die Anfertigung und Ueberlieferung derselben ihm gestattet.

Bei Klage vor den Kommissären 20 Pfund und dreifache Steuer.

Und jede Person, welche wegen irgend eines solchen Vergehens mit einer Klage oder Anklage vor irgend einem Gerichtshofe Ihrer Majestät verfolgt werden wird, und welche nicht, wie erwähnt, mit der dreifachen Steuer belegt worden ist, soll die Summe von 50 Pfund verwirkt haben.

Bei Anklage vor einem Gerichtshofe 50 Pfund.

LVI. Vorausgesetzt wird immer und sei festgesetzt, daß jede Person, welcher von dem Steuerbeamten obenbesagte besondere Benachdichtigung nicht übergeben oder zugestimmt wurde, den so eben erwähnten Strafen oder einer derselben wegen Nicht-einlieferung der besagten Uebersicht, nicht verfallen seyn soll, wenn die Vollzugs-Kommissäre auf Nachforschen finden, daß eine solche Person berechtigt ist, Exemption von der Bezahlung aller und jeder der hier festgesetzten Steuern zu verlangen.

Personen, welchen eine Benachdichtigung nicht zustehen kann nicht strafbar, wenn steuerfrei.

LVII. Und es sei festgesetzt, daß der Steuerbeamte eine alphabetische Liste anfertigen und dem Inspector oder Aufseher des Distrikts übergeben soll, welche die Namen aller Personen enthält, denen in Gemäßheit dieses Gesezes solche Notificationen zugestimmt oder übergeben worden sind, und die Namen aller Personen, welche innerhalb seines Bezirks Eigenthum oder Einkommen besitzen, das nach diesem Geseze steuerbar ist, wobei sie jene Personen, die ihre Listen richtig eingesandt haben, und solche Personen, welche dieses zu thun unterlassen, unterscheiden müssen, sowie die, welche ihren Wunsch, von den Special-Kommissären besteuert zu werden, zu erkennen gaben, und ebenso jene Personen, welche als Inwohner oder Mietheleute innerhalb dieses Bezirks oder als innerhalb desselben steuerbar in den Listen aufgeführt wurden, während sie außerhalb desselben wohnen.

Die Steuerbeamten sollen ein Verzeichnis jener Personen anfertigen, welchen eine Notification zugestimmt wurde.

Und wenn ein solcher Steuerbeamte es vernachlässigt haben sollte, einer Person

Inwohnern oder Auswärtigen Namen folgen.

den übergebenen Notifikation zu ertheilen, welcher solche hätte gegeben werden sollen, dann soll der Inspektor oder Aufseher später solche Notifikation dieser Person übergeben oder behändigen lassen, und er soll auch von Zeit zu Zeit gleiche Notifikation den Personen, welche sich in irgend einem Orte oder Kirchspiele niederlassen nach Ablauf solcher Anzeigen, überschicken oder überliefern.

Die Steuerbeamten sollen die Lieferung der Anzeigen und die Anfertigung der allgemeinen Anzeigen beschließen.

LVIII. Und es sei festgesetzt, daß der Steuerbeamte eines jeden Kirchspiels oder eines jeden Ortes persönlich vor den besagten Kommissären in einer der Zusammenkünfte erscheinen soll, denen der erwähnte Steuerbeamte beizuwohnen hat; und daß er dann vor den Kommissären einen Eid darüber leisten soll, daß die verschiedenen Anzeigen, welche in diesem Gesetze zur Beförderung an Hausbesitzer, Hausbewohner, Miethsolente und Inwohner bestimmt sind, nach seinem besten Wissen auf die in diesem Gesetze bezeichnete Art gehörig befördert worden seien, und daß ferner die allgemeinen Anzeigen zu dem in diesem Gesetze erwähnten Zwecke auf die hierin bezeichnete Art an die geeigneten Plätze innerhalb der Stadt, des Fleckens oder Ortes, für welche jener Steuerbeamte fungirt, wie in diesem Gesetze festgesetzt ist, angeheftet worden seien, und daß die von ihm an den Inspektor oder Aufseher überlieferte Liste den Namen einer jeden Person enthalte, welche nach Wissen des Steuerbeamten nach den in diesem Gesetze gegebenen Anordnungen solche Anzeigen zu empfangen haben. Jeder Steuerbeamte, welcher es unterlassen würde, vor den Kommissären zu erscheinen, oder den erwähnten Eid zu leisten verweigern, oder es unterlassen und vernachlässigen sollte, dem Inspektor oder Aufseher den Namen einer Person anzuzeigen, der kraft dieses Gesetzes in jene Liste aufgenommen werden muß, soll eine (arbiträre) Geldstrafe verurtheilt haben, die aber nicht über 20 Pfund (20 fl.) gehen darf.

Strafe: 20 Pfund (20 fl.)

Wenn die Berichte, welche den Kommissären überliefert werden, sollen die Sekretäre ausfüllen machen.

LIX. Und es sei festgesetzt, daß die Sekretäre der besagten Kommissäre mit möglichster Eile aus den Berichten, welche den Kommissären von den Steuerbeamten überliefert oder von den verschiedenen Parteien auf ihren Aemtern niedergelegt worden sind, Auszüge in die dazu bestimmten Bücher und in der Form machen sollen, welche ihnen von dem Steuer- und Stempel-Oberramte mitgetheilt worden ist. Diese Auszüge sollen die Namen der Anzeige erstattenden Personen und den Verlauf der von ihnen angemeldeten Ertragnisse enthalten und den besagten Kommissären übergeben und vorgelegt werden; alle diese Berichte sollen in der Kanzlei (office) der erwähnten Kommissäre numerirt, registirt und sorgfältig so lange aufgehoben werden, bis die betreffenden Steuerbeträge jenes Distrikts und jedes Theils desselben an Ihre Majestät bezahlt sind; und jeder Inspektor oder Aufseher, welcher den hierin erwähnten Eid vor den Kommissären geleistet hat, die für jene Distrikte fungiren, soll zu jeder beliebigen Zeit freie Einsicht in diese Bücher und das Recht haben, Abschriften und Auszüge von denselben oder von Theilen derselben zu machen, wie er es zum Vollzuge dieses Gesetzes für nothwendig halten wird.

Die Inspektoren sollen freie Einsicht in diese Bücher haben und Abschriften von den in diesen Büchern enthaltenen Auszügen nehmen dürfen.

Die Steuern in Schemata sollen nach den folgenden Regulativen erhoben und angerechnet werden.

IX. Und es sei festgesetzt, daß die hiermit bewilligten und in der erwähnten Schemata enthaltenen Steuern nach den folgenden Regulativen erhoben und angerechnet werden sollen. Diese Regulativen sollen auf dieselbe Weise als ein Theil dieses Gesetzes und als auf die besagten Steuern Bezug habend angesehen werden, wie wenn dieselben in einer speziellen Verordnung erlassen wären.

**Schedula A Nr. I. Allgemeine Regulative behufs Schätzung der Ländereien, Grundstücke, Erbgüter, A. Nr. I. Allgemeine Regulative behufs Schätzung der Ländereien, Grundstücke, Erbgüter oder Erbgründe, welche in Schemula A erwähnt sind.**

Unter dem jährlichen Ertrage (annual value) von Ländereien, Grundstücken, Erbgütern oder Erbgründen, die in Schemula A besteuert werden, soll man den vollen Betrag des höchsten jährlichen Pachtzinses verstehen, wenn der Betrag solchen Zinses durch einen Vertrag festgesetzt wurde, welcher innerhalb des Zeitraums jener sieben Jahre, die dem letzten 5. April vor der Zeit, wo die Steuer angelegt wird, vorausgehen, seinen Anfang genommen; wenn dieselben aber nicht auf diese Weise verpachtet worden sind, dann muß er nach dem Werthe des größten Pachtzinses berechnet werden, für den sie jährlich verpachtet werden könnten.

Der jährl. Ertrag soll nach diesem Regulative mit Rücksicht auf die nachher erwähnten Ausnahmen geschätzt werden.

Diese Regel soll sich auf alle Ländereien, Grundstücke, Erbgüter und Erbgründe, die wirklich in Besitz genommen werden können, ausdehnen, welcher Art sie auch immer seyn mögen und für welchen Zweck immer sie bewohnt oder benützt werden mögen, und wie groß auch ihr Werth sei, mit Ausnahme des in Nr. II. und Nr. III. dieser Schemul erwähnten Besitzthums:

**Nr. II. Regulative für Schätzung der hierin erwähnten Ländereien und Grundstücke, Erbgüter und Erbgründe, welche nicht nach der vorhergehenden allgemeinen Regel geschätzt werden sollen.**

Unter dem jährlichen Ertrage von allem hierin beschriebenen Eigenthume soll man verstehen den vollen oder den durchschnittlichen Betrag der auf ein Jahr treffenden Ertragnisse, welche innerhalb der hier bestimmten Zeit sich ergeben.

Art. auf die gewisse Eigenthümergeschätzt werden sollen.

Erstens: Bei Natural-Zehnten (ist der jährliche Ertrag zu schätzen) nach dem durchschnittlichen Ertrage der drei vorhergehenden Jahre.

Zehnten in Natura.

Zweitens: Bei allen Gebühren und Geldzahlungen aus Rechten der Kirche oder Stiftungen, oder die statt der Zehnten entrichtet werden (wenn sie nicht von Ländereien herkommen) und bei allen Zehnten in Schottland nach gleichem Durchschnitt.

Geistlich-Gebühren.

Drittens: Bei allen Grund-Zehnten, hinsichtlich welcher eine Abfindung getroffen wurde, bei allen Zinsen und andern Geldzahlungen, die statt der Grund-Zehnten zu entrichten sind (ausgenommen Erbzinsen, welche in dem über Zehntumwandlung gegebenen Gesetze bestätigt worden sind), nach dem Betrage der Abfindung, Zinsen oder Zahlungen für ein vorhergehendes Jahr. Die erwähnte Steuer soll in jedem Falle von der Person entrichtet werden, die zu solchen Zehnten und Zahlungen berechtigt ist, oder von ihrem Pächter, Miethsmanne, Agenten oder Factor, mit Ausnahme der in der vierten Regel Nr. IV. von Schemula A erwähnten Fälle.

Abfindung für Zehnten.

Viertens: Bei Rittergütern (manors) und andern königlichen Lehengütern (Royalities) mit Einschluss aller Gebühren und anderer Lehendienste oder zufälliger Einnahmen (wenn es nicht Zinse oder andere reservirte oder darauf lastende jährliche Zahlungen sind), soll er nach dem Durchschnittswerte der sieben vorhergehenden Jahre dem Herrn des Ritterguts oder Lehens oder dem Pächter desselben angerechnet werden.

Rittergüter.

Fünftens: Ferner bei allen Lehengeldern, die in Betracht legend einer Uebertragung von Ländereien oder Grundstücken (welche nicht ein Theil einer Gutsheerhschaft oder eines Königslebens sind, das nach der bestehenden Gewohnheit übertragbar ist) zu entrichten sind, nach dem Betrage, der innerhalb des vorhergehenden Jahres von

Lehengeldern.

der Partei oder für Rechnung derselben erhoben worden ist; vorausgesetzt, daß im Falle die zu belastende Person zur Befriedigung der General-Kommissäre jenes Districts nachweisen sollte, daß solche Lehengestülte oder ein Theil derselben als productives Kapital verwendet worden sind, woraus ein Gewinn entstanden ist oder entstehen wird, welcher auf andere Weise nach diesem Gesetz für das Jahr zu versteuern ist, in welchem die Steuer angelegt werden soll, so den besagten Kommissären verpachtet seyn soll, die so angewendete Summe bei den Erträgen in Abführung zu bringen, welche der Besteuerung nach dieser Regel unterworfen sind.

Andere Erträge  
von Ländereien.

Schluß: Ferner ist der Ertrag von Ländereien, Grundstücken, Erbgütern oder Erbgründen, die nicht im Besitz oder Pacht der zu belastenden Parteien, und nicht schon früher aufgeführt worden sind, nach einer billigen und gerechten Durchschnitts-Rechnung aus einer bestimmten Anzahl von Jahren, wie solche die besagten Kommissäre auf die Angabe der zu belastenden Person für passend finden werden (ausgenommen solche Erträge, die einem Abzug zufolge der nachher zu erwähnenden neunten- oder zehnten Regel in Nr. IV. unterworfen sind), zu ermitteln und darnach auf den Empfänger solcher Erträge oder die dazu berechtigten Personen die Steuer anzulegen.

Nr. III. Regulativ, um die nachgewählten Ländereien, Grundstücke, Erbgüter und Erbgründe zu schätzen, welche nicht nach der vorhergehenden allgemeinen Regel zu besteuern sind.

Nr. gewisses an-  
ders Eigentum zu  
bestimmen.

Unter dem jährlichen Ertrag von allem hierin beschriebenen Eigenthume soll man den vollen Betrag für ein Jahr, oder den durchschnittlichen Betrag für ein Jahr der hieraus innerhalb der hier bestimmten Zeit bezogenen Erträge verstehen.

Steinbrüche.

Erstens: Bei Schiefer- und Steinbrüchen, Kalk- oder Kreidebrüchen nach der Höhe des Ertrags in dem vorhergehenden Jahre.

Minen.

Zweitens: Bei Steinkohlen-, Zinn-, Blei-, Kupfer-, Schwefel-, Eisen- und andern Bergwerken, nach dem Durchschnitt der fünf vorhergehenden Jahre nach den in diesem Gesetze enthaltenen Bestimmungen.

Eisenwerke u. s. w.

Drittens: Bei Eisenwerken, Glaswerken, Salzquellen oder Salinen, Alaungruben oder Werken, Wasserwerken, Strömen, Kanälen, inländischer Schifffahrt, Docks, Ableitungsgräben und Wasserpässen, Fischereien, Rechten zu Märkten und Messen, Weggeldern, Eisenbahnen und andern Wegen, Brücken, Fährten und andern Sachen solcher Art, die von Ländereien, Grundstücken, Erbgütern oder Erbgründen Ertrag abwerfen, nach dem Gewinne des vorhergehenden Jahres.

Wie die Steuer bei  
den letzten drei Re-  
gulativen anzurech-  
nen ist.

Die Steuer soll bei jeder der drei letzten Regeln der Person, Körperschaft, Compagnie oder Gesellschaft, ob Corporation oder nicht, welche das Geschäft betreibt, angesetzt werden, oder ihren respectiven Agenten, Schatzmeistern oder anderen Beamten, welche die Leitung oder Führung desselben haben, oder welche die Erträge davon in Empfang nehmen, nach der Summe der Gewinne oder dem Ertrage, und vor Bezahlung, Uebergabe oder Vertheilung der Gewinne oder des Ertrags unter die verschiedenen Personen oder Mitglieder des Vereins, der Compagnie oder Gesellschaft, welche an dem Geschäft Theil nehmen, oder an den Eigentümer des Landes oder Grundeigenthums, oder an irgend einen Gläubiger oder eine andere Person, wer es auch sei, welche einen Anspruch auf den erwähnten Gewinn hat; und alle diese Personen, Corporationen, Gesellschaften

und Societäten, sollen aus einem solchen Ertrag oder Gewinne einen verhältnißmäßigen Abzug für die so angerechneten Steuern erleiden; und diese Steuer soll auf den erwähnten Gewinn ausschließlich aller in dem Geschäft gebrauchten oder verwendeten Anderen gelegt werden. Die Berechnung der Steuer, welche auf eine solche, durch eine Gesellschaft von Unternehmern ausgeübte Mine zu legen ist, soll ganz, in einer Summe, ausgeschrieben und festgesetzt werden; es wird aber vorbehalten, daß wenn irgend einer der Unternehmer sein Verhältniß zu oder seinen Antheil an einem solchen Geschäft zum Behufe einer gesonderten Besteuerung angibt, es gestattet seyn soll, einen solchen Unternehmer getrennt zu besteuern. Auch soll das hierin enthaltene nicht so gedeutet werden, als könnte ein solcher, in der Art besonders besterter Unternehmer abgehalten werden, von dem Gewinn, welchen er in einer oder mehreren Gesellschaften erhalten hat, seinen Verlust abzurechnen oder abzurechnen, den er in irgend einem andern Geschäft über den hieraus entstandenen Gewinn erlitten hat, vorausgesetzt, daß solcher Verlust nicht den Antheil eines solchen Theilnehmers übersteigt, welcher gehörig von der Gesellschaft in ihrer Steuerberechnung nachgewiesen und von den betreffenden Commissären anerkannt worden ist; und in jedem solchen Falle soll nur eine Steuer nach der Bilanz des Gewinnes und Verlustes auf solchen Theilnehmer, der auf diese Weise seine Rechnung getrennt hat, und zwar in dem Kirchspiele oder in dem Districte gelegt werden, wo ein solcher Theilnehmer zu dem größten Theile steuerpflichtig ist, und der Antheils-Betrag einer jeden solchen Person, der in der Art nachgewiesen und anerkannt worden ist, soll von der auf die Gesamtheit der Gesellschaft oder Gesellschaften, zu welcher ein solcher Theilnehmer gehört, gelegten Steuer abgezogen werden, und sollen die betreffenden Commissäre die Besteuerung der besagten Gesellschaften darnach rectificiren lassen, wie es erforderlich ist; und das Certificat der Commissäre, die eine solche besondere Besteuerung vornehmen, soll den in einem andern Districte fungirenden Commissären die Erlaubniß geben, die Steuer bezüglich der Gesellschaften, welche solche Besteuerung betrifft, rectificiren zu lassen; und im Falle, daß ein solcher Verlust in einem andern als in demjenigen Districte, wo eine solche gesonderte Besteuerung vor sich gehen soll, sich ergibt, soll das Certificat des Commissärs, welcher für jenen Districte fungirt, über den Betrag dieses Verlustes und über den auf jenen Theilnehmer treffenden Theil als Beweis dienen, daß die Commissäre, welche die Besteuerung vornehmen, jenen in Abzug zu bringen haben.

Steuern auf Bergwerke sollen der ganzen Gesellschaft angerechnet werden aber der Theilnehmer kann darauf Anspruch machen, einzeln belassen zu werden und seinen Verlust in einem Geschäft gegen seinen Gewinn in einem andern abzurechnen.

#### Mr. IV. Regeln und Regulationen in Betreff dieser Besteuerung.

Erstens: Alle Besigungen, welche den in Schedule A erwähnten Steuern unterworfen sind, sollen in dem Kirchspiele oder in dem Orte, wo sie liegen, besteuert werden, und nicht anderswo, die nach erwähnten Fälle ausgenommen.

Besteuerung im Kirchspiele.

Vorausgesetzt wird nämlich, daß die Erträgnisse von Kanälen, Binnen-Schiffahrt, Strömen, Ableitungsgräben, Wasserpäßen, Eisenbahnen oder andern öffentlichen Straßen und Wegen, welche einer Gesellschaft eigenthümlich gehören oder zur Verwaltung anvertraut sind, möge sie Corporation oder nicht seyn, auch in eine Berechnung gebracht und besteuert werden können in der Stadt, dem Flecken oder Orte, wo die General-Rechnungen über solche Geschäfte gewöhnlich gepflogen werden sind, oder der diesem zunächst liegt; und es soll erwähnten Eigenthümern oder Verwaltern freistehen, nachdem sie die zu

Ausgenommen Kanäle und Eisenbahnen &c., welche in dem Orte, wo die Generalrechnung abgelegt wird, zu besteuern sind.

Die Steuern können beiden Interessen,

welche den Gläubigern zu zahlen sind, in Berechnung gebracht werden.

entrichtenden Steuern bezahlt haben, entweder einen verhältnismäßigen Theil von den, den Gläubigern der besagten Besitzungen oder irgend einem derselben gebührenden Interessen abzugeben, oder die vollständigen Interessen ohne Abzug zu bezahlen. Ebenso soll es auch den erwähnten Gläubigern gestattet seyn, solche Interessen vollständig zu empfangen, ohne deßhalb der nachfolgend festgesetzten Buße unterworfen zu seyn.

Wie Grundherrschaften, die sich über verschiedene Kirchspiele erstrecken, zum Lehensteuer besteuert werden sollen.

Vorbehalten bleibt auch, daß die Erträge von irgend einer Grundherrschaft oder königlichem Eigenthume, welches sich auf mehrere Kirchspiele ausdehnt, auch in eine Berechnung in demjenigen Kirchspiele, wo das Gericht für eine solche Grundherrschaft oder jenes königliche Eigenthum gewöhnlich gehalten worden ist, gebracht werden können. Vorbehalten wird auch, daß die Erträge aus Lehengebühren, die derselben Person, demselben öffentlichen Vereine, derselben Corporation oder Gesellschaft gehören, in einer Steuersumme dürfen erhoben werden, nämlich da, wo die Person, die nach den Regulativen dieses Gesetzes zu besteuern ist, wohnt.

Die Grundstücke, welche in verschiedenen Kirchspielen liegen, nach Kirchspielen besteuert werden.

Zweitens: Alle Ländereien, welche eine Person besitzt, sollen in so viele Ueberflüssen gebracht werden, als eine solche Person kraft dieses Gesetzes zu überliefern hat, sie mag nun dieselbe als Eigenthümer beßigen oder gepachtet haben, von einem oder von verschiedenen Eigenthümern, und mögen selbe in einem oder in verschiedenen Kirchspielen oder Distrikten liegen. Die auf denselben lastende Steuer aber soll in jedem Kirchspiele und in jedem Distrikte in Verhältnis zu dem Ertrage des darin liegenden Besitzthums stehen, und nach diesem Verhältnis hat der Besitzer eine Berechnung in jedes Kirchspiel zu liefern, worin ein Theil jener Ländereien liegt. Ferner sollen auch die Ländereien besonders geschätzt werden, welche im Besitze derselben Person sind, aber verschiedenen Eigenthümern gehören. Und wenn irgend ein Besitzer von Ländereien, welche in verschiedenen Kirchspielen oder Plätzen liegen, es absichtlich unterlassen sollte, eine Berechnung von den auf diese Weise in jedem Kirchspiele oder Plage inhabenden Ländereien zu fertigen, so soll derselbe, wenn er gleich nicht in einem oder mehreren dieser Kirchspiele und Plätze wohnhaft seyn sollte, für die auf diese Weise übergangenen Ländereien mit der dreifachen nach diesem Gesetze ihn treffenden Steuer belegt und überdies zu der darin aufgelegten Buße verurtheilt werden.

Ländereien, welche in verschiedenen Kirchspielen liegen und von welchen die Verhältnisse nicht ermittelt werden können, können in jedem derselben besteuert werden.

Vorausgesetzt wird immer, daß alle Ländereien, welche sich unter einem Pachte oder im Besitze desselben Eigenthümers befinden, wenn solche zwar in verschiedenen Kirchspielen, aber in einem Kommissariats-Distrikte liegen, in dem einen oder andern Kirchspiele, nach dem Gutdünken besagter Kommissäre, besteuert werden können, wenn dieselben überzeugt sind, daß das Verhältniß in Betreff der Größe, Höhe des Zinses oder des Ertrags in jedem nicht genau bestimmt werden kann; und wenn diese Ländereien sich in verschiedene Kommissariats-Distrikte erstrecken, dann soll die Besteuerung in dem, von dem Besitzer dieser Ländereien bewohnten Distrikte vor sich gehen.

Büder unter 10 Pfund (120 R.) sollen den Eigenthümern angerechnet werden.

Drittens: Für jedes Wohnhaus im Besitze eines Pächters, das mit den dazu gehörigen Gebäuden und Grundstücken einen jährlichen Ertrag von 10 Pfund nicht erreicht und für alle Ländereien und Grundstücke, welche (an einen Pächter) für einen Zeitraum von weniger als einem Jahre verpachtet sind, soll die darauf lastende Steuer auf den Eigenthümer, jedoch so angelegt werden, daß nichts hindern soll, die Steuer von dem Inhaber einzufordern, im Falle der Eigenthümer nicht zahlen würde.



**Vierter:** Für Abfindungen, Zinse oder andere Zahlungen statt der Zehnten, <sup>Zehnten können bei</sup> kann die darauf lassende Steuer, wenn es die Kommissäre für gut halten, den <sup>Erbschaften der Einkünfte</sup> verschiedenen Inhabern solcher Ländereien, von denen die Zehnten bekommen, angeteilt <sup>werden.</sup> werden, oder den verschiedenen Personen, welche zur Bezahlung solcher Abfindungen, Zinse oder anderer Zahlungen verpflichtet sind; und die erwähnten Kommissäre können anordnen, daß solchen Personen Anzeigen zugesandt werden, um Berichte über den Betrag solcher Abfindungen, Zinse und Zahlungen zu erhalten, welche den gleichen Rußen und den Bestimmungen dieses Gesetzes bezüglich der Anzeigen des jährlichen Ertrags solcher Ländereien unterworfen sind.

**Fünfter:** Wenn von irgend einer der in der fünften Regel unter Nr. III. dieser Schedul aufgeführten Minen aus irgend einer unvermeidlichen Ursache der jährliche Ertrag sich vermindert hat oder noch fortwährend sich vermindert, so daß der Durchschnittsertrag von fünf Jahren keine gerechte und billige Schätzung von dem (gegenwärtigen) jährlichen Ertrage gibt, so soll es verstatet seyn, nach gehöriger Beweislieferung vor den General-Kommissären des Distrikts, worin solche Mine liegt, den jährlichen Ertrag nach dem wirklichen Verlaufe der Ertragnisse und Gewinne des vorhergehenden Jahres, dessen Güte auf die erwähnte Weise zu bestimmen ist, zu berechnen, welche folchem Abzuge unterworfen sind wegen Ertragsverminderung innerhalb des laufenden Jahres, wie hierin für andere Fälle vorgesehen ist; und wenn irgend eine solche Mine aus einer unvermeidlichen Ursache ganz ausgehen sollte, dann soll es den besagten Kommissären verstatet seyn, nach gehöriger Beweislieferung, jede darauf gelegte Besteuerung gänzlich nachzulassen.

Vorausgesetzt wird, daß, wenn eine solche Mine in einem andern Orte liegen oder deren Erzeugnisse in einem andern Orte als in dem verarbeitet werden sollten, wo die Produkte derselben verkauft werden, die Ertragnisse daraus in dem Kirchspiele oder in dem Distrikte besteuert und belastet werden sollen, in welchem die besagte Mine liegt, oder wo deren Produkte verarbeitet werden, und sonst nirgends.

**Sechster:** Wenn bei der Abschätzung eines der in Nr. II. oder III. dieser Schedul begriffenen Besitzthümer sich ergeben sollte, daß die Berechnung, welche zu Folge dieser Regeln gefordert wird, nicht angefertigt werden kann, weil die Besignahme oder der Antheil der Theile, die besteuert werden sollen, erst innerhalb der Zeit, für welche die Rechnung abzulegen ist, angefangen hat, so soll der Ertrag eines Jahres im Verhältniß zu den Ertragnissen, die innerhalb der Zeit erhoben worden sind, welche seit dem Beginne des Brisses oder Antheiles vergangen ist, geschätzt werden.

**Siebenter:** Die Steuer, welche in dieser Schedul auf irgend ein Haus oder Grundstück, welches ein accreditirter Gefaubter irgend eines fremden Staates oder Fürsten inne hat, angerechnet werden muß, soll von dem Eigenthümer oder von der Person, die direkt zum Zins von besagtem Hause berechtigt ist, bezahlt werden.

**Achter:** Die Steuer, welche in Bezug auf irgend ein Haus, Grundstück oder Gemach, das Ihrer Majestät gehört, und von irgend einem Beamten Ihrer Majestät, kraft seines Amtes oder sonst wie, bewohnt wird (mit Ausnahme der Gemächer in dem Palaste Ihrer Majestät) zu entrichten ist, soll dem Inhaber eines solchen Hauses, Grundstückes oder Gemaches nach dem jährlichen Werthe angerechnet und von demselben bezahlt werden.

<sup>Zehnten können bei Erbschaften der Einkünfte angeteilt werden.</sup>

<sup>Wie man Minen, welche Verhältnisse, bestimmen soll.</sup>

<sup>Wenn Minen sich schließen, kann die Steuer nachgelassen werden.</sup>

<sup>Minen sollen da besteuert werden, wo sie abgebaut sind oder wo deren Produkte verarbeitet werden.</sup>

<sup>Die Steuern sollen in gewissen Fällen nach den Ertragnissen schätzbar werden, die seit dem Anfang des Brisses entnommen sind.</sup>

<sup>Gefaubter fremder Staaten sollen dem Eigenthümer angerechnet werden.</sup>

<sup>Amthaus sollen den Beamten angerechnet werden.</sup>

Inhaber sollen an den Eigenthümer wegen der Steuern Abzug nehmen, indem sie die Steuer von dem Zins abziehen.

**Krentens:** Der Inhaber von Ländereien, Grundstücken, Erbgütern oder Erbgründen, wenn er Pächter derselben ist und die erwähnten Steuern von denselben entrichtet, soll hinsichtlich des Zinses, den er dem Eigenthümer für die betreffende Zeit zu bezahlen hat (nach Abzug aller von den Kommissären bewilligten Summen) so viel abziehen, als eine Steuer von 7 Pence (21 kr.) je für 20 Schilling (12 fl.) in einem richtigen Verhältnisse betragen würde; und dieser Abzug soll bei der ersten Bezahlung des Mietzinses gemacht werden. Die Kassiere Ihrer Majestät und die Eigenthümer, sowohl mittelbare als unmittelbare, ihre Erben, Exerutores, Administratoren und Bevollmächtigten, nach ihren respectiven Interessen, und ihre respectiven Kassiere oder Agenten sollen einen solchen Abzug bei dem Empfange des darnach übrig bleibenden Mietzinses unter Androhung der hierin enthaltenen Buße gestatten, und der Pächter, welcher die erwähnte Steuer bezahlt, soll für deren Betrag entschädigt und quittirt werden, als ob derselbe wirklich der Person bezahlt worden wäre, an und für welche sein Zins fällig und zu zahlen ist. Und der Inhaber von Ländereien, der nach dem Betrage irgend einer Abfindung, eines Zinses oder einer Zahlung für darauf haftende Zehnten besteuert ist, und die besagte Steuer bezahlt, soll ebenfalls berechtigt seyn, bei der Bezahlung jener einen solchen Abzug von der Abfindungssumme, den Zinsen und Bezahlungen zu machen.

Eigenthümer können auf die gleiche Weise an Andern, die ein Interesse daran haben, Abzug nehmen.

**Zehntens:** Wo Ländereien, Grundstücke, Erbgüter oder Erbgründe mit einem Erbzinse, entweder vermöge des Gesetzes über die Ablösung der Zehnten oder aus einem andern Grunde, oder mit irgend einer Annuität, einem Lehenzins, Grundzinse, Lehensgelde, einer Lehensteuer, Zehntensteuer, Stipendien für angestellte Geistlichen, oder anderen Zinsen oder darauf haftenden oder reservirten jährlichen Reichnissen belastet sind, soll der Eigener, Eigenthümer oder Gutsbesitzer, welchem solcher Abzug, wie vorher erwähnt, bewilligt ist — wenn der Eigener oder Eigenthümer zugleich Inhaber und zu den erwähnten Steuern verpflichtet ist — bei jedem solchen Erbzinse, jeder Annuität, jedem Lehenzins, Grundzinse, Lehensgelde, jeder Lehensteuer, Zehntensteuer, jedem Stipendium, oder jedem andern Zins und jeder andern Zahlung, so viel von den erwähnten Gebühren und Zahlungen deshalb (nach Abzug der von den Kommissären in den bezüglichen Fällen bewilligten treffenden Antheile der Summen) abziehen und zurückbehalten, als eine gleiche Steuer von 7 Pence (21 kr.) für je 20 Schilling (12 fl.) auf solchen Erbzinse, solche Annuität, solchen Lehenzins, Grundzinse, solches Lehensgeld, solche Zehntensteuer, solches Stipendium, solchen andern Zins oder vorher besagte jährliche Geld-Reichnisse nach einem richtigen Verhältnisse betragen würde; und die Steuereinnahmer Ihrer Majestät, sowie alle Personen, welche auf irgend eine Weise zu solchen Zinsen, Steuern, Stipendien oder jährlichen Geld-Reichnissen berechtigt sind, ihre Einnahmer, Stellvertreter oder Agenten sind hiedurch aufgefordert, solchen Abzug bei dem Empfang der residirenden Summe, die für solche Zinsen, Steuern, oder jährliche Bezahlungen fällig oder zahlbar ist, ohne Gebühr und Forderung für eine solche Bewilligung, unter der hier angedrohten Strafe zuzugeben, und der Gutsbesitzer, Eigenthümer, Besitzer und Inhaber, wenn sie wie schon erwähnt belastet worden sind oder wenn ihnen ein solcher Abzug erlaubt worden ist, sollen eine Quittung und einen Entlassungsschein für jene Summe Gelds empfangen, als ob dasselbe wirklich der Person bezahlt worden wäre, welcher solcher Erbzinse, solche Annuität, solcher Lehenzins,

Grundzins, solches Lehengeld, solche Lehensteuer, Zehntensteuer, solches Stipendium oder jeder andere Zins gebührt und zahlbar ist.

**Zwölftens:** Wenn irgend ein Hypothek- oder anderer Gläubiger in Folge irgend eines vererblichen Schuld- oder Verpfändungs-Vertrags im Besitze verpfändeter oder versicherter Ländereien, Grundstücke, Erbgüter, oder Erbgründe ist, so soll solcher Hypothek- oder sonstiger Gläubiger als Inhaber zu besteuern seyn, wenn er im wirklichen Besitze derselben ist. Und ist er nicht im wirklichen Besitze derselben, so soll er sich den Abzug gefallen lassen müssen, wie es irgend ein anderer Gutsherr müsste; und bei der Abrechnung zwischen einem solchen Hypothek- oder anderen vorerwähnten Gläubiger und dem Pfandschuldner oder Verpflichteten soll die Steuer, welche für den Betrag der Interessen von jener Hypothek- oder andern vorerwähnten Schuld zu bezahlen ist, angerechnet und betrachtet werden als eine gleich große Geldsumme, die solcher Hypothek- oder andere vorerwähnte Gläubiger auf Abschlag an jenen Interessen empfangen hätte.

**Zwölftens:** Wenn Ländereien, Grundstücke, Erbgüter oder Erbgründe im Besitze des Eigenthümers zu der Zeit, wo die Besteuerung angelegt wird, sind, und wenn derselbe vor der Bezahlung der Steuer stirbt, so sollen dessen Erben, Exerutores, Administratoren oder Curatoren, oder jede andere Person, welche bei dessen Tode zu den Zinsen und Erträgen davon berechtigt ist, zur Zahlung aller zu der Zeit solches Todes fälligen Rückstände besagter Steuer, so wie zu allen folgenden Zahlungen für dieses Jahr, nach ihren respectiven Interessen, ohne eine neue Besteuerung verpflichtet seyn.

**Dreizehntens:** Wenn irgend ein Haus unter verschiedene Eigenthümer getheilt und von verschiedenen Eigenthümern oder deren Vätern bewohnt ist, soll das Eigentum gesondert nach den respectiven Besitzern besteuert werden.

**Vierzehntens:** Kein Abzug von der Schätzung oder Besteuerung von Ländereien, Grundstücken, Erbgütern oder Erbgründen soll in irgend einem Fall erlaubt werden, wenn er nicht durch dieses Gesetz autorisirt ist, auch nicht ohne einen schriftlichen Bericht, welcher von dem Besitzer oder der auf einen solchen Abzug Anspruch machenden Partei unterzeichnet ist, die Art und den Betrag desselben erklärt, und innerhalb der Zeit und zufolge der von einem solchen Steuerbeamten behändigten Anzeige, dem Steuerbeamten überliefert worden ist. Und wenn ein solcher Abzug diesem Gesetz zuwider, oder ohne solchen vorerwähnten schriftlichen Bericht gemacht oder erlaubt worden ist, soll der Aufseher oder Inspektor befugt seyn, die Schätzung zu erhöhen und darin eine Summe gleich dem Steuerbetrage, um welchen der Steueranfall aus Anlaß eines solchen Abzugs vermindert worden ist, anzurechnen; und diese Mehrbesteuerung soll unter keinem Vorwand, welcher Art er auch sei, annullirt oder beseitigt werden, sondern sie soll als Theil der Besteuerung bestehen.

**Mr. V. Besondere Abzüge und Vergünstigungen (allowances) hinsichtlich der Steuern unter Schedule A.**

**Erstens:** Für den Betrag der Zehnten, Erbsätze und Gebühren bei Ernennung (Presentation) zu einer Pfründe, welche von irgend einer geistlichen Person bezahlt worden sind innerhalb des Jahres vor dem, in welchem die Steuer angelegt wird.

**Procurationen.**

Zweitens: Für Procurationen und Synodalien (Visitationsgeschenke an den Bischof), welche von geistlichen Personen bezahlt werden, nach dem Durchschnitt von jenen sieben Jahren, die dem vorausgehen, in welchem die Steuer angelegt wird.

**Ausbesserung von Gebäuden.**

Drittens: Für Ausbesserungen der Stiftskirchen und Kapellen, (höhere von Kirchen, oder irgend eines der Stiftsgebäude (College or Hall) irgend einer der Universitäten von Großbritannien, durch irgend eine geistliche Corporation oder ein Collegium, durch irgend einen Pfarrer, Unterpfarrer, oder durch eine andere Person, welche verpflichtet ist dieselben auszubessern, nach einer Durchschnittsberechnung von ein- und zwanzig vorhergehenden Jahren, wie vorbelegt, oder so vieler annäherungsweise, als man vorzuziehen kann.

**Kirchspiel-Abgaben auf Erbzins statt Zehnten.**

Viertens: Für die Kirchspiel-Abgaben, Steuern und Belastungen, welche auf irgend einen Erbzins gelegt sind, der durch das für die Ablösung der Zehnten erlassene Gesetz bestätigt wurde, nach dem Betrage, der in dem Jahre, wo die Steuer angelegt wird, bezahlt wurde.

**Grundsteuer.**

Fünftens: Für den Betrag der Grundsteuer, welche auf Ländereien, Grundstücke, Erbgüter oder Erbgründe nach dem in dem achtunddreißigsten Jahre der Regierung Königs Georg III. gegebenen Gesetz gelegt wurde, wenn die Belastung darauf nicht amortisirt worden ist.

**Trodenlegung &c.**

Sechstens: Für die Summe, welche auf Ländereien, Grundstücke, Erbgüter oder Erbgründe durch eine öffentliche Abgabe oder Steuer wegen Trodenlegung, Einzäunung und Einteilung derselben gelegt worden ist.

**Verhältnis des Abzugs.**

In allen solchen Fällen soll (wenn die Zahlungen oder ein Theil davon nicht durch einen Pächter gemacht werden) eine Summe Geldes (abzugiehen) verstatet werden, welche eine gleiche Steuer von sieben Pence (21 fr.) für je zwanzig Schilling (12 fl.) von den bezahlten Summen nach einem richtigen Verhältniß ausmachen würde; und die so gegebene Summe soll von der Steuer abgezogen werden, welche auf das mit solchen Zahlungen belastete Eigenthum gelegt wurde, ausgenommen in den hier anders festgesetzten Fällen.

**Wie die Vergünstigungen an geistliche Körperschaften geschehen sollen.**

Vorausgesetzt ist nämlich immer, daß die Vergünstigungen, welche zu Folge des ersten, zweiten und dritten Falles gestattet werden, den geistlichen Körperschaften oder Collegien, Pfarrern, Unterpfarrern und andern hierin vorerwähnten Personen, die zu den besagten Steuern verpflichtet sind, in einer Summe, entweder durch Abzug von der auf ihnen lastenden Besteuerung (wenn eine solche vorhanden ist) oder durch ein Certificat bewilligt werden können. Vorausgesetzt wird auch, daß keine Abrechnung oder ein Abzug von einer Schätzung gemacht werden soll bei Vergünstigungen, welche zu Folge irgend eines der in dieser Regel erwähnten Fälle gewährt werden, hinsichtlich solcher besagter Zahlungen und Lasten, die von irgend einem, durch das über Zehntablösung erlassene Gesetz befähigten Erbzins zu entrichten sind. Solche Vergünstigungen sollen vielmehr mittels Certificaten auf die nachstehende Weise gestattet werden.

**Vergünstigungsmittel in Betreff der Besteuerung bei gewissen Vergünstigungen, die unter Art. V. des Gesetzes A gehalten sind.**

LXI. Und es sei festgesetzt, daß die Person, welche zu irgend einer der in der vorhergehenden Regel erwähnten Vergünstigungen berechtigt ist, die in einem Certificate sollen angeordnet oder autorisirt werden, und die nicht durch Abzug oder Nachlaß von der Besteuerung gemacht worden sind, eine solche Vergünstigung zu irgend einer Zeit nach dem Verlauf des Steuerjahres vor den General-Kommissären in dem Districte in

Anspruch nehmen kann, in welchem das mit den, in dieser Regel erwähnten, Zahlungen und Steuern belastete Besizthum liegt. Und die erwähnten Kommissäre sollen, nachdem sie hinreichenden Beweis haben, daß der Anspruchsmachende zu solcher Vergünstigung berechtigt ist, den Special-Kommissären bei dem Oberamte für Steuern und Stempel in England die besondern Umstände und den Betrag derselben mittheilen, und hierauf sollen die lezterwähnten Kommissäre einen Befehl zur Bezahlung solcher rückzuhaltender Steuer an den Obergewinnnehmer beim Steuer- und Stempelamte, oder an irgend einen Beamten, der zum Empfange oder zur Perception der hierin bewilligten Steuer angestellt ist, oder an einen Stempelvertheiler oder Untervertheiler (Distributor or Sub-Distributor of Stamps) erlassen, wie es der zu solcher Vergünstigung berechtigten Partei am bequemsten ist. Ein jeder solcher Obergewinnnehmer oder vorerwähnte Beamte wird hiermit aufgefordert, wenn ihm diese Anweisung vorgelegt und überliefert wird, den Betrag dieser Vergünstigung den dazu berechtigten Theilen aus irgend einem Gelde zu bezahlen, das sich in den Händen eines solchen Obergewinnnehmers oder Beamten befindet und von Abgaben herkommt, welche unter der Leitung der Kommissäre für Steuern und Stempel stehen, und hat sich den Empfang von den zu solcher Vergünstigung berechtigten Theilen auf der Rückseite jener Anweisung bezeichnen zu lassen.

**Mr. VI. Vergünstigungen, die in Betreff der in Schedule A erwähnten Steuern gewährt werden dürfen.**

Für die Steuern, mit welchen die Stifftsgebäude (College or Hall) der Universitäten Großbritanniens belastet werden, in Bezug auf die öffentlichen Gebäude die Stifftsgebäude der Universitäten. und Nebengebäude, die zu einem solchen Stifftsgebäude gehören, und von keinem Mitgliede derselben, oder von keiner dafür Mielthe zahlenden Person bewohnt sind, und für die Reparaturen der öffentlichen Gebäude und Nebengebäude eines solchen Stifftsgebäudes und der Gärten, Gänge und Erholungsläge, welche von dem Fond eines solchen Stifftsgebäudes unterhalten und reparirt werden. Dann für jedes Hospital, jede öffentliche Schule und jedes Armenhaus hinsichtlich der öffentlichen Gebäude und Grundstücke, welche zu einem solchen Hospital, zur öffentlichen Schule oder zum Armenhause gehören, und nicht von irgend einem Beamten oder Vorsteher derselben bewohnt sind, dessen ganzes Einkommen, nach den Regulativen und Anweisungen dieses Gesetzes geschätzt, hundert und fünfzig Pfund (1800 fl.) per Annum oder mehr beträgt, oder von irgend einer dafür Mielthe zahlenden Person bewohnt werden, ferner für die Reparaturen eines solchen Hospitals, solcher öffentlichen Schule und solchen Armenhauses, und der dazu gehörenden Nebengebäude, Spaziergänge, Gärten und Plätze, die zur Recreation oder zum Unterhalte der Hospitalisten, Schüler und Armen bestimmt sind und von dem Fond eines solchen Hospitals, einer solchen Schule oder eines solchen Armenhauses unterhalten und ausgebessert werden, dann für jedes Gebäude, welches im Eigenthum irgend eines literarischen oder wissenschaftlichen Institutes steht und einzig für die Zwecke des Institutes gebraucht wird, und in welchem keine Bezahlung für den darin durch Vorlesungen oder sonst wie gewährten Unterricht gefordert oder geleistet wird, vorausgesetzt, daß das erwähnte Gebäude nicht von irgend einem Beamten des Institutes oder von einer dafür Mielthe bezahlenden Person bewohnt wird.

Hospitaller, öffentliche Schulen, Armenhäuser und literarische Institute.

Zinsen von Ländereien, wüsten Geseßten, öffentlichen Schulen und Armenhäusern gehören, oder Pflegern für wohlthätige Zwecke anvertraut sind.

Die erwähnten Vergünstigungen sollen von den besagten General-Kommissären in ihren betreffenden Distrikten gewährt werden.

Dann für Zinsen und Ertragnisse von Ländereien, Grundstücken, Erbgütern und Erbgründen, welche irgend einem Hospitale, einer öffentlichen Schule oder einem Armenhause gehören, oder Pflegern für wohlthätige Zwecke, insofern dieselben für wohlthätige Zwecke verwendet werden, anvertraut sind.

Die letzt erwähnten Vergünstigungen sollen von den Special-Kommissären, nach geliefertem Beweis über die richtige Verwendung der Zinsen und Ertragnisse für wohlthätige Zwecke, aber auch nur insofern dieselben für wohlthätige Zwecke verwendet werden, gestattet werden.

Die letzt erwähnten Vergünstigungen, welche von einem Verwalter, Agenten, Pfleger oder Factor reklamirt und bewiesen werden, der ein solches Hospital, eine solche Schule oder ein solches Armenhaus oder ein von ihm verwaltetes, zu wohlthätigen Zwecken bestimmtes Gut vertritt, sollen durch eine eidlische Erklärung, welche vor den Kommissären, die zum Vollzug dieses Gesetzes in dem Distrikte, wo eine solche Person wohnt, bestellt sind, abzulegen ist, bekräftigt werden. Hierin ist der Betrag der angerechneten Steuern und die Verwendung derselben anzugeben. Und die Kommissäre für Specialzwecke sollen diese Vergünstigungen in Wirksamkeit setzen, zu Folge der solchen Kommissären gegebenen Vollmacht, ohne jedoch die auf solchen Besitzthümern lastenden Steuern aufzuheben, zu verändern oder in Zweifel zu ziehen; indem diese trotz solcher Vergünstigungen noch in Gültigkeit seyn und erhoben werden sollen.

Die Special-Kommissäre sollen die unter Nr. VI. der Besagten A bewilligten Vergünstigungen beschreiben und die Ausbezahlung derselben anordnen.

LXII. Und es sei festgesetzt, daß, wo irgend eine von den, in Nr. VI. der besagten Schemata A erwähnten Vergünstigungen von den Kommissären für Specialzwecke kraft dieses Gesetzes bewilligt wird, dieselben ein Certificat hierüber sammt einer Zahlungsanweisung ausstellen sollen, welche an den Dabereinnehmer der Stempel- und Steuergefälle oder an einen Kassier oder Einnehmer der in diesem Gesetze bewilligten Steuern, oder an einen Stempelvertheiler oder Untervertheiler zu adressiren ist, und zwar in der hierin in Betreff der Vergünstigungen, welche unter Nr. V. der besagten Schemata bewilligt sind, vorgesehenen Weise, und diese Rückvergütung soll auf dieselbe Weise den dazu berechtigten Theilen ausbezahlt werden.

Die Steuern in Schemata B und die darauf bezügl. Regulative sollen als ein Theil des Gesetzes angesehen werden.

LXIII. Und es sei festgesetzt, daß die hiermit in der Schemata B bewilligten Steuern, nach den folgenden Regeln angerechnet und festgesetzt werden sollen; welche Regeln als ein Theil dieses Gesetzes angesehen und ebenso als die besagten letzt erwähnten Steuern betreffend betrachtet werden sollen, als wenn dieselben unter einem speziellen Gesetz erlassen worden wären.

Schemata B. Regulative.

Schemata B.

Nr. VII. Regeln zur Besteuerung und Schätzung der unter Schemata B begriffenen Besitzthümer.

Was in Bezug zu Schemata A denselben Besitzthümern angerechnet werden soll, ausgenommen bei den Pächtern der getrennten Wohnhäuser u. bei den Werken und Anlagen verwendeten Gebäuden.

Die letzt erwähnten Steuern sollen in Zusatz zu den nach Schemata A anzurechnenden Steuern, welche in diesem Gesetze festgesetzt sind, allen denselben unterliegenden Besitzthümern nach der in Nr. I. Schemata A früher erwähnten Regel in der vollen Summe des jährlichen Ertrags angerechnet werden, wie dieser in der durch dieses Gesetz vorgeschriebenen Weise ermittelt worden ist (ausgenommen Wohnhäuser und die dazu gehörenden Nebengebäude, wenn das Wohnhaus und die Nebengebäude nicht, kraft einer und derselben Uebertragung, mit gepachteten Ländereien bewirtschaftet werden,

zum Zwecke solche Ländereien zu bebauen, oder nicht mit einem Pacht von Zehnten verbunden sind, zu dem Zweck diese in Pacht zu nehmen; und ausgenommen Lagerhäuser und andere Gebäude, die zu dem Zwecke ein Gewerbe oder ein Fach der Kunst oder Wissenschaft auszuüben benützt werden). Es wird dabei vorbehalten, daß in allen Fällen, wo Ländereien einem Erbzinsse anstatt der Zehnten nach dem für die Ablösung von Zehnten gegebenen Gesetze unterworfen sind, und in allen Fällen, wo Ländereien in England keinem Zehnt noch irgend einem Modus oder einer Real-Composition statt desselben unterworfen sind, von den in dieser Schedula enthaltenen Steuern eine, nicht den achten Theil derselben überschreitende Summe abgezogen werden soll; und in allen Fällen, wo solche Ländereien einem Modus oder einer Real-Composition, aber keinem Zehnten unterworfen sind, soll von solchen Steuern so viel abgezogen werden, daß es mit gleicher Rate auf solchen Modus oder solche Real-Composition nicht ein Ahtel solcher vorerwähnter Steuern übersteigen soll; und in allen Fällen, wo solche Ländereien einem Modus oder einer zu leistenden Entschädigung anstatt gewisser Zehnten und gewissen andern Zehnten unterworfen, oder wo solche Ländereien von gewissen Zehnten frei und gewissen andern Zehnten unterworfen sind, soll der jährliche Ertrag solcher Ländereien, zum Zwecke der Anrechnung der Steuern nach dieser Schedula, nach dem höchsten Zinse berechnet werden, für welchen dieselben auf ein Jahr verpachtet werden könnten, wenn sie ganz frei von Zehnten wären, und es soll davon abgezogen werden die Summe oder der Betrag von einem Ahtel der besagten Steuern, die nach der besagten Schätzung zu erheben sind, wie bei zehntenfreien Ländereien. Vorbehalten wird immer, daß jede Person, welche Pächter oder Innehaber von Zehnten ist, die in Natura geleistet werden, oder jede Person, welche Inhaber von Ländereien ist, aus welchen solche Zehnten herfließen und welche über dieselben einen Vergleich schließt, für die Innehabung nach dem Verhältniß von zwei Pence (6 fr.) für je zwanzig Schilling (12 fl.) des jährlichen, wie früher erwähnt, geschätzten Ertragwerthes, belastet werden soll. Es wird auch vorbehalten, daß die verschiedenen, in Nr. VIII. nachher beschriebenen Besitzthümer, auf die darin erwähnte Weise belastet und besteuert werden sollen.

Ein Ahtel soll von dem Zins zahlender Ländereien in England abgezogen werden.

Pächter oder Innehaber von Zehnten sollen zwei Pence für je zwanzig Schilling bezahlen.

**Nr. VIII. Regeln, wornach die hierin unter Schedula B nächst erwähnten Besitzthümer zu schätzen sind.**

Die Erträgnisse aus den als Baumschulen oder Gärten für den Verkauf der Produkte oder zum Hopfenbau benutzten Ländereien sollen nach den in Schedula D enthaltenen Regeln geschätzt und die Steuer soll nach dem in besagter Schedula enthaltenen Verhältniß angerechnet werden; und wenn die besagte Steuer auf diese Weise ermittelt worden ist, so soll dieselbe unter Schedula B als Erträgniß aus der Innehabung von Ländereien angesehen werden, ausgenommen wo die zum Hopfenbau verwendeten Ländereien einen Theil eines Pachtgutes ausmachen sollten, welches unter einer und derselben Uebertragung, oder von derselben Person als Eigenthümer befestigt wird, und nicht über ein Zehntel eines solchen Pachtgutes betragen, in welchem Fall die darauf nach dieser Schemul treffende Steuer in einer Summe nach der allgemeinen Regel in Schemula A wie für einen Pachtguth angerechnet werden soll.

Baumschulen, Gärten, Wein- und Hopfengärten.

## Mr. IX. Regeln zur Berechnung der besagten Steuern unter Schedule A und B.

Wenn Inhaber zu bezahlen.

Erstens: Die besagten Steuern sollen, ausgenommen wo andere vorerwähnte Bestimmungen hinsichtlich der Schätzung gewisser Besitzungen getroffen sind, nach der in Schedule A enthaltenen allgemeinen Regel geschätzt und dem jedesmaligen Inhaber angerechnet, und von ihm, seinen Executoren, Administratoren oder Kuratoren bezahlt werden.

Wenn Inhaber angesetzt werden soll.

Zweitens: Jedermann, der die Nutzung irgend welcher Ländereien oder Grundstücke hat, soll für den Zweck dieses Gesetzes für den Inhaber solcher Ländereien und Grundstücke gehalten und betrachtet werden.

Die Schätzungen sollen vom Inhaber erhoben werden.

Drittens: Die besagten verschiedenen Steuern sollen bei jeder Schätzung von dem jedesmaligen Inhaber, ohne neue Schätzung, ungeachtet irgend einer Aenderung in dem Besitze derselben, erhoben werden. Es wird aber vorbehalten, daß jeder Pächter, wenn er abzieht, für die während der Zeit seines Pachtcs erlaufenen Rüd'hände, und für solchen weitere Zeit als außerdem noch vergangen ist, pflichtig sei, und daß diese durch die respectiven Kommissäre festgesetzt und erhoben und dem Inhaber wieder bezahlt werden, durch welchen dieselben entrichtet worden sind; und die Executoren oder Administratoren eines vor der Bezahlung einer solchen Steuer verstorbenen Pächters, sollen auf dieselbe Weise verantwortlich seyn, als ob der Testator oder Intestat (mit oder ohne Hinterlassung eines Testaments Verstorbene) gewesen wäre, wenn er noch leben würde. Vorbehalten wird auch immer, daß jeder Pächter, der vor der Besteuerungszeit abzieht, für den Theil des Jahres haften soll, welcher zu der Zeit, als er abzog, verfloßen war, was durch die betreffenden Kommissäre geordnet und festgesetzt werden muß.

Wie solche bei Aenderung des Besitzes bezahlt werden sollen.

## Mr. X. Regeln um den jährlichen Ertrag von den in Schedule A und B vorgeschriebenen Besitzthümern zu schätzen.

Wenn die Steuern u. Abgaben des Pächters vom Gutsherrn bezahlt werden, sollen dieselben vom Zins abgezogen werden.

Erstens: Wenn irgend ein Gutsherr in Folge eines Vertrags oder Uebereinkommens aus dem von Ländereien oder Grundstücken vorbehaltenen Zins Kirchspielsteuern, Taren oder Abgaben zu bezahlen oder zu entrichten verpflichtet ist, welche nach dem Gesetze dem Inhaber anzurechnen sind, oder auch eine Entschädigung für Zehnten; oder wenn ein Pfarrer, Unterpfarrer oder eine andere Person, die auf irgend einen Zins oder irgend eine jährliche Zahlung Anspruch hat, welche statt der Zehnten zu zahlen ist (ausgenommen die durch das Gesetz für die Ablösung der Zehnten beständigen Erbzinsen) oder auf eine Entschädigung für Zehnten, aus dem Ertrag derselben irgend welche Kirchspielabgaben, Taren oder Steuern, die auf jenen Zehnten, jenem Zins, jener Entschädigung, oder anderen jährlichen, früher erwähnten Zahlungen ruhen, geleistet und entrichtet hat: dann soll in jedem solchen Falle der jährliche Ertragswerth für den Zweck dieses Gesetzes geschätzt werden ausschließlich solcher Abgaben, Steuern oder Besteuerung, und solcher Abfindung für Zehnten, welche nach dem dafür vom Gutsherrn oder von besagter anderer Person bona fide in und für das dem Besteuerungs-jahre vorhergehende Jahr bezahlten Beträge berechnet werden sollen, oder wenn der Eigenthümer zugleich Inhaber solcher Ländereien und Grundstücke ist und Kirchspielabgaben, Taren oder auf denselben lastende Steuern, oder irgend eine Entschädigung für Zehnten dafür entrichtet hat, dann soll der besagte jährliche Ertragswerth, mit



Ausschluß solcher Steuern, Laren, Belastungen und Zehntablösungs-Beträge, auf dieselbe Weise, wie vorerwähnt, berechnet werden.

Zweitens: Wenn irgend ein Pächter von Ländereien oder Grundstücken nach einem Vertrage oder Contracte zur Begahlung von Steuern, Laren und Abgaben, oder einer Belastung, welche nach dem Geſetze von dem Eigenthümer bezahlt und entrichtet werden muß, verpflichtet ist, so soll deren Betrag, wie er bona fide von einem solchen Pächter für das der Besteuerung vorhergehende Jahr entrichtet worden ist, wenn die Schätzung zum Zwecke der auf die Innehabung gelegten Steuer vorgenommen wird, dem vorbehaltenen Zins in dem Falle hinzugerechnet werden, daß diese Ländereien und Grundstücke innerhalb der Periode der sieben vorhergehenden Jahre verpachtet wurden; und, wenn sie nicht auf diese Weise verpachtet worden sind, dann soll die Schätzung nach der allgemeinen Regel von Schedule A gemacht werden und zwar mit gleicher Hinzurechnung solcher Zahlungen.

Die Steuern und Laren der Eigenthümer sollen, wenn sie von den Pächtern bezahlt werden, dem Zins hinzugezählt werden.

Drittens: Wenn der Betrag des von Ländereien und Grundstücken an Geld vorbehaltenen Zinses ganz oder theilweise von dem Preise des Korns oder Getreides abhängt, soll die Schätzung zur Bestimmung der Steuer in Schedule A nach den Durchschnittspreisen oder nach den Preislisten, welche in dem Jahre vor dem, für die Zahlung der Steuern bestimmten Jahre festgesetzt worden sind, und in derselben Weise, wie solche Pachtzins gewöhnlich zwischen dem Gutsherrn und Pächter bestimmt worden sind, geschehen. Wo aber der ganze Zins oder ein Theil desselben in Getreide vorbehalten ist, soll die besagte Schätzung nach dem gleichen Durchschnittspreise oder Verzeichnisse gemacht und nach der Quantität des Getreides berechnet werden, die in dem für die Begahlung der Steuer bestimmten Jahre überliefert worden ist oder überliefert werden wird. Wo eine solche Berechnung nicht gemacht werden kann, soll die erwähnte Schätzung nach dem jährlichen Ertrage solcher Ländereien der allgemeinen Regel zu Folge vorgenommen werden.

Wie die Schätzungen festgesetzt werden sollen, wenn der Betrag des Zinses vom dem Preis des Korns oder Getreides abhängt.

Viertens: Wo der Betrag des Pachtzinses, der von Ländereien oder Grundstücken vorbehalten ist, von dem wirklichen Erzeugnisse derselben, entweder rüchlichlich des Preises oder des Quantum eines solchen Productes, abhängt, soll die Schätzung zum Zwecke der Anlegung der Steuern in Schedule A nach dem Betrage oder Werthe eines solchen Productes in dem Jahre vor diesem, zur Zahlung der Steuern bestimmten Jahre nach den festgesetzten Preisen und nach der Quantität des Productes dieses Jahres, nach denselben Regeln und auf dieselbe Weise ermittelt werden, auf welche der Pachtzins zwischen dem Eigenthümer und Pächter oder Miethsmanne gewöhnlich festgesetzt worden ist. Und wo die Preise oder die Preislisten sich innerhalb der zwei Steuerjahre verändern, oder wo der Betrag des Productes sich in diesen Jahren ändern würde, soll die Besteuerung, auf Berufung oder Ueberbündung, rectificirt werden.

Wenn der Betrag des Zinses von dem Erzeugnisse abhängt.

Fünftens: Jede Schätzung eines solchen Besitzthumes in Schottland soll, ohne Rücksicht auf die Steuer- oder Tarliste, oder auf die tarirten Zinse, die bisher in Schottland gebräuchlich waren, oder auf eine Schätzung, gemacht werden nach den allgemeinen Regeln, welche in der Schedule A enthalten sind, nach dem Gutdünken und Ermessen der Commissäre, Steuerbeamten und anderer Personen, welche mit der Anlegung der verschiedenen Steuern beauftragt sind.

In Schottland soll die Schätzung nach der allgemeinen Regel in Schedule A gemacht werden.

LXIV. Und es sei festgesetzt, daß, nach jedem Verzeichnisse des jährlichen

In welchem Bezirke Ländereien und

Grundstücke von dem Steuerbeamten befreit werden sollen.

Wo der jährliche Ertrag auf keine andere Weise ermittelt werden kann.

Ertrags der verschiedenen unter Schedul A und B besteuerten Besitzthümer, welches auf die erwähnte Weise dem Steuerbeamten überliefert worden ist, derselbe das Besitzthum nach dem in diesem Verzeichniß bestimmten Betrage mit Steuer belegen soll, vorausgesetzt, daß solcher Betrag ihm genügend scheint; wenn er ihm aber nicht genügend erscheinen sollte, oder wenn kein solches Verzeichniß eingeleistet worden ist, oder wenn der Inhaber oder eine andere Person nicht innerhalb der Grenzen des Distriktes eines solchen Steuerbeamten wohnhaft und kein solcher Bericht gemacht worden ist, dann soll der besagte Steuerbeamte nach seinem besten Ermessen den jährlichen Ertrag des besagten Besitzthums, bezüglich dessen kein genügendes Verzeichniß überliefert worden, schätzen und die Besteuerung desselben demgemäß vornehmen. Hierbei soll es dem Steuerbeamten verstatet seyn, in jedem Falle, der sich auf Ländereien oder Grundstücke bezieht, welche zu Folge der allgemeinen Regel nach dem jährlichen Ertrage geschätzt werden sollen, wo ein solcher jährlicher Ertrag nicht auf eine andere Weise ermittelt werden kann, jedesmal die Besteuerung nach den folgenden Regeln vorzunehmen, und wird er hiezu hiedurch aufgefodert.

#### Mr. XI.

Wenn die Armen-ware nach dem vollen Ertrage angelegt ist, so soll die Besteuerung nach denselben Summen angelegt werden.

Erstens: Wo die leste, zum Besten der Armen aufgelegte Laxe in irgend einem Kirchspiele oder in irgend einem Orte durch eine Steuer auf jedes Pfund des jährlichen Ertrags durchaus festgesetzt wurde, sowie derselbe zu Folge der Schedula A geschätzt werden würde, soll die kraft dieses Gesetzes aufzulegende Besteuerung nach denselben Summen wie bei jener Laxe festgesetzt werden.

Wie oft erforderlich dem vollen Ertragswerthe zu erhöhen, wenn sie auf Theile davon gelegt ist.

Zweitens: Wo die erwähnte Laxe durchaus durch eine solche Pfundsteuer (Pound Rate) auf irgend einen Theil des jährlichen Ertrags gelegt worden ist, wie schon früher erwähnt, soll das gleiche Verhältniß hierbei wie bei der besagten Laxe beobachtet werden; aber die kraft dieses Gesetzes aufzulegende Besteuerung soll auf die gleiche Summe festgesetzt werden, auf die sie festgesetzt würde, wenn die besagte Laxe auf den vollen Betrag des jährlichen Ertrages gelegt worden wäre.

Wo das Verhältniß ein verschiedenes ist, soll die für Ländereien bestehende Laxe zum allgem. Maßstab genommen werden.

Drittens: Wo verschiedenartige Besitzthümer in der besagten Laxe nach verschiedenen Verhältnissen des Ertrags, wie schon gesagt, besteuert werden, oder wo dieselben darin nach verschiedenen Quoten eines solchen Ertrages besteuert werden, aber demungeachtet die gleichen Besitzthümer in gleichem Verhältniß zu einander sowohl in Betreff des Ertrags als auch in Betreff der Belastungsrate besteuert werden, soll, in jedem solchen Falle, so oft eine Besteuerung nach diesem Gesetze vorzunehmen ist, der Maßstab für die Besteuerung von Ländereien sowohl in Betreff der Belastungsrate als des Ertrags durchaus sowohl hinsichtlich solcher Ländereien, als auch hinsichtlich der andern hierin besteuerten Besitzthümer beobachtet werden, insofern es sich um solche Steuern, die entweder auf den vollen Ertrag der Besitzthümer oder auf einen verhältnißmäßigen Theil desselben gelegt werden, handelt.

Wo die Verhältnisse der Laxe nicht bekannt sind.

Viertens: In allen Fällen, die nicht in den drei vorhergehenden Regeln eingeschlossen sind, wo aber nichts desto weniger der Steuerbeamte der Ansicht ist, daß die Besitzthümer in der besagten Laxe in gleichem Verhältniß zu einander beschätzt werden, wenn gleich das Verhältniß solcher Laxe zu dem Werthe des besteuerten Besitzthums nicht bekannt ist, und wenn der Steuerbeamte im Stande ist, den höchsten Pachtzins von irgend einem oder allen Besitzthümern zu ermitteln, welche innerhalb

der Periode von sieben vorhergehenden Jahren innerhalb des Kirchspiels oder des Ortes, wo die erwähnten Steuerbeamten fungiren, in dieser Art verpachtet worden sind, so soll er solche Besitzthümer nach dem Betrage solcher Zinse schätzen und der Betrag, der auf diese Weise gefundenen Schätzungen soll zur Basis dienen, nach welcher Schätzung andere Besitzthümer, deren größter Pachtzins nicht auf diese Weise festgesetzt worden ist, geschätzt werden sollen. Und es soll der Steuerbeamte seine Schätzung anderer Besitzthümer in einer Summe auschlagen, welche dasselbe Verhältniß, so genau als es berechnet werden kann, beträgt zu der Größe solcher ersten Schätzungen, wie die Summe, zu der alle andern Besitzthümer, deren Pachtzins in der Art bestimmt worden, in solcher Tare angeschlagen sind, zu der Summe steht, die in derselben Tare auf die besagten zuerst geschätzten Besitzthümer gelegt ist.

Und er soll die so gefundene Summe auf solche andere Besitzthümer in demselben Verhältnisse theilen, so genau als dasselbe berechnet werden kann, wie sie in solcher Tare respective beschätzt sind, und soll die Besteuerung nach diesem Gesetze demgemäß anlegen. Und in Fällen, wo dasselbe Verhältniß bei der Beschreibung verschiedener Besitzthümer nicht beobachtet worden ist, soll der Steuerbeamte, wie oben erwähnt worden, eine Schätzung nach jeder der verschiedenen Arten der Besitzthümer vornehmen, um so eine Basis zu erhalten, nach welcher die Schätzungen anderer dertätiger Besitzthümer vergemeinnet werden sollen.

LXV. Vorausgesetzt wird immer und sei festgesetzt, daß wo irgend ein Wohnhaus oder Grundstück sammt den Nebengebäuden, Gärten und Ländereien, die damit verbunden sind, oder gesondert bewirtschaftete Ländereien unter dem jährlichen Ertrage von 10 Pfund (120 s.) stehen, und wo der Steuerbeamte im Stande ist, den besagten Betrag entweder nach den vorerwähnten Regeln oder nach seinem eigenen Ermessen oder auf andere Weise festzusetzen, es ihm verstatet seyn soll, solche Besitzthümer nach eigener Beurtheilung zu schätzen und darnach zu besteuern, ohne eine Uebersticht des jährlichen Ertrages, wie schon gesagt, zu verlangen, wenn nicht der Inspector oder Ober-Aufsicher etwas gegen eine solche Schätzung einzuwenden hat und zu diesem Zwecke eine Notifikation zugefertigt wissen will; und wenn irgend ein Steuerbeamte, welcher keine solche Notifikation gegeben hat, es vernachlässigen sollte, den wahrhaften jährlichen Ertrag der besagten Besitzthümer zu schätzen und dieselben zu Folge dieses Gesetzes zu besteuern, so soll er einer Summe, die nicht über zehn Pfund gehen darf, verlustig werden.

LXVI. Und es sei festgesetzt, daß, im Falle irgend ein Pächter, der den vollen höchstmöglichen Zinsbetrag (tenant at rack-rent) zu entrichten hat, dem Steuerbeamten den schriftlichen Pachtvertrag oder Kontrakt, dem unmittelbar zu Folge er Grundstücke, die nach der allgemeinen Regel zu besteuern sind, inne hat, vorweist — welche Vorweisung eines solchen Kontrakts oder Pachtvertrags jeder Steuerbeamte zu verlangen hiemit bevollmächtigt ist, wenn immer es ihm nothwendig scheinen mag — und wenn dann aus einem solchen Pachtvertrage oder Kontrakte hervorgeht, daß die erwähnten Grundstücke innerhalb der Periode der sieben vorhergehenden Jahre verpachtet worden sind, und daß keine andere Vergütung in Geld als der ausbedungene Zins in einem solchen Pachtkontrakte oder Vertrage stipuliert ist, es dem Steuerbeamten verstatet seyn soll, die Steuern nach jenem Zinse anzulegen, was auch immer vorher

Steuerbeamte haben die Grundbesitz. Wohnhäuser u. unter 10 Pfund (120 s.) zu schätzen, ohne daß eine Uebersticht erzwungen würde.

Steuerbeamten können die Steuer auf Erhöhen, bei Vorweisung des Pachtvertrags durch den Pächter, nach dem ausbedungenen Zins anlegen.

Wenn solche Verträge bona fide den höchsten Betrag des Zinses enthalten.

Regel, wie bezüglich der Besteuerung von Ländereien nach dem vorbehaltenen Zins und für Verbesserungen zu beobachten ist.

Entgegengesetztes gesagt worden seyn mag. Eine solche Besteuerung soll aber nicht bindend seyn, im Falle es den Kommissären scheinen sollte, daß der erwähnte Pacht-Contract oder Vertrag nicht die volle Vergütung, ob an Geld oder Geldwerth, für die Uebertragung (demise) oder den für dieselbe bona fide bezahlten Pachtzins ausdrückt, oder daß der bedungene Zins weniger als der höchste Zins ist wegen (gewisser) Reparaturen oder Verbesserungen, die von dem Pächter oder seinem Kurator gemacht worden oder zu machen sind, oder wenn der Contract in irgend einer andern Hinsicht absichtlich so abgefaßt ist, um den jährlichen Ertrag solcher Grundstücke zu verheimlichen oder die darnach zu machende Schätzung zu vermindern, oder wenn er an solchen oder an einen frühern Pächter abgetreten worden ist für irgend einen Betrag an Geld oder Geldwerth, der bereits bezahlt ist oder den zu zahlen das Uebereinkommen getroffen wurde. Stets wird auch vorausgesetzt, daß Rücksicht genommen werden soll auf die vorerwähnten Fälle, wo der Betrag des bedungenen Zinses wegen eines Betrags oder einer Uebereinkunft mit dem Gutsherrn, die früher erwähnten Steuern, Lizenzen, Abgaben und Lasten des Pächters zu bezahlen, vergrößert werden soll, oder wo derselbe vermindert werden soll in Anbetracht eines Contractes oder einer Uebereinkunft des Pächters, die Steuern, Lizenzen und Abgaben des Gutsherrn zu entrichten, oder wegen gewisser Ausgaben, welche von dem Pächter oder dessen Kurator bestritten worden oder zu bestritten sind, ob sie in solchem Pachtbrief oder Vertrag erwähnt oder nicht erwähnt sind, und daß Rücksicht genommen werden soll auf den wegen einer außerordentlichen Besteuerung, öffentlichen Abgabe oder vorher beschriebenen Besteuerung zu machenden Abzug. Es wird auch vorbehalten, daß bei jeder Uebertragung von Ländereien auf Jahre, welche in Betracht eines vorbehaltenen Zinses gemacht worden oder zu machen ist, und auch in Betracht von gewissen Verbesserungen, die auf den übertragenen Ländereien auf eigene Kosten und Unkosten vom Pächter oder Miethsmanne gemacht werden sollen, wenn zur Zufriedenheit der General-Kommissäre des Bezirks, wo die Ländereien gelegen sind, nachgewiesen worden ist, daß der vorbehaltene Zins nach der Schätzung des mittleren jährlichen Ertrags der besagten Ländereien festgesetzt worden sei, welcher im Durchschnitt für die ganze Pachtzeit in der Erwartung der fortschreitenden Verbesserung des besagten Pachtbods auf Kosten und Rechnung des besagten Pächters oder Miethsmannes berechnet worden ist, und daß der jährliche Zins auf dieselbe Summe für jedes Jahr nach jenem Durchschnitte festgesetzt und zu zahlen sei, wobei der demnach berechnete und zu zahlende Zins den richtigen jährlichen Ertrag der besagten Ländereien übertroffen hat oder übertrifft, wie dieselben nach dem höchsten Zinsbetrage werth sind oder werth wären verpachtet zu werden am Anfang der durch jenen Uebertragungsvertrag festgesetzten Pachtzeit: dann, in solchem Fall, die Schätzung des jährlichen Ertrags der besagten Ländereien und der darauf zu legenden Besteuerung nach den folgenden Regeln vorgenommen und berechnet werden soll, nämlich: In Rücksicht, daß der vorbehaltene Zins nach einem billigen Durchschnitt des jährlichen Ertrags der besagten Ländereien, welcher für die ganze gestattete Pachtzeit berechnet ist, festgesetzt wurde, sollen die Kommissäre, nach hinreichendem Beweise der vorhererwähnten Umstände, die besagte Steuer, welche für das Eigenthum an besagten Ländereien zu zahlen ist, nach dem Betrage des bedungenen und auf die erwähnte Weise zu zahlenden Zinses für jedes Besteuerungsjahr festsetzen und berechnen lassen ohne Veränderung

während besagter Frist, jedoch unter Verpachtung der in diesem Gesetze erlaubten Abzüge. Und die Kommissäre sollen auch die besagte Steuer, welche für die Innehabung jener Ländereien zu entrichten und die nach dem vollen und richtigen Ertrage der besagten Ländereien zu berechnen und anzulegen ist, zu den hier bestimmten Zeiten und auf die hier erwähnte Weise festsetzen lassen, nämlich: bei allen Uebertragungen, die vor Erlassung dieses Gesetzes gemacht worden sind, soll als jährlicher Ertrag der besagten Ländereien der höchste Zins angesehen werden, zu welchem sie für das Jahr verpachtet werden können, was am Anfange des ersten Steuerjahres nach Erlassung dieses Gesetzes durch eine hierüber nach den und in Gemäßheit der hierin enthaltenen Vollmachten und Directiven zu fertigende Schätzung ausgemittelt werden soll, die zur Zufriedenheit der besagten Kommissäre reichen muß. Diese Schätzung soll Gültigkeit für den Zeitraum haben, welcher für die Dauer dieses Gesetzes bestimmt ist, wenn die besagte Uebertragung nicht früher ablaufen sollte, und der durch eine solche Schätzung hergestellte Betrag soll als der höchste Ertrag eines verpachteten Guts betrachtet werden, um welchen die besagten Ländereien für den erwähnten Zeitraum verpachtet werden könnten, wenn die besagte Uebertragung nicht früher erlöschen sollte. Und die Besteuerung hierauf soll in jedem Jahre des besagten Zeitraums nach der erwähnten Schätzung angelegt werden. Und bei allen solchen Uebertragungen, welche nach dem Erlasse dieses Gesetzes vorgenommen werden, soll als jährlicher Ertrag der besagten Ländereien der höchste Betrag betrachtet werden, für welchen dieselben jährlich verpachtet zu werden werth sind, welcher bei dem Beginne der besagten Uebertragung durch eine gleiche Schätzung hergestellt werden soll, wie oben erwähnt wurde.

LXVII. Und es sei festgesetzt, daß jeder Pächter, der den Zins zum vollen Ertrag des verpachteten Guts zu entrichten hat (*tenant at rack-rent*), und dem dieß mündlich (under any *parol demise*) von Jahr zu Jahr, innerhalb der in den besagten allgemeinen Regeln festgesetzten Periode, übertragen wurde, und daß jeder Pächter, welcher, wegen einer Hypothek oder eines anderen Contrakts, einen Pachtbrief oder schriftlichen Contrakt, nach welchen er die innerhalb der besagten Periode übertragenen Grundstücke besitzt, nicht in Händen oder der Verfügung darüber hat, und welcher den Kommissären einen genügenden Grund nachweist, warum derselbe nicht producirt werden kann, dem Steuerbeamten eine schriftliche, von dem Pächter unterzeichnete Berechnung des gegenwärtigen Betrags des jährlichen Zinses, welcher bei einer solchen Ueberlassung bedungen wurde, übergeben soll, welche also überlieferte Berechnung als Befolgung dieses Gesetzes betrachtet werden soll in allen Fällen, wo er kraft dieses Gesetzes aufgefodert wird, solche Beträge oder Vergleiche zu produciren. Auch soll es solchen Steuerbeamten gestattet seyn, die Besteuerung nach einem solchen Zinse umgeachtet dessen vorzunehmen, was Gegenwärtiges früher bestimmt worden ist. Solche Besteuerung soll jedoch in dem Falle nicht bindend seyn, wenn es den Kommissären scheinen sollte, daß eine solche Berechnung die volle Vergütung für solche Ueberlassung, oder die für dieselbe *bona fide* bezahlten Zins nicht enthalte, oder daß die vorbehaltenen Zins geringer seien, als der höchste Ertrag, wegen gewissen Zahlungen, die, wie vor gesagt, von dem Pächter geleistet wurden oder von demselben zu leisten sind, oder daß sie in irgend einer andern Hinsicht zu dem Zwecke gemacht worden sei, um den jähr-

Pächter, die den Zins zu entrichten haben nach dem vollen Ertrage eines verpachteten Guts, das in mündlichem Verträge überlassen wurde, oder die außer einem schriftlichen Pachtvertrage dieselbe zu leisten, haben eine Berechnung des Ertrags zu übergeben.

lichen Ertrag der in Folge einer solchen Uebertragung innehabenden Grundstücke zu verhehlen, oder um die hiernach zu machende Besteuerung zu mindern.

Kändereien mit einem Pächter von zehn Jahren oder auf fünf und zwanzig Jahren nach dem Ertrage geschätzt werden, wenn nicht der Pachtervertrag nach einer Uebertragung auf sieben Jahre festgesetzt wurde.

Vorausgesetzt wird allgemein, daß Kändereien, welche ein Pächter eine längere Zeit als sieben Jahre bei jährlicher Ueberlassung oder einer solchen auf Ruf und Wiederruf (at will) inne hat, nach ihrem jährlichen Ertrage geschätzt und besteuert werden sollen, wenn nicht der Pächter zur Zufriedenheit der erwähnten Kommissäre zeigen und nachweisen kann, daß er die gesammten Kändereien vermöge einer Ueberlassung inne hat, welche mit einem innerhalb der Periode von sieben Jahren gemachten Contrakte und festgesetzten Zinse nach dem Abkause des frühern Uebertrages anfang, auf gehörige Anleihe in jener Periode.

Strich für die Güter, welche falsche Errechnungen des Ertrags der Grundstücke überliefern, oder den wahren Ertrag verhehlen.

LXVIII. Und es sei festgesetzt, daß jede Person, welche absichtlich einen falschen Uebertrag beibringen würde, oder welche absichtlich verweigern oder vernachlässigen würde, eine Uebereinkunft oder einen Vertrag zu produciren, und zwar zu dem Zwecke, um den jährlichen Ertrag der darunter begriffenen Grundstücke zu verhehlen, oder um die darnach vorzunehmende Schätzung zu mindern, um den Betrag von zwanzig Pfund gestraft und schuldig seyn soll, das Dreifache der Steuer zu erlegen, welche, wie vorhin gesagt, auferlegt und nach dem jährlichen Ertrage der in Gemäßheit einer solchen Uebertragung innehabenden Grundstücke nach der in Gemäßheit dieses Gesetzes vorzunehmenden Schätzung berechnet werden soll. Und der Inspektor und Aufseher werden hiemit aufgefordert, sie mit dieser erhöhten Steuer zu belegen, und die Kommissäre werden aufgefordert, in Uebereinstimmung hiermit die Besteuerung vorzunehmen.

Pächter in Schottland haben ihre Pächterbriefe auf Anweisung vorgelegt.

LXIX. Und es sei festgesetzt, daß jeder Pächter von Kändereien, Grundstücken oder Erbgütern in Schottland binnen zehn Tagen, nachdem der Steuerbeamte in dessen gewöhnlichem Wohnorte oder in irgend einem Wohnhause oder andern Plage auf den mit der Besteuerung zu belastenden Grundstücken eine schriftliche Mitteilung hinterlassen hat, welche denselben auffordert, diesem Steuerbeamten die Uebereinkunft, den Vertrag, oder sonst einen Aufsay oder schriftlichen Artikel vorzulegen, vermöge deren ein solcher Pächter solche Kändereien oder Häuser inne hat, schuldig ist, diese vorzulegen. Wo diese aber in der Gewalt, in dem Verwahr oder Besitze eines solchen Pächters nicht seyn sollten, oder wenn eine solche Uebereinkunft, solcher Vertrag, Aufsay oder solche Artikel nicht vorhanden wären, dann soll diesem Steuerbeamten eine schriftliche Note innerhalb der erwähnten Zeit überreicht oder in seinem Hause abgegeben werden, welche Note die gegenwärtigen jährlichen, vorbehaltenen und zu zahlenden Zinse und jede andere schätzbare Vergütung enthalten muß, welche der Eigentümer solcher Kändereien oder Grundstücke als eine weitere Vergütung für solch einen Pacht erhalten hat oder erhalten soll, und zwar bei Strafe der dreifachen Steuerbelastung im Falle er absichtlich vernachlässigen würde, einem solchen Befehle nachzukommen. Und es soll dem Steuerbeamten erlaubt seyn, die Besteuerung bei Vorlage solcher Verträge, Uebereinkünfte oder geschriebenen Artikel in Uebereinstimmung mit den darin festgesetzten oder zu zahlenden Zinsen zu bestimmen, oder, im Falle der Nichtproduction solcher Verträge, Uebereinkünfte oder geschriebenen Artikel, nach den vorbehaltenen oder zu zahlenden Zinsen in Uebereinstimmung mit der hierüber, wie oben erwähnt, zu liefernden Berechnung, vorausgesetzt, daß er überzeugt sei, daß die besagten Kändereien, Grundstücke oder Erbgüter bona fide um den vorbehaltenen Zins, die ihm, wie erwähnt, mitgetheilt worden, und

ohne irgend eine andere schätzbare Vergütung überlassen worden seien. Wenn aber ein solcher Steuerbeamte mit der ihm übergebenen Anzeige nicht zufrieden gestellt, oder wenn ihm eine solche Anzeige nicht übergeben worden seyn sollte, dann soll der Steuerbeamte diese Besteuerung nach den vorstehenden Regeln vornehmen.

Hierbei wird immer vorausgesetzt, daß, wenn das Pachtgut, welches der Pächter inne hat, mehr als zehn Meilen von dem Wohnhause eines solchen Steuerbeamten entfernt wäre, ein solcher Pächter befugt seyn soll, seinen Vertrag oder seine schriftliche Anzeige in Betreff der Zinse bei dem nächsten Friedensrichter oder bei dem Geistlichen des Kirchspiels zu übergeben, in welchem das Pachtgut liegt. Der besagte Friedensrichter oder Geistliche soll dann verpflichtet seyn, den erwähnten Vertrag oder die Anzeige der Zinse den genannten Steuerbeamten auf Auffordern vorzuweisen.

Oben sie sollen bei einem Friedensrichter oder Geistlichen in einem gewissen Orte abgegeben werden.

LXX. Und es sei festgesetzt, daß die erwähnten Steuern auf alle Ländereien, Grundstücke und Erbgüter gelegt werden sollen, sie mögen zur Zeit der Besteuerung bebaut werden oder nicht. Was die Steuern betrifft, welche nach Schedule A festgesetzt sind, so soll, im Falle daß ein zu besteuerns Grundstück nicht bebaut wird und kein Pfand auf selbem gefunden werden kann zur Zeit wo die Steuer bezahlt werden sollte, der Steuer-Einsammler des Kirchspiels oder des Ortes, wo die besagten Ländereien liegen, befugt seyn, zu irgend einer spätern Zeit sich auf besagte Ländereien zu begeben, wenn in denselben irgend ein Pfand gefunden werden sollte, und das Pfand mit Beschlag zu legen und mit derselben Vollmacht zu verkaufen, als ihm bezüglich jener Ländereien gegeben wäre, wenn sie sich im Besitze einer solchen Person zu der Zeit befunden hätten, wo diese Steuer schuld erwachsen ist.

Alles Grundeigenthum soll besteuert werden, es mag bebaut werden oder nicht.

Vorausgesetzt wird hierbei immer, daß die besagten Steuern oder eine derselben nicht von irgend einem Hause erhoben werden sollen, welches in dem betreffenden Jahre unbewohnt war oder werden wird, oder nicht für den Theil des Jahres, während dessen es unbewohnt war. Vielmehr soll die Besteuerung hiervon für ein solches Jahr oder für einen solchen Theil des Jahres, wie bemerkt, auf Verusung, von den Kommissären bei gehöriger Nachweise der Zeit, während welcher ein solches Haus unbewohnt blieb, abgestrichen oder vermindert werden.

Die Besteuerung u. Häuser soll für die Periode aufhören, in der sie unbewohnt waren.

LXXI. Und es sei festgesetzt, daß wenn auf Zehnten Steuern gelegt werden und diese innerhalb der durch dieses Gesetz bestimmten Zeit nicht bezahlt würden, es dem Einsammler und Bediensteten gestattet seyn soll, auf solche Zehnten Beschlag zu legen, oder auf irgend andere bewegliche Güter oder Habe des Eigentümers solcher Zehnten, wo immer dasselbe gefunden werden mag, und es zu ergreifen, zu pfänden und so viel davon zu verkaufen, als zur Beichtigung der besagten Steuer erforderlich ist, in Gemäßheit und zufolge der Vollmacht, welche durch das Gesetz bezüglich der direkten Steuern in anderen Fällen erteilt ist.

Nach der Steuerzahlung bei Zehnten.

LXXII. Und es sei festgesetzt, daß wenn eine Besteuerung stattfinden soll von irgend einer Abfindung für Zehnten, oder irgend einem Zins oder einer Zahlung an deren Statt, der Inhaber der Ländereien und Grundstücke, welche mit solch einer Abfindung, Zahlung oder solch einem Zinse belastet sind, für die darauf gelegten Steuern verantwortlich seyn soll, und diese bei der nächsten Bezahlung jener anrechnen und abziehen kann. Wo eine Besteuerung der Erträgnisse von Grundherrlichkeiten oder Regalien, von Markts oder Messe-Rechten, von Zällen oder Biskereien oder andern

Nach der Steuerzahlung von Zehnten Abfindungen oder von Grundherrlichkeiten, Regalien, Marktrechten, Zällen, Biskereien u. s. w.

jährlichen oder zufälligen Erträgen stattfinden, welche nicht in Beschlag genommen werden können, da soll der Eigentümer oder Besitzer oder Einnehmer dieser Erträge für die Steuern verantwortlich seyn, die darauf gelegt sind, und mag dann dieselben von diesen Erträgen zurückbehalten und abziehen. Und in jedem solchen Falle soll der Einsammler sich an solche Personen mittelst der Wege und Mittel halten, welche durch die erwähnten Gesetze bezüglich der direkten Steuern vorgeschrieben sind.

*Contrakte zwischen Grundeigenthümern und Pächtern oder andern Personen (solten, wenn im Widerspruch mit diesem Gesetze, nicht hienzu seyn.*

LXXIII. Vorausgesetzt wird immer und sei hiermit festgesetzt, daß kein Contrakt, Vertrag oder Uebereinkommen zwischen Grundeigenthümern und Pächtern oder andern Personen bezüglich der Bezahlung der Lizen und Steuern, welche auf ihren Grundstücken lasten, so betrachtet oder ausgelegt werden soll, als erstrecke es sich auf die Steuern, die hierauf durch gegenwärtiges Gesetz gelegt sind, und es soll auch nicht bindend seyn, so weit es in Widerspruch mit der Absicht und dem Sinne dieses Gesetzes steht. Vielmehr sollen alle solche Steuern auf den betreffenden Besitzern haften und von diesen bezahlt werden, vorbehaltlich der Abzüge und Zurückzahlungen, welche dieses Gesetz billigt und erlaubt. Alle diese Abzüge und Zurückzahlungen sollen demgemäß geleistet werden und erlaubt seyn, ungeachtet solcher Contrakte, Verträge oder Uebereinkünfte.

*Die Steuerbeamten haben die Steuern (sollte zu hoch oder zu niedrig seyn) nicht zu über- schätzen, sondern zu über- messen.*

LXXIV. Und es sei festgesetzt, daß die betreffenden Steuerbeamten die Besteuerungs- anlässe von allen Ländereien, Grundstücken, Ortsgütern und Ortgrundstücken, innerhalb der Grenzen der Plätze, für welche sie aufgestellt sind, anfertigen, und in denselben den vollen und wahren jährlichen Ertrag aller solcher Ländereien und Grundstücke ansehen sollen, wie er in jedem einzelnen Falle in Uebereinstimmung mit den Directiven dieses Gesetzes geschätzt worden ist, zugleich auch mit Vor- und Zunamen der Inhaber und Eigenthümer derselben. Und sie sollen selbe zugleich mit allen Ueberschlägen, welche ihnen sowohl über den jährlichen Ertrag als über irgend einen Abzug zugestellt worden sind, welcher davon in Anspruch genommen wird, den besagten General-Kommissären übersenden, nachdem sie zuvor diese Ueberschläge fortlaufend numerirt haben.

*Die Steuerbeamten haben sich wegen In- structionen an die Kommissäre u. Auf- seher zu wenden.*

Und wenn die erwähnten Steuerbeamten nicht im Stande seyn sollten, die Besteuerungen in Einklang mit den Bestimmungen dieses Gesetzes anzusehen oder wenn sie darin gehindert würden, dann soll es ihre Pflicht seyn, den besagten Kommissären oder einem Inspector oder Aufseher Meldung zu machen, und diese sollen den Steuer- beamten besonders instruiren, wie er die Besteuerungen ansehen solle, und sie sollen ihm bei dem Vollzuge dieses Gesetzes kraft der Vollmachten und Befugnisse beistehen, womit sie hiedurch bekleidet sind.

*Steuerbeamte sol- len, wenn sie die Steu- ren, welche ein- bringen, auf Requi- sition den Armen- pflegerin (sollte ge- hen, damit sie die Armen- pflegerin- Bülleten vorlegen.*

LXXV. Und es sei festgesetzt, daß die für die besagten Steuern in England angestellten Steuerbeamten zu der Zeit, wo sie ihre Besteuerungen überbringen, dann, wenn es von einem Steuer-Aufseher oder Inspector oder von den betreffenden Kommissären gefordert wird, dem Armenpfleger des Kirchspiels oder Ortes, in welchem sie fungiren, Nachricht geben sollen, damit dieser den besagten Kommissären das Buch oder die Bücher oder eine getreue Abschrift derselben vorlege oder vorlegen lasse, in welchen die Beiträge verzeichnet sind, die in einem solchen Kirchspiele oder Orte zur Unter- stützung der Armen geleistet werden, und ebenso eine getreue Abschrift der letzten Beiträge, welche zur Unterstützung der Armen in einem solchen Kirchspiele oder Orte geleistet wurden.

Und diese Armenpfleger sollen ohne Zögern dieses Buch oder diese Bücher den



befagten Kommissären vorlegen oder dieselben dem erwähnten Inspektor oder Aufseher zu ihrem Gebrauche überliefern; und die befagten Steuerbeamten sollen eine geschriebene und von ihnen unterzeichnete Erklärung, daß die befagten Beiträge nach dem vollen Werthe des Eigenthums, oder in einem und nach welchem verhältnismäßigen Theile desselben angelegt sind, nach ihrem besten Glauben und Wissen, abgeben. Und im Falle daß der befagte Inspektor oder Aufseher behaupten und zur Ueberzeugung der befagten Kommissäre nachweisen sollte, daß die fraglichen Besteuerungen, oder eine unter ihnen, nicht in Uebereinstimmung mit den Direktiven dieses Gesetzes gemacht seien, sollen die erwähnten Kommissäre die Steuerbeamten und auch die Armenpfleger desselben Kirchspiels oder Plazes, oder einen von ihnen, nachdem sie pflichtgemäß und bei ihrem Eide hiezu aufgefordert worden, über das Verhältniß befragen, welches zwischen den befagten Beiträgen und dem Werthe des hierin belasteten Eigenthums obwaltet, und ob die Besitzthümer, oder eines und welches derselben, darin nach dem Betrage des oder in einem und welchem Verhältnisse des jährlichen Ertrags geschätzt seien, und welches das richtige Verhältniß zwischen den Beiträgen von den verschiedenen Besitzthümern, die hierin belastet, seyn müsse, wenn der Betrag des Werthes derselben und dasselbe Verhältniß unter den Beiträgen bezüglich der letztern durchaus berücksichtigt wäre, und welches Besitzthum also mit Beiträgen zu belegen unterlassen wurde, dann welches Besitzthum in dem Kirchspiele oder Plaze geeignet sei, nach den Erträgnissen oder nach einer Durchschnitts-Berechnung derselben in Gemäßheit dieses Gesetzes besteuert zu werden. Und der erwähnte Inspektor oder Aufseher soll die Besteuerungslisten, welche dieselben Steuerbeamten nach den letzten Beiträgen zur Unterstützung der Armen von allen Besitzthümern in jedem Kirchspiele angefertigt haben, sorgfältig prüfen, um sich zu vergewissern, ob befagte Besteuerungen auf alles Eigenthum in jedem Kirchspiele und in Uebereinstimmung mit den Direktiven dieses Gesetzes gelegt wurden, und nach dem Resultate der befagten Untersuchungen mögen sie dieselben in allen Einzelheiten berichtigen, welche nach ihrem Urtheile erforderlich seyn mögen, bevor die Kommissäre eine solche Besteuerung genehmigen und unterzeichnen, wie es hier vorgeschrieben ist. Und indem sie so handeln, mögen sie, wenn sie es passend finden, die Regeln befolgen, welche in Nr. XI. dieses Gesetzes bezüglich der Beiträge zur Unterstützung der Armen aufgeführt sind.

Kommissäre sollen die Steuerbeamten u. Inspektoren über die Richtigkeit ihrer Besteuerungen befragen.

Inspektoren u. Aufseher sollen die Besteuerungslisten berichtigen, wenn sie nicht richtig gemacht sind.

LXXXVI. Und es sei festgesetzt, daß die verschiedenen Kommissäre, Inspektoren, Aufseher und Steuerbeamten, welche in der Vollziehung dieses Gesetzes handeln, oder jede von ihnen bevollmächtigte Person, die Befugniß haben sollen, von Zeit zu Zeit und zu schicklicher Zeit, jedes Buch, das von den Beamten eines Kirchspiels oder von einer andern Person in Betreff der zur Unterstützung der Armen bestimmten Steuern oder in Betreff anderer öffentlichen Lizenzen, Abgaben oder Besteuerungen in einem Orte, innerhalb des Bezirks, für den sie angestellt sind, geführt wird, einzusehen und Auszüge oder Abschriften von demselben zu nehmen, ohne dafür Gebühren irgend welcher Art immer zu bezahlen. Und wenn irgend eine Person, in deren Verwahr oder Besitz sich ein solches Buch befindet, verweigern oder versäumen würde, die befagte Einsicht oder die auf die vorherwähnte Weise zu machenden Abschriften oder Auszüge zu gestatten oder befagten Kommissären ein solches Buch vorzulegen, wenn sie kraft dieses Gesetzes es zu thun aufgefordert wurde, so soll die auf diese Weise sich verschlende Person einer

Kommissäre u. Beamten können die öffentlichen Steuerbücher durchsuchen und Abschriften oder Auszüge davon nehmen.

Bücher für die Verweigerung einer solchen Einsicht.

Summe verläufig werden, welche nicht über zwanzig Pfund geht, noch unter fünf Pfund ist.

Die Steuerbeamten in Schottland sollen von den Schullehrern unterrichtet, u. in Betreff ihrer Steueransätze befragt werden.

LXXVII. Und es sei festgesetzt, daß die Steuerbeamten eines jeden Kirchspieles oder Dries in Schottland befugt und hienit aufgefordert seyn sollen, die Schullehrer in einem solchen Kirchspiele oder Drie zum Zwecke der Besteuerung der Ländereien und andern Grundstücke innerhalb ihrer betreffenden Bezirke zu Hülfe nehmen; und zur Zeit der Einsendung ihrer Steuerlisten sollen sie einen Eid über die Richtigkeit derselben und darüber ablegen, daß solche Steuerlisten so gut als möglich, nach ihrer Gewislichkeit und Beurtheilung, angefertigt worden sind, auch sollen sie sich einer eidlischen Befragung vor den Kommissären über alle Sachen und Dinge in Betreff der Besteuerung, welche die besagten Kommissäre zu ihrer Ausklärung bedürfen werden, unterwerfen.

Steuerbeamte und andere Beamte sollen auf Befehl der Kommissäre die Ländereien inlagern und sichern und vorsetzen aufheben.

LXXVIII. Und es sei festgesetzt, daß in Fällen, wo der Inhaber oder eine andere steuerpflichtige Person, nach gehöriger Notifikation in Gemäßheit dieses Gesetzes, unterlassen würde, eine geschriebene Uebersicht des jährlichen Ertrags des Besitztums, welches er inne hat, und welcher nach der allgemeinen Regel in Schedule A oder andern, für solches Besitztum anwendbaren Regulativen dieser Schedule geschätzt ist, vorzulegen, oder wo dieselbe eine Uebersicht überliefern würde, mit der die Kommissäre unzufrieden sind: die verschiedenen Steuerbeamten, Inspektoren und Aufseher, nachdem sie zuerst zu diesem Zwecke einen von den Kommissären unterzeichneten Befehl erhalten, und zur Beschaffung eines solchen Sachverständigen oder Sachverständiger, wie in diesem Befehle bezeichnet werden, genommen haben, nach vorgängiger zweitägiger Ankündigung an den Inhaber, volle Macht haben sollen, zu jeder geeigneten Zeit während des Tages alle zu belastenden Ländereien und Besitzthümer zu besichtigen und zu untersuchen, um eine Beschreibung davon zu machen oder auf irgend eine andere Art den jährlichen Ertrag, nach welchem dieselben kraft dieses Gesetzes besteuert werden sollen, zu bestimmen. Und um dieses thun zu können, sollen sie volle Freiheit haben, alle Ländereien und Plätze zu besuchen, dieselben mögen eingehägt seyn oder nicht, und dieselben zu schätzen, zu messen und aufzunehmen, wenn sie auf keine andere Weise den jährlichen Betrag derselben bestimmen können.

Die Kommissäre sollen Behrern und Listen, gegen welche ihre Untersuchungen vorliegen und mit denen sie zufrieden sind, genehmigen und unterzeichnen.

LXXIX. Und es sei festgesetzt, daß innerhalb einer billigen Zeit, nachdem die Kommissäre Aufseher und Inspektoren die Prüfung der von den Steuerbeamten überlieferten Steuerlisten vorgenommen haben, die Kommissäre dieselben einer Prüfung unterstellen sollen. Und im Falle der Aufseher oder Inspektor nichts dagegen einzuwenden hatte und wenn die besagten Kommissäre überzeugt sind, daß die erwähnten Listen richtig und ohne Betrug und so verfaßt sind, daß die verschiedenen, darin enthaltenen Besitzthümer mit der vollen Steuer, welche für sie angerechnet werden soll, belastet sind, sollen die erwähnten Kommissäre solche Listen genehmigen und unterzeichnen — vorausgesetzt immer, daß im Falle der Aufseher oder Inspektor etwas gegen einen solchen Ansat einzuwenden hat und auf eine Revision desselben antragen sollte, indem er den Kommissären schriftlich irgend einen Fehler, Irrthum oder Betrug in der Anfertigung derselben mittheilt, die erwähnten Kommissäre gesetzlich befugt seyn sollen, solche Ansätze nach ihrem besten Ermessen zu rektifiziren, so daß die Steuer vollständig nach dem Sinne und der Absicht dieses Gesetzes angerechnet werde.

Wenn Untersuchungen erhoben werden, sollen die Kommissäre die Untersuchung vorsetzen.

LXXX. Und es sei festgesetzt, daß, sobald als die Uebersichten der Steuern unter Schebula A und B für irgend ein Kirchspiel oder für irgend einen Ort genehmigt und unterzeichnet sind, die Kommissäre Notifikation davon und von dem zur Andringung von Berufungen bestimmten Tage in der Weise, wie sie es für gut finden werden, geben sollen. Diese Notifikation kann entweder dadurch gegeben werden, daß man dem Steuerbeamten des Kirchspiels oder Ortes eine Abschrift der angefertigten Uebersicht zur Einsicht der hierin besteuerten Theile sammt einer öffentlichen Anzeige des Berufungstages übergibt, welche an die Kirchenthüre oder an irgend ein anderes öffentliches Gebäude in dem Kirchspiele angeheftet werden soll, oder dadurch, daß man jeder zu besteuerten Partei den Betrag ihrer Steuer sammt Nachricht von dem Berufungstage kundgibt. Solche Mittheilungen sollen wenigstens vierzehn Tage vor dem auf diese Weise festgesetzten Berufungstage gemacht werden.

Der Verlauf der Beherrschung und der Tag der Berufung sollen notifizirt werden.

LXXXI. Und es sei festgesetzt, daß, wenn auf ergriffene Berufung irgend ein Streit über den jährlichen Ertrag von Ländereien, Grundstücken, Erbgütern oder Erbgründen entstehen und wenn die Kommissäre es für nothwendig halten sollten, daß eine Schätzung desselben von Sachverständigen vorgenommen werde, sie gesetzlich befugt seyn sollen, den Beschwerdeführer anzuweisen, eine solche Schätzung durch irgend eine von den Kommissären dazu ernannte Person vornehmen zu lassen, wovon die Kosten und Espesen der endlichen Entscheidung der Kommissäre unterworfen seyn sollen. Und es soll ihnen erlaubt seyn, die Besteuerung nach einer solchen Schätzung anzulegen und dieselbe eidlich von der Person, die sie gemacht, bestätigten zu lassen. Im Falle aber der Beschwerdeführer nicht wirklich eine solche vorhererwähnte Schätzung vornehmen lassen würde, sollen die Kommissäre die Besteuerung so gut als möglich nach ihrem eigenen Urtheile vornehmen. Vorausgesetzt wird immer, daß die Kommissäre befugt seyn sollen, in jedem Falle, in welchem die auf diese Weise gemachte Schätzung sich höher als der Ertrag belaufen sollte, der von dem Beschwerdeführer für solche Ländereien, Grundstücke, Erbgüter und Erbgründe aufgestellt worden ist, die Kosten und Espesen, welche hierdurch hervorgerufen werden, von ihm bezahlen zu lassen. Sollten sie aber der Meinung seyn, daß jene Unkosten und Espesen nicht durch Verschulden des Beschwerdeführers herbeigeführt worden sind, so sollen sie Befehl geben, daß dieselben von dem Kassier des Kirchspiels oder Ortes bezahlt werden, und dieser soll auf das Certificat der zur Zeit der Entscheidung anwesenden Kommissäre dieselben bezahlen, und die so bezahlte Summe soll dem Kassier in seinen Abrechnungen mit dem geeigneten Ginnehmer bevollligt werden, wenn er ihm ein solches Certificat sammt dem Empfangscheine und Belege einer solchen Bezahlung überliefert.

Der Werth von Ländereien kann auf Befehl der Kommissäre durch eine wirkliche Schätzung festgesetzt werden.

Von wem die Kosten einer solchen Schätzung bezahlt werden sollen.

LXXXII. Vorausgesetzt wird immer und sei festgesetzt, daß, wenn bei erhobener Reclamation der Inhaber von solchen Grundstücken, welche er unter einer Uebertragung zu dem höchsten Zinse inne hat, den schriftlichen Vertrag, Pachtcontract oder die schriftliche Uebereinkunft den Kommissären aufweisen und vorzeigen, oder durch irgend ein anderes gesetzliches Zeugniß, das er herbeizuschaffen hat, im Falle ein solcher schriftlicher Vertrag, Contract oder eine solche schriftliche Uebereinkunft nicht vorhanden wäre, den jährlichen Betrag des Zinses, zu welchem solche Grundstücke verpachtet sind, nachweisen würde, es den besagten Kommissären gestattet seyn soll, im Falle daß ein solcher Zins in einem Vertrage, der innerhalb der in der allgemeinen Regel besagten

Im Falle der Verzinsung können die Kommissäre, wenn ein Inhaber keinen Pachtbrief vorzeigt oder wenn er keinen Pachtbrief hat, seinen jährlichen Zins nachweislich die Steuer vermindern.

Periode von sieben Jahren anfängt, festgesetzt worden ist, und wenn sie überzeugt sind, daß ein solcher Vertrag, Pachtcontract oder eine solche Uebereinkunft die volle Vergütung für eine solche Uebertragung, nach welcher ein solcher Inhaber dieselben besitzt, ausdrückt, oder daß der von einem solchen Inhaber bona fide dafür bezahlte Zins ihnen in dem Zeugnisse richtig angegeben sei, und daß ein solcher Uebertragungsvertrag einzig in Rücksicht eines solchen vorbehaltenen Zinses gemacht worden ist, ohne irgend eine Absicht, den jährlichen Ertrag solcher Grundstücke zu verheimlichen oder zu vermindern, oder ohne irgend eine andere betrügerische Absicht, — von einem solchen Steuerantrage so viel abzustreichen und hinweg zu nehmen, daß es nach ihrem Urtheile die Steuer zu einer gerechten Rate auf einen solchen Zins herabsetzen wird.

Die Ländereien zu weniger als 5. Werth angesetzt sind, kann die Besteuerung reduziert werden.

Vorausgesetzt wird immer, daß, wenn es den besagten Kommissären scheinen sollte, daß Ländereien, Grundstücke, Erbgüter oder Erbgründe zu einem geringeren jährlichen Ertrage als dem wirklichen Zins, zu dem dieselben verpachtet sind, angerechnet worden seien, oder, wenn nicht verpachtet, zu weniger als dem Zins, für welchen sie verpachtet werden könnten, die besagten Kommissäre befugt seyn sollen, die Besteuerung zu einer Summe, welche die gleiche Rate auf einen solchen Zins betragen würde, sowohl in Bezug auf die Besteuerung des Eigenthums als auch in Bezug auf die Besteuerung der Innehabung solcher Ländereien, Grundstücke, Erbgüter oder Erbgründe zu vergrößern und zu erhöhen.

Den Inhabern und Eigenthümern, die durch Ueberschwemmung unbilligenwitter Schäden erlitten haben, sollen Nachlässe bewilligt werden.

LXXXIII. Und es sei festgesetzt, daß, wenn durch Ueberschwemmung oder Ungewitter Verlust an der Ernte oder an dem Viehstande auf Ländereien erlitten wird, welche einem Pächter für einen bedungenen Zins — ohne ein Lehngeld oder andere bezahlte, gegebene, oder anstatt eines reservirten Zinses oder irgend eines Theils davon, vorbehaltene Summen — überlassen wurden, oder wenn die besagten Ländereien oder Theile derselben wegen Ueberschwemmung oder Ungewitter für irgend ein Jahr nicht angebaut werden können, und wenn endlich zur Befriedigung der General-Kommissäre, die für den District, in dem die besagten Ländereien liegen, fungiren, nachgewiesen wird, daß der Eigenthümer der besagten Ländereien in Betracht eines solchen Verlustes seinem Pächter den ganzen oder einen Theil des bedungenen oder zu zahlenden Zinses, den ein solcher Pächter für irgend ein Jahr einer solchen Uebertragung zu entrichten hat, nachgelassen oder nachzulassen versprochen hat, es den besagten Kommissären verstatet seyn soll, die Besteuerung zu vermindern, welche auf das Eigenthum an den besagten Ländereien für dasselbe Jahr, in welchem ein solcher Zinsnachlaß stattfindet, gelegt worden ist, und davon das Ganze oder den gleichen Theil der Steuer nachzulassen, wie viel der Eigenthümer nach dem Ergebnisse des erwähnten Nachweises von dem bedungenen und ihm zu zahlenden Zins solcher Grundstücke nachgelassen hat. Und es soll auch den erwähnten Kommissären gestattet seyn, in jedem solchen Falle die auf die Innehabung der besagten Ländereien für dasselbe Jahr gelegte Besteuerung zu verringern und von derselben den gleichen Theil der Steuer nachzulassen, welcher von der auf das Eigenthum an den besagten Ländereien gelegten Besteuerung aus der erwähnten Ursache nachgelassen wird.

Der gleichwohl soll auch auf's Eigenthümer und Inhaber ausgetheilt werden, wenn ersterer unfähig

LXXXIV. Und es sei festgesetzt, daß, wenn aus erwähnter Ursache die Ländereien eines Unmündigen, Minderjährigen, Verrückten oder eines andern zur Bewilligung eines Zinsnachlasses unfähigen Eigenthümers gleichen Schaden erlitten

haben, — wenn solche in dem Besitze eines vorbezeichneten Pächters sich befinden, und wenn dasselbe eidlich vor den Kommissären zu deren Zufriedenheit nachgewiesen ist, — es ihnen gestattet seyn soll, die auf die Innehabung solcher Ländereien gelegte Besteuerung zu vermindern und die ganze Steuer oder einen Theil derselben im Verhältnisse zu dem erlittenen Verluste und zu dem Betrage nachzulassen, der nach der Meinung der besagten Kommissäre nachgelassen worden wäre oder hätte nachgelassen werden sollen, wenn die besagten Ländereien einem Eigenthümer zugehören würden, der volljährig, bei gesundem Verstande, und fähig wäre, eine solche vorerwähnte Einwilligung zu geben.

LXXXV. Und es sei festgesetzt, daß, wenn aus vorerwähnter Ursache ein gleicher Schaden an Ländereien erlitten wird, die sich im Besitze des Eigenthümers befinden, und wenn derselbe eidlich vor den besagten Kommissären und zu deren Befriedigung nachgewiesen werden kann, diese gehalten seyn sollen, die verschiedenen auf das Eigenthum oder die Innehabung der besagten Ländereien gelegten Steuern zu vermindern und das Ganze oder einen Theil der besagten Steuern in dem Verhältnisse und zu dem Betrage nachzulassen, der nach der Meinung der Kommissäre nachgelassen werden wäre oder hätte nachgelassen werden sollen, wenn die Ländereien einem Pächter übertragen und diesem ein verhältnismäßiger Nachlaß unter den Umständen des besagten Verlustes bewilligt worden wäre.

LXXXVI. Und es sei festgesetzt, daß, wenn sich irgend eine Person eines falschen Anspruchs auf solchen vorerwähnten Nachlaß, oder eines Betrugs oder Kunstgriffs bei einem solchen Anspruche oder bei Erlangung einer solchen Steuerminderung schuldig machen oder betrügerisch und unwahr den Betrag oder Werth des Verlustes oder des Nachlasses, welcher bezüglich des Zinses von den in seinem Besitze befindlichen Ländereien wegen eines solchen Verlustes bewilligt oder versprochen worden, angeben würde, in der Absicht auf eine betrügerische Weise einen solchen Steuernachlaß zu erhalten, — der Summe von fünfzig Pfund und des dreifachen, in Betreff der besagten Ländereien auf ihn gelegten Steuerbetrags verlustig werden soll. Und wenn der Eigenthümer solcher Ländereien, oder irgend eine andere Person der zur Entrichtung der erwähnten Steuern verpflichteten Person helfen, beistehen oder sie unterstützen sollte, solche falsche oder betrügerische Ansprüche zu machen, oder wenn sie den Verlauf oder Werth des von besagten Ländereien gewährten oder versprochenen Zinsnachlasses oder den Betrag des Verlustes falsch oder betrügerisch angeben sollte, in der Absicht, auf eine betrügerische Weise für sich oder für ihren Pächter, oder für den Eigenthümer oder Pächter der besagten Ländereien, irgend einen solchen Nachlaß zu erhalten, dann soll jeder solche Eigenthümer oder solche andere besagte Person der Summe von hundert Pfund verlustig werden.

LXXXVII. Und es sei festgesetzt, daß die erste Festsetzung der, nach einer der mit A und B bezeichneten Schedeln dieses Gesetzes zu entrichtenden Steuern, welche nach dem 5. April 1842 vorgenommen wird, für die Dauer von drei Jahren in Gültigkeit seyn und bleiben soll, ohne daß von den hierin besteuerten Theilen für das zweite oder dritte Steuerjahr Verzeichnisse verlangt werden sollen, und ohne die Namen der besteuerten Parteien zu ändern, ungeachtet eine Aenderung in dem Besitzstand oder in dem Antheil an den in solcher Steuerliste belasteten Grundstücken stattfinden würde; und die gleichen Beträge sollen davon für das zweite und dritte Jahr erhoben werden,

*Ein, eine Zinserminderung zu erhalten.*

*Verminderung der Steuer im Falle von Verlusten auf Ländereien, die vom Eigenthümer bewirtschaftet werden.*

*Strafe für falschen Anspruch auf solche Steuerminderung.*

*Die erste Besteuerung nach Schedula A und B soll für die Dauer von drei Jahren in Gültigkeit bleiben.*

die man für das erste Jahr erhoben hat oder hätte erheben sollen, und die Besteuerung soll den gleichen Ausnahmen und Vergünstigungen für das zweite und dritte Jahr unterliegen, die für das erste Jahr bewilligt wurden; und die in solcher Steuerliste angerechnete Summe soll in vier Zahlungsfristen in jedem Jahre an den hierin für die Bezahlung solcher Summen bestimmten Tagen und Zeiten bezahlt werden, welche jedoch in folgenden Fällen verändert und abgeändert werden können, nämlich:

Wenn eine Partei zu gering angesehen zu übergehen wurde, eine Steuereremtion erlangte, auf welche sie kein Recht hatte.

Erstens: Wenn der Inspektor oder Aufseher entdeden würde, daß irgend eine Person in einer solchen Besteuerungsliste zu gering angesehen oder für das erste Jahr gar nicht besteuert worden ist, oder eine Befreiung oder Vergünstigung für das erste Jahr erlangt hat, welche nicht für das zweite oder dritte Jahr zu bewilligen ist, so soll es einem solchen Inspektor oder Aufseher verstatet seyn, eine solche Besteuerung in dem zweiten oder dritten Jahre höher anzusetzen, auf solche Weise und in allen Hinsichten, wie er autorisirt ist die Besteuerung unter ähnlichen Umständen für das erste Steuerjahr zu erhöhen, vorausgesetzt, daß eine solche Erhöhung nach der einfachen Steuer gemacht und keine Vermehrung derselben über das Steuerverhältniß, wie es hienüt bewilligt worden, gemacht werden soll, wenn nicht die Kommissäre der Meinung sein sollten, daß die Besteuerung für das erste Jahr, bezüglich des höher angesetzten Gegenstandes, durch absichtliches Verschlen oder absichtliche Vernachlässigung der zu belastenden Partei mangelhaft war.

Oder wenn eine Person, welche im ersten Jahre nicht steuerbar war, es nachher wird.

Zweitens: Wenn irgend eine Person, welche im ersten Steuerjahre nicht steuerbar war, es im zweiten oder dritten Jahre wird, so soll der Inspektor oder Aufseher befugt seyn, die gleichen Uebersichten zu fordern und zur Besteuerung einer solchen Person für das zweite oder dritte Jahr auf dieselbe Weise zu schreiten, als ob die Besteuerung des ganzen Kirchspiels, Ortes oder Distriktes in diesem Jahre ihren Anfang genommen hätte.

Oder im Falle einer Verurteilung.

Drittens: Wenn irgend eine Person durch die Fortsetzung einer solchen Besteuerung für das zweite oder dritte Jahr sich beschwert fühlt, weil sie darin zu hoch angesehen sei, so kann sie gegen dieselbe in jenem Jahre Verufung einlegen, wenn sie zehn Tage vorher dem Inspektor oder Aufseher von ihrem Vorhaben Nachricht gibt und dazu eine treue und vollkommene Scheidung des jährlichen Ertrags des von ihr in diesem Jahre zu versteuernden Eigenthums überliefert, und zwar auf dieselbe Weise als sie gegen dieselbe Besteuerung unter ähnlichen Umständen für das erste Jahr hätte Verufung ergreifen können. Und keine Bezahlung nach einer solchen Steueranlage im ersten oder zweiten Jahre soll dahin gedeutet werden, daß solche Verufung ausgeglichen sei. Vorbehalten bleibt aber immer, daß bei jeder schändlichen Verufung ohne hinreichende Ursache, die Kommissäre befugt seyn sollen, dem Inspektor, Aufseher oder Steuerbeamten billige Entschädigung für seine Dienste zuzuerkennen, welche der Steuer zugesügt, zugleich mit jener zum Besten des Inspektors, Aufsehers oder Steuerbeamten erhoben und ihnen auf gleiche Weise bezahlt werden soll, wie irgend eine andere Zahlung, die nach diesem Gezege ihnen gemacht werden kann.

Die Steuern können in dem zweiten und dritten Jahre nach dem für das erste Jahr bestimmten Buche eingekammelt werden.

Viertens: Es sollen die respektiven Steuer-Einnnehmer die Steuern für das zweite und dritte Jahr von den zeitigen Innehabern nach derselben Rate oder demselben Buche erheben und einnehmen, welches ihnen für das erste Jahr überliefert worden ist, wenn die Kommissäre die Ernennung der bezagten Steuer-Einnnehmer nicht

widerrufen oder die Besteuerung nicht ver- oder abändern, und ihnen eine neue Rate oder ein neues Buch für das zweite und dritte Jahr behändigen.

Fünftens: Die Duplicate der Kommissäre sollen für jedes Jahr gefertigt und dem für die Vereinnahmung bestimmten Beamten, dann bei dem Oberamt für Stempel und Steuern übergeben werden. Diese Duplicate sollen für das zweite und dritte Jahr dieselben Einheiten enthalten, die für das erste Steuerjahr hierin bestimmt sind, und sind die darin zu specificirenden Beträge nur dann zu ändern, wenn der Fall es erfordern sollte; und alle in diesem Gesetze enthaltenen Vollmachten, Regulative, Gegenstände und Dinge bezüglich Rectification irgend einer Besteuerung, oder Vermehrung oder Verminderung der Steuer nach Umständen, oder Erhebung derselben, sollen für das zweite und dritte Jahr in Hinsicht der in diesen Jahren zu erhebenden Summen in Kraft seyn und in diesen Jahren eben so voll und wirksam angewendet werden, als ob die Besteuerung nach den Bestimmungen und Regulativen dieses Gesetzes für diese Jahre besonders angelegt worden wäre.

LXXXVIII. Und es sei festgesetzt, daß die hierin bewilligten, in *Schedula C* enthaltenen Steuern nach den nachfolgenden Regeln festgesetzt und angelegt werden sollen, welche als ein Theil dieses Gesetzes und in Bezug auf die letzt erwähnten Steuern so zu betrachten und zu erklären seyn sollen, als ob dieselben unter einem besondern Gesetzesartikel eingeschaltet wären.

#### *Schedula C.*

*Regulative, wornach die Steuern unter Schedula C festzusetzen und aufzulegen sind.*

*Schedula C. Regulative.*

Die besagten letzt erwähnten Steuern sollen von den Personen und Corporationen bezahlt werden, die mit der Bezahlung der darnach zu versteuernden Annuitäten, Dividenden und Theile von Annuitäten zum Nutzen der dazu berechtigten Personen, Corporationen, Gesellschaften, oder Vereine, ihrer Testaments-Executoren, Administratoren, Nachfolger, oder Kuratoren beauftragt sind, und sollen von den dadurch autorisirten oder für diesen Zweck bestimmten Kommissären angelegt werden; und sie sollen sich auf alle öffentlichen Annuitäten irgend welcher Art, die aus irgend einem öffentlichen Einkommen Großbritanniens oder aus einem andern in Großbritannien zu zahlen sind, sowie auf alle Annuitäten erstrecken, die in Irland aus den Einkünften des vereinigten Königreichs zum Nutzen oder Vortheile irgend einer Person, welche nicht in Irland wohnt, zu zahlen sind, und auch auf alle Dividenden und Theile solcher Annuitäten, welche nach dem fünften April eintausend achthundert zweiundvierzig fällig werden, ausgenommen in den folgenden Fällen der Befreiung von besagten Steuern, nämlich:

*Von wem sie zu entrichten sind.*

*Auf welche Fonds die Steuer sich erstreckt.*

Erstens: Die Fonds, Dividenden oder Interessen von Unterstützungs-Vereinen, welche auf gesetzliche Weise in Gemäßheit irgend einer Parlamentsakte, die sich auf Unterstützungs-Vereine bezieht, errichtet wurden, vorausgesetzt, daß sich aus den Statuten einer solchen Gesellschaft, die bei den Kommissären für Reduktion der Staatschuld oder bei den Verwaltern irgend einer Sparbank niedergelegt worden sind oder werden sollen, herausschließt, daß die Summen, welche von irgend einem solchen Vereine einem Individuum oder einer Person, welche von jenem benannt ist oder durch jenes darauf Anspruch hat, zugesichert ist, nicht über die Summe von zweihundert Pfund geht, oder daß der Betrag irgend einer Leibrente oder von Annuitäten, welche von einer solchen Gesellschaft

*Die Fonds von Unterstützungs-Vereinen sind auszuheben.*

einem Individuum oder einer Person, welche von ihm benannt ist oder die durch es darauf Anspruch hat, bewilligt sind oder werden, nicht die Summe von dreißig Pfund per annum übersteige. Vorausgesetzt wird auch, daß wenn ein Vermögen, welches einem solchen Vereine zugehört, in den öffentlichen Fonds der englischen Bank angelegt ist, das besagte letzt erwähnte Vermögen vor den Kommissären für Specialzwecke von einem Pfleger oder Kassaführer eines solchen Vereines, oder von irgend einem andern Mitgliede desselben gehörig nachgewiesen und in Anspruch genommen werden soll.

Fonds von Spar-  
kassen aus freier.

Zweitens: Die von Anlagen bei (den Kommissären) der Staatsschuldentilgungs-Kassa herrührenden Fonds oder Dividenden einer Sparkasse, welche errichtet worden ist oder errichtet werden wird nach den Bestimmungen eines im neunten Jahre der Regierung Königs Georg IV. erlassenen und nachstehender Weise betitelten Gesetzes: „Gesetz zur Verbesserung und Regulirung der die Sparkassen betreffenden Gesetze,“ und auch die Dividenden oder Interessen, welche von den Verwaltern einer Sparkasse aus darin hinterlegten und einem Depositar oder einem wohlthätigen Institute zugehörigen Fonds zu bezahlen sind.

Fonds von wohl-  
thätigen Instituten  
aus freier.

Drittens: Die Fonds oder Dividenden einer Corporation, Bruderschaft, oder Gesellschaft oder irgend einer Stiftung, welche ausschließlich für wohlthätige Zwecke bestimmt ist, oder welche nach den Bestimmungen oder Regulativen, die durch einen Parlamentsakt, durch einen Freibrief, ein Dekret, einen Stiftungsbrief oder ein Testament festgestellt worden, von der besagten Corporation, Bruderschaft oder Gesellschaft, oder von einem Pfleger, für wohlthätige Zwecke verwendet werden sollen, und insofern dieselben klos für wohlthätige Zwecke verwendet werden; oder die Fonds und Dividenden auf den Namen eines Pflegers, welche einzeln für die Reparatur einer Kathedrale, Universität, Kirche oder Kapelle, oder eines andern ausschließlich für den Gottesdienst bestimmten Gebäudes verwendet werden, und insofern dieselben für solche Zwecke verwendet werden, vorausgesetzt, daß deren Verwendung für solche Zwecke von irgend einem Agenten oder Faktor für solche Corporation, Bruderschaft, oder Gesellschaft, oder von irgend einem Mitgliede oder Pfleger vor den Kommissären für Specialzwecke gehörig nachgewiesen werde.

Fonds auf Namen  
der Schatzkammer ch.  
der Kommissäre für  
die Staatsschulden-  
tilgungs-Kasse.

Viertens: Die Fonds oder Dividenden, welche in den Büchern der englischen Bank, zu Folge einer oder verschiedener Parlamentsakte, auf Namen oder unter der Bezeichnung des Lord-Schatzmeisters von England, oder der Schatzkammer-Kommissäre Ihrer Majestät, oder der Kommissäre der Staatsschuldentilgungs-Kasse eingetragen wurden, vorausgesetzt, daß der oberste Direktor und die Gesellschaft der Bank von England von Zeit zu Zeit den besagten Kommissären für Specialzwecke ein Verzeichniß des Total-Betrages der Fonds, die in besagten Büchern in der Art eingetragen worden sind, zuschicken sollen, wie auch der Zahlungen, welche von den Staatsschuldentilgungs-Kommissären für die Waterloo-Subscription zu leisten sind.

Fonds welcher Ihrer  
Majestät oder einem  
accreditirten Gesand-  
ten gehören.

Fünftens: Die Fonds und Dividenden, welche Ihrer Majestät gehören, unter welchem Namen dieselben auch in den Büchern der Bank von England stehen mögen, wie auch die Fonds oder Dividenden eines accreditirten, in Großbritannien wohnenden Gesandten eines fremden Staates, vorausgesetzt, daß das Eigenthum daran, wenn jene auf den Namen eines Verwalters stehen, gehörig vor den Kommissären für Specialzwecke durch solchen Verwalter nachgewiesen werde.



LXXXIX. Und in Betreff der Besteuerung und Belastung der besagten Annuitäten, die an die Bank von England und die Südl.-Kompagnie von dem vorher erwähnten königlichen Zahlamt zu zahlen sind, und der damit verbundenen Gewinne, wie auch in Betreff der Besteuerung und Anrechnung aller Annuitäten, die von den Kommissären der Staatsschuldentilgungs-Kasse auszu zahlen sind, und der Dividenden und Theile von allen andern, aus dem Staatseinkommen zu bezahlenden Annuitäten, welche zur Bezahlung der Bank von England und resp. der Südl.-Kompagnie anvertraut sind oder anvertraut werden, sei festgesetzt, daß die respectiven Kompagnien, Corporationen und Kommissäre, welche die Vertheilung oder Bezahlung der besagten verschiedenen Annuitäten, Dividenden und Annuitäten-Anteile zu besorgen haben, von Zeit zu Zeit, so oft die Zahlungen darauf fällig werden, den respectiven für den Zweck der Besteuerung derselben angestellten Kommissären treue und genaue schriftliche Berichte in zu diesem Zweck bereit gehaltenen Büchern beizubringen sollen, welche die verschiedenen Beträge solcher Annuitäten und damit verbundenen Ertragsnisse zu enthalten haben, die den besagten Kompagnien zu bezahlen sind in Hinsicht auf die Gesellschafts-Zinsen, und solcher Dividenden und Theile von Annuitäten, die solchen Kompagnien, Corporationen und Kommissären zur Bezahlung der dazu berechtigten Personen, Corporationen und Kompagnien anvertraut sind, und den Betrag der darauf nach vorerwähntem Maße anzurechnenden Steuer, ohne Abzug aus irgend einem Vorwande, welcher Art er auch sei, ausgenommen, wie es hierin bewilligt ist, wobei die Berechnungen für jede zu einem Theile, einer Dividende oder einem Annuitäten-Anteile berechtigten Person, Corporation, Kompagnie oder Gesellschaft, getrennt auszuscheiden sind, wie dieselben in den Büchern der besagten Kompagnie oder des besagten Zahlamtes stehen, so daß der Theil, die Dividende, oder Antheil an solchen Annuitäten einer jeden Person, Corporation, Kompagnie, oder Gesellschaft, geordnet angerechnet und mit der besagten Steuer belegt werden kann. Und die besagten Kommissäre sollen von Zeit zu Zeit eine Liste der Steuern, die nach ihrem besten Urtheile und Glauben nach den so beizubringenden Uebersichten ihnen anzurechnen scheinen, anfertigen, und sie sollen von Zeit zu Zeit die besagten von ihnen unterzeichneten Steuerbücher den Special-Kommissären übergeben; und die besagten Special-Kommissäre sollen sogleich zwei Certificate auf Pergament unter ihrer Hand und ihrem Siegel ausfertigen lassen, welche den vollen Betrag der Steuern und der Annuitäten, Dividenden und Antheile, worauf die in jeder Steuerliste enthaltene Steuer angelegt wurde, zu enthalten haben sammt dem üblichen Namen oder der Bezeichnung der Corporation, Gesellschaft oder der Personen, von welchen die Vertheilung solcher Annuitäten, Dividenden und Antheile zu besorgen oder denen deren Auszahlung anvertraut ist; und sie sollen eines dieser Certificate den respectiven Kommissären zum Behufe solcher Besteuerung, und das andere Certificate dem Oberamte für Stempel und Steuern überreichen.

XC. Und für die Belastung und Besteuerung der Annuitäten, Dividenden oder Antheile an Annuitäten, die durch den Gouverneur und die Bank von Irland aus den Staatseinkünften des vereinigten Königreichs an Personen zu zahlen sind die nicht in Irland wohnen, sei festgesetzt, daß in jedem Falle, in welchem die Bezahlung solcher letzterwähnter Annuitäten, Dividenden und Antheile von Annuitäten von irgend einem Advocaten, Agenten, Verwalter oder einer andern Person gefordert oder

Die Bank von England, die Südl.-Komp. und die Kommissäre der Staatsschuldentilgungs-Kasse sollen Uebersichten d. Annuitäten, die an und durch sie zu zahlen sind, den betreffenden Kommissären zum Zweck d. Besteuerung beizubringen.

Personen, welche in England von nicht in Irland) wohnenden Personen Annuitäten oder Dividenden empfangen, die von der Bank von Irland auszusahlen sind, sollen eine Erklärung übergeben.

nachgesucht wird für oder zu Gunsten, zum Nutzen oder Vortheile einer Person, welche nicht in Irland wohnt, jene Person, welche die Bezahlung solcher Annuitäten, Dividenden oder Antheile an Annuitäten fordert oder nachsucht, vor dem Empfange derselben (sie möge von dem besagten Gouverneur und den Direktoren der besagten Bank dazu aufgefordert seyn oder nicht), dem Kassiere der besagten Bank eine von ihr unterzeichnete Erklärung überliefern soll, in welcher ein Verzeichniß des Betrage und eine Beschreibung des Kapitals, in Bezug auf welches solche Annuitäten, Dividenden, oder Antheile an Annuitäten zu bezahlen sind, nebst dem Namen und Wohnorte einer jeden Person enthalten seyn soll, für die oder um deren willen, zu deren Gunsten oder Nutzen sie die Bezahlung derselben verlangt, und worin erklärt werden soll, ob eine solche letzt-erwähnte Person nach dem Sinne und der Intention dieses Gesetzes in Irland wohnhaft war zu der Zeit, wo solche Annuitäten, Dividenden oder Antheile fällig wurden. Und

Die Bank hat eine Erklärung zu fordern, wenn Annuitäten auf eine Vollmacht hin empfangen werden können.

in jedem Falle, in welchem die Bezahlung von Annuitäten, Dividenden, oder Antheilen an Annuitäten von einer Person für eine andere oder zum Nutzen einer andern Person kraft einer Vollmacht oder einer andern übertragenen Befugniß verlangt wird, sollen der besagte Gouverneur und die Direktoren, oder der Kassier oder irgend ein anderer Beamte der besagten Bank, der die Auszahlung solcher Annuitäten, Dividenden oder Antheile an Annuitäten unter sich hat, vor Ausbezahlung derselben eine auf die vor-gezeichnete Weise anzuertigende und zu überliefernde Uebersicht und Erklärung verlangen;

Bei Verweigerung sollen Parteien, die ein Recht auf die Annuitäten haben, als nicht in Irland wohnhaft angesehen werden.

und wenn die Person, welche eine solche Ausbezahlung verlangt oder nachsucht, verweigern würde, eine solche Uebersicht oder Erklärung anzufertigen, oder zu unterzeichnen und abzugeben, nachdem sie aufgefordert worden, solche zu verfassen und zu überliefern, so soll die Person, für die oder um deren willen eine solche Ausbezahlung gefordert oder nachgesucht wird, so angesehen werden, als wäre sie nicht in Irland wohnhaft, und sollen solche Annuitäten, Dividenden oder Antheile an Annuitäten, demgemäß mit den in diesem Gesetze bewilligten Steuern belastet werden. Vorausgesetzt wird, daß keine Person (mit Ausnahme der Mitglieder eines der Parlamentshäuser, welche auf Befreiung von den direkten Steuern unter den Bedingungen Anspruch machen können, welche in dieser Hinsicht in den Gesetzen enthalten sind, die sich auf die letzt-erwähnten Steuern beziehen), als in Irland wohnhaft nach dem Sinne und der Intention dieses Gesetzes angesehen werden soll, welche zu einer oder zu verschiedenen Zeiten während einer Periode, die sich im Ganzen auf sechs Monate oder mehr beläuft, im Verlaufe eines Jahres unmittelbar von dem Tage zurückgerechnet, an welchem solche Annuitäten, Dividenden und Antheile fällig werden, von Irland abwesend war.

Vertheil.

Kommissäre sollen Steuern anrechnen für Annuitäten und Dividenden, welche von der Bank von Irland an nicht in Irland wohnhafte Personen zu zahlen sind.

XCI. Und es sei festgesetzt, daß, wenn aus irgend einer solchen Erklärung oder Uebersicht hervorgeht, daß solche Annuitäten, Dividenden oder Antheile an Annuitäten von besagtem Gouverneur und der Bank von Irland an eine, oder zum Nutzen oder Vortheile einer nicht in Irland wohnhaften Person zu zahlen sind, wie auch wenn eine Person, welche die Ausbezahlung solcher Annuitäten, Dividenden oder Antheile an Annuitäten nachsucht, verweigern würde, eine solche Uebersicht oder Erklärung zu verfassen, oder zu unterzeichnen und zu überliefern, nachdem sie aufgefordert worden, eine solche nach der vorerwähnten Weise zu fertigen und zu überliefern, die zu diesem Zwecke bestellten Kommissäre die hierin in Bezug auf solche Annuitäten, Dividenden und Antheile an Annuitäten bewilligten Steuern dafür anrechnen und festsetzen, und auch

ihre Certificate solcher Besteuerungen auf dieselbe Weise ausfertigen und überliefern sollen, wie schon in Bezug auf die Besteuerungen verordnet worden ist, welche von den Kommissären aufzulegen sind, die zur Anrechnung und Bestimmung der Steuern auf Annuitäten aufgestellt worden, die aus den Einkünften des vereinigten Königreichs in England zu zahlen sind. Und in allen andern Fällen, wo solche Annuitäten, Dividenden oder Antheile an Annuitäten von dem besagten Gouverneur und der Bank-Gesellschaft an eine, oder zum Vortheile oder Nutzen einer nicht in Irland wohnhaften Person auszubezahlen sind, welche aber von den besagten Kommissären auf die hier oben bezeichnete Art nicht besteuert und belastet wurde, weil das Faktum des Nicht-wohnhaftseyns ihnen nicht auf die erwähnte Weise dargestellt wurde, sollen solche Annuitäten, Dividenden oder Antheile, welche in dem vorhergehenden Jahre empfangen oder fällig geworden sind, von der dazu berechtigten oder dabei betheiligten Person in Großbritannien verrechnet und nach den Regeln und Regulativen der Schedule D dieses Gesetzes besteuert und belastet werden, dieselben mögen in Großbritannien oder irgend wo anders vereinnahmt werden.

XCH. Und es sei festgesetzt, daß wenn irgend eine Person von dem Gouverneur und der Gesellschaft der Bank von Irland irgend eine Annuität, eine Dividende oder einen Antheil an einer Annuität, welche aus den öffentlichen Einkünften des vereinigten Königreichs zahlbar ist, für eine nicht in Irland wohnende Person, zu deren Nutzen oder Vortheil, empfängt, ohne vorher dem Kassier der besagten Bank die Erklärung und Uebersicht, welche nach diesem Gesetze in einem solchen Falle überliefert werden soll, zu übergeben, oder wenn irgend eine Person eine solche Erklärung oder Uebersicht, welche nicht getrülich Namen und Wohnort derjenigen und aller Personen enthält, für die oder um deren willen, zu deren Nutzen oder Vortheil sie die Bezahlung irgend einer solchen Annuität, Dividende, oder eines Antheils an einer Annuität fordert und nachsucht, ausfertigen, unterzeichnen oder überliefern würde, — die Person, welche versäumen oder unterlassen würde, eine solche vorhererwähnte Erklärung oder Uebersicht zu überliefern, oder welche eine unwahre Erklärung oder Uebersicht anfertigen, unterzeichnen oder überliefern würde, zur Zahlung des dreifachen Steuerbetrags, der auf solchen Annuitäten, Dividenden oder Antheilen an Annuitäten lastet, an Ihre Majestät verpflichtet seyn soll.

Und wenn irgend eine Person absichtlich oder auf eine betrügerische Weise vernachlässigen würde, eine solche Erklärung und Uebersicht zu übergeben, oder wenn sie absichtlich eine falsche Erklärung fertigen, unterzeichnen oder überliefern, oder betrügerische Kunstgriffe oder was immer für Intriguen mit der Absicht gebrauchen würde, Ihre Majestät um die nach diesem Gesetze auf irgend einer solchen Annuität, Dividende, oder auf irgend einem Antheil an einer Annuität lastende Besteuerung zu betrügen, so soll sie der Summe von hundert Pfund, außer und über den dreifachen Betrag der erwähnten Steuer, verlustig werden.

XCIII. Und es sei festgesetzt, daß die respectiven Corporationen, Gesellschaften und Personen, welche zu solchen Annuitäten und den dazu gehörigen Erträgnissen berechtigt sind, oder denen die Bezahlung der Annuitäten, Dividenden und Antheile an solchen öffentlichen Annuitäten, wie hierin beschrieben worden, anvertraut ist, nach Anzeige von dem Belaufe jedes Steueransatzes, welcher von Zeit zu Zeit auf die

*Esse hat, daß man unterläßt, eine Erklärung abzugeben, wenn man Dividenden oder Annuitäten in Irland für eine nicht dort wohnende Person in Empfang nimmt.*

*Strafen für betrügerische Erklärungen oder Uebersichten, die Steuer zu entgehen.*

*Kontingenzen sollen die Steuergeber bei Seite legen und parafschalten.*

erwähnte Weise gemacht werden soll (welche Anzeigen von Zeit gegeben werden sollen, wie und wann die Annuitäten, Dividenden oder Anttheile an Annuitäten fällig werden und vor der Ausbezahlung derselben), die auf diese Weise bestimmten Steuereträge für den Zweck dieses Gesetzes bei Stelle legen und jurückbehalten sollen, und jedes solche Beisetzlegen und Zurückbehalten der erwähnten Steuer soll als Zahlung an die Personen, Corporationen und Gesellschaften, welche zu den besagten Annuitäten, Dividenden und Anttheilen berechtigt sind, und zu Gunsten derselben geschehen angesehen werden, und alle Personen, Corporationen und Gesellschaften, welche zu solchen Annuitäten oder zu damit verknüpfen Erträgnissen oder zu irgend einem Theil derselben, oder zu solchen Dividenden oder Anttheilen an Annuitäten berechtigt sind, werden hiemit aufgefodert bei dem Empfange des nach Abzug der Steuer restirenden Betrages von besagten Annuitäten, Erträgnissen, Dividenden und Anttheilen, solche Zahlungen in Bezug auf die besagten Besteuerungen zu genehmigen; und die Corporationen und Personen, welche die Vertheilung solcher Annuitäten unter sich haben oder denen solche Zahlungen anvertraut sind, sollen hienach als für einen gleichen Betrag Geldes quittitt und entlastet betrachtet werden, gerade so als ob dasselbe wirklich den Personen bezahlt worden wäre, welchen solche Annuitäten, Erträgnisse, Dividenden und Anttheile gehören oder gehören möchten, oder denen sie nach dem Gesetze auszubezahlen wären.

Die bei Seite gelegten Gelder sollen in die Bank bezahlt werden.

XCIV. Und es sei festgesetzt, daß alle Gelder, welche in der Bank von England, in der Bank von Irland, in dem Südfsee-Hause und von den Kommissären der Staatsschuldentilgungs-Kasse in der Art bei Seite gelegt werden, von Zeit zu Zeit in die, mit dem Ubereinnehmer des Steuer- und Stempelamts bei der englischen Bank zu pflegenden Abrechnungen eingetragen werden sollen, wie unten vorgeschrieben werden wird, unter Beifügung eines Certificats über den Betrag der Besteuerung, nach welcher dieselben bezahlt werden sollen. Dieses Certificat soll unter der Hand zweier oder mehrerer Kommissäre gefertigt werden, die solche Besteuerung anlegen, und der Gouverneur und die Gesellschaft der Bank von England sollen auch den Betrag der von Zeit zu Zeit auf die Handels-Erträgnisse der besagten Kompagnie gelegte Besteuerung in dieselbe Rechnung eintragen lassen.

Minimum der zu versteuerten Dividenden.

XCv. Vorausgesetzt wird immer und sei festgesetzt, daß in Bezug auf die Annuitäten, Dividenden und Anttheile an Annuitäten, welche unter Schemula C von den verschiedenen Kommissären für solche Zwecke zu besteuern sind, es nicht nöthig sein soll, in den Fällen wo die halbjährige Zahlung solcher Annuitäten, Dividenden und Anttheile an Annuitäten nicht fünfzig Schillinge (30 fl.) beträgt, eine Steuer auf solche Beträge oder Zahlungen zu legen, sondern daß die Annuitäten, Dividenden oder Anttheile, deren halbjährige Zahlung nicht fünfzig Schillinge beträgt, nach dem dritten Falle der Schemula D angerechnet und besteuert werden sollen, in welcher Anweisungen gegeben sind, wie Erträgnisse von unbestimmtem jährlichen Betrage zu besteuern sind. Vorausgesetzt wird auch, daß keine Person genöthigt sein soll, eine Uebersicht über die Erträgnisse solcher Annuitäten, Dividenden oder Anttheile, deren halbjährige Zahlung fünfzig Schillinge oder mehr beträgt, und welche auf die hierin vorerwähnte Weise zu besteuern sind, einzusenden oder einer Buße für Nichteinsendung eines solchen Berichtes unterliegen soll, daß aber alle solche Dividenden und Anttheile, deren halbjährige Zahlung sich nicht auf fünfzig Schillinge beläuft, und von denen solche Steuer

nicht bezahlt wird, gehörig auf die früher erwähnte Weise bei Vermeidung der besagten Buße berichtet werden sollen.

XCVI. Und es sei festgesetzt, daß alle Personen (mit Ausnahme des Gouverneurs und der Gesellschaft der englischen Bank, der Direktoren der ostindischen Compagnie und der Kommissäre der Staatsschuldentilgungs-Kasse) welchen die Ausbezahlung von solchen Annuitäten oder Dividenden oder Antheilen an Annuitäten, die gezahlt werden aus den öffentlichen Einkünften einer Kolonie oder Niederlassung, die der Krone des vereinigten Königreichs, einer Person, Corporation oder Gesellschaft in Großbritannien gehört, anvertraut ist, oder welche dabei als Agenten oder in irgend einer andern, früher beschriebenen Eigenschaft thätig sind, ohne weitere Notification oder Aufforderung dazu, dem Oberamte für Steuern und Stempel in England einen schriftlichen Bericht, welcher ihren Namen und Wohnort, und eine Beschreibung der ihnen zur Ausbezahlung anvertrauten Annuitäten, Dividenden und Antheile zu enthalten hat, innerhalb eines Kalendermonats nachdem solche durch eine öffentliche Anzeige im Londoner Amtsblatt gefordert worden ist, überliefern oder überliefern lassen sollen, und daß sie auch, auf Verlangen des von den Kommissären für Steuern und Stempel dazu autorisirten Inspektors, diesem zum Gebrauche für die erwähnten Special-Kommissäre, getreue und vollständige Verzeichnisse über den Betrag der Annuitäten, Dividenden und Antheile, welche von ihnen zu bezahlen sind, überliefern oder überreichen sollen. Und die besagten Kommissäre für Specialzwecke sollen nach Schedule C die Steuer nach dem vorerwähnten Maßstabe anlegen, vorbehaltlich deren Verminderung in Folge der von besagten Special-Kommissären zu gestattenden Steuereremtionen, und den Betrag derselben den verschiedenen, mit den lehterwähnten Zahlungen betrauten Personen mittheilen, welche die Steuer von jenen Annuitäten, Dividenden und Antheilen zu Gunsten der dazu berechtigten Personen, Corporationen und Gesellschaften aus den in ihren Händen befindlichen Geldern bezahlen sollen; und sie sollen auf gleiche Weise für solche Zahlungen quittirt und das gleiche Verfahren soll in jeder Hinsicht unter den besagten Kommissären für Special-Zwecke beobachtet werden, wie früher in Betreff der Annuitäten, welche aus den Staatseinkünften des vereinigten Königreichs bezahlt werden, vorgeschrieben worden ist. Vorausgesetzt wird immer, daß die Personen, welchen solche Zahlungen anvertraut sind, von Zeit zu Zeit die auf diese Weise festgesetzten Steuern an die Bank von England auf die Abrechnung bezahlen sollen, welche diese, wie vorhererwähnt, mit dem Ober-einnehmer beim Stempel- und Steueramte zu halten hat; und sie sollen für solche Zahlungen verantwortlich seyn, und die so bestimmte Steuer soll, im Falle der Nicht-bezahlung, von den mit solchen Zahlungen betrauten Personen erhoben werden können, wie andere, Parteien angerechnete Steuern, von jenen erhoben werden können. Und wenn irgend eine Person, welcher die Auszahlung von solchen lehterwähnten Annuitäten, Dividenden und Antheilen an Annuitäten auf die besagte Weise anvertraut, oder welche als Agent oder in irgend einer andern, hierin beschriebenen Eigenschaft dabei thätig ist, verweigern oder vernachlässigen würde, einen Bericht über ihren Namen und Wohnort auf die vorgeschriebene Art zu erstatten, oder, auf Aufforderung, verweigern oder versäumen würde, einen Bericht über den Belauf der Annuitäten, Dividenden und Antheile an denselben, mit deren Ausbezahlung sie betraut oder bei deren Zahlung sie als Agent oder in einer andern hierin beschriebenen Eigenschaft thätig ist, zu übergeben,

Personen, welchen die Ausbezahlung von Colonial-Annuitäten anvertraut ist, sollen die Steuern darauf ablegen.

Die Kommissäre für Specialzwecke sollen die Steuern darauf anlegen.

so soll sie der Summe von hundert Pfund, außer der auf solchen Annuitäten, Antheilen oder Dividenden lastenden Steuer, verlustig werden.

*Scheine, die von d. Finanzkammer od. sonstigen Aemtern ausgegeben werden, und welche C. Obligationen stellen nach Schedula C. besteuert werden.*

XCVII. Und es sei festgesetzt, daß die Interessen, welche aus Staatsbetheilungen zahlbar sind auf Scheine, die von der Finanzkammer oder von andern öffentlichen Aemtern ausgegeben worden sind oder werden ausgegeben werden, welchen Namen solche Papiere immer haben mögen, mit den besagten Steuern nach den in Schedula C. enthaltenen Regeln belastet werden sollen von den Kommissären, welche die Erträgnisse von Aemtern in der besagten Finanzkammer, oder von andern Aemtern, bei welchen dieselben zahlbar sind, zu besteuern haben; und die Interessen, welche die ostindische Compagnie auf die von ihr ausgegebenen oder auszugebenden Obligationen zu zahlen hat, sollen mit besagten Steuern nach gleichen Regeln von den besagten, zu diesem Zwecke angeordneten Kommissären belegt werden. Diese Kommissäre sollen dieses Gesetz in Bezug auf die aus solchen Scheinen und Obligationen herrührenden Erträgnisse auf dieselbe Weise vollziehen, wie die zu Folge dieses Gesetzes angeordneten Kommissäre bevollmächtigt sind die Erträgnisse von Annuitäten, welche aus Staatsbetheilungen zu zahlen sind, zu besteuern. Und die besagten Kommissäre, welche hiermit autorisirt sind, dieses Gesetz in Bezug auf solche vorbelegte Scheine und Obligationen zu vollziehen, sollen Steuerbeamte und Einnehmer für die erwähnten, von Scheinen und Obligationen zu entrichtenden Steuern aus den Beamten aufstellen, welchen die Auszahlung solcher Scheine und Obligationen anvertraut ist, und diese sollen zur Zeit der Auszahlung derselben die darauf zu legende Steuer zu berechnen, nach solcher Berechnung in ein Besteuerungs-Zertifikat einzutragen, und dasselbe an den geeigneten, zur Bezahlung und Flüssigmachung solcher Scheine und Obligationen angeordneten Beamten zu befördern haben; und dieser Beamte wird hiemit bevollmächtigt, die besagten Steuergelder in Empfang zu nehmen und zurückzubalten, und an die Bank von England als Guthaben des Obernehmers der Stempel- und Steuer-Gefälle und zur Entrichtung solcher Steuern zu bezahlen. Und jede Person, welche solche im Umlauf befindliche Scheine oder Obligationen mit den laufenden Interessen empfängt oder kauft, soll berechtigt seyn und wird hiemit ermächtigt, von solchen Interessen den (betreffenden) Antheil der davon zu entrichtenden Steuer, auf die gleiche Weise und unter denselben Befugnissen und Bußen abzuziehen, wie bei Bezahlung von Interessen in andern Fällen geschehen kann, und als wenn die laufenden Interessen zu jener Zeit fällig und die besagten Steuern davon zu entrichten wären. Und die gleiche Berechnung und Anrechnung soll so oft gemacht werden, als neue Scheine oder Obligationen zur Abzahlung einer älteren Schuld mit Interessen, oder zur Bezahlung für Interessen, welche auf ältere Scheine oder Obligationen fällig waren, ausgegeben werden. Und die Person, welche solche Obligationen oder Scheine statt älterer und der Interessen, oder für solche Interessen empfängt, soll dem geeigneten Beamten zur Zeit der Empfangnahme solcher neuer Scheine oder Obligationen die volle, nach den Interessen solcher älterer Scheine oder Obligationen berechnete Steuer bezahlen.

*Ansprüche auf Steuerbefreiung sollen an die Kommissäre für Specialzwecke nach den folgenden Regeln gerichtet werden.*

XCVIII. Vorausgesetzt wird immer und sei festgesetzt, daß alle Ansprüche auf Befreiung von der besagten, nach den in Schedula C. enthaltenen Regeln zu bestimmende Steuer auf Annuitäten, Dividenden und Antheile an Annuitäten, welche aus den Einkünften des vereinigten Königreichs zahlbar sind, an die Special-Kommissäre bei

dem Oberamt für Steuern und Stempel in England nach folgenden Regeln gerichtet werden sollen; nämlich:

Erstens: Alle Ansprüche sollen schriftlich in der von den Stempel- und Steuer-Kommissären bezeichneten Form gemacht werden, und die besagten Kommissäre für Specialworte sollen dieselben von einer jeden solchen Person, wenn es ihnen nothwendig scheint, eidlich bekräftigen lassen, und dieser Eid soll so wie in allen Fällen, welche einer Untersuchung vor den besagten Kommissären unterworfen sind, abgelegt werden; und sie sollen die Befugniß haben, von allen Personen, welche sie für gut finden werden in Bezug auf solche Ansprüche zu befragen, getreue eidliche Antworten, welche auf die vorhererwähnte Weise abzugeben sind, auf alle solche Fragen, die sie für wesentlich bezüglich solcher Ansprüche halten, zu verlangen und zu fordern.

Zweitens: So oft die Kommissäre für Specialworte solche Exemptionen gestatten, sollen sie eine Anweisung zur Ausbezahlung der Summen, welche für die Steuer auf solche Annuitäten, Dividenden und Antheile, bezüglich welcher sie eine solche Vergünstigung gestattet haben, zurückbehalten worden sind, den betreffenden, darauf Anspruch machenden Personen, oder den Agenten oder Anwälten ertheilen, welche autorisirt sind, die besagten Annuitäten, Dividenden und Antheile für die besagten Anspruch Machenden zu empfangen; und solche Zahlungen sollen auf dieselbe Weise geleistet werden, wie hierin in Bezug auf die unter Nr. V. der Schedula A dieses Gesetzes bewilligten Steuerbefreiungen vorgesehen worden ist.

XCIX. Und es sei festgesetzt, daß wenn irgend eine Person mit der Absicht, die Steuern Ihrer Majestät zu defraudiren, falscher oder betrügerischer Weise Ansprüche, für sich oder andere Personen, auf Befreiung von den Steuern, welche auf Annuitäten, Dividenden, oder Antheile an solchen gelegt sind, im Widerspruche mit diesem Gesetze machen würde, jede solche Person der Summe von hundert Pfund verlustig werden soll, und, wenn solche Ansprüche von einer Person in ihrer eigenen Sache gemacht werden, dann soll sie überdieß zur Entrichtung der dreifachen, auf solchen Annuitäten und Antheilen lastenden Steuer verpflichtet seyn.

C. Und es sei festgesetzt, daß die hiemit bewilligten in Schedula D enthaltenen Steuern nach den folgenden Regeln aufgelegt und bestimmt werden sollen; und diese Regeln sollen als ein Theil dieses Gesetzes angesehen und als ebenso auf die Steuer bezüglich betrachtet werden, wie wenn dieselben unter einem besondern Gesetzartikel eingerückt wären.

#### Schedula D.

Die besagten lehterwähnten Steuern sollen sich auf jede Gattung von Eigenthum oder Ertragnissen, welche nicht schon in den Scheduln A, B oder C enthalten ist, und auf jede Gattung von nutzbringenden Beschäftigungen erstrecken, welche nicht in Schedula E enthalten und nicht besonders von den besagten Steuern ausgenommen sind; und sie sollen jährlich den Personen, öffentlichen Vereinen oder Corporationen, Bruderschaften, Genossenschaften, Kompagnien und Gesellschaften, ob Corporation oder nicht Corporation, welche solche beziehen oder dazu berechtigt sind, ihren Excutoren, Administratoren, Nachfolgern und Kuratoren auferlegt und von denselben bezahlt werden.

*Strafe für betrügerische Ansprüche auf Steuerbefreiung für Jemem.*

*Die Steuern und Regulative in Schemula D sind als Theil des Gesetzes zu betrachten.*

*Auf was sich die Steuer erstreckt und von wem sie bezahlt werden soll.*

Regulative zur Bestimmung der Steuern.

Regeln zur Festsetzung der besagten letztgenannten Steuern in besondern hier erwähnten Fällen.

Erster Fall: Steuern, welche auf Gewerbe (und Handel), Fabriken, Unternehmungen, oder gewerbähnliche Geschäfte, welche nicht in irgend einer andern Schedula dieses Gesetzes enthalten sind, gelegt werden sollen.

#### Regeln.

Berechnung der Steuer auf Handel und Gewerbe.

Erstens: Die Steuern, welche in dieser Hinsicht anzurechnen sind, sollen nach keiner geringern Summe als nach dem vollen Betrage der Bilanz der Ertragnisse oder Gewinne eines solchen Gewerbes, einer solchen Fabrik, eines solchen Unternehmens oder Geschäftes, und zwar nach einem richtigen und billigen Durchschnitt von drei Jahren, berechnet werden, welcher an dem Tage des dem Besteuerungsjahre unmittelbar vorhergehenden Jahres zu ende hat, an welchem die Rechnungen der besagten Gewerbe, Fabriken, Unternehmungen oder Geschäfte gewöhnlich abgeschlossen worden sind, oder an dem fünften April, welcher dem Steuerjahre vorhergeht. Und sie sollen ohne irgend einen andern, als den hier nachstehend gestatteten Abzug angerechnet, festgesetzt und bezahlt werden. Vorausgesetzt wird immer, daß in Fällen, wo das Gewerbe, die Fabrik, das Unternehmen oder Geschäft innerhalb der besagten Periode von drei Jahren errichtet und angefangen wurde, die Berechnung auf Ein Jahr, nach dem Durchschnitt der Bilanz der Ertragnisse und Gewinne von der Zeit der ersten Errichtung desselben an, gemacht werden soll. Vorausgesetzt wird auch, daß in Fällen, wo das Gewerbe, die Fabrik, das Unternehmen oder Geschäft innerhalb des Steuerjahres angefangen und errichtet worden ist, die Berechnung nach der Regel des sechsten Falles dieser Schedul gemacht werden soll.

Auf wem sich die Steuer auszuheben soll.

Zweitens: Die besagte Steuer soll sich auf jede Person, jeden öffentlichen Verein oder jede Corporation, Bruderschaft, Verbindung, Compagnie oder Gesellschaft, und auf jede Kunst, auf jedes Gewerbe, jedes Unternehmen oder Geschäft ausdehnen, welches von jenen in Großbritannien oder sonst wo, wie schon gesagt, geführt wird. Ausgenommen sind hievon immer solche Unternehmungen und Geschäfte in Betreff von Ländereien, Grundstücken, Erbgütern oder Erbgründen, welche in Schedula A erwähnt und als darnach zu besteuern bezeichnet sind.

Abzüge sollen nicht erlaubt seyn.

Drittens: Bei der Berechnung der Bilanz von Ertragnissen und Gewinnen, welche nach Schedula D zu besteuern sind, oder bei Festsetzung der auf dieselben zu legenden Steuern, soll keine Summe von solchen Ertragnissen oder Gewinnen abgezogen und abgerechnet werden, oder abzuziehen und abzurechnen erlaubt seyn, welche für die Reparatur von Gebäuden, die für die Zwecke des Gewerbes, der Fabrik, des Unternehmens oder Geschäftes benützt werden, verausgabt wurde, noch für irgend eine Summe, welche für die Anschaffung, Ausbesserung oder Abänderung von Werkzeugen, Geräthschaften oder von andern für solche Gewerbe, Fabriken, Unternehmungen und Geschäfte erforderlichen Artikeln ausgegeben wurde, außer der Summe, welche, nach einem dreijährigen Durchschnitt von dem Jahre zurückgerechnet, in welchem eine solche Besteuerung stattfindet, gewöhnlich zu solchen Zwecken verausgabt wird; noch für Verluste, die nicht mit solchen Gewerben, Fabriken, Unternehmungen oder Geschäften in Verbindung stehen oder von denselben herrühren; noch für von denselben zurückgegebene Kapitale; noch für irgend eine Summe, welche als Kapital in einem solchen



Gewerbe, einer solchen Fabrik, einem solchen Unternehmen oder Geschäfte verwendet wird oder verwendet werden soll; noch für irgend eine zur bessern Einrichtung von Gebäuden, welche für die Zwecke von solchen Gewerben, Fabriken, Unternehmungen oder Geschäften gebraucht werden, ausgegebene Summe; noch für oder unter dem Vorwande von Interessen, welche von solchen Summen gewonnen werden könnten, wenn dieselben auf Interesse angelegt wären; noch für Schuldforderungen, ausgenommen für uneinbringliche, welche als solche zur Zufriedenheit der Kommissäre nachgewiesen werden; noch für einen durchschnittlichen Verlust über den wirklichen Betrag des Verlusts nach Ausgleichung des Schadens, noch für irgend eine Summe, welche mittels einer Versicherung oder eines Sicherstellungskontrakts wieder zu erlangen ist.

Zweitens: Bei Berechnung des Betrages der Erträge und Gewinne, welche auf die vorhererwähnte Weise entstehen, soll kein Abzug für jährliche Interessen, oder Annuitäten oder andere jährliche, von solchen Erträgen und Gewinnen zu entrichtende Zahlungen gemacht werden.

Dritter Fall: Die Steuern, welche auf künstlerische und wissenschaftliche Fächer, Beschäftigungen, oder Berufsarten, die nicht in irgend einer andern Schedula dieses Gesetzes begriffen sind, gelegt werden sollen.

Kein Abzug für jährliche Interessen.

#### Regeln.

Erstens: Die besagte Steuer auf Beschäftigungen soll sich auf jede durch Uebereinkunft festgesetzte Beschäftigung, welcher Art immer, ausdehnen, möge solche Uebereinkunft für die Dauer eines Jahres oder für eine längere oder kürzere Periode geschlossen seyn, und auch auf alle Erträge und Verdienste, wie groß auch ihr Betrag seyn mag, wofür nur die nachfolgenden Exemptionen bestehen.

Auf was sich die Steuer ausdehnen soll.

Zweitens: Die aufzuliegende Steuer soll zu keiner geringeren Summe als dem vollen Betrage der Bilanz der Erträge, Gewinne und Accidenzen solcher Berufsarten, Fächer oder Beschäftigungen innerhalb des vorhergehenden Jahres, dessen Ende wie in dem ersten Falle zu bestimmen ist, berechnet werden (nach Vornahme der in diesem Gesetze erlaubten Abzüge und sonst keiner andern), und diese Steuer soll nach dem wirklichen Betrage solcher Erträge oder Gewinne ohne irgend einen Abzug bezahlt werden und den gleichen Bestimmungen unterworfen seyn, die in Betreff der Durchschnittsperiode für den ersten Fall gegeben worden, in den Fällen, wo solche Berufsarten, Beschäftigungen oder Fächer innerhalb der hierin bestimmten Periode ergriffen und angefangen wurden.

Berechnung der Steuer auf Fächer der Kunst u. Wissenschaft.

Drittens: Die dritte und vierte Regel des ersten Falles sollen sich auch auf die in dem zweiten Falle begriffenen Erträge erstrecken, insofern dieselben hier überhaupt anwendbar sind.

Gewisse Regeln des ersten Falles sollen sich auf den zweiten erstrecken.

#### Auf die beiden vorhergehenden Fälle anwendbare Regeln.

Erstens: Bei der Berechnung der Bilanz der Erträge und Gewinne, welche nach dem ersten oder zweiten Falle besteuert werden, soll keine Summe von solchen Erträgen oder Gewinnen abgezogen oder abgerechnet werden, oder abzüglich oder abzurechnen erlaubt seyn, für irgend welche Auslagen oder Ausgaben, wenn es nicht Gelder sind, die ausschließlich und einzig für die Zwecke solcher Gewerbe, Fabriken,

Abzüge, die in dem ersten und zweiten Falle nicht zu erlangen sind.

Unternehmungen oder Geschäfte, oder solcher Berufsweige, Beschäftigungen oder Fächer ausgelegt oder verwendet wurden; noch für Ausgaben oder Auslagen zur Unterhaltung der Parteien, ihrer Familien oder ihres Haushaltes; noch für die Miete oder den Werth eines Wohnhauses oder Nebengebäudes, oder für einen Theil eines Wohnhauses oder Nebengebäudes, mit Ausnahme eines solchen Theiles desselben, der für die Zwecke solchen Gewerbes oder Geschäftes gebraucht wird und nicht das Verhältniß der besagten Miete oder des hierin später erwähnten Werthes überschreitet; noch für irgend eine Summe, welche für andere häusliche oder Privatwede ausgegeben worden, die von den Zwecken solcher Gewerbe, Fabriken, Unternehmungen, Geschäfte, Berufsweige, Beschäftigungen oder Fächer verschieden sind.

Die Steuern auf Gewerbe sollen exclusive der Ertragnisse von Bübereien berechnet werden.

Zweitens: Die Berechnung der Steuern, welche auf Gewerbe, Fabriken, Unternehmungen, Geschäfte, oder auf irgend ein Fach zu legen sind, mögen dieselben von einer oder von mehreren Personen zusammen, von irgend einer Corporation, Gesellschaft, Bruderschaft oder Kompagnie geführt werden, soll exclusive der Ertragnisse oder Gewinne von Ländereien, Grundstücken oder Erbgütern, die für den Zweck solcher Fächer, Gewerbe, Fabriken, Unternehmungen oder Geschäfte gebraucht werden, gemacht werden.

Wie die Steuer in Bezug auf Gewerbe, welche von zwei oder mehr Personen betrieben werden, festzusetzen ist.

Drittens: Die Berechnung der Steuer von Gewerben, Fabriken, Unternehmungen oder Geschäften, oder einem der bezeichneten Fächer, die von zwei oder mehreren Personen gemeinsam betrieben werden, sollen gemeinsam und unter einer Summe gemacht und verzeichnet werden, gesondert und getrennt von jeder andern Steuer, welche dieselben Personen oder irgend eine von ihnen zu entrichten hat; und die Uebersicht des in Großbritannien wohnhaften Theilnehmers, der zuerst in dem Compagnie-Vertrage, Kontrakte, oder in einer sonstigen dergleichen Uebereinkunft genannt ist (oder, wenn kein solcher Vertrag, Kontrakt oder keine solche Uebereinkunft der Compagnie vorhanden wäre — die des Theilnehmers, welcher allein oder voraus vor dem oder den andern Theilnehmern in dem gewöhnlichen Namen, Titel oder der Firma einer solchen Compagnie genannt wird, oder, wenn ein solcher voranstehender Theilnehmer kein thätiger Theilnehmer wäre, dann die des obenanstehenden thätigen Theilnehmers), — welcher hiemit, unter Androhung der hierin für Vernachlässigungen bezüglich der Anfertigung solcher Listen bestimmten Bußen, aufgefordert wird, einen solchen Bericht für sich und den oder die andern Theilnehmer, deren Namen und Wohnungen in einem solchen Berichte gleichfalls angeführt werden sollen, zu verfassen — soll hinreichen, um solche Theilnehmer zusammen zu besteuern. Vorbehalten wird immer, daß, wenn keiner jener Theilnehmer in Großbritannien wohnen würde, die Uebersicht durch deren in Großbritannien wohnhaften Agenten, Verwalter oder Faktor, für alle solche Theilnehmer zusammen verfaßt und übergeben werden soll, und solche gemeinsame Besteuerung soll auf den Namen, Titel, die Firma oder Bezeichnung der Gesellschaft gemacht werden, und keine getrennte Uebersicht soll in irgend einem Fall solcher Theilnehmerschaft zugelassen werden, ausgenommen, wenn ein Theilnehmer gesondert eine hierin bestimmte Begünstigung anspricht, oder für getrennte Unternehmungen Rechenschaft gibt; stets vorausgesetzt, daß, wenn irgend ein Theilnehmer, welcher zu einer Ausnahme berechtigt ist, das Verhältniß seines Antheils an einer solchen Gesellschaft, einem solchen Gewerbe, Fache oder Geschäfte behufs einer getrennten Besteuerung für obigen Zweck deklarirt, so gestattet seyn soll, einen solchen Theilnehmer getrennt zu besteuern. Wenn aber

kein solcher Anspruch gemacht wird, dann soll eine solche Besteuerung nach der Größe der Erträgnisse und Gewinne einer solchen Gesellschaft zusammen angelegt werden. Es bleibt auch vorbehalten, daß jeder Theilnehmer an einem solchen Gewerbe, Fach oder Geschäfte, bezüglich dessen schon von einem der vorbezeichneten vorgehenden Theilnehmer Bericht erstattet worden ist, seinen Namen und Wohnort berichten kann, sowie daß er ein solcher Theilnehmer ist, ohne den in dieser Hinsicht zahlbaren Steuerbetrag anzugeben, wenn die betreffenden Kommissäre es nicht für nöthig erachten sollten, einen weiteren Bericht zu fordern, in welchem Fall es solchen Kommissären erlaubt seyn soll, von jedem Associé den gleichen Bericht, die gleiche Mittheilung und das gleiche Zeugniß zu fordern, wie sie es hienach von dem vorgehenden Theilnehmer zu fordern berechtigt sind.

Viertes: Wenn unter den Personen, die zu irgend einem Gewerbe, einer Fabrik, Unternehmung, oder irgend einem Geschäfte oder Fach, als Associés verbunden sind, irgend eine Aenderung in Betreff solcher Gesellschaft, entweder durch Tod oder durch Auflösung der Gesellschaft, in Hinsicht aller oder einiger der Theilnehmer stattfindet, oder dadurch daß ein anderer Theilnehmer darin vor der Zeit der Besteuerung, oder innerhalb der Periode, für welche die Besteuerung diesem Gesetze gemäß angelegt werden soll, ausgenommen wird, oder wenn irgend eine Person ein Gewerbe, eine Fabrik, Unternehmung, ein Geschäft oder Fach innerhalb solcher vorerwähnter Periode geerbt hat, so soll die Steuer, welche in Hinsicht einer solchen Gesellschaft, oder des einen oder andern solcher Theilnehmer, oder irgend einer Person, die ein solches Gewerbe, eine solche Fabrik, Unternehmung, ein solches Geschäft oder ein solches Fach erbt, zu zahlen ist, nach den Erträgnissen und dem Gewinn eines solchen Geschäftes während der hierin erwähnten Perioden berechnet und ausgemittelt werden, ungeachtet solcher vorbesagter Aenderung oder solchen Erbschafts, wenn nicht solcher Theilnehmer oder die Person, die ein solches Geschäft erbt, den betreffenden Kommissären befriedigend nachweisen würde, daß die Erträgnisse oder Gewinne eines solchen Geschäftes aus einer bestimmten, ihnen anzuführenden Ursache, seit eine solche Aenderung oder Erbschaft stattgefunden hat, oder wegen derselben abgenommen haben oder abnehmen werden.

Fünftens: Jede Uebersicht von Erträgnissen, die nach dieser Schedula zu besteuern sind, soll alle Steuerquellen einschließen, für welche die Person, die dieselbe für sich selbst oder für irgend eine andere Person überliefert, zu besteuern ist, und Jedermann soll auf die Gesamtsumme solcher Abgaben in einem und demselben Districte und von denselben Kommissären besteuert werden, ausgenommen in Fällen, wo dieselbe Person an verschiedenen Gesellschaften theilhaftig ist oder in verschiedene Gewerbe oder Fabriken-Geschäfte an verschiedenen Orten sich eingelassen hat, in welchen Fällen eine gesonderte Besteuerung in Hinsicht jeder Unternehmung an dem Orte, wo solches Geschäft, wenn gesondert geführt, besteuert werden soll, vorgenommen werden muß, wie es hierin verordnet ist; und jede solche Uebersicht zu Gunsten einer andern Person, für welche solche Person besteuert seyn sollte, weil sie in irgend einer der früher erwähnten Eigenschaften handelt, oder zu Gunsten einer Corporation, Verbindung, Bruderschaft, Compagnie oder Gesellschaft, soll alle Quellen einschließen, welche wie vorerwähnt, zu besteuern sind, und soll in dem Bezirke übergeben werden, wo eine solche Person, Corporation, Verbindung, Bruderschaft, Compagnie oder Gesellschaft zu besteuern wäre, wenn sie für sich selbst handelte.

Im Falle einer Aenderung in der Theilnehmerschaft soll die Steuer nach den Erträgnissen vor d. Aenderung angelegt werden.

Die Steuer soll in einem Bezirke aufgelegt werden, ausgenommen im letzteren Bezirke bei verschiedenen Gesellschaften in verschiedenen Orten theilhaftig ist.

**Dritter Fall:** Die Steuer soll gelegt werden auf Erträgnisse von ungewissem jährlichen Betrage, welche nicht in *Schedula A* bereits besteuert worden.

Berechnung d. Steuer  
auf ungewisse Er-  
trägnisse.

Erstens: Die Steuer, welche in dieser Hinsicht aufzulegen ist, soll nach einer Summe, die nicht geringer als der volle Betrag der betreffenden Erträgnisse oder Gewinne innerhalb des vorhergehenden Jahres, dessen Ende wie in dem ersten Falle zu bestimmen, berechnet und nach dem wirklichen Betrage solcher Erträgnisse oder Gewinne ohne Abzug bezahlt werden.

Auf Interessen, die  
nicht jährlich sind.

Zweitens: Die Erträgnisse von allen Creditpapieren, welche aus Staatseinkünften zahlbare Interessen tragen (ausgenommen Creditpapiere, die, wie früher bestimmt, nach den Regeln von *Schedula C* besteuert werden sollen), dann von allen Discontos, und von allen nicht jährlichen Geld-Interessen, die von irgend einer Person zu zahlen sind oder bezahlt werden, sollen nach der vorhergehenden Regel in diesem Falle angerechnet werden.

Auf Viehhändler  
und Milchverkäufer.

Drittens: Wenn die Kommissäre auf vorgenommene Prüfung finden sollten, daß von einem Viehhändler, Milchverkäufer oder Milchhändler bewirtschaftete Grundstücke (welche nach dem Zins oder jährlichen Ertrage angeschlagen und versteuert worden sind) nicht hinreichen für die Ernährung und Unterhaltung des Viehes, welches auf die besagten Grundstücke gebracht worden ist, so daß der Zins oder jährliche Ertrag von besagten Grundstücken eine richtige Schätzung für den Gewinn eines solchen Händlers nicht abgibt, so soll es besagten Kommissären gestattet seyn, eine Angabe solcher Erträgnisse zu fordern, und eine solche weitere Summe darauf anzurechnen, daß sie, zusammen mit der Steuer für die Innehabung der besagten Grundstücke, die volle Summe ausmachen wird, womit ein solcher Händler besteuert werden sollte für den gleichen Betrag von Erträgnissen, wenn nach der ersten Regel in diesem Falle angerechnet.

Berechnung d. Steuer  
auf Creditpapiere  
Irlands, der Kolonien  
u. s. und fremder  
Staaten.

Vierter Fall: Steuer, welche auf Interessen angerechnet werden soll, die von Creditpapieren Irlands oder der brittischen Kolonien in Amerika oder irgend eines andern Besitzthums Ihrer Majestät außerhalb Großbritannien, und von ausländischen Creditpapieren entrichtet werden; ausgenommen solche Annuitäten, Dividenden und Antheile, die nach *Schedula C* dieses Gesetzes besteuert werden sollen.

Die Steuer, welche in dieser Hinsicht aufzulegen ist, soll nach einer Summe berechnet werden, die nicht geringer seyn darf, als der volle Betrag der Summen (insoweit dieselben berechnet werden können), welche in Großbritannien im laufenden Jahre empfangen wurden oder werden, ohne einen Abzug oder eine Verminderung irgend welcher Art.

Berechnung d. Steuer  
auf Besizungen in  
Irland und den Ko-  
lonien u.

Fünfter Fall: Steuer, welche auf Besizungen in Irland, oder in den brittischen Kolonien in Amerika, oder in irgend einem andern Besitzthume Ihrer Majestät außerhalb Großbritannien, und auf ausländische Besizungen gelegt werden soll.

Die Steuer, welche in dieser Hinsicht aufzulegen ist, soll auf nicht weniger berechnet werden, als den vollen Betrag der wirklichen Summen, die jährlich in Großbritannien empfangen werden, entweder an Renteen von da, die in Großbritannien zahlbar sind, oder von Vermögen, welches von da nach Großbritannien gebracht wird, oder von Geld oder Geldeswerth, welcher in Großbritannien empfangen worden und aus Vermögen herrührt, das nicht nach Großbritannien gebracht wurde, oder von Geld oder Geldeswerth, der resp. das auf Credit oder Rechnung solcher Geldsendungen,

solchen Vermögens, Geldes oder Werthes, welche nach Großbritannien gebracht worden oder gebracht werden sollen, empfangen wurde, nach einer Durchschnittsberechnung der drei vorhergehenden Jahre, wie es in dem ersten Falle festgesetzt ist, ohne irgend einen andern Abzug oder eine andere Steuererminderung, als in einem solchen Falle oben erlaubt worden ist.

Erster Fall: Steuer, welche auf jährliche Erträgnisse oder Gewinne angerechnet werden soll, welche nicht unter eine der vorhergehenden Regeln fallen und welche nicht kraft einer der in diesem Gesetze enthaltenen andern Schemata besteuert worden sind.

Berechnung d. Steuer auf andere, nach nicht besteuerten Gewinnen.

Die Art solcher Erträgnisse oder Gewinne und der Maßstab, nach welchem der Betrag derselben berechnet werden, sowie die Durchschnittsberechnung (wenn eine solche vorgenommen worden), soll den Kommissären berichtet werden, und die Berechnung soll entweder nach dem vollen Betrag der jährlich eingehenden Erträgnisse und Gewinne angesetzt werden, oder nach dem Durchschnitte einer Periode, die größer oder kleiner als ein Jahr seyn kann, je nachdem der Fall es erfordert und wie es von den besagten Kommissären festgesetzt wird; und eine solche Uebersicht und Berechnung soll verfaßt werden nach dem besten Glauben und Wissen der Person, die dieselben empfängt oder dazu berechtigt ist.

CI. Vorausgesetzt wird immer und sei festgesetzt, daß nichts von dem, was hierin enthalten, so erklärt werden solle, als könne eine Person, welche, entweder allein oder in Kompagnie, zwei oder mehrere verschiedene Gewerbe, Fabriken, Unternehmungen oder Handelsgeschäfte treibt, deren Erträgnisse nach den Regeln der Schemata D steuerbar sind, abgehalten werden, von dem in einem oder in mehreren solcher Geschäfte erlangten Gewinne die in andern solchen Geschäften über den Gewinn daraus erlittenen Verluste auf die nämliche Weise abzugiehen und abzurechnen, wie nach diesem Gesetze gethan werden kann, wenn ein Verlust von dem Gewinne desselben Geschäftes abzugiehen ist, oder daß eine solche Person abgehalten werden könne, besondere Uebersichten über dieselben zu machen, oder daß eine Person, welche ein Haus in Miete hat, wovon ein Theil für die Zwecke der hierin besteuerten Gewerbe, Häuser oder Geschäfte gebraucht wird, abgehalten werden könne, von dem Gewinne eines solchen Gewerbes, Geschäftes oder Hauses eine (entsprechende) Summe abzugiehen und abzurechnen, welche aber nicht über zwei Dritttheile des für ein solches Wohnhaus mit Zugehör bona fide bezahlten Zinses gehen darf, und so viel als von den betreffenden Kommissären nach reiflicher Ueberlegung genehmigt werden wird; und die verschiedenen Kommissäre sollen volle Autorität haben, solche Abzüge wie in andern Fällen zu erlauben und solche Personen demgemäß zu besteuern.

Personen, welche zwei oder mehr Geschäfte führen, können in einem bestimmten Verlaufe von dem in einem andern erlittenen Gewinne abrechnen.

CII. Und es sei festgesetzt, daß für alle Annuitäten, jährliche Geldinteressen oder andere jährliche Zahlungen, — solche Zahlungen mögen in oder außerhalb Großbritannien zahlbar seyn, sei es als eine Last auf dem Besitze der Person, welche dieselben zufolge eines Vertrags, eines Testamentes oder aus einem andern Grunde zu zahlen hat, oder als Reservation, oder als persönliche Schuld oder Obligation zufolge eines Kontraktes, dieselben mögen ferner halbjährig oder in kürzern oder längern Fristen empfangen werden und fällig sein, — je für zwanzig Schillinge des jährlichen Betrages, die Summe von sieben Pence, ohne Abzug, angerechnet werden soll, nach und unter den Bestimmungen, nach welchen die Steuern in dem dritten Falle der

Berechnung d. jährlichen Interessen, die auf keine andere Weise besteuert sind.

Bei Interessen von bestimmten Erträgen soll ein Abzug gemacht werden.

Schedula D anzurechnen sind; vorausgesetzt, daß in jedem Falle, wo dieselben aus Erträgen oder Gewinnen zu zahlen sind, die kraft dieses Gesetzes besteuert werden, die Steuer nicht der Person auferlegt werden soll, die zu einer solchen Annuität, zu solchen Interessen oder zu einer andern jährlichen Zahlung berechtigt ist, sondern daß für das Ganze solcher Erträge oder Gewinne die Steuer auf die Person gelegt werden soll, die zu einer solchen jährlichen Zahlung verpflichtet ist, ohne Unterschied hinsichtlich einer solchen jährlichen Zahlung; und die Person, welche in dieser Weise verpflichtet ist, eine solche jährliche Zahlung zu leisten, sei es aus den mit Steuer belasteten Erträgen oder Gewinnen oder aus irgend einer jährlichen Zahlung, welche einem Abzuge unterworfen oder von welcher ein Abzug gemacht worden ist, soll bezugt seyn, von solcher jährlichen Zahlung nach dem Verhältnisse von sieben Pence je für zwanzig Schillinge des Betrags einen Abzug zu machen, und die Person, welcher eine solche, dem Abzuge unterworfenene Zahlung geleistet werden soll, soll solchen Abzug nach dem vollen Verhältnisse der hiernach darauf zu legenden Steuer, beim Empfange des Restbetrags eines solchen Geldes bei Vermeidung der hierunter bestimmten Strafe bewilligen, und die mit den besagten Steuern belastete Person soll, nachdem sie solchen Abzug gemacht hat, für so viel Geld entlastet und quittirt werden, als solcher Abzug beträgt, gerade so, als ob der Betrag wirklich der Person, welcher solche Zahlung zu leisten und zu zahlen, bezahlt worden wäre. Aber in jedem Falle, wo irgend eine der vorerwähnten jährlichen Zahlungen, well dieselbe auf irgend einem irischen Besitzthume oder Kreditpapiere, oder einem solchen der britischen Kolonien oder irgend einer andern Besitzung Ihrer Majestät, oder auf einem ausländischen Besitzthume oder ausländischen Kreditpapieren laßt, oder auf andere Art, ohne Abzug, wie vorerwähnt, empfangen worden oder zu empfangen ist, und in jedem Falle, wo irgend eine solche Zahlung von durch dieses Gesetz nicht belasteten Erträgen oder Gewinnen geleistet wird, oder wo Geldinteressen nicht für den Zeitraum eines Jahres vorbehalten oder auferlegt oder zahlbar sind: dann und in jedem solchen Falle soll solchen Interessen, Annuitäten oder anderen jährlichen Zahlungen, wie vorerwähnt, die vorbezeichnete Steuer angerechnet werden, nach und unter den verschiedenen Bestimmungen, nach welchen die Steuer in dem dritten Falle von Schemula D anzurechnen ist. Voraus-

Alle andern Interessen sollen nach Schemula D besteuert werden.

Die Interessen von Abgaben sollen dem Beamten angerechnet werden, der die Rechnung führt.

gesetzt wird immer, daß, wenn irgend Jemand, welcher Steuern oder Abgaben zu fordern hat, die nicht nach diesem Gesetze als Erträge besteuert sind, zu solchen Interessen berechtigt ist, es verstatet seyn soll, den geeigneten Beamten, der die Führung der Rechnung hat, mit der von solchen Interessen zahlbaren Steuer zu belasten, und jeder solcher Beamte soll für alle Handlungen, Sachen und Dinge, die zu einer passenden Ansehung der besagten Steuern und deren Zahlung nothwendig sind, verantwortlich seyn, als ob solche Steuern oder Abgaben nach diesem Gesetze anzurechnende Erträge wären, und ein solcher Beamte soll auf gleiche Weise für alle solche Handlungen schuldlos gehalten werden, als ob die besagten Steuern und Abgaben anzurechnen wären.

Steuert bei Verweigerung von Abzügen.

CHII. Und es sei festgesetzt, daß, wenn irgend eine Person verweigert, einen durch dieses Gesetz autorisirten Abzug von der Zahlung jährlicher Interessen für geliehenes Geld, oder von einer andern Schuld, welche ein jährliches Interesse trägt, dieselbe mag durch eine Hypothek oder auf eine andere Weise gesichert seyn, zu gestatten,

— sie für jede solche Gesetzesübertretung des dreifachen Betrages eines solchen Kapitals oder einer solchen Schuld verlustig werden soll. Und wenn irgend eine Person verweigern würde, einen durch dieses Gesetz autorisirten Abzug von irgend einem Zinse oder von einer andern, in der neunten und zehnten Regel von Art. IV. *Schedula A* erwähnten jährlichen Zahlung, oder von irgend einer Annuität oder jährlichen, in *Schedula C* oder *E*, oder in der nächst vorhergehenden Klausel erwähnten Zahlung zuugeben, — ausgenommen solche jährliche Interessen, wie vorher bezeichnet worden — so soll solche Person der Summe von fünfzig Pfund verlustig werden; und alle abgeschlossenen und vollzogenen, oder zu schließenden und zu vollziehenden Kontrakte, Beträge und Uebereinkünfte bezüglich der vollen Bezahlung vorerwähnter Interessen, Zinse oder anderer jährlicher Zahlungen, ohne Befristung eines solchen schon erwähnten Abzuges, sollen null und nichtig seyn.

CIV. Und es sei festgesetzt, daß, wenn den besagten Kommissären, die in dem Distrikt fungiren, wo die das Gesetz stellende Person wohnt, befriedigend nachgewiesen wird, daß Interessen, Annuitäten oder andere Zahlungen jährlich aus den Erträgen und Gewinnen geleistet werden sollen, die kraft dieses Gesetzes nach den in *Schedula D* specificirten Regeln, und nach jenem Verhältniß, ohne irgend einen Abzug auf Rechnung derselben, bona fide berechnet und besteuert worden sind, solche Kommissäre bezeugt seyn sollen, ein Certificat darüber, das von zweien derselben eigenhändig zu unterzeichnen ist, in der unter der Autorität dieses Gesetzes bestimmten Form, auszustellen. Dieses Certificat soll die so besteuerte Person bei der Entrichtung eines solchen Zinse, solcher Annuität oder anderer jährlicher Zahlung berechtigen, so viel davon abzuziehen und abzuziehen, als eine gleiche Steuer auf solche Interessen, Annuitäten, oder andere jährliche Zahlungen betragen würde; und jede Person, welcher solches Interesse, solche Annuität oder andere jährliche Zahlung geleistet wird, soll diese Abzüge und Zahlungen bei dem Empfang des Ueberrestes von solchem Interesse, solcher Annuität oder anderer jährlichen Zahlung gestatten, und die Person, welche dieselben bezahlt, soll für so viel Geld quittirt und entlastet werden, als eine gleiche Steuer darauf betragen würde, gerade als ob dasselbe wirklich der Person bezahlt worden wäre, welcher solches Interesse, solche Annuität oder andere jährliche Zahlung gehört und zahlbar ist, vorbehaltlich, daß kein solches Certificat erforderlich seyn soll, wo solche Zahlungen aus Erträgen und Gewinnen, die von Ländereien, Grundstücken, Erbgründen und Erbgütern, wie früher erwähnt, herrühren, oder aus denen eines Amtes oder einer einträglichen Beschäftigung, oder aus einer Leibrente, Pension, einem Gnadengehalte oder einer Dividende, oder einem Antheile an den hierin früher erwähnten Staats-Annuitäten zu leisten sind. Solche Abzüge können vielmehr ohne ein solches Certificat gemacht werden.

CV. Es wird immer vorausgesetzt und sei festgesetzt, daß jede Corporation, Bruderschaft, oder Gesellschaft, und jeder Verwalter (eines Vermögens) für rein miltthätige Zwecke, zu derselben Steuerfreiheit in Bezug auf jährliche Interessen oder eine andere, nach *Schedula D* dieses Gesetzes zu besteuernde jährliche Zahlung, in so fern berechtigt seyn soll, als dieselben zu wohlthätigen Zwecken verwendet werden, wie es früher solcher Corporation, Bruderschaft, Gesellschaft und solchem Verwalter in Bezug auf die Fonds oder Dividenden bewilligt wurde, die nach *Schedula C* dieses Gesetzes zu besteuern

Abzüge bei der Zahlung von Interessen und von andern Zahlungen aus den unter *Schedula D* besteuerten Erträgen sollen mittels eines Certificats gemacht werden.

Wohlthätige Einrichtungen sind von dem Steueramt auf die unter *Schedula D* angeführten Interessen befreit.

sind, sofern sie zu den gleichen Zwecken verwendet werden. Und solche Steuerfreiheit soll von den Kommissären für specielle Zwecke auf gehörigen Nachweis vor ihnen bewilligt werden, und der Steuerbetrag, welcher von solcher Corporation, Bruderschaft, Gesellschaft oder von solchem Verwalter in Bezug auf solches Interesse oder solche jährliche Zahlung, entweder durch Abzug von derselben oder sonst wie bezahlt worden ist, soll auf Anweisung der besagten Special-Kommissäre in der für die Wiederbezahlung von Summen, welche in Folge irgend einer in der besagten Schedule C enthaltenen Steuerfreiheit von ihnen bewilligt werden, hierin früher bestimmten Weise zurück bezahlt werden.

In welchem Artikel-  
ten die Steuern er-  
legt werden sollen.

CVI. Und es sei festgesetzt, daß jeder Hausherr (mit Ausnahme der Personen, die bei Gewerben, Fabriken, Unternehmungen, Häckern, Geschäften, Beschäftigungen, oder Berufsweigen theilhaftig sind) von den Kommissären, die für das Kirchspiel oder den Ort fungiren, wo das Wohnhaus einer solchen Person liegt, mit den in Schedule D enthaltenen Steuern belastet werden soll; und daß jede Person, welche bei einem Gewerbe, einer Fabrik, Unternehmung oder bei einem Geschäfte, Faße, einer Beschäftigung oder einem Berufe theilhaftig ist, von den Kommissären, welche für das Kirchspiel oder den Ort fungiren, wo ein solches Gewerbe, solche Fabrik, Unternehmung oder ein solches Geschäft geführt oder wo ein solcher Beruf, ein solches Faß, oder eine solche Beschäftigung ausgeübt wird, besteuert werden soll, möge solches Gewerbe, solche Fabrik, Unternehmung, oder solches Geschäft, oder solche Beschäftigung, solcher Beruf, oder ein solches Faß gänzlich oder nur theilweise in Großbritannien geführt und resp. ausgeübt werden, oder möge eine solche Person bei einem oder mehreren solcher Geschäfte theilhaftig sein, ausgenommen, wenn dieselbe Person bei verschiedenen solchen Geschäften theilhaftig ist und der in einem Geschäfte erlittene Verlust von dem in dem andern erhaltenen Profit abgezogen und abgerechnet werden soll. Und jede Person, welche nicht ein Hausherr, noch bei einem Gewerbe, einer Fabrik, Unternehmung, einem Geschäfte, Faße, Berufe oder einer Beschäftigung theilhaftig ist, und welche einen bestimmten Platz zum gewöhnlichen Aufenthaltsorte hat, soll in dem Orte, wo sie gewöhnlich sich aufhält, von den für das Kirchspiel oder den Ort handelnden Kommissären besteuert werden. Und jede nicht hierin früher bezeichnete Person soll von den Kommissären, welche für das Kirchspiel oder den Ort fungiren, wo eine solche Person zu der Zeit, in der der Vollzug dieses Gesetzes in jedem Jahre mit den vorhererwähnten allgemeinen Anzeigen anfängt, wohnhaft ist, oder zuerst nach der dazu bestimmten Zeit wohnen wird, besteuert werden; und jede solche, in einem solchen Orte oder Kirchspiele gemachte Belastung soll trotz einer späteren Entfernung der so besteuerten Person aus dem Kirchspiele oder Orte gültig und wirksam bleiben. Und damit der Ort, wo die letzterwähnten Besteuerungen vorzunehmen sind, festgesetzt werden kann, wird Jedermann hiemit aufgefordert, bei Ablieferung der vorbezeichneten Uebersicht oder Angabe zugleich auch eine schriftliche, von ihm unterzeichnete Erklärung zu überliefern, worin gesagt werden soll, in welchem Orte er steuerbar ist, und ob er bei einem Gewerbe, einer Fabrik, Unternehmung oder einem Geschäfte, Faße, Berufe, oder einer Beschäftigung theilhaftig sey oder nicht; und wenn er bei einer Fabrik, einem Gewerbe, einer Unternehmung, oder bei einem Geschäfte, Faße, einer Beschäftigung, oder einem Berufe theilhaftig ist, so soll auch der Ort darin bezeichnet werden, wo dieselben geführt und ausgeübt werden,

Es sollen Uebersichten über den Ort, wo die Vertriebe zu besteuern, abgeliefert werden.



wie auch jedes besondere Geschäft, Fach, oder jede besondere Beschäftigung, — ob ganz oder nur theilweise in Großbritannien ausgeübt — an der er in einem solchen Orte in Großbritannien theilhaftig ist; vorbehaltlich, daß, wo irgend ein Geschäft in Großbritannien sich mit der Fabrikation von Waaren und Handelsartikeln befaßt, die darauf zu legenden Besteuerung an dem Orte, wo die Fabrik ist, vorgenommen werden soll, wenn gleich der Verkauf solcher Waaren, Sachen und Handelsartikel anderwärts stattfinden sollte. Vorausgesetzt wird immer, daß jede nicht bei einem Gewerbe, einer Fabrik, einem Unternehmen oder Geschäfte, oder bei einem Fache, einer Beschäftigung oder einem Berufe theilhaftige Person, welche zwei oder mehrere Häuser oder Plätze hat, wo sie gewöhnlich wohnt, in dem Kirchspiele oder Plage besteuert werden soll, wo das Wohnhaus liegt, in welchem sie für gewöhnlich zu der Zeit, wo der Verkauf dieses Gesetzes auf die vorerwähnte Weise in einem jeden Jahre beginnt, wohnt, oder welches sie zuerst nach Veröffentlichung der gedachten allgemeinen Anzeigen bewohnen wird. Vorausgesetzt wird immer, daß die kraft dieses Gesetzes auf eine in Großbritannien wohnende Person zu legenden Besteuerung für die, von irischen Besitzungen oder Creditpapieren herkommenden Erträgnisse oder Gewinne, den verschiedenen, in den bezüglichlichen Plätzen fungirenden Kommissären specificirt, und von denselben festgesetzt werden kann, da wo die Personen, welche dieselben empfangen oder zu empfangen berechtigt sind, wohnen; und wenn dieselben von einem Agenten, Anwalte oder Faktor in Empfang genommen werden, dann soll solcher Agent, Anwalt oder Faktor ein solches Verzeichniß über Namen und Aufenthaltsort der dazu berechtigten Person auffertigen, wie solche für andere volljährige, in Großbritannien wohnende Personen herein vorgeschrieben sind. Und wenn die dazu berechtigte Person nicht volljährig oder nicht in Großbritannien wohnhaft seyn würde, dann soll ein solcher Agent, Faktor oder Anwalt dafür verantwortlich seyn, daß alle solche Handlungen, Dinge und Sachen gethan werden, die zufolge dieses Gesetzes, als zur Anlegung und Bezahlung der besagten Steuern erforderlich, gethan werden müssen.

Wo die Steuern in Irland, von Personen, die kein Geschäft führen, zwei Schenkte haben, anzurechnen sind.

Die Erträgnisse aus Besitzthümern in Irland besteuert werden sollen.

CVII. Und es wird immer vorausgesetzt und sei festgesetzt, daß die Personen, welche Stellen in Irland bekleiden und in Großbritannien wohnen, sowie Personen, die für gewöhnlich in Irland wohnen, aber im Parlamente sich befinden, — welche Personen von der Belastung mit direkten Steuern frei seyn sollen oder frei werden können zufolge der, in den die letzterwähnte Steuern betreffenden Gesetzen zu diesem Zwecke enthaltenen Bestimmungen — unter den gleichen Umständen, unter welchen solche Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können, zu der Steuer nach diesem Gesetze nur so weit verpflichtet seyn sollen, wie die Unterthanen Ihrer Majestät, die außerhalb Großbritannien wohnen.

Personen, welche Stellen in Irland bekleiden u. in Großbritannien wohnen, sollen als solche wie Unterthanen, die außerhalb Großbritannien wohnen, besteuert werden.

CVIII. Und es sei festgesetzt, daß die Steuern, welche kraft dieses Gesetzes auf die Erträgnisse und Gewinne zu legen sind, die von ausländischen Besitzungen oder Papieren, oder von solchen in den britischen Kolonien in Amerika, oder in irgend einer andern Besitzung Ihrer Majestät herrühren, den Kommissären, welche für die verschiedenen nachgenannten Plätze fungiren, nämlich für London, Bristol, Liverpool und Glasgow, nach den nachstehenden Regulativen specificirt und von denselben festgesetzt werden können, als wenn solche Steuer auf Erträgnisse oder Gewinne von Fabriken oder Gewerben, die in solchen Plätzen geführt werden, gelegt wäre. Und

Wo die Steuern auf Erträgnisse von ausländischen od. Kolonial - Besitzungen oder Creditpapieren anzurechnen sind.

solche Steuer soll den Kommissären, welche in jenem der besagten Plätze fungiren, in welchen, oder zunächst welchem solches Verhältniß zuerst nach Großbritannien gebracht wurde, oder in oder zunächst welchem die Person wohnt, welche solche Rinnessen, Gelder oder Geldeswerth von dort empfängt, die von, nicht auf besagte Weise eingeführtem Gute herrühren, specificirt und von denselben angelegt und festgesetzt werden; und wenn der Eigener oder Eigenthümer nicht besteuert worden ist, so soll der Bevollmächtigte, Agent oder Einnahmer von solchen Erträgen oder Gewinnen für dieselben besteuert werden und für die Vornahme aller Handlungen, Sachen und Dinge verantwortlich seyn, die in diesem Gesetze gefordert werden, um solche Erträge mit den in diesem Gesetze bewilligten Steuern zu belegen und dieselben zu bezahlen, ob nun die Person, welcher die besagten Erträge gehören, in Großbritannien wohnhaft sei oder nicht. Vorausgesetzt wird immer, daß wenn die Produkte, Erträge oder Gewinne von solchen letztgenannten Besitzthümern oder Creditpapieren theilweise in den Häfen von London und theilweise in irgend einen der Nebenhäfen Bristol, Liverpool oder Glasgow eingeführt wurden, oder von irgend einer Person theilweise in der Stadt London und theilweise in irgend einem der besagten Nebenhäfen innerhalb der Periode der Ablegung der Rechnungen, worauf die Steuer in Folge dieses Gesetzes nach den hierin enthaltenen Regeln anzurechnen, empfangen worden sind, die ganze Steuer, welche hinsichtlich solcher in der Art eingeführter oder empfangener Produkte, Erträge oder Gewinne anzurechnen ist, von den Kommissären, die für die Stadt London fungiren, und nicht sonst wo, festgesetzt und angelegt werden soll, als ob die besagten Produkte, Erträge oder Gewinne, die innerhalb der besagten Periode sich ergeben, insgesammt in London eingeführt oder dafelbst empfangen worden wären. Und wenn solche Produkte, Erträge oder Gewinne, die, wie vorerwähnt, entstehen, innerhalb solcher Periode insgesammt in die besagten Nebenhäfen Bristol, Liverpool und Glasgow, eingeführt oder dafelbst empfangen wurden, und einzelne Theile davon in zwei oder mehrere solche Nebenhäfen eingeführt oder dafelbst empfangen wurden: so soll die darauf anzurechnende Steuer nur an einem von solchen Plätzen und nur in einer Rechnung, und an demjenigen der besagten Orte anzurechnen und bestimmt werden, wo der dem Werthe nach größte Theil solcher Produkte, Erträge oder Gewinne eingeführt oder empfangen wurde; vorausgesetzt, daß die Verzeichnisse solcher Produkte, Erträge oder Gewinne den Kommissären, die für den Ort fungiren, wo irgend ein Theil der besagten Erträge oder Gewinne eingeführt oder empfangen wurde, behändigt und von den betreffenden Kommissären an das Oberamt für Stempel und Steuern in England übersendet werden sollen. Und die Stempel- und Steuer-Kommissäre sollen alle solche Verzeichnisse den Kommissären zuschicken lassen, die für den Platz fungiren, wo nach Inhalt solcher Verzeichnisse die Steuer nach diesem Gesetze anzurechnen ist, und diese sollen demgemäß dieselbe in einer Summe anrechnen.

Die Kommissäre, die ob- und westindischen Docks und die St. Katharina-Dock sollen in London besteuert werden.

CIX. Und es sei festgesetzt, daß die Erträge der Docks, genannt die Londoner Docks, die ostindischen und westindischen Docks und die St. Katharina-Dock, welche in der Grafschaft Middlesex gelegen sind, von den für die Stadt London handelnden Kommissären besteuert werden sollen.

Verzeichnisse sollen in jedem Wohnorte abgegeben werden.

CX. Und es sei festgesetzt, daß jede Person, welche zwei Wohnorte hat, oder ein Gewerbe, oder ein Fach in verschiedenen Kirchspielen, Orten, oder in irgend einem

Orte, der von ihrem gewöhnlichen Wohnorte verschieden ist, ausübt, resp. betreibt, dann, wenn sie von den betreffenden Kommissären aufgefordert wird, in jedem solchen Kirchspiele oder Orte die gleichen Listen, Erklärungen und Verzeichnisse abliefern soll, die sie hiemit aufgefordert ist in dem Kirchspiele oder Orte abzuliefern, wo solche Person zu besteuern ist, deswegen oder nicht doppelten Kosten unterworfen werden soll; und alle Listen, Erklärungen und Verzeichnisse, welche den Betrag der nach *Schedula D* Verzeichnisse über Gewinne, die unter *Schedula D* fallen, können unter Siegel abgeliefert werden. anzurechnenden Erträgnisse enthalten, können den betreffenden Personen auf die hierin vorgedachte Weise, versiegelt abgeliefert werden, wenn sie mit dem Namen und dem Wohnorte, oder dem Orte, wo das Geschäft oder Gewerbe von der Person, welche dieselben verfaßt, ausgeübt oder betrieben wird, überschrieben sind.

CXI. Und es sei festgesetzt, daß alle Uebersichten von Erträgnissen oder Gewinnen, welche in *Schedula D* beschrieben sind, — ausgenommen die Uebersichten bezüglich welcher die Steuer durch die Kommissäre für Specialzwecke, wie später verfügt werden wird, angelegt werden soll — den Aushülf-Kommissären oder den General-Kommissären, die als Aushülf-Kommissäre in ihren Bezirken handeln, vorgelegt werden und daß diese Zusammenkünfte festsetzen sollen, um alle Uebersichten, welche ihnen von Zeit zu Zeit überliefert worden sind, innerhalb einer angemessenen Zeit, nachdem der Inspektor oder Aufseher die Prüfung solcher Uebersichten vorgenommen hat, in Uebersetzung zu ziehen. Im Falle nun, daß die erwähnten Aushülf-Kommissäre überzeugt seyn sollten, daß jede solche Uebersicht bona fide, in Uebereinstimmung mit den Anordnungen dieses Gesetzes und so verfaßt sei, daß die Kommissäre die betreffenden Personen, welche dieselben einreichen, mit der vollen Steuer, mit welcher sie deshalb belegt werden sollen, beladen können, und im Falle daß den besagten Kommissären keine Anzeige über die Unzulänglichkeit derselben gemacht und keine Einwendung dagegen erhoben worden seyn sollte weder von Seite des Inspektors noch von Seite des Aufsehers, welche hiedurch bevollmächtigt sind, aus hinreichenden Gründen solche zu erheben: sollen die erwähnten Kommissäre die Steuer festsetzen, so, wie sie kraft dieses Gesetzes nach einer solchen Uebersicht anzurechnen ist.

CXII. Vorausgesetzt wird immer und sei festgesetzt, daß, wenn der Inspektor oder Aufseher gewahr würde, daß die von den besagten Kommissären getroffene Bestimmung dem wirklichen Zwecke und Sinne des Gesetzes zuwiderlaufe, und sofort erklären würde, daß er bei dieser Bestimmung sich nicht beruhigen könne, er befugt seyn soll, die besagten Kommissäre aufzufordern, den Fall speciell auseinander zu setzen und zu bezeichnen, bezüglich dessen der Anstand sich erhoben hat, und zugleich ihre Entscheidung hierüber beizufügen. Und solchen Fall haben die besagten Kommissäre, wie hiedurch festgesetzt wird, demgemäß zu bezeichnen, auseinander zu setzen und dem besagten Inspektor oder Aufseher vorzulegen, damit er durch diese den General-Kommissären desselben Distrikts übersendet werde, welche dann, mit aller thunlichen Eile, Antwort auf den vorgelegten Fall abgeben und ihr Gutachten unterschreiben sollen, und nach solchem Gutachten soll die Besteuerung, welche die Veranlassung zu solcher Berufung war, abgeändert oder beseitigt werden.

CXIII. Und es sei festgesetzt, daß in jedem Falle, in welchem eine Person es unterlassen hat, eine Uebersicht zu übergeben, und nicht schon anders mit der letzt-  
erwähnten Steuer belastet worden ist, oder, wenn die erwähnten Aushülf-Kommissäre

Verzeichnisse über Gewinne, die unter *Schedula D* fallen, können unter Siegel abgeliefert werden.

Die Aushülf-Kommissäre sollen h. Vermögens-Uebersichten prüfen und nach ihrem die Besteuerung vornehmen, wenn sie getragenen erscheinen.

Wenn der Aufseher mit einem Steuerbescheide unzufrieden ist, kann er erklären, daß der Fall den General-Kommissären zur Abgabe ihrer Ansicht darüber vorgelegt werde.

Wenn keine, oder keine genügende Uebersicht vorgelegt wurde, sollen die Aushülf-Kommissäre h. Steuer nach ihrem besten Ermessen anlegen.

mit der von einer Person übergebenen Uebersicht nicht zufrieden seyn sollten, oder wenn ein Einwand dagegen von dem Inspektor oder Aufseher erhoben würde (was diese hienüt aufgefördert und autorisirt werden, schriftlich, mit Angabe des Grundes zu thun, so oft sie einen hinreichenden Grund finden), oder wenn die besagten Kommisfiäre Anzele über die Unzulänglichkeit irgend einer Uebersicht erhalten würden, — die besagten Kommisfiäre eine solche Person so hoch mit Steuer zu belegen haben, als jene, nach ihrem besten Ermessen, kraft dieses Gesetzes belegt werden muß. Gegen diese Besteuerung soll Berufung nach den später folgenden Direktiven zulässig sein.

Die Aushülf-Kommisfiäre können Uebersichten an die General-Kommisfiäre vorweisen.

CXIV. Und es sei festgesetzt, daß, wenn es die Aushülf-Kommisfiäre irgend wie für geeignet halten sollten, eine Vermögensübersicht an die General-Kommisfiäre zu verweisen, ohne eine Besteuerung nach derselben vorzunehmen, es ihnen gestattet seyn soll dieses zu thun, und den lehterwähnten Kommisfiären den solche Uebersicht betreffenden Fall mit einem schriftlichen Berichte, wie denselben die Aushülf-Kommisfiäre beurtheilen, sammt allem, was dabei unter ihnen hinsichtlich des Gesetzes oder der Thatsachen streitig ist, vorzulegen. Die General-Kommisfiäre sollen dann eine solche Uebersicht gründlich und in derselben Weise untersuchen, wie sie hiedurch autorisirt sind in dem Falle zu thun, wenn die besagten Aushülf-Kommisfiäre eine Besteuerung auf eine solche Uebersicht vorgenommen haben und der besteuerte Theil gegen dieselbe die Berufung ergriffen hat; und darauf hin soll die Besteuerung in Gemäßheit der Entscheidung der erwähnten General-Kommisfiäre vorgenommen werden.

Inspektoren und Aufseher können die Besteuerung anfechten, wenn sie die Uebersicht nicht für richtig halten.

CXV. Und es sei festgesetzt, daß der Inspektor oder Aufseher, nachdem er, wie früher gesagt, berichtigt worden, zu jeder gelegenen Zeit jede Besteuerung, welche durch die Aushülf-Kommisfiäre gemacht worden, vor der Einsendung derselben an die General-Kommisfiäre einsehen und untersuchen kann und soll, und im Falle er hierin einen Fehler entdeckt, der nach seiner Ueberzeugung eine Verbesserung erheischt, soll er dieses den besagten Aushülf-Kommisfiären, durch welche die Besteuerung vorgenommen worden, notifiziren, und die Aushülf-Kommisfiäre sollen, nachdem ihnen eine genügende Ursache hiezu dargelegt worden, dieselbe so abändern, wie es nach ihrem Urtheile in solchem Falle erforderlich ist.

Die Inspektoren und Aufseher haben über Einwände gegen die Besteuerungen nachzutragen und dieselben dem General-Kommisfiären vorzulegen.

CXVI. Und es sei festgesetzt, daß in jedem Falle, wo der Inspektor oder Aufseher an der Berechnung der Steuer bezüglich irgend einer Besteuerung, die von den Aushülf-Kommisfiären angelegt worden, eine Ausstellung zu machen hat, was er in jedem Falle bei genügender Veranlassung zu thun berechtigt ist, derselbe seine Ausstellung schriftlich den besagten Aushülf-Kommisfiären aueinanderzusetzen soll, welche dieselben mit den Gründen für die von ihnen angelegte Besteuerung und jeder Information, die sie bezüglich derselben erhalten haben, den General-Kommisfiären vorlegen sollen. Und der besagte Inspektor oder Aufseher soll gleichfalls Nachricht den Betheiligten erteilen, wie dieses ihm durch die verschiedenen Gesetze bezüglich der Abgaben an direkten Steuern im Falle einer Steuererhöhung vorgeschrieben ist, zu dem Ende, daß die Partei, welche so belastet wurde, wenn sie will, vor den besagten General-Kommisfiären zur Aufrethaltung solcher Besteuerung erscheine.

Die Aushülf-Kommisfiäre haben die Besteuerungen zu bestätigen und dieselben dem General-Kommisfiären vorzulegen.

CXVII. Und es sei festgesetzt, daß die erwähnten Aushülf-Kommisfiäre dafür sorgen sollen, daß Besteuerungs-Gertifikate pünktlich und von Zeit zu Zeit ausgefertigt werden, so wie dieselben vollständig sind, mit Auscheidung nach den Bezirken, Kirch-

spielen oder Orten des Distriktes, in welchem sie die Besteuerung vorgenommen haben. Und diese Certificate sollen Vor- und Zunamen der besteuerten Parteien und die Summen enthalten, welche diese kraft gegenwärtigen Gesetzes bezahlen müssen, und in Bücher eingetragen werden, welche zu diesem Zwecke bestimmt sind, in der Form, wie sie ihnen von den Stempel- und Steuer-Kommissären wird mitgetheilt werden. Und die besagten Ausbülfs-Kommissäre sollen diese Besteuerungen unterzeichnen und dieselben von Zeit zu Zeit, so eingetragen und unterzeichnet, den General-Kommissären unter versiegeltem Umschlage übersenden, und sollen gleichfalls dafür sorgen, daß die Uebersichten, welche ihnen die theilhaftigen Steuerpflichtigen oder die Steuerbeamten bezüglich dieser Besteuerungen vorgelegt haben, zu derselben Zeit, in der gleichen Weise versiegelt, den General-Kommissären übersendet werden. Vorausgesetzt wird aber, daß keine solche, durch Ausbülfs-Kommissäre oder durch als solche handelnde Personen angelegte Besteuerungslisten den betreffenden Parteien überliefert werden soll, wenn nicht vierzehn Tage verflossen sind, seit diese, auf besagte Weise unterzeichnete Listen den General-Kommissären oder den als solche handelnden Personen vorgelegt, und dem Inspektor oder Aufseher Nachricht davon gegeben worden war.

CXVIII. Und es sei festgesetzt, daß, wenn sich irgend eine Person durch eine, von besagten Ausbülfs-Kommissären gefertigte Besteuerung beschwert halten, oder wenn irgend eine Einwendung gegen eine solche Besteuerung durch einen der besagten Aufseher oder Inspektoren erhoben werden würde, es ihr gestattet seyn soll, nachdem sie hievon zehn Tage vorher dem Inspektor oder Aufseher schriftlich Nachricht gegeben, Berufung an die General-Kommissäre des Bezirkes, in welchem diese Besteuerung angelegt worden, zu ergreifen, welche solche Berufung annehmen und entscheiden sollen. Und die General-Kommissäre sollen von Zeit zu Zeit Tage zur Vernehmung der Berufungen festsetzen, sowie Besteuerungslisten an sie durch die Ausbülfs-Kommissäre übermacht worden sind. Und die Steuerbeamten sollen von den so bestimmten Tagen den betreffenden Appellanten Nachricht geben lassen, und die Zusammenkünfte der Kommissäre zu dem Zwecke, Berufungen zu vernehmen, sollen von Zeit zu Zeit und innerhalb des Zeitraumes, der durch die besagten Kommissäre festgesetzt ist, mit oder ohne Vertagung, gehalten werden. Und nach der so bestimmten Zeit soll keine Berufung mehr angenommen werden, ausgenommen auf Grund der Verminderung des Einkommens, wie hierin festgesetzt ist. Vorausgesetzt wird immer, daß, wenn eine Person durch Abwesenheit oder Krankheit, oder andere gegründete Ursachen, welche von den besagten Kommissären zugelassen und gebilligt werden, verhindert seyn würde, ihre Berufung innerhalb der so bestimmten Zeit einzulegen oder zu verfolgen, die besagten Kommissäre befugt seyn sollen, einen weitem Termin zu diesem Zwecke zu bewilligen, oder zu gestatten, daß die Berufung durch einen Agenten, Schreiber oder Diener zu Gunsten eines solchen Appellanten eingelegt werde.

CXIX. Und es sei festgesetzt, daß, um alle Berufungen gegen solche Besteuerungen in gehöriger Zeit zu beschleiden, die General-Kommissäre eine allgemeine Anzeige in ihrem Amtszimmer anheften oder ihrem Schreiber übergeben, und auch nächst der oder an die Thüre der Kirche oder Kapelle des betreffenden Kirchspieles oder Ortes, oder eines angrenzenden Kirchspieles oder Plazes, wenn es der Fall notwendig macht, weil der betreffende Ort keine Kirche oder Kapelle hat, anschlagen lassen sollen. Diese

*Personen, die sich beschwert fühlen, können Berufung einlegen.*

*Bestimmung der Zeit zur Vernehmung der Berufungen.*

*Es soll Nachricht von der Zeit gegeben werden, welche zur Vernehmung der Berufungen bestimmt ist.*

Anzeigen sollen die Zeit zur Vernehmung aller Berufungen festsetzen, und sind diese Berufungen auf eine angemessene Zeit nach der Veranlassung derselben einzuschränken. Und keine Berufung soll nach der in einer solchen Anzeige festgesetzten Zeit zugelassen werden, wenn nicht die Berufung zu Gunsten einer Person eingelegt wird, welche außerhalb des Königreichs sich befindet, oder durch Krankheit verhindert ist, in Person in der festgesetzten Zeit zu erscheinen. In diesen Fällen soll es den besagten Kommissären gestattet seyn, für eine solche Berufung von Zeit zu Zeit Fristverlängerung zu gestatten, oder einen andern Beweis, als den Eid der Partei, über die Wahrheit der verschiedenen Gegenstände, welche nach diesem Gesetze durch den Eid derselben bewiesen werden sollen, zuzulassen.

Bei Berufungen, u. wenn von den Aufsehern irgend eine Untersuchung für begründet erachtet werden, sollen die Kommissäre eine Schedul fordern.

CXX. Und es sei festgesetzt, daß die General-Kommissäre, wenn sie Nachricht von einer Berufung gegen irgend eine Besteuerung, die auf erwähnte Weise bestimmt wurde, erhalten haben, und ebenso in jedem Falle, in welchem sie Grund finden, die Einwendungen eines solchen Inspektors oder Aufsehers gegen solche Besteuerung zuzulassen, an die appellirende Person Befehl erlassen sollen, ihnen in der hierin bestimmten Zeit eine Schedula (Verzeichniß) zu übersenden, welche alle Einzelheiten zu enthalten hat, die die besagten Kommissäre, kraft der Autocritik dieses Gesetzes, zu ihrer Information bezüglich des Eigenthums einer solchen Person, oder bezüglich eines von ihr getriebenen Gewerbes, ihrer Manufactur, ihres Unternehmens oder sonstigen gewerbsähnlichen Geschäftes, oder ihres Berufs, Faches, oder ihrer Beschäftigung, und bezüglich des Bilanzbetrages ihrer Erträgnisse und Gewinne, unter Auszeichnung der besonderen Beträge, die aus jeder einzelnen vorerwähnten Quelle herfließen, oder bezüglich der Einzelheiten der Abzüge von solchen Erträgnissen oder Gewinnen, die in solchen Uebersichten oder Scheduln vorgetragen sind, verlangen, und bezüglich deren die besagten Kommissäre hiedurch ermächtigt und aufgefordert werden, sie nach ihrem Gutdünken, wo es ihnen immer für die erwähnten Zwecke dieses Gesetzes nothwendig scheinen sollte, von Zeit zu Zeit, und so lange zu fordern, bis eine vollständige Schedul zur Zufriedenheit der besagten Kommissäre über alle Einzelheiten, die von ihnen verlangt werden, übergeben worden seyn wird. Und jeder solche Befehl, der an dem letzten oder gewöhnlichen Aufenthaltsorte der Person, an welche er gerichtet ist, übergeben oder hinterlassen wurde, soll bindend für sie seyn in Gemäßheit der darin enthaltenen Erfordernisse. Im Falle aber, daß solche Person den Amtsbezirk jener Kommissäre verlassen hätte, oder nicht aufgefunden werden könnte, oder ihr Wohnort unbekannt wäre, soll ein solcher Befehl an oder nächst der Thüre der Kirche oder Kapelle des Dries, wo die Kommissäre zum Vollzuge dieses Gesetzes zusammenkommen, angeheftet werden, und solcher Befehl soll gleichfalls für eine solche Person nach den Anforderungen desselben bindend seyn, und eine solche Person soll den von den Kommissären geforderten Bericht innerhalb der in diesem Befehle bestimmten Zeit übergeben, und zwar bei Vermeidung der in diesem Gesetze bestimmten Strafe, und sie soll auch solchen Kosten unterworfen seyn, wie die besagten Kommissäre hiedurch bevollmächtigt sind in einem solchen Falle zu fordern. Zu einer solchen Schedul sollen die Steuerbeamten und Aufseher, die wie vorgesezt, eidlich verpflichtet wurden, freien Zutritt zu jeder gelegenen Zeit haben, und sie sollen Abschrift hiervon oder von einem Theile derselben nehmen, oder Auszüge aus ihnen fertigen, wie es ihnen zum pflichtgemäßen Vollzuge dieses Gesetzes nothwendig scheinen wird.

CXXI. Und es sei festgesetzt, daß es den eidlich verpflichteten Inspektoren oder Aufsehern erlaubt seyn soll, innerhalb einer entsprechenden, von den besagten General-Kommissären bestimmten Zeit, nachdem sie die Prüfung der Schedul vollendet haben, Einwendungen gegen dieselben oder gegen einen Theil derselben zu erheben, und solche Einwendungen und die Gründe derselben nach ihrem besten Wissen und Kennen schriftlich darzulegen; und der besagte Inspektor oder Aufseher soll in jedem Falle, wo er gegen irgend eine Schedul Einwendungen zu machen hat, über solche Einwendungen der Partei, welche besteuert werden soll, schriftlich Nachricht zustellen, oder an deren letztem oder gewöhnlichem Aufenthaltsorte unter versiegeltm und an die Partei adressirtem Umschlage hinterlassen, damit dieselbe, wenn es ihr gutdünkt, gegen dieselbe Berufung an die besagten Kommissäre ergreife. Vorausgesetzt wird immer, daß keine Besteuerung bestätigt, noch irgend eine Abänderung darin gemacht werden soll, so lange nicht die Berufung gegen solche Einwendung oder Besteuerung gehört und beschieden seyn wird.

Der Inspektor oder Aufseher soll, wenn er Einwendungen gegen den Inhalt der Schedul machen will, der Partei davon Nachricht geben.

CXXII. Und es sei festgesetzt, daß wenn die besagten General-Kommissäre, nachdem sie die Einwendung eines solchen Inspektors oder Aufsehers gegen irgend eine Schedul vernommen, Grund finden, eine solche Einwendung zu verwerfen, oder wenn die besagten Kommissäre, nachdem sie eine solche Berufung, wie vorerwähnt, vernommen, mit der von den Aushülfs-Kommissären angelegten Besteuerung einverstanden sind, oder wenn sie nach der Uebergabe einer Schedul mit derselben zufrieden sind und keine Anzeige über Unzulänglichkeit derselben empfangen haben, die besagten General-Kommissäre festsetzen sollen, daß solche Besteuerung nach solcher Schedul bestätigt oder abgeändert werde, je nachdem der Fall es erfordert. Vorausgesetzt wird, daß in jedem Falle, wo sie es für geeignet finden, daß die besagte Uebersicht, nach welcher die Aushülfs-Kommissäre die Besteuerung ansetzen, oder die den General-Kommissären übergebene Schedul beglaubigt werde, sie den Steuerbeamten beauftragen sollen, die mit den besagten Steuern zu belastende Person vor sie zu laden, um die besagte Uebersicht oder Schedul auf die nachher hierin erwähnte Weise zu beglaubigen. Und jede solche Person wird hiermit aufgefordert, demgemäß vor den besagten Kommissären zu erscheinen, und eidlich, wie vorher gesagt, den Inhalt ihrer Uebersicht oder Schedul zu bekräftigen, und dieselbe mit ihrem eigenen Namen zu unterzeichnen und zu unterschreiben; und solcher Eid soll dahin lauten, daß der Inhalt solcher Uebersicht oder Schedul nach ihrem besten Urtheile und Glauben wahr sei, und daß dieselbe, nach Bornahme der darin bezeichneten Abzüge, die wahre Bilanz der Ertragnisse und Gewinne enthalte, die aus der Quelle oder den Quellen herfließen, die darin enthalten sind, und daß kein Abzug, welcher Art er auch sei, als ein solcher, welcher darin bezeichnet, und nur zu einem solchen Betrage, wie er darin bezeichnet ist, von den berechneten Ertragnissen oder Gewinnen gemacht worden sei. Vorausgesetzt wird immer, daß es einer solchen Person freigestellt werde, ihre besagte Uebersicht oder Schedul zu verbessern, ehe sie aufgefordert wird, solchen Eid zu leisten. Und nach Ableistung dieses Eides, sowie in jedem Falle, wo gegen eine solche Uebersicht oder Schedul, wie vorerwähnt, nichts eingewendet wurde und die besagten Kommissäre damit zufrieden sind, sollen sie die Steuer demgemäß nach dem darin angegebenen Betrage, nach welchem die Steuer berechnet worden ist, festsetzen; und jede solche Besteuerung,

Die Kommissäre, welche eine Einwendung als ungültig erklären, oder welche mit der Besteuerung oder Schedul zufrieden sind, können die Besteuerung demgemäß bestätigen oder abändern.

welche nach Verifikation einer solchen Uebersicht oder Schedul festgesetzt wurde, soll in Hinsicht der in einer solchen Uebersicht oder Schedul enthaltenen Gegenstände definitiv entscheidend seyn.

Die Kommissäre können schriftliche Fragen in Bezug auf Bescheidungslisten od. Scheduls stellen und Antworten empfangen.

CXXIII. Und es sei festgesetzt, daß, wenn die General-Kommissäre mit irgend einer von den Ausschüßs-Kommissären eingesendeten Besteuerungsliste, oder mit irgend einer ihnen eingehändigten Schedul nicht befriedigt sind, oder weitere Information hinsichtlich derselben fordern, die besagten General-Kommissäre befugt seyn sollen, schriftliche Fragen hinsichtlich solcher Besteuerungsliste oder des Inhalts solcher Schedul, oder hinsichtlich der Gegenstände, die darin enthalten seyn sollen, oder irgend welcher Summen, die von den Erträgenlisten oder Gewinnen, welche in solchen Besteuerungslisten oder Scheduln geschätzt werden sollen, abgerechnet oder abgezogen wurden, und hinsichtlich des betreffenden Details derselben, zu stellen, und demgemäß eine von der zu steuernden Person unterzeichnete schriftliche Antwort zu fordern, und so fort von Zeit zu Zeit, so oft es die besagten Kommissäre für nothwendig erachten. Und die besagten General-Kommissäre sollen von Zeit zu Zeit Befehle erlassen, worin sie treue und umständliche Antworten auf solche Fragen fordern, die innerhalb sieben Tagen nach Zustellung solcher Befehle abgegeben werden sollen; und jede solche Person soll treue und umständliche, von ihr unterzeichnete, schriftliche Antworten innerhalb der in diesem Befehle bestimmten Zeit abgeben, oder sich innerhalb der nämlichen Zeit vor den besagten General-Kommissären stellen, um von ihnen mündlich über solche Gegenstände befragt zu werden; und es soll jeder Person, welche aufgefordert wird, solche Antwort zu geben, oder welche vor den Kommissären erscheint, um von ihnen als Partei, oder als Sekretär, Agent, oder Diener einer solchen theilhabenden Person, wie hierin erwähnt, befragt zu werden, gestattet werden, ihre Antworten entweder schriftlich wie vorher gesagt, oder mündlich, ohne Eidleistung, abzugeben, und sie soll die Freiheit haben, gegen Fragen Einwendungen zu machen und peremptorisch zu verweigern auf dieselben zu antworten. Und der wesentliche Inhalt solcher mündlich gegebener Antworten soll in ihrer Gegenwart schriftlich aufgenommen und ihr vorgelesen werden, und es soll ihr frei stehen, daran theilweise zu ändern, wie auch jeden Umstand zu ändern oder zu corrigiren, welcher in ihren schriftlichen Antworten oder in irgend einer Schedul oder Erklärung enthalten ist, ehe sie aufgefordert wird, dieselbe auf die hierin festgesetzte Weise zu bekräftigen; und jede solche Schedul soll, wenn es für nothwendig erachtet wird, nach einer solchen Untersuchung oder Befragung verbessert oder corrigirt werden.

Die General-Kommissäre können die Parteien anweisen, ihre Antworten d. Fragen eidlich zu bekräftigen.

CXXIV. Und es sei festgesetzt, daß die General-Kommissäre in jedem schon erwähnten Falle, wenn sie es für nothwendig erachten, befugt seyn sollen, die Person, auf welche irgend eine Steuer von den Ausschüßs-Kommissären gelegt worden ist, mit welcher die besagten General-Kommissäre nicht einverstanden sind, oder von welcher eine solche erwähnte Schedul oder solche schriftliche Antworten übergeben worden sind, mit welchen die besagten Kommissäre nicht zufrieden gestellt sind, aufzufordern zu erscheinen und dieselben zu bekräftigen, und, auf Erscheinen einer solchen Person, ihr zu erlauben, solche Schedul oder solche Antworten zu ändern oder zu verbessern, und darauf solche Person den hierin erwähnten Eid leisten zu lassen, wie auch jede Person, welche vor ihnen mündlich befragt worden ist, aufzufordern, ihre Antwort eidlich zu bekräftigen,



welchen Eid abzunehmen jeder der besagten Kommissäre hienit bevollmächtigt ist. Und solcher Eid soll dahin lauten, daß der Inhalt der besagten Verzeichnisse oder Schedul nach ihrem besten Wissen und Glauben wahr sei, und eine vollständige und wahre Angabe der Bilanz aller Erträgnisse und Gewinne des Deponenten, die nach diesem Gesetze besteuert sind, sowie eine vollständige und wahre Angabe aller Abzüge, welche von diesen Erträgnissen oder Gewinnen in der Ausgleichung solcher Bilanz gemacht wurden, enthalte, oder daß der Inhalt aller solcher schriftlich abgegebenen Antworten, die von ihr an die besagten Kommissäre eingesandt worden sind, so, wie sie darin abgegeben sind, oder daß der Inhalt ihrer Befragung, wie dieser schriftlich aufgenommen worden, wahr sei. Und jeder solche Eid soll von der Partei, welche denselben leistet, unterzeichnet werden.

CXXV. Und es sei festgesetzt, daß die General-Kommissäre befugt seyn sollen, auf gleiche Weise jede Person, welche sie für geeignet erachten Zeugniß abzulegen hinsichtlich der Besteuerung, mit welcher irgend eine andere Person belastet worden oder belastet werden soll, aufzufordern, vor ihnen zur Vernehmung zu erscheinen, und jede solche Person, welche vor ihnen erscheint, eidlich zu vernehmen (ausgenommen den Sekretär, Agenten, oder Diener der zu besteuenden Person, oder den, welchem die Geschäfte einer solchen zu besteuenden Partei anvertraut sind, oder welcher von ihr dabei verwendet wird, welche letztere auf dieselbe Weise befragt werden und bezüglich derer dieselben Einschränkungen gelten sollen, die früher hierin für die mündliche Befragung der Theiligten hinsichtlich der ihnen aufzulegenden Besteuerung bestimmt worden sind). Und diesen Eid ist jeder der besagten Kommissäre abzunehmen hiedurch bevollmächtigt; und er soll dahin lauten, daß das Zeugniß, welches von einer solchen Person zu geben ist, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit in Hinsicht der fraglichen Sache, in Betracht welcher ein solches Zeugniß zu geben ist, enthalten werde; und jeder solche Eid soll von der Person, die denselben leistet, unterschrieben werden. Und wenn irgend eine gehörig geladene Person verweigern oder versäumen würde, vor den besagten Kommissären zu der für diesen Zweck bestimmten Zeit und an dem dafür bestimmten Orte zu erscheinen, oder wenn irgend eine andere Person, als solche Sekretäre, Agenten, Diener oder Personen, welche, wie vorbesagt, mit der Sache betraut oder dabei verwendet sind, auf Vorladen vor den besagten Kommissären zwar erscheint, aber sich weigert, den Eid zu leisten, oder selbst, wie schon erwähnt, zu unterschreiben, oder, nachdem sie solchen Eid geleistet und unterschrieben hat, sich weigert, auf irgend eine gesetzmäßige Frage hinsichtlich der Sache, welche vor den besagten Kommissären anhängig ist, zu antworten, so soll jede in der Art sich verwehrende Person einer arbiträren Summe, doch nicht über 20 Pfund, verlustig werden.

CXXVI. Und es sei festgesetzt, daß, wenn die General-Kommissäre, oder der größere Theil der von ihnen gegenwärtigen, nachdem sie alle solche Berufungen, welche vor ihnen anhängig sind, vernommen, oder, auf die Einwendungen hin, welche von dem Inspektor oder Aufseher gegen irgend eine Besteuerungsliste oder Schedul gemacht worden — mag eine solche Untersuchung oder Prüfung, wie vorher erwähnt, stattgefunden haben oder nicht — übereinstimmen, nach der in der besagten Schedul enthaltenen Uebersicht, wie dieselbe eingekendet oder auf Berufung geändert oder verbessert worden ist, die Steuer festzusetzen, sie festsetzen sollen, daß eine Besteuerungsliste nach der in der besagten

Dieselben Personen  
sollen vorladen und  
eidlich vernommen.

Staat für Ver-  
weigerung zu er-  
weisen oder sich be-  
wegen zu lassen.

Wenn die Kom-  
missäre übereinstim-  
men, eine Besteuerung  
nach den Schedul  
vorzunehmen, können  
sie es thun; in ge-  
wissen Fällen aber  
können die Kommissä-  
re nach ihrem Er-  
meßen, welches er-  
laubt seyn soll, die  
Steuer anlegen.

Schedul enthaltenen Uebersicht und nach dem in diesem Gesetze enthaltenen Maßstabe verfaßt werde. Und wenn die besagten Kommissäre es für geeignet finden, eine Bewahrscheltung der besagten Schedul zu fordern, so sollen sie auf die vorher erwähnte Weise die Partei vorladen vor ihnen zu erscheinen, um dieselbe zu bewahren, und solche Verification soll von der Partei auf solche Weise gemacht und die Besteuerung darnach angelegt werden, wie früher erwähnt worden, und diese Besteuerung soll definitiv und conclusiv seyn. Aber dessen ungeachtet soll in jedem Falle, wo irgend eine Person versäumt oder verweigert, eine solche Schedul, entsprechend den Erfordernissen der Vorschrift der besagten Kommissäre, zu verfassen, oder wenn irgend ein Sekretär, Agent, oder einer der vorbezeichneten Diener einer solchen Partei auf Vorladen versäumt oder verweigert hat, vor den Kommissären zu erscheinen, um von ihnen befragt zu werden, oder wenn eine solche Partei, oder ihr Sekretär, Agent oder vorbezeichneter Diener verweigert hat, auf irgend eine Frage zu antworten, welche von den besagten Kommissären an sie schriftlich oder mündlich gestellt wurde, oder wo Einwendungen gegen die abgelieferte Schedul, wie vorher gesagt, gemacht worden und gegen die Einwendungen innerhalb der geeigneten Zeit, wie es durch dieses Gesetz festgesetzt ist, nicht appellirt wurde, oder wo irgend eine Person, auf Auffordern, ihre Uebersicht oder Schedul, oder ihre Antworten oder an sie gestellte Fragen zu bewahren vernachlässigt oder verweigert hat, oder wo die Kommissäre übereinkommen, wie vorher gesagt, die von dem Inspektor oder Aufseher gemachten Einwendungen, oder irgend eine von ihnen anzuerkennen, — die besagten Kommissäre besugt und hienit verpflichtet seyn sollen, in jedem solchen Falle nach ihrem besten Urtheile festzusetzen und zu bestimmen, mit welchen Summen eine solche Person belastet werden soll, und die Besteuerung demgemäß anzusetzen, welcher Steueransatz definitiv entscheidend seyn soll.

Wo ein Steuer-  
entlag zu erhöhen ist,  
können die Kommiss-  
säre die Partei mit  
Strafe belegen, die  
über den besagten  
Betrag der Steuer  
nicht übersteigen soll.

CXXVII. Und es sei festgesetzt, daß in jedem Falle, wo die General-Kommissäre die Besteuerung höher als nach dem Betrage angesetzt haben, welcher in der Uebersicht oder Schedul der zu bestuernden Partei enthalten ist, oder zu irgend einer Zeit während der Dauer dieses Gesetzes entdecken, daß irgend eine Erhöhung stattfinden solle, entweder aus der erhöhten Auflage des Inspektors oder Aufsehers, oder aus seinem Berichte, oder sonst wie, sie gehalten seyn sollen, eine solche Person mit einer Summe zu belasten, welche das Dreifache des Betrages nicht übersteigen darf, um welchen die Steuer erhöht worden ist, nämlich: wo die Partei verweigert oder vernachlässigt hat, eine Uebersicht oder Schedul zu übergeben, dann mit einer Summe, die den dreifachen Betrag der Summe nicht übersteigt, mit welcher nach dem in Schemata D vorgeschriebenen Maßstabe eine solche Person nach dem Ermessen der besagten Kommissäre belastet werden soll, welcher dreifache Betrag der Steuer hinzugefügt und so verwendet werden soll, wie es in anderen Fällen erhöhter Besteuerung durch dieses Gesetz festgesetzt ist, und im Falle eine Uebersicht oder Schedul übergeben worden ist, dann mit einer Summe, welche den dreifachen Betrag über den in einer solchen Uebersicht oder Schedul enthaltenen Betrag nicht überschreitet, wenn nicht solche Person in jedem solchen Falle den besagten Kommissären befriedigend nachweist, daß die Auslassung, welche den Gegenstand der Beschwerde bildet, nicht von irgend einem Betrüge, Verstandnisse, Kunstgriffe, Kniffe, oder von irgend einer groben oder vorsätzlichen Nachlässigkeit herrühre.

CXXVIII. Und es sei festgesetzt, daß, wenn irgend eine Person, die von den General-Kommissären aufgefodert wurde, eine Schedul für die Person anzufertigen und ihr zu übergeben, welcher zu Folge dieses Gesetzes dieselbe übergeben werden soll, dies zu thun verweigert oder vernachlässigt, oder sich weigert oder veräußert, vor den besagten Commissären zu erscheinen, oder irgend eine von ihr übergebene Uebersicht oder Schedul innerhalb der von solchen Commissären zu Folge dieses Gesetzes bestimmten Zeit zu bewahren, jede so sich verhaltende Person einer Summe, welche zwanzig Pfund und das Dreifache der Steuer, mit welcher sie belastet werden sollte, nicht überschreiten darf, verlustig werde.

CXXIX. Es wird immer vorausgesetzt und sei festgesetzt, daß, wenn irgend eine Person, welche eine Uebersicht oder Schedul übergeben hat, irgend eine Auslassung oder irrige Angabe darin wahrnimmt, es ihr gestattet seyn soll, einen Nachtrag zu jener Uebersicht oder Schedul zu übergeben, und darin solche Auslassung oder irrige Angabe zu verbessern, und eine solche Person soll nachher wegen einer solchen Auslassung oder irrigen Angabe irgend einer Procecur nicht unterworfen werden. Und wenn irgend eine Person innerhalb der von den Commissären für diesen Zweck bestimmten Zeit eine Uebersicht oder Schedul nicht übergeben hat, so soll es ihr gestattet seyn, die Uebersicht oder Schedul auf die hierin festgesetzte Weise zu irgend einer Zeit einzureichen, ehe das Verfahren eingeleitet wird, um die hierin erwähnte Strafe einzutreiben, und keine Procecur soll nachher eingeleitet werden, um solche Strafe einzutreiben. Und wenn ein Verfahren von den Commissären bereits eingeleitet worden, um solche Strafe einzutreiben, so sollen besagte Commissäre bei gehöigem und zu ihrer Ueberzeugung genügendem Beweise, daß kein Betrug oder Unterschleif, welcher Art immer, beabsichtigt worden, bezeugt seyn, solches Verfahren einzustellen, entweder mit oder ohne Verfallung in die bereits erlaufenen Kosten, wie es die Commissäre für geeignet erachten mögen. Und wenn eine Procecur an irgend einem Gerichtshofe eingeleitet worden, so sollen die Commissäre befugt seyn zu attestiren, daß nach ihrer Meinung weder ein Betrug noch ein Unterschleif von der Partei beabsichtigt wurde, welche solche Auslassung sich zu Schulden kommen ließ, und jeder Richter eines solchen Gerichtshofes soll befugt seyn, auf summarisches Nachsuchen solche Procecur unter den Bedingungen, die er für passend erachtet, einzustellen. Oder, wenn solche Person eine unvollkommene Uebersicht oder Schedul übergeben und den Commissären einen hinreichenden Grund angeführt hat, warum eine vollkommene Uebersicht oder Schedul nicht gegeben werden kann, so sollen die besagten Commissäre, wenn ihnen solcher genügend scheint, eine weitere Frist, und so von Zeit zu Zeit, für die Uebergabe einer solchen Uebersicht oder Schedul bewilligen; und eine solche Person soll irgend einer Strafe deshalb, weil sie solche Uebersicht oder Schedul innerhalb der vorbestimmten Zeit nicht übergeben hat, nicht unterworfen werden, im Falle solche Person eine so vollkommene Uebersicht oder Schedul übergeben hatte, als sie nach der Natur des Falls im Stand war zu geben, und so von Zeit zu Zeit, so lang als die Commissäre, wie vorher gesagt, weitere Frist gewähren.

CXXX. Es wird immer vorausgesetzt und sei festgesetzt, daß in jedem Falle, in welchem Verurtheilung an die General-Kommissäre gestattet ist gegen eine Anrechnung der Steuer, die in Schedula D dieses Gesetzes enthalten ist, oder gegen irgend eine

Verurtheilung der Verurtheilten, die verurtheilten, die Schedula zu übergeben oder auf die Verurtheilung der Commissäre zu erscheinen.

Die Schedula werden verbessert werden.

Parteien, die mit dem Statuten in Schedula D befreit oder überhöhet sind, können an die Special-Kommissäre Verurtheilung erlangen.

Eintwendung des Inspektors oder Aufseher's wider eine solche Anrechnung, oder gegen irgend eine Ueberbürdung mit besagten Steuern, es der besteuerten oder belasteten Person verstatet seyn soll, wenn sie es für passend erachtet, anstatt an die besagten General-Kommissäre zu appelliren, an die Special-Kommissäre die Berufung zu ergreifen, wenn sie eine schriftliche Anzeige davon dem Inspektor oder Aufseher innerhalb der, für Anzeigen der an die General-Kommissäre ergreifenen Berufung in ähnlichen Fällen bestimmten Zeit macht, und darauf soll jede solche Berufung von zwei oder mehreren der Special-Kommissäre gehört und entschieden werden, welche von den Stempel- und Steuer-Kommissären werden bestimmt werden, Berufungen in dem Distrikt zu hören, in welchem solcher Appellant zu besteuern ist, und die Entscheidung der besagten Special-Kommissäre soll in der Sache definitiv und conclusiv seyn. Es wird auch immer vorausgesetzt, daß es keiner Person, welche auf die Steuerfreiheit Anspruch macht, die Personen bewilligt ist, welche ein jährliches Einkommen von weniger als hundert und fünfzig Pfund haben, gestattet seyn soll, an die besagten Special-Kommissäre zu appelliren; sondern es soll jeder solche Anspruch von den General-Kommissären, wie nachher hierin festgesetzt, entschieden werden.

Ansprüche auf Steuerfreiheit für Einkommen, das weniger als hundert und fünfzig Pfund beträgt, sollen durch die General-Kommissäre entschieden werden.

Personen, die nach Schedule D zu besteuern sind, können fordern, daß das Verfahren in Bezug auf Besteuerung vor den Special-Kommissären durchgeführt werde.

CCXXXI. Es wird auch vorausgesetzt und sei festgesetzt, daß es jeder Person, welche mit den in der besagten Schedule D enthaltenen Steuern belastet ist, und welche auf die hierin weiter unten bewilligte Steuerfreiheit nicht Anspruch macht, verstatet seyn soll, wenn sie es für nöthig erachtet, zu fordern, daß jede Verhandlung in Betreff einer auf sie zu legenden Steuer bezüglich der Erträgnisse oder Gewinne, welche nach der besagten Schedule anzurechnen sind, vor den Special-Kommissären auf die hierin nachher festgesetzte Weise, statt vor den Aushülfs- oder den General-Kommissären gepflogen und geführt werde, vorausgesetzt, daß sie dem Steuerbeamten des Kirchspieles oder Plages eine Anzeige solchen Besuchs sammt der Liste, Erklärung und Uebersicht solcher Erträgnisse und Gewinne übergibt, welche dieser innerhalb der für die Uebergabe aller solcher vorbelegten Listen und Uebersichten durch die allgemeine Anzeige bestimmten und hierin früher festgesetzten Zeit dem Inspektor oder Aufseher des Distrikts übersenden soll, in welchem die Erträgnisse und Gewinne zu besteuern sind; und darauf soll der Inspektor oder Aufseher die besagte Liste und Uebersicht untersuchen, und die Steuern berechnen und anrechnen, welche nach seiner Meinung auf die Partei nach Schedule D anzulegen sind; auch soll er ein Certificat über diese Besteuerung ausstellen und dasselbe sammt der besagten Liste, Erklärung und Uebersicht den Special-Kommissären übergeben, welche dieselben untersuchen und eine solche Anrechnung der besagten Steuern machen, unterzeichnen oder gestatten sollen, wie ihnen gerecht und geeignet scheint. Diese Anrechnung ist einer Berufung von Seite der zu besteuern den Partei, oder des Inspektors oder Aufseher's, welcher eine solche Anrechnung bestrittet, auf gleiche Weise und nach den gleichen Regeln und Regulativen unterworfen, wie in den Fällen der Berufung gegen Besteuerungen, die von den besagten Aushülfs-Kommissären angefeht worden sind; und jede solche Berufung soll von den Special-Kommissären gehört und entschieden werden, die von den Kommissären für Stempel und Steuern bestimmt sind, Berufungen in jenem Distrikte zu hören. Vorausgesetzt wird, daß, wenn irgend eine der zu besteuern den Parteien oder der Inspektor oder Aufseher die Entscheidung der besagten Special-Kommissäre auf solche Berufung in irgend einer Hinsicht für irtig halten und

sich damit unzufrieden erklären würde, die besagten Kommissäre, wenn sie von jenen aufgefordert werden, den Fall, bezüglich dessen Anträge sich ergeben, sammt ihrem Spruche berichten und unterzeichnen, und denselben den Kommissären für Stempel und Steuern zu deren Beurtheilung übersenden sollen; und die besagten lehterwähnten Kommissäre sollen mit aller thunlichen Eile ihr Urtheil über den so übersendeten Fall aussprechen und unterzeichnen, und nach solchem Urtheile soll die Besteuerung, welche der Gegenstand der Verufung gewesen ist, abgändert oder bestätigt werden, und die Entscheidung der Kommissäre für Stempel und Steuern soll in dieser Sache definitiv und conclusiv seyn. Und in jedem Falle, in welchem die Steuer von besagten Special-Kommissären angelegt worden ist, sollen sie den Betrag derselben der besteuerten Partei anzeigen, welche dem General-Einnehmer der Stempel- und Steuergesälle oder dem betreffenden Kassir-Beamten in England oder Schottland zu der Zeit und in der Weise denselben zahlen soll, wie es die besagten Kommissäre festsetzen werden; und in Ermangelung solcher Bezahlung sollen die besagten Kommissäre ein Duplicat solcher Besteuerung ausfertigen und dasselbe sammt einem Befehle zur Erhebung des Betrages dem Steuer-Einnehmer übergeben, welcher von den General-Kommissären für das Kirchspiel oder den Ort bestimmt ist, wo die besteuerte Partei wohnt, und diese Steuer-Einnehmer werden hiedurch autorisirt und aufgefördert, die so angerechneten Steuern nach der Weisung eines solchen Befehls zu erheben und einzutreiben.

CXXXII. Und es sei festgesetzt, daß, wo immer durch dieses Gesetz den Special-Kommissären die Befugniß gegeben ist, irgend eine Besteuerung anzulegen, zu unterzeichnen oder zu genehmigen, oder eine Verufung zu hören, dann und in jedem solchen Falle alle Vollmachten und Befugnisse, Regeln und Regulative, welche kraft dieses oder irgend eines andern Gesetzes von den besagten Aushülfs- oder General-Kommissären, oder nach oder unter ihrem Befehle, ihrer Anordnung oder Vorschrift in Bezug auf die Anfertigung, Unterschreibung oder Genehmigung irgend einer Besteuerung, oder in Bezug auf das Verfahren bei Verufungen vor ihnen, oder bezüglich der Einnahme, Erhebung oder Empfangnahme irgend einer der hiedurch bewilligten Steuern ausgeübt und in Wirksamkeit gesetzt werden können, von den besagten Special-Kommissären, oder nach oder unter ihrem Befehle, ihrer Anordnung oder Vorschrift in Bezug auf jede, von solchen lehterwähnten Kommissären zu machende, zu unterzeichnende oder zu genehmigende Besteuerung, oder in Bezug auf jede von ihnen zu hörende oder zu entscheidende Verufung ausgeübt und in Wirksamkeit gesetzt werden sollen und können.

CXXXIII. Und es sei festgesetzt, daß, wenn innerhalb des zur Zeit der Anfertigung eines Steueranschlages nach diesem Gesetze laufenden Jahres oder am Ende desselben, oder am Ende irgend eines Jahres, wo ein solcher Besteuerungs-Anschlag zu machen war, irgend eine mit den in Schedule D enthaltenen Steuern belastete Person, ob sie die vorbelegten Erträgnisse oder Gewinne nach dem Betrage derselben im vorhergehenden oder laufenden Jahre, oder nach einem Durchschnitt von Jahren berechnet habe, finden und den Kommissären, von welchen die Besteuerung angelegt worden ist, genügend nachweisen würde, daß ihre Erträgnisse und Gewinne während eines solchen Jahres, für welches die Berechnung gemacht wurde, die so berechnete Summe in Hinsicht derselben Quelle des Gewinnes, bezüglich welcher die Berechnung gemacht wurde, nicht erreichten, die besagten Kommissäre gehalten seyn sollen, den für

Die Vollmacht und Befugniß der General-Kommissäre kann von 3. Special-Kommissären in gewissen Fällen ausgeübt werden.

Wie eine (Steuer-) Verminderung wegen Abnahme des Einkommens zu geschehen ist.

das laufende Jahr gemachten Besteuerungs-Anschlag in Hinsicht einer solchen Quelle von Gewinnen zu modificiren, wie es der Fall erfordert. Und im Falle die angerechnete Summe bezahlt worden ist, sollen sie eigenhändig den Special-Kommissären an dem Oberamte für Stempel und Steuern in England den Betrag der bei solch' erster Besteuerung zu viel bezahlten Summe anzeigen, und darauf sollen die besagten letzt-erwähnten Kommissäre eine Anweisung zur Wiederbezahlung solcher zu viel bezahlten Summe erlassen, und solche Anweisung soll an den General-Einnehmer der Stempel- und Steuergesälle oder an einen Einnehmer oder Collecteur der durch dieses Gesetz bewilligten Steuern, oder an einen Stempel-Vertheiler oder Unter-Vertheiler adressirt werden, und sie sollen die Wiederbezahlung der in der vortagesagten Act zu viel bezahlten Summe auf gleiche Weise, wie es hierin früher in Bezug auf die unter Nr. V der Schedule A dieses Gesetzes bewilligten Vergünstigungen festgesetzt ist, autorisiren und anordnen.

Eine Verminderung soll gehalten werden, wenn Personen aufhören irgend ein Gewerbe auszuüben oder vor dem Ende des Jahres sterben.

CCXXXIV. Und es sei festgesetzt, daß, im Falle irgend eine Person, welche mit den in Schedule D erwähnten Steuern belastet wird, — die Berechnung derselben mag auf die Erträgnisse eines Jahres oder auf einen Durchschnitt basirt seyn, je nachdem es hierin gestattet ist, — aufhört, das Fach auszuüben oder das Gewerbe, die Beschäftigung, oder den Beruf fortzuführen, hinsichtlich dessen eine solche Besteuerung gemacht worden ist, oder wenn sie vor Ende des Jahres, für welches eine solche Besteuerung gemacht wurde, stirbt, oder bankrott oder insolvent, oder aus irgend einem andern besondern Grunde der Erträgnisse oder Gewinne beraubt oder verlustig wird, auf welche die Berechnung der in solcher Besteuerungsliste aufgelegten Steuer gegründet wurde, — es solcher Person, oder ihren Executoren oder Administratoren gestattet seyn soll, sich an die General-Kommissäre des Districts innerhalb dreier Kalender-Monate nach dem Ende eines solchen Jahres zu wenden, und bei genügendem, zur Ueberzeugung der besagten Kommissäre hinreichendem Beweise hierüber, sollen diese die Besteuerungsliste abändern lassen, wie es der Fall erfordert, und der belasteten Partei, ihren Executoren oder Administratoren, Erleichterung gewähren, wie es billig ist. Und in den erforderlichen Fällen sollen die besagten Kommissäre auf die schon erwähnte Weise anordnen, daß eine Wiederbezahlung der zu viel bezahlten Summe nach dem verbesserten oder annullirten Besteuerungs-Anschlage statthinde. Vorausgesetzt wird immer, daß, wo irgend eine Person ein Gewerbe oder Geschäft von der belasteten Partei gerbt hat, keine solche Verminderung stattfinden soll, wenn nicht den besagten Kommissären befriedigend nachgewiesen wird, daß die Erträgnisse oder Gewinne eines solchen Gewerkes oder Geschäftes aus irgend einem specifischen Grunde, welcher von ihr beigebracht und bewiesen werden soll, seit eine solche Aenderung oder Erbschaft stattgefunden hat oder wegen derselben hinter dem Anschlage zurückblieben. Solcher Nachfolger soll vielmehr zur Bezahlung der vollen Steuern, ohne Vornahme einer neuen Besteuerung, verpflichtet seyn.

Die Kommissäre sollen mit den Steuern unter Schedule D belastet werden, wie andere Personen.

Sie sollen nicht gegen seyn, während ihre Uebersichten geprüft werden.

CCXXXV. Und es sei festgesetzt, daß die Personen, welche als Kommissäre bei dem Vollzuge dieses Gesetzes handeln, mit den in Schedule D enthaltenen Steuern, wenn sie diesen unterworfen sind, auf gleiche Weise belastet und belegt werden sollen, wie andere Personen damit besteuert und belegt werden können. Vorausgesetzt wird immer, daß ein Kommissär, dessen Uebersicht oder Schedul der Prüfung unterzogen

wird, oder welcher entweder für sich, oder für eine andere Person, in legend einer vorher beschriebenen Eigenschaft dabei theilhaftig oder interessiert ist, dabei seine Stimme haben und nicht zugegen seyn soll, ausgenommen bei Berufungen, zu dem Zwecke, daß er mündlich von den Kommissären, welche diese Besteuerung oder Schedul gerade zu beurtheilen haben, befragt werde; jedoch soll er während der Berathung und Entscheidung sich zurückziehen.

CXXXVI. Und es sei festgesetzt, daß die General-Kommissäre, welche in Bezug auf die in Schedula D enthaltenen Steuern handeln, in ihre respektiven Besteuerungs-Bücher die verschiedenen Beträge der von ihnen besteuerten Summen sollen eintragen lassen; und sie sollen von Zeit zu Zeit für die Stempel- und Steuer-Kommissäre Rechnungen über den Betrag der von ihnen angerechneten Steuern, woein sie den für jede Person angerechneten Betrag auszuscheiden haben, anfertigen und dieselben den besagten Kommissären übersenden, welche Rechnungen gesondert mit den in diesem Gesetze geforderten Einzelheiten angefertigt werden sollen; und sie sollen auch, von Zeit zu Zeit und sobald es süglich geschehen kann, für die besagten Stempel- und Steuer-Kommissäre Listen anfertigen und ihnen übersenden, welche den Namen, Charakter und Wohnort jeder von ihnen besteuerten Person zu enthalten haben, und diese Listen sollen nach einer alphabetischen Ordnung der betreffenden Kirchspiele oder Wohnorte in ihren respektiven Distrikten angefertigt werden.

CXXXVII. Und es sei festgesetzt, daß alle Besteuerungen von Erträgnissen oder Gewinnen, die nach Schedula D von den General-Kommissären angelegt werden, in Bücher, mit Namen und Charakter der Personen, Corporationen, Kompagnien oder Gesellschaften, die damit zu belasten sind, und ihre respektiven Wohnorte gegenüber gesetzt, eingetragen werden sollen, und diese Einträge sollen fortlaufend numerirt oder literirt, oder mit Namen oder Buchstaben bezeichnet werden, wie die besagten Kommissäre es für geeignet finden. Und wenn und sobald als die besagten Kommissäre irgend einen solchen Eintrag in ein solches Buch haben machen lassen, sollen sie, im Falle die mit einer solchen Besteuerung belastete Person erklärt hat, die Steuer dem für die Erhebung bestimmten Beamten innerhalb der für die Bezahlung derselben durch dieses Gesetz bestimmten Zeit bezahlen zu wollen, und die besagten Kommissäre mit einer solchen Erklärung zufrieden sind, dieser Person oder solch' anderer Person, die als deren Stellvertreter erscheint, ein Certificat, das von zweien oder mehreren solcher Kommissäre zu unterzeichnen ist, übergeben, und darin den Betrag der innerhalb eines Jahres auf eine solche Besteuerung zu bezahlenden Summen specificiren. Und jedes solche Certificat soll mit demselben Buchstaben oder derselben Nummer bezeichnet werden, wie dasselbe in dem Buche der besagten Kommissäre, auf welche sich solches Certificat bezieht, bezeichnet und numerirt oder literirt ist, ohne die Person, welche hierin besteuert ist, zu nennen oder sonst wie zu bezeichnen. Dieses Certificat soll, auf Vorweisen, hinreichende Autorität für den besagten Steuer-Einnahmer seyn, von der Person, welche ein solches Certificat besitzt und vorweist, von Zeit zu Zeit den Betrag der darin bezeichneten Summe in solchen Theilen, wie sie nach diesem Gesetze in Rissen zu bezahlen sind, und zu den Zeiten, welche in diesem Gesetze zur Bezahlung derselben bestimmt sind, oder im Voraus, zu vereinnahmen; und bei Bezahlung der in diesen Certificaten enthaltenen Summen oder eines Theils derselben soll der besagte Einnahmer

Die Kommissäre sollen ihre Besteuerungsumsätze in Bücher eintragen und Verträge darüber an das Stempel- und Steueramt schicken.

Besteuerungen nach Schedula D sollen gleich dem einzulegenden Betrag-Genossenschaft unter einer Nummer oder einem Buchstaben, ohne den Namen der Person, eingetragen werden, wenn diese beschließen, dem Steuer-Einnahmer die Zahlung zu leisten.

Certificate darüber ausstellen, worin der Empfang der Summe, die auf Abschlag an dem Certificate der besagten Kommissäre bezahlt wurde, zu bescheinigen und auf die vorher erwähnte Weise mit gleichen Buchstaben oder Nummern zu bezeichnen ist.

Die Kommissäre sollen den Rollisten Vollmacht ausstellen, ausgenommen die die Parteien nach Nummern oder Buchstaben bekennt hat.

CCXXXVIII. Und es sei festgesetzt, daß in allen Fällen, wo die Kommissäre eine Erklärung der auf vordesagte Weise an die Steuer-Einnehmer beabsichtigten Zahlung einer Steuer, welche nach Schedule D angerechnet werden soll, nicht empfangen haben oder mit solcher Erklärung unzufrieden sind, sie dem Steuer-Einnehmer ein Duplicat der Steuerrollen mit Namen und Charakter der damit belasteten Parteien sammt der Ermächtigung zur Einklassirung derselben in solcher Form und unter den gleichen Befugnissen übergeben sollen, mit welchen diese autorisirt sind, die Steuern nach irgend einer andern, in diesem Gesetze enthaltenen Schedule einzunehmen; und wenn nach dem Empfange einer solchen Erklärung die Steuern nicht richtig und dem Gesetze gemäß entrichtet und bezahlt werden, sollen die besagten Kommissäre die Namen der Säumigen und den Betrag der einem jeden angerechneten Steuer von Zeit zu Zeit in das Duplicat des besagten Steuer-Einnehmers eintragen lassen; und die Ermächtigung zur Einklassirung derselben soll von gleicher Kraft und Wirkung seyn, als ob solche Namen und Summen zur Zeit der Ausgabe einer solchen Ermächtigung darin eingetragen worden wären.

Duplicate sollen den Steuer-Einnehmern übergeben werden, um, von den Besteuerungen unter einer Nummer oder einem Buchstaben angelegt sein, sie mit d. Ermächtigung zum Empfang der Steuern versehen werden.

CCXXXIX. Und es sei festgesetzt, daß die General-Kommissäre gehalten seyn sollen, den respectiven Steuer-Einnehmern Duplicate der von ihnen angelegten Besteuerungen auszufertigen und zu übergeben, welche Duplicate die jeder Person, welcher ein Certificate mit einem Buchstaben oder einer Nummer zugestellt worden, angerechneten Summen enthalten sollen, sammt den in ihren vorher erwähnten respectiven Büchern gegenüber gesetzten Nummern oder Buchstaben, ohne jedoch solche Personen zu nennen, mit der Ermächtigung zum Empfange der von den besagten Kommissären angerechneten Steuern, wann dieselben, wie vorher erwähnt, zahlbar werden; und alle solche Summen sollen den respectiven Steuer-Einnehmern bezahlt werden, und jeder Theil davon, welcher ihnen nicht bezahlt wird, kann erhoben und eingezogen werden, wie es hierin erwähnt ist; und wenn dieser nicht in der Weise bezahlt, erhoben oder eingezogen worden ist, so soll er als eine Schuld an Ihre Majestät die Königin mit allen Gerichtskosten und allen Lasten und Ausgaben, welche dieselbe zu Folge hat, einzutreiben seyn.

Die steuerpflichtigen Personen sind autorisirt, die Steuern dem geeigneten Steuer-Einnehmer vor dem durch dieses Gesetz bestimmten Tagen zu bezahlen, indessen, wenn dieselben Steuern erhoben werden.

CXL. Und es sei festgesetzt, daß die nach den lehterwähnten Steuerrollen zu zahlenden Steuern dem geeigneten Steuer-Einnehmer in solchen Termins-Zahlungen, wie sie durch dieses Gesetz festgesetzt sind, vor den respectiven, für solche Zahlungen bestimmten Tagen, nach den Regularien dieses Gesetzes, oder in drei oder zwei Termins-Zahlungen, oder in einer Summe auf einmal bezahlt werden sollen, wie es die Parteien wollen. Und die hiernach für solche Zahlungen auszustellenden Certificate sollen den respectiven Kommissären oder einem oder mehreren derselben, oder ihrem Sekretär in ihrer Kanzlei, vor der Zeit, wo dieselben hiernach zu zahlen sind, übergeben und ein Empfangsschein von ihnen für dieselben ausgestellt werden, welcher Empfangsschein als hinreichende Quittung für das bezahlte Geld gelten soll auf jenen Betrag der Steuer, welcher in solchem Certificate als bezahlt angegeben ist. Und wenn irgend eine Person vernachlässigt, die Steuer in der zu ihrer Bezahlung



bestimmten Zeit und auf die hiedurch festgesetzte Weise zu bezahlen, oder, nachdem sie dieselbe bezahlt hat, vernachlässigt, das Certificat zu übergeben, welches auf solche Bezahlung, wie schon erwähnt, zu stellen ist, so sollen die General-Kommissäre beauftragt seyn und werden sie hiemit aufgefordert, über alle Summen, die der Person angerechnet sind, welche ermangelt hat zu bezahlen, oder an den Steuer-Einnehmer, welchen sie dazu bestimmen, die Bezahlung zu berichten, ein Duplicat mit der Ermächtigung zu übergeben, die rückständige und unbezahlte Summe zu erheben, und solches Duplicat soll ausgestellt und solche Summen sollen erhoben werden nach den Regulativen der besagten Gesetze, die sich auf die Beiträge an directen Steuern beziehen.

CXLI. Und es sei festgesetzt, daß es jeder Person gestattet seyn soll, dem General-Einnehmer der Stempel- und Steuergesälle oder dem für den Empfang gelizneten Beamten jede, auf vorbelegte Weise auferlegte Summe Geldes voraus zu bezahlen und ein Certificat darüber zu fordern, in welchem die Bezahlung derselben bestätigt wird; und es soll dem besagten General-Einnehmer oder Kassa-Beamten gestattet seyn, bei Vorweisung der Anzeile oder des Certificats einer solchen Besteuerung zur Zeit der Vorausbezahlung der besagten Summe (welche so bezahlte Summe in keinem Fall weniger seyn soll, als die Summe, welche nach einem solchen Certificat als in zwei Zahlungsterminen zahlbar erscheint) nach dem Maße von vier Pfund vom Hundert jährlich an der so im Voraus bezahlten Summe eine Vergünstigung zu bewilligen, welche nach jener Summe für die Zeit berechnet werden soll, um welche die Summe eher bezahlt wurde, als durch dieses Gesetz für die Bezahlung vorgeschrieben ist; und in jedem solchen Falle soll der besagte General-Einnehmer oder Kassa-Beamte der Person, welche dieselbe bezahlt, ein Certificat über solche Bezahlung ausstellen und darin die Anzahl der hiernach entrichteten Termins-Zahlungen und den Betrag der Vergünstigung für solche prompte Bezahlung specificiren und sich dabei auf die vorbelegte Anzeige oder das Certificat der Besteuerung, und den darin erwähnten Namen, die darin erwähnten Nummern oder Buchstaben beziehen; und alle solche Vergünstigungen sollen zur Zeit der Zahlung der besagten Steuern bewilligt werden; und solche vorher erwähnte Certificate, welche an den betreffenden Beamten der für den Vollzug dieses Gesetzes bestimmten Kommissäre übergeben werden, sollen von ihnen wie baares Geld zur Verichtigung der Besteuerung angenommen und ihnen in den Rechnungen passirt werden.

CXLII. Und es sei festgesetzt, daß bei der Bezahlung jeder solchen Geldsumme der besagte General-Einnehmer oder andere Einnehmer ein solches Certificat, wie schon erwähnt, für das Ganze der so bezahlten Summe oder verschiedene Certificate in gleicher Form für Theile derselben, je nachdem es die Umstände erfordern, ausstellen soll. Diese Certificate sollen einzeln zackig von den Contrescheinen abgeschnitten werden, und diese Contrescheine bei dem besagten General-Einnehmer oder anderen Einnehmer bleiben. Jedes solche Certificat soll enthalten, daß die Bezahlung zur Abtragung der in diesem Gesetze geforderten Steuern geschehen sei. Und wenn ein solches leterwähntes Certificat an die General-Kommissäre oder an ihre Beamten zur gänzlichen oder theilweisen Entrichtung der besagten Steuern, mit welchen die Person, die ein solches Certificat überliefert, belegt oder belastet ist, überliefert wird, dann sollen die besagten Kommissäre oder ihr Sekretär auf Verlangen schriftlich auf der Rückseite des Certificats, welches

Die Steuern können im Voraus, mit der vorgeschriebenen Anzahl Centes bezahlt werden.

Ein Certificat über mehrere sollen für die bezahlten Steuern gegeben werden, wie es die Umstände erfordern.

Wenn den Kommissären die Certificate überliefert werden, soll der Sekretär einen Empfangschein ausstellen, welcher als Quittung für die erzahlten Steuern gelten soll.

in einem solchen Falle von Ihnen, resp. Ihm, auszustellen ist, den Betrag besagter Steuerziele, die durch solche Zahlungen abgetragen werden, aufzeichnen, und diese Empfangsscheine der besagten Kommissäre oder ihrer Sekretäre sollen, ohne weiteren Beweis, an allen Gerichtshöfen und Orten und von allen Personen als Beweis solcher Bezahlung angenommen werden.

Nachdem von den Specialkommissären b. Festsetzung der nach Schedula D angelegten Steuern vorgenommen worden ist, können die Parteien einen Vergleich darüber auf drei Jahre abschließen.

XXLIII. Und da es zweckdienlich ist, Personen, welche geneigt sind, unter den nachstehenden Bedingungen einen Vergleich in Betreff der Steuern, welche auf den in Schedula D beschriebenen Erträgen und Gewinnen lasten, zu treffen, von Einlieferung einer weitem Uebersicht solcher Erträge und Gewinne zu befreien, welche in dem zweiten und dritten Jahre des für die Dauer dieses Gesetzes bestimmten Zeitraumes anzurechnen sind: sei festgesetzt, daß jede Person, welche einen Vergleich über die erwähnten Steuern einzugehen wünscht, ein Verzeichniß und eine Uebersicht ihrer Erträge und Gewinne, die nach der besagten Schedula D in dem ersten Jahre dieses Gesetzes besteuert sind, dem Steuerbeamten des Kirchspiels oder Ortes, in welchem solche Erträge zu besteuern sind, überliefern soll, auf daß eine Festsetzung der darauf lastenden Steuern durch die besagten Special-Kommissäre getroffen werde, und solche Person soll auch zu gleicher Zeit dem erwähnten Steuerbeamten eine von ihr unterzeichnete Anzeige einliefern, worin sie das Verlangen ausdrückt, sich auf die, in diesem Gesetze verordnete Weise für die darauf lastenden Steuern zu vergleichen. Und wenn eine solche Festsetzung von den erwähnten Kommissären vorgenommen (und nachdem jede allensällige in diesem Gesetz erlaubte, gegen dieselbe eingebrachte Berufung zuvor entschieden worden ist), sollen die erwähnten Kommissäre für Specialzwecke befugt seyn, mit einer solchen Person einen Vergleich bezüglich der Steuern unter den hierin erwähnten Bedingungen für die Periode von drei Jahren, auf deren Dauer dieses Gesetz beschränkt ist, zu contrahiren und diesen mit ihr in der Voraussetzung abzuschließen, daß solche Person auf einen solchen Abfindungs-Contrakt innerhalb des Zeitraums von einem Kalender-Monate, nachdem die Anfertigung einer solchen Besteuerungsliste ihr angezeigt und ihre Appellation gegen dieselbe entschieden worden ist, eingehe und denselben unterzeichne. Und die Bedingungen eines solchen Vergleichs sollen seyn,

Vergleichsbedingungen.

daß sie in jedem Jahre des besagten Zeitraumes die Summe der gedachten, so bestimmten Steuern sammt einem Zusatz dazu nach dem Verhältnisse von einem Schilling je für 20 Schillinge der, wie vorerwähnt angerechneten Summe bezahle, welcher Zusatz zu der besagten, für das erste Jahr des erwähnten Termins angelegten Besteuerung von den besagten Kommissären bestimmt werden soll, und in jedem folgenden Jahre soll die Anlegung der unter Schedula D erwähnten Steuern auf die Person, welche einen solchen Abfindungs-Contrakt geschlossen hat, durch die Kommissäre für Specialzwecke in einer Summe geschehen, welche dem Gesamtbetrage der besagten Besteuerung für das erste Jahr und der besagten Zusatz-Rate gleich ist.

In den folgenden Jahren ist die Einlieferung von Uebersichten nicht erforderlich.

Wenn man den Contrakt zu unterzeichnen vorzuziehen, soll die Steuer auf die gewöhnliche Art erhoben werden.

Und solche Person soll nicht gehalten seyn, eine weitere Liste, Erklärung, oder einen weiteren Bericht von den in der besagten Schedula beschriebenen Erträgen während der besagten Abfindungszeit zu überliefern. Vorausgesetzt wird immer, daß, wenn die Person, auf welche eine solche Besteuerung gelegt wird, vernachlässigen oder verweigern würde, auf einen solchen Abfindungs-Contrakt innerhalb der hierin für diesen Zweck bestimmten Zeit einzugehen und denselben zu unterzeichnen, die so

vergenommenen Besteuerung, ohne die besagte Zusatz-Rate, auf gleiche Weise wie irgend eine andere Besteuerung, welche von den für den Vollzug dieses Gesetzes angestellten Kommissären aufgelegt wird, erhoben, eingesammelt und eingetrieben werden soll.

CXLIV. Und es sei festgesetzt, daß die Abfindungs-Contrakte in der folgenden Form ausgesetzt werden, nämlich:

Form und Ertheilung eines Abfindungs-Contraktes.

„Da eine Anlage der Steuer auf Erträgnisse und Gewinne, welche nach „*Schedula D* des Gesetzes zu besteuern sind, das in dem . . . Jahre der Königin „*Victoria* unter dem Titel: Gesetz (man setze den Titel dieses Gesetzes ein) erlassen „wurde, gehörlig von zwei Special-Kommissären, welche in dem Vollzuge dieses Gesetzes „handeln, festgesetzt worden ist auf A. B. von 10. in der Summe von . . . für das „am 5. April 1843 endende Jahr, und da der besagte A. B. wünscht, sich für die „Steuer für den hierin später erwähnten Zeitraum abzufinden, wie durch dieses Gesetz „gestattet ist: Haben wir, die unterzeichneten zwei Special-Kommissäre, welche in dem „Vollzuge dieses Gesetzes handeln, kraft der Macht und Autorität, die uns hiemit zu „diesem Zwecke eingeräumt ist, und zu Folge derselben, mit dem besagten A. B. einen „Contract wegen Abfindung für besagte Steuern, welche ihm nach *Schedula D* während „der Periode von drei Jahren von dem fünften April eintausend achthundert und zwei- „undvierzig anzurechnen sind oder angerechnet werden können, geschlossen, und lauten „die Bedingungen dieser Abfindung folgendermaßen:

„Der besagte A. B., seine Erben, Exekutoren oder Administratoren, sollen „genau und getreulich bezahlen an . . . zum Vortheile Ihrer Majestät, in jedem „Jahre des besagten Zeitraums, die Summe von . . . (den Betrag der besagten „Besteuerung sammt einem Zusage zu derselben nach dem Verhältnisse von einem „Schillinge je für 20 Schillinge der angerechneten Summe) in vier gleichen viertel- „jährigen Zahlungsterminen, nämlich:

„Erster Zahlungstermin: an oder vor dem zwanzigsten Junius;

„Zweiter Termin: an oder vor dem zwanzigsten September;

„Dritter Termin: an oder vor dem zwanzigsten Dezember;

„Vierter Termin: an oder vor dem zwanzigsten März in jedem Jahre des „vor erwähnten Zeitraums.

„Vorausgesetzt wird immer, daß die Steuerziele, welche nach dem Inhalte „dieses Contractes jetzt fällig und zu zahlen sind, sammt dem . . . Steuerziele, an „oder vor dem . . . Tage des nächst folgenden . . . bezahlt werden.

„Datum, den . . .

(Unterzeichnet)

„Zeuge bei der Unterzeichnung dessen „Special-Kommissäre nach dem Gesetze „durch den besagten A. B.“ „. . . Vict. . . Cap.“ „Steuer-Inspcctor (oder Aufseher).“ „A. B. (die Partei).“

Und jeder solche Vergleichs-Contract soll zweifach ausgesetzt und jede Aus-  
fertigung von zwei Special-Kommissären und von der sich vergleichenden Person  
unterzeichnet werden, und die Unterzeichnung durch solche Person soll von dem Inspcctor  
oder Aufseher des Districts, in welchem eine solche Person wohnt oder für die besagten  
Abgaben zu besteuern ist, bezeugt und attestiert werden, und eine der Ausfertigungen

Der Contract soll Autorität geben zur Erhebung einer jährlichen Steuer von der sich vergleichenden Partei nach dem darin specificirten Betrage, und der Betrag soll als ein Schuld an Ihre Majestät betrachtet und demgemäß eingetrieben werden.

des besagten, so unterzeichneten Contrakts soll der sich vergleichenden Partei zugesetzt, und die andere dem Oberamte für Stempel und Steuern in England oder Schottland überfendet werden, je nachdem der Fall es erfordert. Und jeder solche Contract soll den Special-Kommissären Autorität geben, eine Besteuerung der sich vergleichenden Partei für jedes betreffende Jahr der besagten Zeit des Vergleichs nach der in solchem Vergleich als jährlich zu bezahlender Steuerbetrag specificirten Summe vorzunehmen, und dieselben erheben, eintreiben und bezahlen zu lassen zu solchen Zeiten und auf solche Weise und durch alle solche Arten und Mittel, wie es hierin bestimmt, vorgeschrieben und autorisirt ist in Bezug auf irgend eine andere Besteuerung, die von den Kommissären, welche in dem Vollzuge dieses Gesetzes handeln, angelegt ist. Vorausgesetzt wird immer, daß, ob irgend eine solche, hierin autorisirte Besteuerung auf die sich vergleichende Partei gelegt werde oder nicht, die in solchem Vergleichs-Contrakte als der, von der sich vergleichenden Partei zu zahlende jährliche Betrag, specificirte Summe und die verschiedenen Zinszahlungen derselben, wann und wie sie nach dem Inhalt und nach der Wirkung eines solchen Contrakts zahlbar werden, als Schuld gelten sollen, welche von der besagten Vergleichs-Partei, ihren Erben, Exekutoren und Administratoren an Ihre Majestät die Königin zahlbar ist, und welche auf alle und jede Art und Weise eingetrieben werden soll, wie solche Schulden einzutreiben sind, und zwar sammt den vollen Proceßkosten und allen damit verbundenen Kosten und Ausgaben. Vorausgesetzt wird auch, daß, wenn irgend eine Person, welche einen vorbezeichneten Vergleich geschlossen hat, vor dem Ende des besagten Zeitraumes von drei Jahren stirbt, oder bankrott oder insolvent wird, der Vergleichs-Contrakt am nächsten fünften April nach ihrem Tode, Fallimente oder ihrer Insolvenz aufhören und enden soll, ausgenommen und vorbehaltlich der Steuergiele, welche vor dem besagten Tage zu zahlen waren und unbezahlt blieben.

Die Strafe für Betrug bei Schließung des Contrakts.

CXLV. Und es sei festgesetzt, daß, wenn irgend eine Person, welche vorschlägt, für die nach Schedule D dieses Gesetzes anzurechnenden Steuern einen Vergleich zu schließen, vorzüglich eine falsche Liste, Erklärung oder Uebersicht der in der besagten Schedule beschriebenen Erträgnisse oder Gewinne verfassen oder übergeben, oder irgend eines der Erträgnisse oder einen Gewinn, oder irgend einen Theil oder Antheil davon, oder irgend eine andere durch dieses Gesetz für solche Liste, Erklärung oder Uebersicht vorgeschriebene Sache oder Materie vorsätzlich verhehlen oder anzugeben unterlassen, oder wenn irgend eine solche Person durch betrügerische Mittel bewerkstelligen würde, daß die Besteuerung für einen kleineren Betrag der besagten Steuer angelegt wird, als ihr anzurechnen wäre, um darauf hin einen Vergleich zu schließen, oder wenn irgend eine Person durch ein betrügerisches Mittel bewerkstelligen würde, daß der Vergleich auf einen kleineren Steuerbetrag als ihr angerechnet werden sollte, gemacht oder geschlossen wird, — jede, auf vorbezeichnete Weise sich verhehlende Person der Summe von fünfzig Pfund verlustig werden, und der Contract oder Vergleich, wenn einer mit einer solchen Person geschlossen wurde, null und nichtig seyn, und die Partei so besteuert und belastet werden soll, als ob kein Contract geschlossen worden wäre. Es wird jedoch vorbehalten, daß jede Summe Geldes, welche nach oder zu Folge eines solchen Contrakts bezahlt wurde, Ihrer Majestät verfallen seyn soll.

Die Steuern und Regulator in Sch.

CXLVI. Und es sei festgesetzt, daß die hiedurch bewilligten Steuern, die in

der mit E bezeichneten Schedul enthalten sind, nach den folgenden Regulativen angerechnet und aufgelegt werden, und daß diese Regulative als ein Theil dieses Gesetzes angesehen und betrachtet werden, und auf die letzterwähnten Steuern sich beziehen sollen, als ob dieselben unter einem speciellen Gesetzesabschnitt eingebracht worden wären.

### Schedula E.

#### Regulative für Anrechnung der besagten Steuern.

Erstens: Die besagten Steuern sollen jährlich den Personen angerechnet werden, welche die, in der besagten Schedula E erwähnten Aemter oder nutzbringenden Beschäftigungen haben, führen, oder ausüben, oder welchen die in derselben Schedul erwähnten Annuitäten, Pensionen oder Gnadengehalte zu zahlen sind, für alle Gehalte, Sporteln, Löhne, Accidengien, oder Eträgnisse, welcher Art sie auch immer seyn mögen, die aus solchen Aemtern, Beschäftigungen oder Pensionen herrühren, nach Abzug des Betrags der Steuern oder anderen Summen, die kraft irgend eines Parlamentsaktes davon zahlbar oder darauf anzurechnen sind, wenn dieselben wirklich und bona fide von der zu besteuern den Partei bezahlt und getragen wurden. Und jede Besteuerung hinsichtlich solcher Aemter oder Beschäftigungen soll für ein ganzes Jahr in Kraft seyn und für dieses Jahr, ohne neue Besteuerung, von der Person, welche gerade das Amt oder die Beschäftigung hat oder ausübt, erhoben werden, ungeachtet eine Aenderung in einem solchen Amte oder einer solchen Beschäftigung stattgefunden haben sollte. Vorausgesetzt wird, daß die Person, welche ein solches Amt oder eine solche Beschäftigung ausübt, oder innerhalb des Jahres stirbt, resp. ihre Exekutoren oder Administratoren, für die Rückstände verantwortlich seyn sollen, die vor oder zu der Zeit zahlbar waren, als sie solches Amt oder solche Beschäftigung verließ oder als sie starb, und für den weiteren Zeitausschnitt, der bis dahin verfloßen ist und von den respectiven Kommissären bestimmt werden soll; und ihrem Erben sollen solche Summen zurückbezahlt werden, welche er für einen solchen Theil des Jahres, wie vorher gesagt, bezahlt hat; und jede Besteuerung hinsichtlich solcher Annuitäten, Pensionen, oder Gnadengehalte soll für ein ganzes Jahr in Kraft sein, wenn dieselben nicht innerhalb des Jahres durch Verfall, Tod, oder sonst wie aufhören oder enden sollten, von welcher Periode an die Besteuerung darauf erlassen seyn soll.

Zweitens: Die besagten Steuern sollen von den verschiedenen Kommissären für alle Aemter in jedem Amtsbezirk in dem Orte angerechnet werden, wo die besagten Kommissäre ihr Amt ausüben, wenn gleich gewisse Aemter desselben Amtsbezirkes anderwärts ausgeübt werden, und jene Steuern sollen von den betreffenden Beamten und ihren jeweiligen Nachfolgern zu entrichten und zu zahlen seyn.

Drittens: Die besagten Steuern sollen von allen öffentlichen Aemtern und nutzbringenden Beschäftigungen der hierin später erwähnten Kategorien in Großbritannien bezahlt werden, nämlich: von jedem Amte, welches zu den beiden Parlamentskammern oder einem Gerichtshofe, mag daselbst nach Billigkeit oder Gesetz entschieden werden, in England, Schottland, Wales, dem Herzogthume Lancaster, dem Herzogthume Cornwall, oder zu irgend einem Kriminal-, Revisions-, geistlichen, Admiralitäts-, Kommissions-, oder Kriegsgerichtshofe gehört; von jedem öffentlichen Amte, das unter

Schedula E sollen einen Theil dieses Gesetzes bilden.

Diese Steuern soll für alle Gehalte, Sporteln, oder Eträgnisse angerechnet werden.

nach Abzug der nach irgend einer Parlamentsakte darauf anzurechnenden Steuern.

Versteht sich hinsichtlich der Rückstände bei Verlassung des Amtes oder der Beschäftigung.

Die Steuern sollen für alle Aemter in dem Orte, wo die Kommissäre ihr Amt ausüben, angerechnet werden.

Bestimmung der zu besteuern den Aemter.

dem Civil-Gouvernement Ihrer Majestät, oder in irgend einer Pfalzgrafschaft oder dem Herzogthume Cornwall ausgeübt wird; von jedem Offizier, der in dem Stabe dient oder zur Armee Ihrer Majestät gehört, in allen Artillerie-, Kavallerie- oder Infanterie-Regimenten, in der königlichen Marine, in jedem Garnisonsbataillon oder Ingenieur-Corps, oder bei den königlichen Werkmeistern; von jedem Offizier in der Flotte, in der Miliz, oder unter den Freiwilligen; von allen Aemtern oder nutzbringenden Beschäftigungen, welche unter einer geistlichen Körperschaft, ob vereint oder allein, unter einer öffentlichen Corporation, einer Gesellschaft oder einem Vereine, ob Corporation oder nicht Corporation, stehen; von allen Aemtern oder nutzbringenden Beschäftigungen, die unter einem öffentlichen Institute, oder unter einer öffentlichen Stiftung stehen, welcher Art dieselben seien und zu welchem Zwecke sie auch errichtet seyn mögen; von allen Aemtern oder nutzbringenden Beschäftigungen in irgend einer Grafschaft, einem Riding, einer Abtheilung, einer Herrschaft oder Vogtei, in jeder city, jeder Municipalschaft, jedem Flecken oder Plaze, oder die unter Pflegern oder Verwaltern von Fonds, Wegzöllen oder Abgaben, in einer solchen Grafschaft, einem solchen Riding, einer solchen Abtheilung, Herrschaft oder Vogtei, city, Municipalschaft, solchem Flecken oder Plaze ausgeübt werden, und von jedem andern öffentlichen Amte oder von jeder andern nutzbringenden Beschäftigung, die öffentlicher Natur ist.

Gebühren oder andere Vorbehalten können nach den Umständen des vorhergehenden Jahres oder nach einem Durchschnitt von drei Jahren geschätzt werden.

Wirkens: Als Accidenzien, welche nach diesem Gesetze zu besteuern sind, sollen solche Erträgnisse von Aemtern und Beschäftigungen betrachtet werden, die aus Gebühren oder andern Emolumenten herrühren und entweder von der Krone oder den Unterthanen im Laufe der Führung solcher Aemter oder Beschäftigungen zu zahlen sind; und diese können entweder nach den Erträgnissen des vorhergehenden Jahres oder nach dem billigen und richtigen jährlichen Durchschnitt des Ertrags oder Gewinnes daraus in den drei vorhergehenden Jahren geschätzt werden, wobei das Ende solcher Jahre in jedem Falle an dem fünften April jeden Jahres oder sonst an dem Tage jeden Jahres, an welchem die Rechnungen solcher Erträgnisse gewöhnlich geschlossen werden, angenommen werden soll.

Wenn die Steuern von Gehältern, Gebühren, Pensionen u. dgl. für irgend ein Staatsamt zu zahlen sind, nicht bezahlt werden, sollen letztere mit Zwangsverfügung belegt werden.

Fünftens: In allen Fällen, wo Gehalte, Gebühren, Lohn, oder andere Accidenzien oder Erträgnisse, oder irgend welche Annuitäten, Pensionen oder Gnadengehälte, in irgend einem Staatsamte oder von irgend einem Beamten des Hofstaates Ihrer Majestät, oder von irgend einem der Einknehmer oder Zahlmeister Ihrer Majestät, oder von irgend einem zu diesem Behufe verwendeten Agenten zu bezahlen sind, sollen die nach diesem Gesetze hinsichtlich solcher Gehalte, Gebühren, Löhne, Accidenzien, oder Erträgnisse, oder hinsichtlich solcher Annuitäten, Pensionen oder Gnadengehälte zu entrichtenden Steuern an denselben oder an irgend einem Gelde zurückbehalten und mit Vorschlag belegt werden, welches auf solche Gehalte, Gebühren, Löhne, Accidenzien, oder Erträgnisse, oder auf solche Annuitäten, Pensionen, oder Gnadengehälte zu zahlen ist, oder für Rückstände, wenn es solche gibt, und dieses Geld soll zur Bezahlung der Steuern auf solche Aemter oder Beschäftigungen, oder auf solche Annuitäten, Pensionen oder Gnadengehälte (wenn sie nicht anders bezahlt wurden) auf die in diesem Gesetz festgesetzte Weise verwendet werden; und wenn die, in der Art zu zahlenden (Steuern) von den General-Kommissären in ihren respectiven Distrikten angedrönet wurden, sollen sie einen Bericht über den angelegten Steuerbetrag an das Amt senden, wo

dieselben auszusahlen sind, damit der so angerechnete Betrag dort mit Beschlagnahme belegt oder zurückbehalten werde.

**Schstens:** In allen Fällen, wo Gehalte, Gebühren, Befoldungen, Pfründen oder Einnahmen irgend eines Beamten, der mit den besagten Steuern zu belasten ist, nicht aus den, in der vorhergehenden Regel erwähnten Ämtern, sondern aus andern Ämtern oder andern nutzbringenden Beschäftigungen herrühren, die mit den besagten Steuern zu belasten sind, und wo die Gehalte, Gebühren, Befoldungen, Accidenzien, oder Erträgnisse bei einem solchen Amte von einem Beamten oder Einnahmer an demselben, oder von irgend einem zu diesem Behufe verwendeten Agenten auszusahlen sind, sollen die nach diesem Gesetze anzurechnenden Steuern hinsichtlich solcher Gehalte, Gebühren, Befoldungen, Accidenzien oder Erträgnisse an denselben oder an irgend einem Gelde zurückbehalten und mit Beschlagnahme belegt werden, welches auf solche Gehalte, Gebühren, Befoldungen, Accidenzien oder Gewinne, oder für Rückstände davon, wenn sich deren ergeben, bezahlt wird, und zur Zahlung der Steuer (wenn sie nicht anders bezahlt worden) auf die Weise verwendet werden, welche durch dieses Gesetz festgesetzt ist.

**Siebentens:** Von den besagten Steuern auf Ämter oder nutzbringende Beschäftigungen, oder auf Annuitäten, Pensionen oder Gnadengehalte, welche mit irgend einer, an eine andere Person zu zahlenden Summe belastet sind, soll ein solcher Anteil von der, an solche andere Person zu zahlenden Summe in dem Verhältniß abgezogen werden, wie hoch eine gleiche Steuer auf eine solche Summe sich belaufen würde; und alle solche Personen, ihre Agenten und Einnahmer sollen solche Abzüge und Zahlungen bei dem Empfange des Ueberrestes solcher Summen gestatten.

**Achtens:** Jener Theil der besagten Steuern, mit welchen ein solches Amt oder eine solche nutzbringende Beschäftigung belastet wird, die von einem Stellvertreter oder Sekretär oder von einer andern, unter dem Principale in einem solchen Amte verwendeten und von solchem Principal aus dessen Gehalte, Gebühren, Löhne, Accidenzien oder Einnahmen bezahlten Person ausgeübt wird, soll von dem so bezahlten Gehalte oder Lohne nach demselben Verhältniß abgezogen werden, wie viel eine gleiche Steuer auf jene Gehalte oder Löhne betragen würde; und alle solche Stellvertreter, Sekretäre, und andere so verwendete Personen sollen ihren respectiven Principalen solche Abzüge und Zahlungen bei dem Empfange des Ueberrestes eines solchen Gehaltes oder Lohnes gestatten.

**Neuntens:** Bei Schätzung der Steuern, welche für irgend ein solches Amt oder eine solche nutzbringende Beschäftigung, oder eine Pension, Leibrente oder einen Gnadengehalt zu zahlen sind, soll es gestattet seyn, alle amtlichen Abzüge und Zahlungen, die bei der Auszahlung der Gehalte, Gebühren, Löhnungen, Accidenzien und Erträgnisse desselben, oder bei Ablegung der Rechnungen, die sich auf ein solches Amt beziehen, oder bei Empfang einer solchen Pension, Leibrente oder eines solchen Gnadengehaltes gemacht wurden, abzuziehen, vorausgesetzt, daß gehörige Rechnung darüber den besagten Kommissären gestellt und zu deren Zufriedenheit nachgewiesen wird.

**Zehntens:** In allen Fällen, wo irgend eine Leibrente oder Pension aus irgend einem besonderen Zweige des Staatseinkommens und an dem für diesen Zweig bestehenden Amte auszusahlen ist, sollen die Kommissäre, welche in diesem Geschäftszweige fungiren, die Befugniß haben, dieselben als einen daraus zahlbaren Gehalt oder Lohn zu besteuern und zu erheben.

Steuern auf Gehälter, nämlich von Ämtern herrührend, welche in der vorhergehenden Regel erwähnt sind, sollen von den Personen, die solche Gehälter, Gebühren u. auszahlen, mit Beschlagnahme belegt werden.

Jener Theil der Steuer, welcher mit einer Summe belastet ist, die an andere Personen zahlbar ist, soll von solcher Summe abgezogen werden.

Die Steuer, welche von dem Principale in einem Amte für den Gehalt entrichtet wird, welchen sein Stellvertreter oder Sekretär empfangt, soll von solchem Gehalte abgezogen werden.

Zahlungen bei dem Empfang von Gnadungen u. oder beim Gelde der Rechnungen oder bei dem Empfang von Pensionen sollen abgezogen werden.

Bestimmen, wie aus einem Zweige der Staatseinkünfte zahlbar sind, sollen von den Kommissären dort besteuert werden.

Wenn Personen, die für Aemter zu besteuern sind, soll man annehmen, daß sie dieselben an dem Hauptamt ausüben.

In welchem Departement die Beamten zu besteuern.

CXLVII. Und es sei festgesetzt, daß von jeder Person, welche für ihr Amt oder ihre Beschäftigung besteuert wird, angenommen werden soll, daß sie dieselbe an dem Hauptamt des Amtszweiges ausübe, zu welchem solches Amt oder solche Beschäftigung gehört, und daß man sie für solches Amt oder solche Beschäftigung besteuern soll, als ob sie dieselbe an einem solchen Hauptamt ausgeübt hätte, wenn gleich die Dienste eines solchen Amtes oder einer solchen Beschäftigung anderswo in oder außer Großbritannien verrichtet, oder die Erträgnisse, oder irgend ein Theil derselben, von einem solchen Amte oder einer solchen Beschäftigung sonst wo, in oder außerhalb Großbritannien zu zahlen sind; und alle auf einen untergeordneten Beamten gelegten Besteuerungen sollen demgemäß, wo er auch sein Amt oder seine Beschäftigung ausüben mag, in demselben Distrikte vorgenommen werden, wo solches Hauptamt sich befindet. Und von jedem Amte soll man annehmen, daß es zu den Oberbeamten des Amtszweiges, von und unter welchen die Ernennung zu einem solchen Amt geschah, gehöre und daß dasselbe von und unter ihnen besteuert werde, vorausgesetzt, daß, wo eine solche Ernennung von einem untergeordneten Beamten irgend eines Amtszweiges ausgeht, ein solches Amt von denselben Kommissären, durch welche ein solcher untergeordneter Beamte für sein Amt zu belassen ist, besteuert werden soll.

Vorausgesetzt wird ferner, daß, wo irgend eine solche Anstellung unter dem großen Siegel oder unter dem (L.) Privatiegel von England oder Schottland verliehen, oder unter der eigenhändigen königlichen Unterschrift vorgenommen wird, oder wo irgend eine solche Stelle unter der Hand oder dem Siegel der Schatzkammer-Kommissäre Ihrer Majestät verliehen wird, ohne daß dieselbe in dem Departement der Schatzkammer (des Finanzministeriums) ausgeübt würde, der Beamte, welcher ein solches Amt bekleidet, in dem Amtszweige besteuert werden soll, wo das Amt verrichtet wird. Vorausgesetzt wird auch, daß nichts, was hierin enthalten, so erklärt werden soll, als sei das Recht zu beschränken, welches früher den Distrikts-Kommissären hier eingeräumt wurde, die vorherbeschriebenen Aemter innerhalb ihres Amtsbezirktes mit Steuer zu belegen, wenn gleich die Ernennung zu solchen Aemtern, oder einem derselben, nicht durch sie geschieht oder die Erträgnisse solcher Aemter nicht auf ihre Anweisung oder von ihnen zu zahlen sind.

Die Steuern sollen sich nicht auf diejenigen Aemter erstrecken, die nach dem bisherigen Rechte in Irland ausgesetzt werden müssen.

CXLVIII. Vorausgesetzt wird immer und sei festgesetzt, daß nichts, was hierin enthalten, so weit ausgedehnt oder als so weit auszudehnen angesehen werden soll, als sei irgend eine in Irland wohnhafte Person mit den in der besagten Schedule E enthaltenen Steuern für irgend ein öffentliches Amt oder eine öffentliche Beschäftigung, deren Dienstgeschäfte notwendiger Weise und dauernd in Irland ausgeübt werden müssen, zu belassen.

Gewisse Vergünstigungen für die Verwalter des britischen Museums, und gleiche Steuerfreiheiten, wie sie wohlthätigen Institutionen bewilligt sind.

CXLIX. Vorausgesetzt wird immer und sei festgesetzt, daß die gleichen Vergünstigungen, welche für Stiftsgebäude und andere Bräuhäuser in Nr. VI. der Schedule A gestattet sind, den Verwaltern des britischen Museums in Bezug auf alle Belastungen, die nach Schedule A auf die, solchen Verwaltern anvertrauten Ländereien und Grundstücke zu legen sind, gestattet werden sollen; und gleiche Steuerfreiheiten sollen in Bezug auf Dividenden von Fonds, die solchen Verwaltern oder einem derselben, oder einem dritten zu deren Vortheil anvertraut sind, gestattet werden, wie sie in diesem Gesetze wohlthätigen Institutionen bewilligt sind; und keine Befolgung oder



Zahlung, welche solchen Verwaltern von dem Zahlungsamt Ihrer Majestät zum Vortheile solcher Institute verabfolgt wurde oder verabfolgt werden wird, soll bei dem besagten Zahlungsamt besteuert werden, vorausgesetzt, daß alle Besoldungen der Beamten oder Personen, die unter den besagten Verwaltern beschäftigt sind, den betreffenden Beamten angerechnet werden sollen.

CL. Und es sei festgesetzt, daß die verschiedenen Kommissäre, welche zum Vollzuge dieses Gesetzes autorisirt sind bezüglich der Steuer auf Aemter, nutzbringende Beschäftigungen, Pensionen oder Gnadengehalte, so bald als es möglicher Weise nach ihrer Anstellung in ihren betreffenden Amtszweigen geschehen kann, an einem geeigneten Orte zusammen kommen sollen, um sich durch Ablegung der in den verschiedenen erwähnten Gesetzen über die direkten Steuern vorgeschriebenen Eide (zur Bekleidung ihres Amtes) zu qualifiziren; und dieselben sollen die Befugniß haben, einen Sekretär und Steuerbeamte zu wählen, und in Fällen, wo die Steuern bei dem Amtszweige der besagten Kommissäre oder bei dem Amtszweige, für welchen dieselben fungiren, nicht zurückgehalten und mit Beschlagnahme belegt werden können, Einnahmer für besagte, von ihnen anzurechnende Steuern unter und aus den Beamten ihrer betreffenden Amtszweige, und besondere Steuerbeamte und Einnahmer in jedem solchen Amtszweige, der unter der Cognition dieser Kommissäre steht, zu wählen. Diese Steuerbeamten sollen innerhalb einer von den betreffenden Kommissären festzusetzenden Zeit ihnen ihre Besteuerungszertifikate, von ihnen selbst geschrieben, überliefern, und es soll von ihnen eichtlich bekräftigt werden, daß jene den vollen und richtigen jährlichen Ertrag aller Aemter und nutzbringenden Beschäftigungen enthalten, die zu Folge dieses Gesetzes in dem Amtszweige, für welchen sie als Steuerbeamte aufgestellt sind, zu versteuern sind, sowie den aller Pensionen und Gnadengehalte, nach diesem Gesetze geschätzt, mit Vornamen und Nummern der verschiedenen, zu den Pensionen und Gnadengehalten berechtigten Beamten und andern Personen, und die verschiedenen Summen, die diesem Gesetze zu Folge nach dem Verhältniß von sieben Pence je für zwanzig Schilling eines solchen Ertrages zu zahlen sind, ohne Abzug und Verminderung, und ohne Vertheilen oder Vergünstigung, bei Vermeidung einer Strafe von 20 bis 100 Pfund für jede Vernachlässigung in obigen Punkten. Und die besagten Steuerbeamten werden hiedurch streng aufgefordert und beauftragt, mit aller Sorgfalt und allem Fleiße sowohl sich selbst zu belasten und zu besteuern, als alle andere Beamten, Sekretäre und Personen, die in ihren respectiven Amtszweigen beschäftigt sind, und, hinsichtlich der Steuer auf Pensionen und Gnadengehalte, alle Personen zu belasten und zu besteuern, die zu solchen Pensionen oder Gnadengehalten berechtigt sind, und die Besteuerung nach den Vorschriften dieses Gesetzes einzurichten.

Und jeder solche Steuerbeamte soll in den betreffenden Aemtern freien Zutritt zu allen Documenten und Papieren haben, welcher Art sie auch seien, die sich auf die Gehalte, Gehühren, Löhnungen, Accidenzien und Einnahmen der vorbesagten Beamten, Sekretäre oder Personen, die zu ihren respectiven Aemtern gehören, und auf den Betrag der respectiven Pensionen oder Gnadengehalte beziehen, und sie sollen die Befugniß haben, wenn es nothwendig ist, von den Parteien selbst, nach den Bestimmungen dieses Gesetzes, Berichte zu fordern, auf daß sie im Stande seien, in Folge derselben eine richtige Besteuerung vorzunehmen.

*Die Kommissäre für (Besteuerung der) Aemter sollen den vorgeschriebenen Eid ablegen und Einnahmer, Steuerbeamte und Einnahmer aus den Beamten ihres Amtszweiges aufstellen.*

*Alle solche Steuerbeamten haben freiem Zutritt zu allen Documenten und Einnahmen derselben.*

Ueberrichten der Ertragnisse von Aemtern werden unter den allgemeinen Anzeigen nicht gefordert.

Der volle Ertrag von Aemtern muß berichtet werden, wenn sie das Einkommen freisetzt anstrebt.

Stellvertreter müssen für die Einkünfte bezahlen, wenn sie das Einkommen empfangen.

Beamte, die Gehälter oder Gebühren empfangen, sind für die Steuern verantwortlich.

Die Steuerbeamten sollen mit Ueberrichten der Gehälter in den Staatsamtszweigen versehen werden, und können Berichte über die Gehälter und Ertragnisse der Aemter fordern.

CLI. Vorausgesetzt wird immer und sei festgesetzt, daß keine Person hinsichtlich der Ertragnisse von Aemtern, Pensionen oder Gnadengehalten, welche von den respectiven Kommissären, die für diesen Zweck in den betreffenden Amtszweigen bestimmt wurden, wie vorher gesagt, zu versteuern sind, der hierin enthaltenen Strafe deshalb, weil sie, zufolge der hierin festgesetzten allgemeinen Anzeigen, einen Bericht über die Ertragnisse eines solchen Amtes, solcher Pensionen oder solchen Gnadengehalten nicht eingereicht hat, in keinem Falle unterworfen seyn soll, ausgenommen wo der Steuerbeamte bezüglich dieser Ertragnisse einen Bericht zu Folge der nächst vorhergehenden Klausel gefordert hat.

CLII. Und es sei festgesetzt, daß in jedem Falle, wo irgend eine Person, die solche Aemter oder Beschäftigungen ausübt, oder die zu vorbelegten Pensionen oder Gnadengehalten berechtigt ist, auf Befreiung von solcher Besteuerung Anspruch machen würde, die Kommissäre ungeachtet dessen die Namen solcher Personen und den vollen und richtigen jährlichen Ertrag solcher Aemter, Beschäftigungen, Pensionen oder Gnadenhalte in der Steuerrolle ansetzen sollen; und der Anspruch auf solche Befreiung soll nach den Regulativen dieses Gesetzes in Bezug auf andere Befreiungen vorgebracht und untersucht, und der Werth desselben darnach gehört und entschieden werden.

CLIII. Und es sei festgesetzt, daß, wo Aemter oder nutzbringende Beschäftigungen, welche nach diesem Gesetze zu besteuern sind, von irgend einem Stellvertreter ausgeübt werden, solcher Stellvertreter in allen Fällen, wo er das Einkommen daraus empfängt, dafür verantwortlich seyn und jene Besteuerung die darauf angerechnet wird, bezahlen und dieselbe von den Ertragnissen eines solchen Amtes oder einer solchen Beschäftigung abziehen soll; und wo Gehalte, Gebühren, Löhnungen, Accidenzien oder Gewinne irgend eines Bediensteten in einem solchen Amte von Einem oder von Mehreren der besagten Beamten zum Vortheile eines solchen Bediensteten, oder als Fond empfangen werden, der unter solche Bedienstete nach gewissen Theilen getheilt werden soll, da sollen der Bedienstete oder die Bediensteten, die solche Gehalte, Gebühren, Löhnungen, Accidenzien oder Ertragnisse empfangen, für die darauf angerechneten Steuern verantwortlich seyn, dieselben bezahlen, und von den Fonds, die für solche Aemter oder Beschäftigungen bestimmt sind, abziehen, ehe eine Vertheilung vorgenommen oder eine Verfügung hierüber getroffen wird, und im Falle der Verweigerung oder Nichtbezahlung sollen sie den Zwangsmitteln unterworfen seyn, die durch dieses Gesetz gegen Personen festgesetzt sind, welche das Amt oder die Beschäftigung führen, und allen Strafen und Regressen, die hierin enthalten sind.

CLIV. Und es sei festgesetzt, daß die geeigneten Beamten oder ihre respectiven Stellvertreter, und die Einknehmer und Zahlmeister in jedem Staatsamtsweg, und in jedem anderen Amte, für welches Kommissäre bestimmt werden sollen, um die Steuern zu erheben, welche hiernach auf solche Aemter anzurechnen sind, und alle Agenten, von welchen Gehalte, Gebühren, Löhnungen, Accidenzien, oder Ertragnisse auszuahlen sind, auf Aufforderung an sie durch die besagten Steuerbeamten, gratis genaue Listen oder Rechnungen über alle solche Gehalte, Gebühren, Löhnungen und Ertragnisse, welche von ihnen vereinnahmt wurden und solchen Beamten zugehören, so wie auch über alle Pensionen und Gnadenhalte, die an sie zu zahlen sind, zur bessern Leitung der besagten Steuerbeamten in Anrechnung derselben übergeben sollen; und wenn die besagten Steuerbeamten mit solchen Rechnungen unzufrieden sind, so soll es ihnen

verfattet seyn, jeden Beamten, dessen Amt in solcher Uebersicht nicht richtig geschildert worden ist, aufzufordern, ihnen innerhalb der gleichen Periode, die für die Einfindung anderer Uebersichten durch dieses Gesetz bestimmt ist, eine Liste oder Uebersicht der Gehalte, Gebühren, Eöhnungen, Accidenzien und Erträgnisse des durch ihn ausgeübten Amtes anzufertigen und vorzulegen, und diesen Bericht muß solcher Beamte bei Vermeidung der Strafen und Bußen machen, die in diesem Gesetze für die Vernachlässigung der Einfindung anderer hiedurch geforderter Berichte angedroht sind; und nach den Documenten und Papieren in ihren respectiven Ämtern sollen die besagten Steuerbeamten die Besteuerung der Personen, die solche Ämter bekleiden oder die zu solchen Pensionen berechtigt sind, nach dem jährlichen Betrage derselben anlegen, und sie sollen auf gleiche Weise, wie es früher in Hinsicht der Steuerbeamten für Kirchspiele oder Orte festgesetzt wurde, die besagten Besteuerungslisten den respectiven Kommissären zur Genehmigung vorlegen, welche eigenhändig hiezu ihre Bemerkungen machen sollen, und diese Besteuerungen sollen für ein Jahr in Kraft und zu den gleichen Perioden anfangen und zahlbar seyn, zu welchen die Steuern in den Kirchspielen zahlbar sind. Und die besagten respectiven Kommissäre für die Steuern auf Ämter sollen in allen Fällen, wo Steuer-Einnnehmer aufzustellen sind, die gleichen Duplicate hierüber anfertigen und den Steuer-Einnnehmern mit der gleichen Ermächtigung überschicken, die besagten Steuern zu erheben, wie früher festgesetzt worden, daß sie dem Steuer-Einnnehmer eines Kirchspiels oder Ortes zu erteilen seien; und die besagten Einnnehmer der Steuer von Ämtern sollen die gleiche Befugniß haben, die besagte Steuer einzufordern und zu erheben, die hierin den Steuer-Einnnehmern in Kirchspielen oder Orten gegeben ist. Voraufgesetzt wird immer, daß in allen Fällen, wo die Steuern, und irgend welche Gehalte, Gebühren, Besoldungen, Accidenzien, oder Erträgnisse eines öffentlichen Amtes von denselben oder irgend andern Geldern, welche dessfalls zu bezahlen sind, zurückbehalten und mit Beschlagnahme belegt werden sollen, die respectiven Kommissäre die gleichen Duplicate den betreffenden Beamten in ihren respectiven Ämtern überliefern lassen und diese richtige Rechnungen über alle Gelder, welche unter der Autorität dieses Gesetzes zurückbehalten und mit Beschlagnahme belegt worden sind, führen und für dieselben verantwortlich seyn sollen. Und das Geld, welches so für die Steuer auf Annuitäten, Pensionen oder Gnadengehalte zurückbehalten worden ist, soll auf die nachher festgesetzte Weise verrechnet und bezahlt werden.

CLV. Und es sei festgesetzt, daß, wo irgend eine Person ein Amt oder eine nupbringende Beschäftigung hat, nußt oder ausübt, welche mit den durch dieses Gesetz darauf bewilligten Steuern zu belasten ist, und die besagten Steuern in den Händen des geeigneten Beamten, oder in den Händen irgend eines Agenten, welcher aufgestellt ist, die Gelder zu bezahlen, die für besagte Ämter oder Beschäftigungen zu zahlen sind, nicht zurückbehalten und mit Beschlagnahme belegt werden können, oder wo die besagten Gelder der Person bezahlt worden sind, welche ein solches Amt oder eine solche Beschäftigung hat, nußt oder ausübt, und solche Person die ihr angerechnete Summe Geldes zu bezahlen verweigert oder vernachlässigt, die für Erhebung der Steuer auf besagte Ämter bestimmten Kommissäre mittels einer von ihnen unterzeichneten und besiegelten Note solche Vernachlässigung oder Verweigerung, sowie die Summe, welche kraft dieses Gesetzes zu entrichten ist, den Kommissären, die für den Vollzug dieses

*Die sollen d. Steuern  
listen nach den Docu-  
menten in ihren Äm-  
tern anfertigen und  
diese den Kommissären  
überschicken.*

*Steuern auf Äm-  
tern, die nicht mit Bes-  
chlagnahme belegt werden  
können, sollen im Falle  
der Nicht-Bezahlung  
den Kommissären so-  
wie die Steuern be-  
schlagnahmt werden, wo die  
Personen wohnen, und  
diese sollen Beschlagnahme  
ausgehen von Beschlagnahme  
verstehen.*

Gesetzes hinsichtlich der Ländereien, Grundstücke und Erbgüter, in dem Kirchspiele oder Orte, wo ein solcher Beamte wohnt, aufgestellt sind, mittheilen können und sollen. Und die legherrwähnten Kommissäre werden hiedurch autorisirt und aufgefordert, beim Umpfange eines solchen Certificats, mittels eines von ihnen unterzeichneten und besiegelten Befehles die respectiven Einnehmer besagter Steuer, oder die Einnehmer des Ortes oder des Kirchspieles, wo solcher Beamte wohnt, zu autorisiren und zu bevollmächtigen, diese auf dieselbe Art und Weise zu erheben, wie sie autorisirt sind, die Steuern zu erheben, welche von ihnen zu Folge dieses Gesetzes angerechnet wurden; und diese Einnehmer werden hiedurch aufgefordert, einen solchen Befehl demgemäß und mit der gleichen Vollmacht und auf die gleiche Weise zu vollstrecken, wie es hierin nachher festgesetzt ist, und als ob diese Steuern in solchem Kirchspiele oder Orte einem solchen Beamten angerechnet wären; und das Geld, welches in der Art erhoben wird, soll den Steuer-Einnehmern bezahlt werden, welchen die besagten Steuern auf solches Amt oder solche Beschäftigung angerechnet worden sind.

Keine Qualification soll von den Kommissären für Beamten und Staats-Annullitäten gefordert werden.

CLVI. Es wird immer vorausgesetzt und sei festgesetzt, daß keine andere Befähigung als der Besitz ihres Amtes von Beamten oder den hierin beschriebenen Personen gefordert werden soll, um Kommissär zu werden für die Steuer auf Aemter oder nupbringende Beschäftigungen, oder auf Pensionen, Gnadengehalte, Annuitäten, Interessen, oder Dividenden, die in den verschiedenen besagten Schulen enthalten sind, wenn sie als solche Kommissäre kraft ihres Amtes handeln; wenn gleich irgend etwas, das hierin enthalten, hiermit in Widerspruch stehen sollte.

Beamte, welche die Erhebung d. Steuern von Beamten zu besorgen haben, sind Strafen für Unachtsamkeiten unterworfen.

CLVII. Und es sei festgesetzt, daß die Steuerbeamten oder Steuer-Einnehmer, die bestimmt sind die Geldbeträge zu erheben, anzurechnen, einzutreiben, einzunehmen und zu zahlen, welche kraft dieses Gesetzes auf Aemter oder nupbringende Beschäftigungen, Annuitäten, Pensionen oder Gnadengehalte, die von Ihrer Majestät zu zahlen sind, anzurechnen sind, sowie auch die Inspektoren und Aufseher, die in Bezug auf die besagten Steuern handeln, wenn sie ihren Dienst zu verrichten verweigern oder vernachlässigen, oder wenn sie irgend eines Betrugs oder Mißbrauchs in der Verrichtung desselben schuldig befunden würden, den Strafen und Bußen unterworfen seyn sollen, die solchen Beamten für die gleichen Vergehen durch die besagten Gesetze über die Auflagen an directen Steuern auferlegt sind.

Wenn Steuern zurückbehalten werden sollen.

CLVIII. Vorausgesetzt wird immer und sei festgesetzt, daß solche besagte, in diesem Gesetze bewilligte Steuern, welche zurückbehalten oder mit Beschlag belegt und von den Summen, hinsichtlich deren sie anzurechnen oder abzuziehen sind, abgezogen werden dürfen, zu den Zeiten eines jeden Jahres, in welchen die besagten Summen den dazu berechtigten Personen auszuwählen sind, mit Beschlag belegt werden sollen.

Welche Abzüge bei Berechnung d. Steuern, welche kraft dieses Gesetzes anzurechnen sind, nicht gestattet werden sollen.

CLIX. Und es sei festgesetzt, daß es, in jedem der vorher erwähnten Fälle, bei Berechnung der Steuer nach diesem Gesetze, welche entweder von der Partei, die die erforderliche Uebersicht oder Angabe anfertigt oder übersiefert, oder von den betreffenden Kommissären oder Steuerbeamten angefertigt wird, nicht gestattet seyn soll, weitere Abzüge als solche, die ausdrücklich in diesem Gesetze aufgezählt sind, noch irgend einen Abzug in Rücksicht auf jährliche Interessen, Annuitäten oder andere jährliche Zahlungen zu machen, welche einer Person aus den nach diesem Gesetze zu besteuenden Erträgen oder Gewinnen zu bezahlen sind, in Betracht, daß ein verhältnismäßiger Theil

der Steuer, welche so anzurechnen ist, bei Leistung der besagten Zahlungen abgezogen werden darf. Auch soll es nicht gestattet seyn, irgend einen Abzug von den Erträgen oder Gewinnen, die von hierin beschriebenen Besitzthümern, oder von Aemtern oder nutzbringenden Beschäftigungen herrühren, wegen Verminderung des angewendeten Kapitals oder wegen eines, in einem Gewerbe, einer Fabrik, Unternehmung, einem Geschäft, Verufe, Sache oder einer Beschäftigung erlittenen Verlustes zu machen.

CLX. Und es sei festgesetzt, daß, wenn irgend ein Streit zwischen dem Pächter und dem Gutsherrn oder zwischen andern Personen, denen Interessen, ein Zins, Erb- zins, eine Leibrente, ein Lehenszins, Grundzins, Lehenzins oder andere Zins oder jährliche Zahlungen zu leisten sind, in Betreff der Summen entstehen würde, welche davon auf Grund der Entrichtung der hienach darauf lastenden Steuern abzuziehen sind, oder zwischen dem gegenwärtigen und dem früheren Inhaber von Ländereien, Grundstücken, Erbgütern oder Erbgründen, seinen Exekutoren, Administratoren oder Kuratoren, hinsichtlich des Steueranteils, welcher von einer der Parteien zu bezahlen oder zu bewilligen ist, — die betreffenden General-Kommissäre in ihren verschiedenen Distrikten volle Autorität haben und hiermit aufgefordert seyn sollen, das Verhältniß solcher Zahlungen und Abzüge nach den Vorschriften dieses Gesetzes festzusetzen, und, in Ermangelung der Bezahlung derselben, sie mit derselben Vollmacht zu erheben, wie sie erhoben werden dürften, wenn die Befassung nach demselben Verhältnisse angelegt worden wäre, und dieselben an den Steuer-Einnahmer oder an die Partei hinaus zu bezahlen, je nachdem es der Fall erfordert; und das Urtheil und der Beschluß solcher Kommissäre soll entscheidend seyn.

Die Kommissäre (oder Streitigkeiten in Betreff der von Steuern zu machenden Abzüge schlichten.

CLXI. Und es sei festgesetzt, daß die verschiedenen angestellten oder anzustellenden Inspektoren und Aufseher bevollmächtigt seyn sollen und hiermit bevollmächtigt werden, alle Uebersichten, welche von irgend einer Person nach den Anweisungen dieses Gesetzes gefertigt worden, zu prüfen und zu untersuchen. Und im Falle irgend einer von ihnen entweder mit den so gemachten Uebersichten oder mit den von den Steuerbeamten gemachten Schätzungen unzufrieden seyn, oder einen Irrthum oder ein Versehen in einer solchen Schätzung entdecken würde, oder daß irgend ein Abzug gestattet worden, der in diesem Gesetze nicht gebilligt ist, sollen die besagten Inspektoren und Aufseher dieselben so gut als möglich nach ihrem eigenen Urtheile und zu dem vollen Betrage ansehen, zu dem dieselben hätten angelegt werden sollen. Und die besagten Inspektoren und Aufseher sollen auch die Befugniß haben, alle Anrechnungen der besagten Steuern, welche unter der Autorität der verschiedenen Kommissäre gemacht wurden, zu prüfen und zu untersuchen, sowohl bevor dieselben von den Kommissären unterzeichnet und genehmigt werden, als auch nachher, und, vor der Genehmigung, solche Steuerlisten zu verbessern und zu corrigiren, wenn sie es für nöthig finden werden. Und jede Person, in deren Verwahr sich solche Uebersichten befinden, wird hiermit aufgefordert, dieselben auf Verlangen eines Inspektors oder Aufsehers in seinen Verwahr für die Zwecke dieses Gesetzes zu überliefern und sich einen Empfangschein dafür von ihm geben zu lassen; und jede Person, in deren Verwahr sich solche Steuerlisten befinden, wird gleichfalls hiermit aufgefordert, dieselben auf Verlangen eines solchen Inspektors oder Aufsehers vorzulegen, und jeder solche Inspektor oder Aufseher wird hiermit bevollmächtigt, dieselben so lange zu behalten, bis er die zu seiner bessern Information

Die Inspektoren und Aufseher sollen Zutritt zu den Steuerlisten und Uebersichten und die Befugniß haben, dieselben zu verbessern und höhere Aufseher zu machen.

nöthigen Auszüge oder Abſchriften gemacht hat. Und jede Perſon, die ſich abſichtlich einem ſolchen Inſpektor in der gehörigen vorgedachten Ausübung ſeines Amtes widerſetzt, ſoll der Summe von fünfzig Pfund verluſtig werden. Und wenn ein ſolcher Inſpektor oder Aufſeher bei Prüfung oder Durchſicht oder ſonſt wie entdeden würde, daß irgend eine Perſon, Corporation, Geſellſchaft oder ein Verein, die oder der mit den beſagten Steuern belaſtet werden ſollte, nicht damit belaſtet oder in der Anrechnung zu geringe geſchätzt worden iſt, oder daß irgend welche Perſonen oder Beamte ſolcher Corporationen, Geſellſchaften oder Vereine, die zu den beſagten Steuern oder einer derſelben verpflichtet ſind, nachdem ſie dazu aufgefordert worden, verweigert oder verſäumt haben, eine Ueberſicht nach den Anweiſungen dieſes Geſetzes anzufertigen, oder daß die Steuerbeamten verſäumt haben, eine Ueberſicht in einem Falle zu verlangen, wo eine Ueberſicht von einer Perſon oder von einer Corporation, Geſellſchaft, oder einem Vereine der Intention dieſes Geſetzes zu Folge hätte gefordert werden ſollen, ſo daß die Perſon, Corporation, Geſellſchaft oder der Verein nicht vollſtändig mit den beſagten Steuern belaſtet worden iſt: in jedem ſolchen Falle ſoll der beſagte Aufſeher oder Inſpektor dieſe in einer von ihm unterzeichneten Schrift unter Beiſügung eines Verzeichniſſes aller Fehler und des vollen Betrages der Steuer, welche darüber bezahlt werden ſollte, den verſchiedenen Kommiſſären, welche dieſes Geſetz in Bezug auf die Steuern, für welche ein höherer Anſatz zu treffen iſt, zu vollziehen haben, beſcheinigen und zwar auf die, in den zwei angeführten Geſetzen aus dem achtundvierzigſten und reſp. fünfzigſten Jahre der Regierung Königs Georg III. vorgeſchriebene Weiſe und nach den Regeln und Regulativen derſelben.

Höhere Anſätze ſollen, wenn ſie beſtätigt werden, in gewiſſen Fällen ſich auf den dreifachen Betrag der Steuer belaufen.

CLXII. Und es ſei feſtgeſetzt, daß bei jedem höheren Anſatze, welcher auf Veruſung von den beſagten Kommiſſären auf das Certiſicat des Inſpectors oder Aufſehers genehmigt wird, wie in dieſem Geſetze feſtgeſetzt iſt, in Fällen, wo ſeine Erklärung, wie ſie in dem angeführten Geſetze aus dem fünfzigſten Jahre der Regierung Georg III. gefordert wird, überliefert wurde, oder wo dieſelbe den Kommiſſären nicht befriedigend erſcheinen würde, die Beſteuerung zu der dreifachen Rate der in den reſpectiven Scheduln dieſes Geſetzes vorgeſchriebenen Steuer nach dem Betrage der höher angeſetzten Steuer angeſetzt werden ſoll.

Auf Veruſung kann bei Antrag oder ein Theil der beſagten Steuer nachgelassen werden.

Vorausgeſetzt wird immer, daß, wenn bei einer Veruſung eine ſolche vorbeſagte Erklärung übergeben wurde und die Kommiſſäre damit zufrieden und der Meinung ſind, daß ein hinreichender Grund zu einer Streitfrage auf Seite des Appellanten über den Gegenſtand der Veruſung vorhanden war, und daß die Partei einer vorſätzlichen Geſetzesübertretung, Vernachläſſigung oder Unterlaſſung nicht ſchuldig ſei, noch vorſätzlich irgend eine Handlung in der Abſicht begangen habe, die Staatseinkünfte zu verkürzen, die beſagten Kommiſſäre, welche die Veruſung beſchieden haben, beſugt ſeyn ſollen, wenn ſie gleich den höheren Anſatz oder einen Theil deſſelben beſtätigen oder genehmigen, das Ganze oder einen Theil der beſagten dreifachen Steuer nachzu-laſſen oder zu ſtreichen; und der Ueberſchuß der ſo angerechneten Summe über die beſagte Rate oder Steuer, welche nicht in der Weiſe nachgelassen oder geſtrichen wurde, ſoll dem Steuer-Einnehmer

Bezahlung der Ueberſchuſſes.

Vermehrung der Steuern u. durch höheren Anſatz ſoll den Kommiſſären ſitz Stempel und Steuern beſchneidet wer-

für Ihre Majestät bezahlt werden. Dieſe Vermehrung der Steuer, welche bei Gelegenheit einer ſolchen höheren Anſetzung gemacht wurde, ſammt dem vorher erwähnten Ueberſchuſſe über die beſagte Steuer-Rate, und jede andere Vermehrung der Steuer, welche

durch die Steuer-Erhöhung oder Anzeige eines Inspektors oder Aufsehers nach diesem Gesetze gemacht wird, sollen die Vollzugs-Kommissäre, die eine solche Erhöhung bekräftigt oder eine solche Vermehrung gemacht haben, bei derselben Zusammenkunft mit eigener Hand den Kommissären für Stempel und Steuern beschreiben, welche die Befugniß haben, unter und nach den, von den Schatzkammer-Kommissären Ihrer Majestät zu diesem Behufe bestimmten Regeln und Regulativen dem besagten Steuer-Einnehmer aufzutragen, dem erwähnten Inspektor oder Aufseher aus der erhöhten Steuer und dem vorbelegten Ueberschusse eine solche Summe Geldes auszuzahlen, welche den besagten Kommissären für Stempel und Steuern als angemessene Belohnung für die Mühe und den Fleiß des besagten Inspektors oder Aufsehers erscheint.

CLXIII. Vorausgesetzt wird immer und sei festgesetzt, daß jede Person, welche mit den durch dieses Gesetz bewilligten Steuern, entweder durch Schenkung, oder vermöge eines Abzuges von irgend einem Zinse, einer Annuität, einem Interesse, oder einer anderen jährlichen Zahlung, zu welcher sie berechtigt ist, belastet worden oder zu belasten ist, und vor den General-Kommissären auf die hierin nachher erwähnte Weise nachweist, daß der gesammte jährliche Betrag ihres Einkommens, nach den versprochenen Regeln und Regulativen dieses Gesetzes geschätzt, sich auf weniger als hundert und fünfzig Pfund beläuft, von den besagten Steuern befreit und berechtigt seyn soll, den Betrag aller dergleichen Abzüge oder Zahlungen auf die hierin festgesetzte Weise zurück zu verlangen, mit Ausnahme des Steuerquantums, welches die Person, die auf solche Steuerfreiheit Anspruch macht, berechtigt ist einer andern Person anzurechnen oder an oder von irgend einer Zahlung abzuziehen oder zurückzubehalten, zu welcher Reclamant verpflichtet ist oder verpflichtet werden kann; und solche Steuerfreiheiten sollen vor den General-Kommissären des Distriktes, wo der Reclamant wohnt, zu Folge der Vollmachten und Bestimmungen, nach welchen die Steuern unter Schedule D ausgemittelt und angerechnet werden sollen, angesprochen und bewiesen und darnach die dergleichen Verhandlungen gepflogen werden, doch sollen dabei die Regeln und Directiven beobachtet werden, die nachstehend angeführt sind.

CLXIV. Und es sei festgesetzt, daß jede Person, welche auf eine solche Steuerfreiheit, wie schon erwähnt, Anspruch macht, innerhalb der für die Uebergabe der durch dieses Gesetz geforderten Listen, Erklärungen und Uebersichten, wie hierin früher festgesetzt, zu bestimmenden Zeit (oder innerhalb solcher weiteren Frist, die die besagten Kommissäre auf einen speciell angegebenen Grund gestatten), dem Steuerbeamten des Kirchspiels oder des Ortes, wo sie wohnt, eine Anzeige ihres Anspruchs auf solche Steuerfreiheit übergeben oder übergeben lassen soll, sammt einer Erklärung und Uebersicht, die von solchem Anspruchsmacher zu unterzeichnen und in der Form abzufassen ist, die diesem Gesetze zufolge bestimmt werden wird und worin alle die besonderen Quellen, aus welchen das Einkommen des Anspruchmachenden fließt, erklärt und auseinander gesetzt werden müssen, wie auch der besondere Betrag, welcher von jeder Quelle herrührt, sowie jede Summe an jährlichem Interesse oder einer andern jährlichen, davon bedungenen oder darauf lastenden Zahlung, wodurch das Einkommen vermindert werden mag, und auch jede Summe, welche solcher Anspruchsmacher irgend einer andern Person wegen der durch dieses Gesetz bestimmten Steuer angerechnet hat oder anrechnen kann, oder welche er abgezogen oder zurückbehalten hat, oder diesem Gesetze zufolge

den, welche die Befugniß haben, den Inspektor oder Aufseher zu belohnen.

Steuerfreiheit der Personen, deren Einkommen weniger als hundert und fünfzig Pfund (100 £.) pro annum beträgt.

Art und Weise, wie auf eine solche Steuerfreiheit Anspruch zu machen und wegen eines solchen Anspruchs zu verfahren ist.

berechtigt ist, von oder an legend einer Zahlung, zu welcher er verpflichtet ist oder verpflichtet werden kann, abzuziehen oder zurückzubehalten. Diese Erklärung und Uebersicht soll jeder Inspektor oder Aufseher die Freiheit haben zu lesen und zu untersuchen, und mit den gleichen Befugnissen, wie in andern Fällen, Abschriften davon oder Auszüge daraus zu machen. Und in jedem Fall, wo ein solcher Anspruch auf Steuerfreiheit auf die vorher erwähnte Weise gemacht worden ist, soll der Steuerbeamte solche Anzeige, Erklärung und Uebersicht den besagten Kommissären überreichen; und wenn der Inspektor oder Aufseher keine Einwendung gegen eine solche Erklärung innerhalb vierzig Tagen nach solcher Ueberreichung oder innerhalb der weiteren Frist, welche die Kommissäre bei genügenderm Grunde ihm um eine solche Einwendung zu machen einräumen, vorbringt, sollen die besagten Kommissäre gehalten seyn, solchen Anspruch auf Steuerfreiheit zu bewilligen und die Steuern, welche auf das Vermögen oder Einkommen einer solchen Person, entweder in ihrem eigenen Namen oder im Namen ihres Miethmanns oder Pächters, innerhalb des Distrikts der besagten Kommissäre gelegt wurden, wieder abzuschreiben; und wenn es sich zeigt, daß irgend ein Vermögensgegenstand oder Einkommen einer solchen Person in irgend einem andern Distrikte besteuert worden oder der Besteuerung zu unterwerfen ist, dann sollen die besagten Kommissäre den Stempel- und Steuer-Kommissären die Bewilligung solcher Steuerfreiheit in solcher Form bescheinigen, wie sie diesem Gesetze zufolge bestimmt werden wird; und die besagten letzt erwähnten Kommissäre sollen festsetzen, daß die Besteuerung, welche auf irgend einen Vermögensgegenstand oder irgend ein Einkommen solchen Anspruchmachers entweder in seinem eigenen Namen oder im Namen seines Miethmanns oder Pächters in irgend einem andern Distrikte gelegt wurde, abgeschrieben werde, und diese soll demgemäß abgeschrieben werden.

Wenn der Inspektor oder Aufseher Einwendungen gegen den Anspruch macht, so sollen sie von den General-Kommissären entschieden werden.

Vorausgesetzt wird immer, daß, im Falle der Inspektor oder Aufseher eine schriftliche Einwendung gegen irgend einen solchen vorbelegten Anspruch macht, und darin den Ausschüß-Kommissären angibt, daß er Grund habe zu glauben, es sei das Einkommen eines solchen Anspruchmachers oder irgend ein anderer Umstand, welchen nach diesem Gesetze in solcher vorbelegten Erklärung und Uebersicht zu erklären oder anzugeben geordert wird, darin in irgend einem specificirten Umstande nicht treu oder vollständig erklärt oder angegeben worden, dann und in solchem Falle die Gründe für einen solchen Anspruch auf Steuerfreiheit auf Berufung von den General-Kommissären nach und unter Beobachtung der Regeln, Regulative und Strafen gehört und entschieden werden sollen, wie es für die Vernehmung und Entscheidung anderer Berufungen nach diesem Gesetze festgesetzt ist. Und wenn ein Anspruch, auf vorbelegte Berufung, genehmigt wird, sollen die besagten General-Kommissäre alle in Folge dessen nöthigen Certificate bewilligen und ausstellen.

Wenn nachgewiesen wird, daß Personen, die zu Steuerfreiheit berechtigt sind, Steuern belastet worden sind durch Abzug von irgend einer Summe, die, abgesehen einem Zinses u., sollen die Kommissäre ein Certificate darüber ausstellen, wodurch die Summe oder der

CLXV. Vorausgesetzt wird immer und sei festgesetzt, daß, wenn den General-Kommissären befriedigend nachgewiesen wird, daß irgend eine Person, der ein Anspruch auf Steuerfreiheit auf die vorher erwähnte Weise bewilligt wurde, mit irgend einer Steuer belastet worden ist und irgend eine der hierin bewilligten Steuern in Folge eines Abzuges an irgend einem Zins, einer Leibrente, einem Interesse oder einer andern jährlichen Zahlung, wozu sie berechtigt und wovon einen Abzug zu machen in diesem Gesetze gestattet ist, bezahlt hat, oder daß eine solche Person in Bezug auf eine Leibrente,



Dividende, Pension oder einen Gnadengehalt, der oder die an sie aus dem Staatseinkommen des vereinigten Königreichs zu bezahlen ist, besteuert worden ist und solche Steuern bezahlt hat, — dann und in jedem solchen Falle die besagten General-Kommissäre gehalten seyn sollen, das, was vor ihnen nachgewiesen worden ist, den Special-Kommissären bei dem Oberamte für Steuern und Stempel in England durch ein Certificat in der unter Autorität dieses Gesetzes vorgesehenen Form zu bestätigen, wobei der Betrag und die besondere Natur der Zahlung, an welcher ein solcher vorerwähnter Abzug gemacht, und der Name und Aufenthaltsort der Person, von der der besagte Abzug gemacht worden ist, specificirt und beschrieben werden soll. Ebenso soll auch der Betrag und die Beschreibung der Leibrenten, Dividenden, Pensionen oder Gnadengehälter specificirt werden, hinsichtlich deren solcher Reclamant besteuert worden ist und worauf er die Steuern bezahlt hat. Und darauf hin sollen die besagten letzt erwähnten Kommissäre solchem Reclamanten eine Anweisung zur Zurückzahlung des Steuerbetrages, dessen Bezahlung auf die vorerwähnte Weise bestätigt worden ist, an ihn, ausstellen und solche Anweisung soll an den General-Einnehmer der Steuer- und Stempelgeschäfte oder an einen Einnehmer oder Collecteur der in diesem Gesetze bewilligten Steuern, oder an einen Stempelvertheiler oder Untervertheiler gerichtet werden und die Zurückzahlung der besagten Steuern auf gleiche Weise festsetzen und autorisiren, wie für die unter Art. V. der *Schedula A* dieses Gesetzes gestatteten Vergünstigungen vorgesehen ist.

Letztere ermächtigt werden, den Betrag solcher Steuern wieder zurück zu bezahlen.

CLXVI. Und es sei festgesetzt, daß, wenn irgend eine Person sich eines Betrugs oder Unterschleifs bei einem Ansprüche oder bei Erhaltung einer solchen Steuer-Exemption oder eines solchen Certificats schuldig machen, oder betrügerischer Weise irgend ein Einkommen oder den Verlauf eines Einkommens oder eine Summe verheimlichen oder falsch angeben würde, welche sie einer andern Person angerechnet hat oder diesem Gesetze zufolge anzurechnen berechtigt ist, oder welche sie von irgend einer Zahlung, zu der eine solche auf Exemption anspruchsmachende Person verpflichtet ist oder verpflichtet werden kann, abgezogen oder zurückbehalten hat oder abzuschießen oder zurückzubehalten berechtigt ist oder war, oder wenn eine solche Person betrügerischer Weise in derselben Sache zweimal Anspruch erheben würde, — eine jede, sich auf diese Weise vergehende Person der Summe von 20 Pfund verlustig werden und die dreifache, für alle Quellen ihres Einkommens anzurechnende Steuer zu entrichten haben soll, als wenn kein solcher Anspruch gestattet worden wäre; und wenn irgend eine Person wissentlich und absichtlich eine andere bei einem solchen erwähnten Betrage unterstützen, ihr beistehen oder helfen würde, so soll die so unterstützende, beistehende oder helfende Person der Summe von 50 Pfund verlustig werden.

Strafe für betrügerischen Anspruch auf solche Vergünstigung.

CLXVII. Und es sei festgesetzt, daß der jährliche Ertrag von Ländereien, Grundstücken, Erbgütern oder Erbgründen, welche einer Person, die auf solche Exemption Anspruch macht, gehören oder von ihr gepachtet sind, zu dem Zwecke des Nachweises ihres Rechtes auf solche Exemption nach den in besagten *Schedula A* und *B* enthaltenen Regulativen und Anweisungen geschätzt werden soll; und daß das Einkommen, welches von Ländereien, Grundstücken, Erbgütern oder Erbgründen herrührt, die ein solcher Reclamant innehat und die nach der besagten *Schedula B* besteuert sind, zu dem vorerwähnten Zwecke in England der Hälfte, und in Schottland einem Drittheile des

Wie Einkommen, welches von Ländereien herrührt, richtig veranschlagt werden soll.

vollen jährlichen Ertrages derselben gleichgeachtet und nach den besagten Regulativen und Anweisungen geschätzt werden soll. Und wenn ein solcher Reclamant, sowohl Eigenthümer als Inhaber der Ländereien, Grundstücken, Erbgüter oder Erbgründe ist, dann soll der Betrag, welcher nach diesem Gesetze als das von der Innehabung von Ländereien, Grundstücken, Erbgütern oder Erbgründen herrührende Einkommen betrachtet wird, dem Belaufe des vollen jährlichen Ertrages hinzugerechnet werden, und der Gesamtbetrag soll zu dem vorerwähnten Zwecke als das Einkommen eines solchen Reclamanten aus Ländereien, Grundstücken, Erbgütern oder Erbgründen, deren Eigenthümer und Inhaber er ist, angesehen werden; und das Einkommen, welches von einem Zehnten-Pachte oder von einer Abfindung für Zehnten herkommt, soll zu dem vorerwähnten Zwecke einem Viertel des jährlichen Ertrages solcher Zehnten gleich erachtet und auf die vorerwähnte Weise geschätzt werden.

Mitpächter u. dergl.  
sich einzeln auf Ertrag  
Anspruch machen.

CLXVIII. Und es sei festgesetzt, daß Mitpächter oder Gesamtpächter der Erträgnisse irgend eines Besitzthums, und Mitpächter oder Pachtgenossen von Ländereien oder Grundstücken, wenn sie dieselben vollständig und zusammen als Theilnehmer inne haben und zu den Erträgnissen derselben nach Theilen berechtigt sind, persönlich darin arbeiten oder die Leitung haben, sowie Theilnehmer, welche irgend ein Gewerbe oder Fach gemeinschaftlich führen oder ausüben und zu den Erträgnissen desselben nach Theilen berechtigt und selbst darin thätig sind, einzeln solche Erremtion auf die vorerwähnte Weise fordern können, je nach ihren besondern Theilen und Antheilen. Und solche Ansprüche können, wenn sie denjenigen Kommissären, an die sie gerichtet sind, genügend nachgewiesen worden, je nach den verschiedenen Interessen behandelt werden. Vorausgesetzt wird immer, daß die auf diese Weise entrichtenden Erträgnisse in keinem Falle besonders mit der Steuer für Innehabung von Ländereien belegt werden sollen, wenn Ländereien verpachtet oder in Ksterpacht gegeben sind, ohne daß der Verpächter auf den Besitz Verzicht leistet, oder wenn der Pächter oder Miethsmann nicht ausschließlich die so verpachteten Ländereien besitzt und innehat.

Kontakmen.

Die Ansprüche sollen von dem Berechtigten bei Gemächten werden, wo dieselbe wohnhaft ist, oder bezüglich der Aemter, Pensionen und Gnadengehälter vor den Kommissären für den betreffenden Amtszweig.

CLXIX. Vorausgesetzt wird immer und sei festgesetzt, daß alle solche Ansprüche auf Erremtion an die Beamten des Distriktes gerichtet werden sollen, wo eine solche anspruchsmachende Person wohnhaft ist, unge dießelbe persönlich in einem solchen Districte befreuert sein oder nicht, ausgenommen, wo das ganze Einkommen derselben aus einem Amte oder einer nutzbringenden Beschäftigung herrührt und die darauf lastenden Steuern der Cognition der Kommissäre eines Amtszweiges unterworfen sind, oder wo es von einer Pension oder einem Gnadengehalte herkommt, in welchen Fällen die Ansprüche durch die Kommissäre eines solchen Amtszweiges, wo die besagten Steuern nach den Regulativen dieses Gesetzes zu untersuchen sind, festgesetzt und bestimmt werden können. Und wenn ein solcher Reclamant außerhalb Großbritanniens sich befinden sollte, so kann eine eidlische Erklärung, worin die verschiedenen, in diesem Gesetze geforderten Gegenstände angegeben sind, und die vor einer Person abgelegt worden, welche an dem Orte, wo solcher Reclamant wohnhaft ist, einen Eid in legend einer, auf das Staatseinkommen Großbritanniens Bezug habenden Sache abzunehmen autorisiert ist, von den verschiedenen, mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragten Kommissären hinsichtlich der Besteuerung, bezüglich welcher solche Ansprüche erhoben worden, angenommen werden.

Personen, welche von Großbritanniern abwesend sind, können durch eidlische Erklärungen ihrer Ansprüche getreu machen.

CLXX. Und es sei festgesetzt, daß alle Ansprüche auf Steuerfreiheit von jedem Vormunde, Pfleger, Anwalte, Agenten oder Factor für Andere in allen Fällen gemacht werden können, wo hinreichender Beweis geliefert wird, daß der auf solche Vergünstigung anspruchsmachende Theil unfähig ist, in Person zu erscheinen, oder daß solche Ansprüche von den verschiedenen Personen, welche in irgend einer vorbezeichneten Eigenschaft handeln, auf die Weise, in der sie für Andere handeln, zu dem Zwecke erhoben werden können, um für dieselben in erster Instanz, wie schon erwähnt, besteuert zu werden.

CLXXI. Und es sei festgesetzt, daß, wenn irgend eine Person mit den in diesem Gesetze bewilligten Steuern belastet wurde, mögen sie ihr um ihrer selbstwillen oder in einer der vorerwähnten Eigenschaft für eine andere Person auferlegt worden sein, und aus Irrthum oder Versehen nochmals für dieselbe Sache, aus demselben Grunde und für dasselbe Jahr besteuert werden würde, es ihr gestattet sein soll, sich an die General-Kommissäre der Abtheilung oder des Ortes, in welchem sie auf diese Weise aus Irrthum oder Versehen besteuert worden ist, zu dem Zwecke der Abhilfe gegen solche doppelte Besteuerung zu wenden, und die besagten Commissäre sollen nach gehöriger, befriedigender Beweislieferung eine solche Besteuerung oder einen solchen Theil derselben, der doppelt angelegt wurde, annulliren lassen. Solche Beweislieferung kann entweder durch ein Besteuerungs-Certificat geführt werden, welches für die Partei von der Hand der Commissäre ausfertigt worden ist, von welchen sie rechtmäßiger Weise nach den Bestimmungen dieses Gesetzes für die fragliche Sache oder fraglichen Betreff besteuert wurde, und worin bestätigt wird, daß eine solche Sache oder solcher Gegenstand in die Besteuerung eingeschlossen ist, welche von ihnen derselben Partei aus derselben Ursache und für das dasselbe Jahr aufgelegt wurde, oder sie kann auch durch irgend ein anderes gesetzliches Zeugniß geschehen, welches von irgend einem glaubwürdigen Zeugen hinsichtlich solcher Thatfachen eidlich abgelegt wird. Und wenn immer den Commissären für Steuern und Stempel genügend bewiesen werden kann, daß irgend eine doppelte Belastung gemacht und nicht annullirt, und die Bezahlung für beide Besteuerungen geleistet worden sei, sollen die besagten Commissäre für Stempel und Steuern gehalten sein, dem General-Einnahmer der Stempel- und Steuer-Gefälle oder irgend einem andern Einnahmer die Weisung zu geben, der Partei die Summe, mit der sie irriger Weise doppelt belastet, und die, wie vorerwähnt, bezahlt worden ist, zurück-zubehalten.

CLXXII. Und es sei festgesetzt, daß die betreffenden Commissäre, welche dieses Gesetz in Bezug auf die hierbei bewilligten Steuern zu vollziehen haben, innerhalb eines Kalender-Monats nach dem ersten, für die Vernehmung von Berufungen festgesetzten Tage, nachdem alle zu jener Zeit angebrachten Berufungen zuvor entschieden worden, den verschiedenen Einnehmern Duplicate der Steuerrollen, wie sie nach den verschiedenen, in den einschlägigen Scheduln dieses Gesetzes erwähnten Verhältnissen angefertigt sind, mit der Weisung zustellen sollen, wie in den verschiedenen, auf die Anrechnung der directen Steuern Bezug habenden Gesetzen vorgeschrieben ist, zur schnellen und wirksamen Erhebung und Einsammlung der nach diesem Gesetze anzurechnenden Steuern zu schreiten, sowie dieselben in vierteljährigen Terminen zahlbar werden, und mit Ausscheidung des nach jeder Schemula anzurechnenden Betrages. Voraus-

Ansprüche können für andere Personen durch Pfleger oder Agenten gemacht werden.

Die Commissäre sollen bei doppelter Besteuerung Abhilfe gewähren.

Die Commissäre sollen die Besteuerungs-Duplicate an die Einnahmer mit der Weisung erlassen, die Steuern einzusammeln.

gesetzt wird immer, daß alle solche Steuern, welche nach den verschiedenen Bestimmungen dieses Gesetzes anzurechnen und zu erheben sind, wenn sie nicht nach den hierin gegebenen Anweisungen bezahlt, erhoben oder eingesammelt werden, nebst den Prozesskosten und allen damit verknüpften Ausgaben und Lasten als eine Schuld an Ihre Majestät die Königin einzutreiben seien; und wenn dieselben so eingebracht sind, sollen die besagten Steuergelder an den betreffenden Einnahmer des dafür verantwortlichen Kirchspiels oder Orts bezahlt werden.

Eltern und Vormünder sollen für unmündige und verheiratete für Verheiratete steuerpflichtig sein.

CLXXIII. Und es sei festgesetzt, daß wenn irgend eine Person, welche zu den hiernach zu zahlenden Steuern, wie schon erwähnt, verpflichtet ist, unter einundzwanzig Jahr alt seyn, oder wenn eine steuerpflichtige Person sterben würde, in jedem solchen Falle die Eltern, Vormünder oder Pfüger eines solchen Unmündigen, in Ermangelung der Bezahlung von seiner Seite, und die Administratoren und Erekutoren der verstorbenen Person hiermit zu den Zahlungen verpflichtet seyn sollen, welche ein solcher Unmündige hätte leisten sollen oder zu welcher eine solche verstorbene Person verpflichtet war. Und wenn solche Eltern, Vormünder oder Pfüger, oder solche Administratoren und Erekutoren zu zahlen verweigern oder vernachlässigen würden, so soll es gestattet seyn, gegen sie auf gleiche Weise wie gegen andere Personen wegen Ermangelung der Bezahlung besagter Steuern einzuschreiten; und allen Eltern, Vormündern oder Pfügern, welche die vorerwähnte Bezahlung leisten, sollen alle, für solche Unmündige bezahlte Summen in ihren Rechnungen passirt werden, und alle Erekutoren und Administratoren sollen Erlaubniß haben, an dem Nachlaß der gestorbenen Person alle solche Zahlungen abzugleichen.

Die Kirchspiele sollen für die Einnahmer in England verantwortlich seyn.

CLXXIV. Und es sei festgesetzt, daß in England das Kirchspiel oder der Ort, in welchem irgend eine Anrechnung der in diesem Gesetze, unter den respektiven, mit A, B oder D bezeichneten Schedeln, bewilligten Steuern gemacht wurde, für den Betrag der in jedem solchen Kirchspiele oder Orte angerechneten Besteuerung und dafür verantwortlich seyn soll, daß die besagten Steuern gehörig von den besteuerten Personen nach den Regulativen der besagten Gesetze, welche sich auf die Anrechnung der direkten Steuern beziehen, von den für ein solches Kirchspiel oder für einen solchen Ort angestellten Einnehmern eingetriben werden, und auch dafür, daß solche Einnahmer die Summen, welche sie empfangen, dem zur Einkassirung besagter Steuern bestimmten Beamten nach diesen Regulativen gehörig überliefern. Und Rückhände an besagten, in diesem Gesetze bewilligten Steuern, welche durch einen Fehler, durch Vernachlässigung oder durch ein Versehen des Einnahmers, für den irgend ein Kirchspiel oder Ort verantwortlich ist, entstehen, sollen innerhalb solchen Kirchspiels oder auf ein solches oder einen solchen Ort umgelegt werden, sobald es möglicher Weise geschehen kann, nachdem ein solcher Fehler entdeckt worden ist, und sie sollen zu dem Steuerbetrage angelegt werden, welcher für diese Steuern in dem Jahre angelegt wurde, welches an dem fünften April vor der Zeit, in welcher die Wiederbesteuerung geschieht, anfängt, indem der Betrag solcher Rückhände verhältnismäßig unter die verschiedenen Personen vertheilt werden soll, die in jenem Jahre in Betreff derselben Steuer, bei welcher solche Rückhände vorgekommen, besteuert worden sind, nach dem Steuerbetrage jeder Person so genau als es der Fall erlauben wird, und sie sollen nach den gleichen Regulativen, Verfahrensacten und Anweisungen, nach welchen die ursprüngliche Besteuerung ange-

Rückhände sollen wieder angerechnet werden.

legt wurde, und auf die gleiche Weise erhoben und eingetrieben werden, wie irgend eine andere Besteuerung kraft dieses Gesetzes nach den Regulativen der besagten Gesetze zu erheben und einzutreiben ist.

CLXXV. Und es sei festgesetzt, daß wenn es sich ereignen sollte, daß dieses Gesetz nicht vor der zur Zahlung des ersten oder eines spätern Steuerzieses bestimmten Zeit, oder innerhalb des Besteuerungs-Jahres, in Vollzug gesetzt würde, den besagten Kommissären, welche dieses Gesetz zu vollziehen und irgend eine Besteuerung nach der, für eine solche Zahlung festgesetzten Periode angelegt oder genehmigt haben, was sie hiermit bevollmächtigt sind, von Zeit zu Zeit zu thun, wenn es nothwendig ist, gestattet seyn soll, wie es ihnen gerecht und billig scheint, festzusetzen und zu bestimmen, zu welcher Zeit und in welchen Theilen irgend ein Steuerzies, für welches die Zeit der Zahlung abgelaufen ist, bezahlt werden soll, wobei sie zugleich auf die Zahl der Tage Rücksicht nehmen sollen, welche für die Bezahlung der in dem Jahre, wo die Besteuerung angelegt wird, noch vorkommenden Steuerzieses festgesetzt sind. Vor- ausgesetzt wird immer, daß nachdem eine solche Besteuerung in demselben Jahre oder in einem spätern angelegt worden, die besagten Kommissäre verordnen sollen, daß vor oder an jedem Zahlungs-Quartal wenigstens der Betrag von zwei vierteljährig zu entrichtenden Zahlungen bezahlt werde, bis alle Rückstände des laufenden Jahres, eines frühern oder spätern abgetragen sind.

Die Kommissäre sollen Zahlungsstermine festsetzen, wenn die bestimmten Tage abgelaufen sind, und der zweimal zu bezahlenden Summen sollen nicht weniger als den Betrag von zwei Zahlungs-terminen betragen.

CLXXVI. Und es sei festgesetzt, daß jede Besteuerung, welche nach diesem Gesetze innerhalb des dazu bestimmten Jahres angelegt wird, als für das laufende Jahr angelegt erachtet werde und für ein solches Jahr in Gültigkeit seyn soll; und man soll annehmen, daß jede Besteuerung, welche nach dem Ende eines Jahres vorgenommen worden, in welchem dieselbe hätte vorgenommen werden sollen, für das ganze laufende Jahr sei, in welchem man die Besteuerung hätte vornehmen sollen, und solches Jahr soll mit dem fünften April eintausend achthundert und zwei und vierzig für die erste Besteuerung, und für jede folgende Besteuerung während der Dauer dieses Gesetzes mit dem fünften April in solchem Jahre anfangen; und die besagten Steuern, welche in England angedrechnet sind, ausgenommen wo dieselben an ihren respectiven Aemtern zurückbehalten und mit Beschlagnahme belegt werden sollen, sind in jedem Jahre in vier vierteljährigen Rufen-Zahlungen zu den folgenden Zeiten zu bezahlen: nämlich an oder vor dem zwanzigsten Juni für den ersten vierteljährigen Termin, an oder vor dem zwanzigsten September für den zweiten vierteljährigen Termin, an oder vor dem zwanzigsten Dezember für den dritten vierteljährigen Termin, und an oder vor dem zwanzigsten März für den letzten vierteljährigen Termin in jedem Jahre; und in Schottland sollen die besagten Steuern in zwei halbjährigen Rufen-Zahlungen zu zahlen seyn: nämlich an oder vor dem zwanzigsten September für den ersten halbjährigen Termin, und an oder vor dem zwanzigsten März für den letzten halbjährigen Termin; und es soll die Bezahlung derselben für die erste Besteuerung bezüglich des Verhältnisses der Summen und der Zeit der Bezahlung von den respectiven Kommissären zu Folge der hierin enthaltenen Directiven geregelt werden.

Die Steuern soll für ein Jahr angesetzt werden und in vier Rufen-Zahlungen zu entrichten seyn.

CLXXVII. Und es sei festgesetzt, daß wenn irgend eine Person in ein Kirchspiel oder in einen Ort kommt, wo sie mit den besagten Steuern, die in irgend einer der erwähnten Scheduln enthalten sind, für dasselbe Jahr vormem nicht belastet worden ist,

Wenn Personen in einem Kirchspiele sich niederlassen, wo sie vormem nicht belastet worden, so soll der Steuerbeamte darauf

setzen, sich zu erklären, ob sie besteuert worden seien, oder eine Uebersicht zu dem Ende, daß sie besteuert worden seien, einreichen.

der Steuerbeamte oder Einnehmer, oder irgend ein Inspektor oder Aufseher, einer solchen Person eine schriftliche Aufforderung übergeben oder in ihrer Wohnung hinterlassen soll, innerhalb vierzehn Tagen nach Empfang solcher Aufforderung eine mit ihrem Namen von ihr selbst unterzeichnete, schriftliche Erklärung, welche den Namen des Kirchspiels oder des Ortes und der Grafschaft enthalten soll, worin solche Person für das betreffende Jahr besteuert worden ist, zu fertigen und zu übergeben und auch das Certificat über solche Besteuerung vorzuzeigen, oder in Ermangelung dessen eine Uebersicht zu dem Ende zu übergeben, daß sie in solchem Kirchspiele oder Ort besteuert werde. Und wenn solche besagte Person vernachlässigt oder verweigert, gedachte Erklärung oder Uebersicht innerhalb der früher erwähnten Zeit zu fertigen, zu unterzeichnen und zu übergeben, oder wenn eine falsche oder unwahre Angabe darin bezüglich irgend eines Umstandes gemacht wird, so soll sie eine Geldstrafe bis zu zwanzig Pfund verurtheilt werden; und wenn es in irgend einem Falle in der Besteuerung eines Kirchspiels oder Ortes für jenes Jahr vorkommen sollte, daß irgend eine Person, welche dort wohnt oder sich dort aufhält, mit gedachten Steuern in demselben Kirchspiele oder Orte nicht belastet worden sei, dann und in solchem Falle sollen die Kommissäre des betreffenden Distriktes ermächtigt und hiedurch aufgefordert sein, auf die vorher bestimmte Weise zu verfahren, um die Person mit den verschiedenen besagten Steuern auf gleiche Weise und in jeder Hinsicht so zu besteuern, als ob solche Person in solchem Kirchspiele oder Orte zu der Zeit der Veröffentlichung der durch dieses Gesetz verordneten Bekanntmachungen gewohnt hätte, wenn ihnen nicht solche Person befriedigend nachweist, daß sie in einem andern Kirchspiele oder Orte richtig besteuert worden sei und die so angerechneten Steuern bezahlt und entrichtet habe. Und wenn irgend eine Person vor oder nach erlassener Aufforderung zur Vorlage besagter Uebersicht aus einem solchen Kirchspiele oder Orte, ohne solche Uebersicht einzusenden, oder ehe solche Besteuerung auf sie gelegt worden ist, mit der Absicht wegzieht der Besteuerung zu entgehen, oder wenn eine Person, nachdem sie mit den besagten Steuern belastet worden ist, von dem Kirchspiele oder Orte wegzieht, wo die besagten Steuern auf sie gelegt worden sind, ohne zuerst alle besagten ihr angerechneten Steuern, welche bis dahin fällig und zahlbar sind, zu bezahlen und zu entrichten, oder ohne in einem solchen Kirchspiele oder Orte hinreichendes Gut und hinreichende Habe zu hinterlassen, woraus die besagten rückständigen Steuern zusammengebracht und erhoben werden können, und wenn dieselben zwanzig Tage lang nach der durch dieses Gesetz für deren Bezahlung bestimmten Zeit rückständig und unbezahlt bleiben: so soll jede Person abgesehen von den besagten, rückständigen Steuern der Summe von zwanzig Pfund verlustig werden; und in jedem solchen, wie auch in dem Falle wenn irgend eine Person in einem andern Kirchspiele oder Orte, als in dem wohnt, wo die Steuern zu Folge dieses Gesetzes ihr angerechnet wurden und wo dieselben selbst ganz oder theilweise rückständig und unbezahlt blieben, sollen die Kommissäre des Distrikts, wo die Besteuerung vorgenommen wurde, gehalten sein, den Kommissären des Distrikts, in welchem solche Person wohnt, den Betrag der Steuer oder Abgabe, welche auf solche Person gelegt wurde und welcher rückständig und unbezahlt geblieben, wie vorher gesagt, schriftlich bekannt zu geben, und die letzt erwähnten Kommissäre sollen hierauf die ganze, so rückständig gebliebene und unbezahlte Steuer, wie vorher gesagt, nach und unter ihrer Weisung sammt den Kosten und Gebühren erheben und

Strafe für Personen, welche vernachlässigen, eine solche Uebersicht zu übergeben.

Personen, die aus einem Kirchspiele oder Orte wegziehen, ohne zuerst die Steuern zu entrichten, oder eine hinreichende Habe zu hinterlassen, um die rückständigen zu bezahlen, sollen einer Strafe unterliegen.

Rückstände sollen durch Pfändung in dem Distrikt erhoben werden, wo die Steuern zu erheben sind; und wenn sie nicht zu erheben oder eingezogen werden können, so soll eine Geldstrafe an ihre Stelle eingetrieben werden.

einbringen lassen. Vorausgesetzt wird, daß wenn kein solches Certificat und keine solche Befugung, wie vorher gesagt, ausgestellt und ausgegeben wird, oder wenn der ganze gedachte Steuerrückstand mit den Kosten und Gebühren nicht auf die vorbesagte Weise erhoben oder eingebracht wird, er als eine Schuld an Ihre Majestät sammt den vollen Prozeßkosten und allen damit verbundenen Kosten und Ausgaben eingetriben werden soll.

CLXXVIII. Und es sei festgesetzt, daß wenn irgend eine nach diesem Gesetze zu besteuende Person dadurch, daß sie betrügerischer Weise ihren Wohnort ändert oder geändert hat, oder ihr Vermögen oder irgend einen Theil desselben betrügerischer Weise umsetzt oder umgesetzt hat, oder dadurch, daß sie betrügerischer Weise dasselbe oder einen Theil desselben übergibt, überträgt oder cedirt, oder übergeben, übertragen oder cedirt hat, oder dadurch, daß sie irgend eine solche falsche oder betrügerische Uebersicht oder Schedul, wie vorher gesagt, anfertigt oder übergibt, oder wenn sie irgend welches der Art steuerbares Vermögen hat, dasselbe oder einen Theil davon betrügerlicher Weise umsetzt oder umgesetzt hat, indem sie irgend einen Pfandbrief hinsichtlich solchen Vermögens verfälscht oder verfälscht hat oder indem sie dasselbe oder einen Theil davon temporär zu dem Ende unproduktiv macht oder gemacht hat, um für dasselbe oder einen Theil davon nicht besteuert zu werden, oder durch irgend eine gebrauchte oder angewandte Unwahrheit, vorsätzliche Vernachlässigung, einen Betrug, eine Verabredung, einen Kunstgriff oder ein Mittel welcher Art immer, nach dem wahren Sinne und Zwecke dieses Gesetzes nicht besteuert und belastet wird, — jede solche Person auf Nachweis dessen vor den betreffenden General-Kommissären des Districts, wo eine solche Person steuerbar ist, wenn gar keine Steuer auf sie gelegt wurde, mit dem dreifachen Betrage der Abgabe besteuert und belastet werden soll, welcher einer solchen Person hätte angerechnet werden sollen, und wenn eine Besteuerung vorgenommen wurde zu einem geringeren Betrage als der Quote, welche auf solche Person hätte gelegt werden sollen, dann soll eine solche Person, außer der ersten Quote, mit dem dreifachen Betrage der Differenz zwischen der Summe, mit welcher eine solche Person belastet wurde, und der Summe, mit welcher sie hätte belastet werden sollen, belastet und besteuert werden, welcher dreifache Betrag zu solcher Besteuerung hinzugefügt und wie in andern schon erwähnten Fällen verwendet werden soll.

CLXXIX. Und es sei festgesetzt, daß kein Empfangsschein, Zahlungs-Certificat, Vergleichs-Contract, keine eidlische Erklärung, keine Schätzung oder Taxation, welche zu Folge und für den Zweck dieses Gesetzes gemacht oder abgegeben wird, der Stempelsteuer unterworfen sein soll.

CLXXX. Und es sei festgesetzt, daß, wenn irgend eine Person bei mündlicher Befragung auf ihren Eid, oder bei Wahrheitgelöbniß, oder in irgend einer eidlischen Beglaubigung, Deposition oder Erklärung, welche durch dieses Gesetz autorisirt ist, vorsätzlich und rechtswidriger Weise ein falsches Zeugniß ablegt, oder vorsätzlich und rechtswidriger Weise irgend eine Materie oder Sache, welche falsch oder unwahr ist, beschwört oder (an Eidesstatt) bekräftigt, — jede in der Art sich verfassende Person, wenn sie dessen überführt wird, jenen Strafen und Bußen unterworfen und ausgesetzt sein soll, womit nach den bestehenden Gesetzen die Personen, welche des vorsätzlichen und ge-  
fährlichen Meineids schuldig erkannt werden, bestraft und zu belegen sind, und jeder

*Steuere für Personen, welche betrügerischer Weise ihre Wohnung ändern, oder Vermögen umsetzen, oder falsche Uebersichten übergeben, oder andere Betrugsarten sich zu Schulden kommen lassen.*

*Empfangsscheine und andere Documente sollen von der Stempelsteuer befreit sein.*

*Personen, die falsches Zeugniß ablegen oder falsch schwören, sind der Strafe des Meineids unterworfen.*

Kassagen können in Prozeß oder jede Anklage auf Meineid, welcher in irgend einer vorerwähnten eidlischen Bescheinigung, Deposition oder Wahrheitsbekräftigung begangen worden ist, ob in oder außerhalb Großbritannien, kann und soll in der Grafschaft angebracht, verhandelt und entschieden werden, wo eine solche Bescheinigung, Deposition oder Wahrheitsbekräftigung den Kommissären in Folge dieses Gesetzes zugestellt wird.

Bestrafung der Ver-  
seiner, welche bei Hil-  
föhung oder Ver-  
rung der nach diesem  
Gesetze angeführten  
Certifikate oder Em-  
pfangsscheine schuldig  
sind.

CLXXXI. Und es sei festgesetzt, daß wenn irgend eine Person ein Certificat der Kommissäre für Stempel und Steuern oder eines anderen Kommissärs, der mit dem Vollzuge dieses Gesetzes betraut ist, oder ein Certificat oder einen Empfangsschein, welchen der Kassier der Bank von England, oder der General-Einnnehmer der Stempel- und Steuerzergälle oder irgend ein anderer Einnnehmer durch dieses Gesetz autorisirt ist bei dem Empfange irgend eines nach diesem Gesetze zahlbaren Geldebetrags auszustellen, verfälscht, nachahmt oder verändert, oder fälschen, nachahmen oder verändern läßt, oder wissentlich oder vorsätzlich bei Verfälschung, Nachahmung oder Veränderung desselben mitwirkt oder hilft, oder irgend ein solches verfälschtes, nachgeahmtes oder verändertes Certificat oder einen solchen Empfangsschein mit der Absicht in Umlauf bringt, Ihre Majestät oder irgend eine öffentliche Körperschaft oder Korporation oder irgend eine Person, wer es auch sei, zu betrügen, — jede in der Art sich verzeihende Person, wenn sie dessen überführt wird, als der Helonie schuldig erkannt und deportirt werden soll, doch nicht länger als auf vierzehn Jahre.

Verpflichtung bis-  
lich der vom Ge-  
richte angenommenen  
Zeugnisse, daß Je-  
mand Kommissär oder  
Beamtet sei.

CLXXXII. Und es sei festgesetzt, daß wenn bei Untersuchung einer Anklage, Denuntiation, einer Rechtsache oder was immer für einer gerichtlichen Verfolgung oder in irgend einem sich darauf beziehenden gerichtlichen Verfahren kraft dieses Gesetzes oder der hierin früher angeführten Gesetze, oder bezüglich irgend einer in Folge dieses Gesetzes geschehenen Handlung oder irgend einer gegen dieses Gesetz begangenen Uebertretung, oder in irgend einer durch dieses Gesetz veranlaßten Sache oder gelegentlich desselben die Frage entstehen sollte, ob irgend Jemand Kommissär oder Beamter bezüglich der besagten, hierin biswilligten Steuern ist oder war, oder beauftragt oder angestellt ist oder war, als solcher zu handeln, — dann und in jedem solchen Falle der Beweis gelieft und zugelassen werden kann, daß eine solche Person für einen Kommissär oder Beamten gehalten wurde oder als solcher oder in Folge eines solchen Austrages oder einer solchen Anstellung gehandelt habe zu der Zeit, als die in Frage stehende That- sache, Materie oder der Gegenstand einer solchen Untersuchung oder eines solchen gerichtlichen Verfahrens vorfiel oder begangen, oder zu thun oder zu verrichten unter- lassen wurde, ohne das besondere Kommissorium, die Ernennung, Anstellung oder sonstige Ermächtigung, kraft welcher ein solcher Kommissär oder Beamter angestellt und ernannt wurde, beweisen oder vorzulegen zu müssen; und daß in jedem solchen Falle solcher Beweis von allen Richtern, Friedensrichtern oder Kommissären, vor welchen ein solches gerichtliches Verfahren gepflogen wird, als gutes und geschwärgiges Zeugniß, ohngeachtet irgend eines gegentheiligen Gesetzes oder einer gegentheiligen Gewohnheit, angesehen und angenommen werden soll, wenn nicht durch ein anderes Zeugniß das Gegentheil sich ergeben sollte.

Bewilligung für  
Steuerbeamte, Ein-  
nehmer, Getreide-  
und andere Personen.

CLXXXIII. Und es sei festgesetzt, daß die verschiedenen Steuerbeamten und Einnnehmer drei Pence von jedem Pfunde des Geldes haben sollen, welches von den verschiedenen in diesem Gesetze bewilligten Steuern herkommt und von den verschiedenen



Einnehmern an den geeigneten Kassier bezahlt wird, so daß dasselbe nach jeder besondern Sammlung unter die besagten Steuerbeamten und Einnnehmer nach gleichen Theilen vertheilt werde; und dafür daß die besagten Steuerlisten, Befehle, Abschriften und Duplicate sorgfältig und zu gehöriger Zeit geschrieben und abgeschrieben werden, und daß alle Gegenstände und Dinge, die unter den besagten Kommissären verrichtet werden sollen, gehörig, eilig und wirksam vollzogen, und daß alle Nebenausgaben, welche mit dem unter Leitung der besagten Kommissäre in ihren betreffenden Distrikten stehenden Vollzuge dieses Gesetzes verbunden sind, bestritten und getragen werden, soll der Sekretär des Kommissärs, welcher die Pflichten seines Amtes innerhalb der in diesem Gesetze bezeichneten Zeiten ausübt und solche zufällige Ausgaben bestritten und getragen hat, auf eine von den Kommissären unterzeichnete Weisung von den betreffenden Kassieren zwei Pence vom Pfund von den besagten Steuerbeträgen, die kraft solcher Weisung oder solcher Certificate erhoben werden, erhalten, und der Sekretär, welcher keine solchen Nebenausgaben zu bestritten und zu tragen gehabt hat, soll vermöge gleicher Ordre einen Penny von dem Pfunde aller solcher vorerwähnten Gelder haben und erhalten, vorausgesetzt, daß dieses Gesetz zu gehöriger Zeit und auf wirksame Art in dem Distrikte, in welchem er als Sekretär angestellt ist, vollzogen werde, und daß alle Befehle und Abschriften von Urkunden gefertigt und die Duplicate den geeigneten Kassieren und an das Oberamt für Steuern und Stempel innerhalb der in diesem Gesetze bestimmten Zeit, und zu keiner andern, überliefert werden. Und keine Person soll, unter was immer für einem Vorwande, zu einem Antheile an der hiedin dem Sekretäre ausgesprochenen Belohnung berechtigt sein, ausgenommen der allenfallsige Gehilfe eines solchen Sekretärs, wenn ein solcher vorhanden ist, dessen Entschädigung von den besagten Kommissären festgesetzt und verhältnismäßig zugetheilt werden soll; noch soll ein solcher Sekretär, unter welchem Vorwande immer, Gebühren, Geschenke oder Accidenzien für irgend welche Sachen oder Gegenstände, die er kraft dieses Gesetzes und unter der Autorität desselben zu besorgen hat, von irgend einer andern Person als von dem Kassiere auf die vorerwähnte Weise verlangen, empfangen oder annehmen. Vorausgesetzt wird immer, daß keine solche Vergütung einem Steuerbeamten oder Einnnehmer bezüglich der Summen geleistet werden soll, welche kraft dieses Gesetzes zurückgehalten oder mit Beschlage belegt oder an die Bank von England bezahlt werden, noch bezüglich einer von den verschiedenen Parteien an die Bank von England bezahlten Summe; auch sollen solche Vergütungen weder irgend einem Einnnehmer, noch einer Person oder Korporation geleistet werden, welche mit der Ausbezahlung von Annuitäten, Dividenden und Antheilen an solchen, die aus den Staatseinkünften Großbritanniens oder sonst wie zu zahlen sind, betraut ist, außer der Summe, welche den Einnnehmern, Kassieren, Korporationen oder vorerwähnten Personen auf Weisung der Schatzkammer Kommissäre Ihrer Majestät für ihre Mühe und Sorge in Vollziehung dieses Gesetzes ausbezahlt werden verordnet wird. Vorausgesetzt wird auch, daß die Schatzkammer Kommissäre Ihrer Majestät befugt sein sollen, eine weitere Vergütung denjenigen Sekretären zu bewilligen, die ihre Pflicht getreulich nach diesem Gesetze erfüllt und vorbesagte Nebenausgaben getragen und bestritten haben. Solche Vergütung soll aber nicht über einen Penny vom Pfunde des Betrags jenes Theiles der vollen Besteuerung gehen, welcher bei Gelegenheit von Ansprüchen auf Steuerfreiheit, die kraft dieses

Weitere Vergütung für Sekretäre.

Gesetzes auf Grund des Einkommens gemacht und genehmigt werden, abgeschrieben wird, wie sie in Betracht der Ausdehnung und Bevölkerung des Distriktes und der Anzahl solcher Ansprüche es für geeignet finden festzusetzen. Und das Certificat der Kommissäre für Steuern und Stempel soll für die Kassabeamten als Befugung gelten, solche weitere Vergütung zu bezahlen.

Nichtbezahlung der Steuer soll nicht un-  
süßig machen bei der  
Wahl der Parla-  
mentsmitglieder zu  
kommen.

CLXXXIV. Vorausgesetzt wird immer und sei festgesetzt, daß keine Verschü-  
niß oder Unterlassung in Bezahlung der kraft dieses Gesetzes für ein Haus oder  
anderes Gebäude anzurechnenden Steuern innerhalb der bestimmten Perioden irgend  
eine Person ausschließen soll, in dem Register oder der Liste der Personen, welche stimm-  
berechtigt sind bei der Wahl eines Mitgliedes oder von Mitgliedern, die irgend eine  
Stadt oder einen Flecken im Parlamente vertreten, fortgeführt oder auf dieselbe gesetzt  
zu werden oder ihre Stimme bei einer solchen Wahl abzugeben.

Beitreibung der Dar-  
lehen und Steuergefehr.

CLXXXV. Und es sei festgesetzt, daß alle in diesem Gesetze angedrohten Geld-  
bußen eingefordert, beigetrieben und auferlegt werden können auf dieselbe Weise und  
in derselben Form, welche hinsichtlich der Geldbußen festgesetzt wurde, die in den be-  
sagten, im drei und vierzigsten Jahre der Regierung Königs Georg des Dritten bezüglich  
der direkten Steuern erlassenen Gesetze auferlegt wurden, deren Regulative hiermit auf  
die in diesem Gesetze bewilligten Steuern und auferlegten Bußen anwendbar erklärt  
werden; und daß bei jedem gerichtlichen Verfahren, Prozesse oder jeder Klage von oder  
für Ihre Majestät zur Einbringung solcher Steuern oder Bußen, welche in diesem  
Gesetze verwilligt resp. auferlegt sind, solche Steuergeelder und Bußen nebst allen Pro-  
zessen und allen damit verbundenen Auslagen und Unkosten eingebracht werden  
sollen. Vorausgesetzt wird immer, daß wo immer in diesem Gesetze eine Steuerer-  
höhung als Buße auferlegt ist oder als Theil einer oder als Hinzufügung zu einer  
Buße, jede solche Buße und Steuererhöhung der Besteuerung beigefügt und auf die  
gleiche Weise erhoben und eingefordert werden darf, wie die in solcher Besteuerung be-  
griffenen Steuergeelder zu erheben und einzufordern sind.

Die Steuerbeträge  
sollen an die Bank  
von England bezahlt  
und auf Credit der  
Schatzkammer einge-  
tragen werden.

CLXXXVI. Und es sei festgesetzt, daß alle Gelder, welche aus den hierdurch  
bewilligten Steuern herrühren (mit Ausnahme der nothwendigen Kosten für Erhebung  
und Verrechnung derselben) an die Bank von England bezahlt, als Guthaben auf  
Ramen des General-Einnehmers der Stempel- und Steuergefälle in einer zu diesem  
Zwecke zu eröffnenden und zu stellenden Rechnung, gesondert und getrennt von allen  
andern Geldern, vermerkt, und auf das Guthaben der Schatzkammer Ihrer Majestät  
übertragen werden sollen auf solche Weise, zu solchen Zeiten, unter solcher Autorität  
und nach jenen Regeln und Regulativen, die aufgestellt oder gemacht worden sind oder  
werden hinsichtlich anderer Gelder, welche aus den, unter der Leitung oder Verwaltung  
der Stempel- und Steuer-Kommissäre stehenden Steuern eingehen. Vorausgesetzt wird  
immer, daß die Schatzkammer-Kommissäre Ihrer Majestät gehalten sein sollen, aus den  
Geldern, welche von Zeit zu Zeit aus den besagten Steuern eingehen, solche Besoldungen  
und Gehalte für die Dienste, Wüthwaltung und Arbeit der Special-Kommissäre, In-  
spektoren und Aufseher und anderer, mit dem Vollzuge dieses Gesetzes oder sonstwie  
in Bezug auf dasselbe beschäftigten Beamten festzusetzen und zu bestimmen, und auch  
Nebenausgaben und Unkosten, welche der Vollzug dieses Gesetzes mit sich bringt, zu

Die Schatzkammer-  
Kommissäre sollen die  
Besetzung für die  
Kommissäre, Aufseher  
und andere Beamte  
festsetzen und Neben-  
ausgaben bestim-  
men.

bestreiten, wie es die besagten Schatzkammer-Kommissäre Ihrer Majestät zu diesem Behufe für gut und zweckmäßig finden werden.

CLXXXVII. Und es sei festgesetzt, daß keine Patente, welche von Ihrer Majestät oder von irgend einem Ihrer königlichen Vorfahren in Bezug auf irgend eine Art von Freiheiten, Privilegien oder Befreiungen von Subsidien, Zöllen, Taxen, Besteuerungen oder Hülfsgeldern, bewilligt worden sind, oder von Ihrer Majestät einer Person, city, einem Flecken oder einer Municipalsstadt innerhalb des Königreiches werden bewilligt werden, noch Statute, worin ein Gehalt, eine Leibrente oder Pension einer Person frei von allen Taxen, Abzügen oder Besteuerungen bewilligt wird, so verstanden oder ausgelegt werden sollen, daß eine Person, city, ein Flecken, oder eine Municipalsstadt, oder irgend ein Einwohner derselben von der Last und Bürde der in diesem Gesetze bewilligten Steuern befreit sei. Und alle non obstantes in solchen Statuten oder Patenten, welche zur Verhinderung dieses Gesetzes gemacht worden sind oder gemacht werden, werden hiermit für ungültig und kraftlos erklärt, ohngeachtet solche Statute, Patente, Verleihungen, Freibriefe, Klauseln „non obstante“ oder andere darin enthaltene Gegenstände und Dinge, oder irgend ein Gesetz oder Statut etwas Gegentheiliges enthalten würde.

Keine Person soll durch Verordnungen befreit werden.

CLXXXVIII. Und es sei festgesetzt, daß jede in diesem Gesetze enthaltene und für die Steuern in einer besondern Schedul getroffene Verfügung, welche auch auf die Steuern einer andern Schedul anwendbar ist und den Verordnungen zur Festsetzung, Anrechnung und Erhebung der Steuern einer solchen andern Schedul nicht entgegensteht, bei der Anrechnung, Erhebung und Festsetzung derselben vollständig und genau so angewendet werden soll, wie wenn die Anwendung solcher Verfügungen ausdrücklich und besonders vorgeschrieben worden wäre, was auch immer Gegentheiliges hierin bestimmt seyn mag.

Die für eine besondere Schedul getroffenen Verfügungen sind auf andere Schedulen bei der Steuernberechnung zu erheben.

CLXXXIX. Und es sei festgesetzt, daß die hier nachstehend erwähnte, mit F bezeichnete Schedul als ein Theil dieses Gesetzes betrachtet werden soll, wie wenn dieselbe unter einem besondern Gespartikel eingerückt worden wäre; vorausgesetzt, daß die verschiedenen, hierin erwähnten Eide bloß als auf die Steuern in Schedula D Bezug habend crachtet und angesehen werden sollen.

Schedul F soll als ein Theil dieses Gesetzes betrachtet werden.

#### Schedula F.

Formel des Eides oder der Versicherung, welcher oder welche von den Kommissären für die Zwecke dieses Gesetzes, und von den Hülfskommissären, wie auch von den in Vollziehung desselben handelnden Kommissären für Special-Zwecke in Bezug auf die in Schedula D enthaltenen Steuern abzulegen ist.

„Ich, A. B., (schwöre (oder versichere \*), je nachdem es der Fall erfordert), daß ich „wahr, getreulich, unparteiisch und ehrlich, nach meinem besten Wissen und Vermögen, „die Vollmachten und Befugnisse ausüben will, die mir durch ein, in dem . . . Jahre „der Regierung der Königin Victoria erlassenes und folgender Weise betitelt: s Gesetz „(man sehe hier den Titel dieses Gesetzes ein) anvertraut wurden, und daß ich die „mir durch dieses Gesetz anvertrauten Vollmachten nur auf solche Weise ausüben will,

Ob, welcher von den Kommissären, die in Bezug auf die in Schedula D enthaltenen Steuern handeln, abgelegt werden soll.

\*) Dies bezieht sich auf die an Gitterstalt gebräuchlichen Befristungsformeln der Däner und an deren dgl. Stellen.

„wie es mir zum gehörigen Vollzuge desselben nothwendig scheinen wird; und daß ich über alle Dinge und Gegenstände, welche mir nach diesem Gesetze vorgelegt werden, ohne Gunk, Neigung oder Haß urtheilen und entscheiden will, und daß ich keinen Umstand, welcher in irgend einer übergebenen Schedul oder Erklärung hinsichtlich der Steuern, die nach den, auf Schedul D sich beziehenden Regulativen und Verordnungen, angeführt werden, angegeben oder der in einem Zeugnisse oder einer Antwort enthalten ist, welche von einer Person abgegeben wird, die befragt oder eine eidliche Erklärung, eine Deposition oder eine Versicherung zu Folge dieses Gesetzes abgeben wird, mittheilen will, ausgenommen in solchen Fällen und solchen Personen, die auf den Vollzug dieses Gesetzes geschworen haben, und wo es nothwendig ist, dieselben für die Zwecke dieses Gesetzes mitzutheilen, oder den Kommissären für Stempel und Steuern, oder zum Zwecke oder im Laufe einer gerichtlichen Verfolgung wegen eines, bei einer solchen Befragung oder bei einer eidlichen Erklärung, einer Aussage oder Versicherung, begangenen Meineides.“

„So wahr mir Gott helfe!“

Formel des Eides oder der Versicherung, welcher oder welche von den Inspektoren und Aufsehern abgelegt werden soll.

Der von den Inspektoren und Aufsehern zu leistende Eid.

„Ich, A. B., schwöre (oder versichere), daß ich, in Vollziehung eines, in dem . . . Jahre der Regierung der Königin Viktoria erlassenen und folgender Weise . . . theilten Gesetze (man sehe hier den Titel des Gesetzes ein) alle Angaben, Scheduln und Erklärungen, welche innerhalb meines Distriktes abgeliefert werden, prüfen und revidiren und, wenn ich dagegen Einwendungen erhebe, nach bester Kunde und bestem Wissen handeln, daß ich ohne Gunk, Neigung oder Haß verfahren, und die mir durch dieses Gesetz anvertrauten Vollmachten bloß auf solche Weise ausüben will, wie es mir zur gehörigen Vollziehung desselben nothwendig scheinen oder wie mir von den Stempel- und Steuer-Kommissären, oder von je zwei oder mehreren derselben, aufgetragen werden wird; und daß ich keinen Umstand, der in einer Angabe oder Schedul hinsichtlich der Steuern, welche nach den, auf die Schedula D sich beziehenden Regulativen und Verordnungen angerechnet werden, oder der in irgend einem Zeugnisse, oder einer Antwort, welche von einer Person auf Befragen oder in einer eidlichen Erklärung, einer Versicherung oder Deposition zu Folge dieses Gesetzes abgegeben wird, enthalten ist, mittheilen will, ausgenommen in solchen Fällen und solchen Personen, welche auf gehörige Vollziehung dieses Gesetzes geschworen haben, und wo es nothwendig seyn wird, denselben für die Zwecke dieses Gesetzes oder den Kommissären für Stempel und Steuern bekannt zu geben, oder zum Zwecke oder im Laufe einer gerichtlichen Verfolgung wegen eines, bei einer solchen Befragung, eidlichen Erklärung, bei einer Versicherung oder bei Ablegung eines Zeugnisses begangenen Meineides.“

„So wahr mir Gott helfe!“

Formel des Eides oder der Versicherung, welcher oder welche von den Steuerbeamten abgelegt werden soll.

Wie der Steuerbeamten.

„Ich, A. B., schwöre (oder versichere), daß ich in Vollziehung eines, in dem . . . Jahre der Regierung der Königin Viktoria erlassenen und folgender Weise

„betitelt **Gefeges** (man setze hier den Titel des **Gefeges** ein) in jeder Hinsicht eifrig, „**erlich**, und ohne Neigung oder Gunk, nach meinem besten Wissen und Gewissen, „**handeln** will, und daß ich keinen Umstand mittheilen werde, welcher in einer Angabe „oder **Schedul** enthalten ist, die mir bei Vollziehung dieses **Gefeges** hinsichtlich der „**Steuern**, welche nach den auf **Schedula D** sich beziehenden Regulativen und Ver- „**ordnungen** anzurechnen sind, überliefert wird, ausgenommen in solchen Fällen und „**solchen** Personen, welche auf die gehörige Vollziehung dieses **Gefeges** beeidigt sind, „und wo es nothwendig seyn wird, dieselben bekannt zu machen für die Zwecke dieses „**Gefeges**, oder in Gemäßheit, oder im Laufe einer gerichtlichen Verfolgung wegen „eines **Meineides**, der in irgend einer, auf eine solche Angabe oder **Schedul** sich be- „**ziehenden** Sache begangen wurde.“

„So wahr mir Gott helfe!“

Formel des Eides oder der Versicherung, welcher oder welche von den Collecteuren und Einnehmern abgelegt werden soll.

„Ich, A. B., schwöre (oder versichere), daß ich in Vollziehung eines, in dem Ob der Collecteurs und Einnehmer. „ . . . Jahre der Regierung der Königin Victoria erlassenen und folgender Weise „betitelt **Gefeges** (man setze hier den Titel des **Gefeges** ein) keine Besteuerung oder „den Betrag irgend einer, von Jemand zu Folge dieses **Gefeges** bezahlten oder zu „**zahlenden** Summe, oder die Besteuerungsbücher, welche mir in Vollziehung des be- „**sagten** **Gefeges** zugestellt werden, hinsichtlich der Steuern, die nach dem, auf **Schedula D** „**sich** beziehenden Regulativen und Verordnungen anzurechnen sind, veröffentlichen will, „**ausgenommen** in solchen Fällen und nur solchen Personen, welche auf getreue Voll- „**ziehung** des besagten **Gefeges** geschworen haben, und wo es nothwendig seyn wird, „**dieselben** bekannt zu machen entweder für die Zwecke des besagten **Gefeges**, oder den „**Kommissären** für Steuern und Stempel, oder in Gemäßheit oder im Laufe einer „**gerichtlichen** Verfolgung wegen eines, in Betreff besagter Steuern begangenen **Meineides**.“ „So wahr mir Gott helfe!“

Form des Eides oder der Versicherung, welcher oder welche von dem Sekretär besagter Kommissäre oder dessen Gehilfen geleistet werden soll.

„Ich, A. B., schwöre (oder versichere), daß ich eifrig und sorgsam die Pflicht Ob der Sekretäre. „eines **Sekretärs** (oder Hilfs-Sekretärs, je nachdem es der Fall erfordert) in Gemäß- „**heit** des **Gefeges**, welches in dem . . . Jahre der Regierung der Königin Victoria „**unter** dem Titel: **Gefeg** (hier ist der Titel des **Gefeges** einzuschalten) erlassen worden, „nach meinem besten Wissen und Urtheile erfüllen, und daß ich auch keinen in einer „**Uebersicht**, **Deklaration** oder **Schedul** enthaltenen Umstand bezüglich der Steuern, „**welche** nach den Bestimmungen und Regulativen der **Schedula D** des besagten **Gefeges** auferlegt werden, noch irgend ein Zeugniß oder eine Antwort, die von einer „**Persön** abgegeben wird, welche man befragt, oder die eine eidliche Erklärung, eine „**Aussage** oder eine Versicherung bezüglich derselben abgelegt hat, mittheilen will, aus- „**genommen** in solchen Fällen und solchen Personen, welche auf den pflichtmäßigen „**Vollzug** dieses **Gefeges** geschworen haben, und wo ich so zu thun nach den Regula- „**tiven** dieses **Gefeges**, oder durch zwei oder mehrere Kommissäre, unter welchen ich

„handle, oder durch die Kommissäre für Stempel und Steuern angewiesen bin, oder „in Gemäßheit und in Folge einer gerichtlichen Verfolgung wegen Meineides, der bei „einer solchen Befragung, einer solchen eidlichen Erklärung, einer Deposition oder „Versicherung begangen wurde.“

„So wahr mir Gott helfe!“

Die Schedule G  
und deren Regulative  
sollen bei dem Voll-  
zuge dieses Gesetzes  
brochurirt werden.

CXC. Und es sei festgesetzt, daß die mit G bezeichnete Schedul nebst den darin enthaltenen Regulativen und Directiven bei Angabe des Betrags des jährlichen Ertrags oder Gewinnes, auf welchen nach diesem Gesetze eine Steuer zu legen ist, in so ferne als dieselben in einem Falle auf eine Person, Korporation, Kompagnie oder Societät, wie sie in diesem Gesetze beschrieben oder erwähnt sind, anwendbar seyn sollten, sowohl in Betracht ihrer selbst als Anderer, für welche sie in irgend einer in diesem Gesetze bezeichneten Eigenschaft handelt, von jeder solchen Person, Korporation, Kompagnie oder Societät, oder deren Agenten oder Bediensteten beobachtet werden soll, falls solche Agenten oder Bedienstete befugt sind, solche Angaben zu machen.

#### Schedul G.

Schedule G. Re-  
gulative.

I. Von jedem Inhaber von Ländereien, Grundstücken, Erbgiutern oder Erbgründen in Großbritannien, welche nach Schedule A und B oder nach einer derselben zu belasten sind.

Von Besitzern von  
Ländereien u., die  
nach den Schedules  
A und B zu belasten  
sind.

Eine Uebersicht über den Zins und den jährlichen Ertrag, oder den jährlichen Ertrag, je nachdem es der Fall erfordert, von allen Ländereien, Grundstücken, Erbgiutern oder Erbgründen, welche er in irgend einem Kirchspiele oder an irgend einem Orte inne hat, wobei die Theile in jedem Kirchspiele oder Orte auszufcheiden, und jene besonders zu schätzen sind, die man als Eigenthümer oder als Pächter inne hat, wie auch solche, welche verlebten Gutsheeren zugehören, und solche, die nach dem Zinse oder dem jährlichen Ertrage, oder nach dem Betrage der Ertragsliste zu belasten sind, und wobei der Pachtzins oder der jährliche Ertrag, welcher für das Eigenthum zu versteuern, und der für die Innehabung zu steuernde Betrag besonders geschätzt werden muß, mit folgender Unterscheidung, nämlich:

Ländereien und Grundstücke, welche man als Eigenthum inne hat.

Ländereien und Grundstücke, welche zu dem höchsten möglichen Pächtertrage inner- halb sieben Jahren verpachtet worden sind.

Ländereien und Grundstücke, welche zu diesem höchsten Pachtzinse vor der Periode von sieben Jahren verpachtet wurden, mit besonderer Schätzung des Zinses und des jährlichen Ertrags derselben.

Ländereien und Grundstücke, welche nicht zu diesem höchsten Pachtzinse verpachtet wurden, — den Zins und den jährlichen Ertrag derselben besonders geschätzt.

Der Betrag, zu welchem solche Ländereien und Grundstücke in der Armensteuer angelegt sind.

Der Betrag der Abfindungssumme, des Zinses, Erbzinnes, oder der jährlichen Zahlung, welcher in dem vorhergehenden Jahre dem Ober- oder Unterparrer oder einer andern Person, für den Zehnten von solchen Ländereien und Grundstücken entrichtet wurde.

Der Betrag eines jeden Abzugs, der hinsichtlich derselben in Anspruch genommen wird, unter Angabe, ob sie ganz oder theilweise zehntfrei seien, und des Betrages der etwaigen Geldvergütung für Zehnten oder der Realkomposition.

- II. Von jedem weltlichen Präbendbesitzer, jedem Ober- oder Unterpfarrer, oder jeder anderen Person (mit Angabe der Eigenschaft), die einen Zehnt in natura, oder irgend eine Zahlung empfängt aus Rechten der Kirche oder einer Stiftung, oder stat eines Zehnten, und bezüglich aller Zehnten in Schottland, welche nach Schedule A zu besteuern sind, wobei folgende Unterschiede zu machen sind: Von weltlichen Kirchenbesitzern und geistlichen Personen nach Schedule A.

Hinsichtlich des Betrages der Ertragnisse von Zehnten, welche in Natura für ein Jahr erhoben wurden, nach einem Durchschnitt von drei Jahren.

Hinsichtlich des Betrages von Gebühren oder Geldzahlungen aus Rechten der Kirche oder einer Stiftung, oder statt Zehnten, welche nicht von Ländereien entrichtet werden, nach dem oben erwähnten Durchschnitt.

Hinsichtlich des Betrages von Abfindungssummen, Zinsen und Zahlungen statt der Präbial-Zehnten für das vorhergehende Jahr.

- III. Von jeder Person, Korporation oder Kompagnie, die irgend ein hierunter erwähntes Geschäft führt, oder von deren Agenten oder Beibehaltern, in den Fällen, in welchen sie nach Schedule A besteuert werden können: Von Korporationen u. a. Schedule A.

Der Betrag der Einkünfte von Stein-, Schiefer-, Kalkstein- oder Kreide-Brüchen in dem vorhergehenden Jahre;

von Eisenwerken, Salz-, Duellen oder Becken, Alaun-Gruben oder Becken, Wasser-Becken, Flüssen, Kanälen, inländischer Schifffahrt, Docks, Ausdeichungen, Wasserpässen, Fischereien, Markt- und Messen-Rechten, Zöllen, Eisenbahnen oder Straßen, Brücken und Fährten, im vorhergehenden Jahre;

von Kohlen-, Zinn-, Blei-, Kupfer-, Schwefelfies-, Eisen- und andern Bergwerken, nach einem fünfjährigen Durchschnitt.

- IV. Von jedem Grundherren oder jeder Grundherrin oder den Inhabern anderer Regalien oder deren Pächtern. Von Grundherren.

Der Betrag aller Gebühren und anderer Reinkünfte oder zufälliger Einnahmen (ausgenommen jährliche Zahlungen und Zinsen) aus Grundherrlichkeiten und Regalien, nach einem siebenjährigen Durchschnitt.

- V. Von dem Empfänger irgend eines Lehngeldes, das für die Uebertragung von Ländereien oder Grundstücken (herkömmliche ausgenommen), welche nach Schedule A zu besteuern sind, bezahlt wird. Von Lehngeld-Einnahmen nach Schedule A.

Der Betrag solchen Lehngeldes im vorhergehenden Jahre, oder für jenen für jeden Zeitraum seit der Zins hievon begonnen hat, und eine Schätzung des Durchschnitt-Ertrags für ein Jahr.

- VI. Von jeder Person, die zu Ertragnissen von Ländereien, Grundstücken, Erbgütern oder Erbgütern berechtigt ist, welche nicht früher erwähnt wurden und die nach Schedule A zu besteuern sind. Bei Ertragnissen von Ländereien u. s. w. nach Schedule A.

Der Betrag nach einem angemessenen, von den Kommiſſären genehmigten Durchſchnitt.

Von Verſenen, die Handel treiben, der nach Schedule D beſteuert wird; VII. Von jeder oder für jede Perſon, welche irgend ein Gewerbe, eine Manufaktur, Unternehmung oder ein Handelsgewerbe treibt, das nach Schedule D zu beſteuern iſt.

Der Betrag der Bilanz des Gewinnes hieraus nach einem billigen und richtigen Durchſchnitt von drei Jahren, oder aus jener kürzeren Periode, ſeit welcher ſolches Geſchäft geführt wird.

oder die ein Künſtler treiben; VIII. Von jeder Perſon, welche ein künſtleriſches oder wiſſenſchaftliches Fach, eine Beſchäftigung oder irgend einen Beruf treibt, welche nach Schedule D beſteuert werden ſollen.

Der Bilanz-Betrag des Gewinnes, der Emolumente und Erträge daraus während des vorhergehenden Jahres.

oder zu Erträgen u. unbeſtimmtem Betrag berechtigt ſind, IX. Von jeder Perſon, welche zu Erträgen von unbeſtimmtem Betrage berechtigt iſt, die nicht früher erwähnt wurden und nach Schedule D beſteuert werden ſollen.

Der volle Betrag der Gewinne oder Erträge in dieſer Beziehung während des vorhergehenden Jahres.

ob die Interſſen von ausländiſchen Creditpapieren ſehen, X. Von jeder Perſon, welche in Großbritannien Interſſen bezieht aus nicht britiſchen Creditpapieren, die nach Schedule D zu beſteuern ſind.

Der volle Betrag des im laufenden Jahre Empfangenen oder zu Empfangenden, inſoweit daſſelbe berechnet werden kann.

oder Einkünfte von ausländiſchen Beſitzungen, XI. Von jeder Perſon, welche in Großbritannien Einkünfte von Beſitzungen außerhalb Großbritannien bezieht, die nach Schedule D zu beſteuern ſind.

Der volle, reine, jährlich davon entweder durch Rimeſſen, oder durch Vermögens-Importation, oder Geld oder Geldeswerth von nicht importirtem Vermögen, oder auf Credit oder Abſchlag von Rimeſſen, Vermögen oder Geldeswerth empfangene Betrag, nach dem Durchſchnitt der vorhergehenden drei Jahre.

oder ſonſtige Einkünfte, die nach Schedule D zu beſteuern ſind, XII. Von jeder Perſon, die zu irgend welchen jährlichen Erträgen berechtigt iſt, welche nicht unter eine der vorhergehenden Regeln fallen, und nicht noch durch eine der andern Schedules beſteuert ſind, ſondern nach Schedule D beſteuert werden ſollen.

Der volle Betrag hievon, der jährlich oder zuſolge einer Durchſchnittsberechnung, welche von den Kommiſſären nach Angabe der Natur ſolcher Erträge angeordnet werden, vereinſamt wird, und der Grund, wornach der Betrag berechnet wurde, ſowie der von der Partei nach beſtem Wiſſen und Gewiſſen berechnete Durchſchnitt.

Declarationen hinsichtlich der Steuern nach Schedule D, XIII. Declarationen, die bezüglich der Steuern abgegeben werden ſollen, welche nach Schedule D aufzulegen ſind.

Erſtens: Eine Declaration des (auf der Firma) voranſtehenden wirklichen



Theilhabers oder des Agenten, wenn keiner der Theilhaber in Großbritannien wohnt, über die Namen der verschiedenen Theilnehmer, deren Wohnort und den Ort, an welchem sie den Handel oder das Geschäft treiben oder das Fach ausüben, und die Angabe oder Bezeichnung ihrer Firma.

Zweitens: Eine Declaration von jedem Theilhaber, welcher nicht der voranstehende wirkliche Theilhaber ist, daß derselbe unter der Firma besteuert sei, wobei diese zu beschreiben und der Ort zu bezeichnen ist, an welchem der Bericht vom voranstehenden Theilnehmer verfaßt wurde.

Drittens: Eine Declaration, welche von jedem Theilnehmer abgegeben werden kann, der wünscht und berechtigt ist, gesondert besteuert zu werden, unter Angabe der Firma und seines Antheils an dem Ertrage.

XIV. Angabe der Erträgnisse von Aemtern, welche nicht von Commissären, die speciell in dem Departement angestellt sind, in welchem das Amt bekleidet wird, zu besteuern sind. Angabe der Erträgnisse, die nicht da zu versteuern sind, wo der Pensionist angestellt ist.

Der Betrag des Gehaltes, der Besoldung, Gebühren, Nebeneinkünfte und Erträgnisse des Amtes in dem vorhergehenden Jahre, oder nach einem dreijährigen Durchschnitt, je nachdem es der Fall erfordert.

Gleiche Uebersicht soll den Commissären, die in dem Departement angestellt sind, übersendet werden, wenn es verlangt wird.

XV. Allgemeine Declaration, von einer jeden Person, welche eine Uebersicht der Erträgnisse unter Schedule A, B, D oder E vorlegt, General-Declaration.

Zu erklären: daß sie wahr und vollständig angegeben sei nach allen Gattungen von Vermögen oder Erträgnissen, welche in dem Gesetze bezüglich der besagten Steuern aufgeführt sind und der Partei gehören, sowie daß diese nach bestem Wissen und Gewissen nach den Directiven und Regeln dieses Gesetzes geschätzt seien.

XVI. Liste und Declaration, um den Vollzug des Gesetzes bezüglich der Steuern zu erleichtern, welche Andern aufzulegen sind. Liste und Declaration bezüglich der Andern aufzulegenden Steuern.

Erstens: Eine Liste, welche den Namen eines jeden Inwohners oder Miethsmannes in jedem Wohnhause, und den gewöhnlichen Aufenthaltsort eines solchen Bewohners oder Miethsmanns enthält, wenn derselbe seinen gewöhnlichen Aufenthalt an einem andern Orte hat und dort besteuert zu werden wünscht.

Zweitens: Eine Liste aller Personen, welche in dem Dienste eines Herrn oder einer Frau stehen oder von ihnen beschäftigt werden, sie mögen in seinem oder ihrem Hause wohnen oder nicht, unter Angabe des Wohnortes derer, die nicht bei dem Herrn oder der Frau wohnen.

Drittens: Es soll von jedem Pfleger, Factor, Agenten, Kassaführer, Vormunde, Kurator oder Vertreter, eine Liste abgeliefert werden, worin der Name und Aufenthaltsort der Person, für welche sie in einer solchen Eigenschaft handeln, anzugeben, und solche Person sowie die Namen derer, die die Verwaltung gemeinschaftlich führen, zu bezeichnen sind.

Viertens: Eine Erklärung, wer mit der Steuer in Bezug auf eine solche Verwaltung zu belasten sei.

Fünftens: Eine Liste, welche enthalten muß: die geeignete Beschreibung jeder Corporation, Gesellschaft, Bruderschaft, Genossenschaft, jedes Vereines oder jedes zur Verwaltung anvertrauten Wirtes, wofür irgend eine Person als Schatzmeister, Rechnungsführer oder Einnehmer verantwortlich und irgend eine vorbeschriebene Person zu den Steuern, die von dem Vermögen oder den Erträgnissen Anderer zu erheben sind, verpflichtet ist. Solche besagte Listen sollen sammt den erforderlichen Uebersichten solcher Erträgnisse abgeliefert werden.

Stören. Erklärungen XVII. Listen, Erklärungen und Uebersichten zur Entlastung oder zur Erlangung von Steuerfreiheit.

Eine Erklärung über den Verlauf des angegebenen Werthes, Besitzthums oder Erträgnisses, oder den, wofür der Reklamant besteuert worden oder zu besteuern ist.

Zweitens: Eine Erklärung über den Betrag der Zinse, Interessen, Annuitäten oder anderer jährlicher Zahlungen, für welche die Partei verpflichtet ist die Steuer anzuerkennen und sich abziehen zu lassen, nebst den Namen der verschiedenen Personen, von welchen solche Zahlungen zu leisten sind, und unter Auscheidung des Belausfs einer jeden Zahlung.

Drittens: Eine Erklärung über den Verlauf der Interessen, Annuitäten oder anderer jährlicher Zahlungen, welche aus dem, von dem Reklamanten versteuerten Besitzthum oder Erträgnisse zu leisten sind, wobei jede Quelle besonders auszuweisen ist.

Viertens: Eine Uebersicht über den Betrag des Einkommens, welches auf die, in den drei vorhergehenden Erklärungen bezeichnete Weise entsteht.

Fünftens: Eine Uebersicht über alle Zahlungen, welche der Reklamant zu leisten verpflichtet und bezüglich welcher er berechtigt seyn mag, irgend einen Theil der auf ihn gelegten Steuern abzuziehen und zurückzubehalten, sowie über alle Anrechnungen, welche er irgend einer Person für einen solchen Theil der Steuer zu machen berechtigt seyn sollte.

Wie viel Kommis-  
säre erforderlich sein,  
um irgend eine der  
durch dieses Gesetz  
verliehenen Befug-  
nisse auszuüben.

CXCI. Und es sei festgesetzt, daß, wo immer durch dieses Gesetz eine Anstellung vorzunehmen festgesetzt oder gestattet, oder wo irgend eine Handlung, ein Gegenstand gemacht, gethan und vorgenommen werden kann; und wo immer ein Befehl, eine Einwilligung, Autorisation oder Anweisung der besagten jeweiligen Kommissäre Ihrer Majestät in diesem Gesetze vorgeschrieben oder gefordert wird, kann jeder solche Befehl, jede solche Einwilligung, Autorisation oder Anweisung entweder unter der Hand von je dreien oder mehreren der besagten Kommissäre, oder unter der Hand eines ihrer Sekretäre oder Hülfss-Sekretäre kund gethan werden. Und wo immer gefordert oder vorgeschrieben wird, eine der in diesem Gesetze gegebenen Vollmachten und Autorisationen in Vollzug zu setzen, oder wo für irgend eine Steuerliste, einen Befehl, eine Anweisung, Vorschrift, Anzeige, ein Certificat, einen Abfindungscontract, oder irgend ein anderes, in diesem oder in irgend einem darin angegebenen Gesetze angeführtes Dokument festgesetzt oder befohlen ist, daß sie von den General-, oder den Special-, oder den Hülfss-Kommissären, oder von den Stempel- und Steuer-Kommissären, oder

von irgend einem andern, in der Vollziehung dieses Gesetzes handelnden Kommissär ausgemacht, unterzeichnet oder ausgegeben werden, sollen und können alle solche Vollmachten und Autorisationen von je zwei oder mehreren der besagten Kommissäre gesetzmäßig vollzogen, und alle solche Steuerlisten, Bescheide, Anweisungen, Vorschriften, Anzeigen, Certificate, Contrakte und anderen Dokumente gesetzmäßiger Weise von ihnen ausgemacht, unterzeichnet und ausgegeben werden. Vorausgesetzt wird, daß, wo bezüglich irgend einer Handlung, Sache oder irgend eines Gegenstandes festgesetzt ist oder Ermächtigung vorliegt, daß sie von oder vor einem solchen Kommissäre gethan oder verrichtet werde, — solche Handlung, Sache, oder solcher Gegenstand gesetzmäßiger Weise von oder vor solch einem Kommissäre gethan oder verrichtet werden darf, ungeachtet alles dessen, was Widersprechendes hierin enthalten seyn mag.

CXCII. Und es sei festgesetzt, daß wo immer in diesem Gesetze hinsichtlich einer Person, Materie oder Sache, ein Wort gebraucht ist oder Worte gebraucht sind, welche bloß die Einheitszahl oder das männliche Geschlecht ausdrücken, ein solches Wort oder solche Worte so zu verstehen seyn sollen, daß damit sowohl eine als mehrere, sowohl weibliche als männliche Personen, sowohl öffentliche Körperschaften oder Corporationen, als auch (einzelne) Individuen, sowohl verschiedene Materien oder Dinge, als auch eine Materie oder ein Ding bezeichnet werde, — wenn nicht anders auf besondere Weise vorgesehen ist, oder Etwas in dem Gegenstande oder in dem Zusammenhang liegt, was einer solchen Auslegung entgegensteht; und daß wo immer die folgenden Worte und Ausdrücke in diesem Gesetze vorkommen, dieselben in nachbemerkter Weise ausgelegt werden sollen: nämlich, daß der Ausdruck „Ihre Majestät“ so ausgelegt werden soll, daß darunter Ihre Majestät, Deren Erben und Nachfolger gemeint und begriffen sind; daß der Ausdruck „Schatzkammer-Kommissäre Ihrer Majestät“ so viel bedeute als: die Kommissäre der Schatzkammer des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, oder je drei oder mehrere derselben, oder den jeweiligen Lord Oberst-Schatzmeister des besagten vereinigten Königreichs. Unter dem Ausdruck: „eidliche Erklärung“ und dem Worte „Eid“ soll zugleich auch die Versicherung der Quäker oder anderer Personen, welche durch das Gesetz berechtigt sind, eine Versicherung statt einer eidlichen Erklärung oder eines Eides abzulegen, gemeint und begriffen, und unter dem Ausdruck „England“ England, Wales und Berwik-upon-Tweed gemeint und begriffen seyn.

CXCIII. Und es sei festgesetzt, daß dieses Gesetz mit und nach dem fünften April eintausend achthundert und zweiundvierzig seinen Anfang nehmen, in Wirksamkeit treten und sammt den darin enthaltenen Steuern bis zum sechsten April eintausend achthundert und fünfundvierzig fortbestehen soll, und nicht länger. Vorausgesetzt bleibt immer, daß dieses Gesetz und die besagten Steuern auch dann nicht aufhören sollen bezüglich solcher Besteuerungen, welche vor dem letzt erwähnten Tage hätten vorgenommen werden sollen, aber nicht vorgenommen und zu Ende gebracht wurden, noch in Bezug auf irgend eine der besagten Steuern, welche angerechnet wurde, aber bis dahin unbezahlt geblieben ist, noch in Bezug auf irgend eine vorher verfallene Buße. Auch sollen die besagten Steuern in solchen Distrikten nicht aufhören, wo die Besteuerungen für das vorhergehende Jahr vor dem besagten sechsten Tage nicht zu Ende gebracht worden sind, sondern es sollen alle Vollmachten und Bestimmungen dieses Gesetzes bezüglich

*Auslegung der in diesem Gesetze gebrachten Ausdrücke.*

*Auslegung und Dauer des Gesetzes.*

der Vornahme und Vollendung aller solcher vorerwähnten Schenkungen, und bezüglich der Eintreibung der so angerechneten oder so anzurechnenden Steuern, sowie aller Rückstände an solchen Steuern, und auch bezüglich der Wiederansetzung derselben auf die hierin bestimmte Weise in Ermangelung der Bezahlung, und bezüglich Einforderung, Zuerkennung und Eintreibung aller Geldstrafen, welche man sich zugezogen hat oder zuziehen kann, in Kraft bleiben.

Das Gesetz kann  
in dieser Sitzung mo-  
dificirt werden.

CXCIV. Und es sei festgesetzt, daß dieses Gesetz durch ein, in der gegenwärtigen Parlaments-Sitzung zu erlassendes Gesetz modificirt oder abgeschafft werden kann.

---

ANNO UNDECIMO

# VICTORIAE REGINAE.

## Capitel VIII.

### Gesetz

über Verlängerung der Steuer auf den Ertrag des Vermögens, der künstlerischen und wissenschaftlichen Berufsgeschäfte, Ämter, Gewerbe und Handelsschaften, für weitere drei Jahre.

(13. April 1848.)

### Allergnädigste Herrscherin!

Nachdem durch ein, in dem fünften und sechsten Jahre der Regierung Euer Majestät gegebenes Gesetz, betitelt:

„Gesetz, wodurch Ihrer Majestät bis zum 6. April 1845 die Erhebung einer 3 u. 6 Viet. c. 33.  
„Steuern auf den Ertrag des Vermögens, der künstlerischen und wissenschaftlichen  
„Berufsgeschäfte, Ämter, Handelsschaften und Gewerbe bewilligt wird“,  
gewisse Abgaben und Steuern auf Vermögen, künstlerische und wissenschaftliche Fächer,  
Ämter, Handel und Gewerbe Euer Majestät für einen darin bestimmten und jetzt be-  
endeten Zeitraum bewilligt wurden, und nachdem durch ein Gesetz, welches in dem  
achten Jahre der Regierung Euer Majestät gegeben wurde, die besagten Abgaben und  
Steuern für eine weiter bestimmte, mit dem fünften April eintausend achthundert und  
achtundvierzig endende Periode verlängert wurden: haben Wir, die gehorsamen und  
getreuen Untertanen Euer Majestät, die im Parlamente versammelten Gemeinen der  
vereinigten Königreiche von Großbritannien und Irland behufs Erhebung der, zur  
Befriedigung der Staatsausgaben Euer Majestät nothwendigen Beiträge, frei und frei-  
willig beschloffen, die besagten Abgaben und Steuern zu verlängern, und dieselben  
Euer Majestät für die hierin nachher bestimmte Zeit zu bewilligen; und wir bitten  
Euer Majestät ehrerbietigst, daß durch und mit dem Beirathe und der Zustimmung  
der geistlichen und weltlichen Lords und der in dem gegenwärtigen Parlamente ver-  
sammelten Gemeinen, und mit der Autorität desselben, von Euer erhabenen Majestät  
festgesetzt werde, daß die verschiedenen, durch das erst erwähnte Gesetz bewilligten Steuern  
und Abgaben hienach fortbestehen und für und zum Nutzen Ihrer Majestät, Deren  
Erben und Nachfolger, von und nach dem fünften April eintausend achthundert und

Die durch das er-  
wähnte Gesetz bewil-  
ligten Abgaben und  
Steuern sollen noch  
drei Jahren fortset-  
zen werden.

achtundvierzig für die drei nächstfolgenden Jahre aufgelegt, eingebracht, erhoben, eingefordert und bezahlt werden sollen, und so lange bis die Besteuerungen, welche für das letzte Jahr des besagten Zeitraums oder für irgend ein vorhergehendes Jahr vorgenommen werden sollen, vollendet, eingefordert, erhoben und bezahlt sind.

Die verschiedenen  
Gesetze sollen in Gültig-  
keit bleiben.

II. Und es sei festgesetzt, daß das erwähnte Gesetz sowie jedes und alle andern Gesetze, die am oder unmittelbar vor dem fünften April eintausend achthundert achtundvierzig hinsichtlich der durch das erwähnte Gesetz bewilligten Steuern in Kraft gewesen, und zwar jedes besonders, in voller Kraft und Gültigkeit in Bezug auf die hienach, wie früher erwähnt, bewilligten und fortbestehenden Steuern bleiben und bestehen sollen. Und alle Vollmachten, Befugnisse, Regeln, Regulative, Directiven, Strafen, Bußen, Klauseln, Gegenstände und Dinge, die in den oder in einem der besagten Gesetze enthalten, und, wie gesagt, in Gültigkeit sind, sollen — insofern dieselben mit den ausdrücklichen Bestimmungen dieses Gesetzes übereinstimmen und nicht durch dieselben derogirt sind, — was die Ansetzung, Erhebung, Eintreibung, Bezahlung, Abziehung und Berechnung der besagten Steuern und aller Rückstände derselben, wie auch die Wiederansetzung derselben in Ermangelung der Bezahlung, und die Einforderung, Zuerkennung und Eintreibung der Strafen, welche man sich in Bezug auf die besagten Steuern zugezogen hat oder zuziehen mag, anlangt, sammt und sonder in Betreff der hier gedachten, fortbewilligten und fortbestehenden Steuern, sowohl während der hier bestimmten Periode wie beziehungsweise nach dem Verlaufe derselben, richtig beobachtet, ausgeübt, angewendet und in Vollzug gesetzt werden, so vollständig und wirksam in jeder Hinsicht und Rücksicht, als ob dieselben Vollmachten, Befugnisse, Regeln, Regulative, Directiven, Strafen, Bußen, Klauseln, Gegenstände und Dinge in dem Texte dieses Gesetzes in Bezug auf die hienach fortbewilligten Steuern besonders wiederholt und neuerdings festgesetzt wären.

Die Besteuerung  
nach Schedula A und  
B für das Jahr 1843  
sollen für drei Jahre  
in Kraft bleiben.

III. Und da nach den besagten und angeführten Gesetzen und kraft derselben die Steueranlagen, welche nach den respectiven Schedula A und B des besagten und vorerwähnten Gesetzes für das, mit und nach dem fünften April eintausend achthundert fünf und vierzig anfangende Jahr gemacht wurden, für die drei folgenden Jahre in Kraft blieben, und da es zweckdienlich ist, daß die Steueranlagen, welche kraft dieses Gesetzes nach denselben Schedula vorzunehmen sind, auch auf gleiche Weise für die hierin nachher erwähnte Zeit in Kraft bleiben: so sei festgesetzt, daß die, für das mit und nach dem fünften April eintausend achthundert achtundvierzig anfangende Jahr gemachten Schätzungen der verschiedenen Steuern, welche kraft dieses Gesetzes nach den besagten Schedula A und B anzurechnen sind, die drei folgenden Jahre unter denselben Regeln, Regulativen und Bedingungen in Kraft seyn und bleiben sollen, die in dem besagten zuerst angezogenen Gesetze hinsichtlich der Schätzungen, welche nach denselben Schedula für die, in diesem Gesetze erwähnte Periode von drei Jahren vorgenommen wurden, specificirt sind. Vorausgesetzt bleibt immer, daß die respectiven Commissäre, welche besagte Gesetze zu vollziehen haben, neue Duplicate der besagten Steuerlisten für das zweite und resp. dritte Jahr der besagten Periode, für welche die besagten Steuern nach diesem Gesetze fortbestehen, ausfertigen und solche Duplicate mit, unter ihrer Hand und ihrem Siegel gefertigten Weisungen den Einnehmern, welche bestimmt sind, die besagten Steuern für das zweite und dritte

Jahr einzusammeln und zu erheben, zu stellen lassen sollen, wenn gleich das besagte, zuerst angeführte Gesetz irgend etwas Gegentheiliges enthalten sollte.

IV. Und da Abfindungskontrakte für die, nach Schedule D des besagten, zuerst angeführten Gesetzes anzurechnenden Steuern geschlossen worden sind zu Folge der Vollmachten, die durch das besagte, angeführte Gesetz zu diesem Behufe für die, mit dem fünften April eintausend achthundert achtundvierzig endende Periode verliehen wurden, und da es zweckmäßig ist, die Vollmachten der Kommissäre zu erneuern und zu verlängern, um neue Abfindungskontrakte für die durch dieses Gesetz bestimmte Zeit zu schließen: so sei festgesetzt, daß es den, in den zuerst angeführten Gesetzen erwähnten Special-Kommissären verstatte seyn soll, kraft dieses Gesetzes über die nach der besagten lezterwähnten Schedul anzurechnenden Steuern mit jeder Person, welche für dieselben auf die, mit dem fünften April eintausend achthundert und achtundvierzig anfangende Periode von drei Jahren ein Abfinden zu treffen wünscht, ein Uebereinkommen zu treffen und abzuschließen unter Beobachtung der Regeln, Regulative und Bedingungen, die in dem besagten, zuerst erwähnten Gesetze bezüglich der Vergleiche über die, nach derselben Schedul anzulegenden Steuern, und deren für den in gedachtem Gesetze bestimmten Termin autorisirte Abschließung specificirt sind.

V. Und es sei festgesetzt, daß dieses Gesetz durch irgend ein, in der gegenwärtigen Parlaments-Sitzung zu gebendes Gesetz modificirt oder abgeschafft werden kann.

Die Vollmacht für die, unter Schedule D enthaltenen Steuern eine Abfindung zu treffen, wird verlängert.

Das Gesetz kann modificirt werden.





## Systematische Uebersicht

der

älteren, unter Pitt in England eingeführten Einkommensteuer

mit deren

wesentlichsten späteren Modificationen.

Die Grundsätze für die Erhebung der Einkommensteuer haben in Großbritannien gewechselt, und man ist von den Principien des ersten Planes Pitt's (1798) späterhin zum Theil abgewichen. Dieser Plan ging dahin:

- 1) Kein Einkommen unter 60 l. im Jahre zu besteuern.
- 2) Von 60 l. Einkommen  $\frac{1}{2}$  Procent zu nehmen, und mit der Steuer von 5 zu 5 l. verhältnismäßig zu steigen, so daß z. B. 100 l.  $2\frac{1}{2}$  Procent, 150 l. 5 Procent geben. Von jedem Einkommen über 200 l. wurden, ohne weitere Steigerung, 5 Procent entrichtet.

Der zweite Plan wurde im Jahre 1803 entworfen, im Jahre 1806 aber nochmals in wichtigen Punkten modificirt. Danach ist

- 1) alles Einkommen unter 50 l. frei, das von Kapitalien allein ausgenommen.
- 2) Die Steigerung weicht bedeutend von der älteren Fassung ab; es darf nämlich von jedem l., welches an 150 l. jährlichen Einkommens fehlt, 1 s. der Steuer abgezogen werden.
- 3) Jedes Einkommen über 150 l., woher es auch entspringt, wird mit 10 Procent besteuert.

Die nähere Darstellung zerfällt in zwei Haupttheile:

- A. Von der Ernennung und der Gewalt der Commissäre und der andern hieher gehörigen Officialen;
- B. Von den Grundsätzen zur Ausmittlung des Einkommens, den Befreiungen, Strafen etc.

### Zu A.

Sogleich nach der Publication des britischen Einkommensteuer-Reglements mußten die Commissäre für die Erhebung der Grundsteuer an dem Orte der gewöhnlichen General-Versammlungen oder Quartal-Sessionen zusammenkommen, und binnen einer bestimmten Frist, für jede Grafschaft, Stadt oder andere Abtheilung, wo

Ernennung und Gewalt der Commissäre.

möglich in Uebereinstimmung mit den Distrikten für die Grundsteuer, Kommissäre für die Erhebung der Einkommensteuer erwählen. Diese Kommissäre müssen ansäßig seyn und ein bedeutendes, indeß nach den verschiedenen Gegenden des Reichs verschiedenes, Vermögen besitzen: für London und die umliegende Gegend ist ein Kapital von 5000 L., oder ein Einkommen von 200 L., erforderlich. In jedem Distrikte sollen nicht unter drei und nicht über sieben Kommissäre seyn; nur bei größeren Städten wird von der letzten Bestimmung eine Ausnahme gemacht: so sind z. B. in London 10 Kommissäre. Es wählen

der Major und die Aldermen von London . . . . .	2
die Direktoren der Bank . . . . .	2
die Direktoren der ostindischen Gesellschaft . . . . .	1
die Direktoren der Südsee-Kompagnie . . . . .	1
der Gouverneur und die Direktoren der großen königlichen Versicherungsgesellschaft (royal exchange insurance-company) . . . . .	1
der Gouverneur und die Direktoren der Londoner Versicherungs-Gesellschaft (London insurance-company) . . . . .	1
die westindische Dock-Kompagnie . . . . .	1
die Londoner Dock-Kompagnie . . . . .	1

Zusammen 10

Die Kommissäre stehen ihrem Amte, in der Regel, ein Jahr vor; ist aber am Schlusse des Jahres die Erhebung noch nicht vollendet, und sind sie bereit, das Geschäft fortzusetzen, so kann eine zweite Wahl unterbleiben.

Stellvertreter der Kommissäre.

In der Regel werden gleich Anfangs so viele Stellvertreter als Kommissäre gewählt, um bei etwaigem Abgange der letztern einzurücken. In einem solchen Falle wird durch neue Wahl die Anzahl der Stellvertreter ergänzt; bei dringenden Fällen können sie selbst aus benachbarten Distrikten genommen werden, da die Qualifikation mehr entscheidet, als der Wohnort. Wenn bei der General-Zusammenkunft die Wahlen nicht in der gehörigen Frist erfolgt sind, so geschieht das Nöthige in den Distrikts-Versammlungen von den Kommissären für die Grundsteuer. Nur wo die Zahl der an den letztern Theil nehmenden Personen zu gering ist, müssen General-Versammlungen gehalten werden. Haben die Kommissäre für die Einkommensteuer sich nicht durch eigene Wahl für das nächste Jahr ersetzt, haben auch die Grundsteuer-Kommissäre von ihrem Rechte, dann einzurücken, keinen Gebrauch gemacht, oder weigern sich die Erwählten, das Amt zu übernehmen: so erfolgt auf die Anzeige der Scherifs der Grafschaft, oder der ersten Magistratsperson der Stadt, die Ernennung von der höchsten Finanzbehörde. In der Regel ist das platte Land in Abicht der Administration dieser Steuer nicht von den Städten geschieden; nur für wenige der letztern finden sich getrennte Erhebungsbörden. Ist aber in einer solchen Stadt nicht die hinreichende Zahl qualifizirter Personen zu finden, so können diese vom platten Lande genommen werden. Sind die Geschäfte den Kommissären eines Distrikts zu weitläufig, so dürfen sie durch Mehrheit der Stimmen Hülfskommissäre ernennen, welche nur halb so viel Vermögen nachzuweisen brauchen, als die Kommissäre selbst. Sie erwählen ferner Steuerbeamte oder Beisitzer, Einnehmer, und für jeden Distrikt einen oder zwei Sekretäre; sie theilen,

Hülfskommissäre u. f. w.

wenn es nöthig ist, sich und die Hülfskommissäre in Comiteen für gewisse Abtheilungen der Distrikte; diese halten dann, mit Zuziehung eines Sekretärs, besondere Versammlungen. In jedem Comité dürfen nicht unter drei und nicht über sieben Kommissäre sitzen. Die Kommissäre der nächsten Distrikte sind befugt, mitzuwirken, wenn die erforderliche Anzahl nicht herbeigeschafft werden kann. Die Bereidigung aller dieser Offizianten versteht sich von selbst. Dem Ober-Einnehmer der Grafschaftskasse ist es verstatet, für bedeutende Städte deputirte Rassen einzurichten.

Der Rentant der lehtern erhält in diesem Falle vom l. . . . . 1 ½ d.

Der Collecteur oder Einnehmer . . . . . 3 —

Der Schreiber vom l., welches aus seinem Distrikte eingeht . . . . 1 ½ —

Die Ober-Einnehmer und Aufseher werden vom Staate besoldet; die Kommissäre und Assessoren verrichten ihre Geschäfte, der Ehre halber, ohne Vergütung. Nur für die Anfertigung des ersten schwierigen Katasters erhielten die lehtern 2 d. vom Pfunde.

Rechnet man also, daß jene Quoten der . . . . . 6 d. oder 2 ½ Procent, durch die erwähnten Befolgungen mit ½ Procent erhöht werden, so betragen die ganzen Hebungskosten 3 Procent. Das lehte ½ Procent genügt aber vollkommen, weil erstens die 1 ½ d. für den Rentanten der zweiten Kasse nur als Ausnahme eintreten, und die größten Befolgungen für jene Offizianten, bei der geringen Zahl derselben und der starken Einnahme der Grafschaftskassen, darauf fundirt werden können.

## B. Der zweite Abschnitt

über die Ausmittlung des Einkommens, die Abgabe selbst u., zerfällt in folgende Abtheilungen:

- 1) Von der Besteuerung der Grundeigentümer, der Grundrente.
- 2) Von der Besteuerung der Pächter und Benutzer.
- 3) Von der Besteuerung der Annuitäten und Dividenden aus öffentlichen Fonds.
- 4) Von der Besteuerung des Einkommens, welches durch Eigenthum und Gewerbe entsteht, und nicht unter andern Abtheilungen begriffen ist.
- 5) Von der Besteuerung der Befolgungen, Pensionen, Gnadengelalte u.
- 6) Allgemeine Bestimmungen über Abschreibung, Niedererschlagung, Appellationen u.
- 7) Ueber den Ort, wo die verschiedenen Objecte versteuert und zum Hebe-Register gebracht werden.

### 1) Von der Besteuerung der Grundeigentümer, der Grundrente.

Es werden gezahlt 10 Procent der Einnahmen von allen Grundrücken, Forsten, Bergwerken, Mühlen, Kanälen, Fährten, Brücken, Zehnten; und von allen Einnahmen, die durch Grundvermögen entstehen, in so fern sie nicht unter einer andern Abtheilung begriffen sind. — Ist die Rente, die Pacht u. s. w. wirklich feststehend, so wird diese jedes Mal als der sicherste Maßstab des Einkommens angenommen; fehlt eine solche bestimmte Summe, so wird in der Regel eine siebenjährige Fraction der Berechnung zum Grunde gelegt — wenn anders so viel jährige Durchschnitte überhaupt genommen werden können. Bei Zehnten und Geldzahlungen für Zehnten kommt eine dreijährige

Ermittlung der Grundrente u. Maßstab der Besteuerung.

Fraktion zur Anwendung, wenn nicht durch Vergleich eine Summe feststeht. Die Kommissäre sind jedoch befugt, die Abgabe den Zehngebern unmittelbar aufzulegen und diesen die weitere Auseinandersetzung zu überlassen. Die siebenjährige Fraktion bestimmt die Größe der Einnahmen von unbestimmten herrschaftlichen Grundhebungen; die dreijährige Fraktion die Einnahme von isolirten Frucht-, Gemüse- und Hopfengärten; die fünfjährige Fraktion die Einnahmen von Kohlen-, Blei-, Zinn-, Kupfer- und andern Gruben; das letztvergangene Jahr die Einnahmen von Stein-, Schiefer-, Kalkbrüchen u. s. w., von Fischereien, Kanälen, Marktrechten, Ghausse- und Bräuden-Einnahmen. Sind indeß solche Gruben u. im Sinken, so wird nur auf die Einnahme des letzten Jahres Rücksicht genommen, überhaupt aber eine Herabsetzung vorbehalten. Die Steuer wird jährlich bestimmt, und vom Pächter und Inhaber bezahlt, im Fall der Eigenthümer nicht selbst wirtschaftet; nur wenn fremde Prinzen oder Minister Häuser inne haben, muß der Eigenthümer die Abgabe erlegen. Der Pächter ist berechtigt, die Steuer von der Pacht abzuziehen: den gleichen Abzug müssen sich die hypothekarischen und Pfandgläubiger auf ihren Antheil gefallen lassen. Die Abgabe von Wohnhäusern, deren Miete jährlich nicht 10 l. beträgt, vom Lande, das nicht auf ein ganzes Jahr verpachtet ist, trägt der Eigenthümer, mit Vorbehalt seiner Rechte an den Inhaber. In der Regel wird der Steuerbeitrag für Gesellschaften und Societäten im Ganzen festgesetzt; doch findet eine Trennung statt, wenn Jemand die Größe seines Antheils vollständig nachweist. Für Dienstwohnungen (mit Ausnahme der in königlichen Palästen befindlichen) zahlt der Inhaber. Wo die obigen Bestimmungen zur Ausmittlung der Einnahmen vom Grundvermögen nicht hinreichen, verfahren die Kommissäre nach bestem Wissen und Gewissen. Ruhen ständige Abgaben, Grundrenten, ein Lehn-Kanon, Zehnten, welche jährlich über 20 s. betragen, auf einem Grundstücke, so behält der Eigenthümer die darauf fallende Steuer inne, und berichtigt dieselbe an die Kasse. Ist, anstatt der jährlichen Pacht, ein für allemal ein Kapital gegeben, so wird dieß auf die Pachtjahre vertheilt, der Zins aber als Rente betrachtet und besteuert: ist der Termin der dafür gegebenen Verlängerung unbestimmt, z. B. auf Lebenszeit, so wird der Werth nach politisch-arithmetischen Tafeln, oder der sonstigen Wahrscheinlichkeit, ausgemittelt.

#### Steuersmäßige Abzüge.

Von der zu besteuern den Rente darf abgezogen werden:

- 1) die Grundsteuer, oder der Betrag derselben vor der Ablösung;
- 2) unter öffentlicher Autorität repartirte Abgaben für Trockenlegung und Eindeichung von Grundstücken;
- 3) Zehnten, Lehn-Kanon u. s. w. nach dem Betrage im Jahre vor der Besteuerung.
- 4) Fünft vom Hundert der jährlichen Rente an Baulosen für Häuser, die nicht unter der zweiten Abtheilung besonders erwähnt sind. Für zufällige kleine Reparaturen kann der Inhaber aber nur 2 Procent abziehen.
- 5) Gebühren an den Bischof für die jährliche Visitation und die Synoden, nach siebenjährigem Durchschnitt.
- 6) Kosten der Kirchenbauten nach 21jährigem Durchschnitt, oder sonstiger genauer Ausmittlung.

#### Steuerbefreiungen.

Ausgenommen von der Steuer sind:

- a) die Gebäude, Gärten, Spielplätze u. s. w. der Universitäten, Hospitäler, öffent-

lichen Schulen; in so fern sie von Officianten bewohnt werden, die über 50 l. Einkünfte haben.

- b) Die Einnahmen derselben, so weit sie wirklich zu milden Zwecken verausgabt werden;
- c) außerordentliche Einnahmen neben der Pacht, wenn sie sogleich productiv verwendet werden, und ihr Ertrag anderwärts erscheint und besteuert wird.

Allgemeine Vorschriften über die Abschätzung und Erhebung der Steuer vom Eigenthümer gelten auch für die

Zweite Abtheilung, welche von der Besteuerung der Pächter und Benutzer handelt.

Von allen Grundbesitzungen, Häusern u. d. in der ersten Abtheilung aufgeführt wurden, gibt der Pächter, Miether, Benutzer in England je für 20 s. 1 s. 6 d., in Schottland dagegen 1 s. oder 5 Procent. Der Pachtergewinn vom Zehnten wird dem vierten Theile der reinen Rente gleichgeschätzt. Wohnhäuser, ohne dazu gehörigen Ackerbau oder Zehnten, ingleichen Wohn- und Waarenhäuser, welche allein zu Handel und Gewerbe gebraucht werden, sind frei von der Steuer. Die Abgabe wird auf ein ganzes Jahr festgesetzt, wenn auch die Benutzer wechseln; jeder ist für die Zeit seines Besitzstandes verhaftet.

Die Beisitzer fordern Uebersichten von den Eigenthümern und Nießbrauchern: jede Uebersicht enthält vollständige Nachweisung aller Besitzungen, aller Pachtungen, doch in solchen Unterabtheilungen, wie es die allgemeine Vorschrift erfordert, daß die Steuer da erhoben wird, wo sich das Grundvermögen befindet. Reicht dies in mehrere Kommunen oder Distrikte hinein, so wird es ganz dahin geschlagen, wo der Pächter oder Eigenthümer gewöhnlich wohnt. Einnahmen von Brücken, Schauffeen u. s. w. werden in dem nächsten Orte, wo die Rechnung geführt wird, besteuert.

Besitzungen unter 10 l. jährlicher Einnahme können die Steuerbeamten ohne Uebersicht dafür schätzen; doch findet auf ergangene Protestation nähere Untersuchung statt. Die Rente darf nicht geringer als zur letzten Armensteuer angegeben werden, wenn diese nämlich nach Procenten der Einnahmen bestimmt worden ist. Wo Laren zum Behuf der Armensteuer fehlen, oder die Zweige, woraus das Einkommen entsteht, dort nicht gehörig gesondert waren, da sollen die Kommissäre durch Abschätzungen, Einsicht der Kontrakte, Rechnungen, durch Vergleichung mit den Nachbarn, kurz auf alle nur denkbare Weise, zur Wahrheit zu gelangen suchen. Bei der geringsten Vermuthung, daß die vorgelegten Kontrakte nicht alle Bedingungen, Zahlungen u. s. w. enthalten, oder wo Reservationen statthaben, ist den Beisitzern die genaueste Prüfung zur Pflicht gemacht. Hierbei werden alle Leistungen, welche der Pächter neben der eigentlichen Pachtzahlung übernommen hat, der Rente zugelegt; Natural-Leistungen werden, nach den Preisen zur Zeit der Ablieferung, zu Gelde berechnet. Eine Abschätzung zur Festsetzung der Steuer darf die Rente nicht übersteigen; sie darf aber auch nie unter der wirklich bezogenen Rente bleiben. Jede falsche Angabe zieht die doppelte Steuer und 20 l. Strafe nach sich; vorsätzlicher Betrug wird auf das strengste geahndet. Die Beisitzer fertigen die Hebe-Register, welche jährlich revidirt werden, in der Regel aber für zwei Jahre gelten; ausgenommen, wenn sich zu geringe oder

zu hohe Besteuerung ergeben hat, wenn falsche Abzüge stattgefunden haben, oder ganz neue Glieder eingetreten sind. Mit dem dritten Jahre wird jedes Mal ein neues Hebe-Register ausgearbeitet. Die Kommissäre und die Aufseher erhalten die Steuer-Register zur Prüfung. Diese letztern theilen ihre Ausstellungen schriftlich den erstern mit; das Recht herabzusetzen und zu erhöhen steht jenen zu. Will sich Jemand bei der eingetretenen Erhöhung nicht beruhigen, und ist der Termin zur Anhörung der Appellation noch nicht angefezt, so überreicht er eine, unter Aufsicht der Kommissäre angefertigte, Nachweisung seines Einkommens dem Aufseher. Findet sie dieser genügend, so sendet er sie den Kommissären zurück, um die Heruntersetzung zu bewirken; findet er sie nicht genügend, so bleibt es bei der Erhöhung bis zur förmlichen Appellation. Die Kommissäre entscheiden in diesem Falle, und bei jeder Beschwerde gegen Feststellungen, die von Einzelnen unter ihnen herrühren, in der dazu angefezten Versammlung in letzter Instanz. Es steht ihnen frei, die Ausmittlung des Einkommens durch unparteiische Männer (referees; Schiedsrichter) vornehmen zu lassen. Bringt der Appellant keinen vollständigen Beweis, so schätzen ihn die Kommissäre nach eigener Untersuchung, oder nach den Resultaten jener Ovmänner. Findet sich, daß der Appellant ursprünglich zu gering angefezt war, so trägt er nicht allein die Erhöhung, sondern auch die doppelte Steuer. Endlich, wenn die Kommissäre urtheilen, daß er nicht bona fide zu Werke gegangen sei, trägt er auch die Untersuchungskosten; sind diese dagegen der Meinung, daß er unschuldig ist, so stellt sie der Einnnehmer dem Ober-Einnnehmer, mit Beifügen der Beträge, in Ausgabe. Hat der Aufseher die Erhöhung pflichtwidrig angefezt, so zahlt er der prägravirten Partei 50 l. als Strafe.

Sind die Steuer-Register vollständig berichtigt, so erhält sie der Einnnehmer zur vierteljährlichen Einziehung. Die Execution wegen Rückstände findet statt gegen jegliches Gut, nicht bloß gegen den eigentlich besteuerten Gegenstand; insbesondere selbst bei Ländereien, die nicht benutzt werden, gegen alle andern Objekte: nur für leerstehende Häuser wird die Steuer heruntergesetzt. Den Kommissären müssen, auf Verlangen, die Register der Armensteuer und alle anderen öffentlichen Register vorgelegt werden; den Weigeinden trifft eine Strafe von 5 bis 20 l. Die Kommunen haften, nach Verhältnis der Steuer ihrer einzelnen Glieder, für die Collectoren und für die richtig repartirte Abgabe überhaupt; doch hemmt diese solidarische Verbindlichkeit nicht das executivische Verfahren gegen den eigentlichen Schuldner.

### 3) Von der Besteuerung der Annuitäten und Dividenden aus öffentlichen Fonds.

Steuerfuj.

Von dem Einkommen aus Annuitäten oder Dividenden, die ein Einzelnr oder eine Corporation, oder irgend eine Gesellschaft bezieht, zahlt der Empfänger, oder dessen Stellvertreter, Vormund u. s. w., 10 Procent. — Der Staat hält sich an den Vormund, den Stellvertreter, wenn der Eigenthümer nicht in Verhänden ist; die Corporationen sind verpflichtet, ihren Vorsehern wegen der daher rührenden Abzüge keine Schwierigkeiten zu machen.

Steuerexemptionen.

Ausgenommen von der Steuer sind:

- 1) das Einkommen der Gesellschaften von hilfbedürftigen Personen zu gegenseitiger Unterhütung;

- 2) milde Stiftungen;
- 3) Capitale und Dividenden zur Abtragung der Nationalschuld;
- 4) Einnahmen (stocks and dividends), die in den Büchern der Bank für Rechnung der Schatzkammer stehen;
- 5) Annuitäten und Dividenden, welche Fremden gehören, die weder in Britannien, noch britische Unterthanen sind;
- 6) hieher gehörige Einnahmen, welche dem Könige selbst oder fremden Ministern gehören.

Geht solches Einkommen an einen nicht zur Crection Berechtigten über, so muß darüber Anzeige gemacht werden, und die Steuer tritt ein.

Jeder Einzelne und alle Gesellschaften, welche Annuitäten und Dividenden zahlen, geben den Kommissären hierüber eine genaue Nachweisung; die Steuer wird dann abgezogen und zur Haupt-Casse berechnet, den Empfängern aber nur der Ueberschuß gezahlt, welche indess doch über die volle Summe quittiren müssen. Betragen Annuitäten und Dividenden halbjährlich nicht 20 s., so werden sie nicht hier, sondern unter der vierten Abtheilung, als ein Einkommen von ungewisser Grösse und Werth ausgemittelt, nachgewiesen und besteuert.

Jeder Einzelne und jede Corporation, welche solche Einkünfte bezieht, sie mag besteuert werden oder ein Recht auf Befreiung haben, muß zur bestimmten Zeit den Kommissären eine Nachweisung einreichen, worin die Grösse der Steuer, die Zahlungsart, der Empfänger u. s. w. genau bestimmt sind. Scheint die Eingabe den Kommissären ungenügend, so erforchen sie oder die Hilfs-Kommissäre die Wahrheit; sie bestimmen die Steuer, und gegen die Festsetzung Einzelner ist bloß die Appellation an die Versammlung der Kommissäre zulässig. Wer es versäumt, Uebersichten einzusenden, wird auf gleiche Weise, unter Verhüttung der Appellation, abgeschätzt. Die Uebersichten werden gesammelt und dann von den Kommissären der obren Behörde übersendet. Hat Jemand, ungeachtet eines Prozeßes oder anderer Ungewißheit über die Berechtigung zu einer Einnahme, für voll bezahlt, so kann er nachher, wenn das Einkommen einem Andern zugesprochen ward, Rückzahlung verlangen.

- 4) Von der Besteuerung des Einkommens, welches durch Eigenthum und Gewerbe entsteht, und nicht unter andern Abtheilungen begriffen ist.

Das Einkommen von Eigenthum, Handel, Gewerbe, Beschäftigungen, Berufs-  
Gewerkschaften und  
 Art der Besteuerung.  
 zweigen, welches nicht unter andern Abtheilungen begriffen ist, wird nach den Vorschriften dieses Abschnitts ausgemittelt und mit 10 Procent besteuert. Die Abgabe wird erhoben, wenn der Empfänger in Großbritannien wohnt oder britischer Unterthan ist, der Handel, das Eigenthum mag in Britannien seyn, oder nicht; sie wird erhoben, wenn der Handel, das Gewerbe u. s. w. in Britannien ist, der Empfänger mag sich aufhalten, wo er will.

Der Gewinn vom Handel und von Manufacturen wird nach genauem dreijährigen Durchschnitt besteuert, geschlossen mit dem letzten Tage des völlig abgelaufenen Jahres. Alle Societäten werden, wenn anders die Theilnehmer ihre Antheile nicht genau nachweisen, ungetrennt abgeschätzt.

Von dem Einkommen dürfen abgezogen werden:

Widrig.

- 1) Die Ausgabe zum Ersatz des stehenden Kapitals und der Utensilien nach dreijährigem Durchschnitt; desgleichen Kosten zur Erhaltung der Handels-Societät selbst und der Handlungsgebiener. Auf außerordentliche Ausgaben in einzelnen Jahren wird keine Rücksicht genommen.
- 2) Die Zinsen an Fremde, welche nicht in Britannien oder brittischen Besizungen wohnen.

Was in die Schätzung eingerechnet werden muß.

Es werden nicht abgezogen:

- a) die jährlichen Interessen von angeliehenen Kapitalien, Annuitäten, oder andere ähnliche Ausgaben, die aus dem unter diesem Titel begriffenen Einkommen zu bestreiten sind;
- b) nichts für eingetretenen außerordentlichen Verlust, oder weil ein Kapital aus dem Handel gezogen worden ist;
- c) nichts für ausstehende Reste, es müßte denn vollständig bewiesen werden, daß sie nie beizutreiben sind;
- d) nichts für ein Kapital, welches erst zur Erweiterung und Verbesserung des Gewerbes verwendet worden ist;
- e) nichts für das Wohnhaus, wenn es nicht unmittelbar zum Gewerbe gebraucht wird;
- f) nichts für Privat-Ausgaben zur Nahrung, Kleidung u. s. w.

Land, welches man zum Behuf der Gewerbe kauft, wird besonders geschätzt und besteuert.

Das Einkommen von Gewerken und Professionen wird nach dem letztverflossenen Jahre bestimmt. Wenn das Geschäft auch nicht ein ganzes Jahr gedauert hat, so kommen doch alle davon herrührenden Einnahmen in Anschlag. Mehrere Gewerbe, welche Jemand an einem Orte betreibt, sollen gemeinsam besteuert werden; fanden mehrere Ansätze (assessments) an verschiedenen Orten statt, so ist es erlaubt, den Verlust bei einem Gewerbe von dem Gewinne beim zweiten abzuziehen.

Nach einjähriger voller Hebung wird ferner besteuert:

- a) Einkommen von unbestimmter Größe, dessen nicht in der ersten Abtheilung erwähnt ist.

Dahin gehören Einnahmen vom Discout, Zinshebungen für geringe Zeiträume, Didäten — Einnahmen der Vieh- und Milchhändler, wo es klar ist, daß die bloße Besteuerung nach dem Grundvermögen der Größe des Gewerbes nicht angemessen wäre. Ueber das Ansehen der Einnahmen von Bergwerken u. s. w., deren Ausbeute geringer wird, ist schon oben geredet worden.

- b) Einkommen von hypothekarischen Schulden in brittischen Besizungen ausserhalb Britanniens.

Einkommen dieser Art in Geld oder Geldeswerth aus nicht brittischen Besizungen kommt nur nach dreijährigem Durchschnitt zur Berechnung. Leibrenten werden auf den gewöhnlichen Zinsfuß reducirt. Die Commissäre sind verpflichtet, jedes Einkommen, welches, ob es gleich nicht ausdrücklich benannt ist, doch hieher gehört —



wenn die Fractionen unmöglich oder unsicher sind — durch eigene Bemühungen auf jede nur denkbare Weise auszumitteln.

Temporäre Entfernungen aus dem Lande werden nicht berücksichtigt, temporäre Anwesenheit bis sechs Monat nicht besteuert; wenn aber nachher Ansiedelung erfolgt, so kommen jene Monate mit zur Berechnung, in so fern sie in das neue Steuerjahr fallen. Wenn Fremde im Laufe des Steuerjahres ankommen, sich entfernen, wiederkommen und sich ansiedeln, so wird für die Zeit der Entfernung nichts zu Gute gerechnet. Güte Hebungen vom Grundvermögen sind auch Fremde steuerpflichtig. In den Uebersichten müssen alle Arten von Handel und Gewerbe geschieden seyn, damit sich nicht allein ergebe, was zu dieser Aburtheilung gehöre, sondern auch, wo es zu besteuern sei. Der Behörde jedes Ortes, wohin auch nur ein Theil der Steuer fällt, muß eine vollständige Uebersicht, der Kontrolle halber, vorgelegt und zugleich nachgewiesen werden, auf welche Weise die Berechnung angelegt ist. Wenn Personen, die an mehreren Orten wohnen, an dem in Einem Orte betriebenen Gewerbe Theil haben, so wird dieß nur an der letztern Stelle, ohne Rücksicht auf den persönlichen Aufenthalt besteuert. Die Entfernung von dem Orte, wohin Jemand die nach dieser Abtheilung aufgelegten Steuern zu zahlen verbunden ist, hebt die Verbindlichkeit, nach jenem Orte zu zahlen, für das Etatsjahr nicht auf. Alle Vorsteher von Gesellschaften, Vormünder u. s. w. müssen jährlich den Namen und den Wohnort der Theilnehmer, Pupillen u. s. w. anzeigen und jede andere verlangte Auskunft ohne Zögerung ertheilen; sie zahlen, und rechnen es dann der Gesellschaft, dem Pupillen u. ab. Der Gewinn solcher Gesellschaften kommt, ohne Rücksicht auf geschliche Dividenden und Ansprüche anderer öffentlicher Corporationen, aber nach Abzug des Gehalts der Officianten, zur Berechnung. Es ist bei Societäts-Handlungen freigelassen, inbegriffen oder nach einzelnen Theilen zu zahlen; doch muß im letzten Falle der Theilnehmer in Großbritannien wohnen. Alle Dividenden der Bank, Ostindischen Compagnie und Südr-Compagnie, werden in London besteuert und erhoben, vom Berechtigten aber, ungeachtet jener Abzüge, für voll quittirt.

Wer diese Steuer zu entrichten habe.

Von allen Annuitäten, jährlichen Interessen für hypothetische und andere Schulden oder Renten, die in Bezug auf ein Gewerbe statt finden, zieht der Schuldner dem Gläubiger 10 Procent ab, und vermindert unmittelbar die Steuer. Das Recht dieses unmittelbaren Abzuges darf nicht durch Contracte aufgehoben werden, weil dadurch die Sicherheit der Einhebung vermindert würde. Gesellschaftsgewinn von Canälen, Wegen, Werften u. wird ungetrennt an dem Orte besteuert, wo die Rechnung geführt wird.

Verpflichtung d. Gläubiger bei Schuldverschreibungen.

Gegen das Ende des alten Steuerjahres fordern die Steuerbeamten, nach Vorchrift der Commissäre, durch öffentliche Anschläge an den Kirchthüren, Rathhäusern oder andern öffentlichen Gebäuden, zur Einreichung der Uebersichten binnen 21 Tagen, auf. Wer einen solchen Anschlag beschädigt oder abreißt, zahlt 5 bis 20 l. Strafe. Außerdem muß jedem Hauselgenthümer, ja jedem Nichtshömann, eine specielle schriftliche oder gedruckte Aufforderung insinuiert werden. Auf Verzögerung oder Verweigerung der Angaben steht eine Strafe bis 50 l.; wer aber nachweist, daß es ihm unmöglich ist, den Termin einzuhalten, dem wird eine Frist bewilligt. Die Beisitzer übergeben bei der ersten Zusammenkunft die Listen den Commissären, beschwören die generelle und

specielle Bekanntmachung, und daß sie von der Richtigkeit der Angaben, für ihre Personen, überzeugt sind. Die Sekretäre fertigen aus den Listen Steuer-Register für jeden Ort, nach alphabetischer Ordnung. Ueber das Recht der Aufseher zur Abänderung, der Rücksprache mit den Kommissären und den Appellationen an die Versammlung der Letzteren gelten die schon oben angeführten Grundsätze. Die Steuer-Register erhält, ausser dem Einnnehmer und Uebereinnehmer, auch die obere Finanz-Behörde. Eine Ermäßigung der für diese Abtheilung festgesetzten Steuer findet statt, wenn ein vollständiger Beweis geführt wird, daß die Einnahme im Jahre geringer ausgefallen ist, als die Schätzung sie festsetzte; dergleichen, wenn Jemand Bankrott macht oder stirbt und das Gewerbe einlegt.

Gemitteltung des Einkommens bei Kaufleuten u. dergl. durch Schiedsmänner oder Vorlage von Uebersichten.

Wollen Personen, welche Gewerbe und Handel treiben, den Umfang und den inneren Betrieb desselben den Beisitzern und Kommissären nicht vorlegen, so übergeben sie diesen bloß eine Nachweisung, welche den Namen, den Aufenthalt und die Gewerbezweige im Allgemeinen enthält; sie schlagen wenigstens zwei Personen zu Abschätzern vor, denen sie alle Quellen ihrer Einnahme genau vorzulegen bereit sind, und deren Ansprüche sie sich zu unterwerfen verpflichten. Die Kommissäre prüfen in der nächsten Zusammenkunft, ob die Abschäpfer (referees) redliche, sachkundige, durch Verwandtschaft, Geld- oder andere Geschäfte nicht interessirte, Personen sind. Nur durch Mehrheit der Stimmen kann ein solcher Antrag bewilligt werden. Den Kommissären steht es frei, die Abschäpfer wiederholt zu verwenden, ohne dafür irgend einen Grund anzugeben. Sie können auch den Parteien Abschäpfer vorschlagen: nur sollen diese weder dasselbe Gewerbe treiben, noch Officialanten für die Einkommensteuer seyn: der Partei aber steht es frei, auch Kommissäre zu diesem Geschäft zu wählen. Die Abschäpfer sollen innerhalb des kommissariatischen Districts, oder wenigstens nicht 10 englische Meilen weit von der Grenze entfernt wohnen: sie sind verpflichtet, die gesetzten Fristen einzuhalten, welche nie länger als auf sechs Wochen bewilligt werden; sie werden vereidigt, die Ausmittlungen aufs Gewissenhafteste vorzunehmen. Können sich zwei Abschäpfer nicht einigen, so wird ihnen ein dritter zugesellt; und dann ist die Angabe zweier von denselben verbindend. Will sich die Partei bei dem übereinstimmenden Ausspruch zweier Abschäpfer nicht beruhigen, so erfolgt die Besteuerung auf dem gewöhnlichen Wege. Es ist erlaubt, die durch Abschäpfer festgesetzte Steuer unmittelbar zur Bank abzuliefern, ohne daß die Kommissäre den Betrag erfahren; doch muß dann der übereinstimmende Ausspruch dreier Abschäpfer vorhergehen. Können aber diese das Geld nicht beitreiben und abliefern, so muß den Kommissären der Betrag eröffnet und auf die gewöhnliche Art Verfahren werden.

Will Jemand auf die erwähnte Weise die Abgabe zur Bank berichtigen, so ertheilt der Sekretär des Kommissärs dem Abschäpfer einen Schein, wodurch der Kassier der Bank autorisirt wird, das Geld anzunehmen; in diesem Schein ist der Tag und die Nummer der Abschätzung bemerkt, und die sonst vorgeschriebene Form beobachtet. Der Kassier stellt, nach Empfang des Geldes, zwei Certificate aus, unter denselben Buchstaben, Nummern u. s. w.: das eine für den Kommissär, bloß des Inhalts, daß auf die und die Nummer der Abschätzung von dem und dem Tage die gehörige Summe zur Bank abgeliefert sei; der Kommissär trägt bloß in sein Buch ein: laut Hauptschein von dem Tage, der Nr., sei die durch Abschäpfer fest-

gelegte Abgabe richtig zur Bank bezahlt. Das zweite Certificat des Kassiers ist die auf die bestimmte Summe lautende Quittung für den Zahlungspflichtigen. Die Abschäfer erhalten, auf Anweisung der Kommissäre, vom Obergemeinderath Gebühren ausbezahlt, doch nicht über 3 d. vom Pfunde der entrichteten Steuer: ist diese nicht deklariert, dann erhalten sie eine Vergütung nach Gutdünken der Kommissäre, mit Rücksicht auf die persönlichen Eigenschaften der Abschäfer. Wünschen die Zahlungspflichtigen, bei den Special-Kassen zu zahlen, aber nicht bekannt zu werden, so gibt der Kommissär dem Einnahmer bloß eine Liste, welche zu bestimmten Nummern bestimmte Summen der Abgabe nachweist: Der Zahlungspflichtige präsentiert einen Steuerzettel, welcher gleichfalls nur eine Nummer und eine Summe enthält, und berichtigt darauf unerkannt die Abgabe.

5) Von der Besteuerung des Einkommens aus Besoldungen, Pensionen, Gnadengehalten u. s. w.

Von allen öffentlichen Aemtern, Gehalten, Pensionen, Gnadengehalten aus kgl. oder öffentlichen Kassen, also vom Gehalte u. s. w. aller Militär- und Civil-Beamten, aller Geistlichen und Schulbediensteten werden 10 Procent entrichtet, von der Einnahme jedoch abgezogen, was für einen zum Dienst notwendigen Gehilfen, Vicarius, Schreiber u. s. w. gezahlt werden muß. Von der Steuer geht ab: der Betrag öffentlicher, schon auf diese Einnahmen gelegter, Steuern, der Betrag der Stempel- und ähnlicher Abgaben, welche schon vor Empfang des Gehalts u. s. w. decourtiert werden. Die Schätzung lautet auf das ganze Jahr; für Rückstände haften die Erben, für den Rest des Jahres der Nachfolger. In der Regel wird der Betrag der Abgabe von den Kassen bei der Auszahlung gleich inne behalten. Gebühren und Emolumente kommen, je nachdem es räthlicher scheint, entweder nach dem Betrage des letztvergangenen Jahres, oder nach dreijährigem Durchschnitt, zur Berechnung. Es werden jährlich aus jeder Civil- oder Militär-Behörde drei bis sieben Kommissäre zur Festsetzung der Steuer gewählt; sind in einem allzu kleinen Collegium nicht drei dazu taugliche Personen vorhanden, so ernannt sie die oberste Finanz-Behörde. Diese Kommissäre brauchen nicht das sonst erforderliche Vermögen zu besitzen; sie ernennen indessen Verrichter, Einnahmer, und verfahren, wie gewöhnlich. In den Städten übernimmt der Magistrat das Erforderliche in Betreff der nicht aus königlichen, sondern aus andern öffentlichen Kassen fließenden Gehalte. Werden die zur Ernennung gesetzten Fristen nicht eingehalten, so besorgen die Grundsteuer-Kommissäre auch die Hebungen dieser Abtheilung. Wegen der einzeln auf dem platten Lande wohnenden Salariisten u. s. w. liegt ihnen ohnehin dies Geschäft ob. Die Steuer vom ganzen Gehalte wird in der Regel bei der Katastrirung, wo der Sitz der Haupt-Behörde ist, wenn auch Nebenämter und Kommissionen von Jemand besorgt werden.

6) Allgemeine Bestimmungen über Abschreibungen, Niederschlagungen, Appellationen u. s. w.

Die Kommunen sind verpflichtet, die nach der 1sten, 2ten und 3ten Abtheilung (oder Schedul) auf sie gelegten Steuern herbeizuschaffen, und sie müssen Ausfälle tragen, wenn gegen die Angemessenheit der Repartition und die bewilligten Remissionen nichts zu

erinnern ist. Auch die Collegien tragen Ausfälle, die bei der 2ten Abtheilung durch etwabalges Versetzen oder Nachlässigkeit entstehen. Wer wenigstens zwei Steuer-Quartale vorausbezahlt, erhält 5 Procent Disconto; alle Zahlungen, mit Ausnahme der in der 3ten Abtheilung begriffenen, erfolgen viertel-, diese aber halbjährig. Zieht Jemand an einen andern Ort, so muß er nachweisen, wo und wie er bereits besteuert worden ist. — Brüche unter 1 d. werden nie angelegt.

Steuerbefreiungen  
für Arbeiter u.

Es ist vorgeschrieben, daß jeder Handarbeiter, Künstler und Manufacturist, welcher nachweist, daß er in keiner Woche des letztvergangenen Jahres über 30 s. eingenommen, und nicht über 5 l. jährlichen Einkommens aus einer andern Quelle bezogen hat, von der Abgabe gänzlich befreit bleiben soll. Wer aus diesem Grunde, oder weil sein Einkommen unter 50 l. beträgt, die Abschreibung der Steuer verlangt, muß dafür vollständigen Beweis führen durch das Zeugniß von 5 Hauswirthen und den Prediger seines Wohnortes, oder von 5 Hauswirthen und zwei Kirchenvorstehern, oder, wenn nicht fünf Hauswirthe im Orte sind, von den vorhandenen und dem Kirchenältesten des nächsten Ortes. — Kein Privilegium, kein Patent, keine Gnabenbeziehung befreit von der Zahlungspflichtigkeit.

Jede Streitigkeit zwischen Pächter und Verpächter, Gläubiger und Schuldner u. s. w. schlichten zwei Commissäre für die Einkommensteuer in letzter Instanz; sie müssen sich aber des Spruches enthalten, wo sie selbst interessiert sind. Die Hilfs-Commissäre schälen die Commissäre ab, und umgekehrt.

Der Appellant muß zehn Tage vor dem gesetzten Termin die Beisitzer schriftlich von seiner Beschwerde unterrichten. Der Aufseher kann das Verfahren gegen den Appellanten suspendiren; allein die letzte Entscheidung steht immer den Commissären zu.

#### 7) Ueber den Ort, wo die verschiedenen Objecte besteuert und zum Steuerregister gebracht werden.

Zusammenstellung.

Die Bestimmungen über diese Frage sind größten Theils schon zerstreut angegeben; doch scheint folgende Zusammenstellung nicht überflüssig:

- 1) Alles Grundvermögen wird besteuert, wo es liegt: der Pächter am Orte der Pachtung; hat er mehrere Pachtungen, dann an verschiedenen Orten.
- 2) Jeder Kapitalist, Pächternehmer u. s. w. wird, wenn seine Forderungen auf ein Grundstück eingetragen sind oder darauf ruhen, nicht besonders besteuert, sondern der Eigenthümer oder Pächter für die ganze Einnahme angezogen, ihm aber das Recht zu verhältnismäßigen Abzügen verwilligt. Zu diesen Abzügen bedarf er nicht allein seiner Autorisation, sondern jeder Contract ist ungültig, welcher jene Berechtigung aufheben sollte. Nur Abzüge bei der vierten Theilung, wo leichter Zweifel und Mißverständnisse entstehen könnten, werden erst durch Atteste der Commissäre begründet.
- 3) Manufacturen und Fabrikanstalten werden da besteuert, wo die Waare verfertigt, nicht wo sie verkauft wird.
- 4) Handel und Gewerbe da, wo sie betrieben werden; doch ist es erlaubt, den Verlust bei dem einen mit dem Gewinne bei dem andern auszugleichen, wenn die Schöpfung und Zahlung zu mehreren Orten gehört.

- 5) Anderes Einkommen wird am Wohnorte des Empfängers besteuert; hatte er keinen bestimmten Wohnsitz, dann da, wo er sich zur Zeit der vorschristsmäßigen Ablieferung der Uebersichten aufhielt, ohne Rücksicht auf nachheriges Wegziehen. Hat Jemand zwei Wohnorte, so wird er da besteuert, wo er sich zur Zeit der Ausfertigen gewöhnlich aufhält.
  - 6) Einnahmen von Gütern ausserhalb Englands, von brittischen Colonien u. s. w. werden in London, Bristol, Liverpool und Glasgow, oder in derjenigen dieser vier Städte besteuert, welche dem Eingangsorte oder dem Wohnorte des Empfängers am nächsten liegt.
-

**Gesetz,**  
**die Einkommensteuer in Bayern betreffend.**

**Maximilian II.,**  
von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern,  
Franken und in Schwaben &c. &c.

Wir haben nach Vernehmung Unseres Staatsraths, mit Beirath und Zustimmung Unserer Lieben und Getreuen, der Stände des Reichs, beschlossen und verordnen, wie folgt:

**Artikel 1.**

Jedes reine Einkommen, ohne Unterschied, ob es von einer der übrigen Steuer-Steuerobjekte. gattungen schon getroffen ist, oder nicht, ob es in Geld, Geldeswerth oder in Selbstbenützung besteht, stänbig oder unstänbig ist, auf Rechtsverbindlichkeiten oder freiem Willen Anderer beruht, unterliegt der allgemeinen Einkommensteuer.

**Artikel 2.**

Von Entrichtung der Einkommensteuer sind frei:

- 1) unverheirathete Personen, wenn ihr jährliches reines Einkommen nicht 250 fl., Steuerermessen.
- 2) Familien ohne oder mit nicht mehr als drei noch im elterlichen Brode stehenden Kindern, wenn es nicht 400 fl.,
- 3) Familien mit mehr als drei im elterlichen Brode stehenden Kindern, wenn es nicht 500 fl. erreicht,
- 4) Stiftungen und Anstalten für Wohlthätigkeit und Unterricht, desgleichen Kultusstiftungen, wenn letztere nach Entscheidung der einschlägigen Kreis-Regierung, Kammer des Innern, zur Erfüllung ihrer Zwecke ihr Einkommen vollständig bedürfen, dann Hilfs- und Sparkassen.

**Artikel 3.**

Ausländer unterliegen der Einkommensteuer von ihren aus Bayern zu bezie- Beziehung von  
henden Einnahmen. Dagegen hat der bayerische Staatsangehörige als Besitzer im Ausländern.  
Auslande gelegener Realitäten, Grundrenten und besteuertor Gewerbe die hieraus bezogenen Einnahmen nicht zu versteuern.

## Artikel 4.

Crt

Steuerpflichtig ist jeder am Orte seines Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthaltes nach dem Stande am 1. Juli l. Js.: Ausländer sind da zu besteuern, wo der steuerbare Gegenstand sich befindet.

Ab- und Zugänge am Einkommen während des Jahres ändern die Steuer-schuldigkeit nicht. Erlischt aber ein steuerbares Einkommen während des Jahres durch Tod oder in anderer Art gänzlich, so sind nur die bis dahin fällig gewordenen Raten zu erheben.

## Artikel 5.

und  
Zeit d. Unterbreitung.

Die Steuer ist innerhalb eines Monats nach Aufstellung der Steuerlisten fällig, und wird in der Pfalz in monatlichen, in den übrigen Kreisen in vierteljährigen Raten erhoben.

Die Steuerlisten müssen längstens bis zum 1. September 1848 aufgestellt seyn.

## Artikel 6.

Steuerklassen.

Jedes steuerbare Einkommen ist nach seinem jährlichen Gesamtbetrage in eine der folgenden Klassen einzureihen:

Klasse.	Einkommen.	Steuer.
1.	250 fl.	— fl. 30 fr.
2.	300 „	— „ 45 „
3.	400 „	1 „ — „
4.	500 „	1 „ 15 „
5.	600 „	1 „ 30 „
6.	800 „	2 „ — „
7.	1,000 „	3 „ — „
8.	1,200 „	5 „ — „
9.	1,500 „	7 „ — „
10.	2,000 „	10 „ — „
11.	2,500 „	15 „ — „
12.	3,000 „	20 „ — „
13.	4,000 „	30 „ — „
14.	5,000 „	45 „ — „
15.	6,000 „	60 „ — „
16.	8,000 „	90 „ — „
17.	10,000 „	120 „ — „
18.	12,000 „	150 „ — „
19.	15,000 „	200 „ — „
20.	20,000 „	300 „ — „
21.	30,000 „	450 „ — „
22.	40,000 „	600 „ — „
23.	50,000 „	800 „ — „
24.	60,000 „	1,000 „ — „
25.	75,000 „	1,500 „ — „

Je weitere 25,000 fl. werden mit 500 fl. Steuer angelegt.

## Artikel 7.

Jeder Steuerpflichtige oder dessen gesetzlicher Stellvertreter hat nach ergangener Aufforderung entweder schriftlich oder mündlich zu Protokoll eine Erklärung auf Ver-  
pflichtung abzugeben, welche enthalten muß:

- a) seine Einkommensquellen, ohne jedoch in Specialitäten eingehen zu müssen;
- b) die Klasse, in welcher er gemäß Art. 6 sein jährliches Gesamteinkommen einreicht, oder im Falle solches die 25te Klasse übersteigt, den beiläufigen Betrag desselben;
- c) die Befreiungsgründe, welche er gemäß Art. 2 in Anspruch nehmen zu können glaubt.

Diese Erklärung hat innerhalb der in der Aufforderung vorgedachten Frist oder an dem hiezu anberaumten Tag (Termine) bei der Gemeindebehörde, welche die Aufforderung erlassen hat, zu geschehen, und wird sogleich an das Rentamt übersendet, welches sämtliche Angaben in ein Verzeichniß nach Gemeinden einträgt. Werden schriftliche Erklärungen verschlossen eingereicht, so sind sie von der Gemeindebehörde unersöffnet an das Rentamt zu übergeben.

## Artikel 8.

Wer seine Erklärung nicht rechtzeitig abgibt, wird durch Mahnboten auf seine Kosten erinnert. Nach wiederholter Mahnung und Abfluß der letzten Frist gibt die Gemeindebehörde hiervon durch das Rentamt dem Prüfungs-Ausschuß (Art. 9) Kennt-  
niß, welcher sodann (Art. 10) die Steuerpflicht des Säumigen von Amtswegen feststellt.

## Artikel 9.

Ist obiges Verzeichniß geschlossen, so bildet sich in jedem Rentamtsbezirke eine Prüfungs-Kommission, bestehend aus dem Vorstände der Distrikts-Polizei-Behörde und dem Rentbeamten, unter Beiziehung eines Aktuars. Sie verstärkt sich mit 5 bis 9 Einkommensteuerpflichtigen aus dem Bezirke oder der Gemeinde, deren Fassung geprüft werden soll, und bildet sodann den Prüfungs-Ausschuß. Die Prüfung selbst wird in Städten und größeren Märkten nach zu bildenden kleineren Bezirken, auf dem Lande aber nach Gemeinden vorgenommen. Der Prüfungs-Ausschuß untersucht die von den Steuerpflichtigen gemachten Angaben; findet er nichts gegen dieselben zu erinnern, so wird gleich die Besteuerungsklasse festgesetzt; ergeben sich Anstände, so werden dieselben vorgemerkt.

## Artikel 10.

Nach vollendeter Prüfung aller Fassungen bleibt es dem Rentamte unter Mitwirkung der Distrikts-Polizei-Behörde überlassen, sich bezüglich der beanstandeten Fassungen die nöthigen Aufklärungen zu verschaffen. Zur Beiseidung der vom Prüfungs-Ausschuße erhobenen Anstände ruft alsdann die Kommission sowohl den betreffenden Steuerpflichtigen, als jene Mitglieder der Gemeinde oder des Bezirkes ein, welche sie im gegebenen Falle verstärkt hatten, und entscheidet auf Erklärung des Betheiligten nach absoluter Stimmenmehrheit definitiv über den Betrag der Steuerpflicht. Bilden sich mehr als zwei Meinungen, so werden die Stimmen für den höchsten Steuerfuß

Beurtheilung u. Ver-  
theilung d. Steuern.

Verfahren bei Ver-  
nachlässigung dieser  
Bestimmung.

Prüfung der Fas-  
sungen.

Beiseidungsbere-  
gen die Beurteilung er-  
heblichen Anstände.



zu den Stimmen für den nächst niederen hinzugezählt, bis sich für einen Steuerfag eine Mehrheit ergibt.

Die nachweisliche Unrichtigkeit jener Erklärung des Betheiligten wird nach Art. 18 bestraft.

Die Prüfungs-Kommission sowohl, als der Prüfungs-Ausschuß ist zur strengsten Amtverschwiegenheit verpflichtet.

#### Artikel 11.

Verufung gegen die  
Beschlüsse des Prü-  
fungsausschusses an  
Schiedsgericht.

Gegen den Definitivbeschuß des Prüfungs-Ausschusses steht dem Steuerpflichtigen, außer dem Fall des Art. 8 das Recht der Verufung an ein Schiedsgericht zu.

Die Verufung ist innerhalb einer unersprechlichen Frist von 14 Tagen, von Eröffnung des Beschlusses an, bei der Prüfungs-Kommission zu Protokoll zu geben oder schriftlich einzureichen, und von derselben unter Anlage der dazu gehörigen Akten an das Schiedsgericht zu überfenden.

Die Verufungsfrist läuft vom Tage der Eröffnung des Beschlusses in der Auschuß-Sitzung, wenn der Steuerpflichtige anwesend war, außerdem vom Tage der schriftlichen Mittheilung an denselben.

Im ersten Falle muß von der Anwesenheit des Steuerpflichtigen im Sitzungs-Protokolle ausdrückliche Erwähnung geschehen, und auf Verlangen noch am nämlichen Tage eine Abschrift des Beschlusses zugestellt werden.

#### Artikel 12.

Bildung d. Schieds-  
gerichte nach Polizei-  
bezirken.

Für jeden Polizeibezirk wird ein Schiedsgericht aus 11 beeidigten Mitgliedern und 3 Ersazmännern in folgender Weise gebildet:

Der Magistrat der Stadt oder des Marktes, oder der Auschuß der Landgemeinde, wo die Polizei-Behörde ihren Sitz hat, wählt unter Verziehung der Gemeindebevollmächtigten und der Vorsteher der zu dem Bezirke gehörigen Gemeinden 24 Schiedsmänner, aus welchen die Mitglieder und Ersazmänner des Schiedsgerichtes durch das Loos berufen werden.

Der Loosungsakt wird von den Distrikts-Polizei-Beamten, oder in Städten, deren Magistrate den Kreisregierungen unmittelbar untergeordnet sind, von dem Bürgermeister geleitet.

Denselben Behörden kommt auch die Beeidigung der Mitglieder und Ersazmänner des Schiedsgerichtes zu.

#### Artikel 13.

Verfugung d. Ver-  
treter d. Schieds-  
gerichte.

Der Distrikts-Polizei-Beamte oder der ihm gleichstehende Bürgermeister (Art. 12.) führt den Vorsitz im Schiedsgerichte, sorgt für rechtzeitige Vorladung der Betheiligten (Appellanten) und des Vertreters des Staats-Ärars, leitet die Verhandlung und eröffnet den Beschuß. Derselben steht aber keine entscheidende Stimme zu.

#### Artikel 14.

Mündliche Aufstuf-  
ung d. Verurtheilten.

Dem Steuerpflichtigen ist gestattet, vor dem Schiedsgerichte seine Verufung mündlich auszuführen, und auch neue Nachweise beizubringen. Der Vertreter des Staats-

Verord hat hierauf seine Anträge zu stellen. Beide müssen nach dem Schlusse der Verhandlung abtreten.

#### Artikel 15.

Das Schiedsgericht faßt seine Beschlüsse nach absoluter Stimmenmehrheit (Art. 10.)  
Die zu entscheidenden Fragen hat der Vorsitzende mit Bestimmtheit zu stellen.

Das Schiedsgericht entscheidet nach absoluter Stimmenmehrheit.

Zur Eröffnung des Beschlusses sind die im Sitzungsgebäude noch anwesenden Parteien wieder vorzurufen.

#### Artikel 16.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts ist kein Rechtsmittel zulässig.

Die Anträge des Beschiedenen sind inappellabel.

#### Artikel 17.

Für Reisekosten und Zeitverlust können die Mitglieder des Schiedsgerichts angemessene Entschädigung in Anspruch nehmen.

Entschädigung der Schiedsgerichtsmitglieder.

Diese und andere unvermeidlichen Kosten trägt die Staatskasse. Alle Verhandlungen bei dem Prüfungs-Ausschüsse und Schiedsgerichte sind tax- und stempelfrei.

#### Artikel 18.

Wenn ein Steuerpflichtiger den Besitz steuerbaren Einkommens in so weit verschweigt, daß er dadurch in eine zu niedere Classe gesetzt würde, so soll er nicht nur den Betrag der Steuer, welche er dadurch unterschlagen hat, nachbezahlen, sondern unterliegt einer Strafe zum Besten des Ortsarmenfondes, welche in dem Fünfsachen jenes Betrages besteht.

Strafen f. Einkommenverschönerungen.

Unterwirft sich der Betheiligte nicht freiwillig der diesfalls von Seite des königlichen Rentamts an ihn gestellten Anforderung, so haben die in Polizei-Übertretungen zuständigen Behörden darüber zu erkennen, und das Verfahren richtet sich nach den §§. 15 bis 18 des Gesetzes vom 1. Juli 1834, Verletzungen der Zollordnung betreffend.

#### Artikel 19.

Die allgemeine Einkommen-Steuer wird vorläufig auf ein Jahr, für die Zeit vom 1. Oktober 1848 bis dahin 1849 erhoben werden. Der nächsten Ständerversammlung wird über deren Fortbestand oder Abänderung Vorlage gebracht werden.

Dauer dieses Gesetzes.

#### Artikel 20.

Dagegen wird in den Kreisen diesseits des Rheins die Verordnung vom 10. December 1814, Reiteration des Ediktes über das Familienschutzgeld betreffend, dann in der Pfalz das Gesetz vom 3 Nivose VII. über die Personal- und Mobiliar-Steuer außer Wirksamkeit gesetzt.

Gewisse Steuern treten insoweit außer Wirksamkeit.

In den noch nicht definitiv besteuerten Theilen von Unterfranken und Aschaffenburg werden alle diejenigen Personal- Staats- Ausgaben nicht mehr erhoben, welche nach dem Gesetze vom 25. August 1843 mit dem Eintritte der Familien- Steuer erlöschen.

Die sogenannten  
freien Gewerbe.

In den Kreisen diesseits des Rheins sind diejenigen bisher bloß der Familien-  
Steuer unterliegenden freien Gewerbe (§. 6. III. der Verordnung vom 10. Dezember  
1814), welche andern concessionirten Gewerben gleichgeachtet werden können, mit der  
für gleichartige Gewerbe treffenden Gewerbesteuer zu belegen.

#### Artikel 21.

Hollz. d. Gesetz.

Unser Staatsminister der Finanzen ist mit dem Vollzuge beauftragt.

Gegeben München, den 4. Juni 1848.

#### Magimilian.

v. Ehon-Dittmer. Grinz. Lerchenfeld. Weishaupt. Graf v. Bray.  
v. Strauß, Staatsrath.

Nach dem Befehle Seiner Majestät  
des Königs: der geheime Secretär  
des Staatsrathes, Rath Dr. v. Kobell.

# Gesetz,

die Einführung einer wachsenden Einkommensteuer in Baden betreffend.

Leopold,

von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

## Artikel 1.

Jedes reine Einkommen, ohne Unterschied, ob es von einer der übrigen Steuer-  
gattungen schon getroffen ist oder nicht, ob es in Geld, Geldeswerth oder in Selbst-  
benützung besteht, ständig oder unständig ist, auf Vermögensbesitz, auf persönlichem  
Erwerb, auf Rechtsverbindlichkeit oder freiem Willen Anderer beruht, ist einer mit dem  
Gesammbetrage des Einkommens in angemessenen Abstufungen steigenden Steuer, der  
wachsenden Einkommensteuer unterworfen.

Das Einkommen  
ist im progressiven  
Maßstabe zu be-  
steuern.

## Artikel 2.

Dieser Steuer ist jeder Staatsangehörige auch hinsichtlich derjenigen Einkom-  
menstheile unterworfen, welche er aus andern deutschen Bundesländern oder aus dem  
Auslande zu beziehen hat.

Bezeichnung aus-  
wärt. Einkommen.

Staatsangehörige, welche ihren Wohnsitz außerhalb des Großherzogthumes  
haben, und dort von der Einkommenssteuer getroffen sind, sind nur in so weit der  
Steuer unterworfen, als das Einkommen aus dem Großherzogthume her stammt.

## Artikel 3.

Der gleichen Steuer unterliegt auch der Angehörige anderer deutschen Bundes-  
länder, welcher seinen Wohnsitz im Großherzogthume genommen hat, doch bleibt das  
Einkommen, welches er aus seinem Heimathlande bezieht, steuerfrei.

Bezeichnung von  
Ausländern u. s. w.

Ausländer, die im Lande ihren Wohnsitz haben, sind nur für dasjenige Ein-  
kommen, welches sie aus dem Großherzogthume oder aus anderen deutschen Bundes-  
ländern beziehen, steuerpflichtig.

Die Verpflichtung für die vorbezeichneten Personen beginnt erst nach Ablauf  
von sechs Monaten von der Zeit, wo sie ihren Wohnsitz im Großherzogthume genom-  
men, so daß Derjenige, welcher zur Zeit des Ab- und Aufschreibens noch nicht volle  
sechs Monate im Lande seinen Wohnsitz hat, nicht zur Steuer zu ziehen ist.

## Artikel 4.

## Steuerbefreiungen.

Von der Entrichtung der wachsenden Einkommensteuer sind befreit:

1. die großherzogliche Staatskasse, die Staatsanstalten, die vom Staate durch jährliche Zuschüsse unterstützten öffentlichen Anstalten;
2. die öffentlichen, zur Beschäftigung oder Unterstützung von Armen und zur Verpflegung von Kranken bestimmten Anstalten; die Bezirke- und Lokal-Armen- und Waisenfonds und Verpflegungsanstalten;
3. die im Art. 5 des Gesetzes über die Capitalsteuer unter 1 aufgeführten, auf Gegenseitigkeit gegründeten Versicherungsgesellschaften, Sterbekassen, die Sustentations- und Krankenkassen der Arbeiter, Hospitalvereine und Verpflegungsanstalten;
4. Personen mit Familie, wenn ihr gesamtes reines Einkommen dreihundert Gulden, einzeln stehende Personen, wenn ihr gesamtes reines Einkommen zweihundert Gulden nicht übersteigt.

## Artikel 5.

## Befreiung d. einzelnen Theilnehmer bei gemeinschaftlichen Unternehmungen.

Die im Art. 5 des Gesetzes über die Capitalsteuer unter Ziffer 2 und 3 genannten, auf Gegenseitigkeit oder gemeinschaftlicher Vermögensverwaltung gegründeten Anstalten, sowie alle auf Aktien, Gesellschaftsverträge oder Gemeinschaftlichkeit des Vertrages gegründeten Unternehmungen haben jedoch nicht die Einkommensteuer vom Gesamteinkommen, sondern jedes einzelne Mitglied, jeder Aktionär, Gesellschafter oder Theilhaber hat seinen Antheil am ganzen Reinertrage für sich zu versteuern.

## Artikel 6.

## Ort d. Besteuerung.

Der Wohnsitz des Steuerpflichtigen, d. i. der Ort seiner Hauptniederlassung, ohne Rücksicht auf die Bestimmung der L. R. E. 102 a und 107 a, ist der Ort zur Besteuerung seines gesamten reinen Einkommens, gleichviel, ob er dasselbe an seinem Wohnsitz ausschließend, oder aus mehreren Orten des In- oder Auslandes zu beziehen hat.

Staatsangehörige, welche ihren Wohnsitz außerhalb des Großherzogthums haben, sind an dem Orte des Landes steuerpflichtig, wo sie vor dem Bezuge aus dem Großherzogthume ihren Wohnsitz hatten, und wo dieß nicht zu ermitteln ist, an dem Orte, woher der größere Theil des Einkommens stammt.

## Artikel 7.

## Besteuerung un- selbstständiger Personen.

Der Ehemann ist zugleich für das reine Einkommen seiner Ehefrau (so fern sie nicht in völlig abgesonderten Vermögensverhältnissen leben) und der der Gewalt noch nicht entlassenen Kinder, so lange er die Ruknienung ihres Vermögens hat, die Wittve ist zugleich für die der Gewalt noch nicht entlassenen Kinder, wenn sie die Ruknienung ihres Vermögens hat, gesamtsteuerpflichtig.

## Artikel 8.

## Bemessung d. Steuerpflichtigkeit.

Jeder Steuerpflichtige ist für den Jahresbetrag seines steuerbaren Einkommens nach dem Stande zur Zeit der Erklärung (Art. 10) der Einkommensteuer unterworfen.

Ab- und Zugänge nach erfolgter Angabe ändern die Steuerschuldigkeit nicht. Erlischt aber ein steuerbares Einkommen vor Ablauf des Steuerjahres durch Tod oder in anderer Art gänzlich, so werden so viele Monatsbeträge der Steuer abgeschrieben, beziehungsweise rückvergütet, als vom Zeitpunkte des Aufhörens bis zum Schlusse des Steuerjahres noch volle Monate in Mitte liegen.

## Artikel 9.

Jedes steuerbare Einkommen ist nach seinem jährlichen Gesamtbetrag in eine Steuerklasse der nachfolgenden Klassen einzureihen.

Die Steuer ist nach dem jeder Klasse beigesetzten auf den ganzen Betrag des Einkommens anzuwendenden Prozentsatze zu berechnen.

## Einkommen:

I.	Klasse bis einschließlich 500 fl.	.	.	1/2 Proz.
II.	„ über 500 fl. bis einschließlich 1000 fl.	.	.	3/4 „
III.	„ „ 1000 „ „ „ 1500 „	.	.	1 „
IV.	„ „ 1500 „ „ „ 2000 „	.	.	1 1/4 „
V.	„ „ 2000 „ „ „ 2500 „	.	.	1 1/2 „
VI.	„ „ 2500 „ „ „ 3000 „	.	.	1 3/4 „
VII.	„ „ 3000 „ „ „ 3500 „	.	.	2 „
VIII.	„ „ 3500 „ „ „ 4000 „	.	.	2 1/4 „
IX.	„ „ 4000 „ „ „ 4500 „	.	.	2 1/2 „
X.	„ „ 4500 „ „ „ 5000 „	.	.	2 3/4 „
XI.	„ „ 5000 „ „ „ .	.	.	3 „

Wenn das steuerbare Gesamteinkommen eines Steuerpflichtigen nur wegen eines geringen Unterschiedes einer höheren Klasse zufällt, so darf der ihn treffende Mehrbetrag der Einkommenssteuer nie höher seyn, als der Betrag, um welchen sein Einkommen höher ist, als das höchste Einkommen der vorhergehenden Klasse.

## Artikel 10.

Jeder Steuerpflichtige oder dessen gesetzlicher oder erwählter Stellvertreter hat in der ersten Hälfte des Monats Juli dem Schatzungsrathe seines Wohnorts schriftlich oder mündlich zu Protokoll eine Erklärung auf Ehre und Gewissen abzugeben, welche enthalten muß:

1. Sein Einkommen aus dem Besitze von Grundstücken, Gebäuden, Grundrechten und Gefällen, nach Abzug der darauf lastenden jährlichen Passivrenten und Grundlasten.
2. Sein Einkommen aus dem Betriebe seines Gewerbes, nach Abzug der darauf lastenden Passivrenten.
3. Sein Einkommen aus Zinsen, Renten, Aktienunternehmungen, aus Zeit- und Leibrenten, nach Abzug der hierauf lastenden Passivrenten.
4. Sein sonstiges Einkommen aus Leibgebühren, Stammgutsrechten, Nutzungsrechten und Dienstbarkeiten aus Verträgen, Schenkungen unter Lebenden,

Vermögensübergaben und letzten Willensverordnungen, nach Abzug der darauf haftenden Lasten, Bezugskosten und Passivrenten.

5. Sein Einkommen aus persönlichen Rangverhältnissen, nach Abzug der darauf haftenden Lasten, Deputaten, Bezugskosten und Passivrenten.

6. Sein Einkommen aus Arbeit, Dienstleistungen und sonstigem persönlichen Erwerbe, wozin mit Ausschluß der unter Ziff. 2 fallenden Gewerbetreibenden der Ertrag jeder persönlichen Beschäftigung zu rechnen ist, diese mag in geistigen oder körperlichen Leistungen, in wissenschaftlichen, künstlerischen oder mechanischen Arbeiten, einzeln oder in gegenseitiger Verbindung bestehen, ohne Unterschied, ob die Beschäftigung im öffentlichen Dienste, in Privatdiensten oder für eigene Rechnung stattfindet.

7. Sein Einkommen an Ruhegehalten, Wittven- und Waisengehalten.

8. Sein sonstiges, unter 1—7 nicht genanntes Einkommen.

9. Die Summe dieser einzelnen Theile seines reinen Einkommens.

Die Erklärung ist vom Steuerpflichtigen zu unterzeichnen.

Die Art. 3 bezeichneten Steuerpflichtigen sind nur schuldig, das nach dieser Gesetzesstelle zu versteuernde Einkommen in der Erklärung zu verzeichnen.

#### Artikel 11.

Erklärung des An-  
spruchs auf Steuer-  
ermessen.

Wer auf eine Befreiung von der Einkommensteuer auf den Grund der im Art. 4, Ziff. 2—4 enthaltenen Bestimmungen Anspruch macht, hat dies seiner Erklärung beizufügen.

#### Artikel 12.

Verfahren bei  
Säumigkeit.

Wer seine Erklärung in der vorgeschriebenen Frist nicht abgibt, wird durch den Steuermahner, unter Androhung einer letzten Frist von drei Tagen, auf seine Kosten hieran erinnert.

Nach fruchtlosem Verlaufe dieser letzten Frist setzt der Schatzungsrath auf den Antrag des Steuerperäquators die Steuerpflicht des Säumigen von Amtswegen fest.

#### Artikel 13.

Prüfung der An-  
gaben nach d. Schat-  
zungsrath.

Der Schatzungsrath trägt die schriftlichen oder mündlichen zu Protokoll genommenen Erklärungen nach der Zeitfolge der Einreichung in ein Verzeichniß ein, und läßt diesen Eintrag vom Steuerpflichtigen oder seinem Stellvertreter unterzeichnen.

Er schreitet sofort unter Mitwirkung des Steuerperäquators zur Prüfung der Erklärungen.

Wo sich kein Anstand ergibt, wird das vom Steuerpflichtigen angegebene Gesamteinkommen (Art. 10, Ziff. 9) in das Cataster aufgenommen.

Hält der Schatzungsrath Berichtigungen oder Erhöhung der Ansätze für gerechtfertigt, so setzt er den Steuerpflichtigen davon in Kenntniß, unter Androhung einer Frist von drei Tagen zu etwaiger mündlicher Einsprache.

Nach erfolgter mündlicher Verhandlung mit dem Steuerpflichtigen oder nach fruchtlosem Ablaufe der gesetzten Frist setzt der Schatzungsrath die Summe fest, mit welcher der Steuerpflichtige in das Cataster aufgenommen werden soll.

Das Gleiche geschieht nach Ablauf der im Art. 12 gesetzten Frist bezüglich der Säumigen.

#### Artikel 14.

Das hierauf gegründete Cataster der Einkommensteuer muß nach seiner Vollendung vierzehn Tage hindurch zu Jedermanns Einsicht öffentlich aufgelegt werden.

Öffentliche Auflegung der Cataster.

#### Artikel 15.

Gegen die vom Schatzungsrathe beschlossenen Ansätze kann nach dem besondern Gesetze über die Aufstellung der Cataster und über Steuereschwurgerichte Berufung an das Steuereschwurgericht ergriffen werden.

Berufung v. Schatzungsrathe an das Steuereschwurgericht.

So lange eine abändernde Entscheidung des Letztern nicht ergangen ist, muß auf die Verfallzeit die Steuer nach den vom Schatzungsrathe beschlossenen Ansätzen entrichtet werden, vorbehaltlich der Rückerstattung, falls auf eine rechtzeitig ausgeführte Berufung das Steuereschwurgericht eine abändernde Entscheidung erläßt.

#### Artikel 16.

Wer Einkommensteuere, über deren Besitz und Größe er sich nicht wohl täuschen konnte, in seiner Erklärung verschweigt, oder den Schatzungsrath oder das Steuereschwurgericht durch irrige Angaben getäuscht hat, oder endlich als Säumiger (Art. 12.) mit einem geringeren, als dem seinem Bezuge entsprechenden, oder mit gar keinem Einkommen in das Cataster aufgenommen worden, und deßhalb mit einer geringeren als der gesetzlichen oder gar keiner Steuer angelegt worden ist, verfällt neben Nachzahlung des Unterschiedes, welcher zwischen der geschmäßigen und der in Ansatz gekommenen Steuer besteht, in die Strafe des vierfachen Betrages dieses Unterschiedes, beziehungsweise des ganzen Steuerbetrages, sofern gar kein Ansatz erfolgt war. Wird das Vergehen erst nach dem Tode des Schuldigen entdeckt, so kann gleichwohl neben der noch nicht verzählten, jedenfalls nachzuzahlenden Steuer auch die gesetzliche Strafe aus dem Nachlasse erhoben werden, sofern die Bestrafung selbst nicht verzählet ist.

Strafen für Steuererschwehungen.

Sowohl der Steuerperceutor als die Mitglieder des Schatzungsrathes, in gleichen der Amtrevisor, welcher im Falle von Vermögensinventuren von der Einkommensteuererklärung Einsicht zu nehmen hat, sind verpflichtet, derartige Geschehnisse zur Kenntniß der Obereinnehmer (des Hauptsteueramtes) zu bringen.

#### Artikel 17.

Gegenwärtiges Gesetz tritt in Wirksamkeit, sobald durch ein anderes Gesetz andere Abgaben in gleichem Betrage aufgehoben seyn werden.

Ansatz dieses Gesetzes.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 28. Juli 1848.

**Leopold.**

**C. Hoffmann.**

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit  
des Großherzogs: Büchler.





## Gesetz,

die Einführung einer außerordentlichen Einkommensteuer in Hessen-Darmstadt betreffend.

Ludwig III. 2c. 2c.

Um die Mittel aufzubringen, welche zur Befriedigung der durch die ungewöhnlichen Zeitereignisse herbeigeführten größeren Staatsbedürfnisse, sowie zur Deckung der entstandenen Ausfälle an den Staatseinnahmen erforderlich sind, haben Wir, mit Zustimmung Unserer getreuen Stände, verordnet und verordnen hiermit, wie folgt:

### Artikel 1.

Es soll in dem Jahre 1849 eine außerordentliche Steuer ausgeschlagen werden, die Steuer trifft auf alles und jedes Einkommen, welches nicht schon der Grundsteuer oder Gewerbesteuer unterliegt und nicht in Art. 2 und 5 ausgenommen ist. Die Steuer trifft alles Einkommen, d. h. nicht schon mit der Grund- od. Gewerbesteuer belegt ist.

### Artikel 2.

Der außerordentlichen Einkommensteuer sind unterworfen: 1) alle Staatsangehörige beiderlei Geschlechts; 2) die im Großherzogthume wohnenden dem Staate nicht angehörigen Personen, diese jedoch nur in Bezug auf dasjenige Einkommen, welches sie sich durch persönlichen Erwerb im Großherzogthume verschaffen. Außerhalb des Großherzogthums wohnende Staatsangehörige, welche aus der Staatsklasse eine Besoldung oder Pension beziehen, werden mit dieser ebenfalls zur Einkommensteuer gezogen. Wer als Steuerpflichtig zu betrachten.

### Artikel 3.

Der Einkommensteuer unterliegt namentlich 3. B. a) alles Einkommen aus Verfügungen d. Einkommens aus Besoldungen. Anpanagen, Besoldungen, Ruhe-, Gnaden-, Wittwen- und anderen Gehältern, Löhnen, Gebühren und Verdiensten jeder Art, es mag solches aus öffentlichen oder Privatkassen bezogen werden; b) alles Einkommen, welches aus der Ausübung einer Kunst oder wissenschaftlichen Thätigkeit, aus dem Betrieb eines Gewerkes oder sonstigen Geschäfts, aus Handels- oder sonstigen Unternehmungen oder Gesellschaften 2c. gewonnen wird, insoweit dasselbe nicht bereits der gewöhnlichen Gewerbesteuer unterworfen ist; c) alles Einkommen aus zinstragenden Kapitalforderungen, eigenthümlichen wie nutznießlichen, aus Leibrenten und vererblichen Renten jeder Art, letztere jedoch nur in so weit, als dieselben nicht als Grundlasten besteuert werden oder bei ihrer Festsetzung die Steuerlast bereits in Abzug gekommen ist.

### Artikel 4.

Bei Ermittlung der Besoldungen und der übrigen persönlichen Verdienste kommen nicht nur die Geld-, sondern auch die Naturalbezüge, als Wohnung, Grundstücke, Nahrungsmittel 2c. in Ansatz. Hierbei werden für Dienstwohnungen die ordentlichen Miethwerthe in Ansatz gebracht. Naturalien kommen nach den gewöhnlichen Grundrenten- und Miethspreisen, in so weit solche bestehen, in Ansatz. Dagegen werden Geschäftskosten, sowie die jährlich aus Schulden zu entrichtenden Zinsen, bei Ermittlung jedes Einkommens in Abzug gebracht. Verrechnung d. Einkommens aus Besoldungen.

## Artikel 5.

Steuerbefreiungen.

Von jeder vorgedachten Einkommensteuer sind befreit: a) unverheirathete Personen für ein jährliches reines Gesamteinkommen von 200 fl.; b) Familien, aus zwei oder mehr Köpfen bestehend, wegen des zweiten und jedes folgenden Kopfes für je weitere 50 fl. jährlichen reinen Gesamteinkommens, so daß also Familien von zwei Personen für 250 fl., solche von drei Personen für 300 fl. reinen jährlichen Einkommens steuerfrei bleiben u. s. w.; c) die im Felde stehenden Truppen und Kriegsbeamte bezüglich ihrer Gehalte; d) der Staat; e) alle milden Stiftungen, Spar- und Hinterlegungskassen, Renten-, Versicherungs- und sonstige wohlthätige Anstalten bezüglich ihres Einkommens aus ausgeliehenen Kapitalen. Als Glieder einer Familie werden angesehen Mann und Frau und diejenigen Verwandten auf- und absteigender Linie, welche einen gemeinschaftlichen Haushalt mit einander führen oder sich darin befinden.

## Artikel 6.

Renten jeder Art sind dieser Steuer unterworfen.

Bei rentbaren Kapitalforderungen und Renten macht es keinen Unterschied, wer die Person des Schuldners ist und in welcher Form die Schuld beurkundet ist, ob durch Obligation, Staatsschuldschein, Kaufvertrag, Lotterieleihenloos, Aktie, Depositen-Renten- oder Handschein oder wie sonst. Bei solchen Kapitalforderungen, von welchen die Zinsen nicht jährlich ausbezahlt werden, sondern aufwachsen, wie namentlich bei Lotterieleihen, werden drei Prozent des Nominalwerths als steuerbares Einkommen angesehen.

## Artikel 7.

Kommissionen zur Regulierung der Steuer in jeder Gemeinde.

Zur Regulierung der außerordentlichen Einkommensteuer wird in jeder Gemeinde eine Kommission niedergesetzt, welche stets aus dem Bürgermeister, oder in Ermangelung oder Verhinderung desselben, dem ersten Beigeordneten und außerdem in Gemeinden von 4000 oder weniger Einwohnern aus vier, von 4001 bis 8000 Einwohnern aus sechs, von 8001 bis 12,000 Einwohnern aus acht, von 12,001 oder mehr Einwohnern aus zehn Mitgliedern zu bestehen hat. Diese 4, 6, 8 oder 10 Mitglieder sind zur Hälfte von dem Ortsvorstand, zur andern Hälfte aber von der Steuerbehörde zu ernennen. Die Mitglieder dieser Kommission werden für dieses von ihnen unentgeltlich zu besorgende Geschäft besonders verpflichtet.

## Artikel 8.

Bairung des Einkommens.

Auf schriftliche Aufforderung von Seiten der im vorigen Artikel genannten Kommission hat jeder Steuerpflichtige, oder dessen gesetzlicher Stellvertreter, in dem in der Aufforderung festgesetzten Termine auf Ehre und Gewissen eine schriftliche Erklärung über die Größe seines Einkommens aus Besoldungen oder anderen steuerbaren Erwerbseinkünften und aus Kapitalen an die Kommission abzugeben. Insofern der Aufgeforderte in einer oder der andern Beziehung zu den nach diesem Gesetze Steuerfreien gehört, sind die gesetzlichen Befreiungsgründe in der Erklärung anzugeben. Bei den Angaben der Steuerpflichtigen über die Größe ihres Einkommens ist dasjenige der zunächst vorausgegangenen 12 Monate als Maßstab anzunehmen, also z. B. das vom 1. Oktober 1847 bis dahin 1848, wenn die Erklärung im Oktober 1848 abzugeben seyn sollte. Die Einwohner des Großherzogthums sind an ihren Wohnorten, die außerhalb des Großherzogthums wohnenden Steuerpflichtigen aber den Orten, wo das steuerbare Einkommen sich befindet, zur Erklärung aufzufordern und zur Steuer zu ziehen.

## Artikel 9.

Prüfung der Einkommen durch 1. Kommissionen.

Die im Art. 7 gedachte Kommission unterwirft die Erklärungen der Steuer-

pflichtigen einer Prüfung und bekräftigt dieselben, wenn sie nichts dabei zu erinnern hat. Sie entscheidet nach Stimmenmehrheit. Findet sie bei einer Erklärung erheblichen Bedenken, so hat sie dieselben unter genauer Angabe der Thatfachen, worauf sich diese gründen, der Deklaration beizufügen, und es kann hierdurch die Steuerbehörde veranlaßt werden, gegen den Deklaranten eine Verfolgung bei Gericht wegen unrichtiger Deklaration einzuleiten. Werden von der Kommission keine Bedenken gegen die Deklaration erhoben, so kann eine Verfolgung von Seiten der Steuerbehörde nicht stattfinden.

## Artikel 10.

Wird einem Steuerpflichtigen der Nachweis geliefert, daß er sein Einkommen in der Erklärung zu gering angegeben hat, so unterliegt er, außer der Nachzahlung der Steuer, einer in dem Steuerklasse stehenden Strafe, welche in dem fünfkfachen Betrage der Steuer von dem verschwiegenen Einkommen besteht. Das Gericht, welches die Strafe im Widerspruchsfalle zu erkennen hat, kann jedoch von dieser freisprechen, wenn von dem Angeklagten hinreichende Gründe dargelegt werden, welche es wahrscheinlich machen, daß die zu geringe Angabe nicht absichtlich geschehen sei.

☞ Strafe für zu geringe Baurung. Entscheidung durch das G. e. e. t.

## Artikel 11.

Wenn ein Steuerpflichtiger, der nach Art. 8 an ihn ergangenen Aufforderung zur Angabe seines Einkommens in der hierin angegebenen Frist nicht entspricht, so wird er von der Kommission schriftlich erinnert, dieser Aufforderung innerhalb einer Frist von acht Tagen nachzukommen. Wenn auch diese wiederholte Aufforderung erfolglos, dann ist die Kommission befugt und verpflichtet, das steuerpflichtige Einkommen des Säumigen nach bestem Ermessen selbst zu schätzen. Wegen diese Schätzung ist eine Reklamation des Steuerpflichtigen, insofern er nicht nachzuweisen vermag, daß er durch physische Unmöglichkeit an der rechtzeitigen Abgabe der Erklärung verhindert war, nicht zulässig.

Erhöhung des Einkommens durch die Gewinnsch. b. Baum-  
sal des Steuerpflichtigen.

## Artikel 12.

Die Kommission hat die Erklärungen sämmtlicher Steuerpflichtigen über den Betrag ihres steuerbaren Einkommens, nachdem sie dieselben beglängigt oder ihnen ihre Bemerkungen beifügt hat, dem Steuerkommissär des betreffenden Bezirks, zum Behufe des Steuerausfuges, mitzuteilen. Der Steuerausfug findet, auch wenn sich aus den Bemerkungen der Kommission Veranlassung ergibt, den Deklaranten wegen zu geringer Angabe seines Einkommens gerichtlich zu verfolgen, doch einstweilen nur auf den Grund der abgegebenen Deklaration statt, vorbehaltlich jedoch der Nacherhebung der sich weiter herausstellenden Steuerzuschlässe.

Berechnung d. Steuer-  
erschuldigkeit durch d.  
Steuerkommisſär des  
Bezirks.

### Artikel 13.

Die Einkommensteuer wird auf das, den nach Art. 5 a. und b. steuerfreien Betrag übersteigende, Einkommen ausgeschlagen, und zwar nach folgenden Abaufungen:

Das Steuerverhältnis  
nicht recht im Maß-  
stabe d. Einkommens.

- 1) Bei einem Einkommen bis zu 500 fl. mit 1 fl. vom Hundert des steuerbaren Restes des Einkommens;
- 2) bei einem Einkommen von 501 fl. bis zu 1000 fl., von dem Betrage bis zu 500 fl. wie vorher angegeben, und von dem weiteren Einkommen mit 2 fl. vom Hundert;
- 3) bei einem Einkommen von 1001 fl. bis zu 2000 fl. von dem Betrage bis zu 1000 fl. wie vorher angegeben, und von dem weiteren Einkommen mit 3 fl. vom Hundert;
- 4) bei einem Einkommen von 2001 fl. bis zu 3000 fl. für den Betrag bis zu 2000 fl. wie vorher angegeben, und von dem weiteren Einkommen mit 4 fl. vom Hundert, und endlich

- 5) bei einem Einkommen von 3001 fl. und mehr für den Betrag bis zu 3000 fl. wie vorher angegeben, und von dem weiteren Einkommen mit 5 fl. vom Hundert.

## Artikel 14.

Erhebung d. Steuer.

Die Einkommensteuer wird in monatlichen Raten und zwar in den ersten 10 Tagen jeden Monats erhoben. Die Anfertigung der Hebezettel und die Erhebung erfolgt nach den für die direkte Steuer bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Nachtragserlöse für diejenigen, deren Steuerpflichtigkeit im Laufe des Jahres beginnt, werden nicht aufgestellt.

## Artikel 15.

Veränderungen des Einkommens i. Laufe des Jahres ziehen in der Regel keine Veränderung der Steuer nach sich. Ausnahmen.

Eine Veränderung in dem Einkommen aus Besoldungen oder sonstigen Erwerbseinkünften (Art. 3 a und b) oder aus Kapitalien und Renten (Art. 3 c) im Laufe des Jahres zieht keine Veränderung der Steuer nach sich. Auswanderungen und Todesfälle ausgenommen. Wird jedoch nachgewiesen, daß sich das Einkommen aus Besoldungen oder sonstigen Erwerbseinkünften im Laufe des Jahres um mehr als ein Fünftel vermindert hat, so findet der entsprechende Nachlaß an der Steuer statt. — Ebenso kann ein verhältnismäßiger Nachlaß an der Steuer im Laufe des Jahres in Anspruch genommen werden, wenn die Verminderung des Einkommens durch Verlust von Kapitalien nachgewiesen wird. Die in Folge von Auswanderungen oder Todesfällen veränderten Steueransätze finden vom Ende des Monats an ihre Anwendung, in welchem das Ereigniß stattgefunden hat.

## Artikel 16.

Reklamationen gegen unrichtigen Steuerzuschlag, kann wegen Verminderung d. Einkommens.

Beschwerden gegen unrichtigen Zuschlag der Einkommensteuer sind innerhalb 4 Wochen nach erfolgtem Zuschlag bei dem betreffenden Steuerkommissär vorzubringen, worauf die Oberfinanzkammer I. Sektion zu entscheiden hat. Reklamationen wegen Herabsetzung des Steueransatzes in Folge der Verminderung des Einkommens aus Besoldungen oder andern Erwerbseinkünften oder in Folge von Verlusten an Kapitalien (Art. 15. Abs. 2 und 3) müssen binnen 4 Wochen nach dem stattgehabten Verluste bei der im Art. 7 genannten Kommission vorgebracht werden, welche die Reklamation sogleich einer Prüfung zu unterwerfen und nach Befund sofort dem betreffenden Steuerkommissär die stattgehabte Aenderung des Einkommens mitzuteilen hat, worauf von demselben die entsprechende Steuernachlaßverfügung bei der Oberfinanzkammer I. Sektion zu erwirken ist. Nach Ablauf der in diesem Artikel festgesetzten Frist sind in dem einen wie in dem andern Falle keine Reklamationen mehr zulässig.

## Artikel 17.

Verpflichtung der Kommissionen u. Behörden zur Geheimhaltung.

Alle Kommissionen und Behörden, welche bei Ausmittlung und Zuschlag der Einkommensteuer thätig sind, werden auf strenge Geheimhaltung ihrer Wahrnehmungen dabei verpflichtet.

## Artikel 18.

Vollzug des Gesetzes.

Unser Ministerium der Finanzen ist mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt. Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und des beigedruckten Staatsiegels. Darmstadt, am 12. August 1848.

Ludwig.

Bimmermann.

## Verordnung,

die Erhebung von Einkommensteuer, ingleichen von Grund-, Gewerbe- und Personalsteuer im Königreich Sachsen betreffend.

Wir Friedrich August,

von Gottes Gnaden König von Sachsen &c. &c. &c.

haben im Einklange mit der von Uns wegen der Schätzung für eine allgemeine Einkommensteuer unterm 27. April dieses Jahres erlassenen Verordnung Unseren getreuen Ständen einen die Erhebung einer außerordentlichen Einkommensteuer betreffenden Gesetzentwurf vorlegen lassen. Auf Grund der hierbei zur Zeit stattgefundenen ständischen Vereinbarungen, und mit Vorbehalt der noch zu treffenden Bestimmung über die Höhe der hienach zu erhebenden außerordentlichen Staatsabgabe überhaupt, haben wir beschlossen und verordnet mit Zustimmung Unserer getreuen Stände, wie folgt:

§. 1. Am

**28. August dieses Jahres**

findet eine außerordentliche Erhebung

I. an Einkommensteuer,

II. an Grundsteuer, sowie Gewerbe- und Personalsteuer

unter nachfolgenden Bestimmungen statt.

§. 2. Zu I. Für die Einkommensteuer wird die allgemeine Schätzung, wie solche nach Raabgabe der vorangezogenen Verordnung ausgeführt worden ist, zum Grunde gelegt.

Die Erhebung der Einkommen-Steuer hat auf einmal zu geschehen.

Die Einkommen-Steuer richtet sich nach der am 27. April 1848 vorgenom. Einkommenschätzung.

§. 3. Zu dieser Steuer sind diejenigen Personen nicht beizuziehen, deren Einkommen 200 Thaler jährlich nicht übersteigt.

§. 4. Befreit von der Einkommensteuer sind ferner:

a) Staatsanstalten, Kirchen, fromme und milde Stiftungen, ingleichen die Landesuniversität wegen desjenigen Einkommens, welches zu kirchlichen, milden oder sonst zu allgemeinen Zwecken wirklich verwendet wird oder bei denjenigen Personen der Einkommensteuer unterliegt, welche sich pflichtgemäßig in dessen Genuß befinden.

b) Inländer wegen ausländischen Grundeigenthums und zwar:

1) völlig, wenn sie nachweisen, daß sie wegen dieses Grundeigenthums einer Einkommen- oder Vermögenssteuer in dem betreffenden Auslande bereits unterworfen sind;

2) entgegengesetzten Falles zur Hälfte.

§. 5. Ausländer sind wegen des von ihnen außer zu beziehenden Einkommens bei der Einkommensteuer

Bezeichnung der Ausländer.

Wenn Steuerfrei-  
heit und

a) völlig frei, insofern sie

- 1) den ausländischen Gesandtschaften angehören oder im Auftrage anderer Regierungen des Zollvereins in Sachsen verweilen und den Staatsangehörigen nicht beizuzählen sind,
- 2) wenn sich dieselben noch nicht 2 volle Jahre hindurch in Sachsen aufgehalten,
- 3) dasen sie — bei längerem Aufenthalte — nachweisen, daß sie wegen jenes Einkommens einer Einkommen- oder Vermögenssteuer in ihrem Heimathlande bereits unterworfen sind;

wenn Steuerpflich-  
tighet für sie eintritt.

- b) bloß zur Hälfte zu vernehmen, dasen sie sich über zwei Jahre in Sachsen aufhalten und den unter a 3 erfordernden Nachweis nicht beibringen;
- c) den Inländern gleich zu behandeln, wenn sie in Sachsen sich anständig gemacht oder irgend einen Gewerbezweig ergriffen haben.

Das Einkommen  
wird veranschlagt be-  
steuert, je nach seinen  
Quellen, aus jeder

§. 6. Das bei der Schätzung gefundene Einkommen ist, dasen dasselbe herrührt

- A) aus der Anwendung von Kunst oder Wissenschaft, aus Privatdienstleistungen, aus Pachtungen oder aus dem Betriebe des Handels und Gewerbes, nach . . . . . 0,1.
- B) aus Dienstbezügen, welche vom Staate, von Gemeinden oder andern Corporationen und öffentlichen Anstalten gewährt werden, sowie aus Leibrentenverträgen, nach . . . . . 0,5.
- C) aus dem Grundeigenthum und dem Betriebe des landwirthschaftlichen Gewerbes auf solchem, nach . . . . . 0,5.
- D) aus Geldkapitalen und Zinsberechtigungen, nach . . . . . 1,

für die Steuer in Ansatz zu bringen, dabei aber der für jeden Fall sich ergebende Betrag auf eine durch 10 theilbare Zahl dergestalt abzurunden, daß 5 Thlr. und mehr für 10 Thlr. gerechnet, geringere Beträge aber in Wegfall gebracht werden.

progressiv.

§. 7. Der nach den Abtheilungen A. bis D. §. 6 für jeden Steuerpflichtigen sich ergebende Gesamtbetrag seines Einkommens bildet den Gegenstand der Abgabe und ist bei einem Betrage von

über	500 Thlr.	bis mit	1000 Thlr. nach 1.
"	1000 "	" "	2000 " " 1,2.
"	2000 "	" "	3000 " " 1,4.
"	3000 "	" "	4000 " " 1,6.
"	4000 "	" "	5000 " " 2.
"	5000 "	" "	6000 " " 2,2.
"	6000 "	" "	7000 " " 2,4.
"	7000 "	" "	8000 " " 2,6.
"	8000 "	" "	9000 " " 2,8.
"	9000 "	" "	10,000 " " 3.
"	10,000 "	" "	11,000 " " 3,2.
"	11,000 "	" "	12,000 " " 3,4.
"	12,000 "	" "	13,000 " " 3,6.
"	13,000 "	" "	14,000 " " 3,8.
"	14,000 "	" "	" " 4.

zum Steuerkapitale zu erhöhen.

§. 8. Von jedem 100 des hiernach für das Königreich sich ergebenden Gesamsteuerkapitals ist in dem §. 1 bestimmten ersten Termine an Einkommensteuer Wenn jedem 100 Steuerkapital ist 1 1/2 % Steuer zu entrichten.  
Ein Thaler 15 Agr.

zu erheben.

§. 9. Jedem Abgabepflichtigen ist das für ihn ausfallende Steuerkapital bekannt zu machen.

Von den Schätzungsgrossen überhaupt Einsicht zu nehmen, ist außer den mit der Schätzung und Steuerverwaltung beauftragten Behörden, Niemand befugt.

§. 10. Einwendungen gegen den Steueranfang können nur in Bezug auf die Berechnung des Steuerkapitals oder insoweit stattfinden, als der fragliche Gegenstand der Steuer seit der allgemeinen Abschätzung des Einkommens völlig aufgehört hat. Einwendungen gegen den Steueranfang

§. 11. Derartige Einwendungen sind bei Verlust des Rechts dazu binnen acht Tagen von Bekanntmachung des Steuerkapitals (§. 9) an, bei der Gemeinde-obrigkeit des Betheiligten anzubringen und zunächst von dem Kreissteuerrathe zu entscheiden, vorbehältlich der innerhalb einer Frist von zehn Tagen von Bekanntmachung der ersten Entscheidung an zulässigen Berufung an das Finanzministerium. Entscheidungen gegen den Kreissteuerrath in erster Instanz

§. 12. Gegen die auf eingewendete Berufung von dem Finanzministerium ertheilte Entscheidung ist ein weiteres Rechtsmittel nicht zulässig. vom Finanzministerium in letzter Instanz zu entscheiden.

§. 13. Den Nachweis der Einwendung oder Berufung hat jederzeit der Urheber derselben zu führen.

§. 14. Die Erörterung und Entscheidung der Einwendungen geschieht, insofern letztern Folge zu geben ist, kosten- und stempelfrei, zieht jedoch, wenn sie unbegründet erfinden werden, die Abstattung der dadurch erwachsenen Kosten nach sich.

§. 15. Unerwartet der Erörterung und Entscheidung von Einwendungen gegen einen Steueranfang ist die Steuer, vorbehältlich der ganzen oder theilweisen Zurückerstattung für den Fall, daß jene Einwendungen begründet erfinden werden, unverweilt zu entrichten. Durch sie darf die Steuer-Entrichtung nicht aufgeschoben werden.

§. 16. Die Verbindlichkeit zur Entrichtung der fälligen Einkommensteuer geht auf die Erben des Steuerpflichtigen über.

§. 17. Zu II. Jede der von der Einkommensteuer nach §. 3 befreiten Personen entrichtet in dem §. 1 bestimmten ersten und einzigen Termine Die von d. Einkommensteuer n. §. 3 befreiten Personen sind einer außerordentlichen Vertheilung der Grund-, Gewerbe- oder Personallsteuer unterworfen.

a) dafern dieselbe ein oder mehrere mit zusammen 150 Grundsteuereinheiten oder mehr belegte Grundstücke besitzt, an Grundsteuer 2 Pfennige von jeder Steuereinheit,

b) dafern dieselbe mit Gewerbe- oder Personalsteuer von 20 Agr. oder mehr jährlich sich in Ansatz befindet, die Hälfte des Jahresbetrags.

§. 18. Von keiner der §. 17 bezeichneten Personen soll an den daselbst unter a. b. gedachten Steuern zusammen mehr als überhaupt 5 Thaler erhoben werden. Steuermaximum für St.

§. 19. Ueberschreitet die Summe der §. 17 unter a. und b. sich ergebenden Steuerbeträge 5 Thaler, so ist ein Beitrag bis zu dieser Höhe zunächst als Grundsteuer und nur in soweit dieß zur Erfüllung nöthig, als Gewerbe- und Personalsteuer zu erheben.

§. 20. Die Erhebung der Einkommensteuer wie die der andern hiermit ausgedruckten Steuern und beziehentlich die zwangsweise Einbringung etwaiger Reste



erfolgt nach den §§. 31—35 und 38 des Gesetzes vom 9. September 1843 (Gesetz- und Verordnungsblatt von demselben Jahre, Seite 105 fg.) für die Grundsteuer bestehenden Vorschriften.

Die Bezeichnung ist  
dem Hauptaufschuß  
für die allgemeine  
Einkommenschätzung  
vorbereiten.

Zu möglichster Förderung und Erleichterung des Erhebungsgeschäftes ist der Hauptaufschuß für die allgemeine Einkommenschätzung beauftragt, den Steuereinnahmen die Heberegister sowohl als die Zufertigungen für die Steuerpflichtigen bei der Einkommensteuer vollständig vorbereitet zugehen zu lassen.

§. 21. Die von mehreren Steuerpflichtigen im Voraus auf Staatsabgaben entrichteten Beträge können auf die durch gegenwärtige Verordnung aufgeschriebenen Steuern in Anrechnung gebracht werden.

Wollung dieser Ver-  
ordnung.

§. 22. Unser Finanzministerium ist mit der Ausführung gegenwärtiger Verordnung beauftragt.

Gegeben zu Dresden, den 12. August 1848.

**Friedrich August.**

(L. S.)

**Robert Georgi.**

## Verordnung,

die Schätzung für eine außerordentliche Einkommensteuer im Königreiche Sachsen betreffend.

Friedrich August,

von Gottes Gnaden König von Sachsen &c. &c. &c.

In der Absicht, die bei den drängenden Umständen der Gegenwart dem öffentlichen Wohle darzubringenden Opfer, mit möglichster Schonung der Untermittelten, nach der wirklichen und allseitigen Beitragsfähigkeit eines jeden Staatsangehörigen zu bemessen, zugleich aber um die künftige Vertheilung der persönlichen direkten Staatslasten überhaupt lebhaft nach diesem Maßstabe anzubahnen, haben Wir auf Antrag Unseres Finanzministeriums beschloffen, der bevorstehenden Ständerversammlung ein Gesetz über die außerordentliche Besteuerung des Einkommens vorlegen zu lassen.

Indem aber die für eine außerordentliche Einkommensteuer anzunehmenden Grundsätze wie die Erhebung und Höhe der Steuer selbst der Vereinbarung Unserer Regierung mit den Ständen vorbehalten bleibt, beabsichtigen Wir die für deren Ausführung erforderlichen umfangreichen Vorbereitungen sofort dergestalt treffen zu lassen, daß dieselbe alsbald nach erfolgter ständischer Zustimmung ins Leben treten könne, und verordnen deshalb auf Grund §. 88 der Verfassungsurkunde hierdurch wie folgt:

§. 1. Das Einkommen sämmtlicher Bewohner und juristischer Personen des Königreiches, ohne Unterschied ob dasselbe aus dem In- oder Auslande bezogen wird, ist unvertheilt einer Schätzung zu unterwerfen. Allgemeinheit der Einkommen-Schätzung

§. 2. Ausgenommen von der Schätzung ist allein das Einkommen Ausnahmen.

- a) der Staatsanwaltschaften, Kirchen, sowie frommen und milden Stiftungen und der Landesuniversität;
- b) der ausländischen diplomatischen Personen, welche den Staatsangehörigen nicht beizuzählen sind;
- c) derjenigen Ausländer, welche sich noch nicht zwei volle Jahre lang in Sachsen aufhalten.

§. 3. Für die obere Leitung der Schätzung wird sofort ein Hauptschätzungsausschuß gebildet, welcher Unserem Finanzministerium unmittelbar untergeben ist. Die Schätzung wird von einem Hauptschätzungsausschuß geleitet.

§. 4. Für jeden Gemeindebezirk ist eine Schätzungsrolle aufzustellen.

§. 5. In der Schätzungsrolle ist jede der nach §. 1 und 2 der Schätzung unterworfenen Personen, insofern deren Einkommen den Betrag von jährlich 200 Thaler — — — übersteigt, mit dem jährlichen Betrage ihres Einkommens und den deshalb zu ertheilenden weiteren Vorschriften gemäß namentlich aufzuführen. Aufrechterhaltung von Schätzungsrollen in Gemeinden.

§. 6. Die Ermittlung des Einkommens wird unter Aufsicht der Steuerbehörden und Gemeindeoberkeiten für jeden Ort durch einen Schätzungsausschuß bewerkstelligt, wel-

her aus der Mitte der dahin gehörigen, der bürgerlichen Ehrenrechte theilhaftigen Einwohner zu wählen ist. In größeren Orten werden dem Ortsausschusse noch Abtheilungsausschüsse beigegeben.

*Abtheilung v. Wahl in den Ausschuss.*

§. 7. Der Eintritt in einen Orts- oder Abtheilungsausschuss (§. 6) wie die vorübergehende Theilnahme an dem Schätzungsgeschäfte kann nur von Demjenigen verweigert werden, welcher nach §. 97 der allgemeinen Städteordnung oder beziehentlich nach §. 33 der Landgemeindeordnung zur Abtheilung eines Gemeindeamtes berechtigt ist.

*Wähler, vor dem Ausschusse auf Verlangen zu erscheinen.*

§. 8. Jeder der Schätzung Unterworfenen ist verpflichtet, auf Veranlassung des Orts- oder Abtheilungsausschusses sich bei demselben persönlich oder durch einen hinreichend beglaubigten Bevollmächtigten bei Verlust der von ihm gegen die Schätzung zu machenden Ausstellungen einzufinden.

*Die Schätzung des Einkommens geschieht entweder mittelst Festsetzung der Einkünfte oder durch den Schätzungsausschuss.*

§. 9. Der freien Wahl jedes Betheiligten bleibt es anheim gestellt, ob er die Angabe seines Einkommens den darüber zu ertheilenden Vorschriften gemäß und vorbehaltlich der Prüfung seiner Angabe durch den Schätzungsausschuss selbst bewirken, oder dessen Ermittlung lediglich dem Ausschusse überlassen wolle.

§. 10. Die Abgabe der Erklärungen über das Einkommen von Unmündigen liegt deren Vormündern, über dasjenige der Gemeinden und sonstigen juristischen Personen aber den Verwaltern ihres Vermögens ob.

§. 11. Nach Vollendung jeder Schätzungsrolle wird der Ausschuss derjenigen, welche die erfolgte Abschätzung ihres Einkommens kennen zu lernen wünschen, auffordern, sich deshalb binnen 8 Tagen bei Verlust des Rechts einer weiteren Einwendung gegen die Schätzung bei dem Ausschusse anzumelden.

*Verufung v. Auschluss an den Hauptschätzungsausschuss.*

§. 12. Gegen den Beschluss des Orts- oder Abtheilungs- Ausschusses steht dem Betheiligten einmalige Verufung an den Hauptschätzungsausschuss (§. 3) zu, bei dessen Entscheidung es aber, mit Ausnahme von Beschwerden über das Verfahren, wegen deren noch der Recurs an Unser Finanzministerium offen steht, ohne Weiteres bewendet.

*Verufung v. Auschluss für Reclamationen.*

§. 13. Jede Einwendung, Verufung oder Beschwerde ist bei Verlust des Rechts hierzu innerhalb einer anderweiten Frist von 8 Tagen von Ablauf der §. 11 gedachten Frist an gerechnet bei dem Orts- oder Abtheilungs- Ausschusse anzubringen und zu bescheinigen.

§. 14. Der Nachweis jeder erhobenen Einwendung, Verufung oder Beschwerde liegt dem Urheber derselben ob.

*Verfahren bei Einwendungen gegen die Schätzung oder gegen die Festsetzung des Einkommens.*

§. 15. Demjenigen, der sich bei der durch den Ausschuss erfolgten Annahme oder Schätzung seines Einkommens nicht beruhigen will, steht die Wahl zu, ob er sich zunächst einer Darlegung seines Einkommens in der noch näher zu bestimmenden Weise unterziehen oder sich sofort zu eidlicher Bekräftigung seiner Angabe erboten wolle.

*Estrafen für Verheimlichung.*

§. 16. Die absichtliche Verheimlichung oder die zu niedrige Angabe des Einkommens zieht, in sofern hierbei nicht die Strafe des Meineides Platz ergreift, eine Geldstrafe nach sich, welche dem vierfachen Betrage der von dem verheimlichten Einkommen oder Einkommentheile künftig zu erhebenden Abgabe gleichkommt.

Ist hierbei der hinterzogene Abgabebetrag nicht zu ermitteln, so tritt an die Stelle der obigen Strafe eine Geldbuße von 10 Thlr. bis mit 100 Thlr.

Die Untersuchung und Entscheidung steht für jeden Fall der ordentlichen Obrigkeit des Angekündigten zu, welche hierbei nach den für Verwaltungsstrafsachen bestehenden Vorschriften zu verfahren hat.

§. 17. Der gegen eine Abschätzung eingewendeten Berufung ohnerachtet ist das Einkommen des Betheiligten nach demjenigen Betrage, welchen der betroffene Schätzungsausschuß angenommen, in die Schätzungsrolle, jedoch mit Vorbehalt der hiernach etwa eintretenden Berichtigung aufzunehmen.

§. 18. Die gewählten und nicht in fester Besoldung stehenden Mitglieder der Schätzungsausschüsse sind, in sofern sie es nicht vorziehen, das ihnen durch das Vertrauen ihrer Mitbürger übertragene Ehrenamt unentgeltlich zu führen, berechtigt, auf ihre ausdrückliches Verlangen eine mäßige Vergütung, jedoch nur für ihre Versäumnis, in Anspruch zu nehmen, welche auch in keinem Falle die §. 40 der Ausführungsvorordnung zum Gewerbe- und Personalsteuergesetz vom 24. Dezember 1845 (Gesetz- und Verordnungsblatt desselben Jahres Seite 380) festgesetzten Tagegelde übersteigen darf. Die Vergütung ist solchenfalls durch den Ausschuß vorzuschlagen und durch die Obrigkeit festzustellen. Die hierdurch erwachsenden Kosten werden vorstufweise und vorbehaltlich weiterer wegen deren Uebertragung mit den Ständen zu vereinbarender Bestimmung aus der Staatskasse bestritten.

§. 19. Im Uebrigen sind die Angelegenheiten der gegenwärtigen Schätzung kosten- und stempel- auch portofrei. Die Kosten aber, welche durch unbegründet erwachene Einwendungen und Beschwerden, sowie in den §. 16 gedachten Straffällen erwachsen sind, trägt Derjenige, welcher dieselben veranlaßt hat.

§. 20. Mit der Vollziehung gegenwärtiger Verordnung ist Unser Finanzministerium beauftragt.

Wir geben uns der gerechten Erwartung hin, daß jeder Staatsbürger, so viel an ihm ist, das hiermit vorzubereitende Werk einer möglichst gleichmäßigen und gerechten Vertheilung der außerordentlichen Staatslasten durch Uneigennützigkeit und Willfährigkeit zu fördern bereit seyn, insbesondere auch, daß die durch das allgemeine Vertrauen zu dem wichtigen Geschäfte einer Schätzung ihrer Mitbürger berufenen Einwohner Sachsens sich diesem Berufe mit Gerechtigkeitsinn, Einsicht und Thätigkeit hingeben, dadurch aber insgesammt zu Erleichterung der dem Wohle Aller zu bringenden Opfer wesentlich beitragen und ihre wahre Liebe zum Vaterlande auch hierbei betheiligen werden.

Urkundlich haben Wir diese Verordnung eigenhändig vollzogen und Unser Königlich-sächsisches Siegel beidrucken lassen.

Gegeben zu Dresden, am 27. April 1848.

**Friedrich August.**

(L. S.)

Dr. Alexander Karl Hermann Braun.

Dr. Ludwig Karl Heinrich v. d. Pforden.

Robert Georgi.

Martin Oberländer.

Karl Friedrich Gustav von Oppell.

## Verordnung,

die Ausführung einer allgemeinen Schätzung des Einkommens  
im Königreich Sachsen betreffend.

In Gemäßheit der unter heutigem Tage erlassenen Landesherzlichen Verordnung ist die Absicht Sr. Maj. des Königs dahin gerichtet, alle Vorbereitungen zu Einführung einer den Anforderungen der Gerechtigkeit entsprechenden außerordentlichen Einkommensteuer auf das Ehestücksteuergesetz treffen zu lassen, daß dieselben schon als Unterlage für das über diesen Gegenstand an die bevorstehende Ständeverammlung zu bringende Gesetz dienen können.

Obgleich nun die hiernach unverweilt vorzunehmende allgemeine Einkommenschätzung ein so umfangreiches und schwieriges Geschäft ist, daß zu wünschen wäre, es könnte demselben eine reichliche Zeitsfrist verschafft und durchgängig eine Leitung durch Organe verliehen werden, welche für derartige Arbeiten bereits geübt sind; so machen dieß doch die außerordentlichen Zeitumstände, unter denen die beabsichtigte Einrichtung ins Leben treten soll, unmöglich und das Finanzministerium vermag daher nur gestützt auf das Vertrauen zu der Einsicht und Thätigkeit Derjenigen, welche hiedurch zur Mitwirkung an dem vorliegenden ersten Geschäft berufen werden, wie zu der unermüßlichen Vaterlandsliebe aller hievon betroffenen Staatsangehörigen von der beabsichtigten Maßregel den gewünschten Erfolg zu erwarten.

Daselbst glaubt sich aber auch diesem Vertrauen um so zuversichtlicher hingeben zu dürfen, als die Zustände der Gegenwart einem Jeden die Ueberzeugung satzhaft gewährt haben werden, daß Maßnahmen, wie die hier erzielte, zu den unumgänglichen Erfordernissen der Zeit gehören und daß die hierbei darzubringenden Opfer nur den Zweck haben, die drohenden Stürme der Gegenwart von dem Vaterlande, sowie von jedem Einzelnen abzuwenden.

Von dieser Ueberzeugung geleitet, verordnet das Finanzministerium zu Ausführung einer allgemeinen Schätzung des Einkommens hiermit wie folgt:

### A. Behörden für die Schätzung.

#### I. Hauptschätzungsausschuß.

Gericht u. Verwaltung versehen.

§. 1. Die obere Leitung der Schätzung steht dem Hauptschätzungsausschuß zu, welcher seinen Sitz in Dresden hat und in unmittelbarer Unterordnung unter das Finanzministerium in allen Beziehungen für die Dauer der gegenwärtigen Schätzung die Stellung einer Mittelbehörde einnimmt.

Vorsetzung.

§. 2. An ihn gelangen alle in Angelegenheiten der Schätzung eingelegten Verfügungen zur endlichen Erledigung und Entscheidung, sowie etwaige Beschwerden über das Schätzungsverfahren, wegen deren jedoch der weitere Recurs an das Finanzministerium zulässig ist.

## II. Orts- und Abtheilungs-Ausschüsse.

§. 3. Für jeden Ort wird ein Orts-Schätzungs-Ausschuß und in Städten von mehr als 10,000 Einwohnern außer diesem noch wenigstens für je 10,000 Einwohner ein Abtheilungs-Ausschuß gebildet. Bildung derselben im Allgemeinen.

Für die Wahl der Ausschüsse dienen nachstehende Vorschriften.

1) In Städten, wo die allgemeine Städteordnung eingeführt ist.

§. 4. Sofort nach dem Erscheinen gegenwärtiger Verordnung hat die Gemeindeobrigkeit jedes hierunter begriffenen Orts eines ihrer Mitglieder zur Leitung der vorgeschriebenen Einkommenschätzung abzuordnen und dasselbe den Stadtverordneten mit der Aufforderung namhaft zu machen, ihrerseits zur Wahl des Orts-Schätzungs-Ausschusses, sowie in dem unter §. 7 gedachten Falle der Abtheilungs-Ausschüsse vorzusprechen. Mitteln der Obrigkeit zur Geschäftsleitung.

§. 5. Die Stadtverordneten wählen nach Stimmenmehrheit und zwar in Städten mit nicht über 1000 Einwohnern 3, Wahl der Orts-Ausschüsse.

mit mehr als 1000 aber „ „ 5000 „ 4,

„ „ „ 5000 „ „ 10,000 „ 5,

„ „ „ 10,000 „ „ 6,

der bürgerlichen Ehrenrechte theilhaftige Einwohner des Gemeindebezirks zu Mitgliedern des Orts-Schätzungs-Ausschusses und eben soviel Stellvertreter derselben. Die Gewählten bedürfen nur der Stimmenmehrheit überhaupt, ohne Rücksicht darauf, ob sie mehr als die Hälfte der Abstimmenden für sich haben.

§. 6. Bei der vorbedachten Wahl sind die Stadtverordneten keineswegs an die Mitglieder ihrer Versammlung gebunden. Sie haben sich vielmehr lediglich durch ihre Ueberzeugung von der Befähigung der zu Wählenden für den ihnen aufzutragenden schwierigen Beruf leiten zu lassen, hierbei aber wohl in Obacht zu nehmen, daß in den Ausschussmitgliedern und Stellvertretern die verschiedenen Klassen der Einwohnerschaft eine möglichst gleiche Vertretung finden. Vertretung.

§. 7. In Städten von mehr als 10,000 Einwohnern haben die Stadtverordneten nach erfolgter Wahl des Orts-Schätzungs-Ausschusses noch die Wahl der nach §. 3 erforderlichen Abtheilungs-Ausschüsse vorzunehmen. Wahl der Abtheilungs-Ausschüsse.

§. 8. Die Zahl der Abtheilungs-Ausschüsse, insoweit solche nicht durch §. 3 vorgeschrieben ist, zu bestimmen, bleibt der Gemeindeobrigkeit überlassen. Zahl der Abtheilungs-Ausschüsse.

§. 9. Für jeden Abtheilungs-Ausschuß haben die Stadtverordneten ebenfalls nach Stimmenmehrheit und sonst nach §. 6, 5 Mitglieder zu wählen und eben soviel Stellvertreter, welche innerhalb desjenigen Stadttheils wohnhaft sind, dessen Schätzung der betroffene Ausschuß ausführen soll. Vertretung.

§. 10. Das Ergebnis der so vollzogenen Wahlen haben die Stadtverordneten dem §. 4 gedachten Mitgliede der Obrigkeit bekannt zu machen, welches bei der letzten in dem §. 7 vorgesehenen Falle die Abordnung noch eines ihrer Mitglieder zu jedem der gewählten Abtheilungs-Ausschüsse zu beantragen hat. Anzeige des Wahl-Ergebnisses u.

§. 11. Das mit der Geschäftsleitung bei dem Orts-Schätzungs-Ausschusse beauftragte Mitglied der Obrigkeit, welches in ersterem den Vorsitz führt, hat hiernächst zu erwählenden. Beauftragung und Voranstellung zu erwählenden.

die zu Mitgliedern oder Stellvertretern dieses Ausschusses erwählten Ortsbewohner

von der auf sie fallenen Wahl unter Bezugnahme auf §. 7 der angezogenen Allerhöchsten Verordnung vom heutigen Tage in Kenntniß zu setzen und, soviel die wirklichen Ausschussmitglieder betrifft, dieselben zu alldaliger Versammlung einzuladen.

*Ergänzung d. Ausschusses.*

§. 12. Die versammelten Ausschussmitglieder haben zunächst eine der Zahl der bereits erwählten Mitglieder und Stellvertreter gleichkommende Zahl von Ausschussmitgliedern und Stellvertretern aus der Mitte der Einwohnerschaft nach Stimmenmehrheit zu wählen, welche als ersteren völlig gleichberechtigt in den Ausschuss einzutreten haben und in der §. 11 gedachten Weise zu benachrichtigen und aufzufordern sind.

Bei der hiedurch erfolgenden Ergänzung des Ausschusses sind die am Schlusse der §. 6 angedeuteten Rücksichten vorzugsweise ins Auge zu fassen.

*Stellvertreter des Vorstehers u. Protokollführer.*

§. 13. Der solchergestalt ergänzte Ausschuss wählt nach absoluter Stimmenmehrheit eines seiner Mitglieder zum Stellvertreter des Vorsitzenden und eines derselben zu Führung des Protokolls.

Erglebt sich nach zweimaliger Wahl für Niemanden eine absolute Stimmenmehrheit, so ist jedenfalls derjenige für gewählt zu erachten, der überhaupt die meisten Stimmen für sich hat.

*Gleiches Verfahren bei den Abtheilungsausschüssen.*

§. 14. Jedes mit der Geschäftsleitung und dem Vorsteher in einem Abtheilungsausschusse beauftragte Mitglied der Obrigkeit hat die zu Mitgliedern und Stellvertretern dieses Ausschusses erwählten Einwohner ebenfalls in der §. 11 gedachten Weise zu benachrichtigen und zur Versammlung an einem geeigneten, im Mangel passender Gemeinderäume, zu ermittelnden Orte einzuladen.

*Vorfassung.*

§. 15. Die §§. 11—13 wegen Ergänzung des Ortsausschusses und sonst getroffenen Bestimmungen leiden auf die Abtheilungsausschüsse ebenfalls vollständige Anwendung. Die zur Ergänzung jedes Abtheilungsausschusses nach §. 12 anderweit zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter brauchen den Betroffenen des betroffenen Stadttheils nicht anzugehören.

2) In Orten, wo die Landgemeindeordnung besteht.

*Wer zum Ausschusse gehört.*

§. 16. In Orten, wo die Landgemeindeordnung eingeführt ist, besteht der Abtheilungsausschuss aus

- 1) dem Vorstande und sämmtlichen Mitgliedern des Gemeinderaths (oder beziehentlich Stadtraths);
- 2) dem Rittergutsbesitzer;
- 3) dem Ortspfarrer, bei beiden letztgenannten unter der Voraussetzung, daß sie am Orte wohnhaft sind;
- 4) einer der Zahl der Stadt oder Gemeinderathsmitglieder gleichkommenden Zahl anderer Gemeindeglieder.

*Vorfassung.*

§. 17. Ob die §. 16 unter 2 und 3 aufgeführten Personen an dem Schätzungsausschusse Theil nehmen wollen, oder nicht, bleibt zwar lediglich in ihr eigenes Ermessen gestellt; von dem Gemeinfinne derselben ist jedoch zu erwarten, daß auch sie sich dem hier fraglichen ehrenhaften Berufe nicht ohne hinreichend begründete Ursache entziehen werden.

*Gemeindeversammlung zur Wahl.*

§. 18. Zur Wahl der nach §. 16, 4 dem Ausschusse beizugebenden Gemeindeglieder hat der (Stadt- oder) Gemeinderath baldigst nach Empfang gegenwärtiger Verordnung eine Gemeindeversammlung zu berufen.

§. 19. Die Gemeinde wählt die nach §. 16, 4 sich ergebende Zahl von Gemeindegliedern nach einfacher Stimmenmehrheit. Diejenigen sind für gewählt zu achten, welche die meisten Stimmen für sich haben, ohne daß auf die Höhe der Stimmenzahl weiter etwas ankommt. Bestimmung für die Wahl der Mitglieder.

§. 20. Die Wahl sämtlicher Ausschußmitglieder kann auf einmal vollzogen werden. Ergeben sich jedoch hierbei gleich viel Stimmen für mehr Personen, als der Ausschuß bedarf, so ist die Wahl zu wiederholen und für jedes Ausschußmitglied einzeln vorzunehmen. Bestimmung.

§. 21. Nach der §. 20 gedachten Wahl der Ausschußmitglieder wählt die Gemeinde in ganz gleicher Weise noch eben soviel Stellvertreter, welche bei Behinderung irgend eines der §. 16 unter 1 und 4 gedachten Ausschußmitglieder an deren Statt in den Ausschuß eintreten. Wahl der Vertreter.

§. 22. Bei der Wahl der Ausschußmitglieder und Stellvertreter ist darauf sorgfältig zu achten, daß durch dieselben alle Classen der Einwohnerschaft und daher Angesehene und Unangesehene, Vermittelte und Unvermittelte, Oervertreibende und andere vertreten seien. Nöthigen bei der Wahl.

§. 23. Nach erfolgter Wahl treten sämtliche Ausschußmitglieder, die §. 16 unter 2 und 3 gedachten jedoch nur, insofern sie dem an sie hierdurch ergehenden Rufe überhaupt zu folgen gemeint sind, zusammen und wählen unter sich nach Stimmenmehrheit einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben. Wahl des Vorsitzenden und Stellvertreter.

§. 24. Der zu wählende Vorsitzende und dessen Stellvertreter muß eine die Hälfte der Abstimmanden übersteigende Anzahl von Stimmen für sich haben. Erlangt bei der ersten Abstimmung Niemand eine solche Stimmenmehrheit, so ist noch einmal abzustimmen und es gilt nun Derjenige für gewählt, der bei der zweiten Abstimmung die meisten Stimmen erhalten hat. Bestimmung.

§. 25. Ein Ausschußmitglied ist mit der Führung des Protokolls oder doch Protokollführung, mindestens mit schriftlicher Anmerkung des Wissenswertheften der Verhandlung zu beauftragen.

Nöthigen Falls bleibt dem Ausschusse die Zuziehung einer andern hierzu geeigneten Person nachgelassen.

### 3) Allgemeine Bestimmungen für sämtliche Ausschüsse.

§. 26. Jeder Ausschuß faßt seine Beschlüsse nach Stimmenmehrheit. Beschlussefassung d. Ausschusses.

§. 27. Sämtliche Mitglieder haben gleiches Stimmrecht und nur bei einer tretender Stimmengleichheit steht dem Vorsitzenden eine entscheidende Stimme zu. Stimmrecht.

Wird das Einkommen eines Ausschußmitgliedes geschätzt, so hat hierbei wie bei der Abstimmung hierüber das betroffene Mitglied einstweilen abzutreten.

§. 28. Die Stellvertreter sind berechtigt, allen Ausschußsitzungen beizuwohnen, ohne jedoch, so lange sie nicht zur Stellvertretung berufen werden, an den Verhandlungen und Abstimmungen des Ausschusses Theil zu nehmen. Bezug auf den Stellvertreter.

§. 29. Darüber, daß den vorstehend §. 3 bis 25 enthaltenen Vorschriften allenthalben genau und mit der nöthigen Bescheunigung nachgegangen werde, zu wachen, sind die Gemeindevorsteher verpflichtet, und dafür verantwortlich. Verantwortlichkeit der Oborgkeit.

Dieselben haben sich daher in Zeiten (vergl. §. 78) von dem Vollzuge der



gedachten Bestimmungen zu überzeugen, wahrzunehmende Mängel aber selbst abzustellen oder nach Befinden ungesäumt dem Hauptschätzungsausschusse berichtlich anzuzeigen.

## B. Vorschriften der Schätzung.

### 1. Allgemeine Vorschriften.

Verpflichtung städtischer  
mehrerer Vertheilten.

§. 30. Vor Beginn des jedem Ausschusse übertragenen SchätzungsGeschäfts hat der Vorsitzende sämtliche Mitglieder auf die Wichtigkeit des ihnen obliegenden Berufs, wie auf die schwere Verantwortung aufmerksam zu machen, welche den Landesgesetzen zufolge die Verletzung der ihnen hiermit auferlegten Pflicht treffen würde.

Er hat von jedem Mitgliede die Versicherung entgegen zu nehmen, bei dem SchätzungsGeschäfte allenthalben nach Pflicht, Ehre und Gewissen, wie mit strenger Verschwiegenheit verfahren zu wollen, und seinerseits selbst der Versammlung diese Verpflichtung zu erteilen.

Vorsitzung.

Diese Handlung vertritt die Stelle einer amtlichen Verpflichtung.

§. 31. Bei dem Eintritt eines Stellvertreters in den Ausschuss ist von demselben die obige Versicherung (§. 30) jedesmal ebenfalls zu erfordern.

Memorien über  
Schätzungsvorschriften.

§. 32. Der Vorsitzende des Ausschusses hat sich zuvorberst mit den über die Schätzung erlassenen Anordnungen genau bekannt zu machen und solche mit den Ausschussmitgliedern zu gemeinsamer Verständigung durchzugehen.

Bei entstehenden und vom Orts-Ausschusse nicht zu erledigenden Zweifeln ist die Entscheidung des Hauptschätzungsausschusses einzuholen.

Ausschreibung zu  
einer Schätzung.

§. 33. Das es nach §. 9 der Allerhöchsten Verordnung vom heutigen Tage in die freie Wahl jedes Theilhabenden gestellt ist, ob er die Angabe seines Einkommens den darüber erteilten Vorschriften gemäß und vorbehaltlich der Prüfung seiner Angabe durch den Schätzungsausschuss selbst bewirken oder dessen Ermittlung lediglich dem Ausschusse überlassen wolle; so hat der Ausschuss alsbald durch eine öffentliche Bekanntmachung oder in sonst geeigneter Weise die Theilhabenden aufzufordern, ihre Erklärung hierüber binnen drei Tagen abzugeben (vergl. §. 50).

Besitzt Jemand Grundstücke, Gebäude oder Gewerbsanlagen in verschiedenen Gemeindebezirken oder Stadttheilen, so bleibt zwar demselben die eigene Einschätzung in gleichem Maße freigestellt, er hat jedoch jedenfalls ein vollständiges und deutliches Verzeichniß dieser verschiedenen Besitzungen binnen der obgedachten drei Tage an den Schätzungsausschuss seines Wohnortes einzureichen, der Ausschuss aber hat in seiner allgemeinen Bekanntmachung die Theilhabenden hierzu besonders mit aufzufordern.

Formular und  
Beysp.

§. 34. Jedem Theilhabenden, welcher die Angabe seines Einkommens selbst bewirken will, ist hierzu das unter A. anliegende Formular auszuhändigen, welches derselbe anderweit binnen drei Tagen auszufüllen und an den Ausschuss wieder einzureichen hat.

Die Erklärung über das selbstständige Einkommen von Ehefrauen ist von deren Ehemännern mit zu unterzeichnen; bei Unmündigen ist erstere von den Vormündern derselben, bei Corporationen u. von den Verwaltern ihres Vermögens auszustellen.

§. 35. Unerwartet des Erfolgs der obigen Aufforderung (§. 33) hat der Ausschuss mit der Schätzung aller Orts- oder beziehentlich Abtheilungsbewohner vorzuschreiten

§. 36. Das Einkommen ist, dafern es ein festes nach dem Betrage, welchen dasselbe im Augenblicke der Schätzung erreichte, das steigende und fallende Einkommen nach dem durchschnittlichen Betrage mehrerer Jahre, beides aber nach Abzug der davon etwa zu zahlenden Schuldzinsen (vergl. §. 65 und 67) aufzuführen.

§. 37. Im Uebrigen ist das Einkommen hierbei ohne irgend andere als Doretzug, die in Nachstehendem für jede Art des Einkommens besonders benannten Abzüge (vergl. §. 65 bis 73) aufzuführen, da die besondere Rücksicht, welche mehrere Arten des Einkommens erheischen und die deshalb nach Befinden anzunehmende Ermäßigung der Steuerhöhe erst dann einzutreten hat, wenn es zur Besteuerung selbst kommt.

§. 38. Alle durch den Ausschuss festzusetzenden Schätzungsbeträge im Gegen- satze der eigenen Angaben der Betheiligten müssen mit Zehn theilbar seyn.

§. 39. Jeder Ausschuss ist ermächtigt, Beifuss der vorzunehmenden Schätzungen Sachverständige und zwar nach seinem Ermessen zur Vergleichung anderer Schätzungen auch aus anderen nahe gelegenen Orten oder Drittheilen unter Bezugnahme auf §. 7 der Allerhöchsten Verordnung vom heutigen Tage zuzuziehen. Dieselben haben jedoch im Ausschusse kein Stimmrecht.

## (Beilage A. zu §. 34.) :)

Nr. . . . des Grundeinkommens von . . . . .

Ich Unterzeichnetener versichere hierdurch auf Ehre und Gewissen und so wie ich es jederzeit eiblich zu bekennen vermag, daß mein (meines Ründels N. N., der Gemeinde N. N. \*) gesammtes, sowohl aus dem In- als auslande zu beziehendes Einkommen gegenwärtig oder, soweit davon die steigenden und fallenden Einkünfte anlangt, nach seinem durchschnittlichen Betrage sich höher nicht beläuft als auf jährlich:

Nr.		Betrag.		Anmerkungen.
		Thlr.	Gr.	
1.	vom Grund und Boden, sowie von der Ausübung der damit verbundenen Anlagen und Gerechtigkeiten, auch vom Betriebe landwirtschaftlichen Gewerbes auf eigenem Grund und Boden von Gebäuden . . . . .	.....	..	
2.	an Zinsen und Dividenden von Kapiallen, Staatspapieren, Aktien und anderen Obligationen, auch an laufenden Zinsen und Geldgefällen . . . . .	.....	..	
3.	an Dienstbezügen und Pensionen, welche vom Staate, von Gemeinden oder andern Corporationen und öffentlichen Anstalten gewährt werden, auch Selbstrenten . . . . .	.....	..	
4.	an Dienstbezügen, welche von Privatpersonen gewährt werden durch Anwendung von Wissenschaft oder Kunst . . . . .	.....	..	
5.	von landwirtschaftlichen Pachtungen und vom eignen Betriebe eines mit binglicher Gerechtsame verbundenen, nicht unter 1 gehörligen Gewerbes . . . . .	.....	..	
6.	vom Betriebe eines unter 1 oder 7 nicht aufgeführten Handels oder Gewerbes . . . . .	.....	..	
Summa				
am . . . . . 184 .				

(Eigenhändige Unterschrift.) \*\*)

\*) Bei einem Unmündigen ist rechtliche Erklärung von dem Vermöge desselben, bei einer Corporation u. von dem Vermöge ihres Vermögens auszuheilen.

\*\*) Die Erklärung über das selbstständige Einkommen einer Ehefrau ist von deren Ehegatten mit zu unterzeichnen.

†) Dieser Formularien hat auf der Rückseite die beizufügen in dieser Verordnung enthaltenen Bestimmungen der §§. 63 bis 73 incl. über die Schätzung des Einkommens im Auszuge, dann der pag. 166 enthaltene §. 16. betr. die Strafe für Verheimlichung des Einkommens, beigefügt.

Verpflichtung der Schätzungen 17.

§. 40. Die bei dem Ausschusse eingehenden eigenen Schätzungen, wie die auf Verlangen des Ausschusses demselben Seiten der Betheiligten gemachten sonstigen Angaben sind der sorgfältigsten Prüfung zu unterwerfen. Die eigenen Schätzungen sind jedenfalls dann anzunehmen, wenn die Angabe über das Einkommen der Betheiligten nicht um mehr als ein Zehntheil unter der Annahme des Ausschusses zurück bleibt.

Verfahren bei Mißverhältniß bei Betheiligten.

§. 41. Weicht der Betheiligte sein Einkommen um mehr als ein Zehntheil niedriger an, als solches von dem Ausschusse geschätzt wurde und will sich derselbe bei der Schätzung des letzteren nicht beruhigen, so steht ihm die Wahl zu, ob er sich

a) einer Darlegung seines Einkommens in der §. 42 vorgeschriebenen Weise unterwerfen oder

b) sich zur eidlichen Befestigung seiner Angabe erboten wolle.

Nachweis des Einkommens.

§. 42. Zieht der Betheiligte die §. 41 unter a gedachte Darlegung seines Einkommens vor, so ist derselbe, dafern er solche nicht dem gesammten Ausschusse machen will, befugt, zwei Ausschussmitglieder selbst zu bezeichnen, welchen er alsdann die erforderlichen Nachweisungen zu Beurtheilung seines Einkommens zu erteilen hat.

Beurtheilung.

§. 43. Grachten die vorstehend §. 42 genannten Ausschussmitglieder die ihnen erteilten Nachweisungen über das Einkommen des Betheiligten für genügend, so ist deren Angabe ohne Weiteres anzunehmen. Für den entgegengesetzten Fall bleibt es jedoch den genannten Ausschussmitgliedern unbenommen, die eidliche Befestigung der ihnen vom Betheiligten gemachten Angaben zu verlangen.

Beurtheilung.

§. 44. Die nach §. 42 erwähnten Ausschussmitglieder sind zur strengsten Verschwiegenheit über die ihnen hierbei geschehenen Mittheilungen auch gegen die übrigen Mitglieder des Ausschusses verpflichtet.

Verufung an den Haupt-Ausschuß.

§. 45. Will sich der Betheiligte auch bei der so erfolgten Schätzung seines Einkommens nicht beruhigen, so steht ihm die Verufung an den Haupt-Ausschuß aus, zu bei dessen Entscheidung es aber bewendet.

Eidliche Befestigung.

§. 46. Kommt es nach §. 41, b oder §. 43 zur eidlichen Befestigung einer Angabe über das Einkommen, so ist die ordentliche Gerichtsbarkeit des Betheiligten um Abnahme des Eides anzugehen, welcher sich erstere baldigst zu unterziehen hat.

Streitfälle.

§. 47. Ergiebt sich Seiten eines Betheiligten bei der von ihm selbst bewirkten

(Beilage B.)

Formular der Schätzungsrolle für den Gemeinde-

Steuerbezirk . . . . .

I.	II.	III.					
		Jährliches Einkommen:					
		1.	2.	3.	4.	5.	6.
Grundstück-Nummer.	Namen und Beruf oder Gewerbe der Abzuschätzenden.	von Grund u. Boden, sowie von der Ausübung der dazu mit verbundenen Vermögensgegenständen und Gewerben, sowie von sonstigen Einkünften, wie z. B. von Pensions- u. Dividenden.	von Erbschaften.	an Zinsen und Renten u. Pensionen, welche von Staats- u. Gemeindefürsorge, oder anderen öffentlichen oder privaten Anstalten oder Personen zufließen, sowie von anderen Einkünften, welche von öffentlichen oder privaten Anstalten oder Personen zufließen.	an Dienstlohn, oder anderweitigen Verdiensten, welche von öffentlichen oder privaten Anstalten oder Personen zufließen.	von anderen Einkünften, welche von öffentlichen oder privaten Anstalten oder Personen zufließen.	von anderen Einkünften, welche von öffentlichen oder privaten Anstalten oder Personen zufließen.
		Thlr. Sgr.	Thlr. Sgr.	Thlr. Sgr.	Thlr. Sgr.	Thlr. Sgr.	Thlr. Sgr.
3	Joh. Karl Schmidt, Hausbesitzer u. Tischlermeister.	.	200	.	.	.	.

Schätzung oder sonst eine absichtliche Verheimlichung oder die zu niedrige Angabe des Einkommens (vergl. jedoch §. 40), so tritt gegen denselben nach §. 16 der Allerhöchsten Verordnung vom heutigen Tage das Strafverfahren ein.

§. 48. Behufs der Untersuchung und Entscheidung ist die Sache an die ordentliche Verwaltungsbehörde des Angeeschuldigten vom Ausschusse sofort abzugeben.

II. Besondere Vorschriften für diejenigen Städte, für welche nächst dem Orts-Ausschusse auch Abtheilungs-Ausschüsse bestehen.

§. 49. Der Beruf des Ortsausschusses in Städten, wo neben demselben auch Beruf des Orts-  
Abtheilungsausschüsse bestehen, ist nicht die Abshätzung der einzelnen Ortsbewohner, Aussschusses besteht.  
sondern die Aufstellung und Aufrethhaltung allgemeiner Grundsätze und die Leitung der  
Abtheilungsausschüsse zu Vermeidung eines ungleichmäßigen Verfahrens unter denselben.

§. 50. Die Abschätzung der einzelnen Ortsbewohner liegt lediglich den Abtheilungs-Ausschüssen ob. An dieselben sind daher auch die in Folge der Aufforderung §. 33 ersuchenden Erklärungen zu verweisen.

§. 51. Nach Ausführung der §§. 32, 33 und 34 ertheilten Bestimmungen ordnet der Triebauschuß zu jedem Abtheilungsausschuße der Stadt Einem seiner Mitglieder ab, welches an den Verhandlungen und Abstimmungen des Abtheilungsausschusses wie jedes andere Mitglied des letztern Theil nimmt, vorzugsweise aber auf die Erhaltung der bei dem Triebauschuße vereinbarten Grundsätze zu sehen hat.

§. 52. Entstehen bei den Abtheilungsausschüssen Zweifel und Widersprüche hinsichtlich allgemeiner Schätzungsgrundsätze, so werden solche an den Oribauschuß zur Entscheidung gebracht, welcher zu diesem Behufe vollständig wieder zusammentritt.

§. 53. Findet auf dem §. 52 angedeuteten Wege eine Erledigung nicht statt, Verweisung an den Hauptausfluß.  
so ist auch hier nach §. 32 am Schlusse zu verfahren.

### III. Besondere Vorschriften für die Schätzung der verschiedenen Arten des Einkommens.

§. 54. Der Schätzung ist das unter B anliegende Formular der Schätzung, ~~Schätzungstrolle~~. Rolle zum Grunde zu legen.

Begirt der Stadt N. N. (des Dorfes N. N.)

aufgenommen im Jahre 18 . .  
durch den am Schluß genannten Erbkungsausschuß.

IV.							Anmerkungen.	
7.	8.	Summa des jährlichen Einkommens vertheilt unter III. 1. bis 8.	A.	B.	C.	D.		E.
vom Land- wirthschafts- lichen Nachsteu- gen und vom eigenen Be- triebe oder mit hiesiger Gewerksame verbundene, nicht unter I. gehörigen Gewerbet.	vom Betriebe eines unter I. von 7. nicht ausgeführten Gewerks oder Gewerbet.							
Abtr. 1910r.	Abtr. 1910r.	Abtr. 1910r.						
	450	650						

Wer barant hin-  
wegzulegen.

§. 55. Aus der Schätzungrolle bleiben die nach §. 2 der Allerhöchsten Ver-  
ordnung vom heutigen Tage von der Schätzung überhaupt ausgenommen Personen  
hinweg.

Einkommen bis 200  
Thaler.

§. 56. Diejenigen Einwohner des Gemeindebezirks, deren jährliches Einkom-  
men, ohne Abzug des Unterhalts für sie selbst und ihre Familie 200 Thaler nicht  
übersteigt, bleiben aus der Schätzungrolle ebenfalls hinweg und unterliegen einer näher  
einzulegenden Schätzung nicht.

Eintrag der Schät-  
zungen.

§. 57. In der Schätzungrolle sind zunächst unter der gehörigen Nummer des  
Brandcatasters die Mitglieder des Gemeindebezirks, sowie Ehefrauen und Unmündige,  
insofern dieselben eigenes Einkommen besitzen, jedoch unter Ausschluss der §. 55 und  
56 gedachten Personen, mit ihren Namen, auch mit Angabe ihres Berufs und Ge-  
werbes unter Nr. I. und II. aufzuführen.

Fortsetzung.

§. 58. Zu den nach §. 1 der Allerhöchsten Verordnung vom heutigen Tage  
der Schätzung ebenfalls unterliegenden und daher in die Schätzungrolle aufzunehmen-  
den juristischen Personen gehören unter andern auch Gemeinden, Aktiengesellschaften,  
Innungen u., insofern dieselben als solche und daher abgesehen von ihren Mitglie-  
dern ein eigenes Einkommen besitzen.

Befugnisse.

§. 59. Um das Geschäft der Aufzeichnung zu erleichtern, sind die Schätzungs-  
Ausschüsse ermächtigt, von den Grund- wie Gewerbe- und Personalsteuerkatastern, auch  
den Steuerbüchern bei denjenigen Behörden oder Ortsverwaltungen, wo sich solche eben be-  
finden, Einsicht zu nehmen.

Insofern dieß mit dem Geschäft der Steuererhebung irgend vereinbar, sind jene  
Cataster und Steuerbücher den Ausschüssen selbst mitzutheilen.

Befugnisse.

§. 60. Wer an mehreren Orten oder in mehreren unter verschiedene Abthei-  
lungsausschüsse gehörigen Stadttheilen Grundstücke besitzt oder Gewerbe betreibt, ist  
wegen des hieraus wie aus sonstigen Quellen erwachsenden Gesamteinkommens jeder-  
zeit nur in demjenigen Orte oder beziehentlich Stadttheile in Ansatz zu bringen, wo  
er seinen wesentlichen Wohnsitz hat.

Eintrag des Ein-  
kommens überhaupt.

§. 61. Das Einkommen eines jeden ist, nach den unter III. 1—8 der Schät-  
zungrolle bezeichneten verschiedenen Arten des Einkommens genau zu trennen, um so  
mehr, als die einzelnen Gattungen desselben einer verschiedenen Behandlung bei der Be-  
steuerung unterliegen können (vergl. §. 37).

Fortsetzung.

§. 62. Da die gegenwärtige Schätzung nicht eine Besteuerung des Stamm-  
vermögens, sondern nur eine solche des Einkommens zum Zwecke hat, so ist dieß  
genau zu beachten und sind daher in den verschiedenen Unterabtheilungen nirgendes Ca-  
pitalien, sondern allenthalben nur Renten, Zinsen, Dividenden u. aufzuführen.

1) Einkommen vom  
Grund u. Boden u.

§. 63. Unter III. 1 der Schätzungrolle ist das Einkommen vom eigenen Grund  
und Boden, von der Ausübung des landwirtschaftlichen Gewerbes darauf und der  
damit verbundenen Ausgaben und Gerechtigkeiten aufzuführen.

Demzufolge kommt hierbei zunächst

1) die Grundrente in Betracht, wie solche bereits bei der Grundsteuer er-  
mittelt worden ist. Um dieselbe, wie hier erforderlich, in Thalern auszudrücken, bedarf  
es nur der Theilung der Zahl der jedem Grundstücke aufliegenden, am leichtesten aus  
den Verzeichnissen zu ermittelnden Steuereinheiten durch 3, wobei die übrigen

bleibenden Steuereinheiten weggelassen werden können, so daß bei einem Grundstücke mit 3719 Steuereinheiten sich eine Grundrente von 1239 Thalern ergeben würde.

§. 64. Es darf jedoch nicht unbeachtet bleiben, daß

*Beichtigung.*

2) das landwirtschaftliche Gewerbe, wie mehrere am Grund und Boden haftende Nutzungen bei der Grundsteuer unberücksichtigt geblieben sind und deshalb unter III. 1 neben der §. 62, 1 gedachten Grundrente namentlich die Nutzung des in der Landwirtschaft angelegten Betriebskapitals, des Inventariums etc., sowie ferner die Obstnutzung, Jagd- und Fischereinutzung u. dgl. m. hier berücksichtigt werden muß.

Der durchschnittliche Betrag dieser Gegenstände ist der nach §. 63 gefundenen Grundrente hinzuzurechnen und mit derselben in einem Gesamtbetrage in Ansatz zu bringen.

Ist die Landwirtschaft oder sind die Nebennutzungen vorgedachter Art verpachtet, so ist nur das Einkommen ihres Eigenthümers unter III. 1, das des Pächters aber unter III. 7 der Schätzungsrolle aufzuführen (vergl. §. 72).

Andere nicht landwirtschaftliche, aber mit einer dinglichen Berechtigung verbundene Gewerbe, z. B. Bader, Bad-, Gast-, Kesselstreichereisame, gehören überhaupt nicht hierher, sondern unter III. 7 der Schätzungsrolle.

Trockene Zinsen und Geldgefälle sind hierunter ebenfalls nicht begriffen, sondern kommen unter III. 3 in Ansatz (vergl. §. 69).

§. 65. Von dem hiernach für die Spalte III. 1 sich ergebenden Schätzungsbeträge sind die Zinsen der, da nöthig nach Ausweis der Käufe oder Hypothekenbuchs, auszügie auf den hierher gehörigen Grundstücken hypothekarisch haftenden Schulden, die Zinsen anderer persönlicher Schulden des Eigenthümers aber nur dann in Abzug zu bringen, wenn derselbe außer dem Grundeigenthume kein anderes Einkommen bezieht.

*Beichtigung.*

Bezieht der Grundeigenthümer noch ein anderes Einkommen, so sind die Zinsen der zuletzt gedachten Schulden von diesem in Abzug zu bringen.

§. 66. Das unter III. 2 aufzuführende Einkommen von Gebäuden ist ebenso <sup>2)</sup> Von Gebäuden. falls nach der für die Grundsteuer erfolgten Schätzung in dem §. 63 vorgezeichneten Maasse zu ermitteln.

§. 67. Von dem hierdurch gefundenen Schätzungsbetrage sind nicht allein die *Beichtigung.* von dem Hausbesitzer zu entrichtenden Schuldzinsen nach Maßgabe §. 65, sondern auch die Miethzinsen der bei der Schätzung nicht vermieteten, aber vermietbaren und vom Hausbesitzer nicht selbst benutzten Räume, und zwar im Verhältnisse zum Schätzungsbetrage des ganzen Gebäudes, in Abzug zu bringen.

§. 68. Für Gewerberäume, welche wegen Stillstand des Geschäfts nicht *Beichtigung.* benutzt werden, ist an Grundrente dem Eigenthümer derselben etwas überhaupt nicht in Ansatz zu bringen.

§. 69. Unter III. 3 der Schätzungsrolle sind die Zinsen und Dividenden <sup>2)</sup> Von Capitalien. von hypothekarisch oder nur handschriftlich versicherten Kapitalien, von Staatspapieren, Aktien und anderen Obligationen, sowie die am Grundbesitze haftenden Geld- oder Naturalgefälle — letztere nach ihrem Geldwerthe — und trockenen Zinsen, Dividenden von Bergwerkskuren u. s. w. ohne Unterschied aufzuführen, das solche erzeugende Kapital mag sich irgend wo im In- oder Auslande befinden.

4) u. 5) Von öffentlichen u. Privat-Dienstleistungen.

§. 70. 1) Nicht nur die Empfänger der unter III. 4 und 5 der Schätzungssrolle gedachten Dienstbezüge, sondern auch sämtliche Dienstbehörden sowie Dienstherren sind verpflichtet, den Schätzungsausschüssen auf ihren Antrag Auskunft über die Höhe jener Bezüge zu ertheilen.

2) Nächst den festen Dienstbezügen unter III. 4 und 5 der Schätzungssrolle an Besoldungen, fortlaufenden Remunerationen, Bartegeldern u. dgl. sind steigende und fallende Bezüge nach ihrem durchschnittlichen Betrage aufzuführen.

3) Dienstbezüge, welche nicht in Geld, sondern in Naturalien, als Kost, Wohnung, Heizung (mit Ausschluß derjenigen für Diensträume) u. dgl. gewährt werden, sind nach Geld zu veranschlagen und ebenfalls nach einem jährlichen Durchschnitte in Ansatz zu bringen.

4) Außer den Dienstbezügen sind auch Leibrenten unter III. 4 aufzuführen.

6) Durch Wissen-schaft und Kunst.

§. 71. Das Einkommen, welches die unter III. 6 der Schätzungssrolle aufzuführenden Personen, als z. B. Aerzte, Chirurgen, Advokaten, Notarien, Schriftsteller, Herausgeber von Zeitschriften, Ingenieure, Baumeister, Lehrer, Musiker, Maler, Bildhauer, Schauspieler u. s. w., durch die Anwendung ihrer Wissenschaft oder Kunst beziehen, ist hier nach seinem durchschnittlichen Betrage, jedoch lediglich insoweit aufzuführen, als die gedachten Personen nicht in festem Gehalte stehen.

Stehen dieselben in festem Gehalte, so sind sie mit solchem beziehentlich unter III. 4 oder 5 und nur wegen ihres sonstigen künstlerischen oder wissenschaftlichen Erwerbs unter III. 6 einzustellen.

7) Von landwirthschaftlichen Pachtungen u. von gewissen Gewerben.

§. 72. Unter III. 7 der Schätzungssrolle ist

1) das Einkommen von landwirthschaftlichen Pachtungen aufzuführen;  
2) ist hier das Einkommen aus dem Betriebe jedes nicht landwirthschaftlichen (vergl. §. 65) Gewerbes, mit welchem eine dingliche Berechtigung verknüpft ist, als das der Müller, Bäcker, Fleischer, Gastwirth, Bade- und Barbiergeheimnissehaber, der Inhaber von Ziegeleien, Feldmeisterleien u. a. m., immer jedoch nur unter der obigen Voraussetzung einer mit dem Gewerbe verbundenen dinglichen Berechtigung einzustellen;

3) ist der Betrieb eines der vorstehend unter 2 genannten Gewerbe verpachtet, so ist nur das Einkommen des Eigenthümers der Berechtigung unter III. 7, das des Pächters aber unter der folgenden Nummer III. 8 einzustellen.

8) Von anderen Gewerben.

§. 73. Unter III. 8 der Schätzungssrolle ist das Einkommen aus jeder Art von Gewerben, insofern sie nicht der Abtheilung unter III. 1 oder 7 angehören, anzugeben, daher namentlich das Einkommen aus allen Groß- und Kleinhandels-, Bank-, Wechsel-, Expeditions-, Transport- und Commissionsgeschäften, von Apotheken, von Fabriken und Fabrikverlägen, und Faktorgeschäften, aus Gast- und Schankwirthschaften, Herbergen ohne dingliche Berechtigung, aus dem selbstständigen Betriebe von Handwerken und gewerbmäßigen Kunstfertigkeiten u. dgl. m.

Hierbei ist in der Regel das durchschnittliche Einkommen von drei Jahren und nur in dem Falle der Durchschnitt eines kürzern Zeitraums zum Grunde zu legen, wenn das fragliche Gewerbe noch nicht drei Jahre lang bestand oder innerhalb dieses Zeitraumes Umstände eingetreten sind, welche auf dessen Betrag einen wesentlich günstigen oder ungünstigen Einfluß ausgeübt haben.

Bei Abschätzung des hierunter begriffenen Einkommens ist lediglich der Aufwand für den Fortbetrieb des Gewerbes selbst in Abzug zu bringen (vergl. §. 37).

§. 74. Das bei jedem Betheiligten nach den verschiedenen Gattungen desselben unter den Nummern III. 1 bis 8 aufgetragene Einkommen ist in der Spalte IV. der Schätzungrolle zusammenzurechnen. Aufzeichnung des gesamten Einkommens.

Die in Spalte IV. eingetragenen Beträge sind jedoch weder am Schlusse der Seite, noch am Schlusse der ganzen Schätzungrolle aufzurechnen.

§. 75. Jeder Orts- und Abtheilungsausschuß hat eine öffentliche Bekanntmachung zu erlassen, in welcher derselbe die Vollenbung der Schätzungrolle anzeigt und alle Betheiligte, welche die erfolgte Abschätzung ihres Einkommens kennen zu lernen wünschen, auffordert, sich deshalb binnen 8 Tagen bei Verlust des Rechts einer weiteren Einwendung gegen die Abschätzung bei dem Ausschusse anzumelden. Bekanntmachung der Schätzungen.

§. 76. Wer eine so angemeldete Einwendung gegen die Schätzung seines Einkommens machen will, hat dieselbe bei Verlust des Rechts hierzu innerhalb einer anderweiten Frist von acht Tagen nach Ablauf der §. 75 gedachten Frist bei dem Ausschusse schriftlich anzubringen. Einwendungen gegen die Schätzung.

Der letztere hat eintretenden Falls dasjenige Verfahren in Anwendung zu bringen, welches §. 39 bis 45 für den Fall der eigenen Schätzung und des hierbei erfolgenden Widerspruchs des Betheiligten vorgezeichnet ist (vergl. §. 79).

§. 77. Der noch erforderlichen Erledigung erhobener Widersprüche ungeachtet, ist die Schätzungrolle abzuschließen, indem solcher am Schlusse Ort und Tag der Vollenbung beigelegt und dieselbe von dem Vorsitzenden und von jedem Mitgliede des Ausschusses unterschrieben wird. Beilegung der Schätzungrolle.

§. 78. Die so vollzogene Schätzungrolle ist unverweilt, und zwar spätestens fünf Wochen nach dem Erscheinen gegenwärtiger Verordnung, an die Bezirkssteuereinnahme, an welche der betreffende Ort gewiesen ist, einzureichen, dabei aber mit anzuzeigen, ob und bei welchen Ansätzen noch Widersprüche unerledigt geblieben sind. Einreichung zur Bezirkssteuereinnahme.

§. 79. Soviel die bei Einreichung der Schätzungrolle zur Bezirkssteuereinnahme noch unerledigten Widersprüche anlangt, so ist, insoweit solche von dem Ausschusse nachträglich erledigt werden, hierüber baldigst Anzeile zur Bezirkssteuereinnahme zu erstatten. Unerledigte Einwendungen.

§. 80. Diejenigen Einwendungen, welche durch den Ortsausschuß nicht erledigt werden können, sind dem Hauptschätzungsausschusse in tabellarischer Form nach Maßgabe der Beilage C\*) zur Entscheidung anzuzeigen. Der Hauptausschuß wird von der erfolgten Entscheidung die Bezirkssteuereinnahme in Kenntniß setzen. Entscheidung durch den Hauptschätzungsausschuß.

### C. Beaufsichtigung der Schätzung.

§. 81. Zur Beaufsichtigung der Einkommenschätzung sind nachbenannte Behörden und Beamte berufen: Aufsichtsbehörden.

\*) Siehe die Note der folgenden Seiten.



## I. der Hauptschätzungsausschuß.

§. 82. Für die möglichste Gleichförmigkeit des Verfahrens und die Beobachtung übereinstimmender Grundsätze in der Schätzung selbst hat der Hauptschätzungsausschuß zunächst insoweit Sorge zu tragen, als ihm hierzu in Folge an ihn gelangender Berufungen oder Beschwerden Veranlassung gegeben wird (vergl. §. 32, 41, 53, 80, 87, 90).

Vorfassung.

§. 83. Abgesehen von den §. 82 gedachten Fällen bleibt es dem Hauptaus-  
schusse unbenommen, die zu Abstellung von Ungleichheiten in dem Verfahren oder in der Schätzung selbst von ihm angenommenen allgemeinen Grundsätze von Zeit zu Zeit zur Nachachtung für die Orts- und Abtheilungsausschüsse öffentlich bekannt zu machen.

## II. Die Beamten der directen Abgabenverwaltung.

## 1) Die Bezirkssteuereinnnehmer und deren Hülfsbeamte.

§. 84. Das Finanzministerium wird zur Unterstützung und Erleichterung des Abschätzungsgeschäfts, namentlich auf dem Lande, die Bezirkssteuereinnnehmer an-  
weisen, sich persönlich in die Orte ihrer Bezirke zu verfügen und sich mit den Abschät-  
zungsausschüssen zu vernehmen, denselben, insoweit nöthig, Aufklärungen zu ertheilen  
und überhaupt mit ihrem Rathe soweit möglich beizustehen (§. 59). An der Abschätzung  
selbst werden dieselben jedoch in keinem Falle Theil nehmen.

Hülfsbeamten.

§. 85. Da die Zahl der Bezirkssteuereinnnehmer nicht ausreicht, um alle Orte  
des platten Landes durch sie auf diese Weise zu unterstützen, so wird das Finanz-  
Ministerium den Bezirkssteuereinnnehmern für dieses Geschäft noch Hülfsbeamte beistellen  
und solche mit der §. 84 gedachten Anweisung versehen.

Vorfassung.

§. 86. Jeder Hülfsbeamte gedachter Art wird sich bei dem betroffenen Schätzungsausschüsse durch die ihm Seiten des Finanzministeriums ertheilte offene Auftrags-Ver-  
ordnung, welche den Steuerbezirk bezeichnet, für welchen der Erstere beauftragt ist, ausweisen.

Vorfassung.

§. 87. Die §. 84 und 85 gedachten Aufsichtsbeamten werden die von ihnen  
gemachten Wahrnehmungen und etwaige Mängel der Ausführung zur Kenntniß des  
Hauptschätzungsausschusses bringen.

(Beilage C.)

Beschwerde N. N. zu N. im Amtsbezirke N.

Nr. der Schätzung- rolle.	Namen und Ansühren des Beiheligten.	Schätzung des Beiheligten nach der Schätzungsrolle unter Spalte III.		
		and zwar unter	Thlr.	Gr.
19.	Julius Rann, Mühlenbesitzer, auch Müller und Bäcker zu beschwert sich darüber, daß er wegen seines Müller- und Bädereigewerbes unter 7. mit 420 Thlr. jährliches Einkommen abgeschätzt worden. Er führt dabei an, daß er theils wegen eines an seinen Gehäuden vor- genommenen Baues, theils in Folge erlittener Krankheit in Ausübung dieses Gewerbes längere Zeit verhindert gewesen sei, so daß der ihm auferlegte Einkommenbe- trag mit der Wirklichkeit nicht übereinstimme und we- nigstens um die Hälfte zu hoch angegeben sei.			
			1.	325
			2.	55
		Sa.	7.	420
				800

§. 88. Die Schätzungsausschüsse haben sich jedoch, unerwartet der in Vor-<sup>Vorlesung.</sup> stehendem §. 84 bis 86 beabsichtigten Unterstützung derselben, der Ausführung des Schätzungsgeschäfts ohne weitere Veranlassung zu unterziehen.

## 2) Die Kreissteuerräthe.

§. 89. Die Beaufsichtigung und Unterstützung der Schätzung vorzugsweise in größeren Städten, sowie die obere Aufsicht auf dieselbe überhaupt, liegt endlich den Kreissteuerräthen, und zwar jedem derselben innerhalb des ihm untergebenen Steuerkreises ob.

§. 90. Dieselben werden sich, um dem Ziele einer gleichmäßigen Schätzung<sup>Vorlesung.</sup> möglichst nahe zu kommen, in fortwährender Kenntniß von dem Geschäftsgange erhalten und sich zu diesem Zwecke auch mit dem Hauptschätzungsausschüsse in die erforderliche Bernehmung setzen.

## D. Kosten der Schätzung.

§. 91. Sämmtliche Obergkeiten und Steuerbehörden haben die Angelegenheiten der Einkommenerschätzung, insofern es sich dabei nicht um unbegründet ersundene Verurufungen oder Straffälle (vergl. §. 47) handelt, von Amtswegen zu behandeln und daher kosten- und stempelfrei zu lassen.<sup>Kosten- u. Stempelfreiheit.</sup>

§. 92. Die gewählten Mitglieder der Schätzungsausschüsse sind, insofern sie es nicht vorziehen, das ihnen durch das Vertrauen ihrer Mitbürger übertragene Ehrenamt unentgeltlich zu führen, berechtigt, die §. 18 der allerhöchsten Verordnung vom heutigen Tage gedachte Vergütung in Anspruch zu nehmen. Dieselbe ist solchenfalls durch den Ausschuss vorzuschlagen und durch die Obergkeit festzustellen.<sup>Vergütung für die Ausschussmitglieder.</sup>

§. 93. Da derartige Vergütungen vorzugsweise aus der Staatscasse bestritten<sup>Vorlesung.</sup> werden, so hat jeder Ausschuss dieselben einzeln verzeichnet der betroffenen Bezirkssteuereinnahme anzuzeigen und deren Erstattung sich zu gewärtigen.

§. 94. Die für die Schätzung vorgeschriebenen Formulare<sup>Formulare.</sup> werden jedem Ausschusse auf Verlangen von der Bezirkssteuereinnahme kostenfrei verabfolgt werden.

gegen die Schätzung seines Einkommens.

Gutachten des Orts- (oder Abtheilungs-) Ausschusses.	Entscheidung des Haupt-Schätzungs-Ausschusses.
Nach nochmaliger reiflicher Erwägung der Verhältnisse des Beschwerdeführers ist der Orts- (Abtheilungs-) Ausschuss der Ansicht, daß er.	er.      er.

Vorortsbefrei.

§. 95. Alle Sendungen in Angelegenheiten der Schätzung sind vom Postporto befreit. Dieselben sind mit einem Amts- oder Gemeindefiegel zu verschließen und als „die Einkommenschätzung betreffend“ zu bezeichnen.

Dresden, am 27. April 1848.

**F i n a n z - M i n i s t e r i u m.**

Erorgt.

Koelz.

# Einkommensteuer in Oesterreich.

Wie Franz Joseph der Erste,

von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich;

König von Ungarn und Böhmen, König der Lombardei und Venetigo, von Dalmatien, Croatien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Illicien; Erzherzog von Oesterreich; Großherzog von Krakau; Herzog von Lothringen, Salzburg, Steiermark, Kärnthen, Krain, Bukowina, Ober- und Nieder-Schlesien; Großfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren; gefürsteter Graf von Habsburg und Tirol &c. &c.

In Erwägung der hohen Wichtigkeit einer wohlgeordneten directen Besteuerung haben Wir Unsere besondere Aufmerksamkeit auf dieselbe gerichtet, und nach sorgfältiger Prüfung des bestehenden Systems der Besteuerung erkannt, daß eine Vervollständigung und Verbesserung dieses Zweiges der Gesetzgebung nach den Grundsätzen einer gleichmäßigen Belegung aller Arten des Einkommens nothwendig ist. Zu diesem Zwecke ist es Unser Wille, daß hierüber dem nächsten Reichstage umfassende Gesetzentwürfe vorgelegt werden. Bereits jetzt ergibt sich jedoch die unabwendliche Nothwendigkeit, eine provisorische Verfügung zu treffen, um bei den außerordentlich gesteigerten Bedürfnissen des Staates die bisher untenußt gebliebenen, oder nicht im gehörigen Maße für den Staatshaushalt in Anspruch genommenen Quellen des Einkommens nach Möglichkeit zu benützen, und einer gerechten, ebenmäßigen Umlageung der öffentlichen Lasten näher zu rücken. Von diesen Betrachtungen geleitet haben Wir, über das Einrathen Unseres Ministerrathes, im Zusammenhange mit Unserem Patente vom 10. October 1849, und auf der Grundlage der §§. 87, 120, 121 der Reichsoverfassung, für das Verwaltungs-Jahr 1850 folgende Bestimmungen beschloffen, und finden deren Vollziehung in den Kronländern, in denen die mit dem Patente vom 31. December 1812 festgesetzte Erwerbsteuer besteht, anzuordnen:

§. 1. Zur Deckung der außerordentlichen Staatsbedürfnisse im Verwaltungs-Jahre 1850 wird für dasselbe eine Einkommensteuer erhoben.

§. 2. Das Einkommen von dem der Grund- und Gebäudesteuer unterliegenden Besitzthume, dann von den auf demselben haftenden Capitalien und Renten wird durch den mit dem Patente vom 10. October d. J. 38. §§. 5, 6 angeordneten außerordentlichen Zuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer und durch die dem Besitzer der Realität ertheilte Berechtigung des Steuerabzuges von den erwähnten Capitalzinsen und Renten der Besteuerung unterzogen.

§. 3. Alle anderen Arten des reinen Einkommens, da: die Bewohner der unter dem gegenwärtigen provisorischen Gesetze begriffenen Länder: von ihrem persönlichen Erwerbe, oder ihrem in diesen Ländern verwendeten Vermögen beziehen, ist, soweit das Gesetz keine Ausnahme bewilligt, der Einkommensteuer unterworfen. Die

1. Steueranlage.  
1. Zeit, für welche die Steuer gefordert wird.

2. Gegenstand der Steuer.

a) Grund- u. Gebäude u. hypothekirte Schulden.

b) Andere Arten des Einkommens.

selbe hat sich auch auf den reinen Ertrag jener Gewerbe oder andern industriellen Unternehmungen zu erstrecken, deren Betrieb mit dem Grund- oder Hausbesitz verbunden ist, deren Einkommen jedoch keinen Gegenstand der Grund- oder Gebäudesteuer ausmacht.

e) Einkommens-  
steuer v. Einkommen.

§. 4. Die Arten des der Einkommensteuer unterliegenden Einkommens werden in drei Classen gereiht, und zwar:

1. Classe. Das Einkommen von den der Erwerbsteuer unterworfenen Erwerbsgattungen, wozu ferner zu rechnen ist:

1. Das Einkommen vom Berg- und Hüttenbetriebe,
2. Der Gewinn, den die Pächter von Pachtungen beziehen.

II. Classe. Das Einkommen, das

- a) als Entgelt für solche Arbeiten oder Dienstleistungen, die der Erwerbsteuer nicht unterliegen, unmittelbar von dem Arbeitenden oder Dienstleistenden, während der Dauer oder nach dem Aufhören der Beschäftigung oder Dienstleistung, oder von den Angehörigen desselben bezogen wird, oder
- b) an stehenden Jahresbezügen aus Versorgungs- oder Lebensversicherungs-Anstalten denjenigen, für welche die Einlagen in diese Anstalten geschähen, zufließt.

Dieses Einkommen umfaßt im Einzelnen:

1. Die Gehalte, Personal-Zulagen, und überhaupt die stehenden (vorhinein festgesetzten), nicht mit der Verbindlichkeit zur Bestreitung bestimmter Dienstauslagen verbundenen (nicht onerosen) Genüsse, welche die im Dienste des Staates, der Stände, Gemeinden, öffentlicher Anstalten, Privat-Personen oder Gesellschaften befindlichen Beamten oder Diener beziehen. Die mit Rücksicht auf besondere Dienstverhältnisse, oder die Erfordernisse der amtlichen Stellung gewährten besondern Genüsse, als: die Benützung einer Amtswohnung, Quartiergeld, Functionszulagen u. dgl. sind unter der Einkommensteuer nicht begriffen.

2. Die Pensionen, Ruhecentengehalte oder andere Ruhegenüsse, Gnadengaben oder Unterhaltsbeiträge, welche die in den zeitlichen oder bleibenden Ruhestand versetzten Beamten, Diener oder Offiziere, dann die Witwen oder Kinder der Beamten, Diener oder Offiziere erhalten.

3. Die Beiträge, welche Pfründnern, Klostergemeinden oder geistlichen Orden aus dem Staatsschatze, öffentlichen Fonds, oder von Gemeinden zum Unterhalte zugewiesen sind.

4. Das Einkommen von den in dem §. 2 des Erwerbsteuerpatentes unter e, f, g aufgeführten Beschäftigungen. Die eben daselbst unter a, b, c aufgeführten Beschäftigungen fallen dagegen nicht unter die Einkommensteuer.

III. Classe. Zinsen von Darlehen oder anderen stehenden Schuldforderungen, die Leibrenten, oder andre, den Zinsgenuß von einem Capitale vertretenden Renten, so weit diese Renten nicht in der zweiten Classe begriffen sind.

2. Befreiungen von  
der Steuer:

a) in der 1. Classe.

§. 5. Von der Einkommensteuer ist in der ersten Classe das Einkommen von Künsten, Gewerben, Privat-Unterricht, oder Beförderung von Personen und Sachen von einem Orte zum Andern für diejenigen Personen ausgenommen, welche mit diesem Einkommen (§. 1, III. a bis e und IV. a und c des Erwerbsteuer-

Patentes vom 31. Dezember 1812) in die unterste (erste) Erwerbsteuer-Classe gereiht sind.

§. 6. In der zweiten Classe werden der Einkommensteuer nicht unterzogen: <sup>b) In d. 2. Classe.</sup>

1. Die Dienstbezüge der im activen Dienste stehenden Soldaten und Offiziere.

2. Die Bezüge, die den Mendicanten-Klöthern, dann den dem Unterrichte, der Erziehung oder der Krankenpflege obliegenden geistlichen Orden, dann Schulen, Siechenhäusern oder andern Anstalten der Wohlthätigkeit zu ihrem Unterhalte aus dem Staatsschatze, öffentlichen Fonds oder von Gemeinden bewilligt sind.

3. Das der zweiten Classe angehörige Einkommen, dessen jährlicher Betrag für den daselbe Beziehenden sechshundert Gulden nicht übersteigt.

§. 7. In der dritten Classe bleibt das Einkommen steuerfrei, welches im <sup>c) In d. 2. Classe.</sup> <sup>aa) Den Einlagen in Sparcassen.</sup> Grunde einer in eine Sparcasse erfolgten Einlage, aus dieser Anstalt bezogen wird.

§. 8. Beweiset Jemand, daß sein gesamtes Jahreseinkommen, ohne Abzug <sup>bb) Ruher Zins- u. Renten-Bezüge.</sup> der Schulden, im Ganzen dreihundert Gulden nicht überschreitet, so kann er verlangen, daß er von der Einkommensteuer, die ihn von Capitalzinsen oder den Zinsgenuß vertheilenden Renten entweder unmittelbar, oder durch den seinem Schuldner gestatteten Abzug (Patent vom 10. October 1849 §. 6 und gegenwärtige Verordnung §. 23) zu treffen hat, freigelassen, oder sofern er dieselbe berichtigt hätte, ihm solche zurückerstattet werde.

§. 9. Die Steuer von dem Einkommen der ersten Classe wird auf der <sup>II.</sup> <sup>b) Steuerbemessung.</sup> Grundlage von Bekenntnissen (Passionen) bemessen, welche der zum Genusse des steuerbaren Einkommens Berechtigte einzubringen hat. <sup>1. In d. 1. Classe:</sup> <sup>a) Im Grunde von Bekenntnissen.</sup>

§. 10. In dem Bekenntnisse ist das reine Einkommen von dem steuerpflichtigen Geschäftsbetriebe für ein Jahr nach dem Durchschnittsergebnisse der drei letzten Jahre 1846, 1847, 1848, oder sofern das Geschäft noch nicht drei Jahre hindurch im Betriebe wäre, des kürzeren Zeitraumes seines Bestandes anzugeben. Würde derselbe ein Jahr noch nicht erreichen, so ist jener Ertrag anzugeben, welcher im Laufe des Jahres 1850 mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. <sup>b) Grundlag der Bekenntnisse.</sup>

§. 11. Bei der Angabe des Einkommens dürfen nicht in Abzug gebracht werden: <sup>c) Abzüge von d. Einkommen.</sup>

1. Capitalbeträge, die im Laufe des dem Bekenntnisse zum Grunde liegenden Zeitraumes aus der Unternehmung gezogen wurden.

2. Die Zinsen von dem in der Unternehmung oder dem Geschäfte anliegenden Capitale, und von den Capitalschulden der steuerpflichtigen Geschäftunternehmung.

3. Die Vergütung für die Arbeit des Steuerpflichtigen, seiner Gattin und jener Kinder desselben, denen er nach dem Gesetze den Unterhalt zu gewähren verpflichtet ist.

4. Die Wohnung des Steuerpflichtigen und seiner Familie.

§. 12. Die Bezüge der zweiten Classe sollen, soweit dieselben stehende Jahresgebühren sind, von den Cassen oder den Verpflichteten, von welchen dieselben an den zum Genusse Berechtigten zu erfolgen sind, der Steuerbehörde binnen der Frist, welche durch eine abgeordnete Kundmachung festgesetzt werden wird, angezeigt werden. Andere Arten des nicht in stehenden Jahresgebühren vorbeline bestimmten Einkommens, die in der zweiten Classe begriffen sind, hat der Steuerpflichtige mit Beobachtung der Anordnung der §§. 10, 11 durch sein Bekenntniß anzugeben. <sup>2. In d. 2. Classe.</sup>

2. In der dritten  
Class.

§. 13. Die Zinsen und Renten der dritten Classe, welche nicht durch den dem Schuldner zufolge des gegenwärtigen Gesetzes bewilligten Abzug getroffen werden, sei es, weil sie weder auf einem Grund- oder Hausbesitze, noch auf einer steuerpflichtigen Unternehmung haften, oder weil dem Schuldner selbst die Befreiung von der Steuer zukommt, hat der zum Bezuge Berechtigte durch ein Bekenntniß anzugeben, in welchem aufzuführen sind:

- 1) Die Capitale, von denen das Einkommen bezogen wird;
- 2) der Zinsfuß, nach welchem solche verzinst werden;
- 3) der Name und Wohnort der Schuldner.

4. Befristigung der  
Bekanntniß.

§. 14. Die Bekenntnisse sind von dem Steuerpflichtigen mit der Befristigung, daß die darin enthaltenen Angaben von ihm an Eidesstatt und unter der Treue eines redlichen Staatsbürgers nach bestem Wissen und Gewissen dargestellt worden seien, auszufertigen.

5. Commissionen  
zur Vermessung der  
Einkommensteuer.

§. 15. Zur Uebernahme, Prüfung und Richtigstellung der Bekenntnisse über die Einkommensteuer, dann Festsetzung der Steuergebühre, werden nach Verhältniß des Bedarfes Commissionen aufgestellt, über deren Standorte, Umfang des Amtsbereiches und Zusammenfügung besondere Bekanntmachungen das Nähere zur öffentlichen Kenntniß bringen werden.

6. Einbringung der  
Bekanntniß:

a) Bei wem die-  
selben zu überreichen  
sind.

§. 16. Die Bekenntnisse werden bei derjenigen dieser Commissionen, in deren Amtsbereich der Wohnsitz des Steuerpflichtigen gelegen ist, überreicht, sofern nicht durch eine besondere Bekanntmachung wegen größerer Bequemlichkeit der Steuerpflichtigen zur Uebernahme der Bekenntnisse ein in dem Orte oder dessen Nähe bestehendes Steueramt bezeichnet wird.

b) Wer dazu ver-  
pflichtet ist.

§. 17. Zur Einbringung eines Bekenntnisses sind nur diejenigen verpflichtet, welche ein der Vermessung der Einkommensteuer auf der Grundlage von Bekenntnissen unterliegendes Einkommen beziehen. Die verneinende Erklärung, daß nämlich Jemand kein der Einkommensteuer unterworfenenes Einkommen besitze, ist nur über die ausdrückliche Aufforderung der Behörde zu überreichen.

c) In wiefern die  
Gläubiger einer Er-  
werbsgesellschaft.

§. 18. Jede Handels- oder andere Erwerbsgesellschaft, welche ein Geschäft zum gemeinschaftlichen Erwerbe betreibt, ist als ein eigener Steuerpflichtiger zu behandeln, und hat für sich über das Einkommen von diesem Geschäft das Bekenntniß einzubringen. Die einzelnen Gesellschafter sind nur in sofern zur getrennten Einbezeichnung ihres Einkommens verbunden, als sie solches aus andern Quellen, als jenem gemeinschaftlichen Geschäft beziehen, und dieses Einkommen seiner Beschaffenheit nach der Verbindlichkeit zur Festsetzung unterliegt.

7. Steuermaß:

a) Verhältniß zur  
Größe des Einkom-  
mens.

§. 19. Die Steuer wird von dem Einkommen der ersten und dritten Classe mit fünf von hundert, das ist: mit 3 Kreuzer von jedem Gulden desselben bemessen. Von dem Einkommen der zweiten Classe hat die Steuergebühre bei Beträgen über sechshundert Gulden bis einschließig Tausend Gulden jährlich Ein Procent, dann von je Tausend Gulden einen um Ein Procent steigenden Betrag auszumachen, dergestalt, daß die Steuergebühre von einem Gehalte von dreitausend Gulden für das erste Tausend mit Einem, für das zweite mit zwei, und für das dritte mit drei Procent u. s. f. bemessen wird, jedoch hat dieses Ausmaß von den Beträgen, die 9000 fl. überschreiten, zehn vom hundert nicht zu übersteigen.

§. 20. Von dem Einkommen der ersten Classe ist die Steuer nie mit einem mindern Betrage zu bemessen, als an der Erwerbsteuer mit Zuschlag eines Drittheiles der bisherigen Gebühr entfällt. Die Erwerbsteuer wird in die Einkommensteuer eingerechnet, und die letztere nur mit demjenigen Betrage, um den sie höher ist, als die bisher vorgeschriebene Erwerbsteuer, absondert vorgeschrieben und eingehoben. Derselbe wird der Betrag der Vergütung an der Einkommensteuer für den Vergewerksbetrag in Abzug gebracht, und nur der Mehrbetrag als Einkommensteuer besonders eingehoben.

b) Besondere Bestimmungen für das Einkommen der ersten Classe.

§. 21. Unterliegt ein in der zweiten Classe begriffener stehender Bezug für das Verwaltungsjahr 1850 dem Abzuge einer Dienst- oder Pfründenverleihungssteuer, so ist die Einkommensteuer nur mit dem Betrage einzuheben, um welchen dieselbe die im Laufe des erwähnten Jahres fälligen Taxebeträge übersteigt.

c) Zusammenstellen der Einkommensteuer mit einer Einkommensteuer.

§. 22. Die Steuergebühr von den in der zweiten Classe begriffenen stehenden Bezügen wird von den Cassen oder den zur Entrichtung dieser Bezüge Verpflichteten, denen die Auszahlung dieser Bezüge an die zum Genuße Berechtigten obliegt, bemessen, und gleich unmittelbar bei der Auszahlung der für das am 1. November 1849 beginnenden und am 31. October 1850 endigenden jahresfälligen Beträge nach Verhältniß der letzten abgezogen. Die auf diese Art im Laufe eines jeden Monats abgezogenen Beträge sind binnen acht Tagen nach dem Schlusse desselben an die zur Empfangnahme der Steuer angewiesene Cassa abzuführen.

d) Von wem die Steuer - Bemessung vorgenommen wird: a) Von den bestehenden Bezügen der zweiten Classe.

§. 23. Die Steuer von den Zinsen der Capitalschulden einer Handels- oder andern Gewerbsunternehmung ist der Eigenthümer der letztern berechtigt, mit 5 von 100 oder 3 kr. von Einem Gulden bei der Auszahlung der Zinsen in Abzug zu bringen, und zu fordern, daß der auf diese Art abgezogene Betrag als geleistete Zahlung von dem Gläubiger quittirt werde.

b) Von Schulden der Gewerbsunternehmung.

Rücksichtlich der nicht hypothecirten Capitalschulden eines Gewerbetreibenden wird, wenn nicht aus dem Ursprunge derselben oder andern Umständen das Gegentheil hervorgeht, vermuthet, daß solche eine Schuld seiner Handels- oder Gewerbsunternehmung seien.

§. 24. Von andern, als den oben in den §§. 22, 23 aufgeführten Arten des steuerbaren Einkommens wird die Steuergebühr von der hierzu bestellten Commission (§. 15) auf der Grundlage der eingereichten Befenntnisse, nach hervorgegangener Prüfung derselben bemessen, und der Betrag der Steuergebühr dem Steuerpflichtigen durch einen eigenen Steuerbogen bekannt gemacht.

c) Von anderen Arten Einkommens. aa) Durch die Commissionen.

§. 25. Die Commission, an welche das Befenntniß gelangte (§. 16) hat dasselbe in Absicht auf Regelmäßigkeit der Form und dessen Inhalt zu prüfen. Zu dieser Prüfung werden nebst einem Mitgliede des Gemeindevorstandes zwei unbefangene wohlunterrichtete Vertrauensmänner, die der Gemeindevorstand für dieses Geschäft bezeichnet, aus der Gemeinde des Wohnortes des Steuerpflichtigen, oder sofern es sich um eine Gewerbsunternehmung handelt, des Standortes derselben beigegeben. Es ist dabei die Aufmerksamkeit darauf zu richten, ob der Steuerpflichtige über alle Einkommensquellen, von denen er das Einkommen einzubekennen verpflichtet ist, das Befenntniß eingebracht habe, und ob der eingebrachte Betrag den bestehenden Verhältnissen angemessen zu betrachten sei. Mängel in der Form oder Unvollständigkeiten der

bb) Prüfung der Befenntnisse.



Bekanntnisse hat die Commission durch Vernehmung des Patenten im kürzesten Wege verbessern und ergänzen zu lassen. Auch sind die erforderlichen Erhebungen über die Bedenten, die sich gegen die Richtigkeit des angegebenen Betrages ergeben, schleunigst zu pflegen, und es ist der Steuerpflichtige wegen Ertheilung der erforderlichen Aufklärungen zu vernehmen. Umfaßt das Bekanntniß eine in dem Bezirke einer andern Commission bestehende Verwerbsunternehmung, so ist der sich auf dieselbe beziehende Theil des Bekanntnisses jener Behörde mitzutheilen, welche die Prüfung in gleicher Weise vorzunehmen und das Ergebniß an die erstere Commission zurückzuleiten hat.

22) Bestimmung und Bekanntmachung der Steuergebühre.

§. 26. Nachdem die Prüfung der Bekanntnisse vollzogen und die zur vollständigen Richtigstellung der Gebühr erforderlichen Erörterungen und Vernehmungen gepflogen worden, hat die Commission den gebührenden Steuerbetrag festzusetzen, und dem Steuerpflichtigen bekannt zu machen.

23) Allgemeine Berücksichtigung bei den Erhebungen über die Steuerbemessung.

§. 27. Jedermann ist verpflichtet, über die thatsächlichen Verhältnisse, auf denen die Ausmittlung des Einkommens beruht, der Behörde die geforderten Aufklärungen mündlich oder schriftlich, wie es die Behörde verlangt, zu ertheilen, und so weit es sich um die Angabe von Thatfachen zur Richtigstellung des Bekanntnisses eines andern Steuerpflichtigen handelt, sich nach denjenigen Bestimmungen zu benehmen, welche für die Ertheilung der Zeugenschaft in öffentlichen Angelegenheiten vorgeschrieben sind.

24) Refus gegen die Bestimmung der Gebühr:  
a) Einbringung u. Entscheidung desselben.

§. 28. Gegen die Entscheidung der Commission über die Steuerpflicht und das Ausmaß der Gebühr kann der Refus an den Statthalter in dem Kronlande binnen 14 Tagen nach der Bekanntmachung der Entscheidung eingebracht werden. Bei dem Statthalter wird unter dessen Oberleitung und Aufsicht zur Entscheidung dieser Refuse eine Landescommission bestellt. Der Refus ist bei der Behörde, durch welche die Bekanntmachung der Entscheidung erfolgt ist, zur weiteren Einbeförderung zu überreichen. Gegen die Entscheidung der Landescommission findet eine weitere Berufung nicht statt.

b) Wirkung vor dessen Unvollendung.

§. 29. Der Refus gegen die Entscheidung über die Steuerpflicht oder das Ausmaß der Gebühr hat keine einhaltende Kraft, rüchichtlich der Maßregeln zur Einbringung der Steuer.

III. Steuerentrichtung:  
1) Zeitpunkte der Zahlung.

§. 30. Die Einkommensteuer ist, soweit dieselbe nicht durch den Abzug von den laufenden Zinsen oder andern Bezügen eingebracht wird, mit dem Schlusse eines jeden Vierteljahres zu bezahlen.

2) Einbringung d. Gebühr.

§. 31. Die Einbringung der Einkommensteuer erfolgt auf dem für die Einbringung der direkten Steuern vorgeschriebenen Wege, durch die für dieselbe bestellten Behörden, und mittelst der für die Einbringung der direkten Steuern gesetzlich gestellten Mittel.

IV. Hebestretungen des Gesetzes:  
1) Durch untere Behörde.  
2) Andere.

§. 32. Wer der Aufforderung zur Einbringung des Bekanntnisses oder anderer Nachweisungen binnen der ihm dazu eingeräumten Frist nicht entspricht, kann von den Behörden hiezu durch angemessene Geldstrafen verhalten werden.

§. 33. Wer in den Bekanntnissen, den vorgeschriebenen Nachweisungen oder Anzeigen ein der Steuer unterliegendes Einkommen verschweigt, oder dadurch, daß er die mit dem gegenwärtigen provisorischen Gesetze angeordnete Fassion oder Anzeige zur gehörigen Zeit zu überreichen unterläßt, sich oder einen Andern der angeordneten Steuer zu entziehen sucht, oder in der Fassion oder Anzeige Umstände, welche für die Steuer

bemessung erheblich sind, in der Art unrichtig anzibt, daß dadurch die Steuer gänzlich umgangen, oder mit einem mindern als dem vorchriftsmäßigen Betrage bemessen würde, ist zum Uelage des dreifachen von demjenigen Betrage, um den die Steuergebühre verkürzt, oder der Gefahr der Verkürzung ausgesetzt wurde, auf dem für die Festsetzung und Einbringung der Steuer vorgeschriebenen Wege zu verhalten.

§. 34. Die zufolge des Ministerial-Erlasses vom 18. Juni 1848 eingeführte **v. Gehaltsbestimmungen.** besondere Besteuerung einiger Bezüge der Beamten, pensionirten Offiziere und ihrer Angehörigen, dann der Pfründen, Klostergemeinden und geistlichen Orden hat mit 1. <sup>1) Aufhebung der bisherigen Besteuerung einiger Bezüge.</sup> Nov. 1849 aufzuhören. Dagegen bleibt die Bestimmung über das Ausmaß der Diäten und über den Betrag, den die Erbfolglaffung der Pensionen nicht zu überschreiten hat, einstweilen aufrecht.

§. 35. Unsere Minister des Innern und der Finanzen sind mit der Vollziehung dieser Bestimmungen beauftragt. <sup>2) Anordnung der Vollziehung.</sup>

Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien am 29. Okt. im Eintausend Achtshundert neun und vierzigsten, Unserer Reiche im Ersten Jahre.

**Franz Joseph.**

(L. S.)

Schwarzenberg. Krauß. Bach. Bruck. Chinnfeld. Ginlay. Schmerling.  
Chun. Kulmer.



# Gesetz, die Kapitalrenten- und Einkommensteuer in Bayern betr.

## Maximilian II.

von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern,  
Franken und in Schwaben &c. &c.

Wir haben das Gesetz vom 4. Juni 1848 über die Capitalsteuer gemäß Art. 12 desselben und das Gesetz vom 4. Juni 1848 über die Einkommensteuer gemäß Art. 19 desselben einer Revision unterstellen lassen und nach Vernehmung Unseres Staatsrathes, mit Beirath und Zustimmung der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten beschloffen, daß beide genannte Gesetze von 18<sup>40</sup>/<sub>50</sub> an in folgender veränderter Fassung fortzubestehen haben.

### I. Capitalrenten-Steuer.

Art. 1. Alles rentirende bewegliche Vermögen, welches unter dem Namen von verzinslichen Darlehen, Schuldbriefen, Staats- oder andern Obligationen, Cwigigllten, Hypothek-Capitalien, Kaufschilling-Capitalien, Actien und dergleichen begriffen zu werden pflegt, unterliegt nach seinem Ertrage der Capitalrentensteuer ohne Unterschied, ob es inner oder außer Landes anliegt, den Fall ausgenommen, in welchem schon eine Steuer-Entrichtung außer Landes nachgewiesen werden könnte. Gegenstand der S. Steuer.

Von der steuerbaren Capitalrente dürfen jedoch die von den Pflichtigen zu zahlenden Passiv-Capitalzinsen in Abzug gebracht werden.

Die vertragmäßige Uebernahme dieser Steuer durch den Schuldner ist ungültig.

Art. 2. Ausgenommen von der Capitalrentensteuer sind:

Steuerbefreiungen.

- 1) Der Staat,
- 2) alle Stiftungen und Anstalten für Wohlthätigkeit oder Unterricht, Hilfs- und Sparcassen,
- 3) Kultusstiftungen, wenn sie durch Entrichtung der Steuer außer Stand gesetzt würden, ihre Zwecke vollständig zu erfüllen, worüber im Zweifel die einschlägige Kreisregierung, Kammer des Innern, ohne Berufung zu entscheiden hat,
- 4) Anstalten oder Gesellschaften, welche fremdes Capital in Erwerbsgeschäften verwalten, so fern die Rente der Theilhaber bereits zur Capitalrenten-Steuer gezogen ist.

Dem bayerischen Staatsverbande nicht angehörige Individuen unterliegen dieser Steuer, wenn sie in Bayern einen Wohnsitz haben, und nur rückfichtlich derjenigen Renten, welche sie aus Bayern beziehen.

Art. 3. Die einfache Steueranlage (Steuer-Stempel) besteht in einem Kreuzer Steuer-Stempel.  
vom Gulden des jährlichen Ertrags. Für diejenigen Steuerpflichtigen, deren reines

Einkommen sich — nach den festgestellten Einkommensteuercassationen — nicht wenigstens auf 200 fl. beläuft, hat hierbei eine Ausnahme in der Weise einzutreten, daß deren Capitalrenten

- a) wenn sie den Betrag von 20 fl. nicht erreichen, von der Capitalsteuer ganz frei bleiben, und daß
- b) wenn sich dieselben zwar auf 20 fl. oder mehr belaufen, jedoch den Jahresbetrag von 100 fl. nicht erreichen, das Steuerstempel hiefür nur in einem halben Kreuzer vom Gulden des jährlichen Ertrags besteht.

Die Zahl der zu erhebenden Simpla setzt das jederzeitige Finanzgesetz fest.

Ort

Art. 4. Steuerpflichtig ist jeder am Orte seines Wohnsitzes, oder in Ermangelung eines solchen, am Orte seines gewöhnlichen Aufenthaltes.

Der Capitalrenten-Ertrag wird durch Selbstschätzung (Haturung) ermittelt und hierbei der wirkliche Ertrag des der Selbstschätzung unmittelbar vorhergegangenen Jahres zu Grunde gelegt.

Im Falle des nachgewiesenen Verlustes eines Capitals wird der darauf treffende Steuerbetrag sofort außer Ansatz gesetzt.

und  
Zeit der Steuer-  
Erhebung.

Art. 5. Die Steuer wird in der Pfalz in monatlichen, in den übrigen Kreisen in halbjährigen Raten und zwar am 15. Januar und am 15. Juli jeden Jahres erhoben.

## II. Einkommen-Steuer.

Objekt der Einkommensteuer.

Art. 6. Jedes reine Einkommen, ohne Unterschied ob es von einer der übrigen Steuergattungen getroffen ist, oder nicht, unterliegt der allgemeinen Einkommensteuer.

Bei Berechnung des reinen Einkommens ist alles dasjenige in Ansatz zu bringen, was der Steuerpflichtige aus der Anlegung seines Vermögens, dann als Resultat seiner persönlichen Arbeit (aus Dienstleistungen oder andern Productivgeschäften), endlich aus Rechtsverbindlichkeiten oder dem freien Willen Dritter besteht, gleichviel ob der Bezug in Geld, Geldeswerth oder Selbstbenützung besteht, stänbig oder unstänbig ist, nach Abzug jedoch der auf die Production verwendeten Kosten, dann der öffentlichen Lasten und der zu entrichtenden Schulzinßen.

Exemptions.

Art. 7. Von dieser Steuer sind frei:

- 1) der Staat,
- 2) Das Einkommen der Gemeinden, der Stiftungen und Anstalten für Cultus, Wohlthätigkeit und Unterricht, Hilfs- und Sparcassen,
- 3) das Einkommen aller Anstalten oder Gesellschaften zc. zc., welche fremdes Capital in Erwerbsgeschäften verwalten, dessen Ertrag bereits von der Einkommensteuer getroffen ist,
- 4) jedes Einkommen, welches den Jahresbetrag von 200 fl. nicht überschreitet, in so weit nicht die Bestimmung des Art. 12 Anwendung findet,
- 5) die conscribirten Armen.

Art. 8. Diejenigen Personen, welche zwar noch im elterlichen Brode stehen, jedoch ein ausgeschriebenes selbstständiges Einkommen besitzen, sind rückfichtlich dieses Einkommens steuerpflichtig, gleichviel ob dieselben bereits großjährig oder noch minderjährig sind, und ob dieselben in oder außer dem elterlichen Hause leben.

Gleicher Steuerpflicht unterliegen Ehefrauen, wenn sie gesondertes eigenes Einkommen beziehen.

Dem bayerischen Staatsverbande nicht Angehörige Individuen unterliegen der Einkommensteuer, wenn sie in Bayern einen Wohnsitz haben oder daselbst ein Gewerbe ausüben u., oder daselbst begütert sind, jedoch nur rücksichtlich ihres aus Bayern herrührenden Einkommens.

Dagegen hat der bayerische Staatsangehörige als Besitzer im Auslande gelegener Realitäten, Grundrenten und besteuertor Gewerbe das hieraus fließende Einkommen nicht zu versteuern.

Art. 9. Steuerpflichtig ist Jeder am Orte seines Wohnsitzes, oder in Gr. Ort der Einkommensteuer-Entrichtung. mangelung eines solchen, am Orte seines gewöhnlichen Aufenthaltes.

Dem bayerischen Staatsverbande nicht Angehörige werden, in so weit sie nach Maßgabe des vorausgehenden Artikels der Einkommensteuer unterliegen, an dem Orte ihres Wohnsitzes, oder wenn sie einen solchen nicht haben, da besteuert, wo dieselben begütert sind.

Art. 10. Die Ermittlung des reinen Einkommens beruht auf Selbstschätzung Selbstschätzung der Einkommen. und zwar:

- a) bei dem unständigen oder wechselnden Einkommen mit Zugrundelegung des reinen Einkommens aus dem der Selbstschätzung unmittelbar vorhergegangenen Jahre;
- b) bei dem ständigen Einkommen (Besoldungen, Pfründen, Leibrenten, Anwartschaften, Pensionen, Präbenden u. dgl.) nach dem Stande des Jahres Einkommens zur Zeit der Festsetzung.

Art. 11. Jedes reine satutierte Einkommen wird nach seinem jährlichen Betrage Progressiver Einkommensteuer. in folgender Weise besteuert:

- 1) von demselben bleiben immer die ersten 200 fl. unbesteuert,
- 2) die weiteren 800 fl. werden mit einer Steuer von  $\frac{1}{2}\%$ ,
- 3) die nächst weiteren 4000 fl. mit einer Steuer von 1%,
- 4) die hiernach kommenden 5000 fl. mit einer Steuer von  $1\frac{1}{2}\%$ ,
- 5) endlich jeder weitere Betrag mit 2% besteuert.

Es besteuert sich sonach ein Einkommen von 12,000 fl. in folgender Weise: von 200 fl. nichts; von 800 fl. mit  $\frac{1}{2}\%$ , von 4000 fl. mit einem ganzen Procente, von 5000 fl. mit  $1\frac{1}{2}\%$ , und von den übrigen 2000 fl. mit 2%.

Art. 12. Ungeachtet der Bestimmungen des Art. 7. Ziff. 4 und des Art. 11 Ziff. 1 und 2 erzeugt die aus legend einem der gesetzl. Titel begründete Ansfähigkeit an sich die Verbindlichkeit des Ansfähigen zur Entrichtung eines Einkommensteuerjahres von 20 Kreuzer selbst dann, wenn dessen Jahreseinkommen den Betrag von 200 Gulden nicht erreichen sollte.

Von dieser letzteren Bestimmung bleiben jedoch diejenigen, deren Ansfähigkeit durch Erwerbung eines realen oder radizierten Gewerbes oder durch erlangte persönliche Gewerbsconcession (§. 2. Art. II. oder III. des radizierten Gesetzes über Ansfähigmachung und Berechtigung) begründet ist, in so lange ausgenommen, als die Gewerbssteuer in den diesseitigen Kreisen nach der Verordnung vom 15. April 1814, die Rectifi-

sirung der Gewerbesteuer betreffend, und in der Pfalz nach den gegenwärtigen dort bestehenden Gewerbesteuergeetzen erhoben wird.

Zeit der Steuer-  
Entrichtung.

Art. 13. Die Steuer wird in der Pfalz in monatlichen, in den übrigen Kreisen in halbjährigen Raten und zwar am 15. Januar und am 15. Juli jedes Jahres erhoben.

### III. Verfahren bei Feststellung der Capitalrenten- und Einkommensteuer.

Art. 14. Die Aufstellung der Steuerlisten für die Capitalrenten- und für die Einkommensteuer hat gleichzeitig zu geschehen. Das Verfahren für die Anlage beider Steuergattungen ist ein gemeinschaftliches nach Maßgabe der folgenden näheren Bestimmungen.

Vorfertigung von  
Bezügen.

Art. 15. Jeder Steuerpflichtige oder dessen gesetzlicher Stellvertreter hat nach ergangener Aufforderung auf Ehre und Gewissen entweder schriftlich oder mündlich seine Erklärung abzugeben,

- 1) ob er im Besitze rentirenden beweglichen Vermögens (Art. 1) sich befindet, und wie hoch sich der Jahresbetrag der Capitalrente zur Besteuerung beläuft,
- 2) welche Einkommensquellen er besitzt, und wie hoch sich sein jährliches reines Einkommen (Art. 6) hieraus berechnet,
- 3) was er sonst zur Erläuterung seiner Angaben beizufügen für nothwendig hält.

Diese Erklärung oder Selbstschätzung hat innerhalb der in der Aufforderung vorgeschriebten Frist, oder an dem hiezu anberaumten Tage bei der Gemeindebehörde, welche die Aufforderung erlassen hat, zu geschehen, und wird sogleich an das Rentamt übersendet, welches sämmtliche Angaben in die Steuerliste zusammenträgt. Werden schriftliche Erklärungen verschlossen überreicht, in welchem Falle dieselben mit der Bezeichnung des Namens und Wohnortes des Patenten versehen seyn müssen, so sind sie von der Gemeindebehörde unerschlossen an das Rentamt zu übergeben.

Art. 16. Zum Zwecke der zu erlassenden Aufforderung (Art. 15) hat die Gemeindebehörde ein vollständiges Verzeichniß sämmtlicher Pensionspflichtigen, welche in der Gemeinde ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, herzustellen.

Wer seine Erklärung nicht rechtzeitig abgibt, wird durch Mahnboten auf seine Kosten unter Vorsetzung einer bemessenen Frist und unter dem Präjudice der im Art. 25. Abs. 2 gegenwärtigen Gesetzes bestimmten Strafe gegen Ladungsnachweis erinnert.

Commissarial-Ver-  
fahren.

Erfolgt demungeachtet keine Erklärung, so gibt die Gemeindebehörde hievon durch das Rentamt dem Steuerausschusse Kenntniß, welcher sodann die Größe der Capitalrente und des jährlichen reinen Einkommens des Säumigen von Amtswegen untersucht und feststellt.

Prüfung d. Bezügen.

Art. 17. Ist die Steuerliste angelegt, so tritt in jedem Rentamtsbezirke ein Ausschuss zur Prüfung der abgelegten Selbstschätzungen, welche in größeren Städten nach den bereits vorhandenen oder noch zu bildenden Distrikten oder Bezirken, auf dem Lande aber nach Gemeinden vorgenommen wird, in Thätigkeit.

Zusammenlegung d.  
Prüfungsausschüsse.

Der Steuerprüfungsausschuss besteht aus vier für den ganzen Amtsbezirk gemeinschaftlichen Mitgliedern, welche jedesmal durch drei weitere Mitglieder aus dem Bezirke oder der Gemeinde, deren Pationen geprüft werden sollen, verstärkt werden.

Der beizuziehende Aktuar ist von dem Rentamte zu stellen und gerichtlich zu verpflichten.

Die ständigen Ausschussmitglieder bestimmen den Vorsitzenden aus ihrer Mitte nach freier Uebereinkunft; kommt eine solche nicht zu Stande, so übernimmt der dem Lebensalter nach Älteste unter ihnen den Vorſiß.

Art. 18. Zur Wahl der gemeinschaftlichen vier Ausschussmitglieder und weiterer vier bis acht Ersatzmänner werden für jede zum Rentamtsbezirke gehörige Stadtgemeinde I. und II. Klasse die Mitglieder des Magistrats und die Gemeindebevollmächtigten, dann für jede Stadt- und Marktgemeinde III. Klasse ein Mitglied des Magistrats und ein Gemeindebevollmächtigter, endlich für jede Landgemeinde der Gemeindevorsteher oder an dessen Statt ein Gemeindebevollmächtigter berufen. In der Pfalz stellt jede Gemeinde für je tausend Einwohner einen Wahlmann, welcher durch den Gemeinderath zu bestimmen ist; jede Gemeinde stellt wenigstens einen Wahlmann.

Bei der Wahl genügt relative Stimmenmehrheit.

Die Leitung derselben übernimmt ein von der Kreisregierung, Kammer des Innern, für jeden Rentamtsbezirk zu bestimmender Beamter, welcher nach geschlossenem Wahlaкте den Ausschussmitgliedern und deren Ersatzmännern nachstehenden Eid abzunehmen hat:

Verpflichtung d. Wähler.

„Ich schwöre, daß ich als Mitglied des Steuerausschusses mein Urtheil „über die zu prüfenden Fassionen nach bestem Wissen und Gewissen abgeben „werde, so wahr mir Gott helfe.“

Die Bestimmung der (nach Art. 17.) weiter für jede Gemeinde oder jeden Bezirk beizuziehenden drei Ausschussmitglieder ist der einschlägigen Gemeindebehörde überlassen. Dieselben werden gleichfalls von dem einschlägigen Beamten nach obiger Formel in eidesliche Pflicht genommen.

Wählbar in den Steuerausschuß sind nur unbescholtene Staatsbürger, welche in dem betreffenden Rentamtsbezirke, beziehungsweise in der betreffenden Gemeinde, ansässig sind, mit Ausnahme der Notäre und Gerichtsboten vermöge ihrer amtlichen Vertretungsstellung zu den ökonomischen Verhältnissen des Publikums.

Befindet sich in einem Rentamtsbezirke neben mehreren Landgemeinden auch eine Stadt I. oder II. Klasse, so muß wenigstens Ein Mitglied des für den ganzen Amtbezirk zu wählenden Steuerprüfungsausschusses aus der Mitte der Landgemeinden gewählt werden.

Der Prüfungsausschuß ist zur strengsten Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Je doch ist es den Gemeindebehörden gestattet, zum amtlichen Gebrauch von den Kapital-

Verpflichtung derselben zur Amtsverschwiegenheit.

renten- und Einkommen-Steuerlisten jederzeit Einsicht zu nehmen.

Art. 19. Kein zum Mitglied des Steuer-Prüfungsausschusses gewählter Staatsbürger kann ohne triftige Gründe die auf ihn gefallene Wahl ablehnen. Die Wahlversammlung prüft und bescheidet die vorgebrachten Gründe und schreitet, sobald sie die Statthaftigkeit derselben anerkennt, zur Wahl eines neuen Ausschussmitgliedes; im andern Falle fordert sie den Reklamanten zur Erfüllung seiner Bürgerpflicht auf.

Wer, ohne irgendwelche Ablehnungsgründe geltend zu machen, oder, wenn diese verworfen wurden, sich nach geschehener Aufforderung weigert, die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen, wird in eine von der Wahlversammlung im letzter Instanz zu ver-



hängende Strafe von 50 Gulden zum Vortheile der Armencaffa der Gemeinde seines Wohnortes verurtheilt.

Betheiligung bei Prüfungscommissien.

Art. 20. Der in dieser Weise zusammengesetzte Steuerauschuß tritt auf jedermäßige Einladung des königlichen Rentamts zusammen. Er prüft die von den Steuerpflichtigen übergebenen Selbstschätzungen (Passionen), bestätigt dieselben entweder als unbedenklich oder entscheidet im Falle der Beanstandung unter vorgängiger Vernehmung des Betheiligten nach absoluter Stimmenmehrheit über den Betrag der jährlichen Capitalrente und über den Betrag des jährlichen reinen Einkommens. Bilden sich hierbei mehr als zwei Meinungen, so werden die Stimmen für den höchsten Ziffer zu den Stimmen für den nächst niedern hinzugezählt, bis sich für die Größe der Capitalrente und beziehungsweise des reinen Einkommens eine absolute Mehrheit ergibt.

Bei Prüfung der Passionen der Steuerauschuß-Mitglieder hat der Betheiligte abzutreten. Im Falle der Stimmengleichheit im Auschuße entscheidet der Vorsitzende.

Betheiligung des Vertreters des Gemeindevorstandes.

Der königliche Rentbeamte oder dessen von der Kreisregierung, Kammer der Finanzen, zu diesem Geschäfte bestimmter Vertreter wohnt dem Prüfungsausschuße als Staatsanwalt bei.

In solcher Eigenschaft hat derselbe zu prüfen, ob alle Steuerpflichtigen seines Amtsbezirkes richtig angemeldet haben, und ob die Anmeldung nach Maßgabe ihrer Capitalrente und ihres Einkommens geschehen ist.

Er stellt demgemäß die im ökonomischen Interesse als geeignet befundenen Anträge, und gibt dem Steuerauschuße die verlangten Aufklärungen aus den amtlichen Beheften.

Sämmtliche Staatsbehörden sind verbunden, auf Ansuchen des Rentamts die von demselben zur Feststellung beanstandeter Passionen als nothwendig bezeichneten altenmäßigen Aufschlüsse zu erteilen.

Ein Stimmrecht im Auschuße steht dem Staatsanwalt nicht zu.

Ueber die Verhandlungen des Steuerauschußes wird ein kurzgefaßtes, von sämmtlichen Anwesenden zu unterzeichnendes Protokoll aufgenommen.

Unveränderlichkeit der Aufschlüsse.

Art. 21. Wegen den Beschluß des Steuerprüfungsausschußes ist weder von Seite des Steuerpflichtigen, noch von Seite des Staatsanwaltes eine Remonstration oder ein anderes Rechtsmittel zulässig.

Berechnung des Steuerbetrags.

Art. 22. Sobald in dieser Weise der Betrag der Capitalrente, so wie des jährlichen reinen Einkommens der Steuerpflichtigen durch den Auschuß festgestellt ist, werden die gepflogenen Verhandlungen dem Rentamte übergeben, welches aus obigen Größen den Betrag der Jahressteuer berechnet, und die hienach vervollständigten Steuerlisten an die einschlägige Regierungs-Finanzkammer einsendet. Irrungen in letztgedachter Berechnung oder Fehler im Calcul werden auf Anregung des Steuerpflichtigen sofort vom Rentamte berichtigt, oder im Wege der Revision von der vorgesetzten Finanzstelle beseitigt.

Art. 23. Die in vorbezeichneter Art hergestellten Steuerlisten bilden die Grundlage der Erhebung in den folgenden drei Jahren.

Die Steueranlage geschieht immer für drei Jahre.

Nach Ablauf je dreier Jahre wird eine neue allgemeine Anlage der Capitalrenten, wie der Einkommensteuer sämmtlicher Steuerpflichtigen vorgenommen. Die erste Gattungsperiode umfaßt die Jahre 18<sup>1</sup>/<sub>00</sub>, 18<sup>2</sup>/<sub>00</sub>, und 18<sup>3</sup>/<sub>00</sub>.

Treten an dem Jahresbetrage der Kapitalrente oder des Einkommens innerhalb der dreißährigen Faturungsperiode Veränderungen ein, so werden solche auf Anregung des Steuerpflichtigen oder des Staatsanwaltes am Beginne jedes einzelnen Finanzjahres (vor Eintritt des ersten Zahlungs-Termins) berichtet, und die Steuern hienach für die folgenden Jahre neu festgestellt.

Das Verfahren hierbei ist dasselbe, wie es im gegenwärtigen Gesetze für die allgemeine Faturung vorgeschrieben ist.

Während eines laufenden Finanzjahres sind keine Veränderungen an der Steuergröße zulässig, mit Ausnahme der Bestimmung des Art. 4.

Die Steuerausgänge bleiben während der dreißährigen Periode in Thätigkeit.

Nach Ablauf dieser Frist wird eine neue Wahl vorgenommen, unabdrücklich der in Folge von Todesfällen u. etwa nothwendig werdenden Zwischenwahlen.

Art. 24. Die Mitglieder des Steuerprüfungs-Ausschusses haben eine angemessene Entschädigung für Reisefkosten und Zeitverlust in Anspruch zu nehmen.

Diese und andere unvermeidliche Kosten trägt die Staatskasse.

Alle auf die Steueranlage erlaufenden Verhandlungen sind tar- und stempelfrei.

Art. 25. Wenn sich nach Festsetzung der Kassionen durch den Steuerausgang ergibt, daß ein Steuerbarer wissentlich den Betrag seiner steuerbaren Kapitalrenten, oder beziehungsweise seines steuerbaren Einkommens ganz oder theilweise verschwiegen hat, so unterliegt er nebst Nachzahlung der treffenden Steuer, welche er hiedurch unterschlagen hat, einer Strafe, welche in dem fünffachen Betrage der Steuer von der verschwiegenen Kapitalrente oder dem verschwiegenen Einkommen besteht.

Wer der ergangenen Mahnung ungeachtet keine Selbstschätzung abgegeben hat (Art. 16. Abs. 3.), unterliegt für seine Säumnis einer Geldstrafe, die dem Betrage derjenigen Steuer gleichsteht, welche sich aus der von Amtswegen festgestellten Kapitalrenten- und beziehungsweise Einkommensgröße berechnet.

Der Ausspruch der Strafe in den vorbezeichneten Fällen liegt dem Steuerprüfungs-Ausschusse ob, welcher den bezüglichen Beschluß nach absoluter Stimmenmehrheit und in nicht appellabler Eigenschaft zu fassen hat.

Der Strafbeschluß ist in das Ausschuss-Protokoll aufzunehmen und von dem Rentamte sofort zu vollziehen.

Die erkannten Strafbeträge verfallen dem Armenfonde des Ortes, welchem der betreffende Steuerpflichtige angehört ist.

#### Schlußbestimmungen.

Art. 26. Die in den Artikeln 5 und 13 gegenwärtigen Gesetzes enthaltenen Bestimmungen treten mit dem Finanzjahre 1850/51 in Wirksamkeit.

Für das Finanzjahr 1849/50 bleibt der Staatsregierung die Bestimmung der Zahlungstermine überlassen.

Art. 27. Mit dem Eintritte der vorstehenden gesetzlichen Bestimmungen ist in den Kreisen diesseits des Rheins die Verordnung vom 10. December 1814 „Reuteration des Einkts über das Familien-Schutgeld betreffend,“ dann in der Pfalz das Gesetz vom 3. Nivose VII. „über die Personal- und Mobilien-Steuer“ außer Wirksamkeit gesetzt.

In den noch nicht definitiv besteuerten Theilen von Unterfranken und Aschaffenburg werden alle diejenigen Personalstaatsauslagen nicht mehr erhoben, welche nach dem Gesetze vom 25. August 1843 mit dem Eintritte der Familiensteuer erlöschen.

In den Kreisen diesseits des Rheines sind diejenigen bisher bloß der Familiensteuer unterliegenden freien Gewerbe (§. 6. III. der Verordnung vom 10. December 1814), welche anderen concessionirten Gewerben gleichgeachtet werden können, mit der für gleichartige Gewerbe treffenden Gewerbesteuer zu belegen.

Art. 28. Die Amtsgeschäfte, welche im gegenwärtigen Gesetze den Rentämtern zugewiesen sind, werden in der Pfalz von den Steuer-Controllämtern ausgeübt.

Art. 29. Unser Staatsminister der Finanzen ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Gegeben Aachen, den 11. Juli 1850.

M a g.

von der Pforden, Dr. v. Aschenbrenner. Dr. v. Ringelmann. v. Küder.  
v. Buehl. Freih. v. Belkhoven, Staatsrath.

Nach dem Befehle Seiner Majestät  
des Königs: der geheime Sekretär des  
Staatsrathes, Rath Dr. v. Kobl.

**Gesetz,**  
**betreffend die Einführung einer Klassen- und klassifizirten**  
**Einkommensteuer in Preußen.**

**Wir Friedrich Wilhelm**  
**von Gottes Gnaden König von Preußen &c. &c.**

verordnen mit Zustimmung der Kammern, was folgt:

§. 1. Die im §. 1. des allgemeinen Abgaben-Gesetzes vom 30. Mai 1820 unter g angeordnete Klassensteuer, sowie die auf Grund der provisorischen Verordnung vom 4. April 1848 wegen Aufhebung der Mahlsteuer und deren Ersatz durch eine direkte Steuer eingeführten Ersatzsteuern, werden vom 1. Juli d. J. ab aufgehoben.

In den Orten, welche in dem anliegenden Verzeichnisse benannt sind, wird die Mahl- und Schlachtsteuer nach Maßgabe des Gesetzes vom 30. Mai 1820 und der dasselbe erläuternden, ergänzenden oder abändernden Bestimmungen fortgehoben, beziehungsweise die Mahlsteuer, soweit sie daselbst zur Zeit nicht besteht, von dem 1. Juli d. J. ab wieder eingeführt.

Den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Gemeinden wird, wie bisher, ein Drittel theil des Rohertrages der Mahlsteuer zur Verwendung für Kommunalzwecke überwiesen.

§. 2. Statt der aufgehobenen Steuern und beziehungsweise neben der Mahl- und Schlachtsteuer wird vom 1. Juli d. J. ab erhoben:

- a) in allen nicht mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Orten eine neue Klassensteuer von denjenigen Einwohnern, deren jährliches Einkommen den Betrag von 1000 Rthln. nicht übersteigt, und
- b) gleichmäßig im ganzen Staate eine klassifizierte Einkommensteuer von allen Einwohnern, deren gesamtes jährliches Einkommen die Summe von 1000 Rthln. übersteigt; von den Einwohnern mahl- und schlachtsteuerpflichtiger Orte jedoch unter der Beschränkung, daß jedem Steuerpflichtigen für die gleichzeitig zu entrichtende Mahl- und Schlachtsteuer jährlich die Summe von 20 Rthln. in Anrechnung gebracht und nur der nach diesem Abzuge übrig bleibende Steuerbetrag zur Einziehung gestellt wird.

§. 3. Einwohner mahl- und schlachtsteuerpflichtiger Orte werden durch den zeitweisen Aufenthalt in einem Klassensteuerpflichtigen Bezirk nicht Klassensteuerpflichtig; andererseits erlangen Einwohner eines Klassensteuerpflichtigen Bezirks durch den zeitweisen Aufenthalt in einem mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Orte weder auf den Ersatz der Klassensteuer, noch, soweit sie einkommensteuerpflichtig sind, auf die Bewilligung des Abzugs an der klassifizierten Einkommensteuer für die gleichzeitig zu entrichtende

Forterhebung u. be-  
ziehungsw. Wieder-  
einführung der  
Mahl- u. Schlacht-  
steuer in gewissen  
Orten.

Die neue Klassen-  
steuer wird nur in  
den nicht mahl- u.  
schlachtsteuerpflich-  
tigen Orten u. zwar  
von den Personen,  
welche jährl. nicht  
über 1000 fl. Rthln.  
Einkommen besitzen,  
die Einkommen-  
steuer dagegen von  
allen Staats-  
bürgern, deren jährl.  
Einkommen diese  
Summe übersteigt,  
erhoben.

Mahl- und Schlachtsteuer einen Anspruch. Wer einen doppelten Wohnsitz in einem Klassensteuerpflichtigen und in einem mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Orte hat, ist stets zur Entrichtung des ganzen Jahresbetrags der auf ihn veranlagten Klassen- beziehungsweise klassifizirten Einkommensteuer verpflichtet.

§. 4. Die Einführung der Klassensteuer in Stelle der Mahl- und Schlachtsteuer, sowie der letzteren in Stelle der Klassensteuer, kann nur durch ein Gesetz geschehen.

### Erster Abschnitt.

Vorschriften für die Veranlagung und Erhebung der Klassensteuer.

Wer den Klassen-  
steuer unterworfen.

§. 5. Der Klassensteuer sind unterworfen diejenigen Einwohner in nicht mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Orten, deren jährliches Einkommen den Betrag von 1000 Rthlrn. nicht übersteigt.

Freiungen von  
der Steuer.

§. 6. Befreit von der Klassensteuer sind:

- a) Personen vor vollendetem sechzehnten Jahre;
- b) alle beim Heer und bei den Landwehrstämmen in Reich und Glied befindlichen Unteroffiziere und gemeine Soldaten, nebst den in ihrer Haushaltung lebenden Mitgliefern ihrer Familie, sofern sie selbst oder diese ihre Angehörigen weder eigenes Gewerbe, noch Landwirthschaft betreiben;
- c) die Unteroffiziere und gemeinen Soldaten der Landwehr und ihre Familien für die Monate, in welchen sie zur Fahne einberufen, sowie die Offiziere des stehenden Heeres und der Landwehr, desgleichen die Militär-Beamten für die Zeit, während welcher sie mobil gemacht sind;
- d) diejenigen zur ersten Stufe der ersten Hauptklasse und zwar zur Unterstufe a. (§. 9.) gehörigen Personen, welche am 1. Januar desjenigen Jahres, für welches die Veranlagung geschieht, ihr 60tes Lebensjahr bereits zurückgelegt haben;
- e) Arme, die im Wege der öffentlichen Armenpflege eine fortlaufende Unterstützung erhalten oder in öffentlichen Anstalten auf öffentliche Kosten versorgt werden;
- f) Ausländer, welche sich noch nicht ein volles Jahr an demselben Orte des Inlandes aufgehalten haben, mit Ausnahme derjenigen, welche des Erwerbs wegen ihren Aufenthalt im Inlande nehmen;
- g) die Inhaber des eisernen Kreuzes und die zu ihrem Hausstande gehörigen Familienglieder, soweit sie zur ersten Hauptklasse (§. 9. zu a.) gehören;
- h) diejenigen, welche, auch ohne besondere Auszeichnung erlangt zu haben, in dem vaterländischen oder als Eingeborne eines damals noch nicht zum Preussischen Staate gehörenden Landestheils in einem verbündeten oder anderen Heere an einem der Feldzüge von 1806 bis 1815 theilgenommen haben, für ihre Person und ihre Angehörigen, soweit sie zu den beiden ersten Stufen der ersten Hauptklasse gehören.

Erhebung d. Klassen-  
steuer nach drei  
Hauptklassen u. in  
diesen nach Unter-  
abtheilungen.

§. 7. Die Steuer wird in drei Hauptklassen und in jeder Hauptklasse nach Abstufungen erhoben, in welche die einzelnen Steuerpflichtigen unter Berücksichtigung der für die Hauptklassen gegebenen allgemeinen Unterscheidungsmerkmale einer-

seits, andererseits aber unter Berücksichtigung ihrer gesamten Verhältnisse und der durch diese bedingten besonderen Leistungsfähigkeit einzuschätzen sind.

Die niedrigste (erste) Hauptklasse umfaßt im Allgemeinen diejenigen Grundbesitzer und Gewerbetreibenden, welche nach dem Umfange und der Beschaffenheit ihres Besitzthums oder Gewerbes durch das hierdurch gewährte Einkommen nicht selbstständig bestehen können und sich daher noch Nebenverdienst, namentlich durch Tagelohn oder dergleichen ähnliche Lohnarbeit suchen müssen; außerdem die gewöhnlichen Lohnarbeiter, die Handwerksgehilfen, das gewöhnliche Gefinde und die Tagelöhner.

Zur zweiten Hauptklasse gehören diejenigen kleineren Grundeigentümer und Gewerbetreibenden, welche von dem aus ihrem Besitzthume oder Gewerbe ihnen zufließenden Ertrag schon selbstständig zu bestehen im Stande sind; die ihnen in ihren Gesamt-Verhältnissen gleichstehenden Grundstücks-Pächter; die in fremdem Lohn und Brod stehenden Personen, welche nach der Art ihrer Dienste und der dafür gewährten Bezahlung nicht als Tagelöhner oder Gefinde angesehen werden können; endlich diejenigen Staats- und Gemeindebeamten, Aerzte, Notarien u. s. w., von denen nach ihrem Einkommen und ihren sonstigen Verhältnissen angenommen werden darf, daß sie den oben gedachten Steuerpflichtigen hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit ungefähr gleich stehen.

Die dritte Hauptklasse endlich umfaßt diejenigen, welche zwar im Vergleich zu den der zweiten Hauptklasse Angehörigen auf einer höheren Stufe der Wohlhabenheit sich befinden, deren Einkommen jedoch noch immer mehr oder weniger hinter demjenigen Betrage zurückbleibt, welcher ihre Heranziehung zur klassifizierten Einkommensteuer bedingen würde.

§. 8. a) Die Hebung geschieht in der Regel nach Haushaltungen;

Art d. St.-Gef.

b) zur Haushaltung gehört der Hausherr, oder, wenn Frauen selbstständig eine Wirtschaft führen, die Hausfrau mit ihren Angehörigen, denen sie Wohnung und Unterhalt geben;

c) Personen, die mit Gehalt oder Lohn zu Dienstleistungen angenommen sind, sowie Kostgänger werden nicht zu den Angehörigen einer Haushaltung gezählt;

d) Steuerpflichtige, welche weder einer besteuerten Haushaltung angehören, noch eine eigene Haushaltung führen, zahlen den vollen Steuerfuß ihrer Steuerstufe.

§. 9. Die Steuer beträgt monatlich:

Betrag d. St.-St.

a) in der ersten Hauptklasse, und zwar:

1) in der ersten Stufe:

in der Unterstufe a. 1 Sgr. 3 Pf.

für jede Steuerpflichtige Person, jedoch mit der Maßgabe, daß in dieser Stufe aus derselben Haushaltung niemals mehr als zwei Personen zur Steuer herangezogen werden dürfen;

in der Unterstufe b., zu welcher jedoch nur Einzelsteuernde veranlagt werden dürfen, 2 Sgr. 6 Pf.

2) in der zweiten Stufe 5 Sgr. — Pf.

3) „ „ dritten „ 7 „ 6 „

b) in der zweiten Hauptklasse, und zwar:

4) in der vierten Stufe 10 Egr. — Pf.

5) „ „ fünften „ 12 „ 6 „

6) „ „ sechsten „ 15 „ — „

7) „ „ siebenten „ 20 „ — „

8) „ „ achten „ 25 „ — „

c) in der dritten Hauptklasse, und zwar:

9) in der neunten Stufe 1 Rthlr. — Egr.

10) „ „ zehnten „ 1 „ 10 „

11) „ „ elften „ 1 „ 20 „

12) „ „ zwölften „ 2 „ — „

für die Haushaltung wie für den Einzelnsteuernden.

Einschätzung in die  
Steuerklassen durch  
eine Kommission.

§. 10. a) Die Einschätzung in die §. 9. bezeichneten Stufen nach den im §. 7. vorgezeichneten allgemeinen Merkmalen geschieht von einer Kommission, welche aus dem Gemeindevorstande und Mitgliedern, die von der Gemeindevertretung gewählt sind, besteht, unter Aufsicht der Landräthe, denen auch die Vorrevision obliegt. Die Feststellung der Steuerbeträge erfolgt durch die Bezirks-Regierung;

b) von den Gemeindevorständen werden unter der Leitung der Landräthe auch die Jahrestrollen und die Ab- und Zuganglisten aufgestellt;

c) die Erhebung geschieht durch die geordneten Steuerempfänger;

d) die Formen der Geschäftsführung werden nach Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse durch besondere Instruktionen vorgezeichnet.

Die vorschriftsmäßige Veranlagung und Einziehung der Steuern haben die Bezirks-Regierungen zu leiten und zu überwachen.

Folgen des Domicil-Wechsels.

§. 11. Diejenigen, welche wegen Verlegung ihres Wohnsitzes aus einer mahl- und schachtsteuerpflichtigen Stadt oder aus dem Auslande in einen klassensteuerpflichtigen Ort oder aus anderen Gründen steuerpflichtig werden, haben die Klassensteuer von dem nächsten auf den Eintritt der Steuerpflichtigkeit folgenden Monate ab zu entrichten. Der Gemeindevorstand hat in diesen Fällen vorläufig den Satz zu bestimmen, nach welchem die Klassensteuer entrichtet werden muß und welcher demnächst von der Bezirksregierung definitiv festgesetzt wird.

Ebenso sind die wegen Vollenbung des sechszigsten Lebensjahres, wegen Verlegung ihres Wohnsitzes in eine mahl- und schachtsteuerpflichtige Stadt oder in das Ausland oder aus anderen Gründen gesetzlich von der Klassensteuer zu befreienden Personen von dem Monate ab von der Steuer frei zu lassen, welcher auf den Eintritt des die Steuerbefreiung veranlassenden Grundes zunächst folgt.

Bei Umzügen aus einem klassensteuerpflichtigen Orte in einen anderen ist die Klassensteuer für den Monat, in welchem der Umzug erfolgt, noch an dem bisherigen Wohnorte des Fortziehenden zu entrichten.

§. 12. a) Jeder Eigentümer eines bewohnten Grundstücks oder dessen Stellvertreter haftet der Behörde, welche das Verzeichniß der steuerpflichtigen Haushaltungen und Einzelnsteuernden aufnimmt, für die richtige Angabe derselben;

- b) jedes Familienhaupt ist für die richtige Angabe seiner Angehörigen und aller zu seinem Hausstande gehörigen steuerpflichtigen Personen verantwortlich;
- c) jede bei der Aufnahme des Verzeichnisses oder auf sonstige beschalligte Anfrage der Steuerbehörde im Laufe des Jahres unterlassene Angabe einer steuerpflichtigen Person soll, außer der Nachzahlung der rückständigen Steuer, mit einer Geldbuße bis zum vierfachen Jahresbetrage derselben belegt werden;
- d) die Untersuchung gegen diejenigen, welche sich einer Uebertretung dieser Bestimmungen schuldig machen, gebührt dem Gericht, insofern der Steuerpflichtige nicht binnen einer von der Behörde zu bestimmenden Frist die Zahlung der verfürzten Steuer, des von derselben festgesetzten Strafbetrages, sowie der durch das Verfahren gegen ihn entstandenen Kosten freiwillig leistet.

Strafen f. Steuer-Defraudationen.

Die Untersuchung gegen den Defraudanten liegt dem Gerichte ob.

- §. 13. a) Die Bekanntmachung der Steuerrollen erfolgt das erste Mal in einer angemessenen Frist nach Verkündigung dieses Gesetzes, weiterhin mit dem Anfange jedes Jahres;
- b) sobald die Bekanntmachung geschehen ist, muß der Steuerpflichtige in den ersten acht Tagen jedes Monats seinen Beitrag voraus entrichten. Es hängt von ihm ab, denselben auch für einen längeren Zeitraum bis zum ganzen Jahresbetrage zu bezahlen;
- c) die Säumigen werden von dem Steuer-Empfänger aufgefordert, die Zahlung binnen drei Tagen zu leisten, nach deren fruchtlosem Ablauf mit der executivischen Beitreibung verfahren wird;
- d) spätestens fünf Tage vor dem Ablauf jedes Monats muß die eingegebene Steuer nebst der Nachweisung der etwa unvermeidlichen Ausfälle und der Reste an die zum weiteren Empfange bestimmte Kasse abgeliefert sein. Die Feststellung bestimmter Zahlungstage für die verschiedenen Steuer-Empfänger innerhalb dieser Frist ist hierdurch nicht ausgeschlossen;
- e) der Steuer-Empfänger ist für diejenigen Steuern selbst verantwortlich, bei denen er den wirklichen Ausfall oder die fruchtlos verhängte Execution nicht sofort nachweisen kann, und muß solche vorstufweise zur Kasse entrichten.
- §. 14. a) Reklamationen gegen die Klassensteuer-Beranzlagung müssen binnen einer Präklusivfrist von drei Monaten nach der im §. 13. zu a. vorgeschriebenen Bekanntmachung der Steuerrolle, oder bei Beranzlagungen im Laufe des Jahres, nach erfolgter Benachrichtigung des Steuerpflichtigen von dem Steuerbetrage bei dem Landrath eingegeben werden.
- b) Die Zahlung der veranzlagten Steuer darf durch die Reklamation nicht aufgehalten werden, muß vielmehr mit Vorbehalt der späteren Erstattung des etwa zu viel Bezahlten zu den bestimmten Terminen (§. 13. zu b.) erfolgen.

Reklamationen gegen die Kl.-Steuer-Beranzlagung



werden von der Regierung entschieden.

vorbehaltlich d. Re-  
kurses an das Finanz-  
ministerium.

- e) Ueber die angebrachten Reklamationen entscheidet, nach darüber eingehenden Gutachten einer von der Kreisvertretung zu wählenden Kommission, die Regierung. Diese Entscheidung muß, wenn dem Gutachten der Kreisvertretung nicht beigetreten wird, durch Plenarbeschluß erfolgen.
- d) Wegen die Entscheidung der Regierung steht dem Reklamanten der in einer Präklusivfrist von sechs Wochen nach dem Empfange der ersten bei dem Landrath einzubringende Rekurs an das Finanzministerium offen.
- e) Die Bestimmungen des Gesetzes über die Verzögerungsfristen bei öffentlichen Abgaben vom 18. Juni 1840 finden, soweit nicht das gegenwärtige Gesetz etwas Anderes bestimmt, auch auf die neue Klassensteuer Anwendung.

§. 15. Hinsichtlich der örtlichen Erhebung der Steuer verbleibt es bei den bestehenden Bestimmungen.

Rekursions - Ge-  
bühren.

Die für die Erhebung zu bewilligenden Gebühren, aus welchen auch alle Nebenkosten der Veranlagung für Papir, Druckformulare u. a. m. zu befreiten, dürfen den Betrag von vier Prozent der eingezogenen Steuer nicht übersteigen.

## Zweiter Abschnitt.

### Vorschriften für die Veranlagung und Erhebung der klassifizierten Einkommensteuer.

Wer der klassifizierten Einkommensteuer unterworfen.

§. 16. Der klassifizierten Einkommensteuer sind mit Ausnahme der Mitglieder des Königl. Hauses und der beiden Hohenzollern'schen Fürstenthümer alle Einwohner des Staats, sowie die im Auslande sich aufhaltenden Staatsangehörigen unterworfen, welche selbstständig, beziehungsweise unter Hinzurechnung des etwaigen besonderen Einkommens der zu ihrem Haushalt gehörigen Familienglieder, ein jährliches Einkommen von mehr als 1000 Rthln. beziehen.

§. 17. Wegen des Einkommens aus ihrem, im Auslande belegenen Grundeigenthum sind Preussische Staatsangehörige von der klassifizierten Einkommensteuer freizulassen, wenn sie den Nachweis führen, daß sie wegen jenes Grundeigenthums im Auslande einer gleichartigen Besteuerung unterliegen.

Befreiung von  
Ausländern.

§. 18. Auch Ausländer, welche im Inlande Grundeigenthum besitzen, sind, sofern die Gesamtheit desselben ein Einkommen von mehr als 1000 Rthln. gewährt, in Ansehung des letzteren zur Entrichtung der klassifizierten Einkommensteuer verpflichtet. Dasselbe gilt von Ausländern, welche im Inlande gewerbliche oder Handelsanlagen besitzen oder Theilnehmer an solchen sind.

Anderer Ausländer sind dieser Steuer nur dann unterworfen, wenn sie sich des Erwerbes wegen oder länger als ein Jahr im Preussischen Staate aufhalten.

Gegenstand d. Einkommensteuer.

§. 19. Die Veranlagung der klassifizierten Einkommensteuer erfolgt lediglich nach Raafgabe des Gesamteinkommens, welches dem Steuerpflichtigen aus Grundeigenthum, aus Kapital-Vermögen oder aus Rechten auf periodische Gebungen oder

auf Vorteile irgend welcher Art, aus dem Ertrage eines Gewerbes oder irgend einer Art gewinnbringender Beschäftigung zufließt. Nach diesem Einkommen wird jeder Steuerpflichtige zu einer der im §. 20 bezeichneten Steuerstufen dergestalt eingeschätzt, daß der Jahresbetrag seiner Steuer drei Prozent seines Einkommens nicht übersteigt.

§. 20. Die Steuer beträgt monatlich:

in der	1. Steuerstufe	2 Rthlr. 15 Egr.
" "	2. "	3 " — "
" "	3. "	3 " 15 "
" "	4. "	4 " — "
" "	5. "	5 " — "
" "	6. "	6 " — "
" "	7. "	7 " — "
" "	8. "	8 " — "
" "	9. "	9 " — "
" "	10. "	10 " — "
" "	11. "	12 " — "
" "	12. "	15 " — "
" "	13. "	18 " — "
" "	14. "	24 " — "
" "	15. "	30 " — "
" "	16. "	40 " — "
" "	17. "	50 " — "
" "	18. "	60 " — "
" "	19. "	80 " — "
" "	20. "	100 " — "
" "	21. "	130 " — "
" "	22. "	160 " — "
" "	23. "	200 " — "
" "	24. "	250 " — "
" "	25. "	300 " — "
" "	26. "	350 " — "
" "	27. "	400 " — "
" "	28. "	450 " — "
" "	29. "	500 " — "
" "	30. "	600 " — "

Betrag der Einkommensteuer in den einzelnen Steuerstufen.

§. 21. Behufs der Einschätzung zur klassisirten Einkommensteuer wird alljährlich für jeden landrätthlichen Kreis, sowie für jede zu einem Kreisverbande nicht gehörige Stadt unter dem Vorsitz des Landraths oder eines besonderen, von der Bezirksregierung zu ernennenden Kommissars eine Kommission gebildet, deren Mitglieder von der Kreis- beziehungsweise Gemeinde-Vertretung zu einem Drittel aus Mitgliedern derselben, zu zwei Dritteln aber aus den einkommensteuerpflichtigen Einwohnern des Kreises oder der Stadt gewählt werden.

Innenanweisung  
b. Schatzungs-Kommission.

Bei der Wahl der letzteren ist darauf zu sehen, daß die verschiedenen in dem

Kreise oder in der Stadt vorhandenen Arten des Einkommens (aus Grundeigenthum, Kapitalbesitz und Gewerbebetrieb) möglichst gleichmäßig vertreten werden.

Die Wahl darf nur aus Gründen, welche zur Ablehnung einer Vormundtschaft berechtigen, oder in dem Falle abgelehnt werden, wenn der Gewählte bereits drei Jahre hintereinander Mitglied der Einschätzungskommission gewesen ist.

Die Zahl der Mitglieder dieser Kommission wird für die einzelnen Kreise und Städte mit Rücksicht auf deren Größe und auf die Einkommens-Verhältnisse ihrer Einwohner von der Bezirksregierung bestimmt.

Der letzteren steht auch die Befugniß zu, innerhalb desselben landrätlichen Kreises für einzelne größere städtische oder ländliche Gemeinden die Bildung besonderer Einschätzungskommissionen, nach den in Vorstehendem gegebenen Bestimmungen anzuordnen. In großen Städten können mehrere Unter-Kommissionen gebildet werden.

Rechts und Obliegenheiten des Vorsitzenden der Kommission als Vertreter des Interesses des Staates.

§. 22. Der Vorsitzende der Einschätzungskommission, welcher zugleich die Interessen des Staates zu vertreten hat, leitet innerhalb des Kreises oder des kleineren Bezirks, für welchen die Kommission errichtet ist, das Veranlagungs-Geschäft, und ist besonders dafür verantwortlich, daß das letztere überall nach den in dem gegenwärtigen Gesetze aufgestellten Grundsätzen zur Ausführung gelange.

Er hat vor Allem die Aufnahme einer vollständigen Nachweisung aller derjenigen Einwohner und der im Auslande sich aufhaltenden Grundbesitzer seines Einschätzungsbezirks zu bewirken, welche auf Grund der Klassensteuerverzeichnisse und sonst vorhandenen Nachrichten für einkommensteuerpflichtig zu erachten sind.

Zugleich hat der Vorsitzende über die Besitz-, Vermögens-, Erwerbs- und sonstigen Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen, soweit dies ohne tieferes Eindringen in die ersteren geschehen kann, möglichst vollständige Nachrichten einzuziehen; überhaupt alle Merkmale, welche ein Urtheil über das in Ansatz zu bringende Einkommen näher zu begründen vermögen, zu sammeln.

Bei der Aufnahme der Nachweisung der Steuerpflichtigen sowohl, als zur Beschaffung der erforderlichen Nachrichten über deren Vermögens- und Einkommens-Verhältnisse hat sich der Vorsitzende der Einschätzungskommission nach seinem Ermessen der Mitwirkung der Gemeinde-Vorstände, welche allen seinen Aufforderungen Folge zu leisten schuldig sind, zu bedienen.

Die Ergebnisse der von ihm eingezogenen Nachrichten überträgt er in die Einkommens-Nachweisung seines Bezirks und bezeichnet dann in der dazu bestimmten Spalte dieser Nachweisung gutachtlich für jeden Steuerpflichtigen diejenige Steuerstufe, in welche derselbe nach dem ihm beizumessenden Gesamteinkommen einzuschätzen seyn dürfte. Hierbei sind die in den §§. 28—30 vorgeschriebenen Abschätzungs-Grundsätze zur Anwendung zu bringen.

Der Vorsitzende hat außerdem noch die zur Beschlußnahme der Einschätzungskommission, deren Zusammenberufung von ihm ausgeht, erforderlichen Vorbereitungen zu treffen und die Beschlüsse der letzteren, soweit er selbst nicht dagegen die Berufung an die Bezirks-Kommission (§. 23) einzulegen sich veranlaßt findet, zur Ausführung zu bringen.

§. 23. Die Einschätzungs-Kommission unterwirft die von ihrem Vorsitzenden aufgestellte Einkommens-Nachweisung unter Benützung aller ihr zu Gebote stehenden Hilfsmittel einer genauen Prüfung. Dabei ist zwar ebenfalls (§. 22.) jedes lästige Eindringen in die Vermögens- und Einkommens-Verhältnisse der einzelnen Steuerpflichtigen zu vermeiden; jedoch hat die Kommission das Recht, wenn sie zur Erlangung einer näheren Kenntnis von den Einkommens-Verhältnissen eines Steuerpflichtigen es für nöthig erachtet, von den Verhandlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit und den Hypothekenbüchern Einsicht zu nehmen.

Die Einschätzungs-Kommission hat die von ihrem Vorsitzenden aufgestellte Einkommens-Nachweisung zu prüfen.

Nachdem die Prüfung vollzogen ist, hat die Kommission nach den statgeordneten Ermittlungen oder anderweit bekannten Verhältnissen des einzelnen Steuerpflichtigen die Steuerstufe festzustellen, in welche derselbe zu veranlagten ist.

Dem Steuerpflichtigen ist die erfolgte Feststellung der Steuerstufe, in welche er eingeschätzt worden ist, mit dem Betrage der von ihm zu entrichtenden Steuer durch eine verschlossene Zuschrift unter dem Eröffnen bekannt zu machen, daß ihm dagegen die bei dem Vorsitzenden der Einschätzungs-Kommission einzureichende Reklamation an die Bezirks-Kommission (§. 24.) binnen drei Monaten präklusivischer Frist offen stehe. Innerhalb der ersten sechs Wochen dieser Frist steht es dem Steuerpflichtigen auch frei, nach seiner Wahl, entweder durch schriftliche oder mündliche Verhandlungen, persönlich oder durch Vermittelung von höchstens zwei Vertrauensmännern, oder durch andere Beweismittel der Kommission die erforderliche Ueberzeugung von der vorgeblichen Ueberehrdung durch die erfolgte Abschätzung zu verschaffen, um folchergehalt von derselben eine berichtigte Steuerveranlagung zu erwirken.

Reklamationen des Steuerpflichtigen gegen die Einschätzung gehen an die Bezirks-Kommission.

Die Beschlüsse der Kommission werden nach einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Dem Vorsitzenden steht ein Stimmentrecht nur im Falle einer Stimmengleichheit der übrigen Kommissionsmitglieder zu, und gibt dieselbenfalls seine Stimme den Ausschlag.

Gegen die Beschlüsse der Einschätzungs-Kommission ist der Vorsitzende berechtigt, die Berufung an die Bezirks-Kommission einzulegen, bis zu deren Entscheidung der Steuerpflichtige, vorbehaltlich der Nachzahlung, nur den von der Kommission festgesetzten Steuerbetrag zu entrichten hat.

Obgleich Recht der Berufung hat auch der Verleugerte.

Die Ausfertigungen und Entscheidungen der Kommission sind von dem Vorsitzenden und mindestens zwei Mitgliedern zu vollziehen.

§. 24. Für jeden Regierungsbezirk, beziehungsweise für die Haupt- und Residenzstadt Berlin, wird unter dem Vorsitz eines von dem Finanzminister zu ernennenden Regierungs-Kommissars eine Bezirks-Kommission gebildet, welche in demselben Verhältniß, wie die Einschätzungs-Kommissionen, aus im Bezirke wohnenden Mitgliedern der Provinzial-Vertretung und aus Einkommensteuerpflichtigen des Bezirks zusammenzusetzen und von der Provinzial-Vertretung zu wählen ist.

Zusammensetzung der Bezirks-Kommissionen.

Die Zahl der Mitglieder dieser Kommission wird für jeden Bezirk mit Rücksicht auf seine Größe und auf die Einkommens-Verhältnisse seiner Einwohner von dem Finanzminister bestimmt. Auch bei dieser Kommission ist darauf zu achten, daß die verschiedenen Arten des Einkommens möglichst gleichmäßig darin vertreten werden. In Bezug auf die Zulässigkeit der Ablehnung der Wahl gilt die im §. 21. getroffene Bestimmung.

Wirkungsbereich des  
Vorstandes der Be-  
zirke-Kommissionen  
als Vertreter der  
Staats-Interessen.

§. 25. Der Vorsitzende der Bezirks-Kommission ist in Bezug auf die richtige Feststellung der Steuer der Vertreter der Staats-Interessen für seinen Bezirk. Ihm liegt die obere Leitung des gesamten Veranlagungs-Geschäftes im Bezirk ob. Er hat die gleichmäßige Anwendung der Veranlagungs-Grundsätze zu überwachen, die Geschäftsführung der Vorsitzenden der Einschätzungs-Kommissionen zu beaufsichtigen und für die rechtzeitige Vollenendung des Veranlagungsgeschäftes zu sorgen. An ihn gelangen alle Beschwerden und Reklamationen, sowie die Berufungen der Vorsitzenden der Einschätzungs-Kommissionen gegen die Entscheidungen der letzteren. Er hat die Bezirks-Kommission zusammenzuberufen und deren Beschlüsse zur Ausführung zu bringen.

Befugnisse der Be-  
zirke-Kommission.

§. 26. Die Bezirks-Kommission entscheidet über alle gegen das Verfahren und die Entscheidungen der Einschätzungs-Kommission angebrachten Beschwerden und Reklamationen, sowie über die von den Vorsitzenden der Einschätzungs-Kommissionen eingelegten Berufungen. Bei Erörterung der zuletzt gedachten Berufungen stehen den Bezirks-Kommissionen dieselben Befugnisse wie den Einschätzungs-Kommissionen zu.

Bevor Prüfung der von den Steuerpflichtigen angebrachten Reklamationen hat die Bezirks-Kommission zuvörderst ebenfalls auf dem §. 23. nachgelassenen mildernden Wege den Versuch zu machen, die Wahrheit zu ergründen, demnächst aber die Befugniß, eine genaue Feststellung der Vermögens- und Einkommens-Verhältnisse des Reklamanten zu veranlassen und zu diesem Behuf das Recht, Zeugen außerordentlich eilich durch das betreffende Gericht vernehmen zu lassen, dem Reklamanten bestimmte Fragen über seine Vermögens- und Einkommens-Verhältnisse vorzulegen, beziehungsweise ihn aufzufordern, die in seinem Besitze befindlichen Urkunden, Pachtkontrakte, Schuldverschreibungen, Handlungsbücher u. s. w. zur Einsicht vorzulegen. Wenn binnen der zu bestimmenden Frist die erforderliche Auskunft nicht erteilt wird, oder die betreffenden Urkunden u. s. w. nicht vorgelegt werden, so wird — was dem Reklamanten jedesmal bei der Aufforderung zu eröffnen ist — angenommen, daß er die angebrachte Reklamation zu begründen außer Stande sei, und die letztere zurückgewiesen. Auch ist die Bezirks-Kommission, wenn es an anderen Mitteln, die Wahrheit zu ergründen fehlt, berechtigt, den Reklamanten zur Erklärung an Eidesstatt über die in Betreff seines Einkommens von ihm selbst gemachten Angaben aufzufordern. Sie hat für einen solchen Fall in einer darüber zu erlassenden Entscheidung die eidesstattliche Erklärung wörtlich vorzuschreiben, auch die mindestens achtstägige Frist zu bestimmen, nach deren Ablauf diese Erklärung abzugeben ist, widrigensfalls die angebrachte Reklamation als unbegründet zurückzuweisen seyn würde.

Inappellabilität über  
Entscheidungen.

Gegen die Entscheidungen der Bezirks-Kommission findet ein Rekurs nicht statt.

Dieselbe hat außerdem die von den Einschätzungs-Kommissionen festgestellten Veranlagungs-Nachweisungen sorgfältig zu prüfen und ihre Erinnerungen dagegen zu ziehen, welche bei der Veranlagung der Steuer des folgenden Jahres beachtet werden müssen.

In Betreff der Fassung und Ausfertigung ihrer Beschlüsse gelten die für die Einschätzungs-Kommission gegebenen Bestimmungen.

§. 27. Bei der genauen Feststellung der Vermögens- und Einkommens-Verhältnisse eines Steuerpflichtigen, behufs Entscheidung über die von demselben erhobene Reklamation, sind für die verschiedenen Arten des Einkommens nachfolgende (§§. 28, 29 und 30) leitende Grundsätze zu beachten.

§. 28. Das Einkommen aus Grundvermögen umfaßt die Erträge sämtlicher Liegenheiten, welche dem Steuerpflichtigen eigenthümlich gehören, oder aus denen ihm in Folge von Berechtigungen irgend welcher Art ein Einkommen zufließt.

Von Grundstücken, welche verpachtet oder vermietet sind, ist der jeweilige Pacht- oder Mietzins, einerseits unter Hinzurechnung etwaiger Natural- oder sonstiger Nebenleistungen, sowie der dem Verpächter etwa vorbehaltenen Nutzungen, andererseits unter Abrechnung der dem Verpächter verbliebenen Lasten, als Einkommen zu berechnen.

Bei Berechnung des Einkommens aus nicht verpachteten Besitzungen ist der im Durchschnitt der drei letzten Jahre durch die eigene Bewirthschaftung erzielte Reinertrag zum Grunde zu legen.

Ländliche Fabrikationszweige (Branntweinbrennereien, Brauereien, Mühlen, Ziegeleien und andere mehr) sind, so weit sie nicht bei der Ertragsermittelung des Hauptgutes, zu welchem sie gehören, schon berücksichtigt worden, ebenso wie Stein-, Schiefer-, Kalk- oder Kreidebrüche, ferner Gruben- oder Hüttenwerke, nach dem durchschnittlichen Reinertrage der letzten drei Jahre zur Berechnung zu ziehen.

Für nicht vermietete, sondern von dem Eigenthümer selbst bewohnte oder sonst benutzte Gebäude ist das Einkommen nach den ortsüblichen Mietzinspreisen zu bemessen.

Die auf dem Grundbesitz ruhenden Lasten und Steuern, ingleichen die Zinsen für hypothekarisch eingetragene und andere Schulden werden in Abzug gebracht, müssen jedoch auf Erfordern, und zwar die Schulden unter Angabe des Namens und Wohnortes des Gläubigers, sowie des Datums der Schuldschuld, speziell nachgewiesen werden.

§. 29. Das Einkommen aus dem Kapitalvermögen besteht in den Zinsen aller Forderungen, welche dem Steuerpflichtigen gegen Privatschuldner oder gegen den Staat oder die Geldinstitute des Staats, gegen öffentliche Gesellschaften oder Aktienunternehmungen, gegen auswärtige Staaten u. s. w. zufließen. Auch gehören hieher alle Einnahmen in Geld, Naturalien oder sonstigen geldwerthen Vortheilen, welche Jemandem aus Leibrenten oder ähnlichen Verträgen oder Verschreibungen zufließen.

Die zugesicherten Jahreszinsen oder Renten bilden sowohl bei dem in öffentlichen Papieren als bei dem in Privatforderungen bestehenden Kapital-Vermögen das zu besteuende Einkommen.

Gehen diese Zinsen oder Renten nicht regelmäßig unverfälscht ein, oder unterliegen sie, wie bei Dividenden aus Aktienunternehmungen, jährlichen Schwankungen, so ist der für das vorhergegangene Jahr gezahlte Betrag in Ansatz zu bringen. Hinsichtlich der von diesem Einkommen abzuziehenden Zinsen etwaiger Schulden gilt die am Schlusse des §. 28. gegebene Bestimmung. Forderungen und Schulden, welche im kaufmännischen Verkehr und überhaupt im Verkehr unter Gewerbetreibenden bestehen, werden bei Feststellung des im §. 30. behandelten Einkommens berücksichtigt und sind daher hier außer Acht zu lassen.

Reinende Bestimmungen über die Art und Weise, wie das Einkommen bestimmt werden soll.

a) bei Einkommen aus Grundvermögen.

b) bei Einkommen aus Kapitalvermögen.

a) bei Einkommern aus demselben, Gewerke und gewinnbringenden Beschäftigungen jeder Art

§. 30. Hinsichtlich der dritten Art des Einkommens, welches aus Handel, Gewerbe, Pachtungen oder irgend einer Art gewinnbringender Beschäftigung — z. B. als Staats- oder Gemeindebeamter, als Arzt, Advokat, Schriftsteller u. s. w. — fließt und zugleich die Pensionen und Wartegeelder, überhaupt diejenigen fortlaufenden Einnahmen, welche nicht als die Jahresrente eines unbeweglichen oder beweglichen Vermögens zu betrachten sind, umfasst, ist Folgendes zu beachten:

Der Gewinn aus Handel, Gewerbe, Pachtungen u. s. w. ist nach dem Durchschnitt der drei letzten Jahre, sofern das Geschäft oder die Pacht schon so lange gedauert hat, zu berechnen. Als Ausgaben dürfen dabei, außer der üblichen Absetzung für jährliche Abnutzung von Gebäuden und Utensilien, nur solche in Abzug gebracht werden, welche behufs der Fortführung des Handels oder Gewerbebetriebes u. s. w. in dem bisherigen Umfange gemacht worden sind, mithin nicht solche Ausgaben, welche sich auf die Bestreitung des Haushalts des Steuerpflichtigen und des Unterhalts seiner Angehörigen beziehen, oder welche in einer Kapitalanlage zur Erweiterung des Geschäftes oder zu Verbesserungen aller Art bestehen.

Feststehende Einnahmen sind mit dem vollen Betrage zur Berechnung zu ziehen. Die auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung zu leistenden Pensions- und Wittwen-Kassen-Beiträge müssen von den Befoldungen oder Pensionen in Abzug gebracht werden.

Dienstwohnungen und Dienstküchereien, für welche nicht schon ein Abzug an der Befoldung stattfindet, sind dabei nach den ordentlichen Mietpreisen, beziehungsweise Pachtpreisen in Ansatz zu bringen.

Enthält das Dienst Einkommen jedoch zugleich die Entschädigung für den Dienstaufwand, so ist der dafür zu berechnende Betrag außer Ansatz zu lassen.

Hinsichtlich der in Abzug zu bringenden Zinsen von Privatschulden gilt die im §. 28. am Schluß gegebene Bestimmung.

Die oberste Leitung des Veranlagungsgeschäftes steht dem Finanzminister zu.

§. 31. Die oberste Leitung des gesamten Veranlagungsgeschäftes im Staate gebührt dem Finanzminister, welcher zugleich über die gegen das Verfahren der Bezirks-Kommissionen und der Vorsitzenden derselben angebrachten Beschwerden zu entscheiden hat.

Verpflichtung der Kommissionen zur Kenntniserlangung der Vermögensverhältnisse.

§. 32. Die bei dem Einschätzungsgeschäft beteiligten Vorsitzenden der Kommissionen und sonstigen Beamten sind kraft des von ihnen geleisteten Amtesides zur Geheimhaltung der Vermögens- und Einkommens-Verhältnisse, welche bei diesem Geschäft zu ihrer Kenntniss gelangen, verpflichtet. Die Mitglieder der Kommissionen haben diese Geheimhaltung dem Vorsitzenden mittelst Handschlags an Eidesstatt zu geloben.

Estrafen auf Steuer-Vertrauensbrechen.

§. 33. Wer bei der Erörterung einer von ihm erhobenen Reklamation auf die dieserhalb an ihn ergangene besondere Aufforderung wesentlich einen Theil seines Einkommens verschwiegen oder zu gering angegeben hat, verfällt in eine Strafe zur Höhe des vierfachen Jahresbetrages der Steuer, um welche der Staat verfürzt worden ist oder verfürzt werden sollte.

Die Entscheidung

Die Entscheidung hierüber gebührt dem Gericht, insofern der Steuerpflichtige

sich nicht freiwillig zur Bezahlung der verkürzten Steuer, des vierfachen Jahresbetrages <sup>hierübergehört dem Besizer.</sup> derselben und der durch das Verfahren gegen ihn entstandenen Kosten bereit erklärt. Eine solche in verbindlicher Form vor dem Landrathe oder dem Gemeindevorstande abgegebene Erklärung hat im Nichtzahlungsfalle die Wirkung eines gerichtlichen Erkenntnisses.

§. 34. Die Kosten der Steuer-Veranlagung fallen der Staatskasse zur Last. <sup>Kosten der Steuer-Veranlagung.</sup> Ausnahmewise sind jedoch diejenigen Kosten, welche durch die nähere Feststellung des Einkommens eines Steuerpflichtigen bei Gelegenheit der von ihm erhobenen Reklamation veranlaßt werden, von diesem zu tragen, wenn seine eigenen Angaben in wesentlichen Punkten als unrichtig befunden werden. Die Mitglieder der Kommissionen erhalten bis zum Erlass anderweiter Bestimmungen die nach §. 3 des Kosten-Regulativs vom 25. April 1836 — Gesefsammlung für 1836, Seite 181 — festzusetzenden Reise- und Tagegelder.

§. 35. Die veranlagte Steuer ist in Monatsraten in den ersten acht Tagen <sup>Monatliche Erhebung der Einkommensteuer.</sup> eines jeden Monats im Voraus an die von der Steuerbehörde zu bezeichnende Empfangsstelle abzuführen. Es steht den Steuerpflichtigen frei, die ihnen auferlegte Steuer auch für einen längeren Zeitraum bis zum ganzen Jahresbetrage zu bezahlen.

Die zu bewilligenden Gehegebühren, aus welchen auch alle Nebenkosten des <sup>Gehegebühren.</sup> Veranlagungs-Geschäfts für Papir, Druckformulare u. s. w. zu bestreiten sind, werden durch die von dem Finanzminister zu erlassenden Instruktionen näher bestimmt, dürfen jedoch nirgend den Betrag von drei Prozent der eingegangenen Steuer übersteigen.

§. 36. Die Zahlung der von der Einschätzungs-Kommission veranlagten <sup>Reklamationen gegen die Steuerveranlagung dürfen hinsichtlich der Steuerzahlung freigesprochen werden.</sup> Steuer darf wegen einer Reklamation gegen die festgestellte Steuerstufe nicht aufgehalten werden, muß vielmehr, mit Vorbehaltung der Erstattung des zu viel Bezahlten stets zu den bestimmten Terminen erfolgen.

Die klassifizierte Einkommensteuer von den Besoldungen, Emolumenten, Baategeldern und Pensionen kann von den Kassen, aus welchen die letzteren gezahlt werden, in Abzug gebracht und der Empfangsstelle überwiesen werden.

Ab- und Zugänge am Einkommen während des Jahres, für welches die Veranlagung erfolgt ist, ändern an der einmal veranlagten Steuer nichts. <sup>Ab- u. Zugänge am Einkommen während des Jahres ändern nichts.</sup> Nur wenn nachgewiesen werden kann, daß durch den Verlust einzelner Einnahmequellen das veranschlagte Gesamt-Einkommen eines Steuerpflichtigen um mehr als den vierten Theil vermindert worden, darf eine verhältnismäßige Ermäßigung der veranlagten Steuer gefordert werden. Erlischt ein steuerpflichtiges Einkommen durch den Tod seines Inhabers oder in anderer Art gänzlich, so ist die ganze davon veranlagte Steuer in Abgang zu stellen.

In allen Fällen müssen jedoch die bis dahin, also einschließlich des Monats, in welchem der Antrag auf Ermäßigung der Steuer gestellt, oder das fragliche Einkommen gänzlich erloschen ist, fällig gewordenen Steuerrenten entrichtet werden.

§. 37. Die Vorschriften des Gesetzes über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben vom 18. Juni 1840 finden, soweit nicht das gegenwärtige Gesetz etwas anderes bestimmt, auch auf die klassifizierte Einkommensteuer Anwendung.



§. 38. Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen und Instruktionen erläßt der Finanzminister.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königl. Insegel.

Gegeben Charlottenburg, den 1. Mai 1851.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

v. Manteuffel. v. d. Heydt. v. Hake. Simons. v. Stockhausen.  
v. Haumer. v. Westphalen.

## Verzeichniß der Städte,

in welchen die Maß- und Schlichtsteuer zu erheben ist.

Provinz Preußen: in	1) Königsberg,	31) Rathenow,
	2) Remel,	32) Schwedt,
	3) Pillau,	33) Winstedt,
	4) Tilsit,	34) Frankfurt,
	5) Danzig,	35) Landsberg a. d. B.
	6) Elbing,	36) Küstrin,
	7) Marienburg,	37) Kottbus,
	8) Graudenz mit Festung,	38) Königsberg i. d. Neum.,
	9) Marienwerder und	39) Krossen und
	10) Thorn.	40) Guben.
Provinz Posen: in	11) Posen,	41) Stettin,
	12) Kissa,	42) Alt-Damm,
	13) Rawitsch,	43) Stargard,
	14) Graustadt,	44) Anklam,
	15) Bromberg,	45) Demmin,
	16) Krotoschin,	46) Kolberg,
	17) Kempen,	47) Köslin,
	18) Gnesen,	48) Stolpe,
	19) Inowracław,	49) Strasund und
	20) Ostrowo,	50) Greifswald.
	21) Grätz und	
	22) Zakorowo.	
Prov. Brandenburg: in	23) Berlin,	51) Breslau,
	24) Charlottenburg,	52) Brieg,
	25) Potsdam,	53) Oels,
	26) Brandenburg,	54) Grosz-Glogau,
	27) Prenzlau,	55) Liegnitz,
	28) Spandow,	56) Görlitz,
	29) Neu-Küppin,	57) Sagan,
	30) Brießen,	58) Reizß,
		59) Ratibor,
		60) Neustadt,
Provinz Pommern: in	41) Stettin,	
	42) Alt-Damm,	
	43) Stargard,	
	44) Anklam,	
	45) Demmin,	
	46) Kolberg,	
	47) Köslin,	
	48) Stolpe,	
	49) Strasund und	
	50) Greifswald.	
Provinz Schlesien: in	51) Breslau,	
	52) Brieg,	
	53) Oels,	
	54) Grosz-Glogau,	
	55) Liegnitz,	
	56) Görlitz,	
	57) Sagan,	
	58) Reizß,	
	59) Ratibor,	
	60) Neustadt,	

- 61) Dypeln,
- 62) Schweidnitz,
- 63) Glas,
- 64) Hirschberg,
- 65) Zauer und
- 66) Frankenstein.

Provinz Sachsen: in

- 67) Magdeburg,
- 68) Halle,
- 69) Wittenberg,
- 70) Lützen,
- 71) Merseburg,
- 72) Naumburg,

- 73) Zeitz und
- 74) Weissenfels.

Rheinprovinz: in

- 75) Köln mit Deutz,
- 76) Bonn,
- 77) Düsseldorf,
- 78) Wesel,
- 79) Kleve,
- 80) Koblenz mit Ehren-  
breitstein.
- 81) Trier,
- 82) Saarlouis und
- 83) Aachen mit Burtscheid.

## Anhang.

### Ueber die Vertheilung der Steuern.\*)

Die Steuern müssen verhältnismäßig, nicht aber fortschreitend sein.

Ich habe so eben, indem ich bis zu dem Ursprunge der Abgaben zurückging, dargethan, daß Jeder zu den öffentlichen Ausgaben nicht gleich, sondern verhältnismäßig beitragen muß, d. h. im Verhältnisse zu dem, was er verdient oder besitzt, und dies aus dem ganz einfachen Grunde, weil man zu den Kosten des socialen Schutzes in dem Verhältnisse des Werthes der beschützten Güter besteuern muß. Folglich würde, wenn man z. B. annimmt, daß Frankreich 12 Milliarden Brutto-Einnahme liefert, und daß die öffentlichen Ausgaben 1200 Millionen erfordern (eine gewagte Annahme, wie ich selbst erkläre), so ergibt sich daraus, daß Jeder dem Staate ein Zehntheil seiner Einnahme aller Art schuldet. Derjenige, welcher ein Einkommen von 1000 Franken hat, entweder durch seine Arbeit oder durch seine Güter, müßte zu der gemeinschaftlichen Last 100 Frs. besteuern. In demselben Maßstabe müßte Derjenige, welcher 10,000 Frs. aus den verschiedenen Quellen des Einkommens, dem Eigenthum oder der Arbeit zieht, 1000 Frs. hergeben. Ebenso der, welcher 100,000 Frs. jährlich einnimmt, 10,000 Frs. Der Eine würde hundertmal, der Andere zehnmal mehr bezahlen, weil der gesellschaftliche Schutz dem Einen das Hundert-, dem Andern das Zehnfache versichert. Ich wiederhole hier nochmals den Vergleich der Gesellschaft mit einer gegenseitigen Versicherungsgesellschaft, weil dieser Vergleich in der That der einzige ist, der vollkommen darauf paßt, und sage, daß man die Gefahr im Verhältnisse des Werthes des versicherten Eigenthums bezahlen muß. Wenn das versicherte Haus einen Werth von 100,000 Frs. hat, und die Prämie Ein Prozent ist, so wird man 1000 Frs. bei der Gesellschaft erlegen müssen: ist das versicherte Haus im Werthe von einer Million, 10,000 Franken. Alle diese Dinge sind so einleuchtend, daß ihr Beweis überflüssig zu sein scheint.

Sobald aber gewisse Finanzmänner unserer Zeit bis an die Grenzen der Gerechtigkeit angekommen sind, wissen sie sich dort nicht mehr zu behaupten; sie haben weiter gehen wollen, und behauptet, die Steuern müßten progressiv sein, d. h. daß das Verhältniß nicht für Alle ein Zehntheil sein dürfe, sondern z. B. für den Einen ein Fünftel, für den Andern ein Drittel. Der 1000 Frs. Einkünfte besitzt, soll nach der Berechnung von 10 Prozent immer 100 Frs. Steuern entrichten, wer aber 100,000 Frs. einnimmt, soll nach dem fünften Theil seines Einkommens nicht 1000, sondern 2000 Frs. Steuern bezahlen, und der Dritte gar den dritten Theil entrichten, nämlich 33,000 statt 10,000 Frs., der Zweite trägt folglich den doppelten Theil, und der Dritte etwas mehr als den dreifachen Theil der Steuern des Ersten. Das ist das, was man progressive Steuern nennt. Hiermit will man nichts Anderes sagen, als daß die Steuer nicht in einem gleichbleibenden Verhältnisse zu der Einnahme wachsen soll, sondern daß dies Verhältniß im Maßstabe der größeren Einnahme

\*) Aus: „Das Eigenthum“ von Thiers. H. v. Franz. übers. v. Schneider. Berlin, Albert Socio 1849.

zu verdoppeln oder zu verdreifachen sei, wie etwa ein Kaufmann, der wenn ein reicher Fremder unter seine Thüre tritt, zu sich sagt: dieser Herr ist reich, also kann er mehr bezahlen. Wenn es sich bloß um Kleinigkeiten von geringem Betrage handelt, so kann man über die Absicht, dieselben Dinge verschieden bezahlen zu lassen, lächeln, um so mehr, als diese reichen Fremdlinge ja nicht gezwungen sind, den Handel einzugehen, und als das Uebel, daß man ihnen zufügt, weil es gleichsam ein freiwilliges ist, nicht sehr groß sein kann. Was aber würdet ihr dazu meinen, wenn diese Käufer gezwungen wären den Kauf abzuschließen, und es ihnen nicht freistünde, Nein zu sagen?

Vorausgesetzt, daß ihr bei einem Kaufmann 100 Pfund einer Waare kauft, so ist es billig, daß ihr für 100 Pfunde bezahlt; und wenn ihr 1000 Pfund erseht, das Geld für 1000 Pfunde erlegt. Könnet ihr aber es vernünftig finden, wenn man euch das Pfund höher anrechnete, wenn ihr 1000 Pfunde, als wenn ihr 100 Pfunde nehmt? Im gewöhnlichen Leben findet gerade das Gegentheil statt; denn der Kaufmann nimmt auf einen größern Gewinn Rücksicht, den ihr ihm verschafft. Hier ist es aber nicht so, je mehr ihr kauft, desto theurer sollt ihr bezahlen.

Wendet ihr euch an eine Gesellschaft, die Frachten zur Weiterbeförderung annimmt, und bietet ihr ihr 1000, 100,000 Tonnen an, so werdet ihr für 1000, wie für 100,000 Tonnen zahlen; aber gewöhnlich um Etwas weniger, je mehr Frachtgüter ihr der Gesellschaft anweist; denn ihre Kosten nehmen bei einer größeren Menge mehr ab als zu. Endlich, wenn ihr ein Mitglied einer Gesellschaft von Aktionären seid und man für jede Aktie eine außergewöhnliche Einzahlung von 10 Franken auschreibt, so müßt ihr dieselbe mit 10 Franken bezahlen, ob ihr 100 oder 1000 Aktien besitzt. Würde es euch billig scheinen, eine Einzahlung von 20 Franken statt 10 Franken leisten zu müssen, weil ihr nicht bloß 10 oder 100, sondern 1000 Aktien besitzt? Diese Forderung würdet ihr gewiß unsinnig nennen, und demjenigen, der sie euch vor schlägt, gar kein Gehör schenken. Was aber ist die Gesellschaft andere, als eine Compagnie, wo Jeder eine geringere oder größere Anzahl von Aktien besitzt, und wo es gerecht ist, daß Jeder im Verhältniß der Anzahl, die er hat, zahlt, im Verhältniß von 100, oder 1000, aber immer denselben Theil, welchen Alle tragen müssen? Es wäre ebenso ungerecht, sich eine höhere Besteuerung gefallen zu lassen, wenn man nur wenig Aktien besitzt, als es ungerecht wäre, eine geringere zu zahlen, weil man eine größere Anzahl von Aktien hat. Dasselbe Gesetz für Alle, dasselbe Gesetz nicht mehr und nicht weniger; sonst gilt es Nichts als Verwörung und die Gesellschaft handelt wie ein Handelsmann, der da sagt: der Herr ist reich, folglich wird er dieselben Gegenstände theurer bezahlen, was, ich wiederhole es, zum Lächeln reizt, wenn es sich bloß um Kleinigkeiten handelt, was aber keine Grenzen hat, und ein wahrer Raub wird, wo bedeutende Beträge im Spiel sind. Ihr werdet sehen, daß man durch Uebertretung des allgemeinen Gesetzes eine ungeheure, unberechenbare Willkür erzeugt hat. Welcher Grundgedanke hat die Weisen unserer Zeit zu der Entscheidung gebracht, den Einen den zehnten Theil seines Einkommens zahlen zu lassen, den Andern den fünften, den Dritten den dritten? Kein anderer als dieser: der Erste hat nicht genug, der Dritte zu viel zu leben. Ich könnte es begreifen, wenn ihr sagtet, dieser hat 10,000 Frs. Einkommen statt 1000, oder selbst Jener nimmt 100,000 Frs. statt 1000 Franks ein, und wird folglich 10 mal mehr Steuern zahlen, weil er 100 mal reicher ist. Aber, was soll das sagen? Wenn er 10 mal reicher ist, so wird er nicht 10 mal, sondern 20 mal mehr zahlen, und wenn er 100 mal reicher ist, nicht 100 mal, sondern 300, 400 mal mehr Steuern entrichten. Ich frage warum? Warum? Ich will darauf antworten.

Wenn ihr den zehnten Theil des Einkommens eines Juden als Steuer fordert, so bleiben dem, der ein Einkommen von 1000 Franks besitzt, folglich 100 Franks zahlt, 900 Franks, dem, der

10,000 Franks einnimmt, 1000 Franks zahlt, bleiben 9000, dem, der 100,000 Franks bezieht, 10,000 Franks bezahlt, 90,000 Franks. Ihr aber sagt zum Zweiten: 9000 Franks, das ist zu viel zu leben, vorzüglich wenn man an den denkt, der nur über 900 Franks verfügen kann. Ihr sagt zum Dritten: ein Einkommen von 90,000 Franks, das ist ungeheuer, wenn man an den denkt, dem nur 9000 Franks bleiben, und ganz unverzeihlich, wenn man sich dessen erinnert, der von 900 Franks leben muß. Man kann folglich dem Zweiten mehr nehmen und dem Dritten noch mehr. Man wird folglich dem Zweiten den fünften Theil seines Einkommens abfordern, und es bleiben ihm 8000 Franks zu leben übrig; das ist genug. Man wird dem Dritten ein Drittel abfordern und es werden ihm 66,000 Franks bleiben; das ist nicht bloß genug, sondern zuviel! Wie! 66,000 Franks während dem ersten nur 900 Franks bleiben und man wollte sich noch beklagen?

Ich fordere euch auf, ein anderes Raisonnement als Dieses zu finden, daß der Erste mit 900 Franks gerade so viel hat um zu leben, daß der Zweite mit 8000 genug, der Dritte mit 66,000 zu viel hat; was darauf hinauskommt, daß ihr kein anderes Gesetz habt, als das Ueicheil, das ihr über den Reichtum zu fällen beliebt, daß ihr euch in mitten agrarischer Gesetze befindet, indem ihr das Vermögen theilt, dem Einen einen Theil wegnimmt, um ihn dem Andern zu geben, kurz, daß ihr Hand an das Eigenthum gelegt habt. Sobald ihr einmal das Gesetz, welches die Mauer des Geheges ist, übertreten habt, seid ihr in das Feld des Nachbarn eingefallen, um, je nachdem es euch beliebt, mehr oder minder davon zu nehmen. Fahret in dem eingeschlagenen Wege fort, auf dem euch nur noch die Regel gilt: Das reicht nicht hin für's Leben, das reicht hin, das ist zu viel; fahret weiter fort und ihr werdet sehen, daß ihr weit, sehr weit geführt werden werdet. Denn seht, ihr habt das Verhältniß so festgestellt, daß der Erste ein Zehntel, der Zweite ein Fünftel, der Dritte ein Drittel zahlt und es bleiben dem Ersten 900 Franks von 1000, dem Andern 8000 Franks von 10,000, dem Dritten 66,000 Franks von 100,000. Weshalb diese Grenzen? Wie! hier ist ein Mann, der nur 900 Fr. Einkünfte hat und neben ihm Einer, der 8000 und ein Anderer, der 66,000 bezieht! Nun aber sind 8000 Fr. mehr als nöthig ist, wenn man denjenigen betrachtet, der nur 900 hat und 66,000 überreichen alles Maas. Und weshalb sollte man nicht ein anderes Verhältniß annehmen? Weshalb nicht ein Drittel für den Zweiten, die Hälfte für den Dritten? So wird der Eine immer noch seine 900 Franks unverändert haben, der Andere würde von seinen 10,000, 6,600 und der Dritte von seinen 100,000, 50,000 behalten. Dürfte man sagen, daß die beiden lehtern, der Eine mit 6,600 Fr., der Andere mit 50,000 zu beklagen sind? Wenn man aber die Dinge von dem Gesichtspunkte der wahren Humanität aus betrachtet, so würde man damit noch nicht genug gethan haben. Um vollkommen human zu sein, müßte man eine andere Progression annehmen, dem Zweiten zwei Drittel und dem Dritten drei Viertel nehmen, wobei für den Einen 3,300 Fr., für den Andern 25,000 Fr. übrig blieben. Selbst wenn man so weit ginge, würde man noch immer sehr nachsichtig gegen ihren Reichtum sein, denn am Ende bliebe immer noch ein Mensch, der 25,000 Fr. zu leben hat, neben einem Andern; der nur 3,300 und einem Dritten, der nur 900 hat.

Ich bitte euch sogar zu bemerken, daß wenn ihr consequent seid und die Progression, wie es gerecht ist, unaufhörlich steigert, es ganz unnütz werden würde, reich zu sein, denn wenn man in diesem Schritte fortgeht, wenn man von drei Viertel auf vier Fünftel, auf fünf Sechstel, auf sechs Siebentel, auf sieben Ahtel, auf acht Neuntel, auf neun Zehntel steigt, so würde es z. B. fast gar nichts nützen, eine Rente von 150,000 Fr. statt einer von 100,000 zu haben, denn in dem Verhältniß von einem Fünftel würde man nur 30,000 Franks statt 25,000 Einkünfte behalten. Es würde nichts nützen, 200,000 Fr. statt 150,000 zu haben, denn in dem Verhältnisse von fünf

Sechstel würde man 33,000 Fr. statt 30,000 behalten. Es würde auch nichts nützen, 250,000 Franko statt 200,000 zu haben, denn in dem Verhältniß von  $\frac{1}{2}$  würde man 35,700 Fr. statt 33,000 behalten. Es würde zuletzt selbst gefährlich werden, reich zu sein, denn wenn man immerwährend fortschreitet und zu dem Verhältnisse von  $\frac{1}{100}$  gelangt, so würde man bei einer Million Revenue 10,000 Fr. zu leben übrig haben. Die Rechnung beweist endlich, daß man durch die Anwendung einer stets steigenden Proportion zuletzt auf Null kommt.

Man wird mir aber wieder sagen: Du übertreibst. Man kann das Verhältniß bis auf ein gewisses Maas erhöhen, nicht aber so schnell gehen, wie Du es eben gethan, und um endlich den letzten Folgen der Rechnung, welche zu Null führen würden, zu begegnen, kann man anhalten und niemals über die Hälfte hinausgehen, denn man hat in der That in keinem vorgeschlagenen Systeme der Progression das Verhältniß von 50 Procent Revenue überschritten. Werthab, frage ich euch, soll man anhalten? Weil ihr mäßig seid. Und welche Regel befolgt ihr in eurer Mäßigung? Die Regel, daß man nicht zu viel nehmen müsse, daß es zu viel sei, einen Menschen, der 10,000 Franko hat, auf 3,300, denjenigen, der 100,000 hat, auf 25,000 zu reduciren; daß man sich damit begnügen könne, dem Einen 2,000 Fr. zu nehmen und ihm 8000 zu lassen, dem Andern 33,000 zu nehmen und 66,000 zu lassen. Ihr schätzt auf diese Weise die Verhältnisse, welche der Reichtum in unserer Gesellschaft bewahren muß. Ihr gebt euch einen Namen, den ich hier nicht nennen will, den ich aber ehre; ihr gehört zu der Partei, die ich nicht bezeichnen will, die ich jedoch achte, und aus diesem Grunde seid ihr mäßiger. Ich danke euch dafür. Allein die Sinne sind sehr verschieden, sehr zum Widerpruche geneigt. Gedenkt ihr euch der Verhandlung über die Gehalte der Minister? Der Eine schlägt 60,000 Fr. jährlich vor — nein, das ist zu viel, sagt ein Anderer, 48,000 Fr. genügen. — Das ist noch zu viel, sagt ein Dritter; 36,000 Fr. sind ganz hinreichend. — Hier angekommen, ergreift sie ein gewisses Schamgefühl und man hält inne. Eben so wird es mit der Bestimmung des fortschreitenden Verhältnisses der Besteuerung gehen, und die Nationalversammlung wird festsetzen, wie viel ihr von dem Vermögen, das euch euer Vater nach einer lebenslänglichen Arbeit hinterlassen hat, behalten sollt. Nehmt euch aber in Acht, ich höre Geschrei! Das Volk leidet, es wird unruhig, es drängt sich an die Pforten der Nationalversammlung; ein General hat seine Worte mißverstanden, der Sitzungssaal wird eingenommen, die sociale Republik triumphirt. Man braucht auf der Stelle eine Milliarde; man muß also eine schnellere Progression finden, denn diese Milliarde muß herbeschafft werden, damit das Volk nicht von Neuem getäuscht werde. Was wird diese Sieger aufhalten? Nichts, denn das Gesetz existirt nicht mehr, ihr habt es vernichtet, als ihr euch in Betrachtungen der Art einkieset, dieß sei nicht genug zu leben, jenes genug und ein anderes zu viel. Es bleibt nur noch eine von den Neigungen, Sitten und Gewohnheiten derjenigen, welche die Schlacht gewonnen haben, abhängige Willkür übrig, und es folgt daraus, daß ich keine andere Garantie habe, als den Namen, den ihr führt, als die in einem Journal oder in einer Rede von euch übernommene Verpflichtung, als euren Charakter und als euren mehr oder minder großen Rechtfertigungssinn. Gedenkt euch jedoch, daß die Mäßigung derjenigen, welche regierten, niemals als eine Garantie angenommen wurde, und am wenigsten von denen, welche sich die ausschließlichen Beschützer der Freiheit nennen. — Ihr seid mäßig, antworten sie gewöhnlich, und mit Recht, denen, welche eine willkürliche Herrschaft von ihnen begehren, ihr seid mäßig, desto besser für euren Ruhm, allein wenn ihr es auch seid, so könnten es Andere nicht sein und würden es gewiß nicht sein. Wir können daher eure Mäßigung für keine Garantie annehmen. Wir wollen lieber ein Gesetz, wie hart es auch sein mag, aber ein festes dauerndes Gesetz, das uns von Niemandens Tugend abhängig macht.

Wenn ich mich verständlich gemacht habe, wenn man meine ersten Ausführungen nicht ver-  
gessen hat, wenn man sich erinnert, daß ich erklärt habe, das Eigenthum sei die gesammte Frucht  
der Arbeit, daß die Billigkeit und noch mehr das sociale Interesse es erfordere, daß dieses Eigenthum  
respektirt werde, da es ohne Sicherheit keine Arbeit, ohne Arbeit keinen öffentlichen Wohlstand gäbe,  
sondern das Mittelalter oder den Orient; wenn man sich diese Wahrheiten vergegenwärtigt, muß  
man fühlen, daß das Eigenthum eben so heilig ist, als die Freiheit, daß es eben so bestimmter  
Geseze wie diese, kurz, daß es der Principien bedarf. Die Verhältnismäßigkeit ist ein Princip, die  
Progression aber nur eine geschäftige Billfür. Die Kosten des socialen Schutzes belaufen sich auf  
ein Zehntel der Totalerinnahme; woslan, so zahle Jeder ein Zehntel. Ich begreife dieses Princip,  
denn man zahlt demnach im Verhältniß zu dem, was man der Gesellschaft kostet, im Verhältniß zu  
dem Dienste, den man von ihr empfängt. Eben so zahlt man in einer Compagnie, deren Capital  
in Actien vertheilt ist, sobald es einer Einzahlung nach Actien bedarf, auf jede Actie dieselbe Summe,  
mag man hundert, tausend, oder hundert Tausend haben. Von dem Einen ein Zehntel seines Ein-  
kommens, von dem Andern ein Fünftel, und von dem Dritten ein Drittel zu verlangen, ist reine  
Billfür, ist, ich wiederhole es, ein Raub. Ihr werdet mir nach eurer Laune mehr oder weniger  
nehmen, aber ich hänge von euch ab, wie man im Orient von einem Pascha und auf den offenen  
Straßen Kalabriens und Kataloniens von einem Banditen-Chef abhängt. Die Banditen-Chefs sind  
nicht immer ohne Mitleid. Man nennt mehrere in Italien und Spanien, denen schöne gefangene  
Damen durch ihre Thränen das Herz gerührt haben, und die ihnen mit Schonung ihrer Ehre und  
ihres Lebens ihr Geld wiedergaben. Ich habe jedoch niemals sagen hören, daß die offenen Straßen  
in gewissen Ländern zur Nachahmung das wahre Vorbild eines socialen Staates seien, und ich hoffe,  
daß wir, indem wir aus einer Revolution in die andere füzzen, nicht zu diesem Grade der Auf-  
fassungswiese der Gerechtigkeits- und Freiheits-Principien gelangen.

Also die verhältnismäßige Steuer, d. h. die Steuer, welche zu dem Kostenanteile, welchen  
die Gesellschaft für euch bezahlt hat, zu dem Dienste, welchen ihr von ihr empfangen habt, in Ver-  
hältniß steht. Hier gewahre ich noch ein Princip! Aber es ist kein Princip, es ist eine empörende  
Billfür, wenn man aus dem einzigen Grunde, daß man Jemand für zu reich hält, daß man glaubt,  
er habe zu viel zu leben, verhältnismäßig mehr zahlen läßt, als einen Andern. Ich begreife die  
Wohlthätigkeit, ich begreife, daß die Gesellschaft von einem anerkannt Dürftigen nichts verlangen  
kann, daß man auf der Straße einen Bettler sieht, daß mancher in seiner Dachstube Hunger leidet.  
Das begreife ich Alles recht gut. Aber außer diesen Ausnahmen muß die Regel für alle Diesenigen  
gelten, welche die Gesellschaft nicht wegen Armuth für frei von Abgaben erklärt hat. Ich verlange  
Güte, vollkommene Güte für den Armen, und nur Gerechtigkeit für den Reichen, aber Gerechtigkeit  
muß am Ende sein. Es ist gewiß eine Tugend, den Armen zu lieben, es ist aber keine, den  
Reichen zu hassen. Ich habe dieses schon irgendwo einmal geschrieben, ich, der ich nicht reich bin,  
ich habe es aus Ueberzeugung geschrieben, denn es darf nicht geschehen, daß die Gesellschaft, nach-  
dem sie bis 1789 von der Uebermacht der höhern Klassen erdrückt wurde, von 1848 ab von der  
entgegengesetzten Uebermacht erdrückt werde.



193459



















